L'Impero e l'Italia nella prima età moderna

Das Reich und Italien in der Frühen Neuzeit

a cura di/hrsg. von

Matthias Schnettger - Marcello Verga





Società editrice il Mulino
Bologna

Duncker & Humblot
Berlin

Istituto trentino di cultura

Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento
Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient

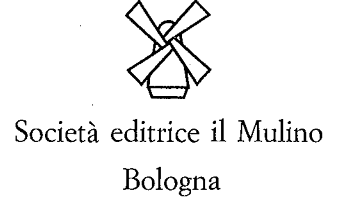
Contributi/Beiträge 17

L'Impero e l'Italia nella prima età moderna

Das Reich und Italien in der Frühen Neuzeit

a cura di/hrsg. von

Matthias Schnettger - Marcello Verga



Società editrice il Mulino
Bologna



Duncker & Humblot
Berlin

Centro per gli studi storici italo-germanici in Trento, Institut für Europäische Geschichte, Mainz

L'Impero e l'Italia nella prima età moderna / Reichsitalien in der frühen Neuzeit

Trento, 19-21 giugno 2003

L'IMPERO

e l'Italia nella prima età moderna = Das Reich und Italien in der Frühen Neuzeit / a cura di = hrsg. von Matthias Schnettger, Marcello Verga. - Bologna : Il mulino ; Berlin : Duncker & Humblot, 2006. - 497 p. : c. geogr. ; 24 cm. - (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Contributi = Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient. Beiträge ; 17)

Atti del convegno tenuto a Trento nei giorni 19-21 giugno 2003. - Nell'occh. : Istituto trentino di cultura.

ISBN 88-15-11358-4 - ISBN 3-428-12150-3

1. Stati italiani e Sacro romano impero - Sec.XVI-XVII - Congressi - Trento - 2003 I. Schnettger, Matthias II. Verga, Marcello

943.03 (DDC 21.ed.) Scheda a cura della Biblioteca ITC

Composizione e impaginazione a cura dell'Ufficio Editoria ITC

ISBN 88-15-11358-4
ISBN 3-428-12150-3

Sommario/Inhalt

Einleitung

von *Matthias Schnettger*

Reichsitalien in der Frühen Neuzeit ist ein Thema, mit dem sich die italienische ebenso wie die deutsche und die österreichische Forschung lange schwergetan hat. Zu unwesentlich und abseitig erschien es den einen, als bloßes Element der österreichischen «Fremdherrschaft» in Italien, durch die es zugleich «belastet» war, den anderen. Desungeachtet haben sich, wie Marcello Verga noch ausführlicher darstellen wird, in den letzten Jahren nördlich und südlich der Alpen allmählich Forschungen entfaltet, die Reichsitalien ins Zentrum ihres Interesses stellen oder doch zumindest berühren. «Die» Geschichte Reichsitaliens ist allerdings noch nicht geschrieben worden; vielmehr haben die vorliegenden Studien gezeigt, daß, um ein einigermaßen umfassendes Bild zu erhalten, noch viel Forschungsarbeit zu leisten sein wird.

Die Historiker, die sich mit Reichsitalien beschäftigen, zusammenzuführen, ihre Ansätze zu bündeln und die Erforschung Reichsitaliens ein Stück voranzubringen, hatte sich eine Tagung zum Ziel gesetzt, die vom 19. bis 21. Juni 2003 in Trient stattfand. Sie wurde veranstaltet vom Institut für Europäische Geschichte Mainz und dem Italienisch-deutschen historischen Institut inTrient, die mit diesem Kolloquium eine lange Tradition fruchtbarer Wissenschaftsbeziehungen fortsetzten und deren Direktoren Heinz Duchhardt und Giorgio Cracco die Anregung zu einer Reichsitalien-Tagung bereitwillig aufgriffen[1]. Für das Italienisch-deutsche historische Institut, dessen originäres Anliegen die Erforschung der deutsch-italienischen Beziehungen darstellt, ist das Thema Reichsitalien ein Teil seines zentralen Arbeitsgebiets. Doch auch das Institut für Europäische Geschichte kann auf so etwas wie eine «Reichsitalien-Tradition» zurückblicken. Diese ist nicht nur in verschiedenen Bänden seiner Schriften-

[1] Beiden sei hier herzlich gedankt, Giorgio Cracco auch für die Aufnahme der Tagungsakten in die Schriftenreihe seines Instituts, ebenso den Mitarbeitern des Italienisch-deutschen historischen Instituts, allen voran Karin Krieg für die reibungslose Organisation, sowie Friederike Oursin und Chiara Zanoni Zorzi für die sorgfältige redaktionelle Bearbeitung der Manuskripte.

reihe[2] dokumentiert, sondern liegt vor allem in der Person des ehemaligen Direktors der Abteilung für Universalgeschichte, Karl Otmar Freiherr von Aretin, dem Doyen der Reichsitalienforschung, begründet. Insofern hatte die Tagung auch eine ganz persönliche Komponente: Karl Otmar von Aretin vollendete Anfang Juli 2003 seinen 80. Geburtstag. Nichts lag also näher, als das Kolloquium als Hommage an den Jubilar zu konzipieren. So hatte er, nachdem er lange Zeit ein «Einzelkämpfer» geblieben war (um nicht das biblische Bild eines Rufers in der Wüste zu bemühen), die Genugtuung zu erleben, daß seine Anregungen schließlich doch noch auf fruchtbaren Boden gefallen waren.

Die meisten Referentinnen und Referenten des Trienter Kolloquiums haben ihre Manuskripte für den Druck zur Verfügung gestellt. Für zusätzliche Beiträge konnten Vittorio Tigrino und Cornel Zwierlein gewonnen werden. Dem Ziel einer Bestandsaufnahme entsprechend sind die einzelnen Beiträge verschiedenen Forschungsrichtungen verpflichtet, verfolgen unterschiedliche Fragestellungen und Methoden. Gerade in ihrer Verschiedenheit leisten sie aber einen Beitrag zu einer – noch zu schreibenden – Synthese der Geschichte Reichsitaliens in der Neuzeit.

Der Band behält im wesentlichen den Aufbau der Trienter Tagung bei und gliedert die Beiträge in drei Sektionen. Den Sektionen vorangestellt ist ein Überblick von Marcello Verga über die Forschungslage. Er zeigt, warum Reichsitalien sowohl in der italienischen wie der deutschen und österreichischen Historiographie bislang eher ein Schattendasein führte, schildert, wie sich dann doch nördlich und südlich der Alpen eine Reichsitalienforschung entwickelte, und benennt Forschungsschwerpunkte sowie -desiderate.

Die erste, umfangreichste Sektion «Die Macht des Reiches: Institutionen, Strukturen, Kriege» geht den Grundlagen sowie einigen zentralen, allgemeinen Problemen der Geschichte Reichsitaliens in der Frühen Neuzeit nach. Leopold Auer beleuchtet mit dem Reichshofrat die für die italienischen Vasallen zentrale Reichsinstitution am Kaiserhof. Die Rolle Spaniens für Reichsitalien und die dortigen Vasallen bewertet Cinzia Cremonini weniger

2 Zu nennen sind vor allem die Bände 130, 193 und 209 der Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Abteilung für Universalgeschichte: F. EDELMAYER, *Maximilian II., Philipp II. und Reichsitalien. Die Auseinandersetzungen um das Reichslehen Finale in Ligurien*, Stuttgart 1988; T. MÖRSCHEL, *Buona Amicitia? Die römisch-savoyischen Beziehungen unter Paul V. (1605-1621). Studien zur frühneuzeitlichen Mikropolitik in Italien*, Mainz 2002; M. SCHNETTGER, *Principe sovrano oder civitas imperialis? Die Republik Genua und das Alte Reich in der Frühen Neuzeit (1556-1797)*, Mainz 2006. Einschlägige Beiträge finden sich außerdem in den Beiheften 5, 8 und 48 der Veröffentlichungen.

negativ, als sie vielfach von der Forschung gesehen worden ist, sondern schätzt sie bei allen Problemen als funktional innerhalb des habsburgischen Systems ein. Die Frage nach der finanziellen Bedeutung Reichsitaliens für den Kaiserhof greift Jan Niederkorn in seiner Studie über die im späten 16. und 17. Jahrhundert geleisteten Subsidien und Kontributionen auf. In einer besonderen Weise akut wurden die Ansprüche von Kaiser und Reich, auch in Bezug auf die von ihnen geforderte Treue, für die italienischen Vasallen während des Spanischen Erbfolgekriegs. Nicht nur der Herzog von Mantua büßte seine politische Fehleinschätzung mit der Reichsacht und dem Verlust seiner Lehen (Daniela Frigo). Aus rechtshistorischer Perspektive betrachtet Heinhard Steiger die Entwicklung Reichsitaliens. Zumal die Oberhoheitsansprüche des Reichs vielfach nicht unumstritten waren, waren die Beziehungen der italienischen Vasallen nicht ausschließlich durch das Lehnsrecht zu regeln. Immer stärker wurde dieses durch das Völkerrecht ergänzt, überlagert und schließlich tendenziell beiseitegeschoben. Die Errichtung des römisch-deutschen Kaisertums wie der Reichsherrschaft in Italien war wesentlich an die Beziehungen zwischen Kaisertum und Papsttum gekoppelt. Insofern greift der Beitrag Stefano Andrettas über die römische Sicht auf Kaisertum und Reich nach der Abdankung Karls V. ein wichtiges Thema auf. Strukturell anderen Bedingungen als die übrigen italienischen Staaten unterlag in seinen Beziehungen zu Kaiser und Reich der Herzog von Savoyen, nicht nur durch seine Reichsstandschaft, sondern auch durch die Konstruktion eines Reichsvikariats *per Italiam*, und noch im 19. Jahrhundert wurde in Turiner Regierungskreisen über den Stellenwert der alten Bindungen Savoyens an das Reich reflektiert (Vittorio Tigrino). Der Beitrag von Christopher Storrs greift die Frage nach den kaiserlichen Kontributionen auf und zeigt, wie dieses Problem im Zuge des Neunjährigen Krieges für die italienischen Reichsvasallen in ungeahnter Weise erneut virulent wurde.

Die zweite Sektion «Der Schatten des Reiches: Das Reich und die italienischen Staaten» stellt eine Reihe von Fallbeispielen vor. Matthias Schnettger skizziert den Fundamentalkonflikt zwischen den Reichsbehörden und der Republik Genua: Während letztere spätestens seit den 1630er Jahren die volle Souveränität für sich beanspruchte, blieb sie aus der Perspektive des Reichshofrats *de jure* eine bloße Reichsstadt. Eine deutlich engere Anlehnung an Kaiser und Reich suchte die kleine Republik Lucca. Daß es aber auch hier Grenzen gab, zeigt der Beitrag von Rita Mazzei. Daß reichsitalienische Fragen auch in die Beziehungen zwischen Papst und Kaiser hineinspielen konnten, demonstriert Alexander Koller für die Zeit Gregors XIII. anhand des verwickelten Falls Borgo Val di Taro. Eine allmählich Distanzierung

des Herzogs von Savoyen vom Reich, dem gleichwohl die Instrumente des Reichsrechts weiterhin für seine Politik zu Gebote standen, schildert Cornel Zwierlein.

«Die Bilder des Reichs: Kultur, Theorien, Ikonographie» stehen im Zentrum der dritten Sektion. Giovanni Cipriani schildert die Wahrnehmung Kaiser Maximilians I. aus italienischer Perspektive und liefert so einen Beitrag zur politischen Kultur Italiens um 1500. Der Verleihung des Großherzogtitels und der Krönung Cosimos I. de' Medici sowie den daraus resultierenden Konflikten geht Alessandra Contini nach. Achim Landwehr zeigt, daß der publizistische Angriff auf die venezianische Freiheit im «Squitinio della Liberta Veneta» als Antimythos konzipiert war, insofern den Vorgaben des Venedig-Mythos folgte und somit zu dessen wirklicher Dekonstruktion letztlich gar nicht in der Lage war. Abschließend zeigt Elisabeth Garms-Cornides, daß Reichsitalien durchaus ein Thema der habsburgischen Publizistik des 18. Jahrhunderts war – großen Dank erschrieben sich diejenigen, die sich intensiver mit diesem Thema beschäftigten, allerdings nicht.

Seit der Trienter Tagung im Juli 2003 ist die Forschung zu Reichsitalien nicht stehengeblieben. Im Mai 2004 fand in Albenga, Finale Ligure und Loano ein Kolloquium über «I feudi imperiali italiani tra XV e XVIII secolo» statt und im Februar 2006 am Deutschen Historischen Institut in Rom ein Studientag mit dem Titel «Kaiserliches und päpstliches Lehnswesen in der Frühen Neuzeit / La feudalità imperiale e pontificia nell'Età moderna». Es ist zu hoffen, daß die Ergebnisse dieser Tagungen zusammen mit den nun vorliegenden Akten des Trienter Kolloquiums die Reichsitalienforschung nördlich und südlich der Alpen befruchten und insgesamt den Austausch zwischen deutscher, österreichischer und italienischer Geschichtswissenschaft weiter fördern werden. Dies könnte seinen Niederschlag beispielsweise in vergleichenden Studien über die Verhältnisse nördlich und südlich der Alpen finden. Aber auch die bislang fehlende Synthese der Geschichte Reichsitaliens könnte so in absehbarer Zeit in greifbare Nähe rücken.

L'Impero in Italia. Alcune considerazioni introduttive

di *Marcello Verga*

Nel 1974, Emilio Bussi nella lezione di commiato dall'insegnamento universitario, dopo una lunga attività di ricerca dedicata in gran parte ai temi di storia del diritto e delle istituzioni imperiali, affermava che lo studio della storia del Sacro Romano Impero della Nazione Tedesca era un'esigenza della scienza storica – *Forschungsvorhaben*: così suona il titolo della traduzione tedesca del testo di Bussi[1]. Sarebbe facile aggiungere che lo studio della storia del Sacro Romano Impero è ancora oggi un'esigenza fortemente avvertita dagli storici che si occupano dell'Italia di età moderna, e non solo dagli specialisti – per la verità non molti nel panorama della modernistica italiana – del Sacro Romano Impero e dei territori della penisola italiana in qualche modo soggetti alla giurisdizione imperiale, o che comunque riconoscevano una qualche dipendenza dall'Impero (la vaghezza della formulazione è, ovviamente, voluta e risponde, credo, ai criteri di prudenza con la quale possiamo procedere a una definizione dei legami che univano i territori italiani all'Impero). A questa esigenza, per riprendere la citazione da Bussi, il convegno, opportunamente organizzato nel 2003 dal Centro per gli studi storici italo-germanici di Trento per volontà di Giorgio Cracco e del Consiglio direttivo allora in carica, ha inteso rispondere, avviando un confronto assai utile e stimolante tra studiosi italiani, austriaci, tedeschi e inglesi; e assai importante è stato l'apporto della ricca tradizione di studi su questi campi di ricerca dell'Institut für Europäische Geschichte di Mainz, rappresentato dal suo direttore, il collega Heinz Duchhardt, con il quale ho avuto il piacere di collaborare nell'ideazione del convegno, e da Karl

È, questo, il testo, leggermente rivisto, dell'introduzione da me letta a Trento in apertura del convegno.

[1] E. Bussi, *Lo studio del Sacro Romano Impero della Nazione Tedesca come esigenza della scienza storica* (lezione di commiato svolta all'ateneo di Modena il I luglio 1974), in E. Bussi, *Esperienze e prospettive. Saggi di storia politica e giuridica*, Modena 1974, pp. 399-423; trad. ted. *Das Recht des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als Forschungsvorhaben der modernen Geschichtwissenschaft* in «Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte», 16, 1977, 4. Il testo italiano è disponibile in rete al seguente indirizzo: www.dirittoestoria.it (da me consultato per l'ultima volta in gennaio 2006).

Otmar von Aretin, attivo protagonista delle sessioni del convegno, e che a lungo è stato direttore dello stesso istituto.

I tre giorni del convegno trentino, che hanno impegnato una ventina di relatori e che hanno visto svilupparsi, in tutte le sessioni, una larga e interessante discussione, non hanno certo colmato quella lacuna di conoscenze e di riflessioni storiografiche lamentata da Bussi; di certo, comunque, si è compiuto un significativo passo avanti nella conoscenza della presenza dell'Impero nella politica e nella società dell'Italia in età moderna, con il contributo determinante – elemento, questo, che è importante segnalare – di un gruppo di giovani studiosi che hanno in questi ultimi anni svolto un'intensa attività di ricerca sui territori italiani dell'Impero: da Cinzia Cremonini[2], a Vittorio Tigrino[3], a Matthias Schnettger, autore di un volume su Genova e l'Impero, pubblicato poco dopo lo svolgersi del convegno[4]. Già a partire dagli anni Settanta – e proprio per impulso dell'ITC-isig –, il tema della giurisdizione imperiale nei territori italiani e del rapporto tra Impero e stati italiani nell'età moderna era stato al centro di occasioni di incontro e di molte ricerche poi pubblicate nelle collane del Centro: dall'importante volume di Raffaela Gherardi – nel quale la ricostruzione del dibattito sulla costituzione della monarchia asburgica tra Sei- e Settecento dà molti elementi di riflessioni per la riconsiderazione del dibattito sulla costituzione e sugli equilibri di potere nell'Impero[5] – agli atti del convegno su *Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani*[6]. Né sono mancate, a partire dagli anni Ottanta, nella produzione storiografica italiana ricerche innovative, sul piano dei temi e dei metodi, sui feudi imperiali nell'Italia tra Sei- e Settecento, quali quelle di Angelo Torre[7]

[2] C. CREMONINI, *Impero e feudi italiani tra Cinque e Settecento*, Roma 2004.

[3] V. TIGRINO, *Castelli di carte. Giurisdizione e storia locale nel Settecento in una disputa fra Sanremo e Genova (1729-35)*, in «Quaderni storici», 101, 1999. pp. 475-506.

[4] M. SCHNETTGER, *'Principe sovrano' oder 'civitas imperialis'? Die Republik Genua und das Alte Reich in der Frühen Neuzeit 1556-1797*, tesi di abilitazione, a.a. 2003-2004, in corso di stampa.

[5] R. GHERARDI, *Potere e costituzione a Vienna fra Sei e Settecento. Il «buon ordine» di Ferdinando Luigi Marsili* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 2), Bologna 1980.

[6] C. MOZZARELLI - G. OLMI (edd), *Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 17), Bologna 1985.

[7] A. TORRE, *Elites locali e potere centrale tra Sei e Settecento: problemi di metodo e ipoteso di lavoro sui feudi imperiali delle Langhe*, in «Bollettino della società per gli studi storici, archeologici e artistici della provincia di Cuneo», 89, 1983, pp. 41-65; dello stesso autore,

e, più recentemente, gli studi, già citati, di Cinzia Cremonini e di Vittorio Tigrino, o saggi sulla presenza dell'Impero nell'Italia fra Sei- e Settecento e anche sui territori conquistati dalla monarchia asburgica nella congiuntura politicamente significativa delle vicende della successione di Spagna[8].

In questo contesto di rinnovato interesse per le vicende dell'Italia imperiale in età moderna e, in misura particolarmente rilevante, per quella fase di primo Settecento segnata dal ritorno in forze nella penisola degli Asburgo di Vienna le relazioni presentate e discusse nei tre giorni di convegno trentino hanno davvero rappresentato il consolidamento di direzioni di ricerca e di prospettive storiografiche profondamente innovative nel panorama della storiografia italiana. A ragione potremmo affermare, certo con una buona dose di ottimismo, che siamo ormai ben lontani dalle amare considerazioni di Salvatore Pugliese nel volume, edito nel 1932, sui rapporti politici e istituzionali tra l'Impero e gli stati del *Reichsitalien* tra XIII e XIX secolo.

«Nei paesi di lingua germanica fu pubblicato, nel corso di circa tre secoli, un numero grandissimo di scritti aventi per oggetto le relazioni fra il Sacro Romano Impero e l'Italia; tra noi invece quest'argomento fu trattato ben raramente da storici e da giureconsulti, sinché esistette l'Impero, e quasi esclusivamente nella prima metà del secolo XVIII, allorché le pretensioni imperiali a superiorità divennero incalzanti e minacciose. Venuto a fine l'Impero, gli storici moderni non diedero molto peso a tali rapporti, quasi fossero stati d'indole puramente formale e con scarso contenuto».

Così scriveva appunto il Pugliese nel volume dal titolo assai significativo *Le prime strette dell'Austria in Italia* apparso nella collana della Deputazione torinese di storia subalpina. Un titolo di trasparente ispirazione risorgimentale, antiasburgica, che pare ricordare il titolo del volume pubblicato all'indomani dell'unità del regno d'Italia da Antonio Zobi: *Memorie economico politiche o sia dei danni arrecati dall'Austria alla Toscana dal 1737 al 1859 dimostrati con documenti ufficiali* (Firenze 1860).

Feudi, fazioni e partiti, ovvero la ridefinizione della politica nei feudi imperiali delle Langhe tra Sei e Settecento, in «Quaderni storici», 63, 1986, pp. 775-810.

[8] M. VERGA (ed), *Dilatar l'Impero in Italia. Asburgo e Italia nel primo Settecento*, fascicolo monografico di «Cheiron», 1994, 21, dove sono pubblicati saggi di chi scrive, Daniela Frigo, Cinzia Cremonini, Eva Faber e di Francesca Gallo. E sui territori italiani negli anni convulsi della guerra di Successione spagnola cfr. A. ALVAREZ-OSSORIO ALVARINO (ed), *Famiglie, nazioni e Monarchia. Il sistema europeo durante la Guerra di successione spagnola*, fascicolo monografico di «Cheiron», 2003, 39-40: in particolare sugli stati italiani cfr. i saggi di D. Frigo, E. Bartoli, S. Tabacchi, F. Gallo e A. Spagnoletti. Sulla Sicilia negli anni della dominazione asburgica del primo Settecento cfr. F. GALLO, *L'alba dei gattopardi. La formazione della classe dirigente nella Scilla austriaca*, Roma 1996; della stessa autrice, *Sicilia austriaca, Le istruzioni ai viceré (1719-1734)*, Napoli 1994; ancora cfr. *Settecento napoletano. Sulle ali dell'aquila imperiale 1707-1734*, Napoli 1994.

La citazione tratta dal volume del Pugliese invita a qualche considerazione sull'eredità che il Sacro romano Impero ha lasciato nella cultura italiana, e non solo nella storiografia. Non è inutile ricordare quanto le vicende dell'Italia di fine Settecento, dopo l'arrivo delle armate di Napoleone, e il clima culturale e politico del cosiddetto triennio rivoluzionario – 1796-1799 – avrebbero portato al centro del discorso politico in Italia, come in quegli stessi anni in altri paesi europei, altri valori e simboli capaci di mobilitare l'opinione pubblica e strati abbastanza ampi di popolazione e avrebbero segnato l'avvio di quell'«oblio» dell'Impero segnalato appunto dal Pugliese. La stessa fine del Sacro Romano Impero e la nascita, tra 1804 e 1806, del nuovo Impero d'Austria non paiono aver suscitato molto interesse e discussioni nell'Italia di questi primi anni del XIX secolo[9]. In quell'Italia di fine Settecento e nell'Italia napoleonica si discuterà di costituzione, di libertà politica e civile, di patria e anche di unità. In fondo, in questo clima non c'era molto spazio per il Sacro Romano Impero, per il *Reichsitalien*. Le vicende dell'Ottocento risorgimentale avrebbero ancor di più allontanato l'opinione italiana da ogni idea e valore di Impero. Non sorprende allora se nel Novecento gli intellettuali italiani e l'opinione colta abbiano sempre mostrato una sostanziale incomprensione per quelle idee che in qualche modo, nel dibattito sulla crisi della «civiltà occidentale», facevano riferimento alla storia, ai valori e all'idea del Sacro Romano Impero; e non sorprende ancora che in questi ultimi decenni, al di là di qualche poco meditata manifestazione di attaccamento a un mitico passato asburgico nell'ambito di un rapido processo di delegittimazione dell'unità nazionale, è nel contesto di una riscoperta della letteratura mitteleuropea che la cultura italiana pare aver ritrovato il Sacro Romano Impero e soprattutto il senso di quella poetica costruzione di una Maria Teresa madre dell'Impero e della civiltà europea che Hugo von Hofmannsthal aveva elaborato negli anni, per lui tristi, del crollo dell'Impero d'Austria.

Ma, senza voler entrare sulle ragioni dell'«oblio» della presenza del *Reichsitalien* nella storiografia e nella cultura politica italiana dell'Ottocento e del Novecento – tema assai bene ripreso nelle prime pagine del contributo di Vittorio Tigrino a questo volume trentino – è utile ricordare come la Prefazione del volume del Pugliese possa servire a descrivere puntualmente la situazione degli studi sul *Reichsitalien* fino agli anni Settanta del Novecento, nonostante gli studi assai meritori di Tabacco e di Bulferetti, opportunamente ricordati nei saggi prima citati di Cremonini e di Tigrino. Se, infatti, la storiografia di lingua tedesca ha sempre dedicato un'attenzione

[9] E. BUSSI, *Lo studio del Sacro Romano Impero della Nazione Tedesca*, cit.

assai rilevante alla comprensione degli assetti di potere territoriali e giurisdizionali degli stati dell'Impero della Nazione tedesca, e più in generale alle vicende del Sacro Romano Impero, e se, come si è accennato poco prima, non sono mancati a partire dagli anni Settanta significativi studi italiani sul *Reichsitalien*, è pur vero che, fino a oggi, anche le migliori e più informate sintesi di storia dei cosiddetti «antichi stati italiani» – formula burocratica dietro la quale si è nascosta e si nasconde ancora l'insegnamento degli stati italiani prima dell'unificazione politica della penisola – sembrano ignorare nella sostanza la presenza del Sacro Romano Impero nelle vicende della penisola. Nelle migliori sintesi, non si va al di là di una citazione, spesso rapsodica, di un articolo di Karl Otmar von Aretin, apparso negli «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», dove si insisteva – ed era questa una novità importante – sulla presenza nell'Italia dell'età moderna di tre concorrenti sistemi di potere, quello papale, quello imperiale e quello spagnolo e insieme sul ruolo e sul valore della sovranità imperiale nella determinazione degli assetti di potere degli stati italiani, non senza però qualche schematismo e semplificazione eccessiva nella lettura complessiva delle vicende istituzionali e degli assetti di potere degli stati italiani[10].

Non sorprende, quindi, che da parte della storiografia italiana siamo ancora – come dire? – alla necessità di una riscoperta 'di massa' del tema al centro del nostro convegno trentino, di una riscoperta cioè che trovi le proprie naturali ricadute nei manuali e nelle sintesi di storia italiana di età moderna; all'urgenza di aprire un vero e proprio dossier collettivo sul *Reichsitalien*, sui feudi imperiali, sulla loro consistenza, sulla loro dislocazione nei territori degli stati italiani; sul significato reale dell'esercizio in questi feudi della sovranità e della giurisdizione imperiale. Forte, ancora oggi, è dunque l'esigenza – per riprendere nuovamente la citazione di Bussi – di acquisire materiali d'informazione sulle controversie che si aprirono sulla giurisdizione e sulla sovranità imperiale dalla prima età moderna fino alla fine del XVIII secolo; di interrogarci sulla presenza del Sacro Romano Impero e del *Reichsitalien* nella cultura politica italiana di quei secoli; sull'iconografia del potere imperiale in Italia. E soprattutto dobbiamo familiarizzare gli storici italiani con le istituzioni e le vicende dell'Impero, con i suoi complessi assetti di potere, i suoi organi di governo, i suoi tribunali (quanti storici italiani sanno cos'era e dove risiedeva il *Reichskammergericht*?), con la cultura politica dell'Impero e dei suoi ceti di governo, con

[10] K.O. von Aretin, *L'ordinamento feudale in Italia nel XVI e XVII secolo e le sue ripercussioni nella politica europea. Un contributo alla storia del tardofeudalesimo in Europa*, in «Annali dell'Istituto storico italo-gerrmanico in Trento», 4, 1978, pp. 51-93.

i temi della *Reichshistorie*, con i grandi dibattiti sulla costituzione imperiale dopo Westfalia: da Pufendorf a Leibniz.

Si tratta, insomma, di dare un corpo e un'anima a quella realtà sfuggente che nel nostro convegno abbiamo chiamato, con un'immagine suggestiva ma forse troppo abusata in questi ultimi anni e non priva di facile retorica, l'Italia all'«ombra dell'aquila». A partire da domande che appaiono banali, ma di cui non conosciamo sufficientemente bene le risposte.

Se, dunque, questo lavoro di acquisizione documentaria è inevitabile e necessario, credo che il convegno trentino di cui qui si pubblicano gli atti abbia, comunque, rappresentato un'utile occasione per interrogarci insieme, in un confronto serrato, sulle linee di ricerca più produttive nell'affrontare le vicende del *Reichsitalien* e per predisporre, per così dire, la griglia delle domande da rivolgere ai materiali documentari che intanto si vanno accumulando. E credo di poter affermare che questa riflessione comune sia stata assai utile e insieme vivace e ricca di proposte: tanto più efficace quanto più abbiamo saputo allontanarci da una lettura esclusivamente rivolta a una semplice ricognizione delle forme istituzionali del *Reichsitalien*.

La prima domanda, forse la più ovvia, riguarda il ruolo della sovranità e della giurisdizione imperiali nei processi di costruzione e di 'funzionamento' di quegli ampi complessi territoriali che si vennero consolidando in Italia tra XV e XVI secolo e che la storiografia italiana ha definito, con una formula che ha incontrato sempre maggiore fortuna a partire dagli anni Sessanta, gli «stati regionali» dell'Italia moderna. Dopo le intense discussioni avviate tra gli anni Cinquanta e Settanta sulla formazione degli stati moderni europei e dopo la ripresa, con il celebre saggio di Elliott, della definizione degli stati dell'età moderna come «stati compositi», formula che appartiene, prima che a Elliott, a Königsberg[11], siamo ben consapevoli della complessità dei processi di formazione degli stati che per semplicità chiamerò anch'io «moderni»[12]. In questa prospettiva, la giurisdizione e la sovranità imperiali su alcuni territori italiani – nei modi assai differenziati nei quali si espressero e furono percepiti dai ceti di governo e dalle popolazioni – non rappresentano solo un altro elemento del complesso e molteplice gioco di composizione degli assetti territoriali, un altro fattore da aggiungere alla coesistenza (o, per meglio dire, concorrenza) delle giu-

[11] J.H. Elliott, *A Europe of Composite Monarchies*, in «Past and Present», 1992, pp. 48-71.

[12] Per un recente intervento di uno storico italiano su questi temi rinvio al saggio di Franco Benigno, su «Storica», 23, dove sono discussi i volumi di Angela De Benedictis, Gian Giacomo Ortu e di Wolfgang Reinhard).

risdizioni statali e della Chiesa, delle giurisdizioni cittadine e dei privilegi di altri corpi territoriali o professionali o delle giurisdizioni feudali, ma rimandano alla necessità di riflettere sulla vischiosità degli stessi processi di affermazione e di definizione della sovranità territoriale, che in alcuni casi appaiono incerti e difficili da definire. La strana situazione dei possessi medicei, dopo l'accordo e il diploma del 1530 che impegnavano Carlo V a ristabilire il regime mediceo a Firenze, ma che al tempo stesso riconoscevano, con formule non troppo chiare, l'appartenenza dello stato fiorentino al Sacro Romano Impero, lasciano capire quanto complicata sia stata la definizione della sovranità e quanto e perché grande parte della politica medicea trovi le sue motivazioni nella necessità di imporre una propria lettura della sovranità, da un lato nei confronti dell'imperatore e dall'altro nei confronti dei ceti di governo locali e della Chiesa.

Non si tratta, dunque, soltanto di far rientrare in qualche modo l'Impero tra i fattori che hanno determinato il gioco politico e diplomatico nella penisola dell'età moderna (anche se questo è importante, come mostrano, per esempio, i contributi di Robert Oresko sulla politica dei duchi di Savoia[13], di Christopher Storrs in questo stesso volume e di David Parrott su Mantova e la politica italiana negli anni della guerra dei Trent'anni[14]; o gli studi su Genova tra Cinque- e Seicento[15]), ma di comprendere quanto le rivendicazioni, più o meno forti, della sovranità imperiale rendano più complessa, sfuggente e intricata, in molta parte della penisola, la questione della definizione e del riconoscimento della sovranità. Non vorrei in alcun modo dare una risposta a questioni che hanno ancora bisogno di essere studiate; credo però che una riconsiderazione dei processi di costruzione e di definizione della sovranità territoriale e dell'idea stessa di sovranità, in alcuni stati italiani, quelli del *Reichsitalien*, debba tener conto di questa realtà. E credo anche che una lettura delle immagini del potere e sul potere in questi contesti non possa non rivelare la complessità e l'ambiguità di questi processi. La questione della sovranità in questi territori del *Reichsitalien* mi pare possa aver rappresentato negli stati territoriali italiani a qualche titolo dipendenti dall'Impero – per riprendere i termini del cele-

[13] R. ORESKO, *The House of Savoy in Search for a Royal Crown in the Seventeenth Century*, in R. ORESKO - G.C. GIBBS - H.M. SCOTT (edd), *Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe*, Cambridge 1997.

[14] R. ORESKO - D. PARROTT, *Reichsitalien and the Thirty Years War*, in K. BUSSMANN - H. SCHILLING (edd), *1648: War and Peace in Europe*, 2 voll., Münster - Osnabrück 1998, I, pp. 141-160.

[15] A. PACINI, *La Genova di Andrea Doria nell'Impero di Carlo V*, Firenze 1999; e M. SCHNETTGER, *'Principe sovrano' oder 'civitas imperialis'?*, cit.

bre modello di Stein Rokkan[16] –, un ostacolo o un elemento a ogni modo contraddittorio al processo di affermazione della sovranità nello «spazio geografico». Nel *Reichsitalien* si dà pertanto una situazione nella quale i processi, sostenuti dagli immediati signori territoriali, di definizione e di controllo dei confini territoriali e delle risorse economiche, demografiche e politiche in essi comprese non solo non sono stati, come in tutti i processi di *state-building* nell'Europa occidentale, condizione sufficiente a raffigurare una compiuta affermazione della sovranità, ma hanno dovuto misurarsi con spazi sui quali insistevano, in modi e con forza diversi, due autorità differenti di legittimazione dei titoli di privilegio e di governo: due autorità che in qualche modo potevano interferire – o potevano essere sempre utilizzati – in termini apertamente concorrenziali alla definizione dello «spazio». La corsa ai titoli imperiali e il richiamo alla giurisdizione imperiale rappresentano, dunque, in questi stati qualcosa di diverso dalla corsa ai titoli e agli onori largamente concessi dalla monarchia spagnola ai ceti di governo dell'Italia moderna – secondo una storia che è stata assai bene ricostruita da Angelantonio Spagnoletti[17]. Non si tratta, nei territori del *Reichsitalien*, di trovare un riconoscimento che consenta di entrare in un più largo mercato degli onori e delle protezioni, ma di contrattare la conferma di un titolo feudale o di un privilegio – talora l'esercizio stesso della sovranità – presso un potere concorrente e diverso dall'immediato signore territoriale.

E se, come mostra il caso degli stati medicei, i principi italiani in qualche modo legati al sistema imperiale e insieme al sistema di fedeltà della monarchia spagnola riuscirono a difendere la loro sovranità senza dividerla con l'Impero e i suoi rappresentanti, e trovarono su questa linea il consenso dei ceti di governo (e le vicende della successione medicea, apertasi nel 1711, stanno lì a dimostrarlo), è anche vero però che l'Impero costituì, in alcune circostanze, una risorsa cui i ceti di governo locali poterono rivolgersi contro i loro immediati principi territoriali. Sicché, per tornare ancora a Rokkan, che qui riprende, arricchendolo, il modello di Albert O. Hirschman (*Exit, Voice and Loyalty*, 1970), gli stati del *Reichsitalien* appaiono in qualche misura distaccarsi dal classico processo di *state-building*; si presentano piuttosto come dei complessi territoriali nei quali gli *entries*, *exits*, *voices* e *loyalties* possono far riferimento, fino alla fine del Sacro Romano Impero – e ancora

[16] Cfr. gli scritti di Stein Rokkan raccolti e ordinati da Peter Flora: S. ROKKAN, *Stato, nazione e democrazia in Europa*, Bologna 2002: in particolare gli scritti di Rokkan raccolti nella sezione prima della parte prima.

[17] A. SPAGNOLETTI, *Principi italiani e Spagna nell'età barocca*, Milano 1996.

negli anni dell'elezione imperiale di Leopoldo II, nel 1790-1791[18] –, a due concorrenti sovranità e giurisdizioni.

Alcuni stati italiani – e non certamente di importanza secondaria: gli stati medicei, gli stati estensi, il ducato di Savoia – hanno, dunque, vissuto una storia per molti aspetti peculiare, con condizioni assai particolari per le dinastie e per i locali ceti di governo. Non sorprende, quindi, che a Firenze, alla morte del duca Alessandro per mano di Lorenzino, nel 1537, si riaprissero gli spazi e gli scontri sul destino dello stato fiorentino, all'interno del ceto di governo, in un gioco politico e diplomatico complesso tra papato e Carlo V; così come non deve sorprendere che ancora nel 1740, nella difficile congiuntura della guerra per la successione austriaca, un solerte ministro del nuovo granduca lorenese, nel delineare gli orientamenti e le divisioni del patriziato senese, censisse, alle prime avvisaglie della guerra, la presenza di quattro «partiti»: i filoborbonici, i sostenitori dell'autonomia e della libertà del granducato nelle mani dei patriziati locali, i filoasburgici e gli «imperiali». Certo, questi «partiti» esprimevano le divisioni interne al ceto patrizio senese per il controllo delle risorse economiche e politiche della città e dello stato e la volontà di inserirsi in una rete di alleanze e di clientele che utilizzano tutte le risorse politiche disponibili, e tra queste anche il richiamo alla giurisdizione imperiale. Si pensi, in questa prospettiva, alle linee di ricerca avviate da Angelo Torre sui feudi imperiali delle Langhe negli anni della guerra di Successione spagnola o alle ricerche di Tigrino sulla polemica accesasi nel secondo Settecento tra l'Impero e la Repubblica di Genova a proposito dell'appartenenza all'Impero del feudo di Sanremo, o ancora alla ricerca assai raffinata condotta da Tigrino in questo stesso volume sulla produzione «controversistica» tra ministri del regno di Sardegna e ministri imperiali a proposito del titolo di vicario imperiale spettante ai duchi di Savoia e sulla loro partecipazione alla dieta imperiale.

È, comunque, all'interno di queste controversie che si possono trovare le risposte, sul terreno della ricerca concreta, alla domanda su quali vantaggi potesse rappresentasse per una comunità, per i suoi ceti di governo, per i suoi abitanti l'appartenenza al *Reichsitalien*. E ancora: quale condizione di privilegio – se vi era – rappresentava l'appartenenza al *Reichsitalien* in termini di statuti e privilegi particolari rispetto alla condizione dei territori vicini che non appartenevano al *Reichsitalien*? Insomma, se ci allontaniamo dall'utile e, anzi, sempre indispensabile osservatorio dell'archivio delle cancellerie imperiali e, per il Settecento, dell'archivio della plenipotenza

[18] Lo ricorda V. Tigrino nel suo contributo in questo volume.

imperiale così bene studiato dalla Cremonini, cosa voleva dire in concreto nascere in un territorio del *Reichsitalien*? Quali conflitti politici e di giurisdizione creava questa disparità di statuto e di condizione? Quali tribunali e procedure giudiziarie apriva l'appartenenza ai territori del *Reichsitalien*? I primi esiti di una ricerca che si sta conducendo sulle comunità del ducato di Piemonte e, nel suo ambito, sui territori sottoposti alla giurisdizione imperiale, sembrano dare ragione di linee di ricerche che puntino a una lettura ravvicinata dei feudi imperiali – soprattutto dei feudi minori – del *Reichsitalien*[19].

Quel che importa, comunque, è uscire da un'analisi del profilo meramente formale delle istituzioni e degli assetti e delle giurisdizioni del *Reichsitalien* e cercare di cogliere, per quanto è possibile, anche da questo angolo d'indagine, la complessità e frammentazione dei poteri territoriali e della lotta politica.

Ovviamente, è quasi ozioso ricordare che gli assetti di potere del Sacro Romano Impero non furono mai eguali a se stessi nei due secoli e mezzo dei quali qui ci occupiamo, che l'Impero con cui si misurarono i principi e i ceti di governo dei territori del *Reichsitalien* hanno espresso poteri, idee, progetti, equilibri mutevoli nel tempo. Ed è altrettanto ovvio ricordare che mutarono in questi due secoli e mezzo, dall'abdicazione di Carlo V alla fine del Sacro Romano Impero, la forza e la capacità dell'Impero di esercitare un effettivo controllo sulle vicende politiche degli stati del *Reichsitalien*. Non so davvero se dall'età di Carlo V a quella di Ferdinando II si possa parlare di una crisi della capacità di presenza dell'Impero in Italia: quasi che dopo l'abdicazione di Carlo e il consolidarsi del dominio del ramo spagnolo degli Asburgo in Italia non ci sia stato posto per un effettivo esercizio della sovranità e della giurisdizione imperiale sui feudi del *Reichsitalien*. Il libro di Robert J.W. Evans[20] ci invita, ad esempio, a ragionare con maggiore attenzione sulle capacità e sui modi di esercizio del potere da parte della dinastia degli Asburgo e ci richiama alla necessità di abbandonare troppo facili letture; e le ricerche di Friedrich Edelmayer mostrano la capacità di azione dell'Impero in Italia nel secondo Cinquecento[21]. Quel che so per certo, per averlo studiato personalmente, è che dalla seconda

[19] E. RAGUSA - A. TORRE, *Tra Belbo e Bormida. Luoghi e itinerari di un patrimonio culturale*, Torino 2003.

[20] R.J.W. EVANS, *Felix Austria. L'ascesa della Monarchia asburgica (1550-1700)*, trad. it., Bolgona 1981 (ed. orig. 1979).

[21] F. EDELMAYER, *Maximilian II., Philip II. und Reichsitalien. Die Auseinandersetzungen um das Reichslehen Finale in Ligurien*, Stuttgart 1988.

metà del Seicento la presenza della dinastia negli organi di governo dell'Impero appare più evidente e forte. Non è il caso di fermarsi sulle ragioni di questi mutamenti negli equilibri e negli assetti di potere dell'Impero, a pochi decenni dalle Paci di Westfalia, e che pare accompagnare, nel contesto delle istituzioni e della politica imperiale, quella crescita politica della dinastia degli Asburgo che gli storici della «monarchia» asburgica dopo la vittoria sui Turchi del 1683 e fino ai primi decenni del Settecento indicano, riprendendo il titolo di un volume di Oswald Redlich del 1938, come «das Werden einer Grossmacht» (la formazione di una grande potenza). Non vorrei tornare, in questa sede, sulla monarchia viennese tra fine Seicento e i primi decenni del Settecento, tra la fine dell'impero di Leopoldo I, il breve impero di Giuseppe I e la monarchia di Carlo VI, la monarchia, per dirla con Montesquieu, del «sogno spagnolo»[22]. Vorrei solo notare, sulla base di questo accenno, quanto la storia del Sacro Romano Impero sia una storia – e anche questa è una considerazione assai ovvia – per larghi tratti mutevole, piena di cesure: dall'ascesa di Carlo V alla sua abdicazione – anzi, alle sue abdicazioni – alle vicende del primo Seicento, alle paci di Westfalia, al lungo impero di Leopoldo I; e come pertanto per la seconda metà del Seicento non ci si debba contentare di seguire l'alto dibattito e lo scontro che si accesero intorno alle tesi di Pufendorf e ai tanti giuristi che intervennero a favore o contro di esse sulla costituzione dell'Impero, ma si debbano valutare i mutamenti reali degli assetti di potere, che sembrano rivelare un maggior peso politico della casa d'Asburgo e dei suoi alleati. Basta scorrere, ad esempio, i nomi delle famiglie elevate in questi decenni ai vertici della nobiltà imperiale o fermarsi a leggere le tesi sostenute in molte università tedesche sulla giurisdizione imperiale, o ancora, tra queste, una tesi che si sofferma sul processo di riorganizzazione dell'archivio imperiale; o ancora basta scorrere le filze dei *Reichsakten* di questi decenni per cogliere il processo cui ho accennato. Quando l'Impero si presenta in Italia con il viso duro e con il pugno del maresciallo Carafa – un episodio, questo, così bene raccontato da Pugliese –, per chiedere le contribuzioni a sostegno della guerra contro il Turco, non è più, ovviamente, l'Impero degli Asburgo dei primi anni del Seicento. E chi, tra i principi e gli stati italiani non ha capito questa diversità di potenza e di capacità politica dell'Impero non tarderà a rendersene conto, accettando di pagare pesanti contribuzioni alle casse imperiali (non a caso da questa congiuntura prende inizio il volume di Jean Claude Waquet sulle finanze del granducato di Toscana fra Sei- e

[22] M. VERGA, *Il «sogno spagnolo» di Carlo VI. Alcune considerazioni sulla monarchia asburgica e i domini italiani nella prima metà del Settecento*, in C. MOZZARELLI - G. OLMI (edd), *Il Trentino nel Settecento*, cit., pp. 203-261.

Settecento[23]). La lapide che il generale Bonneval, poi passato tra il numero dei rinnegati al servizio del Turco, pose a Comacchio nel 1708, testimonia abbastanza chiaramente questa decisa volontà degli Asburgo di rivendicare una forte presenza nel *Reichsitalien*[24].

Come si è tradotto e come è stato percepito questo «Werden einer Grossmacht» nei feudi e nei territori del *Reichsitalien*? Certo, c'è il ghibellinismo del primo Settecento, un moto assai interessante di alcuni letterati e politici pronti a mobilitare un'idea tradizionale, e ghibellina, di Impero al servizio degli Asburgo e dei loro alleati nella penisola; e c'è anche un ghibellinismo meno politico, che si nutre davvero di questa idea di Impero per pensare impossibili mutamenti negli assetti di potere delle società e degli stati italiani. Così come, accanto a un forte neoguelfismo (si pensi ai due volumi di Tosini su una lega italica guidata dal papa: 1718[25]), c'è anche un ghibellinismo popolare e provinciale, che sfugge in parte alla stretta griglia interpretativa del conflitto fazionario: un ghibellinismo di poveri artigiani, di un pittore, di un frate, che, ad esempio, a Palermo si fanno giustiziare, nei primi anni del Settecento, in nome della loro fedeltà all'Impero[26]. Ed è un Impero capace di creare o di rinnovare un'iconografia e una rappresentazione del potere che s'impongono, grazie anche ai programmi iconografici e celebrativi ideati da Leibniz e da Haereus, all'immaginario dei popoli e di suscitare culti e devozioni tali da individuare una sorta di territorio religioso imperiale (sono gli Asburgo della *pietas austriaca*, della vittoria contro il Turco predicata da Marco da Aviano, e, con Carlo VI, delle colonne innalzate in molte città dell'Impero in onore della Madonna).

Le vicende della guerra per la successione spagnola e quelle, anch'esse assai complesse, della successione medicea rappresentano certamente il terreno sul quale è più facile seguire questa nuova capacità dell'Impero di intervenire negli assetti della penisola, come ben mostra il saggio di Daniela Frigo in questo volume e i saggi editi in un fascicolo di «Cheiron» curato da Antonio Alvarez-Ossorio Alvarino[27].

[23] J.C. Waquet, *Le Grand-Duché de Toscane sous les derniers Médicis. Essai sur le système des finances et la stabilité des institutions dans les anciens états italiens*, Rome 1990.

[24] La lapide si può leggere, anche se la trascrizione non è del tutto corretta, in S. Bertelli, *Erudizione e storia in L.A. Muratori*, Napoli 1960.

[25] P. Tosini, *La libertà d'Italia dimostrata ai suoi principi e popoli*, 2 voll., Amsterdam 1718-1720.

[26] A. Cutrera, *Cronologia dei giustiziati di Palermo, 1541-1819*, Palermo 1917.

[27] *Famiglie, nazioni e Monarchia. Il sistema europeo durante la guerra di successione spagnola*, in «Cheiron», 2004, 39-40.

Certamente, per i ceti dirigenti italiani dei territori ora conquistati dagli Asburgo – la Sicilia, Napoli, la Sardegna – o di quei feudi e territori ora sottoposti a una rinnovata capacità di governo dell'Impero, la nuova presenza dell'Impero degli Asburgo si traduceva nella possibilità di accedere a più larghe risorse economiche e politiche e ai più ampi circuiti dell'Impero. Non a caso, studiando la complessa congiuntura primo-settecentesca, negli anni intorno alla guerra di Successione spagnola, mi è apparsa evidente la capacità dei ceti di governo degli stati italiani, passati nel dominio degli Asburgo, di utilizzare questa loro appartenenza come un'opportunità di mobilità sociale e politica, un'opportunità per giocare il loro futuro nei territori della monarchia e dell'Impero. Ho potuto, infatti, ricostruire un certo numero di carriere – e non sono carriere militari – di ministri e funzionari, che, partendo da territori del *Reichsitalien* o da altri dominî degli Asburgo, seguiranno un loro *cursus honorum* nel contesto degli uffici dell'Impero e della monarchia asburgica: forse carriere non brillanti come quelle dei molti tedeschi del centro e del nord dell'Impero che, diventati cattolici, ascenderanno a Vienna ad alte responsabilità, ma di sicuro anche i nostri italiani del *Reichsitalien* raggiunsero talora – è questo il caso, ad esempio, dei due Brichieri Colombi – cariche di elevato prestigio (nel loro caso nel granducato di Toscana di Francesco Stefano e di Pietro Leopoldo).

Con queste considerazioni siamo passati, come si vede, dal Sacro Romano Impero del XVI e XVII secolo a quell'Impero settecentesco di Carlo VI e soprattutto di Maria Teresa e di Giusepe II che avrebbe avuto un rapporto assai stretto con l'Italia e con i suoi stati. Una storia, questa dell'Italia asburgica settecentesca, ben nota negli studi italiani, grazie a una serie nutrita di saggi sui singoli dominî della monarchia, su quel riformismo asburgico che ha inciso profondamente nella politica, nella società e nella cultura di una parte significativa della penisola. Lo avrebbe ricordato, ad esempio, Matteo Galdi nel testo inviato al celebre concorso milanese del 1796 su «Quale dei governi liberi meglio convenga alla felicità d'Italia», là dove rivendicava a merito di Giuseppe II il fatto che la Lombardia si trovasse «spopolata di quella immane milizia sacra che opprimeva l'indigenza e perpetuava l'ignoranza»[28]. Ma credo necessario, per un'esatta comprensione delle vicende dell'Italia asburgica settecentesca, tener presente che l'Impero e la dinastia degli Asburgo che tornano ad affacciarsi nell'Italia del Settecento sono ormai proiettati decisamente alla conquista di una rinnovata presenza in Germania – si pensi alla lunga rivalità con la Baviera

[28] [MATTEO GALDI] *Necessità di stabilire una repubblica in Italia*, in A. SAITTA, *Alle origini del Risorgimento. I testi di un «celebre» concorso (1796)*, 3 voll., Roma 1964: il testo di Galdi è nel vol. I, pp. 263-329.

dei Wittelsbach – e a un'espansione verso l'Europa centro e sud-orientale, che va ben al di là della «riconquista» dei territori del regno di Ungheria. Non dobbiamo dimenticare, insomma – per tornare, in ultimo, al terreno della rappresentazione e dell'elaborazione di immagini e simboli del potere imperiale – che l'Impero che si ripresenta nelle terre italiane, negli ultimi anni del Seicento, in occasione della guerra contro il Turco e con maggiore forza nei primi anni del Settecento, a rivendicare non solo il *Reichsitalien* quanto l'eredità spagnola, è un Impero – e una dinastia – che si appropria del mito tutto tedesco di Arminio: non solo l'Arminio celebrato da Ulrich von Hutten nel poema del 1523, o l'*Arminius und Thusnelda* di Daniel Casper von Lohenstein (1689)[29], quanto l'*Arminio* di Alessandro Scarlatti, rappresentato a Firenze nel 1703, l'*Arminio* di Agostino Steffani, rappresentato a Düsseldorf nel 1707, l'*Arminio* di Carlo Francesco Pollaiolo, rappresentato a Venezia, o l'*Arminio* di Adolf Hasse, rappresentato a Milano nel 1731 in occasione della visita dell'imperatrice, per non citare le tante opere musicate nella seconda metà del secolo e dedicate all'eroe teutonico: da Händel a Baladassare Galuppi, a Angelo Tarchi.

[29] L. QUATTROCCHI, *Il mito di Arminio. I. Da Hutten a Lohenstein*, Napoli 1979.

I

Il potere dell'Impero: istituzioni, strutture, guerre / Die Macht des Reiches: Institutionen, Strukturen, Kriege

Reichshofrat und Reichsitalien

von *Leopold Auer*

«Das liebe Heilige Röm'sche Reich, wie hält's nur noch zusammen?»[1]. Zur Beantwortung dieser in Goethes Faust gestellten Frage kann man auf eine ganze Reihe von Faktoren verweisen. Dazu gehört die über das Ende des Reiches hinaus anhaltende Anziehungskraft der Idee des Kaisertums ebenso wie die innerhalb und außerhalb des Reiches erkannte Bedeutung seiner Rolle als Friedens- und Rechtssystem[2]. Mit der Devise «Frieden durch Recht» hat die vor acht Jahren aus Anlaß der Gründung des Reichskammergerichts veranstaltete Frankfurter Ausstellung diese Rolle prägnant zum Ausdruck gebracht[3]. Unter die Devise «Frieden durch Recht» läßt sich auch ein Großteil des institutionellen Rahmens stellen, der nicht zuletzt den Zusammenhalt des Reiches gewährleistet hat: die Reichstage bzw. seit 1663 der Immerwährende Reichstag, die Kreisverfassung, die Lehensordnung des Reiches, die Reichsgesetzgebung, das Reichskammergericht und schließlich auch der Reichshofrat (RHR).

Der RHR kann vielleicht sogar in einem besonderen Maße als institutionelle Klammer des Reiches verstanden werden[4]. Aus dem Rat des Herrschers erwachsen, bei dem alle Aktivitäten zusammenliefen, die als Ausfluß kaiserlicher Macht verstanden werden konnten, entwickelte er sich neben einem Instrument kaiserlicher Politik immer stärker zu einem höchstgerichtlichen Organ, das gelegentlich auch eine vom Kaiser unabhängige oder zu dessen Politik in Widerspruch stehende Position vertreten konnte. Mit Hilfe des

[1] J.W. VON GOETHE, *Faust. Der Tragödie erster Teil*, Auerbachs Keller in Leipzig, Vers 2090 f.

[2] Vgl. dazu mit Hinweisen auf die frühere Literatur zusammenfassend K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich 1648-1806*, 4 Bde., Stuttgart 1993-2000, hier Bd. 1: *Föderalistische und hierarchische Ordnung (1648-1684)*, S. 32-44 und S. 69-75.

[3] I. SCHEURMANN (Hrsg.), *Frieden durch Recht. Das Reichskammergericht von 1495 bis 1806*, Mainz 1994.

[4] Vgl. zum RHR zusammenfassend K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 1, S. 85-97, sowie zuletzt A. BAUMANN - E. ORTLIEB, *Netzwerk Reichsgerichtsbarkeit*, in B. FELDNER et al. (Hrsg.), *Ad Fontes. Europäisches Forum junger Rechtshistorikerinnen und Rechtshistoriker Wien 2001*, Frankfurt a.M. - Berlin - Bern 2002, S. 23-36, hier S. 28-34.

Reichshofrats konnte der Kaiser nachhaltig in das Verfassungsgefüge des Reiches eingreifen, umgekehrt konnte der Reichshofrat unter bestimmten Voraussetzungen wenn nötig die direkte unmittelbare Verbindung zwischen Untertanen und Reichsoberhaupt bei der Durchsetzung von Rechten gewährleisten. Für Reichsitalien lag seine bei Bedeutung außerdem darin, daß seine Zuständigkeit im Gegensatz zu Reichstag und Reichskammergericht von Anfang an unumstritten war[5].

Bei dem Versuch, eine Bilanz unseres derzeitigen Wissensstandes zum Thema RHR und Reichsitalien zu ziehen, sollen schwerpunktmäßig die folgenden Aspekte behandelt werden:

1. der Charakter der Zuständigkeit für Reichsitalien und das institutionelle Beziehungsgeflecht, das sich daraus ergibt;
2. das durch diese Aktivitäten erwachsene Schriftgut und dessen Überlieferung;
3. der Stand der Forschung und das Bild, das sich daraus für die Beziehung zwischen Reichsitalien und RHR ableiten läßt;
4. die dabei zutage tretenden Forschungsdefizite, aus denen sich zugleich Anregungen für die Richtung zukünftiger wünschenswerter Forschungen zum Thema ergeben.

Wie erwähnt hat sich der RHR aus dem Rat des Herrschers entwickelt[6]. Daraus ergibt sich seine Nähe zum Herrscher und zu dessen Politik, damit auch eine Vielfalt von Aufgaben auch politischer Natur, die ihn etwa vom Reichskammergericht (RKG) unterscheidet, aber auch ein größerer Spielraum bei der Erfüllung seiner Aufgaben, wie er auch in den Reichshofratsordnungen zum Ausdruck kommt. Aus dieser allmählichen Entwicklung aus dem Rat des Herrschers ergibt sich auch, daß ein bestimmtes Gründungsdatum nicht angegeben werden kann. Schon in der Reichspublizistik des 18. Jahrhunderts hat man darüber gewitzelt, daß manche den Ursprung des RHR bis auf die Zeiten des Kaisers Augustus zurückführen möchten[7].

[5] Vgl. M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien in der frühen Neuzeit*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 79, 1999, S. 344-420, hier besonders S. 364 ff. und S. 370 ff.

[6] E. ORTLIEB, *Vom königlichen/kaiserlichen Hofrat zum Reichshofrat. Maximilian I., Karl V., Ferdinand I.*, in B. DIESTELKAMP (Hrsg.), *Das Reichskammergericht: der Weg zu seiner Gründung und die ersten Jahrzehnte seines Wirkens (1451-1527)*, (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 45) Köln - Weimar - Wien 2004, S. 221-289.

[7] E. ORTLIEB, *Vom königlichen/kaiserlichen Hofrat zum Reichshofrat*, S. 222.

In keinem Fall tritt der RHR erst mit der Ordnung Ferdinands I. von 1559 ins Leben, die ja selbst auf Vorgänger bzw. auf einen bereits bestehenden RHR verweist. Eine wichtige Zäsur stellt wohl die Hofratsordnung Maximilians I. vom 13. Dezember 1497 dar[8]. Sie bezieht sich sowohl auf die Erblande wie auf das Reich, damit prinzipiell auch auf Reichsitalien[9] und umfaßt gleichermaßen Angelegenheiten der Politik wie der Justiz.

Zu den institutionellen Klammern, die bis zum Ende des Reiches im wesentlichen intakt blieben, gehörte die Reichslehensordnung[10]. Die Kontrolle darüber im Falle von Streitigkeiten aber auch in außerstreitigen Angelegenheiten bildete eine der zentralen Zuständigkeiten des Reichshofrats. Wie Gschließer zusammenfassend ausführt[11], umfaßte sie die Aufrechterhaltung der kaiserlichen Lehensherrschaft, den Schutz der Reichslehen, alle Agenden, die mit der Belehnung in Zusammenhang standen, Fragen der Erbfolge, der Verpfändung und Veräußerung sowie die Streitigkeiten, die sich daraus ergeben konnten. Wie nördlich der Alpen gilt auch für Reichsitalien, daß das Interesse an der Lehensordnung vielfach in umgekehrtem Verhältnis zur Macht der Lehensträger stand[12]. Für die kleinen Reichslehen bedeutete der Status der Reichsunmittelbarkeit einen Schutz vor den Aspirationen der größeren Territorien, aber selbst für die größeren italienischen Vasallen konnte es wünschenswert sein, die Rechtmäßigkeit ihres Besitzes und ihrer Machtausübung durch eine kaiserliche Investitur bestätigt zu erhalten; so ließ sich Sardinien noch 1755 vom Kaiser förmlich belehnen. Die oft zähen Verhandlungen darüber fielen in die Kompetenz des Reichshofrats. Sie umfaßten eine Untersuchung der rechtlichen und materiellen Beschaffenheit des Lehens und – oft besonders wichtig – eine Verständigung über die zu leistenden Abgaben, Laudemien und Taxgelder. Die Laudemien, die bei Erstbelehnung oder Übertragung von Lehen auf Seitenlinien

[8] *Ibidem*, S. 225 ff.

[9] Gelegentlich hat man schon für den maximilianeischen Hofrat eine eigene Italienpolitik postuliert; vgl. *ibidem*, S. 240 und Anm. 96.

[10] So J.-F. NOEL, *Zur Geschichte der Reichsbelehnungen im 18. Jahrhundert*, in «Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs» (künftig «MÖStA»), 21, 1968, S. 106-122, hier S. 106. Vgl. dazu jetzt umfassend M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 348 ff.

[11] O. VON GESCHLIESSER, *Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte des ehemaligen Österreich, 33), Wien 1942, S. 23.

[12] J.-F. NOEL, *Geschichte der Reichsbelehnungen*, S. 120; M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 366.

zu bezahlen waren, gingen an den Reichshofrat. Sardinien etwa zahlte bei der erwähnten Belehnung 1755 allein an Laudemien 85.000 Gulden[13]! Für den Vorgang der Belehnung selbst wurde zwischen den Thronlehen und den kleineren sogenannten «Reichshofratslehen» unterschieden. Nur für die letzteren nahm der Reichshofrat selbst die Investitur vor, während die Inhaber der Thronlehen ihre Lehen durch den Kaiser selbst empfingen. In Italien gab es lediglich acht Thronlehen, in alphabetischer Reihenfolge die Lehen der Doria, Finale, Mailand, Mantua, Modena, Parma und Piacenza, Piemont und Toskana, wobei der Status der Toskana und Parma-Piacenzas als Reichslehen umstritten war[14]. Kein Geringerer als Leibniz hat sich dazu geäußert, die Reichszugehörigkeit wurde schließlich durch die Quadrupelallianz 1718 völkerrechtlich verankert, obwohl die Diskussion damit keineswegs beendet war[15]. Einen Sonderfall bildeten die Republiken Genua und Venedig, die ihre Zugehörigkeit zum Reich, zumindest für Teile ihres Territoriums bestritten[16]. Venedig hat seine souveräne Stellung *de facto* durchgesetzt, auch wenn noch bis ins 18. Jahrhundert gelegentlich in Denkschriften reichsrechtliche Ansprüche – zumindest hinsichtlich der Terra Ferma – erhoben wurden[17]. Einzig die Republik Lucca scheint an der Bindung zum Reich im wesentlichen bedingungslos festgehalten zu haben[18].

[13] J.-F. NOEL, *Geschichte der Reichsbelehnungen*, S. 110. Zusammen mit den an die Reichskanzlei zu zahlenden Taxgeldern ergab sich der stolze Betrag von insgesamt 172.265 Gulden; vgl. M. SCHNETTGER, *Impero Romano – Impero Germanico. Italienische Perspektiven auf das Reich in der frühen Neuzeit*, in M. SCHNETTGER (Hrsg.), *Imperium Romanum – irregulare corpus – Teutscher Reichs-Staat. Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, Mainz 2002, S. 53-75, hier S. 58, Anm. 13 unter Berufung auf G. TABACCO, *Lo stato sabaudo nel Sacro Romano Impero*, Torino 1939, S. 179.

[14] M. SCHNETTGER, *Impero Romano – Impero Germanico*, S. 58, Anm. 14 und 15.

[15] L. AUER, *Das Reich und der Vertrag von Sevilla*, in «MÖStA», 22, 1969, S. 64-93, hier S. 65 ff. und S. 84 f.

[16] M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 353 f. Vgl. zu Genua auch seinen Beitrag in diesem Band.

[17] Venedig ließ sich zuletzt 1435 mit seinen reichsitalienischen Besitzungen belehnen, M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 354, aber auch im 16. Jahrhundert spielten reichsrechtliche Ansprüche noch eine Rolle, vgl. H. WIESFLECKER, *Kaiser Maximilian I.*, Bd. 3, Wien - München 1977, S. 93 und 111, sowie H. KRETSCHMAYR, *Geschichte von Venedig*, Bd. 3, Gotha 1934, S. 10 f. Von Reichsrechten auf den Golf von Venedig – übrigens unter Erwähnung des *Squitinio della libertà veneta* von 1612 – spricht eine anonyme undatierte, vermutlich gegen Ende des 17. Jahrhunderts verfaßte Denkschrift im Haus-, Hof- und Staatsarchiv (künftig HHStA), *Lothringisches Hausarchiv*, Kart. 206, Nr. 697. Zum *Squitinio* vgl. den Beitrag von A. LANDWEHR in diesem Band.

[18] Dazu jetzt R. MAZZEI, «*Imperiali di tucto ma non di core*». *La Repubblica di Lucca e l'Impero nella prima età moderna*, in diesem Band.

Eine wesentliche Aufgabe war der Schutz der kleinen Vasallen vor den Aspirationen der großen. Dabei spielte der Reichshofrat eine entscheidende Rolle, gelegentlich auch gegen die Intentionen der kaiserlichen Politik. Die zahlreichen kleinen Reichslehen wurden in den Verzeichnissen des Reichshofrats häufig in vier große Gruppen zusammengefaßt: die ligurischen Reichslehen (das sogenannte «Genovesato»), die Reichslehen der Langhe und der Lunigiana sowie die Reichslehen in der Valle di Pregola. Darüber hinaus waren auch im Kirchenstaat, ja sogar in Süditalien Reichslehen vorhanden bzw. wurden dort vermutet[19]. Die Inhaber dieser kleinen Lehen, die hinsichtlich ihres Umfangs am ehesten jenen der Reichsritterschaft nördlich der Alpen zu vergleichen sind, waren einem permanenten Druck ihrer großen Nachbarn ausgesetzt: Spanien und die Toskana versuchten, sich die Reichslehen der Lunigiana anzueignen, Genua und Savoyen jene des Genovesato bzw. der Langhe. Auch wenn man am Kaiserhof im Zweifelsfall oft eher bereit war, die Interessen des Reiches als jene der Großmacht Österreich zu opfern[20], so verfolgte die kaiserliche Politik im allgemeinen doch das Bestreben, die kleinen Reichslehen vor dem Zugriff der großen Territorien zu schützen. Dazu diente die Entsendung kaiserlicher Kommissare, auch aus den Reihen des Reichshofrats[21], später die Einrichtung der Plenipotenz und des Fiskalats für Italien, die zum Reichshofrat abwechselnd in einem Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz standen[22]. Noch 1768 wurde mit einem auf Befehl Josephs II. angelegten neuen Verzeichnis aller

[19] Vgl. M. SCHNETTEGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 355 f., sowie K.O. VON ARETIN, *Die Lehensordnungen in Italien im 16. und 17. Jahrhundert und ihre Auswirkungen auf die europäische Politik*, in H. WEBER (Hrsg.), *Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich*, Wiesbaden 1980, S. 53-84, hier S. 57-60.

[20] So M. SCHNETTEGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 357.

[21] Vgl. die Hinweise zur Tätigkeit von Kommissaren *ibidem*, S. 388 mit Anm. 145, sowie G. RILL, *Die Garzweiler-Mission 1603/4 und die Reichslehen in der Lunigiana*, in «MÖStA», 31, 1978, S. 9-25, hier S. 20 f.

[22] Vgl. zu Plenipotenz und Fiskalat G. DEL PINO, *Un problema burocratico: La plenipotenza per i feudi imperiali in Italia e il suo archivio tra XVII e XVIII secolo*, in «Rassegna degli Archivi di Stato», 54, 1994, S. 551-583, sowie G.P. OBERSTEINER, *Das Reichshoffiskalat 1596 bis 1806. Bausteine zu seiner Geschichte aus Wiener Archiven*, in A. BAUMANN u.a. (Hrsg.), *Reichspersonal. Funktionsträger für Kaiser und Reich* (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 46), Köln - Weimar - Wien 2003, S. 89-164, hier besonders S. 134 ff. und S. 144 ff., sowie zum Konkurrenzverhältnis mit dem Reichshofrat M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien*, S. 389 f.; K.O. VON ARETIN, *Lehensordnungen in Italien*, S. 63 f., sowie DERS., *Das Alte Reich*, Bd. 1, S. 208 mit Anm. 57. Die reichshofrätliche Überlieferung der Korrespondenz mit der Plenipotenz befindet sich in HHStA, *Plenipotenz in Italien*, Kart. 1-6.

italienischen Reichslehen nachdrücklich an die Lehensrechte des Reiches in Ober- und Mittelitalien erinnert[23].

Die zweite wichtige Zuständigkeit des Reichshofrats für Reichsitalien lag in seiner im Lauf der Zeit immer stärker in den Vordergrund tretenden Funktion als Gericht[24]. In dieser Funktion war der Reichshofrat entweder zuständig für Prozesse, an denen italienische Reichsvasallen als Kläger oder Beklagte beteiligt waren, oder für Prozesse, mit denen Kläger gegen das Urteil eines italienischen Gerichts beim RHR Berufung einlegten. Karl Otmar von Aretin hat an Hand des Verzeichnisses der erhaltenen Akten der lateinischen Judizialregistratur des Reichshofrats[25] etwa 1.500 Fälle aus Reichsitalien ermittelt[26], wobei die Zahl für die einzelnen Jahrhunderte kontinuierlich ansteigt, was allerdings auch mit der vor allem für das 18. Jahrhundert besseren Überlieferungslage zusammenhängen kann. Eine Erfassung aller verhandelten Fälle, die nur über die Resolutionsprotokolle möglich wäre, würde diese Zahl zweifellos noch erheblich vergrößern.

Vor allem die kleineren Vasallen prozessierten häufig vor dem Reichshofrat. Allein die Familien der Malaspina und der Spinola führten mehr als hundert Prozesse untereinander, gegeneinander oder gegen die großen Territorien wie Genua, Mailand, Savoyen oder Toskana[27]. Die großen Territorien traten seltener als Kläger auf, aber auch die Republiken Genua und Lucca wandten sich in einigen Fällen an den Reichshofrat, und anerkannten somit seine Zuständigkeit[28]. Ein ausgesprochenes Kuriosum stellt dabei die Klage dar, die Lucca 1640 gegen den Papst wegen der Verhängung von Kirchenstrafen vor dem Kaiser erhob und die in weiterer Folge an den Reichshofrat gelangt

23 K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 3: Das Reich und der österreichisch-preußische Dualismus (1745-1806), S. 169 mit Anm. 111 und 112. Angelegt wurde das Verzeichnis, das in mehreren Fassungen überliefert ist, vom lateinischen Registrator der Reichskanzlei Raimund von Manner; vgl. L. Gross, *Die Geschichte der deutschen Reichshofkanzlei von 1559 bis 1806*, Wien 1933, S. 437 und Anm. 13. Ähnliche Verzeichnisse wurden übrigens auch beim Regierungsantritt Franz' I. erstellt, heute HHStA, Archivbehelfe (künftig AB), I/38.

24 Vgl. zuletzt M. Schnettger, *Impero Romano – Impero Germanico*, S. 58 ff.

25 HHStA, AB, I/20, *Judicialia latina*.

26 K.O. von Aretin, *Lehensordnungen in Italien*, S. 63.

27 Prozeßakten in HHStA, RHR, *Judicialia latina*, Kart. 337-344 und 479-484; vgl. die Angaben in AB, I/20.

28 HHStA, RHR, *Judicialia latina*, Kart. 238 und 330-331.

sein dürfte[29]. Große Publizität erlangten Fälle, in denen Untertanen wie jene Campofreddos, Cantalupis oder Castigliones gegen ihre Herrschaft prozessierten. Im Falle Castigliones dauerte der Prozeß, der zur Einsetzung einer kaiserlichen Kommission führte, fast ein Vierteljahrhundert 1675-1698 – der aktenmäßige Niederschlag umfaßt an die zehntausend Seiten![30]. Eine europäische Dimension erlangte der bekannte Konflikt der Stadt San Remo mit der Republik Genua, bei dem der naturgemäß die Reichsrechte verteidigende Reichshofrat letztlich vor den gemeinsamen Interessen Frankreichs und Maria Theresias, die sich hier auch gegen den eigenen Gatten bzw. Sohn durchsetzte, zurückweichen mußte[31]. Daneben und neben zahlreichen Appellationen wurden vor dem Reichshofrat aber auch ganz alltägliche Fülle vom Raufhandel mit Todesfolge bis zu Schuldforderungen verhandelt.

Eine von Eva Ortlieb und Gert Polster für die Klägernamen A-G aller Prozeßserien durchgeführte Analyse der Prozeßfrequenz[32] zeigt für die *Judicialia latina* abweichend von den übrigen Serien starke Spitzen in der Anrufung des Reichshofrats für die ersten Jahre der Herrschaft Maximilians II., sowie für das letzte Jahrzehnt Josephs II. und die Regierung seines Bruders und Nachfolgers Leopold II. Allem Anschein nach geht die Abweichung vor allem auf die italienischen Prozesse, nicht – was auch möglich wäre – auf jene des mitverzeichneten Burgundischen Kreises zurück; eine Interpretation dieses Phänomens muß späteren Forschungen vorbehalten bleiben. Weniger überraschend ist die starke Inanspruchnahme des Reichshofrats durch italienische Kläger vom Rückzug der französischen Truppen 1707 bis zum Tod Karls VI., in der sich einfach die durch den

[29] Zumindest liegen heute die entsprechenden Akten in HHStA, RHR, *Judicialia latina*, Kart. 330/12; vgl. auch K.O. von Aretin, *Lehensordnungen in Italien*, S. 58, Anm. 24.

[30] HHStA, RHR, *Judicialia latina*, Kart. 322-328. Zu den auf der Grundlage der italienischen Überlieferung, vor allem des Archivs der Plenipotenz in Mailand, veröffentlichten Forschungen von C. Cremonini und L. Mazzoldi vgl. M. Schnettger, *Impero Romano – Impero Germanico*, S. 59, Anm. 20.

[31] So schon K.O. von Aretin, *Lehensordnungen in Italien*, S. 58 und Anm. 23. Vgl. zuletzt M. Schnettger, *Das Alte Reich und Italien*, S. 408 und Anm. 225; ders., *Impero Romano – Impero Germanico*, S. 62 mit Anm. 32 und S. 65 f., sowie S. Caillieret, *L'Affaire de San Remo, un épisode méconnu des relations diplomatiques entre la France et la cour de Vienne (1753-1772)*, Mémoire de maîtrise, Angers 1999 (ungedr.). Akten des Verfahrens in HHStA, RHR, *Judicialia latina*, Kart. 343 und 344, außerdem sind einzelne Voten sowie die Eintragungen in den Resolutionsprotokollen vorhanden.

[32] E. Ortlieb - G. Polster, *Die Prozeßfrequenz am Reichshofrat (1519-1806)*, in «Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte», 26, 2004, S. 189-216. Ich danke den Autoren für die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Manuskript.

Spanischen Erbfolgekrieg geänderten Herrschaftsverhältnisse in Italien widerspiegeln[33].

Schließlich muß als dritte Zuständigkeit des Reichshofrats jene für die Erteilung und Bestätigung von Privilegien erwähnt werden[34]. Bei all diesen Zuständigkeiten und den sich daraus ergebenden Aktivitäten war der Reichshofrat in ein Beziehungsgeflecht von Personen und Institutionen eingebettet, mit denen er zusammenarbeiten mußte. Er stand in direktem Kontakt mit dem Kaiser, seine Beschlüsse konnten vom Geheimen Rat weiter beraten werden, er kooperierte – vor allem in Lehens- und Steuerangelegenheiten – mit der Hofkammer und konkurrierte – in der Zeit der österreichischen Herrschaft über Italien – mit dem Spanischen Rat und der Staatskanzlei[35]. Auf die Zusammenarbeit mit Plenipotenz und Fiskalat wurde schon hingewiesen, wobei die Reichshoffiskale einen verlängerten Arm des Reichshofrats, die Plenipotentiare oder Generalkommissare eher Konkurrenten oder sogar potentielle Gegner darstellen[36].

Zusätzlich konnte der Reichshofrat durch die Entsendung von Kommissionen, zu deren Mitgliedern auch verschiedentlich Reichshofräte zählten, aktiv werden. Eines der bekanntesten Beispiele dafür ist wohl die Kommission des Reichshofrats Paul Garzweiler, der in den Jahren 1603/04 zur Erfassung

[33] Josef I. erklärte die Wiedergewinnung der Reichsrechte in Italien zu einem der Hauptziele seiner Politik; vgl. K.O. VON ARETIN, *Kaiser Joseph I. zwischen Kaisertradition und österreichischer Großmachtpolitik*, in «Historische Zeitschrift», 215, 1972, S. 529-606, hier besonders S. 544 ff. und S. 549. Mit der großen Zahl der Reichshofratsakten begründete der Reichsvizekanzler Schönborn seine Bitte an die italienischen Vasallen um Spenden für den Bau des Reichskanzleitrakts der Wiener Hofburg; M. SCHNETTGER, *Impero Romano – Impero Germanico*, S. 61, Anm. 27. Zum Neuaufleben der Reichsrechte insgesamt vgl. auch den Sammelband von M. VERGA (Hrsg.), *Dilatar l'Impero in Italia*, Rom 1995, sowie K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2: Kaisertradition und österreichische Großmachtpolitik (1648-1745), Stuttgart 1997, S. 194 ff. und S. 351 ff.

[34] L. AUER, *Das Archiv des Reichshofrats und seine Bedeutung für die historische Forschung*, in B. DIESTELKAMP - I. SCHEURMANN, *Friedenssicherung und Rechtsgewährung. Sechs Beiträge zur Geschichte des Reichskammergerichts und der obersten Gerichtsbarkeit im alten Europa*, Bonn - Wetzlar 1997, S. 117-130, hier besonders S. 126.

[35] 1720 wurde unter dem Vorsitz des Reichsvizekanzlers Schönborn aus Räten des Reichshofrats und der Hofkammer eine Deputation für italienische Finanzangelegenheiten eingerichtet, eine undatierte Denkschrift von ca. 1733 verweist auf die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Reichshofrat, Spanischem Rat und Hofkammer; vgl. K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 370 mit Anm. 67 und S. 376 mit Anm. 92. Für die Zeit Rudolfs II. siehe S. EHRENPREIS, *Der Reichshofrat im System der Hofbehörden Kaiser Rudolfs II.*, in «MÖStA», 45, 1997, S. 187-205.

[36] G.P. OBERSTEINER, *Das Reichshoffiskalat*, S. 46-69.

der Reichslehen Teile Reichsitaliens bereiste[37]. Alle diese geschilderten Aktivitäten haben ihren schriftlichen Niederschlag in einem umfangreichen Schriftgut gefunden, das zu großen Teilen im Archiv des Reichshofrats im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv überliefert ist. Insgesamt umfaßt das reichshofrätliche Archiv an die 13.000 archivalische Einheiten, von denen etwa 10.000 aus der Judizial- und 1.200 aus der Gratialregistratur stammen. Der Rest verteilt sich auf einige kleinere Aktenserien sowie auf die wichtigen, meist in Halbjahresbänden überlieferten Protokolle[38]. Sowohl Judizial- wie Gratialregistratur sind entsprechend der Geschäftsverteilung der Reichskanzlei, die nach außen den Schriftverkehr besorgte[39], von vereinzelten Ausnahmen abgesehen getrennt nach deutscher und lateinischer Expedition überliefert. Für Reichsitalien kommen demnach in erster Linie die Serien der *Judicialia latina* und der *Feuda latina* in Betracht, die hauptsächlich italienische Betreffe enthalten. Dazu kommen die über die deutsche und lateinische Expedition ausgefertigten Voten und Relationen an den Kaiser sowie die Korrespondenz des Reichshofrats mit den Plenipotentiaren und Fiskalen. Ganz vereinzelt lassen sich auch in den Serien der *Decisa*, der *Antiqua* und *Denegata antiqua*, der *Judicialia miscellanea*, der *Alten Prager Akten* und der *Confirmationes privilegiorum* lateinischer Expedition italienische Betreffe entdecken[40].

Von besonderer Bedeutung sind die bereits erwähnten Protokollserien des Reichshofrats, weil nur aus ihnen ein Überblick über die Gesamtheit aller am Reichshofrat geführten Prozesse gewonnen werden kann, einschließlich aller jener Fälle, in denen die Akten heute nicht mehr erhalten sind[41]. Am

[37] G. RILL, *Die Garzweiler-Mission.*

[38] L. AUER, *Such- und Erschließungsstrategien für die Prozeßakten des Reichshofrats*, in W. SELLERT (Hrsg.), *Reichshofrat und Reichskammergericht. Ein Konkurrenzverhältnis* (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 34), Köln - Weimar - Wien 1999, S. 211-219, hier S. 215.

[39] S. EHRENPREIS, *Das Reichshofrat*, S. 193 f.

[40] Man vgl. etwa die Bitte um kaiserliche Promotorial – oder Interzessionalschreiben in RHR, *Judicialia miscellanea*, Kart. 16: Castiglione, Kart. 29: Falkenstein an die Mailänder Kammer, Kart. 34: Genueser Kaufleute; eine Schuldforderung der Mantuaner Juden von 1630, RHR, *Denegata antiqua*, Kart. 170, oder die Klagen des Herzogs von Savoyen gegen den Herzog von Mantua wegen Montferrat 1613, RHR, *Alte Prager Akten*, Kart. 186, sowie der verwitweten Kurfürstin von Bayern gegen den Großherzog der Toskana 1653, RHR, *Decisa*, Kart. 362. Die Hinweise verdanke ich Dr. Eva Ortlieb.

[41] Am eingehendsten hat sich mit ihnen bisher L. GROSS, Die *Geschichte der deutschen Reichshofkanzlei*, S. 247 ff. beschäftigt. Vgl. zusätzlich zur Beurteilung der Protokolle die Hinweise bei E. ORTLIEB, *Vom königlichen/kaiserlichen Hofrat zum Reichshofrat*, S. 260,

wichtigsten sind die beiden Serien der Resolutions- und der Exhibitenprotokolle. Die ersteren verzeichnen die Sitzungen des Reichshofrats in chronologischer Reihung samt den dabei anwesenden Räten und die dabei verhandelten Fälle mit Angabe aller Eingaben und Beschlüsse, während die Exhibitenprotokolle vereinfacht ausgedrückt alle beim Reichshofrat eingereichten Eingaben enthalten, auch wenn es später zu keinem Verfahren gekommen ist. Die Resolutionsprotokolle sind für deutsche und lateinische Expeditionen getrennt überliefert, die uns hier interessierenden der lateinischen Expedition seit 1558, also noch vor dem Erlaß der Reichshofratsordnung durch Ferdinand I. 1559. Ihre Führung oblag entweder einem der Reichshofräte oder dem Sekretär der lateinischen Expedition der Reichskanzlei. Für die Führung der beide Expeditionen umfassenden Exhibitenprotokolle, die formell 1613 bzw. 1617 verfügt wurde, war der Protonotar des Reichshofrats zuständig.

Ein genaueres Studium des reichshofrätlichen Materials zur Geschichte Reichsitaliens wird das durch die bisherige Forschung bekannte Bild zwar im großen nicht tiefgreifend verändern, aber doch in zahlreichen Detailfragen vertiefen und differenzieren. Reichsitalien in der frühen Neuzeit war im wesentlichen ein Spielball der großen Politik im Kräftespiel zwischen den beiden habsburgischen Linien in Wien und Madrid, Frankreich und dem Papst. Die verschiedenen Phasen dieses Kräftespiels, in dem das Tauziehen um die Lehenshoheit des Reiches und die Reichsrechte überhaupt eine wichtige Rolle spielten, sind relativ gut bekannt und erforscht. Wichtige Arbeiten dazu wurden auf italienischer Seite etwa von Pugliese, Tabacco oder Verga[42], auf deutscher Seite von Aretin, Edelmayer, Niederkorn und Schnettger[43] veröffentlicht. Weit weniger erforscht ist die Rolle, die der Reichshofrat dabei gespielt hat. Sicher war er ein grundsätzlicher Verteidiger der Reichsrechte, was auch in seinem eigenen Interesse gelegen war. Ob

Anm. 208, sowie bei B. STAUDINGER, *Die Resolutionsprotokolle des Reichshofrats als Quelle zur jüdischen Geschichte*, in A. BAUMANN (Hrsg.), *Prozeßakten als Quelle. Neue Ansätze zur Erforschung der höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich* (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, 37), Köln - Weimar - Wien 2001, S. 119-140.

42 S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano - Roma 1932; G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*; M. VERGA, *Dilatar l'Impero in Italia.* Besonders die Arbeit von Pugliese ist bis heute von anhaltender Nachwirkung.

43 K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*; DERS., *Lehensordnungen in Italien*; F. EDELMAYER, *Maximilian II., Philipp II. und Reichsitalien*, Stuttgart 1988; J.-P. Niederkorn, *Reichsitalien und der Kaiserhof im Zeitalter der Hegemonie Spaniens 1559-1659*, in P. CHIARINI - H. ZEMAN, *Italia-Austria. Alla ricerca del passato comune*, Bd. 1, Roma 1995, S. 59-71; M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien*; DERS., *Impero Romano – Impero Germanico.*

aber seine Rolle eher von der jeweiligen Konstellation auf der Bühne der großen Politik bestimmt war, oder ob er diese Konstellation auch selbst mitbestimmt hat, müßte erst im einzelnen erforscht werden.

Auf der Grundlage des derzeitigen Forschungsstandes läßt sich immerhin soviel sagen, daß die Regierungszeit Maximilians II. und die zweite Hälfte der Regierung Rudolfs II. Zeiten verstärkter Bemühungen um die Reichsrechte bzw. Zeiten verstärkter Inanspruchnahme des Reichshofrats gewesen sind. Auch die Einrichtung des Reichshoffiskalats, das anfangs für deutsche und italienische Angelegenheiten zuständig war, die Garzweiler-Mission und die Anfänge der Plenipotenz gehören in diesen Zusammenhang. Alle diese Aktivitäten fallen in die Periode des großen Einflusses von Johann Anton Barvitius bei Rudolf II., der sowohl als lateinischer Sekretär der Reichskanzlei wie als Reichshofrat mit italienischen Angelegenheiten befaßt war[44]. Wieweit hier eigene Initiativen vorlagen oder einfach Vorgaben anderer umgesetzt wurden, wäre auch erst zu erforschen.

Demgegenüber festigte der Oñate-Vertrag den Einfluß Spaniens[45], der erst allmählich in der Spätzeit Ferdinands III. und während der Herrschaft Leopolds I. wieder durch eine stärkere Betonung der Reichsrechte seitens des Kaiserhofes zurückgedrängt werden konnte[46]. In diese Zeit fallen die Einrichtung eines eigenen italienischen Fiskalats und die endgültige Konsolidierung der Plenipotenz. Der Reichshofrat hat gegen die letztere vergeblich opponiert[47] und den italienischen Reichsfiskal als eine Art Kontrollorgan zur Wahrung der eigenen Rechte wie jener des Reiches angesehen. Mit der Ablösung der spanischen Vorherrschaft durch Österreich als Folge des Spanischen Erbfolgekrieges verlagerte sich dann oft bloß der Konflikt in die interne Behördenstruktur der Habsburgermonarchie, etwa mit dem Spanischen Rat[48], und führte dabei auch gelegentlich zu Kritik an kaiserlichen Entscheidungen.

44 Eine eingehende Biographie dieses wichtigen Mannes wäre erst noch zu schreiben; vgl. zusammenfassend über ihn mit Hinweisen auf die ältere Literatur L. GROSS, *Die Geschichte der deutschen Reichshofkanzlei*, S. 414-418.

45 K.O. VON ARETIN, *Die Lehensordnungen in Italien*, S. 76 f.

46 M. SCHNETTGER, *Zwischen Spanien, Frankreich und dem Kaiser. Italien zur Zeit des Friedens von Rijswijk*, in H. DUCHHARDT (Hrsg.), *Der Friede von Rijswijk 1697*, Mainz 1998, S. 195-218, hier besonders S. 212 ff.

47 So schon 1678, vgl. O.K. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 1, S. 208 und Anm. 57.

48 Beispiele für Konflikte zwischen Reichshofrat und Spanischem Rat unter Karl VI. bei K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 353 und 368 f.

Der Anteil des Reichshofrats am Wiederaufleben kaiserlicher Rechte unter Josef I. und Karl VI. ist nicht ganz einfach zu bewerten. Einerseits erstellte der Reichshofrat in diesem Zusammenhang immer wieder Gutachten[49], war aber anscheinend in die Entscheidungen selbst nur am Rande eingebunden, die überwiegend auf der Ebene der Geheimen Konferenz, des Reichstags oder – wie schon früher im Fall der Überlassung von Reichslehen an Savoyen – sogar im diplomatischen Tauziehen mit England getroffen wurden[50]. Ähnlich stellt sich die Rolle des Reichshofrats bei der Diskussion um die Frage der Lehensabhängigkeit der Toskana vom Reich dar[51]. Einerseits bildeten seine Gutachten[52], zu denen auch solche des Titular-Reichshofrats Leibniz gehörten[53], die rechtliche Grundlage der Diskussion, andererseits blieb er im Prozeß der Entscheidungsfindung gegenüber der Geheimen Konferenz durchwegs von sekundärer Bedeutung. Umgekehrt waren sich aber die italienischen Staaten durchaus im klaren, daß man bei reichsrechtlichen Fragen um den Reichshofrat nicht herumkam.

Nach dem Tiefpunkt, den die Regierung Karls VII. für die Stellung des Reiches in Italien bedeutete, kam es unter seinen beiden Nachfolgern noch einmal zu einem beachtlichen Aufschwung in der Wahrnehmung kaiserlicher Rechte[54]. Zwar mußte die Reichspolitik verschiedentlich gegenüber den Interessen der österreichischen Großmachtpolitik in den Hintergrund treten, aber gerade im Justizwesen wurden mit dem Erlaß einer neuen Prozeßordnung für Reichsitalien 1748 oder mit dem Patent Josephs II. von 1767 zur Bekämpfung des Räuberunwesens bedeutende Fortschritte erzielt. Der Reichshofrat war in alle mit diesen Reformen zusammenhän-

[49] Vgl. etwa die Gutachten in HHStA, RHR, *Feuda latina*, sowie HHStA, RHR, *Voten*, Kart. 7 zu Castiglione bzw. Gonzaga 1708/16; HHStA, RHR, *Voten*, Kart. 19 zu Guastalla 1729; HHStA, RHR, *Feuda latina*, Kart. 34 zu Mantua 1708; HHStA, RHR, *Feuda latina*, Kart. 37 zu Mirandola 1704, sowie HHStA, RHR *Voten*, Kart. 39 zu Mirandola 1708.

[50] Zu der vertraglichen Überlassung von Reichslehen an Savoyen 1690 in Zusammenhang mit der ein Jahr zuvor abgeschlossenen Großen Allianz und zur späteren Kritik des Reichshofrats vgl. M. SCHNETTGER, *Zwischen Spanien, Frankreich und dem Kaiser*, S. 199 ff. und S. 215, sowie DERS., *Das Alte Reich und Italien*, S. 370.

[51] K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 354-366.

[52] Vgl. die Reichshofratsgutachten von 1701, 1715 und 1733 in HHStA, RHR, *Voten*, Kart. 23.

[53] Ein solches liegt in HHStA, *Staatenabteilung Toskana*, Kart. 1; vgl. K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 530 Anm. 25, sowie H. VON SRBIK, *Aus Österreichs Vergangenheit*, Salzburg 1949, S. 18 ff. und 36.

[54] Das Folgende hauptsächlich nach K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 3, S. 63 ff. und 168 ff.

genden Aktivitäten eingebunden[55], auch wenn es dabei zunehmend zu einer Gewichtsverlagerung zu Gunsten der Plenipotenz kam; eine wichtige Rolle scheint dabei nicht zuletzt der Reichshoffiskal Johann Aloys Leporini gespielt zu haben[56]. Auf politischer Ebene wurde mit dem Übereinkommen mit Genua vom 9. Oktober 1783, in dem die Republik die Oberhoheit des Reiches anerkannte und die Wiederherstellung der alten Verfassung San Remos versprach, ein bedeutender Erfolg errungen[57]. Gerade in Italien hat somit das Reich in den letzten Jahrzehnten seines Bestehens kräftige Lebenszeichen von sich gegeben[58].

Aus dem eben Gesagten ergeben sich auch schon erste Schlußfolgerungen zu Forschungsdefiziten und wünschenswerter zukünftiger Forschung. Insgesamt sollten das Kräfteverhältnis innerhalb der institutionellen Strukturen Reichsitaliens wie der Habsburgermonarchie und die Rolle, die dem Reichshofrat dabei zukam, noch deutlicher herausgearbeitet werden. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit den einzelnen Mitgliedern des Reichshofrats, die bevorzugt für italienische Angelegenheiten herangezogen wurden und sich diesbezüglich besondere Qualifikationen erworben hatten. Das gilt ebenso für andere Personengruppen wie die Fiskale oder Kommissare. Für die Funktion des Reichshofrats als Gericht für Reichsitalien liegen einige sehr verdienstvolle Studien hauptsächlich von italienischer Seite vor. Sie beruhen aber nur in seltenen Fällen wie die Studien Lorenzo Tacchellas über die ligurischen Reichslehen[59] auf der Kenntnis sowohl der reichshofrätlichen Wiener wie der regionalen italienischen Überlieferung. Die möglichst vollständige Erfassung und Zusammenführung dieser beiden

[55] So hat er, wie aus einem Gutachten von 1772 hervorgeht, die neue Prozeß- und Gerichtsordnung ausgearbeitet; vgl. K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 3, S. 64 und S. 545 Anm. 85 und 88. Unter Joseph II. lief vor dem Reichshofrat ein Prozeß gegen den eine Räuberbande unterhaltenden Marchese Bourbon del Monte; vgl. *ibidem*, S. 168 und Anm. 110, sowie die Akten in HHStA, RHR, *Voten*, Kart. 39.

[56] K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 3, S.169 f. und Anm. 117. Etwas anders, was das Verhältnis Plenipotenz-Fiskal betrifft, jetzt P.G. Obersteiner, *Das Reichshoffiskalat*, S. 150 und 154. Das bei Aretin mehrfach erwähnte wichtige reichshofrätliche Gutachten von 1772 Februar 11, in HHStA, RHR, *Verfassungsakten*, Kart. 48.

[57] K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 3, S.169.

[58] Es gehört nicht zuletzt zu den Errungenschaften des Werkes von Aretin, das dadurch nach der durch H.L. Mikoletzky eingeleiteten Revision in der Beurteilung Franz Stephans auch dessen politische Aktivitäten deutlicher werden, deren umfassende Erforschung freilich noch immer aussteht; vgl. K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 3, S. 11 f. und 31 ff.

[59] Vgl zu ihnen die Hinweise bei M. Schnettger, *Das Alte Reich und Italien*, S. 350, Anm. 12 und S. 355, Anm. 28.

Überlieferungsstränge gehört meines Erachtens zu den vordringlichsten Forschungsaufgaben der nächsten Zeit. Ihre Inangriffnahme, für die man allerdings auch einen entsprechenden organisatorischen Rahmen vorsehen müßte[60], könnte auch einen nicht unwichtigen Beitrag zur Erarbeitung eines gemeineuropäischen Geschichtsbildes darstellen.

[60] Vorschläge dieser Art, was das Archiv des Reichshofrats betrifft, bei L. Auer, *Such- und Erschließungsstrategien*, S. 218 f.

I feudi imperiali italiani tra Sacro Romano Impero e monarchia cattolica (seconda metà XVI - inizio XVII secolo)

di *Cinzia Cremonini*

I rapporti tra Impero e Italia nel corso dell'età moderna, almeno per quanto concerne nello specifico i feudi imperiali italiani, hanno avuto nell'ambito della storiografia in lingua italiana ben pochi cultori. Escludendo infatti gli studi e le ricerche (peraltro non numerosissime) su aree o problematiche circoscritte[1], chi volesse capire almeno a grandi linee i termini delle que-

[1] L'elenco non vuole essere completo, ma indicativo delle ricerche più significative E. BRANCHI, *Storia della Lunigiana feudale*, 3 voll., Pistoia 1897-1898; L. STAFFETTI, *Tresana e l'ultimo dei suoi marchesi Malaspina*, in «Giornale Letterario della Liguria», 4, 1903, pp. 7-9; dello stesso autore si veda anche *Il marchesato di Fosdinovo nel '500*, in «Giornale storico della Lunigiana», 4, 1913, 3, pp. 188-192; F. SASSI, *I primordi del principato massese*, in «Giornale storico e letterario della Liguria», NS, 6, 1930, 3, pp. 201-213; C. MAGNI, *I feudi imperiali rurali della Lunigiana nei secoli XVI-XVIII*, in *Studi di storia e diritto in onore di E. Besta*, 3 voll., Milano 1939, III, pp. 43-70; A. SISTO, *I feudi imperiali del Tortonese (sec. XI-XIX)*, Torino 1956; G. DORIA, *Uomini e terre di un borgo collinare dal XVI al XVIII secolo*, Milano 1968; R. ARCO CROSTA, *I feudi del Monastero di S. Ambrogio tra Seicento e Settecento*, in «Archivio Storico Lombardo», 97, 1970, pp. 193-283; G. CAVALLI, *Un moto rivoluzionario in Lunigiana. I fatti di Tresana (1603-1652)*, in «Studi lunigianesi», 6-7, 1976-1977, pp. 55-104. E. GRENDI, *La pratica dei confini: Mioglia contro Sassello 1715-1745*, in «Quaderni storici», NS, 63, 21, 1986, 3, pp. 811-845; A. TORRE, *Élites locali e potere centrale tra Sei e Settecento: problemi di metodo e ipotesi di lavoro sui feudi imperiali delle Langhe*, in «Bollettino della società per gli studi storici archeologici della provincia di Cuneo», 89, 1983, pp. 41-63, e, dello stesso autore, *Faide, fazioni e partiti, ovvero la ridefinizione della politica nei feudi imperiali delle Langhe tra Sei e Settecento*, in «Quaderni storici», NS 63, 21, 1986, 3, pp. 775-809; E. BALDINI, *La Lunigiana tra Firenze, Genova e la Spagna: a proposito di una mancata vendita della fortezza di Aulla nel Cinquecento*, in «Archivio storico per le province parmensi», serie 4, 1993, pp. 95-133; C. MOZZARELLI, *Castiglione e i Gonzaga: piccoli stati e piccoli principi nell'Europa d'antico regime*, in M. MAROCCHI (ed), *Castiglione delle Stiviere. Un principato imperiale nell'Italia padana (sec. XVI-XVIII)*, Roma 1996, pp. 13-21; C. CREMONINI, *La rivolta di Castiglione delle Stiviere negli atti della Pleniptenza dei feudi imperiali italiani*, *ibidem*, pp. 91-116; R. MUSSO, *«Intra Tanarum et Bormidam et litus maris»: i marchesi di Monferrato e i signori «aleramici» delle Langhe (XIV-XVI secolo)*, in G. SOLDI RONDININI (ed), *Il Monferrato: crocevia politico, economico e culturale tra Mediterraneo e Europa*, Atti del Convegno Internazionale, Ponzone 9-12 giugno 1998, Ponzone (Alessandria) 1998, pp. 239-266.

stioni, dovrebbe ancora fare riferimento allo studio di Salvatore Pugliese che nel 1932 con *Le prime strette dell'Austria in Italia* (ripubblicato due anni più tardi con un nuovo titolo, significativamente meno enfatico, *Il Sacro Romano Impero in Italia*)[2] ripercorse l'intero sviluppo di questi rapporti dal medioevo al 1806, chiarendo non pochi punti fondamentali per comprendere a fondo le relazioni tra l'Impero e i vassalli italiani.

Pugliese, pur esaminando questo tema prevalentemente dal punto di vista contributivo (e non addentrandosi più di tanto, ad esempio, nelle non poche diatribe giurisdizionali sorte tra i feudi imperiali, o tra essi e gli stati «regionali» confinanti) aveva chiarito alcune questioni centrali, non da ultimo cosa, quali, e quanti fossero i feudi imperiali italiani, richiamando l'attenzione sulla divisione tra «feudi imperiali maggiori» e «feudi imperiali minori» (suggerita dalla stessa documentazione archivistica) e sul fatto che gran parte dei vassalli imperiali vantava una tradizione di servizio precedente all'età di Carlo V e quindi all'inizio dell'età moderna. Grazie a Pugliese dunque, e prima ancora di scorrere le carte – a mio avviso imprescindibili per studiare questo tema –, del ricco fondo *Feudi imperiali* conservato presso l'Archivio di Stato di Milano, è possibile chiarire che i cosiddetti «feudi maggiori» erano i ducati di Milano, Savoia, Mantova, il granducato di Toscana (benché propriamente il titolo di granduca, come è noto, fosse stato concesso ai Medici da papa Pio V nel 1569 con una sontuosa cerimonia a Roma[3]), la Repubblica di Genova.

Oltre a questi che spesso vengono definiti «stati regionali», facevano parte dei «feudi maggiori» anche stati con una dimensione territoriale più ristretta, come i ducati di Modena, Parma e Piacenza, il principato di Massa e Carrara infeudato ai Cybo-Malaspina, e quello di Novellara a un ramo dei Gonzaga, la Repubblica di Lucca, la quale sebbene non avesse mai ottenuto un'investitura feudale, esponeva le insegne imperiali sulle porte d'ingresso alla città. Al gruppo dei feudi imperiali «maggiori» era stato aggregato (fino alla fine del Seicento) anche il principato di Castiglione infeudato ai Gonzaga principi di Medole e Solferino[4]. Peraltro tra i feudi minori, oltre agli altri della «costellazione»[5] gonzaghesca (Guastalla, Bozzolo, Sabbioneta

2 S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano - Roma 1932.

3 Per la quale rimando allo studio di A. Contini nel presente volume.

4 Per la storia di questo principato cfr. M. MAROCCHI, *I Gonzaga di Castiglione delle Stiviere. Vicende pubbliche e private del casato di San Luigi*, Castiglione delle Stiviere (Mantova) 1990.

5 Il termine è stato coniato da C. MOZZARELLI, *Castiglione e i Gonzaga*, cit.

ecc.)[6] andavano annoverati i numerosi feudi imperiali esistenti in tre zone logisticamente importanti come le Langhe, il Monferrato e la Lunigiana. Infine a questi si aggiungevano pochi, sparsi, vassalli imperiali il cui titolo derivava dall'esercizio della giurisdizione su comunità ubicate tra Umbria e Toscana. Come risulta evidente, a distinguere tra feudi «maggiori» e «minori» non erano tanto le dimensioni dei territori, quanto considerazioni di natura diversa che Pugliese non faceva e che riguardano il ruolo politico svolto dai vassalli stessi.

Nonostante la ricerca di Pugliese costituisca tuttora l'unico esempio di analisi del problema da un punto di vista generale, a essere ben più citato e conosciuto è lo studio realizzato quasi quarant'anni più tardi da Karl Otmar von Aretin (e pubblicato negli «Annali dell'Istituto storico italo-germanico» con il titolo *L'ordinamento feudale in Italia nel XVI e XVII secolo e le sue ripercussioni sulla politica europea*)[7], che esaminava il tema del rapporto tra l'Impero e l'Italia entro la prospettiva dei molteplici sistemi di legittimazione feudale che si erano venuti a sovrapporre sulla penisola dalla seconda metà del Cinquecento. Secondo von Aretin la divisione dell'eredità asburgica aveva creato una situazione nuova perché dando vita al ramo spagnolo degli Asburgo e affidando a quello la tutela dei possedimenti italiani, Carlo V aveva a suo avviso lasciato campo alla creazione in Italia – ad opera della Spagna – di un nuovo sistema di controllo e legittimazione feudale. Questo, insieme con il sistema feudale dipendente dai Medici, si sarebbe affiancato a quelli imperiale ed ecclesiastico preesistenti. In sostanza von Aretin, che sembrava mettere sullo stesso piano legittimazioni imperiali e infeudazioni camerali, compì il tentativo di fotografare lo *status quo*, tenendo insieme le ragioni di tutti, e inserendo la Spagna quale soggetto politicamente attivo nelle relazioni tra Impero e vassalli italiani: si trattava, come si vedrà meglio più avanti, di un'intuizione preziosa anche se l'operazione avveniva all'insegna di un'interpretazione dell'antico regime fondata sull'idea che a governarlo fosse il disordine amministrativo, la mancanza di razionalità, la

6 Si vedano ad esempio C. MOZZARELLI, *I Gonzaga a Guastalla dalla cortigiania a principato, e alla istituzione di una città conveniente*, in *Il tempo dei Gonzaga*, Guastalla (Reggio Emilia) 1985, pp. 11-33, e, dello stesso autore si vedano inoltre, *Istituzione e declino d'un microcosmo principesco e cittadino. Note sul Ducato di Sabbioneta tra XVI e XVIII secolo*, in U. BAZZOTTI - D. FERRARI - C. MOZZARELLI (edd), *Vespasiano Gonzaga e il Ducato di Sabbioneta*, Atti del Convegno Sabbioneta-Mantova 12-13 ottobre 1991, Mantova 1993, pp. 241-258; *Il passero e l'aquila. Il principato di Bozzolo tra Cinque e Seicento*, in N. CALANI - A. LIVA (edd), *Statuti del principato di Bozzolo 1610-1633*, Mantova 1993, pp. 161-175.

7 K.O. VON ARETIN, *L'ordinamento feudale in Italia nel XVI e XVII secolo*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 4, 1978, pp. 51-93.

sovrapposizione di giurisdizioni diverse, motivi peraltro dominanti nella storiografia europea di quegli anni.

Se provassimo infatti a interrogarci sul perché dopo Pugliese non vi siano ancora state nell'ambito storiografico italiano significative nuove riflessioni generali su un tema che, se analizzato nell'ambito della storia politica europea e delle relazioni internazionali, si rivela tutt'altro che marginale, dovremmo probabilmente ammettere che la risposta più convincente consiste nello scarso o nullo interesse suscitato per molto tempo, almeno in Italia, dall'Impero e dalla sua politica. Pensiamo all'immagine che, nel panorama delle «monarchie nazionali nascenti» si finì per accreditare dell'Impero, Sacro e Romano, nel contesto di una storiografia che (sulla scorta delle tensioni ideali risorgimentali) privilegiava lo studio dei processi di formazione degli stati nazionali unitari: da essa si era sviluppata una riflessione tesa a studiare prevalentemente lo stato, inteso nel senso di organizzazione territoriale caratterizzata da un'amministrazione accentrata e burocratizzata[8]. In questa prospettiva il Sacro Romano Impero non poteva apparire altro che un «anacronistico coacervo di sovranità diverse» (principati elettorali, città libere, regni elettivi e repubbliche), come si poteva leggere in qualche manuale ancora pochi anni fa[9].

In questa prospettiva ovviamente il frazionamento politico dell'Impero veniva fortemente stigmatizzato perché – messo a confronto con realtà politiche le quali, più efficientemente, erano riuscite ad averne ragione – esso metteva a nudo l'inefficienza, la non corrispondenza dell'Impero medesimo ai paradigmi della modernità[10]. Accanto al frazionamento politico poi si sottolineava la tendenza al particolarismo (che di quello era spesso visto come conseguenza diretta), e in quest'ottica il titolo di imperatore, apparendo totalmente privo di effettivo potere, sembrava poco più che un titolo onorifico e al massimo si sottolineava la sostanziale diarchia tra imperatore e ceti[11], senza che nessuno si chiedesse come mai gli Asburgo non avessero mai scientemente rinunciato al titolo di imperatori. In tal senso d'altro canto anche i feudi imperiali, inseriti in un'Italia d'antico

[8] Cfr. P. SCHIERA (ed), *La dinamica statale austriaca nel XVIII e XIX secolo. Strutture e tendenze di storia costituzionale prima e dopo Maria Teresa* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 7), Bologna 1981; E. ROTELLI - P. SCHIERA (edd), *Lo stato moderno*, Bologna 1971.

[9] Cfr. il manuale di S. GUARRACINO, *La storia moderna*, Milano 1984.

[10] R. GHERARDI, *Potere e costituzione a Vienna tra Sei e Settecento*, Bologna 1980.

[11] J. BÉRENGÉR, *Resistenza dei ceti alle riforme nell'Impero, 1680-1700*, in P. SCHIERA (ed), *La dinamica statale austriaca*, cit., pp. 19-92.

regime fortemente caratterizzata dal frazionamento politico, erano visti come soggetti totalmente estranei all'esperienza dello «stato moderno», e pertanto non suscitavano alcun interesse o venivano qualificati tutt'al più come sopravvivenze di un mondo superato, medievale, che poteva semmai attrarre gli studiosi di storia locale.

Appare dunque evidente che per poter riconsiderare proficuamente il tema del rapporto tra feudi imperiali italiani e Impero apportando nuove conoscenze a quelle già offerte dal Pugliese, si deve partire da una diversa angolazione delle relazioni tra micro-storia e macro-storia, tenendo conto cioè della complessità e dell'intreccio di piani diversi che sostanziavano questi rapporti[12]. E naturalmente si dovrà anche valutare in una diversa prospettiva il Sacro Romano Impero che, «respubblica composita ex pluribus respublicis specialibus», come lo aveva definito il giurista Johann Puetter nel 1760 nei suoi *Elementa juris publicis germanici*, fu nel corso dell'antico regime anche fortemente caratterizzato dalla dinastia asburgica alla quale il titolo di imperatore fu legato in maniera pressoché continuativa dalla fine del Quattrocento in poi. Gli Asburgo infatti crebbero tra il XVI e l'inizio del XVIII secolo all'ombra dell'Impero; se del titolo di imperatori essi si servirono per la propria affermazione in Europa[13], è certo che fu dalla seconda metà del Seicento, dopo cioè la Pace di Westfalia che la loro corte divenne il laboratorio degli orientamenti politici del Sacro Romano Impero[14], e nella seconda metà del Settecento, pur non rinunciandovi mai, la monarchia asburgica tentò progressivamente di sovrapporsi all'Impero annettendo tra le sue proprietà, tra gli *Erbländer*, feudi imperiali «minori» e «maggiori», come dimostrano la storia del principato di Castiglione delle Stiviere, del granducato di Toscana, della stesso stato di Milano, divenuto sotto Maria Teresa Lombardia Austriaca.

[12] Per questa prospettiva cfr. C. MOZZARELLI, *Castiglione e i Gonzaga*, cit. Su questo tema del rapporto tra storia locale e storia generale si è recentemente soffermato anche M. MERIGGI, *La questione locale nella storiografia italiana*, in «Le carte e la storia», 2002, pp. 15-18, qui p. 17, rimarcando come oggi la storia locale sia caratterizzata da una prospettiva nuova rispetto al passato e affermando che attualmente si registra la tendenza a cogliere la «dialettica tra costellazioni di poteri locali e istituzioni centrali». Va rilevato però che nelle ricerche di storia locale inerenti ai feudi imperiali italiani non sempre si è colto fino ad ora il nesso con la storia generale, per cui per il momento il necessario lavoro di ricucitura di senso dal locale al generale non pare ovunque realizzato.

[13] R.J.W. EVANS, *Felix Austria. L'ascesa della Monarchia Absburgica (1550-1700)*, Bologna 1981 (ed. orig. 1979).

[14] G. KLINGENSTEIN, *L'ascesa di Casa Kaunitz. Studi sulla formazione del cancelliere Wenzel Anton Kaunitz e le trasformazioni dell'aristocrazia imperiale*, Roma 1993 (ed. orig. 1975).

Questo lavoro di riconsiderazione del Sacro Romano Impero è stato già in parte avviato, ma molto rimane ancora da fare. Infatti, con il progressivo esaurirsi dell'interesse per lo Stato moderno e il delinearsi di nuovi orizzonti storiografici, mi sembra che l'attenzione più consapevole alle dinamiche delle relazioni di corte abbia prodotto significativi, anche se al momento parziali, spostamenti nell'orizzonte interpretativo. Ad esempio nei manuali di storia moderna non si pone più l'accento sull'Impero quale «anacronistico coacervo di realtà politiche diverse», come prima si diceva, bensì sul fatto di essere la monarchia asburgica una «monarchia composita»[15] proprio per mettere in luce la ricchezza, la complessità delle sue diverse identità[16]. Tuttavia è pur vero che non si può ancora parlare di una riconsiderazione generale dei rapporti tra l'Impero e i feudi italiani e che questa prospettiva nuova, ovvero la necessità di tener conto della complessità delle relazioni e dell'intreccio di piani diversi che è alla base del *Reichsitalien*, ha trovato spazio per il momento soltanto in alcune ricerche[17].

Per quanto concerne la storiografia di lingua tedesca mi pare che il discorso sia in parte diverso e che almeno in senso generale gli studiosi tedeschi non solo ci abbiano preceduto sulla strada della riconsiderazione[18], ma abbiano già prodotto proprio in merito ai rapporti tra Impero e vassalli italiani, almeno per quanto concerne l'epoca che va tra la fine del Cinquecento e il primo Seicento, ricerche significative. Come infatti ha ben messo in luce Christof Dipper nel 1996, «per quanto riguarda il Sacro Romano Impero si è già verificata un'ampia revisione delle valutazioni storiche più datate. Oggi nessuno più riprova il fatto che non sia diventato uno Stato Moderno

[15] M. ROSA - M. VERGA, *Storia dell'Età Moderna 1450-1815*, Milano 1998.

[16] Questa era già la prospettiva che aveva uniformato il libro di R.J.W. EVANS, *Felix Austria*, cit. Ma per quanto riguarda i contributi italiani a questa riconsiderazione della monarchia asburgica nel primo Settecento punto di riferimento è stato sicuramente il lavoro svolto da Marcello Verga, sin dall'epoca del suo articolo sul «sogno spagnolo di Carlo VI» e poi del volume da lui curato nel 1994 della rivista «Cheiron» sul regno di Carlo VI, M. VERGA (ed), *Dilatar l'Impero in Italia. Asburgo e Italia nel primo Settecento*, in «Cheiron», 21, 1994.

[17] Cfr. ad esempio C. MOZZARELLI, *Castiglione e i Gonzaga*, cit.; C. CREMONINI, *La rivolta di Castiglione delle Stiviere negli atti della Plenipotenza dei feudi imperiali italiani*, in M. MAROCCHI (ed), *Castiglione delle Stiviere*, cit., pp. 91-116.

[18] Pionieristico in tal senso penso sia il libro di G. KLINGENSTEIN, *L'ascesa di Casa Kaunitz*, cit. Sulla recente fortuna storiografica in area tedesca e austriaca, oltreché italiana, si sofferma ora M. SCHNETTGER, *Impero Romano - Impero Germanico. Italienische Perspektiven auf das Reich in der frühen Neuzeit*, in M. SCHNETTGER (ed), *Imperium Romanum – irregulare corpus – Teutscher Reichs-Staat. Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, Mainz 2002, pp. 53-75.

e nazionale»[19]. È dunque un vero peccato che non vi sia stata nel nostro paese una tempestiva ricezione delle ricerche prodotte in area tedesca paragonabile ad esempio a quella di cui è stata oggetto la storiografia spagnola con la quale sono state avviate negli ultimi anni collaborazioni, scambi, confronti: pochissimi sono i libri tradotti dal tedesco, poche le ricerche lette e acquisite dagli storici italiani. Mi pare comunque che almeno quel poco che è conosciuto e diffuso sia emblematico di un'inversione di tendenza in atto già da tempo (e quindi ancor più colpevole la nostra distrazione nel recepirne gli stimoli per quanto concerne il rapporto con l'Italia).

Per l'epoca su cui si concentrano queste riflessioni, vale a dire i decenni a cavallo tra Cinque- e Seicento, non vi è dubbio che le ricerche firmate da Friedrich Edelmayer (come autore e come curatore)[20] abbiano avuto il merito di far luce sul «secolo buio» della monarchia e dell'Impero, il secolo cioè che va dalla morte di Carlo V alla Pace di Westfalia, in cui la compagine imperiale asburgica si avvicina meno all'idea di «stato moderno». Inoltre in questi studi emergono con grande evidenza l'attenzione alle fonti italiane e spagnole e ai rapporti con la Spagna, anche in relazione ai feudi imperiali italiani come dimostra la cura prestata da Edelmayer alla questione di Finale[21]. Lo storico austriaco, scandagliando archivi viennesi e spagnoli ha sviscerato la vicenda nei dettagli, partendo dalle due insurrezioni dei finalesi contro il principe del Carretto, cercando di mettere in luce anche gli interessi degli stati «regionali» (Genova, Toscana, Savoia).

Recentemente sulla vicenda di Finale è ritornato Giuseppe Galasso[22] prendendo spunto da essa per negare che si possa parlare realmente di un ordinamento feudale imperiale cui fossero in età moderna sottoposti tutti gli Stati italiani. Questo ordinamento, sostiene Galasso, «era da tempo un residuato storico» e sebbene continuasse a sussistere «una serie di piccoli territori facenti capo, a titolo feudale, all'Impero e, sebbene per alcuni stati

[19] C. DIPPER, *Cambio di paradigmi nello studio dell'età moderna. Presupposti e risultati della storiografia tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 22, 1996, pp. 11-31.

[20] F. EDELMAYER, *Maximilian II. Philipp II. und Reichsitalien. Die Auseinandersetzungen um das Reichsleben Finale in Ligurien*, Stuttgart 1988; F. EDELMAYER - A. KOHLER (edd), *Kaiser Maximilian II. Kultur und Politik im 16. Jahrhundert*, Wien - München 1992; F. EDELMAYER (ed), *Die Korrespondenz der Kaiser mit ihren Gesandten in Spanien*, I: *Briefwechsel 1563-1565*, Wien 1997.

[21] F. EDELMAYER, *Maximilian II*, cit.

[22] G. GALASSO - L. MASCILLI MIGLIORINI, *L'Italia moderna e l'unità nazionale*, Torino 1998.

regionali e cittadini l'Impero continuasse a costituire un riferimento più o meno costante come giustificazione originaria della rispettiva sovranità», l'Impero non fu, secondo Galasso un fattore «politicamente attivo»[23]. Naturalmente questa prospettiva aiuta a riflettere su alcuni dettagli importanti. Ad esempio che dall'ordinamento feudale imperiale erano escluse porzioni non certo irrilevanti della nostra penisola, in particolare tutta l'Italia centro-meridionale (il Regno di Napoli, la Sicilia e la Sardegna, lo Stato Pontificio) e, a nord, la Repubblica di Venezia e il principato vescovile di Trento. Nella prospettiva di questi Stati l'aderenza all'Impero del resto d'Italia poteva apparire quale fattore politico non determinante[24]. Quanto al fatto che l'ordinamento feudale imperiale fosse un residuo storico, dobbiamo ammettere che esso non era il prodotto di un'innovazione dell'età moderna. Tuttavia non possiamo sottovalutare il fatto che nel corso della primissima età moderna molti dei «vecchi» feudatari chiesero a Carlo V i rinnovi delle investiture antiche e altrettanti ne chiesero di nuove. Del resto, anche successivamente, fino alla fine del Settecento proseguì a rinnovarsi il legame feudale tra l'Impero e molte dinastie e signorie territoriali italiane.

Forse è bene chiarire qualche dettaglio su questo importante periodo, partendo innanzitutto dalla riflessione che stante l'attuale impulso alla riconsiderazione sotto nuova luce del cosiddetto *Reichsitalien*, ciò che sembra importante oggi per la storiografia italiana è percorrere una prospettiva di ricerca che tenga conto anche della presenza spagnola e che consideri le vicende dei feudi imperiali italiani non solo in relazione all'Impero, ma anche in rapporto alla politica della monarchia cattolica in Italia[25].

Sicuramente l'età di Carlo V ha rappresentato anche per i feudi imperiali italiani una sorta di linea d'ombra, un punto di riferimento cui le gene-

[23] *Ibidem*, p. 97.

[24] A questo proposito mi pare utile richiamare la riflessione di M. SCHNETTGER, *Impero Romano - Impero Germanico*, cit., p. 55, secondo il quale l'Impero assumeva un'immagine diversa se lo si guardava dall'Italia meridionale, oppure dagli stati dell'Italia settentrionale: «Es machte einen großen Unterschied, ob man von Süditalien, vom Königreich Neapel, oder von der Lombardei aus auf das Reich blickte. Denn wärend Kaiser, Reich und Reichspublizistik über ersteres allenfalss gelegentlich einen sudem recht nebulösen Oberhoheitsanspruch formulierten, gehörte letzere und mit ihr große Teil des übrigen Oberitalien unzweifehaft zum Reichslehensverband – von den staatsrechtlich zum deutschen Reichsteil zälenden Fürstbistümern Trient und Brixen, deren Bischöfe folglich Sitz und Stimme auf dem Reichstag hatten, ganz zu schweigen».

[25] Da questo punto di vista estremamente interessante appare la pubblicazione della relazione a Vienna dell'ambasciatore cesareo a Madrid H. KEVENHÜLLER, *Diario de Hans Kevenhüller embajador imperial en la corte de Felipe II*, introduzione di S. VERONELLI, Madrid 2001.

razioni successive hanno guardato per molteplici ragioni. Innanzitutto fu nell'età di Carlo V che venne riproposta con vigore il concetto di Impero attraverso l'idea di una *Monarchia Universalis* identificabile con monarchia e Impero degli Asburgo[26]. Le ricerche effettuate sulla prima metà del Cinquecento[27] portano a concludere che nella costruzione del «sistema imperiale» l'incoronazione di Bologna rivestì un ruolo importante ma non determinante, mentre il grosso dei consensi verso l'Impero (misurabili attraverso le richieste di investiture) lo si ebbe successivamente al 1535, dopo cioè che, morto l'ultimo Sforza duca di Milano, Carlo V ne era divenuto il legittimo successore. Il fatto che solo dopo il 1535 abbia iniziato a concretizzarsi davvero il «sistema imperiale» è un dettaglio, per nulla trascurabile, che induce a mettere Milano al centro delle questioni imperiali. Essa divenne da allora in poi nodo focale della politica dell'Impero in Italia. Solo quando si comprese che Carlo V si era davvero aggiudicata la successione sul ducato sforzesco in quanto feudo devoluto all'Impero da cui proveniva la sovranità ducale, i vassalli imperiali italiani e soprattutto gli aspiranti tali compresero che il sistema imperiale si sarebbe davvero realizzato. E anche i piccoli vassalli cominciarono a rinnovare le investiture perché a quel punto parve ineluttabile la costruzione del «sistema imperiale» e più facile compiere una chiara scelta di campo, mettendo in gioco il proprio futuro e quello del casato nell'ambito di una politica a più ampio respiro di quella consentita dai ristretti orizzonti in cui la maggior parte di loro era abituata a vivere.

Da quel momento Milano, fino alla fine del XVIII secolo, mantenne un ruolo centrale negli affari imperiali, non solo per la sua intrinseca importanza politico-militare, ma anche perché rimase infeudata, almeno fino al 1700, al più potente vassallo che l'Impero abbia mai avuto in Italia, il re di Spagna il quale, per l'autorevolezza del suo dominio dovuto alla vastità del territorio controllato, e per i vincoli di parentela che lo legavano agli imperatori, non poteva avere da parte loro che un occhio di riguardo. Per tutti questi motivi Milano assurse nella sensibilità degli altri vassalli imperiali, a ruolo di «cartina di tornasole» delle relazioni internazionali riguardanti i feudi. Questa considerazione valeva, significativamente, pure per realtà come la Repubblica di Lucca, da sempre filoimperiale, anche

[26] F. BOSBACH, *Monarchia universalis. Storia di un concetto cardine della politica europea (secoli XVI-XVIII)*, Milano 1998 (ed. orig. 1988).

[27] C. CREMONINI, *Considerazioni sulla feudalità imperiale italiana nell'età di Carlo V*, in F. CANTÙ - M.A. VISCEGLIA (edd), *L'Italia di Carlo V. Guerra, religione, e politica nel primo Cinquecento*, Roma 2003, pp. 259-276.

se mai propriamente «feudo imperiale», che solo nel 1536 si schierò con Carlo V[28].

Scorrendo rapidamente le date delle investiture vediamo che fu dopo il 1535 che Carlo Gonzaga giurò fedeltà a Carlo V per il feudo di Bozzolo. Nel 1536 «dopo una contesa giudiziaria davanti al tribunale imperiale» il duca di Mantova Federico Gonzaga si vide concedere l'investitura del Monferrato «contro le pretese del duca di Savoia»[29]; sempre nel 1536 Luciano e Ambrogio Spinola giurarono fedeltà a Carlo V per Dernice (Tortona)[30], mentre i Torello vennero investiti del feudo di Guastalla[31], di cui due anni più tardi sarebbe divenuto legittimo signore e nuovo feudatario imperiale Ferrante Gonzaga[32]. Nello stesso anno (1538) Pier Luigi Farnese ricevette da Carlo V l'investitura di Novara[33]. Nel 1547-1548 si registrò un nuovo gruppo di investiture: in particolare nel 1547 il Marchesato di Torriglia (prima della famiglia Fieschi) passò ai Doria con investitura di Carlo V[34], mentre Agostino Landi (uno dei congiurati che uccisero Pier Luigi Farnese, feudatario imperiale di Novara e duca di Parma), divenne principe della Val di Taro[35]. Infine nel 1548 Serravalle fu infeudata in parte a Giovan Battista Spinola e in parte a Bartolomeo del Carretto[36].

Come si può vedere le investiture (concesse o chieste che fossero) vennero a premiare da un lato chi come i del Carretto, i Gonzaga, gli Scarampi ave-

28 Mentre il sovrano da Roma stava recandosi a Siena gli Anziani di Lucca mandarono due oratori per invitare l'imperatore a visitare «il suo fedelissimo e devotissimo popolo di Lucca», invito che Carlo V accolse, soggiornando in città tra il 6 e il 10 maggio tra feste, celebrazioni e grandi manifestazioni di «allineamento» pur senza chiedere o concedere investitura, cfr. G. TOMMASI, *Sommario della storia di Lucca*, Lucca 1969 (rist. anast. Firenze 1847), p. 419.

29 C. MOZZARELLI, *Lo stato gonzaghesco: Mantova dal 1382 al 1707*, in L. MARINI - G. TOCCI - C. MOZZARELLI - A. STELLA, *I Ducati padani, Trento e Trieste*, Torino 1979, pp. 357-495.

30 Archivio di Stato, Milano (d'ora in poi ASMi), *Feudi Imperiali*, cart. 236.

31 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 326.

32 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 326.

33 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 472. Sull'episodio si veda anche A. BILOTTO, *Novara, gli Asburgo, i Farnese. Strategie politiche alla periferia di uno stato*, in A. BILOTTO - P. DEL NEGRO - C. MOZZARELLI (edd), *I Farnese. Corti, guerra e nobiltà in antico regime*, Roma 1997, pp. 579-594.

34 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 673.

35 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 673.

36 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 618.

vano fatto per tempo la scelta di campo imperiale, dall'altro le investiture successive al 1535 si realizzarono entro aree geografiche specifiche. In particolare mi sembra alquanto significativo che le investiture imperiali degli anni 1535-1548 si siano rivolte sostanzialmente lungo due direttrici, l'area gonzaghesca da un lato e l'area ligure dall'altro, mentre sorprendentemente silenti sembrerebbero essere rimaste due zone che pullulavano invece di vassalli imperiali, le Langhe e la Lunigiana. Come è noto in quest'ultima in particolare si era tradizionalmente riversato nel corso del Tre-Quattrocento l'espansionismo visconteo-sforzesco alla ricerca di uno sbocco sul mare, temporaneamente messo a tacere nel 1500 dalla proclamazione di Massimiliano I di dipendenza del Finale da Milano, interrotta nel 1521 dall'investitura del Marchesato del Finale concessa da Carlo V a Giovanni del Carretto[37].

Per quanto concerne le investiture realizzate nell'area gonzaghesca in cui era cresciuto tra 1521 e 1532 il potere di Federico Gonzaga, esse scaturirono da diverse ragioni: da un lato di controllo e contenimento dall'alto del forte potere conferito e conquistato dai Gonzaga di Mantova con il titolo ducale e l'acquisizione del Monferrato, ma anche di autodifesa e delimitazione dello stesso potere dal basso da parte di quanti temevano di venire a loro volta cancellati da questo potere[38]. Si tratta di infeudazioni che sortirono l'effetto di controllare in una molteplicità di direzioni una zona molto importante[39]. Da un lato la nascita *ex novo* o la reinvestitura di feudi già concessi rispondeva dal punto di vista imperiale alla necessità di controllare l'eventuale espansionismo dei Gonzaga di Mantova, dopo il conferimento del titolo ducale e l'acquisizione di quello di marchese del Monferrato. Ma allo stesso tempo ciò consentiva ai Gonzaga di Mantova di attuare, tramite la supremazia sulle dinastie collaterali, legate a loro da legami parentali e clientelari, un controllo della vasta area adiacente il Po tramite la costituzione di una rete di alleanze interna alla dinastia stessa (la «costellazione gonzaghesca»), togliendo margine di manovra ad altri che avessero tentato una competizione o, dopo il 1535, costituendo un contrafforte rispetto a Venezia al Ducato di Milano che era caduto sotto il diretto controllo imperiale.

[37] ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 244.

[38] In questo senso si può forse leggere l'investitura concessa nello stesso 1530 ai Gonzaga di Novellara.

[39] C. MOZZARELLI, *Castiglione e i Gonzaga*, cit.

Sull'altro versante (l'area ligure) fu l'instabilità politica di Genova (solo in parte attenuata dalla riforma del 1528[40], come ben illustra il libro di Pacini) a costituire un pericolo sempre incombente per la vicinanza della Francia al Savonese: ciò diede impulso, molto probabilmente, ad alcune infeudazioni «minori» si pensi a quella di Cairo Montenotte nel 1524 e Mioglia nel 1529 agli Scarampi e del principato di Torriglia appartenuto ai Fieschi nel 1547 cioè subito dopo la congiura contro Andrea Doria, oppure ancora all'infeudazione di Serravalle concessa in con-dominio alla famiglia del Carretto e a Giambattista Spinola nel 1548 cioè, guarda caso, sempre dopo la congiura dei Fieschi e la cosiddetta «legge del Garibetto».

Se si osserva la questione da un punto di vista geo-politico tali investiture chiudevano a nord sul versante occidentale (Savona) e su quello orientale (confinante con la Lunigiana) la Repubblica di Genova, nel contempo davano fiato a casate che potevano essere portatrici di dissenso nei confronti degli equilibri politici raggiunti a Genova con la costituzione del 1528 e la riforma del 1547-1548.

Non è facile invece trovare le ragioni dell'apparente disinteresse di tutta l'area langhigiana verso il palese consenso nei confronti di Carlo V. E tuttavia vanno ricordati due fattori: il primo concernente la natura delle famiglie che qui avevano ricevuto la legittimazione imperiale in età precedente (del Carretto, Spinola Scarampi) e i cui interessi si dispiegavano tra l'attrazione del Ducato di Savoia e quella esercitata da Genova (questo a motivare la mancata richiesta di investiture). L'altro fattore (a spiegare la mancata concessione di investiture da parte dell'Impero) chiama in causa il possibile controllo che su questa zona venne indirettamente esercitato sul vicino Monferrato da Federico Gonzaga a partire dal 1532 e quello rappresentato dall'influenza imperiale esercitata, seppur marginalmente, dall'investitura di Valenza concessa in qualità di feudo camerale milanese a Mercurino da Gattinara, poi confermata da Carlo V quale pertinenza della famiglia e della discendente Elisa.

Per quanto concerne invece la Lunigiana, stando a quanto afferma Branchi[41] Teodorico Malaspina di Mulazzo avrebbe ricevuto da Carlo V nel 1521 il rinnovo delle sue investiture su Mulazzo, Calice e Veppo per aver abbandonato il servizio del re di Francia ed essersi auto esiliato, non è ben chiaro dove. A parte questo dato, di cui non ho trovato conferma nelle carte

[40] A. Pacini, *La Genova di Andrea Doria nell'Impero di Carlo V*, Firenze 2000.

[41] E. Branchi, *Storia della Lunigiana feudale*, 2 voll., Pistoia 1897 (rist. anast. Bologna 1971).

d'archivio consultate, non si hanno notizie di investiture in Lunigiana nel periodo compreso tra 1520 e 1535, ma il fatto che la zona, come è noto, gravitasse da tempo immemorabile nell'orbita sforzesca fa pensare che la devoluzione di Milano all'Impero nel 1535 abbia stabilito un conseguente, automatico, ricadere della zona sotto lo «scudo» imperiale senza che fossero necessarie particolari dichiarazioni di allineamento.

In sostanza, vista dalla parte della feudalità italiana, la costruzione del 'sistema imperiale' appare un processo che rimase *in fieri* per tutta l'età di Carlo V, ovvero che non fu ineluttabilmente definito dalla pace di Bologna, ma che probabilmente ebbe nella devoluzione di Milano nel 1535 e nel suo ingresso entro il dominio diretto dell'imperatore un più decisivo impulso. Tuttavia non dobbiamo pensare a questo evento come ad una svolta epocale che abbia posto un *imprimatur* definitivo ai rapporti tra vassalli italiani e Impero: esso costituì una tappa importantissima oltre la quale il corso della storia prese una certa direzione, ma in questa, ovviamente continuarono a essere elaborati e discussi progetti e orientamenti all'interno della corte e nel gruppo dei sostenitori della *restauratio imperii.*

Entro questa prospettiva il rapporto tra Impero e feudalità imperiale italiana più che un sistema di controllo sembra configurarsi, almeno nell'età di Carlo V e in particolare tra 1520 e 1547 come un sistema di alleanze alla cui costruzione avevano contributo molteplici fattori: interessi locali e aspirazioni personali, equilibri politici, necessità di controllo dall'alto ma anche di contenimento dal basso. E successivamente? Cosa accadde dopo l'abdicazione di Carlo V?

Manuel Rivero Rodriguez nel suo libro su *Felipe II y el gobierno de Italia*[42] pubblicato nel 1998 dedica ampio spazio al passaggio dei poteri da Carlo V a Filippo II e afferma che tale passaggio fu molto graduale. Proprio per questo si sarebbe creato tra il gruppo che aveva lavorato per Carlo V alla realizzazione dell'idea imperiale e quello che tentava di affermarsi con Filippo II, una lotta accesa. L'origine del dissidio non fu, secondo Rivero, propriamente ideologica[43], ma molto pratica: chi aveva fatto parte dell'*establishment* dell'imperatore non avrebbe voluto abbandonare rendite e potere. Ma certamente, le questioni riguardarono anche i progetti. Questi furono incarnati da uomini vicini o interni alla corte di Carlo V prima, di Filippo II poi; figure politiche e militari che si scontrarono con i progetti

[42] M. RIVERO RODRÍGUEZ, *Felipe II y el gobierno de Italia*, Madrid 1998.

[43] Questa è la tesi tradizionale testimoniata ancora nella pur dettagliata *voce* di G. BRUNELLI, *Gonzaga Ferrante*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, LVII.

(e ovviamente gli interessi) di altri uomini, in particolare con gli italiani che contavano. Anche qui in un certo qual modo si evidenziarono differenze più o meno marcate, ad esempio tra chi possedeva rendite ingenti e governava principati più o meno estesi, e chi godeva di un prestigio diverso, o aveva compiuto scelte di campo meno nette. Da un lato, ad esempio, vi erano i legittimi sovrani dei cosiddetti «feudi maggiori», quelli il cui allineamento era stato molto chiaro, dall'altro coloro che, come alcune figure della potente e variegata famiglia Gonzaga – e si trattava in molti casi di personalità originalissime – con il loro doppio servizio alla corte imperiale e a quella spagnola, vissero in qualche modo più facilmente il momento del passaggio.

L'intrico di interessi che stava alla base di alleanze personali e trasversali era davvero significativo e in molti casi rende conto non solo delle scelte individuali ma anche di mutamenti di progetti più generali[44]; secondo Manuel Rivero se Ferrante Gonzaga, ad esempio, fu uno dei più accesi sostenitori della causa imperiale questo avvenne a suo avviso anche perché desiderava monopolizzare il *patronazgo* imperiale, divenirne uno dei referenti più importanti[45]. Il suo desiderio di continuare ad avere peso e ascolto presso Carlo V lo spinse probabilmente a cambiare rapidamente prospettive con il veloce mutare dei rapporti internazionali. Come è stato sottolineato[46] alla fine degli anni Quaranta, quando l'imperatore appariva ormai ammalato e sfiduciato, iniziarono a emergere le prime tensioni tra i membri della corte di Carlo e di quella di Filippo. Tra tutti senz'altro centrale era la figura di Ferrante Gonzaga, che vantava una carriera ormai trentennale a fianco dell'imperatore, per il quale aveva combattuto nelle guerre d'Italia e d'Europa, o aveva gestito il viceregno in Sicilia tra 1535 e 1546 e, dopo aver ottenuto il titolo di feudario imperiale del ducato di Guastalla nel 1538[47], era stato nominato governatore di Milano, sostenendo tale incarico tra il 1546 e il 1553. La figura di Ferrante, nel contempo cortigiano e signore[48], capace di servire l'imperatore pur nella consapevolezza del

[44] Ciò mi pare risalti particolarmente nel caso di Ferrante Gonzaga, a proposito dell'uccisione del Farnese (*ibidem*), piuttosto che di quello di Genova per cui si veda anche A. Pacini, *La Genova di Andrea Doria*, cit.

[45] M. Rivero Rodríguez, *Felipe II y el gobierno de Italia*, cit.

[46] *Ibidem*, p. 44.

[47] ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 325.

[48] Come del resto fece qualche anno più tardi anche il cugino Vespasiano Gonzaga, cfr. C. Mozzarelli, *Istituzione e declino*, cit.

proprio «esser principe»[49], con la sua grande capacità di elaborare progetti di ampio respiro in ambito politico italiano e internazionale e di saperli adattare velocemente al rapido mutare delle circostanze[50], rendono conto dell'altrettanto rapido mutamento delle prospettive imperiali conseguenti alla fluidità della situazione politica internazionale.

La lettura che ci viene offerta attualmente dalla ricerca storiografica su questo personaggio[51] rimanda il ritratto di una figura complessa, capace di giocare il proprio destino su diversi piani e desideroso di rimanere personaggio chiave nella corte di Carlo V e nella politica europea grazie alla capacità di elaborare e discutere prospettive nuove per l'Impero e i suoi dominî. In essi Ferrante privilegiando l'Italia, pensava si potessero sacrificare i Paesi Bassi, mossa nella quale si è voluto vedere uno degli elementi del tramonto degli ideali imperiali anche in quello che forse, dopo Gattinara viene considerato il personaggio più importante del partito imperiale[52]. Cedendo i Paesi Bassi ai Savoia per mezzo di un contratto nuziale tra Maria d'Asburgo e il principe Emanuele Filiberto, secondo Ferrante Carlo V e i suoi successori avrebbero potuto prendere in consegna le fortezze del Piemonte e l'intero Stato dopo la morte di Emanuele Filiberto. Assicurandosi Genova e impadronendosi di Siena, Lucca e Piombino, l'Impero sarebbe giunto a controllare il ducato fiorentino e lo Stato Pontificio. Un disegno «coerente» che tendeva a «imporre all'eterogeneo sistema dei domini imperiali, legati solo nella persona del sovrano, una nuova fisionomia», quella forse, di una prospettiva imperiale dinastica, già sottolineata da Giuseppe Galasso quale caratteristica peculiare delle vicende degli Asburgo[53].

Senz'altro si può dire che il «sistema imperiale» rimase inevitabilmente indebolito dalle scelte testamentarie dello stesso imperatore. Indebolito, ma non cancellato, e di esso la Spagna dovette continuare a tener conto. Ma è pur vero che alla base del passaggio dei possedimenti italiani sotto-

[49] C. MOZZARELLI, *Patrizi e governatori nello Stato di Milano a mezzo il Cinquecento. Il caso di Ferrante Gonzaga*, in G. SIGNOROTTO (ed), *L'Italia degli Austrias. Monarchia cattolica e domini italiani nei secoli XVI e XVII*, «Cheiron», 17-18, 1992, pp. 119-134.

[50] Questi aspetti della personalità del Gonzaga risaltano ampiamente in G. BRUNELLI, *Gonzaga Ferrante*, cit.

[51] C. MOZZARELLI, *Patrizi e governatori*, cit.; M. RIVERO RODRÍGUEZ, *Felipe II y el gobierno de Italia*, cit.; G. BRUNELLI, *Gonzaga Ferrante*, cit.

[52] F. CHABOD, *Carlo V e il suo Impero*, Torino 1965, sul quale ritorna G. GALASSO, *Lettura dantesca e lettura umanistica nell'idea di Impero*, in *Carlos V y la quiebra del humanismo polìtico en Europa (1530-1558)*, Madrid 2001, I, pp. 93-114.

[53] *Ibidem*.

posti all'Impero di Carlo V dalla tutela imperiale a quella spagnola, ci fu proprio l'asse di alleanze tra italiani e spagnoli contrari alla *restitutio in pristinum.*

Secondo quanto emerso dalla ricerca di Rivero, sul destino da dare all'autorità imperiale in Italia, Ferrante ebbe alla corte di Filippo II un alleato nel cardinale Granvelle[54]. Sulla *restitutio in pristinum* sarebbe stato d'accordo anche Filippo II, almeno fino al 1550-1552[55]. È facile capire che la natura del programma avesse innescato nei vassalli italiani un coro di reazioni negative perché esso costituiva un cambiamento radicale nella prospettiva del progetto di costruzione del sistema imperiale: se fosse stato realizzato, il sistema di alleanze si sarebbe trasformato in sistema di dominio diretto e questo certamente non poteva essere accettato da chi aveva visto nel conferimento delle investiture imperiali non soltanto la possibilità di partecipare seppur indirettamente alla grande politica, ma anche una garanzia a un esercizio delle proprie prerogative signorili reso più autorevole proprio dalla legittimazione imperiale. La reazione più significativa da questo punto di vista fu quella messa in atto da Cosimo I de Medici che da Carlo V si era visto restituire il Ducato nel 1530: il duca che già nel 1548 aveva sottolineato i pericoli in termini di consenso insiti in una scelta politica così audace[56], una ventina d'anni più tardi in gran segreto avviò trattative riuscitissime con la corte pontificia per ottenere una legittimazione papale: forse la sontuosa cerimonia del 1569 in cui i Medici si fecero conferire dal papa il titolo granducale potrebbe essere letta come franca dichiarazione d'autonomia rispetto all'Impero[57] e come tentativo di affermare l'intenzione di essere, all'interno del sistema, soggetto attivo e non semplice oggetto.

È molto significativo il fatto che Filippo II, dapprima favorevole alla *restitutio in pristinum*, ne avesse ostacolato la realizzazione non appena seppe che la parte di eredità a lui spettante non comprendeva l'Impero: la sua ostilità al progetto fu quindi determinata dalla necessità di preservare l'eredità spagnola, la consistenza del suo dominio. Questo produsse in pratica tutta una serie di conseguenze. Se, come si è detto, il programma di *restitutio* innescò reazioni negative tra i vassalli, anche la stessa presenza forte della Spagna e in particolare la sua tutela sul Ducato di Milano contribuirono

54 Almeno per quanto concerne i progetti sull'Italia, mentre sulle Fiandre, Ferrante e Granvelle erano in disaccordo, cfr. G. BRUNELLI, *Gonzaga Ferrante*, cit., p. 745.

55 M. RIVERO RODRÍGUEZ, *Felipe II y el gobierno de Italia*, cit. p. 47.

56 *Ibidem*, p. 45.

57 Cfr. il saggio di A. Contini, nel presente volume.

a orientare in un certo modo le scelte politiche di alcune dinastie di feudatari: così per un duca di Toscana che sceglieva la via dell'aperta sfida e diventava «gran» duca per mano del papa, vi furono tanti *potentadillos* che, probabilmente perché meno indipendenti, preferirono una via meno rischiosa, quella cioè di rimanere fedeli all'Impero, ma con l'intenzione di rafforzare anche i contatti con l'altra corte asburgica attraverso un servizio personale al re di Spagna presso la cui corte furono inviate alcune delle figure più interessanti della seconda metà del XVI secolo. Fu questa, in linea generale, la via seguita da dinastie estese e articolate come quella dei Gonzaga[58] che videro premiata la loro originale strategia con l'estensione dei privilegi e la moltiplicazione delle infeudazioni proprio mentre altrove altre dinastie signorili subivano ben altra sorte: certo anche nel caso dei vari feudi imperiali gonzagheschi (da Guastalla a Sabbioneta, Castiglione, Novellara, Bozzolo e via dicendo) si trattava di «risultati di un insieme di circostanze, geo politiche e culturali»[59] che consentirono non solo la concretizzazione di strepitose carriere laiche ed ecclesiastiche e il sorgere di città e principati da rocche e castelli, ma anche la realizzazione da parte dell'Impero di un controllo dei Gonzaga *maiores* attraverso la creazione della costellazione di Gonzaga *minores*. Ciò detto preme sottolineare però la differenza sostanziale tra questa situazione con quanto accadde altrove, ad esempio nell'area ligure nella seconda metà del Cinquecento ai vari rami dei del Carretto: anche lì entrarono in gioco, oltre alle vicende personali di singoli individui e di interi gruppi familiari, complesse problematiche locali legate all'instabilità politica della zona, ma centrale mi pare sia stata la lunga vicenda dei rapporti di forze stabilitisi dalla fine del medioevo tra questa e il Ducato di Milano, per cui ben diverso fu il destino dei Del Carretto rispetto a quello dei Gonzaga.

Dunque la Spagna ebbe un ruolo notevole nei rapporti tra vassalli italiani e Impero tra Cinque e Seicento, ma contrariamente a quanto solitamente sostenuto dalla storiografia[60] il suo non fu un ruolo esterno ai rapporti tra Impero e feudi italiani perché questi non furono caratterizzati soltanto dalla debolezza e dal disinteresse dell'Impero verso il *Reichsitalien*, né solo dallo sfruttamento da parte della monarchia cattolica di tale fiacchezza nei confronti delle dipendenze italiane da parte dei loro parenti e alleati[61]: i

58 Cfr. C. MOZZARELLI, *I Gonzaga a Guastalla*, cit.; e, dello stesso autore, *Istituzione e declino*, cit.; *Il passero e l'aquila*, cit.

59 C. MOZZARELLI, *Il passero e l'aquila*, cit., p. 161.

60 S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, cit.

61 *Ibidem*, cfr. inoltre K.O. VON ARETIN, *L'ordinamento feudale*, cit.

rapporti tra feudi italiani, Spagna e Impero furono contrassegnati piuttosto da una politica che potremmo definire della dissimulazione, in cui cioè da entrambe le parti, anzi sui tre piani che funsero da sfondo alla partita (vale a dire vassalli-Impero; vassalli imperiali-Spagna; Impero-Spagna), ciò che venne sostenuto, non fu ciò che venne agìto, non per mancanza di razionalità, come un tempo si sarebbe detto, ma anzi per l'esistenza di una razionalità diversa sottesa ai rapporti, un gioco delle parti in cui non sempre teoria e prassi coincisero, in una dissonanza solo apparente che fu in realtà strutturale alla mentalità dei rapporti tra soggetti politici nell'Europa d'antico regime[62].

In linea generale si può infatti affermare che la politica della monarchia cattolica nei confronti dell'Impero a proposito dei feudi italiani nei decenni di passaggio tra Cinque- e Seicento – in particolare il periodo degli imperatori Ferdinando I, Massimiliano II, Rodolfo II e Mattia, coincidenti per la Spagna con il lungo regno di Filippo II (1555-1598) e con quello di Filippo III (1598-1621) –, fu caratterizzata da un atteggiamento duplice, ovvero l'adozione da parte della corte di Madrid di una duplice linea di condotta, quella cioè di non contrastare apertamente l'Impero sul piano diplomatico né di negarne palesemente i diritti, bensì, proprio perché quello imperiale era un sistema di alleanze di cui la Spagna stessa era anello fondamentale: essa doveva cercare di eroderne i legami più forti se voleva continuare ad avere il ruolo di asse portante in quel sistema. Ciò produsse in taluni casi uno sbilanciamento dei rapporti a favore della Spagna. È questo il senso dell'azione politica spagnola nella questione di Finale e nell'area ad esso circostante dove la corte di Filippo II lasciò agire nella pratica le magistrature milanesi, che misero in atto prevaricazioni e tentativi di estensione delle prerogative giurisdizionali a danno dei diritti imperiali in zone nelle quali si era sempre esercitata una forma di controllo da parte di Milano o che comunque avevano sempre suscitato l'interesse dei Visconti e degli Sforza, nella loro continua ricerca di uno sbocco sul mare. Il caso di Finale è fin troppo conosciuto perché sia qui necessario ripercorrerne gli sviluppi[63].

Tale strategia risulta particolarmente evidente ad esempio nel Savonese (quindi nella zona circostante il Finale), dove la corte di Filippo II, senza una vera e propria politica di aggressione palese e guidata della giurisdizione

[62] A titolo esemplificativo si veda sul tema assai ampio e complesso della dissimulazione: J.R. Snyder, *Appunti sulla politica e l'estetica della dissimulazione tra Cinque e Seicento*, in C. Continisio (ed), *Saperi politici e forma del vivere nell'Europa d'Antico Regime*, in «Cheiron», 22, 1994, pp. 23-43.

[63] F. Edelmayer, *Maximilian II*, cit.

imperiale, lasciò agire Senato di Milano e governatore che sostanzialmente miravano a una erosione della giurisdizione imperiale, salvo poi richiamare gli organi istituzionali milanesi, ordinando controlli e verifiche quando giungevano le proteste dell'Impero[64]. Si trattava di un'azione politica che mirava a mostrare la sostanziale continuità con il passato visconteo-sforzesco da parte della gestione spagnola e che proprio in questo senso non poteva essere avvertita davvero come un'innovazione. Premeva probabilmente alla Spagna affermare la continuità con le precedenti amministrazioni e nel contempo acquisire terreno in seno al sistema di alleanze, approfittando della momentanea debolezze dell'Impero. Il problema si ribaltò poi nella prima metà del Seicento.

Se dell'epoca di Ferdinando I (1556-1564) non sono rimaste tracce significative nei rapporti tra Impero e feudi italiani[65], il periodo successivo, quello del regno di suo figlio Massimiliano II (1564-1576) fu invece caratterizzato da striscianti tentativi di affermare la giurisdizione imperiale anche sui feudi camerali dello Stato di Milano: in questo senso deve essere infatti intesa la disposizione intimata al duca di Albuquerque governatore di Milano dal 1564 al 1571. Questi aveva inviato a Madrid una relazione nella quale spiegava «la pretension que el Emperador tiene, de que los Vasallos del Estado de Milan puedan por justicia recuir à el, como à señor del directo dominio de aquel feudo por causa de algun agravio que pretendan recibir de nuestros Ministros y Officiales»[66]. Il problema era rimasto irrisolto fino al 1572, quando, ormai defunto il duca d'Albuquerque il problema si ripresentò al suo successore cui fu inviata copia della risposta in merito data dal re di Spagna all'ambasciatore cesareo Kevenhüller[67]: in essa si ricordava la mediazione che la Spagna svolgeva per conto dell'Impero in quanto depositaria del titolo spettante al duca di Milano al quale i feudatari in oggetto avevano sempre confermato la loro fedeltà. Ma c'era un punto di questa risposta che mi sembra particolarmente interessante sottolineare e cioè il porre in evidenza il fatto che ciò che era riconosciuto allo Stato

64 A titolo puramente esemplificativo si cita la disposizione del Consejo de Italia, a proposito del feudo imperiale di Cengio, datata 22 marzo 1582 in ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, c. 229.

65 ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, cc. 1-2.

66 Le notizie qui riferite sono tratte dall'ordine a stampa datato 14 marzo 1572, emesso dal governatore di Milano don Luis de Requesens, succeduto al defunto duca d'Albuquerque nel dicembre del 1571, ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, cart. 1, fasc. 29.

67 Sulla cui figura ricordo il saggio introduttivo di S. VERONELLI, in *Diario de Hans Kevenhüller*, cit.

di Milano «no dexan por esso de ser de Imperio»[68]. E mentre sempre nel 1572 l'imperatore Massimiliano dichiarava nulli tutti gli atti giurisdizionali compiuti a Cengio e Millesimo nelle Langhe dall'amministrazione spagnola[69], il governatore di Milano Requesens preparava le formule di giuramento di fedeltà al re di Spagna[70].

Finale fu senz'altro l'affare intorno al quale ruotarono i rapporti tra Impero e Spagna nei decenni a cavallo tra Cinque- e Seicento e che diede origine a molte altre cause. È noto che, a proposito della questione di Finale, la Repubblica di Genova sosteneva che gli spagnoli, profittando dell'insurrezione dei finalesi contro il loro signore, avevano dato corpo alle centenarie aspirazioni dei milanesi di estendersi verso il mare a danno di Genova[71]. La prospettiva aveva un qualche fondo di verità, quantomeno l'azione degli spagnoli giustificò quelle illazioni. Assai significativo, a tal proposito il caso di Cengio, una località del Savonese appunto, infeudata insieme con Millesimo a un ramo dei Del Carretto.

Da una consulta del Consejo de Italia del 1582[72] si apprende che dopo l'occupazione della fortezza di Finale, il conte di Cengio, Nicola del Carretto, «umile e devoto servitore del re di Spagna» ma anche «vassallo dell'imperatore» aveva subito con l'inganno di scritture false, ad opera del castellano di Milano marchese d'Aspromonte, l'occupazione di due suoi castelli e cinque ville. In quel frangente madre, moglie gravida di quattro mesi e figlioletti erano stati sequestrati in tre stanze di uno dei castelli, mentre gli autori del «blitz» provvedevano a rubare suppellettili e a consumare ogni genere di cibarie reperibili nelle dispense: lo scopo era chiaramente quello di destabilizzare tutta la zona, per rendere più semplice «l'apprensione» del Finale. Avvertito l'imperatore di quanto era successo, questi, che all'epoca era Rodolfo II, aveva emanato un dispaccio con il quale dichiarava nulli gli atti a qualunque titolo realizzati dagli organi amministrativi milanesi nel feudo di Cengio e Millesimo (ma il dispaccio si estendeva a tutti gli altri

68 ASMi, *Feudi Imperiali*, cart. 1, fasc. 29, «Copia de la respuesta que se diò al Embaxador Queveniller cerca de lo que propuso à Su Magestad Catolica de parte de la cesarea sobre los Feudatarios del Estado de Milan».

69 ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, cart. 229, diploma datato 18 agosto 1572, fasc. 30.

70 ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, cart. 229, diploma datato 18 agosto 1572, fasc. 31.

71 F. EDELMAYER, *Maximilian II*, cit.

72 ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, cart. 229, consulta del 22 marzo 1582.

feudi imperiali) a danno del conte del Carretto. Ottenuta la restituzione dei castelli e delle ville, il marchese lamentava però di non essere ancora stato risarcito per i danni materiali e morali: tra l'altro la moglie gravida aveva poi abortito per i maltrattamenti subiti.

Allora Rodolfo II aveva imposto che il castello del Finale non fosse consegnato nelle mani degli spagnoli fin tanto che anche la questione di Millesimo non fosse risolta. Il nuovo castellano di Milano don Sancho Padilla, dietro la promessa di immediata soddisfazione, era riuscito a convincere il del Carretto di Cengio e Millesimo a scrivere all'imperatore dicendo di essere stato soddisfatto. Questi «desideroso di compiacer e di servir alla M.V. – cioè il re di Spagna – come hanno fatto i suoi antecessori» così fece. Gli spagnoli entrarono nel castello di Finale senza però che il risarcimento fosse stato corrisposto. Successivamente Nicola Del Carretto aveva ricevuto rassicurazioni di risarcimento che però gli era stato offerto in una forma tale che, se le avesse accettate, avrebbe commesso «fellonia nei confronti dell'imperatore». Il del Carretto, che come si vede era preso tra due fuochi – da un lato la fedeltà all'Impero, dall'altra il desiderio di servire al re di Spagna di cui avvertiva la *longa manus* – cercava di dare un colpo al cerchio e uno alla botte. Ma che all'epoca fosse assai evidente la linea della Spagna (profilo diplomatico di sottomissione all'Impero, e contemporanea tolleranza verso l'estensione dei poteri delle magistrature milanesi o, come in questo caso, verso azioni di aperta intimidazione) lo dimostra il fatto che il Del Carretto decise di scrivere direttamente al re di Spagna, spiegando i suoi problemi e chiedendogli di ordinare al governatore di Milano e al Senato di risarcirgli il mal tolto. Salomonica la decisione del Consejo de Italia: prendere informazioni affinché non sia lasciato senza punizione un torto subito da un casato «tan afficcionado a las cosas de nuestro servicio».

Gli avvenimenti esposti fanno capire che si trattava di un episodio strettamente collegato alla vicenda di Finale, a sua volta legata a Milano e al fatto che quest'ultima, benché feudo imperiale, fosse sotto il controllo spagnolo.

Come si conciliassero tutti questi elementi nella condotta spagnola nei confronti dell'Impero sulle questioni dei feudi imperiali italiani, lo si percepisce nettamente nel memoriale del 1598, nel quale sono esposte le ragioni spagnole per giustificare l'infeudazione di Finale[73]. Secondo il memoriale Filippo II era stato costretto, presentandosi l'occasione, ad acquistare il

[73] ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl, Comuni Finale, 1533-1613*, cart. 245, «Fundamentos para la enfeudacion del Final», s.d., ma *post* 1598.

feudo nonostante fosse feudo imperiale, in quanto lo Stato di Milano (e qui ritorna ancora la centralità di Milano) era, come risaputo, una zona estremamente sottoposta a pericoli d'ogni sorta e difficile da governare senza rischi. L'incognita in particolare era rappresentata dalle possibili invasioni francesi sul territorio e dalla necessità della Spagna di controllare bene l'area. Per fare ciò era importantissimo poter giungere rapidamente a Milano tramite nave e poter portare i soccorsi, al cui scopo Finale era la porta più adeguata. Nel documento anonimo la questione veniva collegata quindi alla posizione geografica dello Stato di Milano, circondato da ogni parte da potenze invidiose della grandezza della Casa d'Austria, e dotato di poca forza per resistere a possibili assalti. Per grazia divina – si legge nel memoriale – è stato concesso al re di Spagna che lo ha conservato intatto per molti anni, ma, partendo dal presupposto che «el emperador [es] senor del alto y directo dominio de ambos estados» cioè di Finale e di Milano[74], non c'è ragione che, per conservarne uno, l'altro non possa correre in suo aiuto. E soprattutto «que puerta tiene el Estado de Milan para ser socorrido, si no la del Final? Por donde se pueden venir ayudas sino por la misma parte?» Nel memoriale si richiamava l'attenzione sull'instabilità dell'area genovese e sul fatto che pochi anni prima poco era mancato a che Genova non venisse asservita alla Francia e se questo fosse successo, «que forma tenia Espana para soccorrer el Estado de Milan?» Il re di Spagna, come feudatario dello Stato di Milano, «tan prompto y aparesado para ayudar las de la M.d Cesarea» aveva pertanto tutte le ragioni per trovare gli aiuti necessari e tutti i mezzi atti a conservare lo stato di Milano che gli era stato dato in feudo dall'imperatore. A lui, e con queste motivazioni, il re di Spagna chiedeva l'assenso per l'investitura di Finale, considerando fosse cosa migliore dare «la concession de un feudo a quien ya tiene otro Imperial, que no que vaya a dar a quien no lo es».

Il caso di Finale e quello di Cengio prima rievocato mostrano con evidenza che l'atteggiamento della Spagna fu negli ultimi trent'anni del Cinquecento caratterizzato dalla politica della dissimulazione prima richiamata: da un lato affermarsi fedeli servitori dell'imperatore e dall'altro dar corso a manovre che in parte contribuivano a destabilizzare le aree sottoposte alla tutela imperiale per poi tentare di proporsi quali intermediari dell'Impero stesso e come garanti della sicurezza e della stabilità dell'intero sistema. Le figure più avvedute tra i vassalli imperiali o aspiranti tali, le famiglie più attente ed esperte conoscitrici del vento delle corti, campioni nella ricerca

[74] ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl, Comuni Finale, 1533-1613*, cart. 245, «Fundamentos para la enfeudacion del Final», s.d., ma *post* 1598.

della distinzione, come i Gonzaga di cui prima si sono ricordate le abili strategie, cercarono sapientemente di tenere in piedi o attivare *ex novo* proficui rapporti sia con Madrid che con la corte di Praga. Altri, per i quali il percorso aveva avuto forse esiti meno prestigiosi, tentarono come i del Carretto di Cengio tardive dichiarazioni di allineamento ubiquo («vassalli dell'Imperatore e servitori del re di Spagna»). Con ben altri esiti. I casi qui riportati, se riflettiamo bene, dimostrano seppur indirettamente la valenza forte della tutela imperiale di una parte d'Italia apparentemente dominata dalla potenza spagnola: il comportamento della Spagna, i suoi sotterfugi diplomatici, mi pare dicano che se questa tutela era stato il collante del sistema di alleanze imperiali creato da Carlo V, in esso la Spagna si era inserita come uno dei «collegati» più forti, (anzi come «il» collegato più forte). Se ciò non avesse continuato a rivestire un profondo significato e valore politico, ben oltre l'età di Carlo V, non sarebbe stato necessario che la Spagna ricorresse ad infingimenti dialettici e diplomatici per mettere in atto una politica di controllo nell'area ligure.

L'Impero dal canto suo sembra essersi caratterizzato in questo periodo per un'azione politica per certi aspetti meno sofisticata, più lineare. Dalla documentazione consultata sembra di poter affermare che, a parte il regno di Ferdinando I, i regni dei suoi successori (e in particolare di Massimiliano e Rodolfo II) si caratterizzarono non per particolari iniziative *motu proprio*, ma per risposte comunque tempestive a richieste dei feudatari italiani di intervento o a semplici proteste per soprusi di giurisdizione da parte della Spagna. Si può affermare che in linea generale l'Impero seppe far sentire la sua presenza, ad esempio creando commissioni *ad hoc* per dirimere cause particolari o per collettare i feudi, e rinnovando con regolarità le investiture ad ogni avvicendamento nella guida dei feudi[75].

Sul fronte spagnolo allo stato attuale delle ricerche parrebbe di poter concludere che la politica avviata da Filippo II sia stata proseguita dal figlio Filippo III almeno fino all'inizio della guerra dei Trent'anni e che l'inizio del regno di Ferdinando II abbia dato avvio a dei mutamenti almeno formali nei rapporti tra le due corone a proposito dei feudi imperiali italiani. Questo mutamento appare tangibile nel tono con cui nel 1619 Filippo III scriveva al governatore di Milano duca di Feria per vietare, in seguito ai reclami dell'imperatore, qualunque innovazione nei feudi imperiali. Scriveva infatti il re di Spagna al proprio rappresentante in terra lombarda[76]: «como

[75] C. CREMONINI, *Impero e feudi italiani tra Cinque e Settecento*, Roma 2044.

[76] ASMi, *Feudi Imperiali, Comuni Ce-Cl*, cart. 1, fasc. 35, dispaccio del 9 maggio 1619.

saveis convien mucho a mi servicio conservar la buena corrispondencia con el emperador» ed essendo venuto a conoscenza che i ministri dello Stato di Milano avevano compiuto atti pregiudizievoli della giurisdizione imperiale, Filippo III dichiarava di aver deciso insieme con l'imperatore che tutto si sarebbe dovuto svolgere d'ora in poi «con mayor quietud, se excusasen novidades en esta materia por entrambas partes». Pertanto il re di Spagna ordinava con quel dispaccio che non venisse innovato niente a riguardo in Lunigiana come nelle altre province «ni por via de algun contrato, ni de otra manera». E precisava, affinché gli ordini fossero puntualmente osservati, che il dispaccio doveva essere notificato a tutti i tribunali dello Stato di Milano.

Dunque la Spagna dopo un lungo periodo di dissimulazioni politiche sembrava intenzionata ad avviare cambiamenti decisi nella sua condotta verso l'Impero sulle questioni riguardanti i vassalli italiani e a mostrarsi più rispettosa della giurisdizione imperiale. A ciò contribuì sicuramente il miglioramento dei rapporti tra le due corti, come è noto non idilliaci al tempo di Filippo II. Ma è significativo, a fronte di questi cambiamenti, che negli anni Trenta del XVI secolo, nell'area gonzaghesca sembrasse quasi scemato l'interesse dei Gonzaga *minores* di Bozzolo a coltivare rapporti privilegiati con la Spagna, e reso più sicuro il loro allineamento filoimperiale, diventasse meno importante per la corte imperiale asburgica la coltivazione dei rapporti con i medesimi «rami minori» dei Gonzaga[77]. Come se in sostanza, la Spagna fosse divenuta parte integrante e *construens*, anziché *destruens*, dei rapporti dell'Impero con i vassalli italiani come si era sempre ritenuto. Lo testimoniano le biografie politiche dei vari commissari imperiali che si succedettero tra 1580 e 1650 circa e che erano tutti in egual modo ben introdotti alle corti di Madrid, Praga e Vienna[78].

Due importanti fattori di cambiamento intervennero a mutare gli equilibri tra Spagna e Impero tra 1620 e 1680: da un lato la guerra dei Trent'anni che travolse l'area tedesca e mutò sensibilmente la politica degli Asburgo, dall'altro la progressiva decadenza della monarchia cattolica soprattutto dopo il 1660. Ma in ogni caso, a testimonianza di una lunga fase di maggior collaborazione è comunque significativo che nel 1653 l'imperatore Ferdinando desiderasse affidare al governatore spagnolo di Milano allora in carica, il marchese di Caracena, l'incarico di svolgere indagini a proposito dei feudi imperiali confinanti con lo Stato di Milano come se, riequilibrandosi

77 Lo ricorda C. MOZZARELLI, *Il passero e l'aquila*, cit., p. 162.

78 Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, *Plenipotenz in Italien*, cart. 1-2.

il rapporto di forza tra le due corone asburgiche, queste avessero potuto rendere più eplicita la loro collaborazione per la gestione delle questioni imperiali in Italia. Almeno fino al successivo ribaltarsi delle posizioni. Ma per questo si doveva ancora attendere la fine del XVII secolo, il rinascere dell'idea imperiale e l'estinzione della linea spagnola degli Asburgo.

Reichsitalien als Finanzquelle des Kaiserhofs

Subsidien und Kontributionen (16.-17. Jahrhundert)

von *Jan Paul Niederkorn*

Die Kontroverse zwischen Heinrich von Sybel und Julius Ficker über die Italienpolitik der deutschen Kaiser des Mittelalters, die im Jahrzehnt vor der Gründung des Zweiten Deutschen Kaiserreichs unter Anteilnahme einer breiten Öffentlichkeit ausgetragen wurde und die unter den Fachgelehrten weiterging, auch nachdem das Thema seine politische Aktualität verloren hatte, gilt als der erste «Historikerstreit» der deutschen Wissenschaftsgeschichte[1]. Trotz der sehr intensiven Diskussion des Themas sind aber merkwürdigerweise dessen finanzielle Aspekte über eine lange Zeit hinweg kaum beachtet worden. Erst in der Zwischenkriegszeit ist in Reaktion auf die von einem der letzten Vertreter der Sybelschen Auffassung geäußerten Zweifel an der Nachweisbarkeit hoher kaiserlicher Einnahmen aus Italien[2] eine Studie entstanden, die unter Heranziehung der verfügbaren Quellen deren Bedeutung nachwies[3]. Weitere Untersuchungen haben seither ein recht gutes Bild des überragenden Anteils vermitteln können, den die Einkünfte aus Italien an den Gesamteinkünften beispielsweise eines

[1] Siehe dazu H. GOLLWITZER, *Zur Auffassung der mittelalterlichen Kaiserpolitik im 19. Jahrhundert*, in: *Dauer und Wandel der Geschichte. Festgabe für Kurt von Raumer*, Münster 1966, S. 483-512; G. KOCH, *Der Streit zwischen Sybel und Ficker und die Einschätzung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in der modernen Historiographie*, in J. STREISAND (Hrsg.), *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft von 1800 bis 1871*, Berlin 1969, S. 311-336, sowie zuletzt G. LEERHOFF, *«Des Reiches Herrlichkeit» – Das Mittelalterbild der deutschen Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert*, in C. CARCENAC-LECOMTE - K. CZARNOWSKI - S. FRANK - St. FREY - T. LÜDTKE (Hrsg.), *Steinbruch – Deutsche Erinnerungsorte. Annäherung an eine deutsche Gedächtnisgeschichte*, Frankfurt a.M. 2000, S. 273-292, besonders S. 281-283.

[2] G. VON BELOW, *Die italienische Kaiserpolitik des deutschen Mittelalters mit besonderem Hinblick auf die Politik Friedrich Barbarossas* (Beihefte zur Historischen Zeitschrift, 10), 1927.

[3] G. DEIBEL, *Die finanzielle Bedeutung Reichs-Italiens für die staufischen Herrscher des 12. Jahrhunderts*, in «Zeitschrift für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung», 54, 1934, S. 134-177.

Friedrich Barbarossa ausmachten, der es ihnen verdankte, daß er in finanzieller Hinsicht in die Spitzengruppe der europäischen Monarchen vorzustoßen vermochte[4].

In der Epoche, über die der vorliegende Beitrag handelt, also in der 2. Hälfte des 16. und im 17. Jahrhundert, war die Höhe der den Kaisern aus Italien zufließenden Summen ungleich bescheidener[5]. Im Hochmittelalter bestehende Einnahmequellen wie Fodrum, Regalienzinse oder Erträge königlicher Tafelgüter existierten nicht mehr, das Reichsoberhaupt bezog aus Italien überhaupt kein regelmäßiges Einkommen, sondern lediglich fallweise Geldbeträge in unterschiedlicher Höhe und aufgrund unterschiedlicher Rechtstitel. Wir können *grosso modo* drei Gruppen von Einkunftsarten unterscheiden:

1. Im Kriegsfall von den Vasallen eingeforderte Kontributionen;
2. durch diese erbrachte freiwillige Hilfeleistungen in Geld (in Ausnahmefällen auch in Form von Warenlieferungen, z.B. von Munition) oder der Entsendung von Hilfstruppen;
3. Sondereinkünfte verschiedenster Art.

1. *Eingeforderte Kontributionen*

Eine betragsmäßig fixierte Verpflichtung zu Kontributionen an den Kaiser bestand in Italien nur für die Herzoge von Savoyen, deren Territorien teilweise zum oberrheinischen Reichskreis gehörten, weshalb sie in der Wormser Matrikel von 1521 mit der Verpflichtung eingetragen waren, pro vom Reichstag bewilligtem Römermonat 60 Mann zu Pferd und 277 Mann zu Fuß zu stellen, was in Geld gerechnet einer Kontribution von 1.828 rheinischen Gulden entsprach[6]. Nachgekommen sind die Savoyer dieser Verpflichtung in sehr beschränktem Umfang, und zwar auch in Phasen

[4] C. BRÜHL, *Die Finanzpolitik Friedrich Barbarossas in Italien*, in DERS., *Aus Mittelalter und Diplomatik. Gesammelte Aufsätze*, Hildesheim u.a. 1989, S. 267-291, hier S. 290; siehe außerdem vor allem A. HAVERKAMP, *Herrschaftsformen der Frühstaufer in Reichsitalien* (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, 1 und 2) Stuttgart 1970-1971.

[5] Den besten Überblick bietet immer noch das Buch von S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano 1932, das gerade Finanzfragen besonderes Augenmerk schenkt.

[6] A. WREDE (Hrsg.), *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Carl V.*, Bd. 2, München 1896, S. 430.

prohabsburgischer Orientierung ihrer Außenpolitik wie in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts[7].

Für die übrigen Reichsvasallen galt laut einem Gutachten des Reichshofrats aus dem Jahr 1597 im Kriegsfall die Regel, es sei

«... ein jeder Vasall seinem Lehensherrn in ofnem Veldtzug in aigener Person zu dienen, oder den halben theyl seines jharlichen einkommens zu contribuieren schuldig, wer aber solches aus ungehorsamb nicht thuet, das derselbe seines lehens de iure privirt werden könne ...»[8].

Mit dieser Aussage hatte der Reichshofrat nun weniger die bedeutenderen Territorien Mittel- und Oberitaliens – bei denen man, wie noch zu zeigen sein wird, kaiserlicherseits im allgemeinen auf gütliche Verhandlungen setzte – im Visier als die Inhaber der kleinen Reichslehen, deren Anzahl auf 250 bis 300 geschätzt wird und die sich in der Hauptsache in der Poebene und im Grenzgebiet zwischen Ligurien und Piemont bzw. der Lombardei und der Toskana befanden[9]. Verläßliche Kenntnisse darüber, welche Territorien als Reichslehen anzusehen waren, haben allerdings heute wie damals gefehlt[10], sodaß es wohl kein Zufall ist, daß zwar eine Fülle von Arbeiten zur Geschichte einzelner Lehen existiert, aber keine zu ihrer Gesamtheit. Abhilfe gegen ihren mangelhaften Informationsstand versuchten die Reichsbehörden sich durch die Anlage von Lehensverzeichnissen zu verschaffen; diejenigen, die nur auf der Durchsicht der vorhandenen Aktenbestände beruhten, erwiesen sich allerdings regelmäßig als äußerst lückenhaft, so daß im Verlauf des 17. Jahrhunderts mehrmals Nachforschungen vor Ort veranlaßt wurden, die durch eigens zu diesem Zweck bestellte Kommissare durchgeführt wurden. Der Inhalt dieser Verzeichnisse zeigt nun sehr deutlich ihre Bestimmung, als Grundlage finanzieller Forderungen zu dienen: Neben dem Namen des Lehensinhabers und der Erläuterung von dessen

[7] Siehe J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg» Kaiser Rudolfs II. (1593-1606)*, (Archiv für Österreichische Geschichte, 135) Wien 1993, S. 438-444; für die spätere Zeit siehe S. PUGLIESE, *Le prime strette*, *passim*; G. TABACCO, *Lo stato sabaudo nel sacro Romano Impero*, Torino 1939, sowie den Beitrag von C. Zwierlein in diesem Band.

[8] Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (künftig HHStA), *Plenipotenz in Italien*, 1, Gutachten des Reichshofrats von 1597, De modo juridico erigendi contributionem a vassallis Italiae vel instituendo processum privationis, fol. 62 f.

[9] K.O. VON ARETIN, *L'ordinamento feudale in Italia nel XVI e XVII secolo e le sue ripercussioni sulla politica europea. Un contributo alla storia del tardo feudalismo in Europa*, in «Annali dell'Istituto italo-germanico in Trento», 4, 1978, S. 51-94, hier S. 57.

[10] M. SCHNETTGER, *Altes Reich und Italien in der Frühen Neuzeit. Ein institutionengeschichtlicher Überblick*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 79, 1999, S. 344-420, hier S. 350.

Rechtstiteln enthielten die Verzeichnisse in der Regel auch Angaben über die Zahl der dort vorhandenen Haushalte, über den von den Vasallen aus dem Lehen erzielten Ertrag sowie einen Schätzwert desselben. Dieser lag im Durchschnitt in etwa beim zehnfachen der Einkünfte, die zu beobachtenden Schwankungen beweisen aber die Rücksichtnahme auf individuelle Faktoren[11].

Obwohl schon in der Zeit Maximilians II. Überlegungen angestellt wurden, aus den kleinen italienischen Lehen einen finanziellen Nutzen zu ziehen[12], scheint es doch erst im Jahr 1584 zu einem ersten Versuch, dieses Ziel zu realisieren, gekommen zu sein. In der im April dieses Jahres ausgestellten Instruktion für drei Kommissare, den Bischof von Acqui, Caspar von Lodron und Bartholomäus Beccaria, werden bereits einige der auch in der folgenden Zeit immer wieder ventilierten bzw. versuchten Methoden der Geldbeschaffung erwähnt: Mit der Begründung, daß das Geld für den Ausbau der Festungen an der Grenze zum Osmanischen Reich benötigt werde, sollten in den Territorien der Vasallen neue Abgaben eingeführt werden, und zwar Zölle und eine Konsumsteuer auf alkoholische Getränke, der sogenannte «Tatz». Für den Fall, daß dies sich als unrealisierbar erwies, sollten die Kommissare Subsidien und Kontributionen von den Vasallen selbst einwerben, mit deren Entgegenkommen insbesondere deshalb gerechnet wurde, weil vielen von ihnen die Investitur fehlte und ihnen aufgrund dessen der Verfall ihrer Lehensrechte drohte[13].

[11] Schnettger erwähnt *ibidem*, Anm. 11, ein solches Verzeichnis aus dem Jahr 1696; in HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 3, Konvolut 1699, fol. 127-152 findet sich ebenfalls eine Relation «fast von allen in denen Langis gelegenen Lehen». Aus früherer Zeit sind zu nennen: verschiedene Verzeichnisse, die vom Kommissar Paul Garzweiler stammen oder im Umfeld seiner Mission (1603/04) entstanden sind in HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 1, fol. 218-228 (Verzeichnis der lombardischen Lehen), fol. 268-271 (Verzeichnis der genuesischen Lehen), sowie fol. 285-302, Kurzer Extrakt des heyligen Röm. Reichs Lehen in Italia. In HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1624-1632, fol. 24-34 eine Übersicht über die Reichslehen in der Lunigiana von 1625; HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1624-1632, fol. 152-205, Relation des Octavio Villani über seine im Auftrag des Generalkommissars Ferrante Gonzaga Duca di Guastalla unternommene Visitationsreise in der Lunigiana (1626); HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1624-1632, fol. 287-302, Informatione di feudi imperiali posti nella Liguria Piemonte et Lombardia con loro qualità, siti e possessori (von vor 1603).

[12] Zu erwähnen sind für diese Zeit das Memorandum des Bernardo Spinola wie Anm. 14, sowie ein nicht erhaltener Vorschlag des Dr. Bartolomeo Beccaria, der in einem Gutachten des Reichshofrats von 1601 (siehe unten Anm. 16) erwähnt wird.

[13] Wien, Hofkammerarchiv, *Reichsakten* (künftig HKA, *RA*), 24, Instruktion für Petrus Faunus Castacciarius Ep. Aquensis, Caspar v. Lodron und Dr. Bartholomeus Beccaria, fol. 595-604, April 1584.

Die Möglichkeit, aus diesem Umstand Profit zu ziehen, wird mehrfach in Memoranden erwähnt, das älteste in den Wiener Archivbeständen erhaltene stammt von dem 1574 verstorbenen Bernardo Spinola, der selbst Reichsvasall war. Er regte die Einsetzung eines Vikars an, der die verschwiegenen und somit nicht rechtmäßig innegehabten Lehen konfiszierte und weiterveräußerte bzw. bei Kompromissen mit den Inhabern für die Neuinvestitur entsprechende Zahlungen vereinbarte. Damit, meinte Spinola, würde der Vikar nicht nur die mit dem Amt verbundenen Kosten einbringen, sondern dazu auch noch einiges für die kaiserliche Kammer abfallen[14].

Ob dieses Memorandum bei Hof irgendeine Resonanz gefunden hat, ist nicht überliefert, und auch von der Italienmission von 1584 wissen wir nur, daß der letztlich allein nach Italien gereiste Dr. Beccaria, nachdem er von Banditen und aufgebrachten Untertanen einiges Ungemach erlitten hatte, mit leeren Händen heimkehrte[15]. Dennoch brachte Beccaria im Jahr 1601 nochmals den Vorschlag ein, durch Errichtung von Tatz und Zoll in Italien ein jährliches Einkommen von 30.000 Scudi zu erzielen. Der Reichshofrat stand den vorgetragenen Überlegungen aber ziemlich skeptisch gegenüber und nannte als Alternativen eine Besteuerung des Salzhandels oder die Einhebung einer Abgabe auf jedes Haus oder jede Herdstelle[16].

Diese Abgabenart wurde dem 1603/04 nach Italien geschickten Kommissar Dr. Paul Garzweiler auch vorgeschrieben; über seine Versuche, sie durchzusetzen, berichtete er allerdings, er könne

«... nit befinden, das durch diesen fürgeschriebenen Modum Contributionis dieselbe von den Underthanen abzufordern Irer Khayserlichen Majestät viel gedient oder derselben Nuz dabey sein, dann erstlichen so ist derselbige Modus in Italia unerhort und sowohl den Herrn als den Underthanen zuwieder, als sie denselben nit gewont sein ...».

Außerdem nehme dieses Modell keine Rücksicht auf die Unterschiede in den Vermögensverhältnissen der Untertanen, und gerade die Vasallen, die zahlreiche und gut gestellte Untertanen hatten, seien besonders gegen die Einhebung dieser Steuer[17]. Die Hofkammer schloß sich diesem Urteil Garzweilers an und empfahl, von dieser Form der Besteuerung in Zukunft

[14] HKA, *RA*, 24, Memorandum Spinolas, fol. 35 f.

[15] G. Rill, *Die Garzweilermission 1603/04 und die Reichslehen in der Lunigiana*, in «Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs», 31, 1974, S. 9-25, hier S. 10.

[16] HKA, *RA*, 24, fol. 645-650. Gegenüber 1584 bedeuten die 30.000 Scudi eine nicht unbedeutende Steigerung der Erwartungen: Damals war von 100.000 Gulden für den Zeitraum von fünf Jahren die Rede gewesen.

[17] HKA, *RA*, 24, Garzweiler an die Hofkammer, Modena, fol. 245, 1. März 1604.

Abstand zu nehmen[18]. Tatsächlich scheint sich aber mit der Zeit die Praxis eingebürgert zu haben, daß die Vasallen ihrerseits pro Herdstelle eine Krone von den Untertanen einhoben, wenn sie sich mit Kontributionsforderungen konfrontiert sahen. Die Hofkammer sah dies ungern, und der im Herbst 1621 nach Italien geschickte Kommissar Pirro Maria Gonzaga erhielt ausdrücklich den Auftrag, die Vasallen aufzufordern, dies zu unterlassen und etwas von ihren eigenen Einkünften abzugeben[19]. In späteren Instruktionen überließ es Ferdinand II. aber dem Urteil des jeweiligen Kommissars, ob er die Höhe der Subsidien dem guten Willen der Vasallen anheim stellte oder von diesen Abgaben pro Herdstelle verlangte[20]. Im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts scheint dann eine Lastenteilung gebräuchlich gewesen zu sein, von den damals vorgeschriebenen drei Scudi pro Herdstelle hatten die Untertanen zwei, der Vasall selbst den Rest zu zahlen[21].

Nicht verwirklicht wurde, obwohl sie die Billigung der Hofkammer fand, Garzweilers Anregung, anstelle der Herdsteuer doch den in dem eingangs zitierten Gutachten von 1597 vorgeschlagenen Weg zu beschreiten, von den Vasallen Kontributionen in Höhe eines Jahreseinkommens für jeweils drei Jahre zu fordern. Vasallen, die nicht willens oder nicht fähig waren, zu zahlen, sollten übrigens zunächst einen Einberufungsbefehl zum Kriegsdienst nach Ungarn erhalten – der Lehensentzug wurde also nicht gleich ins Auge gefaßt, und zwar, weil man sich bewußt war, daß der Dienstpflicht des Lehensmannes ja die Schutzpflicht des Lehensherrn gegenüberstand[22].

Darauf, daß seit der Abdankung Karls V. diese Verpflichtung nicht wahrgenommen wurde, hatte schon Bernardo Spinola hingewiesen[23]; die zahlreichen von ihm angeführten Mißstände, welche die Abwesenheit des Kaisers bezüglich der kleinen Lehensträger verursachte, wie die Rechtsunsicherheit, die viele von ihnen zwang, sich benachbarten größeren Potentaten zu unterstellen, sowie die häufigen Gewalttaten gegenüber den Untertanen wie auch innerhalb der Vasallenfamilien selbst, finden sich auch in Garzweilers

18 HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Gutachten der Hofkammer über die Garzweilermission, 20. Februar 1606, fol. 317 f.

19 HKA, *RA*, 24, Kommission für Pirro Maria Gonzaga, fol. 676 f., 25. Juli 1621.

20 HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 1, Konvolut 1620-1624, Instruktion für Ferrante Gonzaga Duca di Guastalla, fol. 1-5, hier 4v-5r, 23. März 1624; unverändert übernommen in der Instruktion für Giovanni Andrea Doria-Landi, 12. März 1633, HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1633-1639, fol. 29-36, hier 33.

21 S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 167.

22 HKA, *RA*, 24, Gutachten der Hofkammer, fol. 645-650.

23 HKA, *RA*, 24, Memorandum Spinolas, fol. 35 f.

Berichten wieder. Um Abhilfe zu schaffen, schlugen beide die Installierung eines ständig in Italien residierenden Vertreters des Kaisers vor[24] – Spinola sprach von einem Vikar, im 17. Jahrhundert, als ein solches Amt tatsächlich geschaffen wurde, nannte man seinen Inhaber Generalkommissar, wohl erst im 18. Plenipotentiar.

Im 17. Jahrhundert war dieses Amt nicht ständig besetzt[25], und das sicher auch, weil die Amtsinhaber dem Kaiserhof in finanzieller Hinsicht nur wenig eingebracht haben dürften. Garzweiler konnte gerade genug einnehmen, um seine Reisespesen zu bezahlen. Nicht wenige Vasallen vertrösteten ihn unter Hinweis auf widrige Umstände (Seuchen, Überschwemmungen, Zwistigkeiten mit anderen Fürsten und ähnliches) auf bessere Zeiten[26], andere versprachen zwar Zahlungen, viele hielten ihre Zusagen aber nicht ein, trotz etlicher Mahnaktionen (z.B. 1608)[27] waren am Beginn des Dreißigjährigen Krieges von den versprochenen Kontributionen immer noch über 18.000 Kronen ausständig[28].

Auf den böhmischen Aufstand haben die Räte des Kaisers Matthias überraschend schnell reagiert, schon am 7. Juni 1618 schlug die Hofkammer

[24] Am kaiserlichen Hof selbst waren auch die Reichshoffiskale mit den italienischen Reichslehen befaßt, deren Tätigkeit aber noch wenig erforscht ist; siehe als ersten Einstieg G. OBERSTEINER, *Das Reichshoffiskalat 1596-1806*, ungedruckte Staatsprüfungsarbeit Wien, 1992.

[25] Nicht eindeutig geklärt ist nicht nur die Bezeichnung des Amtes, sondern auch Namen und Amtszeiten seiner Inhaber: Unterschiedliche Angaben dazu finden sich sowohl bei K.O. VON ARETIN, *L'ordinamento*, S. 77, bei G. RILL, *Reichsvikar und Kommissar. Zur Geschichte der Verwaltung Reichsitaliens im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit*, in «Annali della fondazione italiana per la storia amministrativa», 2, 1965, S. 173-198, wie auch bei G. DEL PINO, *Un problema burocratico: la Plenipotenza per i feudi imperiali in Italia e il suo archivio tra XVII e XVIII secolo*, in «Rassegna degli Archivi di Stato», 54, 1994, S. 551-583, besonders die Liste S. 579; vgl. auch M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich*, S. 387-391. Meines Erachtens kann man in der Epoche vor 1690 nur Ferrante und Cesare Gonzaga von Guastalla und Giovanni Andrea Doria-Landi als Generalkommissare bezeichnen.

[26] So berichtet Garzweiler in einer seiner Relationen, HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 1, fol. 113: «Ferrando Gonzaga Principe di Guastalla meldt er hab fertiges Jahr grossen Schaden vom Wasser erlitten, heur aber sey ime und seinen Underthanen vil aufgeloffen wegen des Rumors den er an den Grenzen mit dem Herzog von Modena gehabt, wo das nit werr woldt er berait sich gehorsamblich eingestellt haben, bis also Ihme für endtschuldiget zu halten ...». Ähnliche Schreiben aus 1621/22 in HKA, *RA*, 24, fol. 761-781 (vom Herzog von Mirandola, dem Herzog von Guastalla, dem Fürsten von Correggio und anderen).

[27] Mehrere derartige Schreiben Rudolfs II. in HKA, *RA*, 24, fol. 671, 675-687.

[28] HKA, *RA*, 24, fol. 753-760, Designatio S. C. Mt. fidelium vasallorum per Italiam, qui anno 1603 impositas ac maxima illorum parte promissas collectas nondum solverunt.

vor, den Grafen Theodor Trivulz nach Italien zu schicken, um die dortigen Vasallen «umb guettwillig ersprießlich hilff» zu ersuchen[29]. In der Anfangsphase des Dreißigjährigen Kriegs waren dann mehrere Kommissare in Italien aktiv, unter ihnen 1620/21 der genannte Pirro Maria Gonzaga, Herr von Vescovato, der vor allem die Vasallen in der Poebene aufsuchte[30], ferner 1622 der Vikar von Gradisca, Doktor Balthasar Baio[31], sowie zwischen 1620 und 1624 Federico II. Landi, principe di Val di Taro. Dieser scheint sich als Generalkommissar gefühlt zu haben, jedenfalls reagierte er auf andere vom Kaiserhof ausgehende Missionen immer beleidigt[32]; der geheime Rat Questenberg stellte zu seinem Fall fest, die Kommission, bei den italienischen Vasallen Kontributionen einzutreiben, sei von der Hofkammer ausgegangen, der Reichshofrat habe es damals «billich dabei bewenden lassen»; seine Einmischung in Jurisdiktionsangelegenheiten und die Führung des Titels Generalkommissar wurden von Questenberg nicht gebilligt[33]. Da die von Val di Taro angestrebte Ausweitung seiner Kompetenzen nicht erfolgte, resignierte er schließlich im Januar 1624[34].

[29] HKA, *RA*, 24, fol. 758; HKA, *RA*, 24, fol. 753/760, die Kommission für den Grafen, 18. Juni 1618.

[30] Dieser hatte angeboten, auf eigene Kosten (da reicher Kavalier) in Italien für den Kaiser tätig zu werden. Im Fall seiner Ernennung zum kaiserlichen Kommissar in Italien wollte er als Gesandter an den italienischen Höfen agieren und sich hinsichtlich der Reichslehen um deren «caducità, et interessi camerali» zu kümmern: sein Schreiben an Ferdinand II., 18. November 1620 im HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 1, Konvolut 1620-32, fol. 260; seine Kommission, datiert 25. Oktober 1621, HKA, *RA*, 24, fol. 676 f., enthielt allerdings nur den Auftrag, einigen ihm benachbarten Vasallen in der Poebene die kaiserlichen Hilfsansuchen zu übermitteln; sein Abschlußbericht aus Mantua, 13. Februar 1622, HKA, *RA*, 24, fol. 782 f.

[31] Baio hatte sich selbst darum beworben, nach Italien geschickt zu werden, um eine Inquisition der vorhandenen Reichslehen durchzuführen, in Justizangelegenheiten tätig zu werden und hinsichtlich der verschwiegenen Lehen durch Konfiskation oder auf dem Kompromißweg Profit für die Kammer zu erzielen; sein Vorschlag vom 2. Juni 1622, HKA, *RA*, 24, fol. 315; der Reichshofrat fand die geforderten Vollmachten aber viel zu weitgehend (Gutachten vom 14. Juni 1622, HKA, *RA*, 24, fol. 306-311), und die kaiserliche Instruktion vom 20. Juni 1622, HKA, *RA*, 24, fol. 313 f. beschränkte sich dann auch auf den Auftrag zur *Indagatio* der Reichslehen und zur Berichterstattung, während alle Entscheidungen dem Kaiser selbst vorbehalten bleiben sollten.

[32] Siehe neben dem Anm. 34 angeführten Schreiben auch seinen Brief HKA, *RA*, 24, fol. 367-374, 7. Oktober 1620.

[33] HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 1, Konvolut 1620-1632, Gutachten Questenbergs, fol. 294-299, 4. November 1623.

[34] HKA, *RA*, 24, Principe di Val di Taro an Ferdinand II., fol. 287 f., Mailand, 17. Januar 1624.

In diesem Jahr wurde dann tatsächlich ein Generalkommissar ernannt, nämlich Ferrante Gonzaga Duca di Guastalla, dem sein Sohn Cesare im Amt nachfolgte. Eine Aussage darüber, welchen Erfolg sie bei ihren Bemühungen um Subsidien und Kontributionen hatten, ist wie bei den vorangegangenen Missionen schwer zu treffen, Ferrante bemerkt in einem Bericht vom Sommer 1625, daß die kleinen Lehensträger eher zu Zahlungen bereit wären, die größeren hingegen gern alle möglichen Entschuldigungen vorbrachten[35]. Viel dürften beide nicht erreicht haben, denn in der Instruktion für den 1633 bestellten Fürsten Giovanni Andrea Doria-Landi wird die in Guastallas Instruktion enthaltene Klage über die nicht den Bedürfnissen entsprechenden bisherigen Leistungen der Vasallen wiederholt[36]. Auch Dorias Eifer scheint diesbezüglich aber begrenzt gewesen zu sein, in der erhaltenen Korrespondenz geht er nur einmal darauf ein, und zwar mit der Feststellung, daß sich die Vasallen wegen der jüngsten Pestepidemie und der Kriegswirren in Italien nicht in der Lage befänden, nennenswerte Summen zu zahlen, sowie der Empfehlung, ihnen Zeit zu geben, sich wirtschaftlich zu erholen, damit sie später mehr beisteuern könnten[37].

Angesichts des mageren pekuniären Ertrags der Tätigkeit der Generalkommissare überrascht es nicht, daß beim Auslaufen von Dorias Amtszeit kein Nachfolger bestellt wurde. Hinter dieser Entscheidung stand vor allem der Reichshofrat, der den Amtsinhabern vorwarf, daß sie des Kaisers Jurisdiktion unter Umständen zu mindern drohten, sich Rechte anmaßten, die ihnen nicht zustanden, und die Vasallen eher bedrückten, als ihnen zu helfen[38].

Vermutlich bis 1690 – die Quellenlage ist nicht ganz eindeutig[39] – wurde kein neuer Generalkommissar bestellt, obwohl es in den dazwischen liegenden Jahrzehnten an Bewerbungen hochgestellter Persönlichkeiten

[35] HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1625-1632, Relatione di Lunigiana, piu breve et segreta, del Sig.r Duca di Guastalla, fol. 54-68, hier fol. 67, 10. Juli 1625.

[36] HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1633-1639, Instruktion Doria-Landis, fol. 33.

[37] HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1633-1639, Bericht Dorias an K. Ferdinand II., fol. 74 f., Genua, 26. Dezember 1633.

[38] HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1633-1639, Gutachten des Reichshofrats, fol. 410 f., 18. Juni 1638, Ferdinand II. bedankt sich bei Doria für die geleisteten Dienste in einem Schreiben vom 3. Juni 1639, HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1633-1639, fol. 539.

[39] Vgl. M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich*, S. 391 ff.

nicht gefehlt hat[40]. Standen bei diesen wohl die Steigerung von Rang und Ansehen im Vordergrund ihres Interesses, wird man bei Bewerbern aus dem «Beamtenstand» wie Dr. Beccaria oder Dr. Baio auch das Streben nach eigenem ökonomischem Nutzen unterstellen dürfen. Vor allem bei der Konfiskation verfallener Lehen oder bei Vergleichsverhandlungen mit des Versäumens der Lehensmutung beschuldigten Vasallen konnten für den handelnden Kommissar wohl nicht unbeträchtliche Summen abfallen. Für die Garzweilermission ist bezeugt, daß sie auch der Abstellung der *abusi* anderer Kommissare dienen sollte: so heißt es in dem für ihn bestimmten Lehensverzeichnis zu Sassello, daß die Kommissare Beccaria und Conte di Millesimo sich alle Einkünfte aneigneten, ohne etwas abzuliefern[41].

Das unbefriedigende Ergebnis der Tätigkeit der Generalkommissare kann nun auch nicht wirklich überraschen, denn über die Autorität und die Machtmittel, die nötig gewesen wären, um sich den Respekt und den Gehorsam der Vasallen zu verschaffen, verfügten die Nachfolger Karls V. in Italien eben nicht – wie dieser selbst vorausgesehen hatte: Karls auf dieser Überlegung beruhender Vorschlag, seinem Sohn Philipp die Statthalterschaft oder das Reichsvikariat in Italien für die Zeit von Ferdinands Kaisertum zu verschaffen, stieß aber auf dessen heftigen Widerstand, weil er darin eine «desmembración» Italiens vom Reich erblickte[42], und wurde nach Karls Tod auch nicht realisiert[43]. Karls Argumente, daß Ferdinand aufgrund seiner Belastung mit den konfessionellen Problemen im Reich und durch die Osmanengefahr nicht zu einer aktiven Italienpolitik imstande sein würde und eine Minderung der Autorität des Kaisertums daher unvermeidlich wäre, erwiesen sich jedoch als zutreffend und hatten auch für Ferdinands Nachfolger Gültigkeit.

Eine grundlegende Änderung der kaiserlichen Stellung trat erst 1690 ein, als Leopold I. ein starkes Heer nach Italien schicken konnte. Und Hand

[40] Nach dem Ausscheiden Dorias bot zunächst der Fürst von Massa seine Dienste als Nachfolger an: HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, Konvolut 1639-1690, fol. 40, Brief an Ferdinand III., 20. September 1638; die späteren Bewerber sind weitgehend mit den in der Liste G. Del Pino, *Un problema burocratico*, genannten Personen identisch.

[41] HHStA, *Plenipotenz in Italien*, 2, fol. 298 ff.

[42] A. Kohler, *Ferdinand I. 1503-1564. Fürst, König und Kaiser*, München 2003, S. 288.

[43] 1558 verhandelte im Auftrag Philipps II. Alfonso della Quadra, Bischof von L'Aquila, mit Kaiser Ferdinand über die Ernnenung zum «Vicario Imperial in Italia», konnte diesen Wunsch aber nicht durchsetzen; vgl. J.P. Niederkorn, *Reichsitalien und der Kaiserhof im Zeitalter der Hegemonie Spaniens 1559-1659*, in P. Chiarini - H. Zeman (Hrsg.), *Italia-Austria. Alla ricerca del passato comune* (Atti dell'Istituto Italiano di Studi Germanici, 4), Roma 1995, S. 59-71, hier S. 59 f.

in Hand damit ging eine enorme Zunahme der finanziellen Lasten einher, welche die Potentaten Reichsitaliens für den Kaiser zu übernehmen hatten: Erstmals wurden von da an, wie zuvor nur den kleinen Vasallen, auch den mächtigeren Territorien Kontributionen vorgeschrieben: der Toskana wurden 75.000 *doppie di Spagna* (das entspricht der doppelten Summe in Scudi) auferlegt, Genua 40.000, Mantua für alle Gebietsteile 70.000, Modena 40.000, Parma 36.000, Lucca 3.000, dem Fürsten von Massa 1.500, den übrigen Reichsvasallen ca 25.000 *doppie*[44]. Besonders schwer wurden also die den Repressionen der kaiserlichen Truppen am stärksten ausgesetzten padanischen Herzogtümer belastet, aber auch Genua und Toskana wurden hohe Beträge vorgeschrieben, wenngleich sie hier einen wesentlich geringeren Prozentsatz der Staatseinnahmen ausmachten. Dies hing aber keineswegs damit zusammen, daß letztere nur für einen kleinen Teil ihres Gebiets die Oberhoheit des Reiches anerkannten, sondern war auf politische Rücksichten zurückzuführen, wie der Kommissar Graf Breuner 1696 in einem Gutachten beklagte, in dem er zwar befriedigt feststellte, daß der kaiserlichen Kriegskasse in den letzten Jahren «immense somme di denaro» zugeflossen seien, aber hinzufügte, daß bei konsequenterer, auf die Finanzkraft abgestellter Einhebung durchaus das Doppelte erzielbar gewesen wäre[45].

2. *Freiwillige Hilfeleistungen*

Die hier beschriebene Vorschreibung von Kontributionen wurde gegenüber den größeren Territorien Reichsitaliens, wie erwähnt, erst ab 1692 angewandt. Davor hatte die kaiserliche Regierung sich – von einer kurzen Phase, nämlich jener der Präsenz eines kaiserlichen Heeres in Oberitalien während des mantuanischen Erbfolgekriegs, abgesehen[46] – stets damit begnügt, sich um freiwillige Hilfeleistungen zu bemühen, wenn ein entsprechender Anlaß in Form eines militärischen Konflikts mit Gegnern gegeben war, die, wie die Osmanen, als gemeinsamer Feind der gesamten Christenheit oder, wie die böhmischen Aufständischen und die Protestanten im Dreißigjährigen

44 S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 169 f.

45 HHStA, *Italien kleine Staaten*, 10, Konvolut diverse kleinere Betreffe: Pareri dell'Ecc. mo Sig.r Conte Brajner, Commissario Generale per S.M.tà Cesarea circa gl'affari d'Italia, fol. 121 f.

46 Zu den Auseinandersetzungen über die damals vom Befehlshaber des kaiserlichen Heeres, Rambaldo di Collalto, eingeforderten Hilfsleistungen siehe S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 123-129,

Krieg, als Rebellen gegen die kaiserliche Autorität und Bedrohung des katholischen Glaubens galten.

Gegen solche Feinde konnte der Kaiser nach den Anschauungen der Zeitgenossen berechtigtermaßen die Hilfe anderer christlicher bzw. katholischer Fürsten begehren[47]. Dies geschah entweder durch kaiserliche Schreiben[48] oder durch Gesandte, die eigens zu diesem Zweck ausgesandt wurden, um die Gefährdung der kaiserlichen Lande darzulegen und um Unterstützung zu ersuchen. Derartige Gesandtschaften, die mit unterschiedlicher Frequenz für so gut wie alle Mächte Europas überliefert sind, pflegten in schöner Regelmäßigkeit auch die Fürsten und Republiken Italiens aufzusuchen. Da es hier nicht möglich ist, einen Überblick über die diesbezüglichen Aktivitäten der kaiserlichen Diplomatie zu bieten[49], beschränke ich mich darauf, auf einige Besonderheiten hinzuweisen.

Gefordert wurden so gut wie immer Subsidien in Geld, manchmal auch Darlehen[50]. Manche Staaten – Lucca und Genua etwa[51] – hatten damit auch keine Probleme, während die Großherzoge von Toskana die Lieferung von Munition oder die Stellung von Hilfstruppen bevorzugten[52]. Den kaiserlichen Räten waren Truppenkontingente aus Italien generell nicht sehr willkommen. Das hing weniger mit einer geringeren Kampfkraft italienischer Soldaten zusammen – ein derartiges Vorurteil existierte damals nicht –, sondern beruhte vor allem auf dem Umstand, daß es nördlich der

[47] In der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde von etlichen Vasallen die Kontributionspflicht nur für Kriege gegen die Osmanen anerkannt, gegen andere Gegner auch nach einem Kriegsbeschluß durch den Reichstag aber nicht; freundlicher Hinweis von Professor von Aretin.

[48] Z.B. HHStA, *Toskana*, 2, fol. 1032 f., Brief des Kaisers Matthias an Großherzog Cosimo II., 1. Juni 1618.

[49] Ein Großteil der Missionen wird im Buch von S. PUGLIESE, *Le prime strette*, geschildert.

[50] So sollte Nikolaus Madrutz 1566 sich beim Herzog von Ferrara um ein Darlehen von 150.000 Goldscudi bemühen; siehe seine Instruktion HHStA, *Italien kleine Staaten*, 10, fol. 72-84, hier fol. 75, 12. März 1566.

[51] Zum Verhältnis dieser beiden Republiken zum Reich siehe die Beiträge von Rita Mattei und Matthias Schnettger in diesem Band.

[52] So sandte Großherzog Cosimo II. 1619/20 500 Kürassiere, 50 Bombardiere und Schießpulver zur Unterstützung der habsburgischen Streitkräfte; siehe die entsprechenden Korrespondenzen in HHStA, *Toskana*, 2, fol. 1070, 1116 und 1147. 1630 bot Ferdinando II. 10.000 Musketen und 1.500 Rüstungen, 1664 100.000 Pfund Schießpulver, siehe S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 129 und 155.

Alpen nicht an Männern fehlte, die man als Söldner anwerben konnte, daß aber die kaiserlichen Kassen fast immer leer waren.

Als nachteilig wurden neben den langen Anmarschwegen oft auch die Kommandanten aus Italien nach Ungarn ziehender Truppenkontingente empfunden: An deren Spitze standen nämlich in vielen Fällen keine erfahrenen Militärs, sondern Angehörige der herrschenden Familie, wenn nicht gar die Fürsten selbst[53]. Aufgrund ihres hohen gesellschaftlichen Rangs und ihres diesem entsprechenden Selbstverständnisses waren sie nur schwer in die Führungsstruktur des Gesamtheeres zu integrieren; mit den Oberbefehlshabern traten daher wiederholt Streitigkeiten auf, zumal italienische Fürsten diese Position oft selbst anstrebten, im «Langen Türkenkrieg» beispielsweise die Herzoge von Ferrara und Mantua[54]. Das Beispiel des Herzogs Vincenzo I. von Mantua, der in diesem Krieg nicht weniger als dreimal nach Ungarn zog, zeigt außerdem, daß neben dem persönlichen Ruhmstreben auch das Vorführen des Glanzes des eigenen Hofstaats auf einem im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Schauplatz ein maßgebliches Motiv sein konnte; als der Herzog 1601 tatsächlich das faktische Kommando über das Kanisza belagernde Heer übernahm, versagte er jedoch[55].

Was die Reaktion der angesprochenen Regierungen angeht, fällt auf, daß nicht selten dem kaiserlichen Abgesandten keine verbindliche Antwort erteilt wurde, sondern dem eigenen Repräsentanten am Kaiserhof die Verkündung der Entscheidung (oder Verhandlungen über die Höhe der Leistungen) vorbehalten wurde[56]. Der gute Wille, Hilfe zu leisten wurde, nicht anders als es die kleinen Reichsvasallen zu tun pflegten, stets auch

[53] Neben den im folgenden genannten, im «Langen Türkenkrieg» 1593-1606 aktiven präsenten Angehörigen fürstlicher Familien wären beispielsweise die Beteiligung Alfonsos II. von Ferrara am Türkenkrieg von 1566 oder jene der Prinzen Mattias und Francesco de' Medici, zweier Söhnen Cosimos II., am Dreißigjährigen Krieg zu erwähnen.

[54] J.P. NIEDERKORN, *Generali italiani al servizio dell'impero nei secoli XVI e XVII*, in *Raimondo Montecuccoli e i rapporti culturali Italia Austria nel XVII secolo* (Accademia Nazionale di Scienze, Lettere ed Arti di Modena. Collana di studi, 5), Modena 1992, S. 369-377, hier S. 371.

[55] Siehe dazu J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg»*, S. 429-435.

[56] So beispielsweise seitens Luccas im Jahr 1565: Schreiben der Gonfalonieri an Maximilian II. vom 30. Juni 1565: HHStA, *Italien kleine Staaten*, 10, Konvolut Lucca; ebenso seitens Großherzog Cosimos II. in einem Schreiben an Kaiser Matthias, HHSTA, *Toskana*, 2, fol. 1036, 18. August 1618 (Antwort auf den in Anm. 48 zitierten Brief).

seitens der bedeutenderen Mächte betont, und bei einer ablehnenden Haltung wurden diverse Hinderungsgründe angegeben[57].

Die Erfolgsquote der sich um Subsidien bemühenden Gesandtschaften war, nicht anders als im Rest Europas, unterschiedlich. Für die Zeit des «Langen Türkenkriegs» hat sich eine Übersicht aus dem Jahr 1616 erhalten, der zufolge zwischen 1592 und 1606 «an wälischen fälligkiten und gelthandlungen oder contributionen» insgesamt 458.639 Gulden eingingen[58]. Etwa ¾ dieser Summe sind als Zahlungen der bedeutenderen Territorien nachweisbar, vermutlich ist ihr Anteil noch etwas höher, der Rest entfällt auf die kleinen Vasallen. Bedenkt man, daß gerade in diesem Krieg mehrfach Hilfskontingente aus Italien am Kriegsschauplatz erschienen[59], ist das keine unbeachtliche Summe[60].

Was veranlaßte die Fürsten und Republiken zu dieser doch relativ großzügigen Haltung? Man wird im Fall der Türkenkriege das Bewußtsein, den vom «Erbfeind der Christenheit» bedrohten Habsburgern aus Solidarität helfen zu müssen, nicht unterschätzen dürfen[61], zumal in dieser Beziehung ein insbesondere vom Papsttum massiv geförderter moralischer Druck präsent war. Da die Päpste sich im allgemeinen mit nicht minder großem Eifer um Türkenhilfen für den Kaiser zu bemühen pflegten[62], bestand die Chance, sich mit deren Gewährung neben dem Kaiser auch die Kurie zu verpflichten, und auch bei den spanischen Königen konnte man damit

[57] Ein Beispiel unter vielen ist der Brief des Herzogs von Parma an Ferdinand II., HHStA, *Italien kleine Staaten*, 11, Konvolut Parma, fol. 34, 29. April 1632, in dem der Herzog bedauert, «... che la constitutione delle cose presenti m'impedisca totalmente di poter soddisfare a quello che per altro desiderarei grandemente».

[58] HKA, *RA*, 24b, fol. 748.

[59] 1594 kamen 2.200 Mann aus der Toskana unter dem Kommando Giovanni de' Medicis nach Ungarn, 1601 beteiligte sich der Großherzog mit nochmals 2.000 Mann an der Belagerung Kaniszas; beträchtlich war nicht zuletzt der päpstliche Beitrag zu diesem Krieg: 1595, 1597 und 1601 sandte Clemens VIII. (mit finanzieller Unterstützung Spaniens) zusammengerechnet fast 30.000 Soldaten nach Ungarn. Vgl. J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg»*, S. 397-400 bzw. S. 73-80.

[60] Die von Alfonso II. von Ferrara erhaltenen 400.000 Scudi sind hier nicht eingerechnet.

[61] Vgl. J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg»*, S. 3-6.

[62] Im «Langen Türkenkrieg» (1593-1606) war Clemens VIII. auf diplomatischem Gebiet eher noch eifriger als Rudolf II. selbst in den Bemühungen um ein Bündnis gegen die Osmanen und um Hilfe für den Kaiser, vgl. J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg»*, *passim*.

Sympathien erwerben. Die Leistung von Subsidien stellte aber auch insofern eine sinnvolle Investition dar, als es nicht an Gelegenheiten fehlte, in denen man doch auf die Gunst des Kaisers angewiesen war: Hier sind etwa die lange belächelten Titel- und Präzedenz-Angelegenheiten zu nennen, deren tatsächliche Bedeutung die Forschung erst in den letzten Jahren wieder gebührend zu würdigen beginnt[63].

So gut wie alle Staaten Reichsitaliens hatten auch Prozesse beim Reichshofrat anhängig oder benötigten die Zustimmung des obersten Lehensherrn für Transaktionen, die Reichslehen betrafen. Herzog Vincenzo I. von Mantua hatte beispielsweise in den Jahren 1593-1597 folgende «negotii pendenti in Corte Cesarea»: 1) Den Streit mit den Markgrafen von Finale darüber, ob sie für einige ihrer Besitzungen Lehensleute Vincenzos in seiner Eigenschaft als Markgraf von Montferrat waren; 2) den Streit mit dem Marchese di Castiglione über das von herzoglichen Truppen besetzte Lehen Castelgoffredo; 3) den Streit mit den Grafen von Novellara über die Erbschaft nach Claudio von Novellara; 4) die von Vincenzo gewünschte Investitur mit den Lehen Rodigo und Ribalta; und 5) die kaiserliche Zustimmung zu Verträgen mit dem Principe di Stigliano und den Brüdern de Caretto[64].

Nun will ich den Reichsgerichten nicht unterstellen, daß ihre Urteile durch großzügige Subsidienzahlungen beeinflußbar gewesen sein sollen; eine Beschleunigung des Verfahrens war damit aber vielleicht schon erreichbar, und der kaiserliche Konsens zu Verträgen oder die Erteilung der Investitur schon gar. Für letztere waren stets Gebühren zu entrichten, die oft nicht unbeträchtlich, aber auch verhandelbar waren[65].

3. *Sondereinkünfte*

Wenden wir uns nun dem Bereich der Sondereinnahmen zu, zu denen auch Fälle von Investituren zu zählen sind, bei denen hinsichtlich der Erbfolge kein «Normalfall» mit der Nachfolge eines legitimen männlichen Nach-

[63] Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang etwa: R. ORESKO, *The House of Savoy in Search for a Royal Crown in the Seventeenth Century*, in R. ORESKO - G.C. GIBBS - H.M. SCOTT (Hrsg.), *Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe*, Cambridge 1997, S. 272-350, sowie B. STOLLBERG-RILINGER, *Honores regii. Die Königswürde im politischen Zeichensystem der Frühen Neuzeit*, in J. KUNISCH (Hrsg.), *Dreihundert Jahre Preußische Königskrönung. Eine Tagungsdokumentation*, Berlin 2002, S. 1-26.

[64] Mantova, Archivio di Stato, *fondo Gonzaga*, b. 506.

[65] M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich*, S. 367 f.

kommen vorlag. Ein bekanntes Beispiel hiefür ist die von Alfonso II. von Ferrara 1594 für 400.000 Scudi erkaufte Investitur Cesares und anderer Angehöriger des Hauses Este mit Modena, Reggio, Carpi und anderen Reichslehen[66]. Daß diese Zahlung als Türkenhilfe ausgegeben wurde, war kein Einzelfall, so stand die im Jahr davor gewährte Zahlung von 30.000 Scudi durch Genua in untrennbarem Zusammenhang mit der Zuerkennung des Titels «illustrissimo» für dessen Dogen[67]. Rangerhöhungen waren generell eine optimale Gelegenheit für das Reichsoberhaupt, hohe Summen zu kassieren[68], die Anerkennung des Großherzogstitels der Medici durch Maximilian II. ist nur ein besonders bekanntes Beispiel dafür[69]. Ein eine Rangerhöhung und ein ganzes Paket anderer Gnadenerweise enthaltendes Beispiel ist die von Alessandro Pico unter Kaiser Matthias ausgehandelte Erhebung Mirandolas zum Herzogtum, verbunden mit der Legitimierung seines Sohnes Galeotto und der Verleihung aller Regalien, insbesondere des Rechtes der Erhebung in den Adelsstand, alles zusammen um 110.000 Gulden[70].

Ich habe schon erwähnt, daß in diversen Memoranden große Hoffnungen in die Konfiskation und den Wiederverkauf verfallener Reichslehen bzw. in Vergleichsverhandlungen mit deren Inhabern gesetzt wurden. In welchem Umfang diese Vorhaben in die Praxis umgesetzt werden konnten, ist bisher nicht erforscht worden, ich vermute, daß zumindest Konfiskationen nur vereinzelt erfolgten. Wofür es nicht an Beispielen mangelt, ist der Verkauf herrenloser oder umstrittener Reichslehen. Einige Beispiele unter vielen: Valcampeggio wurde 1613 um 50.000 Gulden an den Herzog von Modena verkauft[71], kurz davor das Lehen Sassello um 160.000 Gulden an Genua.

66 J.P. NIEDERKORN, *Wunderwaffen für die Türkenabwehr. Herzog Alfonso II. von Ferrara und der «Lange Türkenkrieg» Kaiser Rudolfs II.*, in «Römische Historische Mitteilungen», 29, 1987, S. 337-349, hier 340 f.

67 Siehe dazu J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg»*, S. 437.

68 Eine Übersicht über die Standeserhöhungen italienischer Familien bietet L. BORGIA, *Atti imperiali di grazia a favore di famiglie italiane successive al 1400*, in «Rassegna degli Archivi di Stato», 49, 1989, S. 331-361.

69 Siehe V. BIBL, *Die Erhebung Cosimos von Medici zum Großherzog von Toskana und die kaiserliche Anerkennung (1569-1576)*, in «Archiv für Österreichische Geschichte», 103, 1911, S. 1-162, sowie den Beitrag von Alessandra Contini in diesem Band.

70 Aktenstücke zu den Verhandlungen mit Alessandro in HKA, *RA*, 72, fol. 170-234.

71 Aktenstücke zu diesem Verkauf in HKA, *RA*, 72, fol. 436-439.

Dabei handelt es sich um einen jener Fälle, in denen es den kaiserlichen Räten gelang, die Preise in astronomische Höhen hochzulizitieren, denn ursprünglich waren nur 18.000 Gulden angeboten worden; der Kammerrat Hans Ulrich Hammerl, der den Verkaufspreis ausgehandelt hatte, verdiente daher fraglos das Gnadengeld von 3.000 fl., um das er 1611 ersuchte[72]. Der Grund für solche Verhandlungserfolge der Hofkammer war in der Regel, daß sich oft mehrere Interessenten für ein und dasselbe Lehen fanden: So fand sich Giovanni Ambrosio Spinola 1598 bereit, für die Bestätigung des Besitzes eines seit Jahren innegehabten Lehens 50.000 fl. zu zahlen, weil einer seiner Verwandten sich ebenfalls um dieses Lehen bewarb[73]. Recht typisch für den Verlauf eines derartigen Verkaufs ist das Geschehen beim Lehen Zuccarello, um das sich mehrere Prätendenten (aus dem Haus Carretto) stritten, die jeder 15.000 Gulden für die Übernahme anboten, nachdem es einige Jahre hindurch vom Herzog von Savoyen widerrechtlich okkupiert worden war. Als dem Kaiser ¾ des Lehens adjudiziert wurden, verkaufte er diese 1624 um 170.000 Taler an Genua[74]. Um noch bedeutend höhere Summen ging es bei den Verhandlungen über die Anerkennung der Inbesitznahme von Finale Ligure durch Spanien[75] sowie über den Erwerb von Piombino, um das sich nach dem Aussterben der Appiani 1603 der Großherzog von Toskana und diverse von diesem oder Spanien gestützte Prätendenten bewarben. Von 300.000 Talern im Jahr 1603 stieg die Summe, über die verhandelt wurde, auf 500.000 Gulden 1617 und schließlich eine Million Gulden 1625[76]; daß sowohl bei der Erlegung dieses Betrages als auch bei der Inbesitznahme des Lehens in der Folge Schwierigkeiten

[72] Aktenstücke zu diesem Verkauf in HKA, *RA*, 77, fol. 787-860.

[73] Dies berichtet der venezianische Gesandte Francesco Vendramin am 31. August 1598 aus Prag, HHStA, *Dispacci di Germani*, 28, S. 207.

[74] HKA, *RA*, 73 enthält ausschließlich Aktenstücke zu den Vorgängen um Zuccarello. Der Vertrag zwischen dem Vertreter Genuas und der Hofkammer HKA, *RA*, 40b.

[75] Zu den sich über Jahrzehnte hinziehenden Bemühungen Spaniens, Finale in Besitz zu nehmen, siehe M. GASPARINI, *La Spagna e il Finale dal 1567 al 1619 (Documenti di archivi spagnoli)*, (Collana storico-archeologica della Liguria Occidentale, 14) Bordighera 1958; zur faktischen Inbesitznahme des Lehens siehe J.L. CANO DE GARDOQUI, *Incorporación del Marquesado del Finale (1602)*, (Estudios y Documentos, 6) Valladolid 1955 und zu einem ersten, gescheiterten Versuch, die kaiserliche Bestätigung der Inbesitznahme zu erkaufen J.P. NIEDERKORN, *Spanische Subsidien für den Türkenkrieg, die Markgrafschaft Finale und der Sturz eines Ministers am Hof König Philipps III.*, in «Römische Historische Mitteilungen», 36, 1994, S. 143-152.

[76] Die diversen Verträge über den Verkauf von Piombino und die zugehörigen Aktenstücke finden sich in HKA, *RA*, 77, fol. 288-786.

auftraten und letztlich eine andere Familie (die Ludovisi) zum Zug kam, steht auf einem anderen Blatt[77].

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß zwischen dem Tod Karls V. und dem Ende des 17. Jahrhunderts, oder besser, bis in dessen letztes Jahrzehnt, das diesbezüglich die Wende darstellt, die Kaiser nur beschränkt Nutzen aus ihren Hoheitsrechten in Italien ziehen konnten. Der Ertrag der vor allem den kleinen Lehensleuten abverlangten Kontributionen blieb bescheiden. Etwas großzügiger zeigten sich einige der größeren Staaten Reichsitaliens bei der Leistung freiwilliger Subsidien, vor allem in den Türkenkriegen des 16. Jahrhunderts. Zu besonderen Anlässen wie bei Rangerhöhungen, der Verleihung von Investituren in Fällen, in denen die Rechtslage nicht eindeutig war, sowie beim Verkauf von Reichslehen konnten in einigen Fällen allerdings auch bedeutende Geldbeträge lukriert werden. Insofern besteht übrigens doch eine Parallele zur Zeit Barbarossas, bei dem ebenfalls Sonderzahlungen – in seinem Fall vor allem Strafgelder – einen beträchtlichen Teil der Einkünfte ausmachten[78].

[77] Siehe D. BÜCHEL - A. KARSTEN, *Die «Borgia-Krise» des Jahres 1632: Rom, das Reichslehen Piombino und Europa*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 30, 2003, S. 389-412.

[78] Siehe die Übersicht zu den Einnahmen aus Italien bei F. OPLL, *Stadt und Reich im 12. Jahrhundert* (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Beihefte zu J. F. Böhmer, Regesta Imperii, 6), Wien - Köln - Graz 1986, S. 562.

Gli stati italiani, l'Impero e la guerra di Successione spagnola

di *Daniela Frigo*

1. *La crisi spagnola, il riaffacciarsi dell'Impero e la «successione d'Italia»*[1]

La guerra di Successione spagnola ha sempre rappresentato per la storiografia un tornante decisivo per la periodizzazione della storia politica della penisola. Il 'prima' e il 'dopo' la guerra sono sempre stati avvertiti dagli storici come periodi assai distanti, e quell'evento ha perciò svolto la funzione di un vero e proprio spartiacque tra il periodo della dominazione spagnola e quello dell'egemonia asburgica, periodi connotati come sappiamo da caratteri, sistemi politici e categorie culturali assai diversi, e a tratti opposti. I riferimenti alla guerra hanno perciò sempre comportato anche un implicito rinvio ai contenuti e alle forme politiche di un'autentica frattura della storia italiana, quella fra il periodo della *pax Hispanica*, di una 'quiete d'Italia' intesa come equilibrio fra i sopravvissuti principati rinascimentali e le repubbliche da un lato, e l'ingombrante «sistema spagnolo» dall'altro, e il secolo degli Asburgo in Italia, che è anche il secolo del rimpasto dell'equilibrio italiano, dell'impianto della dinastia borbonica a Napoli, della stagione delle riforme.

Una partizione, questa, che permane ancor oggi nelle ricostruzioni generali del periodo e che difficilmente può essere 'attenuata' ove si guardi agli effettivi mutamenti che la guerra provocò nella geopolitica italiana, e i processi di medio e lungo periodo che da lì si avviarono sul piano politico ed economico per effetto del cambio di dinastie, delle migrazioni di corti e gruppi dirigenti[2], delle scelte che patriziati e ceti di governo dovettero

[1] L'espressione è di Marco Foscarini, in una lettera al nunzio Passionei dove, difendendo la scelta veneziana della neutralità in quanto volontà consapevole di astensione dalla violenza del mondo, parla delle guerre del primo Settecento come conflitti per la «successione d'Italia»: citato in F. VENTURI, *Settecento riformatore. Da Muratori a Beccaria*, Torino 1969, p. 279.

[2] Sulla migrazione di corti e gruppi dirigenti, anche nei loro aspetti materiali e simbolici, cfr. ora il bel volume di S. CONTINI, *La reggenza lorenese tra Firenze e Vienna. Logiche dinastiche, uomini e governo (1737-1766)*, Firenze 2002, in particolare pp. 1-87.

affrontare. Perciò la guerra di Successione continua ancor oggi a essere percepita come l'avvenimento grazie al quale la penisola fu proiettata in una dimensione 'europea' fin lì sopita, o piuttosto filtrata, oltre che da dinamiche sociali e culturali interne (si pensi, ad esempio, all'azione della Controriforma, o alla chiusura dei ceti di governo entro le logiche delle oligarchie o delle corti), anche e soprattutto dall'appartenenza alla monarchia spagnola di alcuni stati e territori italiani. Prima e dopo la guerra: tutto pare mutare nel panorama politico italiano. Prima della guerra: è l'età della dominazione spagnola e della *pax Hispanica*, ossia di un sistema di alleanze e dipendenze da Madrid che assicurava, come contropartita, la cosiddetta «quiete d'Italia», una sorta di tutela militare e diplomatica che funzionava come una sorta di 'filtro' rispetto ai conflitti europei[3]. Ed è anche l'età del legame privilegiato, sebbene a volte conflittuale, tra papato e monarchia spagnola, del dualismo di potere tra le autorità spagnole, a Milano come a Napoli, e le *élites* locali italiane, saldamente collocate nei centri nevralgici del potere amministrativo e giudiziario. È anche, infine, l'epoca in cui l'Italia, divisa in numerosi stati più o meno dipendenti dalla Spagna e dalla sua forza militare, appare comunque come un sistema di stati, ed è la consapevolezza di questa rete di relazioni e di interessi reciproci fra le dinastie, le corti e le regioni italiane a favorire una percezione unitaria, negli osservatori stranieri, dello spazio politico italiano.

Dopo la pace del 1713 inizia invece il secolo degli Asburgo in Italia, ma anche una capillare azione diplomatica per dare sistemazione alle crisi dinastiche interne alla penisola alla luce degli interessi degli stati europei, che finiranno per prevalere, e delle aspirazioni dei gruppi dirigenti e di corte dei principati italiani. Si apre insomma il problema dell'equilibrio italiano[4], dal quale, secondo la storiografia ottocentesca, si avvia la questione dell'unificazione: in realtà, come gli studi recenti dimostrano, ogni dinastia puntò in quel momento a consolidare le sue posizioni, e a difendere i residui spazi politici, anche in forme indirette, come sarà il caso dei Farnese

[3] Sul superamento della categoria della «dominazione», e sulle ragioni che portano oggi a parlare piuttosto di «sistema spagnolo», espressione in grado di segnalare la partecipazione di larghe frange dei ceti dirigenti italiani ai meccanismi di cooptazione, alle reti di clientelismo e alle opportunità che facevano capo a Madrid o anche alla corte del governatore di Milano, cfr. B. ANATRA, *Ceti, potere e stato*, in *Mentalità, comportamenti e istituzioni tra Rinascimento e decadenza 1550-1700*, Milano 1988, pp. 34-57; G. SIGNOROTTO, *Milano spagnola. Guerra, istituzioni, uomini di governo (1635-1660)*, Firenze 2001[2]; A. ALVAREZ-OSSORIO, *La república de las parentelas. El estado de Milán en la monarquía de Carlos II*, Mantova 2002.

[4] P. ALATRI, *L'Europa dopo Luigi XIV (1715-1731)*, Palermo 1986. Ancora utile, sul periodo successivo alla guerra, G. QUAZZA, *Il problema italiano e l'equilibrio europeo: 1720-1738*, Torino 1965.

di Parma, che riusciranno attraverso l'azione di Elisabetta a impiantare la dinastia borbonica a Parma e a Napoli.

Ciò nonostante, la guerra è stata anche, spesso, uno spartiacque di comodo, in grado di dare spiegazione, da sola, di dinamiche, mutamenti sociali, passaggi istituzionali che si dipanarono in realtà in tempi assai più lunghi, e in forme e luoghi non sempre riconducibili direttamente ai problemi e agli esiti del conflitto per la successione al trono di Spagna. Primo di una serie di eventi dinastici e militari che posero di nuovo il «problema italiano» al centro della grande politica europea, la crisi spagnola rappresentò anche per la penisola un momento di coagulo di tensioni, cambiamenti diplomatici, problemi territoriali e istituzionali più ampi, che si erano accumulati a partire dalla pace dei Pirenei, e si erano venuti aggravando sul finire del Seicento[5]. La riaffermazione dell'egemonia spagnola dopo quel trattato non era stata sufficiente ad arginare un rinnovato disegno francese di incunearsi nel gioco diplomatico italiano: se non si trattava di velleità di espansione territoriale in Italia, chiaro era invece l'intento francese di utilizzare ogni crisi interna e ogni incrinatura nel sistema spagnolo per minare il consenso degli stati italiani indipendenti verso Madrid, proprio nel momento in cui veniva meno quella rete di sussidi, pensioni e aiuti militari che aveva costituito la trama delle relazioni tra la Spagna e gli stati minori della penisola. La crisi di Messina, la lunga e delicata *querelle* con il papa a proposito dell'affare dei «quartieri» a Roma, l'occupazione concordata di Casale: questi alcuni degli episodi che rivelarono con più chiarezza le linee di fondo della politica italiana di Luigi XIV negli anni in cui iniziava a profilarsi il problema spagnolo.

Ma una delle cause della guerra fu poi il rinnovato protagonismo di casa d'Austria sulla scena europea, con il rifiuto di Leopoldo di accettare integralmente gli accordi di spartizione della monarchia spagnola concordati tra Francia, Inghilterra e Olanda. Al fondo vi era proprio l'intenzione di Vienna di subentrare alla Spagna come referente dei feudi italiani, che la crisi spagnola lasciava in balia delle iniziative francesi. Al dualismo fra i due rami della casata asburgica subentra così, fin dai decenni finali del Seicento, la contesa fra Parigi e Vienna per l'eredità spagnola nella penisola, una contesa che fu giocata, prima che parlassero le armi, sul piano delle iniziative diplomatiche e della propaganda. Le istruzioni al conte de Rébenac-Feuquières, inviato nel dicembre 1691 a Genova e presso i principi dell'alta Italia per convincerli alla neutralità nella guerra della

[5] D. FRIGO, *Gli stati italiani e le relazioni internazionali*, in G. GALASSO - A. MUSI (edd), *Italia 1650. Comparazioni e bilanci*, Napoli 2002, pp. 37-69.

Lega di Augusta, delineavano con sufficiente precisione i presupposti della politica francese verso la penisola. In primo luogo, Parigi osservava che Vienna, sconfitta a Westfalia, si stava allora ricostruendo un impero a Est. In secondo luogo, l'elezione di Giuseppe a re dei Romani rivelava la volontà degli Asburgo di rendere ereditario il titolo imperiale. In sostanza, in un momento in cui tutta Europa guardava con apprensione ai disegni di egemonia di Luigi XIV, la diplomazia francese cercava di rovesciare la prospettiva e indicava nella restaurazione della potenza imperiale nella penisola il preludio a una ricostruzione dell'Impero di Carlo V[6]. Anzi, per Colbert de Croissy, autore delle istruzioni sopra citate, gli imperatori erano tornati a considerare la penisola un loro «domaine particulier», come dimostrava anche l'imposizione di pesanti contribuzioni che ponevano gli stati italiani al livello di semplici province dell'Impero[7].

La Francia giocava dunque a porsi con le corti italiane come naturale protettrice della libertà della penisola contro le pretese asburgiche, rinnovando ora verso Vienna quella funzione di garanzia e riequilibrio che per oltre un secolo aveva cercato di svolgere nei confronti dell'egemonia spagnola in Italia. Accanto alla rivendicazione degli antichi diritti imperiali, non va perciò dimenticato, quale filo rosso della politica asburgica di questi anni, l'interesse di Vienna a contrastare da vicino l'azione diplomatica francese, in grado di registrare, in certe occasioni, alcuni parziali successi. Ogni mossa della diplomazia francese per convincere gli stati italiani a difendersi dal pericolo imperiale, specie se coronata da qualche successo, provocava immediatamente una contromossa della corte viennese sulla scacchiera diplomatica. In effetti, quella che la diplomazia francese e asburgica giocano in Italia prima e durante la guerra assomiglia molto a una partita a scacchi, in cui la dislocazione delle pedine, ossia delle alleanze e anche delle neutralità, appare un elemento decisivo per l'esito del conflitto. Così, dopo le convenzioni sottoscritte con l'inviato Rébenac da alcune corti all'inizio degli anni Novanta[8], Vienna aveva cercato, alla fine di quel decennio, non solo di riannodare le fila allentate delle relazioni con gli stati dell'Italia del Nord,

[6] *Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu'a la Révolution française*, XIX: É. DRIAULT (ed), *Florence, Modène, Gênes*, Paris 1912, p. XXIV.

[7] *Ibidem*, p. XXV.

[8] Durante il suo lungo soggiorno a Firenze, nel 1692, Rébenac sottoscrive alcune convenzioni piuttosto vantaggiose con Parma (2 agosto), Mantova (22 agosto), Modena (31 agosto), e infine con lo stesso granduca (1 ottobre). Gli schemi delle convenzioni si rassomigliano e prospettano in sostanza una sorta di 'lega' dei neutri in posizione difensiva verso la corte di Vienna: *ibidem*, p. XXVI.

ma di creare nuove relazioni di dipendenza anche con stati indipendenti, come, ad esempio, Parma, Genova e la Toscana, che erano legati all'Impero solo per i pochi feudi imperiali compresi nel loro territorio[9].

Quelli finali del XVII secolo sono anche gli anni che vedono una profonda trasformazione dell'intero sistema internazionale, segnato dalla torsione dell'equilibrio europeo in seguito all'espansione a Est degli Asburgo dopo la fine dell'assedio di Vienna, e dal rinnovato prestigio dell'imperatore nelle vesti di liberatore dell'Europa dalla secolare minaccia ottomana[10]. La contrapposizione tra la figura politica di Luigi XIV, amico del nemico, e quella di Leopoldo I, che dall'impegno militare a Oriente traeva ragioni e consensi per investire la dignità imperiale di un nuovo prestigio e di nuove funzioni, trasformò di fatto la guerra contro i Turchi, negli anni Novanta del secolo, in un aspro conflitto per l'egemonia europea[11]. Un conflitto che fu giocato, come è noto, anche sul piano della propaganda: la riproposta dell'idea imperiale si tradusse, nei territori legati a Vienna, in un dibattito culturale e in una sensibilità collettiva in cui ebbero grande peso l'idea di crociata e la secolare contrapposizione, da questa veicolata, tra cristiani e infedeli, che l'avanzata vittoriosa a Est riproponeva ora con i toni e le forme di uno scontro totale[12].

Dopo una serie di relazioni che consegnavano al senato veneziano l'immagine di un Impero indebolito e quasi svuotato nel suo stesso centro[13], proprio le

9 Sul progetto Breuner del 1698 cfr. S. PUGLIESE, *Il Sacro Romano Impero in Italia*, Milano 1935, p. 191.

10 È noto l'utilizzo che gli Asburgo fecero dell'istituzione imperiale in funzione antiturca: solo questa dignità poteva dar loro il diritto di porsi, o di riproporsi, quale braccio armato della Chiesa contro gli Ottomani. Ma è anche vero che il rinnovarsi del conflitto contro i Turchi scaturì da una situazione di tensione continua sui confini transilvani, e solo in un secondo momento, dopo che gli Asburgo dimostrarono di poter respingere la nuova offensiva turca, si trasformò nella lotta della cristianità contro gli infedeli: solo dopo aver respinto l'assedio di Vienna si pervenne alla Lega Santa tra Impero, Polonia, papato e Venezia e, dopo il 1686, anche Russia. Da quel momento, la Sacra Alleanza diventa così «il nodo intorno al quale giocare, a trecentosessanta gradi, la politica della monarchia e dell'Impero nell'ultimo scorcio del Seicento»: C. CREMONINI, *'Grossmacht' o 'trompe l'oeil' barocco? Considerazioni sull'Impero in Italia e i rapporti con il papato all'epoca di padre Marco d'Aviano*, in R. SIMONATO (ed), *Marco d'Aviano e il suo tempo. Un cappuccino del Seicento, gli Ottomani e l'Impero*, Pordenone 1993, pp. 311-314, qui p. 313.

11 L. BÉLY, *Les relations internationales en Europe (17-18 siècles)*, Paris 1992, pp. 307 ss.

12 C. CREMONINI, *'Grossmacht' o 'trompe l'oeil'*, cit., p. 322.

13 D. FRIGO, *La concezione dell'Impero nella pubblicistica e nelle fonti diplomatiche italiane della seconda metà del Seicento*, in R. SIMONATO (ed), *Marco d'Aviano e il suo tempo*, cit., pp. 342-368.

vittorie sui Turchi diventavano nel 1692, nella relazione dell'ambasciatore Girolamo Venier, l'elemento che poteva spiegare il rinnovato prestigio imperiale di quegli anni. Appare netta, in quelle pagine, la convinzione che la vittoria sugli Ottomani e l'assunzione della corona ungherese costituiscano gli eventi «fondanti» di un nuovo e fortunato corso della vicenda degli Asburgo di Vienna: molte sono state le benedizioni del cielo che hanno costellato il regno di Leopoldo, che ora,

«esteso il scettro à confini, ne sperati, ne desiderati, si trova senza esempio de Preccessori haver potuto in parti disgiunte combattere col doppio rostro delle sue aquile vittoriose, e da un canto fortemente cacciar nell'antico suo barbaro nido la fiera Ottomana; dall'altro lottar vigorosamente con la Potenza fortunata della Francia, e da per tutto domar i mostri della ribellione, trionfar dell'insidie, e de pericoli, e coronar in fine con doppio Diadema d'Ungheria, e de Romani l'Auguste Tempie al figliolo»[14].

Per Venier, le guerre trascorse sono servite da «pietra di paragone, per far conoscer il poter solido, et esagerato» della casata austriaca[15]. Ma al di là dei resoconti diplomatici o delle analisi della giuspubblicistica sulla costituzione imperiale, sistematizzate nel 1674 nel *Trattato universale delle notizie dell'Imperio* di Galeazzo Gualdo Priorato[16], le relazioni tra penisola e Impero attendono ancora uno studio esaustivo. Manca, nella storiografia recente, un quadro d'insieme dei complessi legami giuridici tra gli stati e i feudi della penisola e l'Impero, che aggiorni il panorama a suo tempo offerto dagli studi di Salvatore Pugliese e di Giovanni Tabacco[17]. Non sono invece mancati lavori parziali e tentativi di dare una nuova impostazione al problema, in cui si è tornato a sottolineare, per i primi decenni del XVIII secolo, la ripresa delle pretese e dei diritti imperiali sull'Italia settentrionale, che culmina nel «sogno imperiale» di Carlo VI. Una politica che da un lato intendeva riannodare fili giuridici, obblighi di investitura e diritti di

[14] *Relazione del Nob. Ho. s. Gir.mo Venier K.r fù ambasciator in Germania* (11 dicembre 1692), in L. Firpo (ed), *Relazioni di ambasciatori veneti al Senato. Tratte dalle migliori edizioni disponibili e ordinate cronologicamente*, IV: *Germania (1658-1793)*, Torino 1968, p. 310.

[15] *Ibidem*, p. 319.

[16] *Trattato Universale delle notizie dell'Imperio sue leggi, e costituzioni, successioni de Prencipi, interessi di Stato, leghe, paci, unioni, congressi, cessioni, capitolati, rinunzie, acquisti, privilegi, usurpazioni; con le Relazioni di varie Corti, e Stati, descritto, e dedicato alla Serenissima, e Potentissima Republica di Venetia dal Conte Gualdo Priorato*, in Vienna, per Michele Thurnmayer Stampator Academico, MDCLXXIV.

[17] S. Pugliese, *Il Sacro Romano Impero*, cit.; G. Tabacco, *Lo Stato Sabaudo nel Sacro Romano Impero*, Torino 1939. Si veda inoltre W. Brauneder, *Impero e Stato a sud delle Alpi nel XVIII secolo*, in C. Mozzarelli - G. Olmi (edd), *Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 17), Bologna 1985, pp. 59-84.

imposizione allentatisi nel corso del XVII secolo per effetto delle autonomie di fatto, delle protezioni offerte anche agli stati minori dalle regole del nascente diritto internazionale, o anche solo della desuetudine. Dall'altro, e più concretamente, quel disegno politico si tradusse nel tentativo di legare all'Impero anche formazioni politiche che si erano quasi completamente affrancate nel tempo dalla soggezione all'imperatore, o che avevano con l'autorità imperiale patteggiato la loro autonomia e libertà[18]. Anche questi stati si trovarono a fare i conti, all'aprirsi del nuovo secolo, con le rinnovate mire egemoniche di casa d'Austria e con i progetti di espansione mediterranea di Carlo VI, in un intreccio tra ragioni dinastiche e ragioni imperiali non facile da districare.

Timori e aspettative si sovrapponevano dunque nella penisola nell'imminenza della morte di Carlo II. Gli ambasciatori veneziani furono anche in questa occasione un termometro sensibile, oltre che interessato, degli umori e della ansie dei ceti politici italiani di fronte al rivolgimento preannunciato. Nelle relazioni di quegli anni è onnipresente il timore della Repubblica di fronte alle ipotesi di spartizione della monarchia spagnola che si stavano elaborando nelle corti europee: a preoccupare era soprattutto l'idea di uno sconvolgimento della «quiete d'Italia», e dunque dell'equilibrio stabilitosi nella penisola tra i dominî spagnoli e gli altri stati italiani. Quell'equilibrio aveva dato vita a una specie di «sistema» piuttosto stabile, che aveva saputo far fronte anche alle ricorrenti crisi politiche e militari del Seicento. Certamente, la «bilancia d'Italia» non rispondeva completamente alle attese, alle ambizioni e ai disegni politici delle corti italiane: ciò nonostante, era forte nella penisola il timore di uno sconvolgimento di quell'equilibrio in tempi e modi completamente sottratti alla volontà e alle scelte degli stati italiani. Viva apprensione aveva perciò destato, nel 1699, il tentativo di un accordo, poi fallito, tra Luigi XIV e Leopoldo I, che prospettava l'assegnazione di Napoli e Milano a potenze diverse: i diplomatici veneziani avevano allora manifestato apertamente il timore, diffuso anche in altre corti italiane, che una simile soluzione portasse a un completo rimescolamento del sistema italiano, con conseguenze non prevedibili[19]. Ovunque si percepiva chia-

[18] M. VERGA, *Il «sogno spagnolo» di Carlo VI. Alcune considerazioni sulla monarchia asburgica e i domini italiani nella prima metà del Settecento*, in C. MOZZARELLI - G. OLMI (edd), *Il Trentino nel Settecento*, cit., pp. 203-261, ma utile anche J.-F. NOËL, *Traditions universalistes et aspects nationaux dans la notion de Saint-Empire Romain Germanique au XVIIIe siècle*, in «Revue d'histoire diplomatique», 82, 1968, pp. 193-212.

[19] G. GALASSO, *L'Italia una e diversa nel sistema degli stati europei (1450-1750)*, in G. GALASSO - L. MASCILLI MIGLIORINI, *L'Italia moderna e l'unità nazionale* (*Storia d'Italia*, diretta da G. Galasso, XIX), Torino 1998, p. 309.

ramente come la crisi che si profilava all'orizzonte sarebbe stata lunga, complessa e dagli esiti incerti. Un conflitto che non concerneva solo la questione dinastica, e dunque lo scontro tra Borbone e Asburgo, ma che toccava anche i nascenti equilibri marittimi e coloniali, quell'articolazione di scambi, traffici e commerci che si stava allora intessendo sullo scenario inedito dell'«economia-mondo». Certo, il peso della penisola in questo scenario coloniale era assai scarso. Ma all'interno della questione del nuovo equilibrio europeo, essenziale risultava, per la penisola e per le potenze europee, il problema del controllo del Mediterraneo, fin lì assicurato soprattutto dalla potenza spagnola. E fu attorno a tale questione, come è noto, che il destino dell'Italia s'intrecciò con quello del nuovo equilibrio europeo; fu in relazione a quel nodo che fu decisa la sistemazione di molti stati italiani.

Non sempre però, e non ovunque in modo chiaro, le *élites* dirigenti italiane seppero cogliere queste dinamiche di fondo, e approntare strategie diplomatiche e scelte politiche all'altezza della situazione. Secondo alcuni storici, mancava nei governi italiani una piena presa di coscienza del peso che il problema italiano stava allora assumendo nella politica delle grandi potenze[20]. Per ragioni diverse, i territori italiani dominati dalla Spagna erano avversi all'ipotesi di una spartizione della monarchia spagnola e vedevano meglio l'idea di un principe francese in grado di porre fine al dannoso antagonismo tra Francia e Spagna.

Quando giunse nelle capitali italiane la notizia del testamento di Carlo II, le reazioni furono diverse, ma per lo più improntate all'accettazione della volontà del monarca. Clemente XI non poteva non riconoscere Filippo, data la volontà comune di Spagna e Francia, e il 6 febbraio 1701 aveva perciò inviato una lettera di congratulazioni al nuovo sovrano. La posizione di Roma verso il conflitto fu pesantemente condizionata non solo dall'impar-zialità verso i due pretendenti che il papa si sforzò di mantenere, ma anche dalle note vicende dell'occupazione imperiale di Comacchio e di Ferrara.Iniziava così una sorta di guerra parallela, fatta di minacce, manifesti, negoziati, proposte, con cui Vienna cercò di barattare concessioni sul punto in cambio del riconoscimento papale di Carlo quale sovrano di Spagna[21]. Una guerra

[20] «Al nuovo senso del problema non corrispondeva, però, in alcun modo presso gli Stati italiani una congrua innovazione nei loro atteggiamenti e nei loro comportamenti politico-diplomatici e militari. Continuavano ad apparire di primaria importanza questioni formali e cerimoniali, come quelle del «trattamento regio» rivendicato dagli uni e negato dagli altri, delle precedenze degli ambasciatori o dei titoli cancellereschi»: *ibidem*, p. 333.

[21] L. von Pastor, *Storia dei papi nel periodo dell'assolutismo*, XV: *Dall'elezione di Clemente XI sino alla morte di Clemente XII (1700-1740)*, Roma 1962, pp. 46-50.

basata soprattutto su un dibattito politico e giuridico, e su una campagna propagandistica da ambo le parti, che si intreccerà poi con la controversia sulla natura del ducato di Parma.

Nel settembre fu sottoscritta la grande alleanza: l'unione tra Vienna e le eretiche potenze marittime era destinata a far inclinare Roma dalla parte di Francia e Spagna, gli unici stati che, come il cardinale Forbin non si stancava di ripetere, avrebbero potuto offrire a Roma un valido appoggio contro gli eretici[22]. Il papa scrisse comunque ai contendenti per offrire la sua opera di mediazione e chiese ai principi italiani di adottare una linea di neutralità. Ma la calata francese a Milano, favorita dall'alleanza con i duchi di Savoia, rese la guerra inevitabile, perché il timore di perdere Milano provocò l'immediata reazione imperiale. Eugenio scese in modo imprevisto e fulmineo attraverso le Alpi, e iniziò così la lunga serie di campagne militari e di battaglie che porterà all'affermazione imperiale sulla penisola nel 1707. Più lacerante e complicata fu invece la partita diplomatica, allorché gli ambasciatori di Francia e dell'Impero chiesero a Roma l'investitura di Napoli e della Sicilia per i loro rispettivi candidati.

Se Roma fu chiamata direttamente in causa anche per i sopravvissuti legami feudali del regno di Napoli, e poi di Parma, verso la Santa Sede, gli altri stati italiani furono coinvolti nel conflitto in forme, gradi e momenti diversi. I Savoia costituiscono certamente il caso di coinvolgimento diretto più rilevante, diventando autentici protagonisti del conflitto. La loro partecipazione alla guerra frutterà poi a Utrecht, con l'appoggio inglese, la concessione della Sicilia. Altri stati, come il granducato o Parma, furono trascinati nel conflitto loro malgrado. I principi più legati all'Impero saranno quelli che pagheranno più pesantemente il prezzo della loro ambigua condotta: fu questo il caso di Mantova, di Modena e di stati minori come il principato della Mirandola. Le due repubbliche, Venezia e Genova, cercarono di difendersi attraverso una dichiarazione di neutralità che non fu mai realmente rispettata dai contendenti.

Vorrei soffermarmi ora su alcuni casi specifici, che meglio di altri mostrano come la guerra sia stata sì uno spartiacque della storia degli stati italiani, ma con logiche e esiti distinti, anche in relazione evidentemente alla diversa intensità e natura dei preesistenti legami con l'Impero. Il ducato sabaudo, il ducato di Mantova e la Repubblica di Venezia possono essere a mio avviso visti come gradi diversi di coinvolgimento nella guerra, e anche come esempi delle distinte dinamiche con cui la guerra mutò alcuni sce-

22 *Ibidem*, p. 26.

nari italiani. I Savoia furono, come è noto, tra i diretti protagonisti, anche militari, di quella guerra, prima a fianco di francesi e spagnoli, poi delle potenze marittime e dell'imperatore. I Gonzaga di Mantova furono invece coinvolti nel conflitto nella fase iniziale, per poi quasi scomparire come soggetti attivi e diventare uno degli oggetti dell'espansionismo asburgico nella penisola. Venezia riconfermò subito la scelta della neutralità che già da tempo caratterizzava la sua posizione verso i conflitti europei: ma si tratterà, in questa occasione, di una neutralità difficile, continuamente contrattata con le parti in causa, e i dominî veneziani di Terraferma saranno tra i territori italiani maggiormente colpiti dai danni di guerra e dalle occupazioni degli eserciti in campo.

2. *Guerra e alleanze: il ducato sabaudo*

Come è noto, Vittorio Amedeo di Savoia fu uno dei protagonisti più discussi del conflitto, sia per l'ambiguità della sua condotta nei confronti degli alleati di turno, sia per la continua pressione della sua diplomazia sui contendenti, tanto nelle fasi iniziali del conflitto, quando si trattò di strappare concessioni e aiuti finanziari, quanto nel corso dei negoziati per la pace. Liberatosi, all'indomani della sua ascesa al governo, dalla pesante tutela che la Francia aveva esercitato sul ducato per tutto il Seicento, lo stesso duca aveva dovuto riconoscere a fine secolo che l'imperatore «a par cette qualité une espèce de supériorité sur mes Etats qui relevent de l'Empire»[23]. Se anche i legami tra Savoia e Impero non apparivano in quel momento chiaramente definiti[24], perché altro era il diritto imperiale, altra l'interpretazione che di questo si tendeva a dare alla corte torinese, e altro ancora la politica effettiva del ducato nel corso del Seicento, esistevano pur sempre una serie di doveri e di diritti che il duca era tenuto a rispettare verso l'Impero: il dovere di chiedere all'imperatore le investiture dei feudi imperiali, di pagare le contribuzioni ordinarie e straordinarie, il diritto di

[23] R. MOSCATI, *Direttive della politica estera sabauda da Vittorio Amedeo II a Carlo Emanuele III*, Milano 1941, p. 30.

[24] Nel marzo 1676, il commissario Borromeo aveva tracciato un quadro preoccupante della situazione dei feudi imperiali italiani, dicendo che vi erano pochi documenti certi, e «non sapersi precisamente quali siano i feudi imperiali», anche a causa delle recenti usurpazioni da parte dei principi maggiori: il documento, in Archivio di Stato di Milano, *Feudi Imperiali*, b. 2, fasc. 2, è ricordato in G. DEL PINO, *Un problema burocratico: la plenipotenza per i feudi imperiali in Italia e i suo archivio tra XVII e XVIII secolo*, in «Rassegna degli Archivi di Stato», 54, 1994, pp. 555-556. Cfr. anche J.-F. NOËL, *Traditions universalistes et aspects nationaux*, cit., p. 196.

esercizio del vicariato in Italia in caso di interregno, e il diritto di voto alla dieta germanica. Un insieme di doveri formali che non era stato sempre osservato da parte della corte sabauda, e che non lo sarà neppure in seguito: i negoziati per precisare forme e tempi dell'adempimento di questi obblighi costituirono anzi, lungo il Settecento, l'oggetto principale delle relazioni tra Torino e Vienna[25], sia che si trattasse, come negli anni del conflitto, di allentare anche giuridicamente i vincoli con l'Impero, sia che si ritenesse più opportuno, come accadde negli anni successivi a Utrecht, reclamare nuovamente i diritti di appartenenza all'Impero al fine di rafforzare la posizione della dinastia all'interno della penisola[26].

L'ambiguità della condotta sabauda derivava dunque dall'ambiguità e dalle diverse funzioni dell'istituzione imperiale all'inizio del Settecento. Come ha ben sintetizzato Tabacco, «l'impero era certo un'istituzione essenzialmente conservativa in mezzo all'Europa. Impedì o ritardò la scomparsa degl'innumerevoli piccoli enti feudali e comunali disseminati fra i grandi stati tedeschi e italiani: un ostacolo quindi all'espansione sabauda. Contribuì a salvare i principati dell'Impero dalle aspirazioni delle grandi potenze: una difesa dunque dello stato sabaudo»[27].

Alla fine del XVII secolo, comunque, la corte di Torino aveva manifestato forti timori per la possibilità di una presenza francese o imperiale a Milano, territorio che era da tempo l'obiettivo più importante delle mire espansionistiche della dinastia. Per un breve istante, il duca fu anche incluso tra i pretendenti alla corona spagnola in virtù del matrimonio tra Carlo Emanuele I e Caterina, figlia di Filippo II. Di conseguenza, quando si era cominciato a parlare della spartizione, il duca aveva apertamente aspirato al Milanese: in effetti, il trattato del 1696 con Luigi XIV in occasione della guerre della Lega d'Augusta prevedeva un impegno francese a considerare il Milanese come un compenso per la rinuncia da parte sabauda a ogni altra parte dell'eredità spagnola.

Ma il trattato di alleanza con la Francia del 6 aprile 1701 prevedeva invece la concessione alle truppe di Luigi XIV del passaggio attraverso i valichi subalpini, e l'aiuto piemontese alla presa di Milano. Dopo quell'accordo subentrò in realtà tra Torino e Versailles un senso di reciproca diffidenza. Da parte sabauda, si comprese che aiutare i francesi, e dunque Filippo V, a installarsi a Milano non era certo un buon affare. Come ha detto Geoffrey

[25] E. PISCITELLI, *La legazione sarda in Vienna (1707-1859)*, Roma 1950, p. 16.

[26] G. TABACCO, *Lo Stato Sabaudo*, cit., pp. 168 ss.

[27] *Ibidem*, p. 152.

Symcox, «l'alleanza borbonica non gli offriva alcuna possibilità di espansione e lo riduceva– come prima del 1690 – alla condizione di satellite o di capitano di ventura a capo di un esercito di mercenari»[28].

Dunque, la guerra fu per i Savoia un tornante decisivo, ma anche un passaggio molto delicato. Le alleanze possibili portavano tutte con sé conseguenze contrarie ai reali interessi della dinastia: in molte occasioni si trattò semplicemente di scegliere il male minore. Da qui il doppio gioco e le ambiguità che tanto hanno pesato sul giudizio che la storiografia ha formulato sulla figura di Vittorio Amedeo II. Anche durante l'alleanza con la Francia, il duca continuava a tenere un'assidua corrispondenza con la corte viennese, cercando nello stesso tempo di avviare contatti con Guglielmo III. Tale attivismo diplomatico certo non piaceva alla Francia, che sorvegliava da vicino ogni mossa del duca. I dubbi francesi vennero infine allo scoperto e prevalsero sulle ragioni dell'alleanza: temendo che fosse imminente un tradimento del duca, il 29 settembre 1703, a San Benedetto Po, Vendôme catturò per ordine di Luigi XIV più di 4.500 soldati dell'esercito sabaudo. Il duca reagì con l'arresto dell'ambasciatore francese Phélipeux, e si preparò alla difesa di Torino e del suo dominio.

L'8 novembre fu sottoscritto il trattato di alleanza tra il duca e l'imperatore, con la garanzia dell'Inghilterra e dell'Olanda, che nei mesi precedenti avevano cercato di vincere la diffidenza di Leopoldo verso Vittorio Amedeo. Era un accordo obbligato, al punto in cui stavano le cose, che non nascondeva la diffidenza e anche l'ostilità tra Torino e Vienna. Preceduto da laboriose trattative, il testo presentava non poche oscurità, clausole segrete e punti lasciati in sospeso, oggetto negli anni seguenti e anche dopo la pace di ulteriori negoziati e controversie tra le due parti. L'accordo conteneva anche alcuni articoli tendenti a risolvere le lunghe controversie sui feudi delle Langhe che avevano agitato le relazioni tra Torino e Vienna a fine Seicento. Si trattava, come è ben noto dopo gli studi di Angelo Torre, di una serie di dominî sotto la diretta giurisdizione imperiale, sui quali la casa sabauda cercava da tempo di estendere la sua sovranità[29].

[28] G. SYMCOX, *Vittorio Amedeo II. L'assolutismo sabaudo 1675-1730*, Torino 1985 (ed. orig. G. SYMCOX, *Victor Amadeus II: Absolutism in the Savoyard State, 1675-1730*, London 1983), p. 335.

[29] A. TORRE, *Elites locali e potere centrale tra Sei e Settecento: problemi di metodo e ipotesi di lavoro sui feudi imperiali delle Langhe*, in «Bollettino della società per gli studi storici artistici ed archeologici della provincia di Cuneo», 89, 1983, pp. 41-63, e, dello stesso autore, *Faide, fazioni e partiti, ovvero la ridefinizione della politica nei feudi imperiali delle Langhe tra Sei e Settecento*, in «Quaderni storici», 63, 1986, pp. 775-810.

La storiografia, specie risorgimentale, ha sottolineato con forza l'importanza del fronte di guerra apertosi in Piemonte, che fu essenziale ai fini della vittoria di Eugenio in Italia settentrionale tra il 1706 e il 1707. Quelle battaglie decisive, e in particolare quella che spezzò l'assedio francese di Torino, permisero a Vittorio Amedeo di presentarsi all'opinione pubblica europea come abile capo militare, riscattando in parte le incertezze del passato. Ma neppure i meriti militari appianarono gli screzi e i sospetti reciproci con Vienna: la cessione ai Savoia di una parte della Lombardia non realizzava in pieno le aspirazioni del duca, e solo il suo ulteriore avvicinamento alle potenze marittime consentirà infine, a Utrecht, l'acquisto della Sicilia e del titolo regio.

Per i Savoia dunque – ma è una considerazione che può essere estesa ad altri stati italiani – la guerra fu anche un banco di prova per misurare la forza dei sopravvissuti legami feudali e, all'inverso, per valutare la tenuta e la misura del riconoscimento internazionale della sovranità acquisita nel corso del secolo precedente[30].

3. *Mantova e stati padani: l'Impero e la crisi dei principati italiani*

Quasi in parallelo con la guerra di Successione spagnola, la situazione politica della penisola fu ulteriormente aggravata dalla crisi interna di alcune dinastie italiane. Il conflitto finì perciò per intrecciarsi con problemi dinastici e diplomatici derivanti non solo dalla debolezza militare e finanziaria degli stati minori di fronte alle iniziative francesi di fine Seicento, o all'ascesa degli Asburgo di Vienna a cavallo dei due secoli[31], ma anche da una sorta di disfacimento interno di dinastie e gruppi di potere, apparati e procedure, collocazioni e forme di legittimazione. Le vicende che condussero alla fine degli Asburgo di Spagna da un lato, e i vistosi segnali di debolezza delle dinastie italiane, e di scollamento tra queste e le rispettive società dall'altro, finirono per costituire una sorta di 'processo parallelo' che complicò non poco la partita diplomatica durante e dopo il conflitto.

30 Sulla natura della sovranità dello stato sabaudo nel Settecento, cfr. L. Bulferetti, *Il principio della «superiorità territoriale» nella memorialistica piemontese del secolo XVIII. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello*, in *Studi in memoria di Gioele Solari*, Torino 1954, pp. 153-218.

31 Sulla situazione degli eserciti italiani al momento della guerra, cfr. V. Ilari - G. Boeri - C. Paoletti, *Tra i Borboni e gli Asburgo. Le armate terrestri e navali italiane nelle guerre del primo Settecento (1701-1732)*, Ancona 1996.

L'indebolimento della monarchia e la sua crisi finanziaria avevano coinvolto molti stati della penisola anche prima dello scoppio del conflitto. Come è ben noto, proprio nella protezione spagnola, militare, politica e finanziaria, alcuni stati italiani avevano trovato per tutta la prima metà del Seicento uno strumento di difesa e una forma di sicurezza rispetto a una scena europea che non li vedeva più come attori, e neppure come comparse[32]. La crisi spagnola aveva risvolti assai concreti per gli stati della penisola, e significava anche, per Mantova come per Modena, per Parma come per la Toscana, una diminuzione dei contributi e dei sussidi che quegli stati continuamente contrattavano con Madrid in cambio di allineamenti, alleanze e fedeltà, e minori possibilità di accedere a posti di rilievo nell'esercito e nel sistema di governo spagnolo, tradizionali destinazioni di tanti cadetti delle dinastie italiane.

Il conflitto per la successione costituì dunque uno degli elementi di accelerazione di una crisi interna dei principati italiani che aveva altrove le sue radici. Crisi dinastica, ossia perdita di capacità e competenze politiche, dissensi interni alle corti, scelte matrimoniali sbagliate, mancanza di eredi diretti: questi e altri ancora gli aspetti che gli storici hanno sintetizzato nella formula «tramonto dei principati italiani»[33]. Questo lento tramonto dello «stato del Rinascimento» coinvolse in primo luogo i piccoli principati dell'Italia del Nord: Mantova, Modena, Parma, Mirandola. Cause fondamentali, ma anche segnali visibili di questo declino furono la ripresa del potere aristocratico nel governo di quegli stati, con la presenza al fianco dei sovrani di primi ministri o consiglieri assai influenti[34], spesso a capo di fazioni contrapposte; il complicarsi delle controversie territoriali, anche di natura feudale, con il frequente ricorso al tribunale imperiale per la loro soluzione; l'allentarsi dei vincoli tra corte e stato, e tra dinastia e ceti economicamente più attivi. Inoltre, gli ultimi esponenti delle casate principe-

[32] Sull'irrilevanza degli stati italiani nei trattati internazionali da Westfalia in poi, è sempre utile B. CIALDEA, *Gli Stati italiani e la pace dei Pirenei. Saggio sulla diplomazia seicentesca*, Milano 1961, in particolare pp. 266.

[33] A. ARCHI, *Il tramonto dei principati in Italia*, Rocca San Casciano 1962.

[34] A Modena emerge, ad esempio, la figura di Cesare Ignazio, di un ramo cadetto (era nipote di Alfonso III), al quale finiscono per far capo tutti gli affari dello stato, compreso il ricevimento degli ambasciatori e la gestione dei dispacci: L. CHIAPPINI, *Gli Estensi*, Varese 1967, p. 428. Per la corte mantovana cfr. C. MOZZARELLI, *Mantova e i Gonzaga*, Torino 1987, pp. 121 ss.; per quella medicea cfr. F. DIAZ, *Il Granducato di Toscana. I Medici*, Torino 1976, pp. 466 ss. I pochi studi disponibili pongono l'accento sulla presenza nelle corti italiane di questi decenni di un'attenzione quasi esasperata per le forme, dentro e fuori la corte, con un corollario di infinite *querelles* sul cerimoniale, sui titoli e sulle precedenze.

sche italiane furono spesso personaggi deboli, presi dalle loro inclinazioni personali, persi in complicate avventure amorose o in drammi domestici[35], ancora intrisi di valori cavallereschi o religiosi in un periodo in cui erano invece chiamati a confrontarsi, se pure come piccoli stati, con monarchie e potenze europee che avevano fatto dei settori finanziari, militari e commerciali la base della loro crescita[36].

Se, dunque, la guerra costituì per alcuni stati il contesto per una soluzione forzata di una serie di questioni di confine, controversie territoriali, eredità contese, che da decenni agitavano i rapporti tra le corti italiane e tra queste e gli stati europei, tale processo di sistemazione territoriale investì in primo luogo gli stati minori dell'area padana, i cui legami con l'Impero, allentatisi nel tempo, non erano mai stati sciolti del tutto da atti giuridici formali o da inequivocabili dichiarazioni di sovranità. Anzi, proprio nella seconda metà del Seicento, l'ancoraggio all'Impero aveva rappresentato per i piccoli principi, in qualche occasione, una sorta di ombrello protettivo nei confronti delle ben più temibili logiche di potenza di Spagna o Francia. Da parte sua, la cancelleria imperiale non aveva mai smesso di includere questi ducati, così come altre formazioni politiche minori che ruotavano attorno ad essi, nell'elenco di stati su cui l'Impero poteva ancora vantare un qualche diritto. Mantova, Modena, il principato di Correggio, il ducato di Mirandola e il marchesato del Monferrato costituivano fin dal secolo precedente «la costellazione sulla quale pesava il predominio spagnuolo e la dipendenza feudale imperiale»[37].

Questa dipendenza si era poi sostanziata, durante la guerra della Lega di Augusta, nella richiesta incessante di contribuzioni che i commissari imperiali per l'Italia si preoccuparono di esigere con un rigore e una precisione esasperanti[38]. Sempre in quel conflitto iniziarono anche gli acquartieramenti forzati di truppe imperiali su quei territori, con gravi danni economici e

[35] Una sintesi delle vicende matrimoniali e dei drammi domestici degli ultimi rappresentanti delle dinastie italiane destinate a estinguersi nel primo Settecento in A. ARCHI, *Il tramonto dei principati*, cit., *passim*.

[36] Sui criteri di valutazione degli stati cfr. M. BAZZOLI, *Il piccolo stato nell'età moderna. Studi su un concetto della politica internazionale tra XVI e XVIII secolo*, Milano 1990.

[37] B. CIALDEA, *Gli Stati italiani e la pace dei Pirenei*, cit., p. 7.

[38] Non a caso tutti i plenipotenziari imperiali in Italia degli anni Novanta sono di formazione militare, e a tutti è raccomandata non la prudenza ma la fermezza. Alla plenipotenza stessa è riservata un'attenzione maggiore: si mette a punto il meccanismo che regola le contribuzioni, e una sorta di cerimoniale per la pubblicazione degli editti imperiali: C. CREMONINI, *'Grossmacht' o 'trompe l'oeil'*, cit., p. 324.

pesanti oneri e disagi per le popolazioni locali[39]. Erano questi danni materiali a urtare maggiormente quelle piccole corti: non era per ora nelle loro forze e possibilità, e forse neppure nei loro orizzonti politici e giuridici, la rivendicazione di una piena sovranità e dunque la protesta per quella che poteva apparire, in un secolo così attento, anche nelle relazioni fra gli stati, alle questioni d'onore, un grave lesione della loro dignità e autonomia. Nel caso dei Farnese, ad esempio, l'imperatore chiese, in cambio dello sgombero delle truppe, il riconoscimento della feudalità imperiale, e la richiesta suonò tanto più umiliante in quanto avanzata attraverso il senato milanese, poiché a Vienna si consideravano Parma e Piacenza come antiche pertinenze del ducato di Milano[40].

Sulle contribuzioni e sul loro peso sulla finanza già provata degli stati italiani, Jean-Claude Waquet ha fornito di recente alcuni dati riassuntivi, che aggiornano quelli forniti a suo tempo da Pugliese. Nel solo 1692, i commissari imperiali avrebbero incamerato la cifra complessiva di 1.523.000 scudi milanesi, ripartiti tra Mantova, Modena, Parma, Genova, Lucca e Toscana[41]. Di questi, secondo altre fonti, ben 1.362.056 scudi furono pagati da Mantova, Modena, Parma e Toscana. Gli stati italiani finirono così per pagare alla monarchia austriaca due milioni e mezzo di fiorini renani, pari a un quarto circa delle altre entrate della monarchia. Le richieste di contributi per l'Impero non ebbero quasi soluzione di continuità, poiché a queste di fine Seicento si innestarono subito quelle pretese dall'inizio della guerra di Successione[42]. Alle prestazioni finanziarie si aggiungeva inoltre l'alloggiamento delle truppe, anche questo iniziato con la guerra della Lega

[39] S. DALLA ROSA PRATI, *Parma e i «Quartieri Alemanni»*, in «Archivio storico per le Province parmensi», serie IV, 21, 1969, pp. 221-229.

[40] G. TOCCI, *Il ducato di Parma e Piacenza*, Torino 1987, p. 73.

[41] J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane sous les derniers Médicis*, Roma 1990, p. 90, dove dice di riferirsi per le cifre fornite a N. GIORGETTI, *Le armi toscane e le occupazioni straniere in Toscana (1537-1860)*, I, Città di Castello 1916, pp. 556-557.

[42] Secondo Waquet, il solo contributo toscano alle guerre asburgiche fu di 400.000 scudi nella guerra della Lega di Augusta, di 1.100.000 nel conflitto seguente, e di circa 150.000 tra 1719 e 1720, per un totale di più di 1.650.000 scudi. Nel 1707, dopo alcuni negoziati, il granduca pagò 465.000 scudi fiorentini. Nel 1708 gli si chiesero 140.000 scudi circa. Per il 1709, 1710 e 1711 la cifra oscillò sui 125.000. Poi, alcune facilitazioni ottenute da Carlo VI per la sua incoronazione permisero di ridurre a metà l'importo che per il 1712 e il 1713 fu di circa 64.000 scudi. Le contribuzioni del 1713 furono regolate dalla Toscana con molta lentezza, e saldate solo nel 1715: J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane*, cit., pp. 91-92.

di Augusta, quando i soldati si erano accampati soprattutto nella campagne tra Mantova, Modena e Parma e nel Monferrato[43].

I complessi legami tra stati padani e Impero si traducevano poi anche in un fitto intreccio di poteri giurisdizionali. Il tribunale imperiale restava l'arbitro ultimo delle contese all'interno delle dinastie, e delle controversie territoriali e giurisdizionali tra gli stati. E non si trattava in questo caso di poteri formali ormai desueti. Numerosi furono negli ultimi decenni del Seicento i ricorsi al tribunale da parte di esponenti delle dinastie padane: lunga e controversa fu la contesa tra i Gonzaga di Mantova e Guastalla per Reggiolo e Luzzara, e numerosi i ricorsi degli Este per annettere Correggio, e, durante la guerra, per l'acquisto di Mirandola. Piuttosto singolare, poi, la rivolta a Castiglione delle Stiviere nel 1690, quando furono i sudditi del piccolo feudo a invocare Leopoldo I come «liberatore» in grado di emanciparli da un signore-tiranno[44].

All'aprirsi della guerra, la posizione assunta dagli stati padani fu assai diversa. La missione del Castelbarco presso i principi italiani aveva avuto come effetto la presa di posizione di Roma, Venezia e Parma per la neutralità, mentre il duca di Modena aveva acconsentito all'occupazione imperiale di Brescello (1702), provocando l'immediata reazione dei francesi. Vicende assai simili contrassegnarono la sorte del ducato di Mirandola e di quello di Mantova, dove l'ambigua condotta dei principi all'inizio della guerra condurrà in ambedue i casi alla perdita dello stato. Francesco Maria Pico aveva deciso di affidare la piazzaforte di Mirandola ai gallo-ispanici, anche se, nella notificazione promulgata a tale scopo il 7 aprile 1704, si dichiarava fedele vassallo dell'Impero. Ma il tempo delle semplici «retoriche» della fedeltà era ormai tramontato: dopo l'accusa di fellonia lanciata dall'imperatore al Pico, il feudo fu confiscato, posto a disposizione di chi offriva la cifra maggiore e assegnato, dopo lunghe trattative, a Rinaldo d'Este. Quest'ultimo aveva potuto contare, durante la guerra, su una sorta di protezione imperiale in virtù del suo matrimonio con Carlotta Felicita di Brunswick, sorella dell'imperatrice. Verso la fine della guerra era stata anche avanzata da Giuseppe I l'idea di assegnare agli Este il governatorato di Milano, cosa poi risoltasi nel nulla per l'opposizione sia di Carlo sia di Eugenio

[43] Durante l'inverno 1691-92 non meno di 4.224 uomini si accamparono a Parma, 7.340 a Modena, 5.913 a Mantova, 9.401 in Monferrato: *ibidem*, p. 91.

[44] C. Cremonini, *La rivolta di Castiglione delle Stiviere negli atti della Plenipotenza dei feudi imperiali italiani*, in M. Marocchi (ed), *Castiglione delle Stiviere. Un principato imperiale nell'Italia padana (sec. XVI-XVIII)*, Roma 1996, pp. 91-116.

di Savoia, che vedevano in quell'incarico una diminuzione della sovranità imperiale in Italia.

L'assegnazione di Mirandola fu però accompagnata dalla richiesta imperiale della rinuncia estense a ogni futura rivendicazione su Ferrara e Comacchio. Se la guerra costituì per gli stati padani una spinta alla sistemazione forzata di questioni confinarie, controversie territoriali, contese ereditarie che si trascinavano da decenni, per alcuni di questi stati minori, come per gli Este di Modena, essa segnò anche il definitivo accantonamento di ogni ambizione di invertire un processo di marginalizzazione già avviato nel Seicento: nel caso ora visto, gli Este dovettero abbandonare il sogno del recupero di Ferrara e del suo territorio che avevano coltivato a tutti i tavoli negoziali dal 1598 in poi.

Lo stato maggiormente investito dalle conseguenze della guerra e dal mutamento delle logiche politiche viennesi fu certamente il ducato di Mantova. Dopo la guerra di successione mantovana, alla guida del ducato si era insediato il ramo francese della casata, quello dei Gonzaga-Nevers. Negli anni successivi la nuova dinastia aveva cercato di bilanciare la naturale propensione per l'alleanza con la Francia con una politica di aggiustamento con la Spagna suggerita da precise considerazioni di opportunità politica. Ma sul finire del secolo era la corte di Vienna a mostrare serie preoccupazioni per l'atteggiamento del duca Ferdinando Carlo, e forte era, in particolare, la delusione di Eleonora Gonzaga-Nevers, terza moglie di Ferdinando III, nei confronti del nipote Ferdinando Carlo e della sua politica di ammiccamento alla Francia. Eleonora aveva perciò cercato di sorvegliare da vicino il duca attraverso un suo fedelissimo alla corte gonzaghesca, Luigi Canossa, anch'egli preoccupato per i disegni di Luigi XIV verso il ducato mantovano[45]. Canossa cercò in vari modi di sventare la cessione di Casale ai francesi, vicenda ben nota e sulla quale non intendiamo ora soffermarci, se non per notare che quella farsa si svolse secondo un copione che pare anticipare, su una scala più ridotta, la crisi delle relazioni tra Vienna e Mantova durante la guerra di successione. Anche in quell'occasione il Gonzaga aveva cercato di attribuire le sue pressanti difficoltà finanziarie all'inadempienza spagnola degli impegni assunti per la difesa della piazzaforte: a fronte dell'impegno a pagare 50.000 scudi, Madrid ne aveva versati in sette anni solo 18.000, mostrandosi sorda a ogni sollecitazione dei ministri gonzagheschi.

[45] F. VECCHIATO, *Tra Asburgo e Borbone. La tragedia di Louis Canossa, ministro dell'ultimo duca di Mantova*, in «Archivio Veneto», serie V, 148, 1997, pp. 67-130.

Secondo Giuseppe Coniglio[46], la decisione di avvicinarsi progressivamente alla Francia derivava anche dai personali risentimenti del duca verso Vienna e Madrid, colpevoli di favorire le ambizioni di Vincenzo Gonzaga alla successione di Guastalla, invalidando in tal modo l'occupazione di fatto decisa da Ferdinando Carlo nel 1678, dopo la morte di Ferrante III. Ma l'attrazione verso Versailles può essere spiegata anche dalla convinzione maturata alla corte mantovana che l'Impero fosse in serie difficoltà militari e finanziarie, e che il pesante impegno a Est contro i Turchi rendesse per il momento impossibile un intervento militare imperiale nella penisola.

Ad ogni modo, l'acquisto francese di Casale, inutilmente mascherato come una vera occupazione, costituì un punto di non ritorno nei rapporti tra Mantova e la corte di Vienna, dove quella mossa aveva suscitato una profonda irritazione. Un memoriale anonimo del 1684[47] mostra chiaramente la diffidenza viennese verso un duca giudicato inaffidabile, troppo filofrancese, e sempre assetato di denaro. Al punto che nello stesso documento si proponeva di tenere entro i confini del ducato di Milano un contingente austriaco per dissuadere i francesi da altri colpi di mano, dopo aver scartato l'idea di tenere un contingente direttamente a Mantova. Era inoltre opportuno, concludeva il memoriale,

«che vi fosse presso di esso [il duca] soggetto prudente e destro, e mandato dalla maestà dell'Imperatore o dalla Maestà dell'Imperatrice Eleonora, che andasse continuamente operando e invigilando per non lasciare che l'arti di Francia e dei mal'inclinati alterassino le buone dispositioni di S.A.»[48].

Pochi anni dopo, l'inviato imperiale Berka, spedito a Mantova per appianare le divergenze con il duca e costringerlo a un aperto impegno con Vienna, concludeva la sua missione affermando che sarà sempre da «temersi della doppiezza e versatilità del Duca, come pure dalle pessime arti e venalità dei suoi ministri». Conveniva dunque tenere alla corte mantovana qualcuno che vigilasse in segreto sullo stato delle cose e ne informasse poi la cancelleria imperiale. Di due cose Berka appariva certo: «La prima. Che del Duca di Mantova già non si potrà aver mai sicurezza vera se non con la forza, o vero mutandosi il sistema delle cose di Francia». La seconda idea di fondo del memoriale era «che converrebbe precisamente non perder di vista quelle cose d'Italia dalle quali a mio debol giudizio dipende grandemente

46 G. CONIGLIO, *I Gonzaga*, Varese 1967, pp. 463 ss.

47 Il memoriale, intitolato *Riflessioni intorno le cose di Mantova secondo le presenti congionture de 24 giugno 1684*, è analizzato da F. VECCHIATO, *Tra Asburgo e Borbone*, cit., pp. 89 ss.

48 *Ibidem*, p. 90.

la sicurezza di tanti stati dell'Augustissima Casa insieme con la quiete di tutta Europa»[49]. L'attenzione per le «cose d'Italia», linea fondamentale della politica asburgica di quegli anni, passa dunque anche attraverso il monitoraggio dei comportamenti delle corti italiane, il contenimento delle mosse francesi, la ricerca di alleati e confidenti interni alle corti e alle cancellerie degli stati legati alla compagine imperiale.

Ma tutto ciò non fu sufficiente a tenere Ferdinando Carlo legato a Vienna. Volubile di carattere e debole politicamente, l'ultimo rappresentante della dinastia dei Gonzaga di Mantova era percepito anche dalla curia romana come un anello assai debole della catena degli stati italiani che il papato tentava di unire in una qualche forma di alleanza difensiva. Fin dal marzo 1701, il papa aveva perciò cercato di convincere Venezia a un'occupazione congiunta di Mantova. Ma l'esitazione veneziana aveva poi fatto arenare la manovra e, dopo alcuni negoziati segreti con il Gonzaga svoltisi proprio a Venezia, il 5 aprile 1701 i francesi occuparono la città[50]. Le conseguenze furono immediate, perché Eugenio di Savoia fu allora costretto a modificare i suoi piani iniziali per far fronte alla pesante minaccia della presenza francese in una città importantissima dal punto di vista strategico. L'esito finale è ben noto: dopo l'accusa di fellonia lanciata nel 1701 dall'imperatore contro Ferdinando Carlo, il 30 giugno 1708 la dieta di Ratisbona lo dichiarava decaduto dai suoi stati, e il piccolo ducato era devoluto all'Impero.

Il caso dei Gonzaga di Mantova appare perciò emblematico sia del difficile tentativo di alcuni stati italiani di trovare nella Francia un referente in grado di compensare l'avanzante crisi spagnola, sia del permanere di forme di legittimazione della sovranità di stampo feudale, in grado di condizionare pesantemente la vita politica italiana. In un conflitto che mostra apertamente la divaricazione, e a tratti la contrapposizione, tra la compagine imperiale e la politica asburgica, il «farsi stato» dell'Impero[51] finisce per costituire nei confronti degli stati minori un elemento di appesantimento della loro dipendenza da Vienna. Ai legami di natura giuridico-feudale si uniscono ora gli interessi della casa di Vienna nei confronti dei territori e delle risorse della penisola, sia che si tratti delle rendite che la Lombar-

[49] *Ibidem*, p. 129.

[50] Cfr. da ultimo F. Fantini D'Onofrio, *Le fonti e la storia. La guerra di successione spagnola a Mantova attraverso la corrispondenza ai Gonzaga da Mantova e Paesi (1701-1708)*, in C.M. Belfanti - F. Fantini D'Onofrio - D. Ferrari (edd), *Guerre, stati e città. Mantova e l'Italia Padana dal secolo XIII al XIX*, Mantova 1988, pp. 427-466.

[51] M. Meriggi, *Il principato vescovile e il «farsi stato» dell'Impero*, in C. Mozzarelli - G. Olmi (edd), *Il Trentino nel Settecento*, cit., pp. 677-691.

dia prometteva, sia che riguardino i disegni di espansione mediterranea, sia infine che si traducano in progetti di alleanze o di controllo di aree strategiche. Mancò forse nelle *élites* di governo della penisola una chiara percezione del fatto che, diversamente che nel passato, quando il confronto era con l'Impero e la sua supremazia giuridico-formale, il confronto con casa d'Austria poteva ora avvenire solo attraverso il pieno riconoscimento di concreti interessi militari e commerciali e con una seria contrattazione sugli stessi, con il linguaggio e nei termini che si stavano allora imponendo come criteri dell'azione diplomatica degli stati europei. Sicurezza, risorse, vie di comunicazione, commerci, scambi, finanze: la bussola della politica asburgica aveva cambiato rotta e stava ormai allontanandosi dalle logiche della fedeltà, dalle formule della dipendenza e dai cerimoniali di stampo feudale, salvo poi, all'occorrenza, rivedere e riutilizzare quelle stesse formule e quei legami per i nuovi obiettivi dinastici.

Non mancarono nelle corti italiane, comunque, momenti e riflessioni in cui si affacciava la consapevolezza del mutamento di scala intervenuto. Mi sono occupata in altra sede del memoriale di Carlo Peroni in difesa del duca mantovano, dove affiora chiaramente la consapevolezza che quella in atto non era una guerra dell'Impero, ma un conflitto di casa d'Austria[52]. Fu proprio questo l'argomento di fondo messo in campo dal giurista per spiegare e giustificare l'azione del duca: il bando contro Mantova era giudicato illegittimo proprio in virtù del fatto che non era l'Impero a essere coinvolto nella guerra, ma la casata austriaca, verso la quale i Gonzaga non avevano quegli obblighi di fedeltà e di aiuto che erano tenuti a giurare all'imperatore. Anche l'esitazione di molti principi tedeschi ad aderire e contribuire all'iniziativa di Leopoldo ben dimostrava, secondo Peroni, che si era in presenza non di una «ragione» dell'Impero, ma di una guerra della dinastia degli Asburgo.

A queste considerazioni il giurista ne adduce poi altre di natura costituzionale, tendenti a mostrare i limiti del potere imperiale nel decidere di pace e guerra, e altre di tipo storico, con il richiamo alla pace di Costanza quale testo che fondava l'autonomia della città di Mantova, poi datasi ai Gonzaga. La fine della dinastia non doveva perciò togliere alla città che i Gonzaga avevano per alcuni secoli governato una libertà che le apparteneva da prima: sono argomentazioni non dissimili da quelle usate dalla pubblicistica fiorentina al momento dell'estinzione della dinastia medicea

[52] D. FRIGO, *Impero, diritto feudale e 'ragion di Stato': la fine del Ducato di Mantova (1701-1708)*, in «Cheiron», 11, 1994, 21, pp. 55-84.

per salvaguardare la libertà cittadina e ripristinare la repubblica[53]. Alcune pagine intere di citazioni dei dottori dello *jus commune*, da Alciato a Ruini, da Bursati a Grozio, erano poi utilizzate da Peroni per concludere che il duca di Mantova doveva essere considerato come «Principe assoluto, e Sovrano», come dimostrava anche il termine «per la Dio grazia» con cui egli intitolava i suoi atti, e dal quale «si manifesta al Mondo l'alta sua, & illimitata maggioranza»[54]. Fino al richiamo alla più celebre formula medievale della sovranità, dalla quale si derivava che il duca «può ne' suoi Ducati, parlando in parità di termini, e salva la misura de Dominii, tutto quello, che può l'Imperatore nell'Imperio»[55]. L'autorità imperiale restava insomma, ancora nel 1702, il termine di paragone su cui i piccoli principati, cui era preclusa la possibilità di una trasformazione in senso nazionale e monarchico, misuravano il loro stesso potere e i fondamenti della legittimità: per esprimerci ancora con Peroni, tra imperatore e duca stava una «graziosa parità», simile in questo ai gioghi dei monti, dei quali, pur non essendo tutti uguali, poteva dirsi «che però è sommamente alta di tutti la cima». E si poteva anche dire, rifacendosi di nuovo a Bartolo, «che i Principi non hanno altra differenza in paragone dell'Imperatore, se non nel giro di minor territorio, nell'istessa guisa, ch'il batello dissimiglia dalla Nave»[56].

Sia pure su una scala ridotta, lo spazio politico italiano, e quello padano in modo più evidente, subirono un processo di aggiustamento territoriale non dissimile da quello che altri stati europei affrontarono in quei decenni, e che la guerra di Successione finì in alcuni casi per accelerare. Come è stato detto, tra Sei- e Settecento,

«ridisegnare la carta d'Europa è diventata l'occupazione fondamentale dei governi, tutti, chi più chi meno, alle prese con il problema di ridefinire le proprie basi territoriali, sia in termini di riorganizzazione e di controllo effettivo dei territori soggetti, sia in termini di delimitazione delle rispettive aree di sovranità (o di influenza)»[57].

[53] M. VERGA, *Da «cittadini» a «nobili». Lotta politica e riforma delle istituzioni nella Toscana di Francesco Stefano*, Milano 1990.

[54] *Disegno delle Ragioni del Serenissimo Principe Signore Clementissimo Ferdinando Carlo per l'Iddio Grazia Duca di Mantova Monferrato, Carlovilla, Guastalla etc. contro gli asserti decreti Imperiali del dì 20 Maggio 1701 sparsi per il volgo*, Mantova 1702, p. 34.

[55] *Ibidem*, p. 34. Va notato anche, nel memoriale, l'utilizzo indifferente di termini diversi per indicare la sovranità, che è tipico della dottrina del diritto comune: «principe assoluto», «diritti di Maestà», «illimitata maggioranza» ecc.

[56] *Ibidem*.

[57] C. COSTANTINI, *Le monarchie assolute*, Torino 1976, p. 399.

È un processo che investe soprattutto gli stati padani, per i quali si è parlato di sopravvivenze feudali e di formazioni politiche arcaiche: un intrico di poteri, città, castelli, giurisdizioni, che rinviava a una concezione del potere di tipo pluralistico, e a un'immagine del principe come «buon tutore»[58] dei suoi sudditi. Una visione, come sappiamo, destinata a mutare profondamente nei territori italiani che saranno aggregati alla formazione asburgica, anche se permarrà, prima e dopo la guerra, quel riferimento al «bene comune» e alla tutela dei sudditi che è del resto la cifra comune dell'universo politico d'antico regime.

4. *«Venezia accerchiata»: neutralità e controllo dell'Adriatico*

Del tutto infruttuosi furono dunque, dinanzi ai progetti asburgici, i tentativi di riaffermare un'originaria libertà mantovana in grado di salvare la città da un destino ormai segnato. Inutili furono anche, per la salvezza di Mantova, le ripetute iniziative diplomatiche avviate, oltre che dalla corte di Ferdinando Carlo o da esponenti dei rami gonzagheschi che vantavano qualche diritto alla successione, anche dal papa e da Venezia. Quest'ultima fu particolarmente attiva, durante la guerra e al tavolo dei negoziati, per salvare la città padana dall'incameramento. La caduta di Mantova in mani imperiali significava per la Repubblica un accerchiamento pressoché completo da parte degli Asburgo, che già confinavano con larga parte del suo territorio.

Dopo aver coltivato per qualche tempo, nella seconda metà del Seicento, la prospettiva di un declino dell'Impero, anche agli ambasciatori veneziani era apparso ben chiaro, sul finire del secolo, quanto l'accresciuta potenza di casa d'Austria minacciasse da vicino la stabilità e la sicurezza della Repubblica. Nella celebre relazione sulla pace di Carlowitz, Carlo Ruzzini aveva infatti ben compreso quanto le vicende di casa d'Austria e della Repubblica fossero strettamente intrecciate. Ruzzini aveva in quell'occasione ricapitolato alcune delle cause che avevano portato dal tardo medioevo in poi a una decadenza dell'Impero: l'elettività della corona imperiale, l'alienazione di molti dominî e la concessione di libertà sempre maggiori agli stati, così che

«à misura, che s'abbasava la grandezza degl'Imperatori, andò prevalendo il vigore, e la fortuna de' Prencipi di Germania, che convertendo il Stato di successivo in Elettivo entrarono ne' dritti dell'elettione, in quelli del Governo istituendo le Diete, e negl'altri poi di prescriver

[58] L. Mannori, *Il sovrano tutore. Pluralismo istituzionale e accentramento amministrativo nel Principato dei Medici (secc. XVI-XVIII)*, Milano 1994.

leggi al Sovrano, rimasto solo con la prerogativa di Capo, incapace di volontà, perche privo di tutti que' mezzi, che sono gl'Istrumenti, et i sostegni del commando»[59].

Utilizzando la metafora di Pufendorf, Ruzzini concludeva che

«l'Imperio, che ne' passati secoli rappresentava un Corpo grande unito, e ripieno di forze, negl'ultimi si trasmutò in un Corpo quasi mostruoso per la divisione, disugualianza, e discordia delle sue parti, dai quali difetti resta impedito nelle migliori occupationi del suo decoro, e servitio»[60].

Ma le recenti fortune di casa d'Austria sembravano ora aver arrestato e mutato di segno quel declino:

«Tale è tutta quella grandezza hereditaria di Casa d'Austria, che serve di fondamento, et appoggio alla Maestà dell'Imperio, che in essa vi risiede. Questa poi dà una si cospicua base, riceve tanto d'elevatione, e di lume, che in alcuna se ben imperfetta maniera, vede risarciti i pregiuditij della propria decadenza»[61].

Al di là delle immagini, delle metafore e dei giudizi politici sull'Impero, Venezia aveva assistito con viva preoccupazione all'espansione degli Asburgo in Europa orientale, che sembrava minacciare da vicino le posizioni veneziane in Dalmazia. Per tutto il Seicento, inoltre, numerose erano state le vertenze tra i due stati sui confini orientali e sui diritti di navigazione nell'Adriatico[62]. Più in generale, Venezia aveva seguito con apprensione le ipotesi di sistemazione della penisola elaborate nei negoziati europei, e che minacciavano quell'equilibrio italiano che consentiva alla Repubblica di conservare posizioni di egemonia pur tenendosi alla larga da una partecipazione diretta ai conflitti militari. Benché trincerata in una neutralità ormai più che secolare, la Serenissima sapeva bene quanto il suo destino fosse legato a quello della «bilancia d'Italia», e quanto anche le minime perturbazioni interne alla penisola mettessero in discussione sia la sua supremazia sullo spazio italiano, se pure ormai solo virtuale, legata più al mito della repubblica ben governata che alla realtà dei fatti, sia, soprattutto, i vitalissimi interessi economici veneziani dislocati tra Regno di Napoli, Adriatico e Levante.

[59] *Relatione del Congresso di Carloviz e dell'Ambasciata di Vienna di S.r Carlo Ruzzini Cav. r.* (19 dicembre 1699), in L. FIRPO (ed), *Relazioni di ambasciatori*, IV, cit., p. 414.

[60] *Ibidem*, p. 415.

[61] *Ibidem*, p. 414.

[62] R. CESSI, *La repubblica di Venezia e il problema adriatico*, Napoli 1953. Si vedano anche A. BATTISTELLA, *Venezia e l'Austria durante la vita della Repubblica*, in «Archivio Veneto», NS, 16, 1916, pp. 279-320; A. BIN, *La Repubblica di Venezia e la questione adriatica 1600-1620*, Roma 1992.

Un sistema che poteva essere scosso sia dall'assegnazione del Milanese alla Francia, sia dall'affermazione asburgica nella penisola. Nel settembre del 1699 i ministri viennesi avevano cercato di convincere l'ambasciatore veneziano Loredan del danno che il trattato di spartizione da poco stipulato tra le potenze europee avrebbe procurato a Venezia e al suo commercio col Levante. Conversando con lo stesso Loredan, anche l'ambasciatore sabaudo in quella corte aveva ingrandito i timori, affermando che se il Delfino fosse venuto in possesso dei regni di Napoli e Sicilia, Savoia e Venezia avrebbero dovuto ingrandire i loro stati, per ripristinare l'equilibrio. In caso contrario, era meglio

«che li stati d'Italia restino come in passato provincie della Spagna, quale per l'esperienze passate, per la sua lontananza, debollezza et incuria è riuscita più tosto di salvezza che di pericolo»[63].

Nello stesso anno, l'inviato veneziano a Vienna presentava al senato un quadro esaustivo delle attese, dei giudizi e delle aspettative circolanti alla corte di Vienna. Vi si sottolineava il pericolo costituito dai diritti e dalle pretese dell'Impero, anche se «o cesse con gl'accordi o prescritte dal disuso», specie ora che queste ragioni giuridiche potevano appoggiarsi sulla forza militare e sul prestigio della dinastia viennese: tutti elementi che gettavano ombre inquietanti sulle relazioni tra imperatore e stati italiani. Inoltre, Vienna temeva l'inclinazione filofrancese di Innocenzo XII e le sue rivendicazioni sui feudi imperiali di Romagna: si sforzava perciò di dare un lustro e un'autorità maggiori alla rappresentanza imperiale a Roma, fin lì affidata solitamente a un cardinale tedesco. L'inviato suggeriva perciò a Venezia di approntare da subito la linea di condotta da seguire di fronte alle imminenti richieste di attraversamento del territorio della Repubblica da parte dei contingenti imperiali.

Ben coglievano, inoltre, gli osservatori veneziani alla corte viennese, quanto la successione spagnola fosse diventata, per la politica asburgica di fine secolo, una priorità assoluta, imprimendo anche al problema dei Turchi una sorta di torsione che non lasciava presagire nulla di buono per la Repubblica. Per Ruzzini, osservatore attento e negoziatore per Venezia dei trattati di Carlowitz, Utrecht e Passarowitz, prima di diventare doge, la stagione delle ambiguità imperiali era iniziata nell'aprile 1698, quando era apparso evidente il disegno dell'imperatore di cercare un accordo segreto con la Porta ottomana in vista degli scenari della successione spagnola:

63 G.C. Zimolo, *La neutralità di Venezia sul principio della guerra per la successione di Spagna*, in *Scritti storici in onore di Camillo Manfroni nel XL anno di insegnamento*, Padova 1925, p. 249.

«Così quanto più cresce la stravaganza della crisi in quella Monarchia (spagnola) tanto più si sente Cesare l'obbligo d'invigilare al destino delle proprie ragioni sopra la medesima; né può negarsi ch'un tal incontro d'accidenti, permesso dagl'arcani della providenza, non servisse a persuader molte facilità nel trattato co' Turchi»[64].

In seguito al secondo trattato di spartizione, l'imperatore spedì a Venezia il conte Gian Filippo di Lamberg. Nei numerosi colloqui che ebbe con Benedetto Cappello, savio del consiglio incaricato dal senato dei negoziati, l'inviato imperiale espose le richieste di Vienna, che vertevano sull'impegno veneziano a impedire l'occupazione delle sue piazzeforti da parte di truppe francesi, e a evitare che i francesi chiudessero i passaggi alpini al confine austro-veneto. Scontata, ovviamente, la richiesta di non allearsi con i nemici dell'imperatore. Venezia non promise nulla, anche perché i colloqui tra Cappello e Lamberg si svolgevano in contemporanea con quelli tenuti dallo stesso Cappello con il d'Estrées, che soggiornò a Venezia per un tempo più lungo, e col quale si incontrò varie volte dal 5 febbraio 1701 fino al settembre dello stesso anno[65].

La neutralità veneziana era una scelta pressoché obbligata: nondimeno diede vita in senato a un vivace confronto tra posizioni politiche distinte, che in parte ricalcavano il dibattito sul ruolo europeo della Repubblica svoltosi in occasione della guerra della Lega di Augusta nel 1684. A favore della neutralità militavano alcuni elementi inconfutabili: le forze militari veneziane, insufficienti a fronteggiare contemporaneamente la discesa degli imperiali e l'esercito franco-spagnolo, la scarsa preparazione delle milizie territoriali, la lontananza del grosso delle milizie della Repubblica, occupate in Levante contro i Turchi, la difficile situazione delle finanze, il desiderio di non danneggiare i traffici commerciali. L'ipotesi di un'adesione alle proposte francesi era poi frenata da più ragioni. In primo luogo la diffidenza verso Luigi XIV per le prove da lui già date di malafede e di non rispetto degli impegni presi, e per il suo disegno di monarchia universale. Si disse in quell'occasione che «d'implorare la società della Francia è un chiamare il lupo in custodia del gregge, il ripromettersi da essa osservanza de giuramenti è un voler sovvertire il costume che ormai se l'è convertito in natura»[66]. Vi era poi il timore che la rottura dell'alleanza con l'imperatore potesse spingere i Turchi a riprendersi la Morea. Che mettersi contro

[64] S. Andretta, *La repubblica inquieta. Venezia nel Seicento tra Italia ed Europa*, Roma 2000, p. 173.

[65] Archivio di Stato di Venezia, *Esposizioni Principi*, c. 109.

[66] M. Giudici, *I dispacci di Germania dell'ambasciatore veneto Daniele Dolfin 3°*, Venezia 1908, p. 56.

l'imperatore fosse una scelta avventata era suggerito anche dal fatto che Venezia confinava con l'Austria sia in Terraferma che in Dalmazia. Ma non pareva saggio neppure schierarsi subito con la casa d'Austria: troppo lontana, ancora, la difesa che questa poteva offrire, mentre la presenza francese a Milano esponeva i territori veneziani confinanti con quello stato agli attacchi delle truppe franco-spagnole, e Venezia stessa al rischio di un attacco dalla parte del mare con grave danno del commercio e quindi del pubblico erario[67]. Se si univa all'Impero, Venezia poteva essere minacciata dalle navi francesi e napoletane nell'Adriatico, che potevano far base ad Ancona grazie alla concessione del papa, mentre la Grande Alleanza non aveva porti in quel mare.

Contro la neutralità stavano argomenti e preoccupazioni altrettanto forti: l'onore della Repubblica, il timore dei danni della guerra che la dichiarazione di neutralità non era certo sufficiente a evitare, e anche la preoccupazione per il dopo, quando il perdente avrebbe potuto attribuire anche a Venezia la sua sconfitta, mentre i vincitori avrebbero imposto le loro condizioni agli stati chiamatisi fuori del conflitto. In alcuni esponenti del patriziato veneziano vi era poi la convinzione che, anche se debole, la partecipazione della Repubblica avrebbe contribuito certamente all'esito della guerra. In tutti stava poi la speranza di ottenere dal conflitto una espansione dei confini dello stato veneto[68], ma anche la convinzione di «non potere mai chiamarsi neutralità sicura se non quando ad ambidue li eserciti fosse impedito l'ingresso»[69]. Alla fine era prevalso il partito della neutralità: una neutralità comunque 'armata', in cui non veniva meno l'impegno della Serenissima a difendere con le armi ogni violazione del suo dominio.

Come sia andata, è ben noto: la neutralità veneziana funzionò meglio come schermo per evitare una presa di posizione per l'una o l'altra parte, che come strumento per mettere al riparo territori e popolazioni dalle violenze della guerra. Venezia, da parte sua, non esitò a utilizzare la sua efficiente rete diplomatica per contrastare il disegno o l'esito che di volta in volta era ritenuto più pericoloso per la sua sicurezza e i suoi interessi. Nel 1707, ad esempio, aveva tentato un accordo con le potenze marittime e con la corte torinese per impedire che il ducato di Mantova fosse incamerato

67 *Ibidem*, p. 57.

68 GIACOMO DIEDO, *Storia della repubblica di Venezia dalla sua fondazione all'anno 1747*, Venezia, Poletti, 1751, I, p. 16; PIETRO GARZONI, *Istoria della Repubblica di Venezia ove insieme narrasi la Guerra per la Successione delle Spagne al re Carlo*, parte seconda, Venezia, appresso Gio. Manfré, 1729, p. 90.

69 P. GARZONI, *Istoria della Repubblica*, cit., p. 89.

da Vienna. Dopo l'insuccesso di questo tentativo Venezia aveva anche cercato di convincere i Turchi a muovere guerra all'imperatore, e aveva anche frapposto non pochi ostacoli ai preparativi per la spedizione militare imperiale a Napoli[70].

Ma il punto più delicato restava la questione dell'Adriatico. Dolfin aveva già ammonito Venezia, da Vienna, a non farsi cogliere impreparati «nella materia delicata e gelosa del golfo», perché i ministri viennesi, appositamente istruiti, avrebbero condotto sul punto un attacco ben mirato[71]. Sulla questione della navigazione adriatica Venezia si giocava anche l'onore, oltre che i secolari diritti su quelle acque: alla fine, il diritto veneziano sul mare si mantenne e, nel 1708, Vienna dovette chiedere licenza a Venezia per condurre milizie nel napoletano, e dovette condurle senza armi e su navi disarmate[72].

Ma i costi della neutralità furono alti anche per altri aspetti. Dirsi neutrali non significava infatti solo essere alla mercé degli eserciti nemici, ma anche non poter intervenire direttamente nell'andamento delle proposte diplomatiche prima, e degli accordi di pace poi. A un certo punto, i francesi parvero disposti a cedere Mantova alla Repubblica, per poter utilizzare altrove il contingente che presidiava la città. Ma l'Inghilterra si era opposta, perché una scelta simile configurava l'intervento di un neutrale nel conflitto, azione contraria a ogni regola internazionale[73], e Venezia, esterna al conflitto, nulla aveva potuto fare per superare la resistenza di Londra.

La diplomazia veneziana cercò comunque di intervenire nelle trattative di pace fin dalle prime battute, con l'obiettivo in quel momento prevalente di accelerare lo sgombro di Comacchio e di Mantova per scongiurare il rischio dell'accerchiamento asburgico[74]. Avversa alla devoluzione del ducato mantovano all'Impero, che avrebbe significato tra l'altro un utilizzo continuo del suo territorio per i transiti delle truppe imperiali, la Repubblica appoggiava invece l'assegnazione di Mantova al signore di Guastalla, che aveva titoli sufficienti per aspirare alla successione. Più in generale, il senato veneziano caldeggiava la restituzione dei feudi confiscati ai principi spode-

70 M. Giudici, *I dispacci di Germania*, cit., p. 75.

71 *Ibidem*, p. 245.

72 R. Cessi, *La repubblica di Venezia*, cit., p. 244.

73 M. Giudici, *I dispacci di Germania*, cit., pp. 69-70.

74 S. Perini, *Venezia e la pace di Utrecht*, in «Atti dell'Istituto Veneto di Scienze, Lettere e Arti. Classe di scienze morali, lettere e arti», 158, 1995-1996, p. 54.

stati o a rami collaterali: molto meglio, secondo una parte del patriziato, avere come confinanti dei signori italiani, sui quali la Repubblica poteva sperare di estendere la sua protezione e la sua influenza[75]. Da parte sua, anche Roma aveva cercato di giocare sul timore veneziano di un accerchiamento asburgico per proporre l'assegnazione di Comacchio e di Mantova a due dinastie italiane.

Una vera ossessione per l'accerchiamento: così potrebbe essere descritta in sintesi la posizione veneziana a Utrecht. Oltre al destino dell'area padana, preoccupava Venezia anche l'incerto destino della Valtellina,

«un altro segmento della cortina imperiale che stava per chiudere d'ogni lato la Terraferma veneta; su questa si sarebbero rivolte, in un futuro forse non molto lontano, le brame asburgiche di collegamento degli Stati italiani con quelli tedeschi»[76].

Il rappresentante dei Grigioni mostrava timori simili: l'interesse viennese per il collegamento tra Milano e il Tirolo non poteva che intaccare alcune aree del dominio veneto, e anche il gran pensionario olandese si sentiva in dovere di avvertire il rappresentante veneziano che la «catena» si stava ormai per chiudere. Ma anche su questo punto non mancavano le ambiguità: come ha segnalato Sergio Perini, una parte minoritaria dell'aristocrazia veneziana non celava il suo favore all'ipotesi di un insediamento nella penisola di una forte monarchia che potesse fare da contrappeso alla crescita della dinastia sabauda.

Sebastiano Foscarini, il primo dei rappresentanti veneziani a seguire le trattative di pace, si era subito convinto che Vienna manovrasse per gettare discredito sui principi e sugli stati italiani, e in particolare sulla Repubblica, verso la quale prevaleva nel congresso di pace l'idea che «o per stanchezza delle passate guerre o per una commoda noncuranza si fosse rinunciato all'antica custodia della libertà italiana et alla gloria d'esser la bilancia d'Europa»[77]. Da parte veneziana si replicava che la scelta della neutralità aveva in realtà giovato alla casa di Vienna che aveva potuto utilizzare le vie di comunicazione del dominio veneto, e acquistare dai sudditi, tramite contratti privati, generi alimentari e altro per le necessità dell'esercito[78].

[75] Francesco Maria Ottieri, *Istoria delle guerre avvenute in Europa e particolarmente in Italia per la successione alla Monarchia delle Spagne dall'anno 1696 all'anno 1725*, Roma 1728, III, p. 398.

[76] S. Perini, *Venezia e la pace di Utrecht*, cit., p. 61.

[77] Dispaccio da Utrecht, 6 ottobre 1710, citato *ibidem*, p. 55.

[78] *Ibidem*, p. 56.

Ma niente servì a smussare l'ostilità viennese per gli stati neutrali, ai quali si attribuivano anche i disagi e i danni economici lamentati dai sudditi durante la guerra, e inutili furono le fini argomentazioni giuridiche sul diritto di neutralità che Ruzzini sciorinò per scongiurare l'esclusione degli stati neutrali dalle decisioni del congresso.

Sia a Mantova sia a Venezia la guerra diede vita a una serie di riflessioni e di dibattiti che mostrano abbastanza chiaramente quanto e come fosse compresa, nei ceti dirigenti di questi due stati, la *Staatswerdung* della monarchia. Con questo rafforzamento della monarchia asburgica tutti e due gli stati dovettero confrontarsi e fare i conti: se dell'emergere della potenza austriaca Mantova fu una delle prime vittime, anche Venezia dovrà confrontarsi all'indomani della guerra con uno scenario italiano e marittimo profondamente alterato proprio dalla presenza austriaca a Milano, Mantova e Napoli. Poco dopo, l'istituzione del porto franco a Trieste e a Fiume e le stipulazioni di convenzioni commerciali con i cantoni barbareschi suonarono come un'aperta sfida a Venezia e al suo monopolio sui traffici adriatici. Nel 1722 il privilegio accordato alla compagnia di Ostenda per i viaggi delle Indie con scalo a Trieste e in Puglia «sintetizzava il programma austriaco di isolamento di Venezia nel campo economico, prima che in quello giurisdizionale, per demolire l'efficienza della concorrente Repubblica»[79] e dare così fiato all'ambizione di Carlo VI di fare dell'Austria uno stato anche marittimo e commerciale.

79 R. Cessi, *La repubblica di Venezia*, cit., p. 249.

Völkerrecht versus Lehnsrecht?

Vertragliche Regelungen über reichsitalienische Lehen in der Frühen Neuzeit

von *Heinhard Steiger*

1. *Fragestellungen*

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verharrte das *regnum Italicum* in seinen offenen mittelalterlichen lehnsrechtlichen Strukturen. Hier fand keine Entwicklung «Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung» (Peter Moraw) statt. Der Kaiser wurde zwar durch seine Wahl zugleich König von Italien, führte aber diesen Titel nicht[1]. Die letzte Krönung fand am 22. Februar 1530 in Bologna statt. Es gab keine irgendwie organisierte oder verfaßte umfassende Einheit der zahlreichen großen und kleinen Lehen, nicht einmal gemeinsame Versammlungen[2]. Sie standen lehnsrechtlich jedes für sich zu Kaiser und Reich und den kaiserlichen Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen, aber in keiner rechtlichen Bindung untereinander. Der Herzog von Savoyen hatte als einziger italienischer Lehnsträger im Reichstag Sitz und Stimme[3]. Das *regnum Italicum* stand zwar, so ein Gutachten des Reichshofrates, mit dem *regnum Germanicum* unter einem *communem dominum*, dem Kaiser, war aber als ein «Neben=Territorium anzusehen»[4].

[1] J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, Franckfurt und Leipzig 1772, S. 403.

[2] *Ibidem*, S. 423, zählt 73 Lehen in 5 Klassen, S. 404. K.O. VON ARETIN, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648-1806*, Stuttgart 1986, S. 81 ff., geht in seinen grundlegenden und detaillierten Darstellungen der Reichslehnsordnung in Italien von 250 bis 300 Lehen aus; eine gründliche Darstellung hat jüngst auch vorgelegt M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien in der Frühen Neuzeit. Ein institutionengeschichtlicher Überblick*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 79, 1999, S. 344-420.

[3] Er wurde noch 1792 als Mitglied der Weltlichen Bank des Reichsfürstenrates geführt, K. ZEUMER, *Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit*, Tübingen 1913², Beilage S. 552, unter Berufung auf Stephan Pütter.

[4] Zitiert bei J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 415.

Insgesamt war die Zusammensetzung des im «italiaenischen Königreiche» geltenden Rechts sehr komplex. Johann Jacob Moser kennzeichnete sie 1754 wie folgt:

«Die Quellen dieser Lehre seynd 1. Quellen das Natur= und Völcker=Recht, nicht nur soferne daraus von der Verjährung, worauf sich die Glieder dieses Reiches so offt beruffen, geurtheilt werden muß; sondern auch überhaupt weil dieses Reich sonst keine eigene oder beschriebene Grund=Gesetze oder Verträge, weder zwischen dem Oberhaupt und Gliedern, noch auch mit fremden Staaten, hat. 2. Die von denen Kaisern denen Gliedern dieses Reiches ertheilte Lehen=Briefe und Freyheiten, deren viele jedoch, theils als untergeschoben, theils als ungültig, wegen mangelnder Gewalt der Kaysere, so sie verliehen haben, und abgehender Einwilligung des Teutschen Reiches, theils als nicht dieses, was angegeben wird, besagende angesehen werden sollen. 3. das Longobardische Lehen=Recht in Lehens=Sachen. 4. das Herkommen, so dann endlich 5. das wenige, was die Teutsche Stände wegen dieser Lande sich von ihrem Oberhaupt ausbedungen haben»[5].

Ab dem Ende des 15. Jahrhunderts kommt den Reichslehen in Oberitalien eine wachsende Bedeutung für die gesamteuropäische Ordnung zu. Um sie wird seit 1499 in zahlreichen Kriegen gekämpft; in einer Fülle von Verträgen zwischen den Mächten wird versucht, eine befriedende Zuordnung der Lehen herzustellen. Die Lehnsordnung generell und die Lehnsverhältnisse als solche werden zwar bis zum napoleonischen Einfall 1796 nicht beseitigt. Aber die Einsetzung neuer Lehnsnehmer in den einzelnen Lehen wird, insbesondere in den großen Lehen Mailand, Mantua, Toskana, Parma, Piacenza und anderen mehr und mehr außerhalb derselben liegenden Gesichtspunkten europäischer Ordnung untergeordnet.

Ich behandele im folgenden aber nicht alle lehnsrechtlichen Konflikte in bezug auf die italienischen Reichslehen, sondern beschränke mich auf die strukturelle Analyse der rechtlichen Bewältigung der fünf größeren Nachfolgekonflikte in Mailand, Mantua, den spanischen Reichslehen, Toskana in Verbindung mit Parma und Piacenza und den österreichischen italienischen Reichslehen zwischen Lehnsrecht und Völkervertragsrecht.

2. *Lehnsrecht*

Die Nachfolge in die Reichslehen regelte sich nach dem seit dem Hochmittelalter für Italien geltenden langobardischen oder «Kayserlichen

[5] J.J. MOSER, *Grund-Riß der heutigen Staats-Verfassung des Teutschen Reiches Tübingen 1754*, Neudruck Frankfurt a.M. 1981, § 4 des Zweiten Anhanges, über das «Italiaenische Staats-Recht», S. 691 f. Aus rechtshistorischer Sicht hat sich in letzter Zeit Reichsitalien zugewandt W. BRAUNEDER, *Alte Ordnung und moderne Staatlichkeit in Oberitalien*, in «Zeitschrift für neue Rechtsgeschichte», 16, 1994, S. 22-242.

Lehnsrecht»[6]. Für die Nachfolge galt als allgemeine Regel lehnsrechtliches Erbrecht im Mannesstamm[7]. Der Kaiser konnte jedoch, unter Umständen mit Zustimmung des Reiches, Frauen ein Lehen übertragen. Es konnte auch die Vermittlung der Nachfolge durch Frauen oder eine generelle weibliche Nachfolge, ein «Weiberlehen», begründet werden.

Investituren auch von Frauen spielten für Mailand eine erhebliche Rolle. Im Vertrag von Blois von 1504 versprach Maximilian die Investitur Ludwigs XII. und seiner «haeres» mit Mailand, Pavia und Asti unter Einschluß auch seiner ältesten Tochter Claude, oder im Falle ihres Todes einer anderen Tochter, für den Fall, daß Ludwig keinen Sohn haben werde. Die Investitur Ludwigs XII. von 1505 enthielt daher eine Eventualinvestitur auch für Claude[8]. Sie wurde im folgenden Vertrag von Cambrai von 1508 aufrechterhalten, obwohl die frühere Verabredung einer Eheschließung Claudes mit dem Enkel Maximilians Karl von 1501 in diesem Vertrag aufgehoben wurde[9]. 1549 ordnete Karl V. in einer Ergänzung der Investituren Philipps II. von 1540/1546 für dieselben Lehen an, daß für den Fall daß keine männlichen Erben vorhanden seien, die älteste Tochter und deren männliche Erben eintreten sollten[10].

6 *Kaiserliches Lehnrecht. Die Libri feudorum in der Fassung des Jodokus Pflanzmann*, Augsburg 1494, Neudruck Leipzig 1989; *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum inde ab a DCCCCXI usque ad a. MCXCVII (911-1197)*, hrsg. von L. Weiland (MGH, *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum*, 1), Hannover 1893, Nachdruck 2003, Nr. 45, 52, 53, 120, 148, 149 (175-178); dazu unter anderem G.M. WEBER, *Handbuch des in Deutschland üblichen Lehenrechts nach den Grundsätzen Georg Ludwig Böhmers*, 4 Theile in 4 Bde., Leipzig 1807-1811, Erster Theil, S. 217 ff.; G. DILCHER, Art. *Libri feudorum*, in A. ERLER - E. KAUFFMANN - D. WERKMÜLLER (Hrsg.) *Handwörterbuch der Rechtsgeschichte*, Bd. 2, 1978, Sp. 1995 ff.; V. COLONI, *Die drei verschollenen Gesetze des Reichstages von Roncaglia*, Aalen 1969.

7 G.M. WEBER, *Handbuch des in Deutschland üblichen Lehenrechts*, Dritter Theil, S. 158 ff.; so auch ein französisches Memorandum von 1552, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique du Droit des Gens*, 8 Bde. und 5 Supplement Bde., Amsterdam 1726-1739, Bd. 4/3, S. 78.

8 Vertrag vom 22. September 1504 und Investitur vom 7. April 1505 nach einem durch den Kardinal d'Amboise für den König geleisteten Lehnseid, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 55 und 60. Es handelte sich aber nicht um ein «Weiberlehen», da nach Claude nur ihre männlichen Erben zur Nachfolge berufen waren.

9 Vertrag vom 13. Oktober 1501, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 15 ff.; Vertrag von 10. Dezember 1508, *ibidem*, S. 109 ff. Zu dieser unten S. 121.

10 Wiederholt in der Investitur Philipps II. durch Rudolf II. vom 28. Februar 1579, in J.C. LÜNIG, *Codex Italiae diplomaticus*, 4 Bde., Frankfurt a.M. - Leipzig 1725-1735, Bd. 3, Sp. 862. Für die ersten beiden Investituren stütze ich mich auf die in J. DUMONT, *Corps*

Desgleichen legte Karl VI. in der Generalinvestitur von 1728 in Verbindung mit der von 1713 die weibliche Erb- und Lehnsnachfolge für alle Lehen in österreichischer Hand, also auch für die italienischen, fest[11].

Fehlte ein lehnrechtlicher Erbe, trat Heimfall durch Mannfall ein. Dem Kaiser stand dann, später mit Zustimmung des Reiches, das Recht zu, das Lehen mit einem gewissen Spielraum über die Person des zu Belehnenden neu auszugeben. Ein Recht zum Einzug zugunsten des Reiches, also letzten Endes des Kaisers, bestand seit dem Mittelalter durch den Leihezwang bereits nicht mehr. Dasselbe galt bei Verlust eines Lehens wegen Felonie.

Aber die lehnsrechtlichen Erbfolgeregelungen ließen im konkreten Fall erhebliche Unklarheiten, die sich mangels einer autoritativen Entscheidungsinstanz in politische und letztlich kriegerische Verwicklungen und Konflikte umsetzten. So berief sich im ersten Konflikt unserer Epoche Ludwig XII. 1499 auf ein Erbrecht nach einem Ehe- und Erbvertrag von 1387 zwischen dem ersten Viscontiherzog und dem französischen König zugunsten der Tochter des Herzogs Valentine Visconti und dem Herzog von Orleans und deren Erben für den Fall des Aussterbens der Visconti in der männlichen Linie. Dieser Fall war bereits 1447 eingetreten. Diese Abrede fand aber keine kaiserliche Zustimmung. So wurde Ludwig XII. 1505 von Maximilian I. auf Grund der genannten Verträge von 1501 und 1504, aber laut Investitururkunde gerade ohne Rückgriff auf eine erbrechtliche Nachfolge investiert.

Auch der letzte Konflikt unserer Epoche entstand 1740 dadurch, daß Maria Theresias Erb- und Nachfolgeansprüche nach der Generalinvestitur der Habsburger von 1728 in Verbindung mit der Pragmatischen Sanktion bestritten wurden. In diesem Fall hatten jedenfalls einige Mächte diese Erbfolge sogar vorher vertragsrechtlich garantiert[12].

Hinter beiden Konflikten stand jedoch mehr als nur ein Streit um Erbrechte. Es ging um machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen den großen europäischen Mächten und damit die Gestaltung der gesamteuropäischen politischen und rechtlichen Ordnung des europäischen Staatensystems in der Frühen Neuzeit.

universel diplomatique, Bd. 4/2, S. 200 f. und S. 311 wiedergegebenen Investituren mit den Daten 11. Oktober 1540 und 5. Juli 1546.

[11] «Ausführliche Nachricht ...» über die Generalinvestitur, in J.C. Lünig, *Codex Germaniae Dipolomaticus*, 2 Bde., Frankfurt a.M. - Leipzig 1732-33, Sp. 731, aber ohne Text der Investitur; *Pragmatische Sanktion* in G. Turba, *Die Pragmatische Sanktion*, Wien 1913.

[12] Unten S. 125 und Abs. 11.

So geriet der Kaiser zunehmend von außen unter politischen Druck durch die anderen an der Ordnung Reichsitaliens im Kontext gesamteuropäischer Ordnung oder doch Gesamtitaliens interessierten europäischen Mächte. Schon zu Beginn gaben die rechtlichen Ansprüche nur den Anlaß, allenfalls eine Grundlage der Konflikte. Mehr und mehr und im 18. Jahrhundert fast ausschließlich traten die politischen Interessen der anderen Mächte eindeutig in den Vordergrund. Denn Reichsitalien wurde in unseren drei Jahrhunderten zu einem zentralen Feld der europäischen Machtauseinandersetzungen. Hier lag zum einen eine erhebliche ökonomische Potenz. Zum anderen war dort wegen der dargelegten lehnsrechtlich bedingten strukturellen Vereinzelung der Lehen ohne festen rechtlichen Mantel für das Ganze und der sich daraus ergebenden weitgehend offenen politischen Situation noch erheblicher territorialer Machtzuwachs in einem Kerngebiet Europas selbst zu gewinnen. So mußte der Kaiser zunächst die einzelnen Lehen und später auch die Lehnsordnung dem Grunde nach immer wieder gegen äußere Mächte in Kriegen verteidigen und durch vertragliche Regelungen sichern[13]. Da das nur im gegenseitigen Ausgleich zwischen den beteiligten und interessierten europäischen Mächten nach der jeweiligen Machtlage gelingen konnte, kam es immer wieder zu zum Teil grundlegenden Veränderungen der Zuordnung der einzelnen Lehen, wenn auch die Lehnsordnung als solche bis zum napoleonischen Einfall 1796 grundsätzlich erhalten blieb.

Es gelang aber den Kaisern immer weniger, ihr Lehnsrecht ohne Einflußnahme von außen auszuüben. So investierte Maximilian I. 1495 Ludovico Sforza, «Il Moro», und seine männlichen Nachkommen als Herzog von Mailand. Er mußte diese Investitur aber auf Grund der Verträge mit Ludwig XII. von 1501 und 1504 wieder aufheben[14]. 1513 trat nach der Rückgewinnung Mailands 1512 der älteste Sohn Ludovicos, Maximilian, das Lehen an, konnte es aber gegen den 1515 zurückkehrenden Franz I. nicht halten. Er verbündete sich mit dem französischen König und übertrug ihm sogar das Herzogtum, weshalb ihn Karl V. 1524 wegen Felonie des Lehens für verlustig erklärte[15].

[13] Das Reich selbst nahm daran wieder zunehmend Interesse und verpflichtete die Kaiser durch die Wahlkapitulationen zur Wahrung der Lehnshoheit, letzte Fassung des Art. 10, § 6 zitiert bei J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 404.

[14] Investitur vom 25. November 1495, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 3/1, S. 333 ff.; Aufhebung der Investitur Ludwigs XII. vom 7. April 1505, oben Anm. 10.

[15] Vertrag vom 14. Oktober 1515, in J.C. LÜNIG, *Codex Italiae diplomaticus*, Bd. 1, Sp. 523, zur Aufhebung der Investitur die folgende Anmerkung.

Karl V. vermochte 1524 Franz II. Sforza, den zweiten Sohn Ludovico Sforzas, und nach dessen sohnlosen Tod 1540/1546/1549 seinen eigenen Sohn Philipp allein aus lehnsrechtlicher Hoheit mit Mailand, Pavia und Asti zu investieren[16]. Aber es lagen Voraussetzungen für Karl V. vor, die für spätere Kaiser nie mehr so eintraten: 1. die Beschränkung auf einen «Zweier-Konflikt» mit Franz I.; 2. Karls überlegene politische Macht und 3. seine kaiserliche Universalismusidee. Diese hatte er gerade im Blick auf Italien in seinem Bündnisvertrag mit Leo X. von 1521 deutlich zum Ausdruck gebracht. In diesem bezeichneten sich beide als «veri et primarii Principes Christianitatis», denen von den anderen Fürsten Respekt geschuldet sei und die für die «gubernatio et administratio totius Reipublicae Christianae» verantwortlich seien[17].

Nach dem Tode des spanischen Königs Karls II. nahm Leopold I. die spanischen «regna et ditiones haereditario jure» für sich in Anspruch. Er übertrug dieses Erbe als Ganzes und damit auch die vom spanischen König innegehabten Reichslehen in Italien seinem zweiten Sohn Erzherzog Karl unter Vorbehalt der Rechte von Kaiser und Reich[18]. Die auch in diesem Fall lehnsrechtlich notwendige Investitur wurde aber nicht vorgenommen. Diese holte Karl als Kaiser 1728 durch die Generalinvestitur seiner selbst nach[19]. Aber erst in den Friedensschlüssen von 1714 und 1725 setzte sich diese Übertragung auf europäischer Ebene durch.

Ein letztes Mal gelang es Joseph I. 1708, die Herzogtümer Mantua und Mirandola wegen Felonie der Herzöge, die sich im spanischen Erbfolgekrieg mit Ludwig XIV. verbündet hatten, einzuziehen. Mantua gab er an sein Haus, Mirandola wurde an den Herzog von Modena verkauft. In beiden Fällen fand aber keine Investitur statt, und die Übertragungen blieben lange streitig, setzten sich aber durch[20]. Dieser Vorgang ist um so bemerkenswerter, als Karl VI. gem. Art. XV des Vertrages von Rastatt/

[16] J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 398, sowie Bd. 4/2, S. 311.

[17] *Ibidem*, Bd. 4, Supplement, S. 96.

[18] Urkunde von 12. September 1703, abgedruckt in G. TURBA, *Die Pragmatische Sanktion*, S. 18 ff.; Erklärung zur Übernahme der spanischen Königskrone vom Juni 1701 in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 10. Aber Leopold machte auch, jedenfalls zunächst, Heimfall der Lehen geltend, K.O. VON ARETIN, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 248 ff.

[19] Vgl. oben, Anm. 11.

[20] J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 407 und 409; K.O. von ARETIN, *Das Alte Reich 1648-1806*, Bd. 2: *Kaisertradition und österreichische Großmachtpolitik (1684-1745)*, Stuttgart 1997, S. 198 ff.

Baden, also auf Grund völkerrechtlicher Verpflichtungen, die aus denselben Gründen wegen Felonie in die Reichsacht und ihrer Lehen für verlustig erklärten Kurfürsten von Bayern und Köln lehnsrechtlich wieder einsetzen mußte[21]. Da das Lehnsrecht strukturell ein bilaterales, zudem personales und hierarchisches Recht war, dessen Handhabung allein in den Händen von Kaiser und Reich lag, gab es den anderen interessierten europäischen Mächten keine eigenen Mitentscheidungs- oder auch nur Mitwirkungsmöglichkeiten. Sie mußten also versuchen, auf dessen Handhabung Einfluß zu nehmen. Das geschah durch Kriege und Verträge, rechtlich also auf der völkerrechtlichen Ebene.

3. *Dynastische Heirats- und Erbvereinbarungen*

Da die Regelung der Herrschaftsnachfolge in der Frühen Neuzeit zunächst noch als persönliche bzw. dynastische und nicht als eigentlich «politische» oder gar «staatliche» Problematik begriffen wurde, wurden zu ihrer Bewältigung zunächst noch dynastische Heirats- und Erbfolgevereinbarungen eingesetzt. Diese waren aber nicht im eigentlichen oder strikten Sinne «völkerrechtliche» Vereinbarungen, mochten andere Abreden in einem solchen Gesamtvertrag auch als solche einzustufen sein. Denn sie betrafen nicht das Gemeinwesen als solches, sondern die Dynastie oder sogar nur die Personen, die den Vertrag abgeschlossen hatten. Andererseits waren sie für das Gemeinwesen von allergrößter Bedeutung, da sie die Herrschaft für dasselbe regelten. Sie bedurften daher in einigen Königreichen der Mitwirkung der vorhandenen Erben und sogar bestimmter Corpora.

Bereits 1501 hatten Maximilian I. und Ludwig XII. eine Heirat zwischen dem damals einjährigen Enkel Maximilians Karl von Luxemburg und Ludwigs ältester Tochter Claude vereinbart. Diese Vereinbarung wurde im Vertrag von Blois im Jahre 1504 bestätigt und mit der bereits erwähnten Ausdehnung der Belehnung des Königs mit Mailand, Pavia und Asti auf Claude verbunden. Mailand sollte Claude von ihrem Vater als Heiratsgut mitgegeben werden[22]. Claude heiratete jedoch den Thronfolger, ihren Vetter Franz I. 1513 vereinbarte Ludwig XII. mit dem Katholischen König Ferdinand die Eheschließung seiner zweiten Tochter Renée mit einem der

[21] Vertrag vom 6. März 1714 Rastatt zwischen Ludwig XIV. und Karl VI./Reich in französischer Sprache und vom 7. September 1714 Baden/Schweiz als Reichsfrieden in der offiziellen Vertragssprache des Reiches Latein, aber ohne inhaltliche Abweichungen, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 415 und 436.

[22] Oben S. 115, sowie Anm. 8 und 9.

beiden Enkel Ferdinands. Jetzt sollte Renée Mailand als Heiratsgut erhalten, das ihr Ludwig vorher durch eine «donation entre vif» geschenkt hatte, in dessen Besitz er allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht war[23]. In dem 1514 abgeschlossenen Heiratsvertrag mit Karl wurden diese Absprachen aber anscheinend wieder rückgängig gemacht[24]. Die Ehe kam ebenfalls nicht zustande. Auch eine weitere Heiratsabrede für Karl mit der Tochter Franz I. Louise von 1516 wurde nicht eingehalten. Es ist unklar, ob sie auch über Mailand disponierte; denn sie bezog sich zwar auf den vorgenannten Vertrag von 1514, sagte aber nur etwas über Neapel, nicht über Mailand[25].

1544 versuchten Karl V. und Franz I. im Frieden von Crépy noch einmal durch die Vereinbarung einer Eheschließung mit Nachfolgeregelung für den Herzog von Orleans mit, nach Auswahl des Kaisers, einer Tochter oder einer Nichte Karls den Streit um Mailand zu beenden[26]. Die Nichte, eine Tochter Ferdinands, sollte als Heiratsgut Mailand bekommen, mit dem dann der Herzog zu belehnen war. Franz I. und der Dauphin verzichteten dafür auf ihre Rechte. Da Mailand aber 1540 an den Infanten Philipp übertragen worden war, hätte er dieses herausgeben müssen; deshalb mußte auch er den Vertrag ratifizieren. Aber einerseits ratifizierte der Dauphin den Vertrag nicht, andererseits starb der Bräutigam vor der Eheschließung.

Eine spätere und zudem erfolgreiche Verknüpfung von dynastischem Recht und Lehnsrecht, aber auch von erheblich geringerer Bedeutung gelang im 18. Jahrhundert in Modena. 1753 bestimmte der letzte Herzog von Modena aus dem Hause Este durch Vertrag mit Kaiser Franz I. als Großherzog der Toskana und Maria Theresia als Königin von Böhmen und Ungarn einen Erzherzog aus dem Hause Habsburg zum Nachfolger und verabredete dessen Ehe mit seiner Enkelin. Die erste Investitur des Erzherzogs Ferdinand erfolgte wohl 1771[27].

[23] Vertrag vom 1. Dezember 1513 in Blois, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 178, Donation vom 16. November 1513, S. 177.

[24] Renée sollte bei Heirat auf ihre Nachfolgerechte verzichten, wohl auch für Mailand, Vertrag vom 24. März 1514 vom Paris, *ibidem*, S. 199.

[25] Vertrag vom 13. August 1516 von Noyon, *ibidem*, S. 224.

[26] *Ibidem*, Bd. 4/2, S. 276 ff.; dazu H. STEIGER, *Bemerkungen zum Friedensvertrag von Crépy en Laonnais vom 18. September 1544 zwischen Karl V. und Franz I.*, in U. BEYERLIN - M. BOTHE - R. HOFMANN - E.-U. PETERSMANN (Hrsg.), *Recht zwischen Umbruch und Bewahrung. Festschrift für Rudolf Bernhardt, Beiträge zum ausländischen Recht und Völkerrecht*, Bd. 120, Berlin 1995, S. 241-265, S. 248.

[27] Vertrag vom 11. Mai 1753, in C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series, annotated*, 231 Bde., New York 1969-1981, hier Bd. 40, S. 61 ff. Zum Beschluß des Reichstages zur Erstbelehnung, siehe J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 409 f.

Aber auch diese Kombination von dynastischem Recht und Lehnsrecht war nur für Nachfolgekonflikte tauglich, die nicht mehr als zwei Seiten interessierten oder jedenfalls von ihnen allein geregelt werden konnten. Im gesamteuropäischen Kontext wurden dynastische Erbansprüche für einen Ausgleich der Interessen und Machtansprüche eher hinderlich, da sie Rechtspositionen bildeten, die einen freien Ausgleich der interessierten Mächte behinderten, Lösungen also erschwerten. So wurden erbrechtliche Nachfolgeansprüche der Frauen oder durch Frauen bei Heiratsverträgen nicht mehr begründet, auf bestehende, einschließlich lehnsrechtlicher aus «Weiberlehen», mußte verzichtet werden[28].

4. *Dynastisches Hausrecht*

Die Regelung der dynastischen Nachfolge durch Hausrecht erhielt ab dem 14. Jahrhundert zunehmende Bedeutung, war aber erst im 18. Jahrhundert jedenfalls für die großen Mächte zum Abschluß gekommen[29]. Es stand der jeweiligen Dynastie zu, mit den mitentscheidenden Corpora, Versammlungen, Gerichten oder sonstigen Einrichtungen durch Hausrecht die Nachfolge selbst zu regeln. So gab es auch immer wieder Versuche, die Nachfolge in den Lehen durch Hausrecht festzulegen. Aber Nachfolgeregelungen in Reichslehen bedurften der Zustimmung des Kaisers als Lehnsherren.

Zu derartigen Versuchen zählte bereits die erwähnte «donation entre vif» durch Ludwig XII. 1513 an seine Tochter Renée. Sie widersprach zum einen der Eventualinvestitur seiner Tochter Claude von 1508 und fand auch nicht die Zustimmung des Kaisers trotz des erwähnten Vertrags von 1513, an dem er zudem nicht selbst beteiligt war. 1515 schenkte Ludwigs Tochter Claude, die sich nach dem Tode ihres Vaters offenbar auf Grund der Eventualinvestitur von 1505 als Inhaberin des Lehens ansah, das Herzogtum durch «donation entre vif» ihrem Mann Franz I., der so Herzog von

[28] So unter anderem Heiratsvertrag für Ludwig XIII. mit der spanischen Infantin Anna vom 20. August 1612, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 5/2, S. 215, sowie Heiratsvertrag für Ludwig XIV. mit der spanischen Infantin Maria-Theresia vom 7. November 1659, *ibidem*, Bd. 6/2, S. 283; Verzichtserklärung der Erzherzogin Maria Josepha vom 19. August 1719 anläßlich ihrer Eheschließung mit dem sächsischen Kurprinzen, in G. TURBA, *Die Pragmatische Sanktion*, S. 54 ff.

[29] Zu den Nachfolgeregelungen in den größeren Reichen unter anderem H. STEIGER, *Rechtliche Strukturen der Europäischen Staatenordnung 1648-1792*, in «Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht» (Heidelberg Journal of International Law), 59, 1999, S. 609-647, S. 626 ff.

Mailand werden sollte, auch diesen Titel annahm. Aber weder Maximilian I. noch später Karl V. erkannten diese *donation* an[30].

Für die europäische Gesamtordnung bedeutsamer war der Versuch des spanischen Königs Karls II., durch die Einsetzung Philipps von Anjou durch Testament vom 2. Oktober 1700 die Erbfolge nicht nur für seine spanischen und amerikanischen Lande, sondern auch für seine Lehen in Italien zu regeln[31]. Kaiser Leopold I. erkannte es nicht an und ging davon aus, daß er Erbe aller Reiche und Gebiete des spanischen Königs, und damit auch für Mailand und die anderen Lehen, sei[32].

1713 versuchte der Großherzog der Toskana Cosimo III. mit Zustimmung des Senates von Florenz seine Tochter, die Kurfürstin von der Pfalz, als Nachfolgerin für den Fall einzusetzen, daß sein Sohn kinderlos versterbe. Allerdings war für das Großherzogtum umstritten, ob es überhaupt ein Reichslehen oder nicht ein päpstliches Lehen oder gar völlig unabhängig sei. Davon ging Cosimo aus. Da nach Reichsauffassung das Großherzogtum ein Reichslehen war[33], erkannte der Kaiser als Lehnsherr diese Einsetzung nicht an[34].

Glücklicher und erfolgreicher schien zunächst der Versuch Kaiser Karls VI., durch die Pragmatische Sanktion die Nachfolge seiner Tochter in den Erbländern, Böhmen, Ungarn und auch in seinen reichsitalienischen Lehen durchzusetzen[35]. Aber zum einen bedurfte es im Reich, in den Erblanden und auf europäischer Ebene Zustimmungen der zuständigen Corpora,

[30] In der Investitur Franceso II. Sforza 1524 hob Karl ausdrücklich hervor, daß es keine Investitur Franz I. gegeben habe, siehe oben, Anm. 16.

[31] Testament vom 2. und 5. Oktober 1700, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 7/2, S. 485. Dazu K.O. von ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2., S. 99 ff.

[32] Siehe oben, S. 119.

[33] K.O. VON ARETIN, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 134 ff. mit Verweisen auf Gutachten von Leibniz u.a.; DERS., *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 354 ff. Die These von Aretins unter Berufung auf C.F. Young, Cosimo sei dieses Recht durch die Friedensverträge von Utrecht eingeräumt worden, wenn auch nicht ausdrücklich, wird von Young nicht belegt und läßt sich meines Erachtens aus den Texten auch nicht mittelbar belegen

[34] Zu dem Streit M. SCHNETTGER, *Dynastische Interessen, Lehnsrecht und Machtpolitik. Der Wiener Hof und die Herschaft der Kurfürstin Anna Maria Luisa von der Pflaz auf die toskanische Erbfolge (1711-1714)*, in «Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung», 108, 2000, S. 351-371.

[35] So enthält G. TURBA, *Die Pragmatische Sanktion*, neben den kaiserlichen Dokumenten selbst auch verschiedene Garantieerklärungen.

vertraglicher Abreden und Garantieerklärungen. Zum anderen fühlten sich Frankreich und Spanien, als der Nachfolgefall eintrat, nicht an die vertraglichen Versprechungen gebunden, so daß es zu einem europäischen Krieg kam, der wiederum die Lösung aus dem dynastischen Hausrecht in das Völkerrecht verlegte[36].

Die Regelung der Nachfolge durch Hausrecht stieß aus vielen Gründen auf Schwierigkeiten. Unklare Regelungen konnten genutzt werden, um politische Interessen ins Spiel zu bringen. Sobald Rechte Dritter, z.B. ältere Erb- und Nachfolgerechte, betroffen waren, gab es Wider- und Einsprüche. Streitigkeiten zwischen mehreren Prätendenten eröffneten Dritten die Möglichkeit der Intervention, sei es durch Mediation, sei es durch Beistand für die eine oder die andere Seite.

5. *Völkerrecht*

Da weder das Lehnsrecht allein für sich, noch seine Kombination mit dynastischen Heirats- und Nachfolgevereinbarungen, noch dynastische Nachfolgeregelungen allein ausreichten, um eine rechtliche Ordnung Italiens zu erreichen, bedurfte es des Rückgriffs auf das Völkerrecht, das sich seit dem 13./14. Jahrhundert theoretisch und praktisch zu einem eigenen Rechtsgebiet für die Beziehungen zwischen den europäischen Mächten als deren gemeinsames allgemeines Recht ausbildete[37]. Dieses stellte mit dem völkerrechtlichen Vertrag ein sowohl hinsichtlich der Partner als auch hinsichtlich des Inhaltes offenes, allgemein einsetzbares Instrument für die beteiligten wie die nur interessierten Mächte bereit, mit dem sie verbindliche und gegenseitige Vereinbarungen über die lehnsrechtlichen Regelungen und die damit zu verbindenden Ausgleiche treffen konnten.

Zwar wurden Abreden über lehnsrechtliche Angelegenheiten geschlossen. Aber aus heutiger Sicht wird man diese Verträge dem Völkerrecht zurechnen können. Die Zeit stellte sich diese Frage allerdings nicht. Für sie gab es nur eine Kategorie von Verträgen zwischen den europäischen Monarchen und ihren Staaten bzw. den Republiken, deren Inhalte aber sehr verschie-

[36] Siehe unten, Abs. 11.

[37] Dazu unter anderem H. STEIGER, Art. *Völkerrecht*, in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7, 1992, S. 97-140; DERS. *Vom Völkerrecht der Christenheit zum Weltbürgerrecht. Überlegungen zur Epochenbildung in der Völkerrechtsgeschichte*, in P.J. HEINIG u.a. (Hrsg.), *Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw*, Berlin 2000, S. 171-187.

den sein konnten. Völkerrechtlich waren es Verträge von den Partnern her, wenn es sich um souveräne Mächte handelte, mochte einer von ihnen auch Lehnsnehmer werden oder sein. Aber auch von den Inhalten der Verträge her wird man sie dem Völkerrecht zuordnen müssen, denn die Abreden über lehnsrechtliche Regelungen wirkten nicht aus sich heraus unmittelbar, also lehnsrechtlich. Sie begründeten die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Partner, insbesondere des Kaisers als Lehnsherren, die Investitur auszusprechen, zu ändern etc. Eine solche Pflicht bestand selbstverständlich nur dann, wenn der Kaiser selbst Vertragspartei war oder dem Vertrag nachträglich zugestimmt hatte. Verträge Dritter banden ihn also rechtlich nicht.

Ab 1648 war gem. Art. VIII, § 2, Abs. 1, *Instrumentum Pacis Osnabrugense* zudem die Mitwirkung des Reichstages beim Vertragsschluß, jedenfalls aber seine nachträgliche Zustimmung notwendig[38]. Auch zur Neubelehnung bedurfte es dessen Zustimmung[39].

Diese Verträge wurden bis zum Abschluß des spanischen Erbfolgekrieges bilateral zwischen den Kriegsparteien geschlossen, bildeten aber unter Umständen Teilverträge eines mehrteiligen Vertragssystems. Seit den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts handelte es sich um multilaterale Verträge. Zwar binden Verträge nur die Partner. Jedoch wurde insbesondere ab 1648 ein allgemeines Netzwerk aufeinander aufbauender, die vorhergehenden Verträge immer wieder grundsätzlich bestätigender Verträge der «puissances principales» gebildet, das von dem Abbé de Mably so genannte «droit public de l'Europe fondé sur les Traités»[40]. Johann Jacob Moser spricht sogar von einem Recht des «Europäischen Staats-Cörpers»[41]. In dieses Recht wurden auch und gerade die Verträge aufgenommen, die die großen europäisierten Nachfolgekonflikte ab 1700 auch für die Lehen in Reichsitalien regelten.

[38] Zur Praxis H. STEIGER, *Das ius belli ac pacis des Alten Reiches zwischen1648 und 1801*, in «Der Staat», 37, 1998, S. 493-520.

[39] Beispiel Modena oben, Anm. 27.

[40] Abbé G.B. DE MABLY, *Le droit public de l'Europe fondé sur les Traités*, 3 Bde., Genf 1764[3]; U. SCHEUNER, *Die großen Friedensschlüsse als Grundlage der europäischen Staatenordnung zwischen 1648 und 1815*, in K. REPGEN - S. SKALWEIT (Hrsg.), *Spiegel der Geschichte, Festgabe für Max Braubach*, Münster 1964, S. 220-250; H. STEIGER, *Der Westfälische Frieden – Grundgesetz für Europa?*, in H. DUCHHARDT (Hrsg.), *Der Westfälische Friede* (Historische Zeitschrift, Beiheft 26), München 1998, S. 33-80.

[41] J.J. MOSER, *Grund=Sätze des jetzt=üblichen Europäischen Völcker=Rechts in Fridens=Zeiten*, Hanau 1750, S. 15.

Eine vertragliche Vereinbarung über die Vergabe eines Lehens war eigentlich rechtlich nur möglich, wenn das Lehen frei, zumindest eine unklare Rechtslage gegeben war. Aber es wurden auch Abreden getroffen, deren Verwirklichung in bestehende Lehnsverhältnisse eingriff, z.B. über Mailand 1504 und 1544. Das trat im 18. Jahrhundert vermehrt auf. Der Kaiser mußte dann das bestehende Lehnsverhältnis aufheben. Das konnte er nach Lehnsrecht aber nur im Falle der Felonie. Dieses rechtliche Problem konnte man aber dadurch aus dem Wege räumen, daß der Lehnsnehmer, wie 1544, in den Vertrag eingebunden wurde, eine Zustimmungserklärung oder auch eine Verzichts- oder Zessionserklärung abgab. Es entstand also ein zweistufiges, wenn nicht sogar mehrstufiges Verfahren. Die erste Stufe bildete der völkerrechtliche Vertrag mit dem Kaiser über die Lehnsvergabe, dem aber noch weitere Vorstufen durch Präliminarverträge etc. vorausgehen konnten; die zweite Stuf bildete die lehnsrechtliche Investitur.

6. *Mailand*

Die Auseinandersetzung um Mailand, Pavia und Asti im 16. Jahrhundert war durch ein politisches und ein rechtliches Element bestimmt. Politisch hatte sie spätestens ab 1499 die rein inneritalienische Szene verlassen und eine europäische Dimension erhalten. Sie war eingebettet in den Kampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen den französischen Königen und den Habsburgern. Rechtlich vollzog sie sich aber nach wie vor in der bestehenden Lehnsordnung. Zwar hatte Ludwig XII. Mailand erobert und Ludovico Sforza vertrieben; aber er erhob lehnsrechtliche Erbansprüche. Während die Kaiser über die Ansprüche der Sforza noch einseitig entscheiden konnten, zuletzt durch die Investitur Ludovico Sforzas 1495 durch Maximilian I., verlangten die neue europäisch-politische Dimension des Streits und die allgemeine Rechtsstellung der Beteiligten als souveräne Herrscher eine einvernehmliche, d.h. aber eine vertragliche Lösung. So wurden in den bereits genannten Verträgen Maximilians I. mit Ludwig XII. von 1501, 1504 und 1508, der 1510 verlängert wurde, die Belehnung Ludwigs XII. und seiner Tochter Claude vereinbart[42]. Sie wurden durch die Investituren

[42] Siehe oben, Anm. 8 und 9. Erst die Vereinbarung von 1504 und die nachfolgende Investitur 1505 galten dem Einschluß der Tochter Claude, da Ludwig keinen männlichen Erben hatte. 1508 wurde wegen der veränderten Heiratspläne für Claude nunmehr mit dem Thronfolger Franz eine Anpassung im Hinblick auf die aus dieser Ehe hervorgehenden männlichen Kinder notwendig. Außerdem spielten die Abreden der Liga von Cambrai vom 10. Dezember 1508 eine Rolle, siehe J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 88.

von 1505 und 1508 vollzogen[43]. Der Kaiser bezog sich als Rechtsgrund für die Investitur ausdrücklich auf den Vertrag von 1504.

Karl V. konnte, wie dargelegt, das Verhältnis zwar noch einmal umdrehen. Aber ganz ohne Verträge kamen auch er und später sein Sohn Philipp II. nicht aus, um dessen Investitur nach außen zu sichern. Karl V. mußte mit Franz I. drei Verträge zur äußeren Absicherung seines lehnsrechtlichen Handelns schließen[44], um schließlich im Vertrag von Crépy 1544 dessen Verzicht auf Mailand zu erreichen, verbunden im übrigen mit dem genannten Heiratsprojekt[45]. Er hatte 1540 seinen Sohn Philipp auch noch nicht endgültig investiert. Die Formel der Übertragung des Lehens lautete: «dedimus, et concessimus sumus, danum concedimus». Es war wohl eher eine *donatio*. Nach dem Scheitern der Heirats- und Erbfolgeabrede durch den Tod des Herzogs von Orleans investierte Karl V. seinen Sohn Philipp am 5. Juli 1546 wohl endgültig mit Mailand etc. unter Bezugnahme auf die *donatio* von 1540 mit der Formel «infeudavimus ac investivimus»[46]. Da aber der Dauphin die nach französischem Verfassungsrecht wegen des Territorialverzichts notwendige Zustimmung zu diesem Vertrag nicht erteilte, trat noch einmal Unsicherheit ein[47], die erst in dem französisch-spanischen Vertrag von Cateau-Cambrésis 1559 durch Erklärungen Heinrichs II. beigelegt wurde[48], die die Verträge von Vervins vom 2. Mai 1598 und den Pyrenäen 7. November 1659 bestätigten[49]. Schon in dieser Notwendigkeit, immer wieder dasselbe durch einen neuen Vertrag zu bestätigen, zeigt sich die Schwäche der vertragsrechtlichen Bewältigung des Konfliktes, ihre Labilität und Disponibilität. Immerhin waren die Investituren der Nachfolger Philipps II. bis zur letzten an Philipp IV. durch Leopold I. 1659 dann nicht mehr gefährdet[50].

43 Siehe oben, Abs. 3, mit Nachweisen.

44 Friedensvertrag von Madrid vom 14. Januar 1525, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 399; Friedensvertrag von Cambrai (Damenfrieden) vom 5. August 1529, *ibidem*, Bd. 4/2, S.7; Friedensvertrag von Crépy en Laonnais, oben Anm. 26.

45 Siehe oben, Abs. 3.

46 Siehe oben, Anm. 18.

47 So wurde in dem oben, Anm. 8 erwähnten französischem Memorandum von 1552 die Ansicht vertreten, daß nach wie vor allein die Investitur Claudes von 1508 gültig sei.

48 J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 5/1 S. 34.

49 *Ibidem*, Bd. 5/1, S. 561 ff., Bd. 6/2, S. 264 ff.

50 J.C. LÜNIG, *Codex Italiae diplomaticus*, Bd. 1, Sp. 583, sowie Bd. 2, Sp. 2287. Karl II. scheint nicht mehr investiert worden zu sein.

Mochte sich der Konflikt auch zwischen Maximilian I./Karl V. und Ludwig XII./Franz I. abspielen und zu regeln sein, so suchten doch beide Seiten Bündnispartner, um ihre Position durchsetzen zu können. Dies waren allerdings noch nur italienische Partner, vor allem die Päpste und Venedig[51]. Noch waren andere europäische Mächte nicht interessiert. Noch schien es ein inneritalienischer Konflikt zu sein, was er aber durch die Einbettung in den Gesamtkonflikt der beiden maßgeblichen «raumfremden» Mächte aber gar nicht mehr war.

7. *Mantua – Montferrat*

Auf den ersten Blick scheint es sich auch bei dem Nachfolgestreit um Mantua und Montferrat um die bilaterale Machtkonkurrenz zwischen der Casa d'Austria und den französischen Königen zu handeln. Aber schon die äußeren Umstände des Konflikts zu Beginn der dritten, schwedischen Phase des dreißigjährigen Krieges weisen auf größere europäische Zusammenhänge hin. Außerdem waren mehrere Mächte, der Kaiser, Spanien, Frankreich und Savoyen beteiligt[52]. So war auch das Verhältnis beider Rechtsebenen bei der rechtlichen Bewältigung dieser Nachfolge wesentlich komplexer.

Als 1627 die in Mantua regierende Linie der Gonzaga ausstarb, erhoben Prätendenten aus den Nebenlinien Guastalla und, unterstützt von Ludwig XIII., Never konkurrierende Erbnachfolgeansprüche. Philipp III. machte Ansprüche auf Grund geheimer Abreden zum sogenannten Oñate-Vertrag von 1617 zwischen dem deutschen und dem spanischen Zweig des Hauses Habsburg, einem Familien- und Erbvertrag, geltend[53]. Er sollte im Vorfeld

[51] Von französischer Seite: Bündnisvertrag Venedig/Ludwig XII. vom 23. März 1514, in J. Dumont, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/1, S. 182; erneuert 1517 durch Franz I., *ibidem*, S. 263; Bündnisvertrag Franz I. mit Leo X u.a. vom 13. Oktober 1515, *ibidem*, S. 214; Heilige Liga zwischen Franz I., Clemens VII. u.a. vom 22. Mai 1526, *ibidem*, S. 541; von kaiserlicher Seite: Bündnisvertrag Karl V. mit Leo X. von 1521, oben Anm. 17; Bündnisvertrag Karl V. mit Clemens VII. vom 29. Juni 1529, J. Dumont, *Corps universel diplomatique*, Bd. 4/2, S. 1.

[52] Zum Mantuanischen Erbfolgestreit: D. Parrot, *Der Mantuanische Erbfolgestreit und der Dreißigjährige Krieg*, in K. Bussmann - H. Schilling, *1648 – Krieg und Frieden in Europa*, Textbd. 1: *Politik, Religion, Recht und Gesellschaft*, München 1998, S. 153-160; K.O. von Aretin, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 116 ff.; G. Lutz, *Rom und Europa während des Pontifikats Urbans VIII.*, in R. Elze - H. Schmidinger - H. Schulte Nordholt (Hrsg.), *Rom in der Neuzeit – Politische, kirchliche und kulturelle Aspekte*, Wien - Rom 1976, S. 72-167, S. 78 ff.

[53] O. Glis, *Der Oñatevertrag*, Limburg 1930.

der Nachfolge in die österreichischen Herrschaften zugunsten des Erzherzogs und späteren Kaisers Ferdinand II. Ansprüche ausschließen. Philipp III. verzichtete auf Erbansprüche auf Böhmen und Ungarn, die dann an Ferdinand kamen. Dafür wurden ihm geheim unter anderem Zusagen zur Belehnung mit demnächst freiwerdenden italienischen Reichslehen gemacht[54]. Schließlich beanspruchte der Herzog von Savoyen auf Grund von älteren Verträgen mit dem Herzog von Mantua und mit Ludwig XIII. von 1614 und 1615 das mit Mantua verbundene Herzogtum Montferrat oder doch Teile desselben[55]. 1629 waren weitere Bündnisverträge zwischen Ludwig XIII. und dem Herzog von Savoyen gegen Ferdinand II. gefolgt[56]. Sie liefen auf eine Teilung Montferrats zwischen Savoyen und Mantua hinaus. Ferdinand II. entschied zunächst nicht.

Die Friedensverträge von Regensburg vom 4. September 1630 und Cherasco vom 6. April 1631 sahen in Art. VI. die Belehnung Herzog Karls Gonzaga-Nevers mit Mantua und Montferrat und in Art II. die Übertragung einiger Plätze im Herzogtum Montferrat an den Herzog von Savoyen vor[57]. Dieser sollte für diese 494.000 Gulden Entschädigung an den Herzog von Mantua zahlen. Zu einer formellen Teilung des Herzogtums in zwei Lehen führte das aber nicht. Das beschäftigte noch lange die italienischen Verhältnisse.

Da wegen der lehnsrechtlichen Regelungen das Reich beteiligt werden mußte, wurde der Vertrag von Cherasco in § 92 des *Instrumentum Pacis Monasteriensis* vom 24. Oktober 1648 als dessen integraler Bestandteil aufgenommen[58]. Die Vereinbarungen gingen auch in die Wahlkapitulationen der Kaiser Leopold I. und noch Josef I. ein[59]. Spanien mußte im Pyrenäenfrieden von 1659 versprechen, für die Einhaltung und Erfüllung der

[54] *Ibidem*, S. 24.

[55] Verträge vom 1. Dezember 1614 und 21. Juni 1615, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 5/2, S. 263 und 271.

[56] 11. März und 10. Mai 1629, *ibidem*, S. 571 und 583.

[57] *Ibidem*, S. 615, sowie Bd. 6/1, S. 9. Der zweite Vertrag war notwendig geworden, weil Richelieu die Ratifikation des ersten verweigerte, Erklärung in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 5/2, S. 615. H. WEBER, *Une paix sûre et prompte. Die Friedenspolitik Richelieus*, in H. DUCHHARDT (Hrsg.), *Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit* (Münstersche Historische Forschungen, 1), Köln - Wien 1991, S. 111-129, S. 117 ff.

[58] A. OSCHMANN (Bearb.), *Die Friedensverträge mit Frankreich und Schweden*, NORDRHEIN-WESTFÄLISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (Hrsg.), *Acta Pacis Westphalicae*, Serie 3, Abteilung B 1, Tl. 1: Urkunden, Münster 1998.

[59] Vom 18. Juli 1658 und 24. Januar 1690, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 6/2, S. 226 und 247.

Bestimmungen der Verträge von Cherasco und Münster bezüglich Mantua und Montferrat einzutreten und sie nicht zu behindern, unter anderem die von seinen Truppen besetzte Stadt Trino herauszugeben.

Zwar dienten die Vereinbarungen der Durchsetzung des lehnsrechtlichen Nachfolgeanspruchs des Herzogs von Gonzaga-Nevers. Aber er selbst war an ihnen gar nicht beteiligt. Der Herzog von Savoyen ratifizierte hingegen zum einen für sich den ersten Vertrag und schloß zudem einen eigenen Vertrag mit dem französischen König, in dem er unter anderem versprach, frühere Verträge zu beachten. Für den Kaiser entstand allein eine völkerrechtliche Bindung gegenüber Ludwig XIII. und dann Ludwig XIV., aber keine irgendwie geartete lehnsrechtliche Bindung gegenüber den Herzögen. Erst durch die Investituren, die alsbald wiederum unter ausdrücklicher Berufung auf die Verträge erfolgten, kamen die lehnsrechtlichen Bindungen zustande.

Rechtlich waren auch in diesem Fall die Belehnungen von den Abreden in einem völkerrechtlichen Vertrag abhängig. Aber vorher hatte es vertragsrechtliche Festlegungen zwischen am Lehnsverhältnis nicht beteiligten Dritten gegeben, die Vorentscheidungen über die Lehnsvergabe enthielten, die dann gegen den Kaiser als Lehnsherren durchgesetzt wurden. Jedoch ließen sich weiterreichende Pläne Richelieus zur Umgestaltung Reichsitaliens, die im Zusammenhang mit den Plänen für eine auch das Reich umfassende und damit strukturell verändernde Liga standen, nicht realisieren[60]. Das Lehnssystem als solches blieb erhalten. Politisch hatte der Konflikt drei gesamteuropäische Konsequenzen. Der französische König hatte jedenfalls indirekt wieder in Italien Fuß gefaßt. Die beiden Häuser Habsburg waren in Gegensatz zueinander geraten. Die Gegner des Kaisers und Spaniens, Schweden, die protestantischen Reichsstände und die Niederlande, erfuhren nicht nur diplomatische und finanzielle Unterstützung, sondern auch militärische Entlastung.

8. *Die spanische Erbfolge*

Mit dem Konflikt um die spanische Erbfolge trat die Ausweitung der Bedeutung der Lehnsnachfolge in den italienischen Reichslehen über die unmittelbar beteiligten Mächte Kaiser, Spanien, Frankreich, Savoyen auf

[60] F. DICKMANN, *Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu. Studien an neu entdeckten Quellen*, in «Historische Zeitschrift», 197, 1963, S. 265-319, S. 308 ff.; DERS., *Der Westfälische Frieden*, Münster 1972³, S. 157 ff.

die interessierte Mächte Großbritannien, Niederlande und Bayern ein. Bereits vor dem Eintritt des erwarteten Erbfalles schlossen Frankreich, Großbritannien und die Niederlande aber ohne Kaiser und Reich 1698 und 1700 Teilungsverträge, um die Nachfolgefrage durch eine Teilung des spanischen Erbes umfassend vertraglich zu regeln. Dabei trafen sie auch Bestimmungen über die reichsitalienischen Lehen aus dem spanischen Erbe[61]. Der Kaiser nahm die von den drei Mächten ausgesprochene Einladung, dem Vertrag beizutreten, nicht an.

Die drei Mächte nahmen auf die lehnsrechtliche Lage und die Rechte von Kaiser und Reich keine große Rücksicht. Im 1. Teilungsvertrag sprachen sie die spanischen Königreiche dem Enkel Ludwigs XIV. Philipp von Anjou zu. Die ehemals spanischen Reichslehen in Italien sowie Neapel und Sizilien sollte der zweite Sohn Kaiser Leopolds I. Erzherzog Karl erhalten. Im 2. Teilungsvertrag wurde das wieder umgestoßen. Die spanischen Königreiche sollten nunmehr an Karl, Neapel und Sizilien an Philipp fallen. Das Herzogtum Mailand sollte an den Herzog von Lothringen übertragen werden, dessen Herzogtum im Reich unter die volle Souveränität des französischen Königs gestellt werden, also aus dem Reichsverband ausgegliedert werden sollte.

Das bereits erwähnte Testament Karls II. von Spanien und der alsbald ausbrechende Krieg machte die Pläne zwar hinfällig[62]. Aber zum ersten Mal war die bestehende Lehnsverteilung völkerrechtlich bis in das Reich hinein grundsätzlich zur Disposition gestellt worden. Allerdings erwies sich die überkommene grundsätzliche Ordnung selbst nach Ausbruch des Krieges jedenfalls formal noch als bestimmend. Philipp V. eroberte zwar Mailand, erbat aber die Investitur mit dem Herzogtum als Lehen, die der Kaiser verweigerte[63].

In den jeweiligen Bündnisverträgen wurden gemeinsame Kriegsziele auch für Italien formuliert. Dem Kaiser gelang es, in einem Bündnis mit Großbritannien und den Niederlanden deren Unterstützung für das Kriegsziel zu erhalten, die spanischen Niederlande, aber auch Mailand usw. für den Kaiser zurückzugewinnen[64]. Aber für die endgültigen Regelungen der Verteilung des spanischen Erbes und damit auch der italienischen Reichslehen

[61] 1. Teilungsvertrag vom 11. Oktober 1698, 2. Teilungsvertrag vom 13. März 1700, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 7/2, S. 442 und 477.

[62] Siehe oben, Anm. 31.

[63] K.O. VON ARETIN, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 249 f.

[64] Art. V, Bündnisvertrag Leopolds I. mit Wilhelm III. von Großbritannien und den Generalstaaten der Niederlande vom 7. September 1701, in J. DUMONT, *Corps universel*

in Utrecht und Rastatt/Baden war nicht mehr die traditionelle Rechtsordnung, sondern das neue völkerrechtpolitische Prinzip des «europäischen Gleichgewichts» maßgebend[65]. Als Karl Nachfolger Josefs I. in allen Herrschaftsrechten einschließlich des Kaisertums geworden war, mußte gemäß dem genannten Prinzip verhindert werden, daß er eine ähnliche Stellung wie Karl V. erlangte. So konnte er nicht das ganze spanische Erbe antreten. Es wurde neu verteilt.

Wegen der zahlreichen Beteiligten am Kriege und deren unterschiedlichen Interessen einerseits und der Technik, nur jeweils bilaterale Verträge abzuschließen, erwies sich die friedensvertragliche Regelung in Utrecht und Rastatt/Baden als sehr komplex. Die für Reichsitalien rechtlich maßgebenden Bestimmungen enthält Art. XXX des Friedensvertrages von Rastatt/Baden zwischen Ludwig XIV. und Kaiser Karl VI. und dem Reich[66]. Zwar wird letzten Endes an dem Status der reichsitalienischen Lehen nichts verändert, da alle bis 1700 vom spanischen König innegehabten, von Leopold I. als Teil seines Erbes in Anspruch genommenen und von ihm an Karl VI. übertragenen italienischen Reichslehen in der Hand des Kaisers blieben. Aber bemerkenswerterweise geht Art. 30 der Verträge von Rastatt und Baden nicht auf die Lehnshoheit von Kaiser und Reich ein. Nicht die Rechte des Kaisers und des Reiches an Mailand usw. werden garantiert, sondern der französische König verspricht, den Kaiser nicht in seinem ruhigen und friedlichen Besitz zu stören, wie in zur Zeit des Abschlusses des Vertrages die spanischen Könige des Hauses Österreich genossem, «de tous les Etats et Lieux, qu'Elle (la Majesté Impériale) possède actuellement ... et qui ont été possedées ci-devant par les Rois d'Espagne de la Maison d'Autriche». Der Rechtsgrund des Besitzes, Erbrecht oder Lehnsrecht, interessiert für diesen Vertrag ebensowenig wie für die territorialen Regelungen der Friedensverträge von Utrecht und Rastatt/Baden. So bleibt auch offen, ob der Besitz Karls VI. als Kaiser für das Reich oder sein bzw. des

diplomatique, Bd. 8/1, S. 89. Darauf nahmen auch die Kriegserklärungen der beiden Westmächte an Frankreich Bezug, *ibidem*, S. 112 und 115.

[65] Das Prinzip des Europäischen Gleichgewichts fand seine ausdrückliche vertragsrechtliche Verankerung in Art. 3 und 4, Friedensvertrag zwischen Philipp V. und dem Herzog von Savoyen vom 13. August 1713, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 401 ff. Die zeitgenössische wie die gegenwärtige Literatur ist umfangreich, siehe u.a. W.G. GREWE, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, Baden-Baden 1984, S. 38 ff. und S. 341 ff. mit weiteren Verweisen; K.O. VON ARETIN, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 55 ff.; H. DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700-1785*; H. DUCHHARDT - F. KNIPPING (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen in 9 Bänden*, Bd. 4, 1997, insbesondere S. 7 ff.

[66] Siehe oben, Anm. 21.

Hauses Österreich Besitz als Erbe oder als Lehnsnehmer ungestört bleiben soll. Das ist ein internes Verhältnis, das für die völkervertragsrechtliche Regelung zwischen Kaiser und König offenbar nicht mehr interessiert. Die Unterscheidung von innen und außen, die das Völkerrecht vor allem im 19. und 20. Jahrhundert prägt, scheint hier hervorzutreten. Im übrigen wurden wiederum Teile Mailands und nunmehr das ganze Herzogtum Montferrat dem Herzog von Savoyen zugesprochen, der zudem die Insel und das Königreich Sizilien erlangte und damit zum König aufstieg[67].

Aber noch waren keine verbindlichen Regelungen Karls VI. mit Philipp V. und mit dem Herzog von Savoyen getroffen. Das bedeutete, daß die Beteiligten in ihrem jeweiligen Verhältnis zueinander ihre jeweiligen Ansprüche aufrechterhielten und die Rechtsstellung des anderen in seinen Besitzungen nicht anerkannten. Es blieb in Italien beim tatsächlichen Besitzstand nach der Kapitulation der französischen Truppen 1707[68] und bei den Regelungen eines Waffenstillstandes zwischen Karl VI., Philipp V., Ludwig XIV. und Georg I. vom 14. März 1713[69]. Die italienischen Reichslehen wurden wieder von Karl übernommen. Aber eine Investitur erfolgte auch jetzt nicht. Außerdem erlangte das Erzhaus, wie bereits dargelegt, das Herzogtum Mantua[70].

Die sich mehrfach verändernden vertragsrechtlichen Abreden über die Verteilung der italienischen Reichslehen zwischen 1698 und 1713/14 zeigen mit aller Deutlichkeit, wie wenig verläßlich und stabil vertragliche Abreden waren, wenn auch zum Schluß das herauskam, was 1698 im ersten Teilungsvertrag für sie vorgesehen war. Das dem Grunde nach recht stringente Lehnsrecht war verfügbar geworden. Völkerrechtliche Verträge konnten seine Stringenz nicht ersetzen. Das wird bereits in den folgenden Jahren noch schlimmer.

[67] Verträge vom 8. November 1703 zwischen Leopold I. und dem Herzog von Savoyen, garantiert durch Art. VII, Vertrag Ludwigs XIV. mit dem Herzog von Savoyen vom 11. April 1713 in Utrecht, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 362 ff., sowie Vertrag zwischen Philipp V. und dem Herzog von Savoyen vom 13. August 1713, *ibidem*, S. 401; Art. VII, Vertrag vom 11. April 1713 zwischen Ludwig XIV. und Herzog Victor Amadeus, *ibidem*, S. 362 ff. (S. 364).

[68] Kapitulation der französischen Truppen in der Lombardei vom 13. März 1707, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 212.

[69] C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series, annotated*, Bd. 27, S. 409, bestätigt in Art. 30 des Vertrages von Rastatt/Baden, siehe oben, Anm. 21.

[70] Siehe oben, Anm. 20.

9. *Nachfolge Toskana und Parma-Piacenza*

Nicht nur, wie bereits dargelegt, das Haus Medici im Großherzogtum Toskana, sondern auch das Haus Farnese in den seit 1545 von dem Herzogtum Mailand getrennten und miteinander vereinigten Herzogtümern Parma und Piacenza war im 18. Jahrhundert vom Aussterben in der männlichen Linie bedroht[71]. Jedoch erhob die einzige Tochter des regierenden Herzogs und zweite Frau Philipps V. Elisabeth Farnese Erbansprüche auf die beiden Herzogtümer. Die auch hier notwendige Zustimmung des Kaisers für die weibliche Nachfolge wurde ebensowenig wie bei der Erbeinsetzung der verwitweten Kurfürstin von der Pfalz durch ihren Vater Cosimo III. im Großherzogtum erteilt. Im übrigen war auch für die beiden Herzogtümer umstritten, ob sie Reichslehen seien. Denn die Päpste nahmen sie als päpstliche Lehen in Anspruch[72].

Da beide Nachfolgefragen in Verbindung mit dem noch offenen Frieden zwischen Karl VI. und Philipp V. und dem Herzog von Savoyen und König von Sizilien die Stabilität der europäischen Gesamtordnung wiederum gefährdeten, setzten Ludwig XV. und Georg I. in Verbindung mit den Niederlanden die Kontrahenten unter Druck. Am 18. Juli 1718 vereinbarten offenbar die beiden Könige einen Vorschlag, der am 22. Juli/2. August 1718 zum Londoner Vertrag über die sogenannten «Quadrupelallianz» mit dem Kaiser führte[73]. Die Niederlande, das dritte Mitglied der Tripelallianz vom 4. Januar 1717, beteiligten sich nicht[74]. Der Vertrag legte Bedingungen für die Friedensschlüsse zwischen dem Kaiser einerseits mit Philipp V. und andererseits mit dem Herzog von Savoyen/König von Sizilien fest. Karl VI. mußte auf alle Rechte an der spanischen Königskrone verzichten. Jedoch sollten Mailand sowie Neapel und Sizilien an ihn fallen. Das Großherzogtum Toskana und die beiden Herzogtümer Parma und Piacenza wurden

[71] K.O. von Aretin, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 127 ff.; ders. *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 354 ff.

[72] J.J. Moser, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 410; K.O. von Aretin, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 127 ff.

[73] J. Dumont, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 531 ff. Der Vertrag vom 18. Juli wird in der Präambel des zweiten Vertrages als dessen Grundlage angeführt, ist aber bei Dumont nicht mitabgeduckt. Zur allgemeinen politischen Bedeutung H. Duchhardt, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 263 ff.

[74] Insofern ist der Wortlaut dieses Vertrages, der die Niederlande als Vertragspartner aufführt und in den Einzelbestimmungen mit einbezieht, irreführend. Es war also nur eine «Tripelallianz». Deswegen sind wohl die Niederlande auch entgegen dem Wortlaut seiner Präambel nicht an der Vereinbarung vom 18. Juli beteiligt gewesen.

als Reichslehen mit männlicher Sukzession anerkannt. Der Kaiser mußte sich aber verpflichten, sie an den ältesten Sohn aus der Ehe Philipps V. mit Elisabeth Farnese Don Carlos durch Eventualinvestitur nach Zustimmung des Reichstages zu übertragen. Der König von Sizilien sollte Sizilien an Karl herausgeben, dafür aber Sardinien mit der Königswürde von diesem erhalten. Im Separatartikel wurden Philipp V. und der König von Sizilien aufgefordert, die Bedingungen binnen drei Monaten anzunehmen. Die beiden Westmächte versprachen dem Kaiser für den Fall, daß dies nicht geschähe, ihre militärische Unterstützung[75]. Diese sogenannte «Quadrupelallianz» stieg wegen ihrer grundlegenden Bedeutung in das allgemeine Netzwerk des *droit public de l'Europe* auf.

Der König von Sizilien bzw. dann Sardinien nahm die «Bedingungen für einen Frieden» alsbald an. Philipp V. erklärte sich hingegen erst am 26. Januar 1720 nach Fristverlängerung und einem für ihn schlecht verlaufenem Krieg gegen die drei Bündnispartner bereit, die Friedensbedingungen des Londoner Vertrages anzunehmen[76].

Die Friedensverträge wurden zwar erst am 30. April zwischen Karl VI. und Philipp V. und am 7. Juni 1725 zwischen Kaiser und Reich und dem spanischen König nach dem wenig erfolgreichen Kongreß von Cambrai[77] in Wien abgeschlossen[78]. Jedoch vollzog Karl VI. bereits 1723 nach Zustimmung des Reichstages die Eventualinvestitur des Infanten Don Carlos mit Toskana und mit Parma/Piacenza. Dabei wurden die Bedingungen des Vertrages von London in Art. III ff. Wort für Wort, wenn auch angepaßt, übernommen.

Der Kaiser hatte zwar seine Rechte dem Grundsatz nach wahren können. Jedoch in den Einzelheiten kam es im weiteren zu kleineren Konflikten. In dem durch einen Politikwechsel veranlaßten neuen Bündnisvertrag Philipps V. mit Ludwig XV. und Georg I. vom 9. November 1729 in Sevilla

[75] J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 539.

[76] *Ibidem*, Bd. 8/2, S. 17.

[77] Die dort erhobenen Forderungen, unter anderem des Herzogs von Parma, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Supplement, Bd. 2/2, S. 169 ff. Zum Kongreß u.a. K.H. LINGENS, *Kongresse im Spektrum der friedenswahrenden Instrumente des Völkerrechts – Cambrai und Soissons als Beispiele frühneuzeitlicher Praxis*, in DUCHHARDT (Hrsg.), *Friedenswahrung in Mittelalter und Früher Neuzeit*, S. 205-226; H. DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 267 ff.

[78] J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/2, S. 106 und 121. Der Reichsfriedensvertrag enthielt vor allem die definitive Regelung für die drei Herzogtümer mit Zustimmung des Reichstages, obwohl er der Eventualbelehnung bereits 1722 zugestimmt hatte.

wurden zwar die Nachfolgeregelungen bestätigt, aber die Verlegung von 6.000 Mann spanischer statt ursprünglich vorgesehener neutraler Schweizer Truppen an bestimmte bezeichnete Plätze in Parma vorgesehen[79]. Das stieß auf den Widerspruch des Kaisers. Aber er mußte sich in einem Vertrag mit Philipp V. nach Zustimmung durch den Reichstag auch damit einverstanden erklären[80], nachdem ihm vorher Georg I. auch für die Niederlande eine Garantie gegeben hatte, daß diese Truppen nur eine Sicherungsaufgabe haben sollten[81].

Weitere Eingriffe in die lehnsrechtliche Stellung des Kaisers verbargen sich in einem Familienvertrag, den der Großherzog der Toskana und der spanische König über die Nachfolge zugunsten des spanischen Infanten Don Carlos abschlossen[82]. Der Großherzog stimmte der Nachfolge durch den Infanten zu und verpflichtete sich, die Zustimmung des Senates von Florenz einzuholen. Der Infant sollte möglichst bald in Florenz Quartier nehmen. Aber solange der Großherzog am Leben sei, sollte er allein die Regierung mit allen Rechten seiner Souveränität und «puissance absolue et indépendance» ausüben. Sollte der Großherzog vor der Kurfürstinwitwe und während Minderjährigkeit des Infanten sterben, sollte sie als «Großherzogin» die Herrschaft für ihn ausüben und die Vormundschaft innehaben. Zwar erklärte der spanische König, es handele sich um ein «engagement de famille», das an den bestehenden Verträgen und den dort getroffenen Verpflichtungen der Katholischen Majestät nichts ändern könne und solle. Trotzdem wandte sich der Kaiser in einer Gegenerklärung gegen verschiedene Punkte. Die Nachfolge beruhe allein auf den verschiedenen Abkommen und dem Einsetzungsdiplom der Medici durch Karl V. sowie dem Lehnscharakter einiger Besitzungen des Großherzogs. Nur er könne den Titel einer Großherzogin verleihen, und nur er könne über die Vormundschaft für Don Carlos entscheiden[83]. Eine solche Regelung nahm er dann vor, nachdem Philipp Don Carlos von seiner väterlichen und königlichen Gewalt «emanzipiert» hatte. Er setzte die Großmutter des Infanten, die Herzoginwitwe von Parma, und den Großherzog der Toskana zu Vormündern ein[84]. Wiederum nahm der Kaiser dabei auf die Verträge

[79] J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/2, S. 158.

[80] Vertrag vom 16. März 1731 Wien, Zustimmung des Reichstages vom 14. Juli 1731, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Supplement Bd. 3, S. 304.

[81] Vertrag vom 19. März 1731, *ibidem*, S. 288.

[82] Convention de Famille vom 25. Juli 1731, *ibidem*, S. 311.

[83] *Ibidem*, S. 313.

[84] Erklärung vom 16. Oktober 1731 und Patent vom 31. Oktober 1731, *ibidem*, S. 316.

von London von 1718 und Wien von 1725 aber auch auf die bereits 1723 erfolgte Eventual-Investitur Bezug. Der Kaiser betonte daher auch, daß es sich bei Don Carlos um einen «vasallus novus» handle, der «ad illa feuda Imperiala vocatus» sei. Auch die Vormünder erklärten, daß Don Carlos «tanquam novus et non ex pacto et providentiam Majorem ad praedicta Imperii Feuda vocatus vasallus» sei.

Erst jetzt nach Abschluß der Friedensverträge von 1725 erfolgte eine Belehnung Karls VI. durch sich selbst als Kaiser im Rahmen der Gesamtbelehnung des Hauses Österreich von 1728 auch mit den reichsitalienischen Lehen Mailand, Pavia, Asti und dem neu-erworbenen Mantua[85]. Zwar blieb in diesem Gesamtvorgang die überkommene mittelalterliche Lehnsordnung selbst noch aufrechterhalten, aber sie bedurfte der internationalen Anerkennung und völkerrechtlichen Garantie. Dadurch blieb ihr Bestand eben deshalb davon abhängig, daß sich alle an die einmal vereinbarten Regelungen hielten. Dies war in diesem Vorgang jedoch nur bedingt der Fall. Außerdem war dem Kaiser die freie Verfügung über heimfallende Reichslehen durch völkerrechtliche Vereinbarungen Dritter weitgehend genommen. Er konnte sie im besseren Fall allenfalls beeinflussen, mußte ihnen im schlimmeren Fall beitreten und sie im einen wie im anderen Fall vollziehen. Die Schwäche der überkommenen Lehnsrechtsordnung gegenüber den politischen Interessen der europäischen Mächte wurde immer deutlicher. Mochte sie auch noch respektiert werden, sie wurde mehr und mehr manipuliert, um sie den Notwendigkeiten der Verfolgung und Durchsetzung dieser Interessen anzupassen. Das tritt in den nachfolgenden Vorgängen noch offener zu Tage.

10. *Reichsitalien und die polnische Nachfolge*

Denn die reichsitalienischen Lehen wurden in einen Nachfolgekonflikt hineingezogen, von dem sie selbst, anders als in den bisherigen, als solche gar nicht betroffen waren, in den Nachfolgekonflikt in Polen nach dem Tode des Königs von Polen und Kurfürsten von Sachsen August des Starken im Jahre 1733[86]. Dort standen Österreich, Preußen, Sachsen und Russen

[85] Siehe oben, Anm. 11.

[86] H. Duchhardt, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 288 ff.; K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 333 ff.; E. Garms-Cornides, *Päpstliche Friedenspolitik und italienisches Gleichgewicht*, in O. Kresten - A. Wandruszka (Hrsg.), *Römische historische Mitteilungen*, 28, 1986, S. 303-338; E. Garms-Cornides, *Die Toskana zwischen Rom und Wien*, in P. Chiarini - H. Zeman (Hrsg.), *Italia-Austria. Alla ricerca del passato commune*, Bd. 1:

auf Seiten des sächsischen Kurfürsten August II. für die Königswahl gegen Frankreich und Spanien, die Stanislas I. Leszczyński, der zudem Schwiegervater Ludwigs XV. war, unterstützten. Dieser Konflikt löste 1733 einen neuen Krieg auch in Italien aus. Truppen der feindlichen Verbündeten besetzten neben Neapel und Sizilien auch Mailand. Während in der französischen Kriegserklärung an den Kaiser, nicht an das Reich, nur der Konflikt um Polen genannt wurde, machte der sardische König auch Verstöße gegen frühere Vereinbarungen in Bezug auf Italien geltend[87]. Gerade die Bedrohung der italienischen Reichslehen veranlaßte den Kaiser, mit Zustimmung des Reichstages Frankreich nicht nur für Österreich, sondern für Kaiser und Reich den Krieg zu erklären[88].

1735 legten die beiden Seemächte einen vertraglichen Vermittlungsvorschlag für die nunmehr verknüpften Nachfolgekonflikte in Polen und in Italien vor. Als Ausgangspunkt für die Vorschläge hieß es unter anderem «pour terminer un Accomodement des ces brouilleries [in Polen], il est absolument nécessaire d'éviter les discussions de Droit, et de plusieurs difficultés de même nature»[89]. Damit ist die Grundposition des Vorranges der Politik vor dem Recht deutlich ausgesprochen. Zwar war die Praxis schon 1648 mit Rechtsfragen recht freizügig verfahren[90] und war, wie gezeigt, auch in Reichsitalien das überkommene Lehnsrecht nur noch eine Hülse, die nach politischen Interessen gefüllt wurde. Aber nun war das neue Prinzip ausdrücklich formuliert und offizielle Grundlage eines internationalen Vermittlungsvorschlages geworden.

Die Vermittler unterbreiteten, wenn auch nach vorheriger Rücksprache mit den Höfen, Vorschläge, die zwar nicht zum ersten Mal, aber sehr tiefgreifend in die wenige Jahre zuvor mühselig ausgehandelten und noch bestehenden Lehnsrechtsverhältnisse eingriffen. Für Italien schlugen sie einen Tausch von Neapel-Sizilien für Don Carlos gegen Toskana und Parma/Piacenza für Karl VI. vor. Außerdem sollte der König von Sardinien, der immer irgendwie profitierte, den *Stato dei Presidii* an der toskanischen Küste erhalten.

1450-1796, Rom 1995, S. 411-485; E. GARMS-CORNIDES, *Firenze tra Roma et Vienna*, in A. CONTINI - M.G. PARRI, *Il Granducato di Toscana e i Lorena nel Secolo XVIII*, Firenze 1999, S. 93-118.

87 Kriegserklärung Ludwig XV. vom 10. Oktober 1733, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Supplement Bd. 3, S. 459; Kriegserklärung des Königs von Sardinien und Herzogs von Savoyen von 1733, *ibidem*, S. 462.

88 Kriegserklärung vom 13. März 1734, *ibidem*, S. 486.

89 Vorschläge vom 28. Februar 1735, *ibidem*, S. 529.

90 H. STEIGER, *Rechtliche Strukturen der Europäischen Staatenordnung*, S. 641.

Die endgültige Regelung im Präliminarvertrag von 1736 und dem Friedensvertrag von 1738 zwischen Kaiser und Reich und dem französischen König ging jedoch grundsätzlich darüber hinaus und sprengte den italienischen Rahmen[91]. Denn um Stanislas I. den Verzicht auf die polnische Königskrone zu erleichtern, sollte er die zum Reich gehörenden Herzogtümer Lothringen und Bar unter Beibehaltung seines Königstitels und der königlichen Ehren zu Lehen erhalten. Nach seinem Tode sollten sie über seine Tochter Maria unter die ausschließliche Souveränität der französischen Krone fallen. Der Herzog von Lothringen Franz, der zukünftige Gemahl Maria Theresias, sollte mit dem Großherzogtum Toskana entschädigt werden, der Plan des 2. Teilungsvertrages von 1700 also wieder aufleben. Seine Reichsstandschaft verlor der Herzog bei diesem Tausch jedoch. Der König von Sardinien und Herzog von Savoyen erhielt weitere kleinere Teile des Herzogtums Mailand und einige kleinere Lehen zugesprochen. Für Habsburg blieben das verkleinerte Herzogtum Mailand, Mantua und Parma/Piacenza. Trotz des tiefen Eingriffs nicht nur in die Ordnung Reichsitaliens, sondern auch in die des Reiches stimmte der Reichstag bereits dem Präliminarvertrag zu[92]. Auch die erforderlichen Verzichtserklärungen erfolgten bereits nach Abschluß des Präliminarvertrages. Die jeweiligen Betroffenen erklärten ebenfalls auf dessen Grundlage die notwendigen Zessionen für das Königreich Beider Sizilien mit dem *Stato dei Ptesidii* das Großherzogtum Toskana und die vereinigten Herzogtümer Parma und Piacenza. Im übrigen garantierte Ludwig XV. die Pragmatische Sanktion.

Der Friedensvertrag von 1738 wurde wie auch die früheren in das Netzwerk der «Großen Friedensverträge» des *droit public de l'Europe* aufgenommen, bildete damit auch einen Stein im Fundament der gesamteuropäischen Ordnung. Der neue Großherzog wurde 1737 durch Eventualbelehnung investiert. Stanislas wurde hingegen nicht investiert. Es gab nur eine Besitznahme am 8. Februar 1737[93]. Eine Erweiterung der Generalinvestitur Karls VI. an sich selbst von 1728 erfolgte auch nicht.

Zwar war die herkömmliche Lehnsordnung in Reichsitalien dem Grunde nach noch einmal bestehen geblieben. Alle diesbezüglichen Vereinbarun-

[91] Präliminarvertrag zwischen Karl VI. und Ludwig XV. vom 3. Januar 1736, mitgeteilt an Großbritannien und die Niederlande als Vermittler, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Supplement Bd. 3/2, S. 546; Friedensvertrag vom 18. November 1738; C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 35, S. 183. Dazu im einzelnen H. DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 294 ff.

[92] Reichsgutachten vom 18. Mai 1736, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Supplement Bd. 3, S. 548 f.

[93] Investitur vom 12. Juli 1737, *ibidem*, S. 597 und S. 594.

gen mußten in diese Ordnung durch Investiturakte des Kaisers umgesetzt werden. Aber sie war inhaltlich beliebig manipulierbar geworden und bot keine Hindernisse für politische Rochaden. Die zitierte Erklärung der Vermittler gibt den grundlegenden Prinzipienwechsel für die Gestaltung der politisch-rechtlichen Gesamtordnung Europas umstandslos wieder. Um einen allgemeinen Konsens zu erreichen, konnte mit einer gewissen Beliebigkeit mit den herrschaftlichen Zuordnungen der politischen Einheiten verfahren werden. Dabei nahmen die sogenannten «Puissances Principales», Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, der Kaiser und in gewissem Maße auch Spanien die zentrale Macht wahr. Im Osten gewann auch Rußland eine ähnliche Stellung.

11. *Die österreichische Nachfolge*

Diese Tendenz verschärfte sich noch im letzten größeren europäischen, dem österreichischen Nachfolgekonflikt, der auch Reichsitalien betraf[94]. Es fällt schwer, die für die Zeitgenossen selbst strittige lehnsrechtliche wie völkerrechtliche Rechtslage im nachhinein aufzudröseln.

Bereits im Reich war die Lage unklar. Der Reichstag hatte zwar die Pragmatische Sanktion in einem vom Kaiser bestätigten Reichsschluß vom 12. Januar 1731 anerkannt[95]. Der Kurfürst von Bayern und künftige Kaiser Karl VII. Albrecht erhob aber zunächst eigene Erbansprüche auf die gesamten österreichischen Lande[96]. Außerdem war umstritten, ob die Lehen an das Reich heimgefallen oder Maria Theresia als Erbe zugefallen waren[97].

Aus heutiger Sicht läßt sich folgendes festhalten. Träger der italienischen Lehen war auf Grund der Zession von 1703 und der Generalinvestitur von 1728 Karl VI. selbst gewesen[98].

Diese sollte auch die weibliche Nachfolge nach der Nachfolgeordnung der Pragmatischen Sanktion vom 19. April 1713, auf die der Oberst-Hof-Kanzler

[94] Zu den Auseinandersetzungen insgesamt K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 413 ff.

[95] J.J. Pachner von Eggentorff, *Vollständige Sammlung der Reichsschlüsse*, Tl. IV, 1719-1740, Regensburg 1777, Neudruck Hildesheim 1996, S. 358 ff. und S. 368 ff.

[96] K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 413.

[97] J.J. Moser, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 407 zu einem Streit zwischen J.J. Schmauß und D. Ströter.

[98] Siehe oben, Anm. 11.

in seiner Adresse an den Kaiser aus Anlaß der Belehnung ausdrücklich Bezug nahm, erfassen. Denn diese legte die weibliche Nachfolge unterschiedslos in alle Lehen innerhalb und außerhalb des Reiches, also auch in Italien, fest[99]. Zwar wurde das nicht ausdrücklich gesagt. Aber zum ersten war dies gerade ihre wesentliche Funktion. Zum anderen ergab es sich implizit aus dem Vorbehalt der Rechte des Reiches für die von ihm abhängenden Länder in § 7 des Haus-Vertrages zwischen Leopold I., Joseph I. und Erzherzog Karl von 1703 über die Zession der spanischen Krone und ihrer Dependancen, der der Pragmatischen Sanktion zugrunde lag. Ein solcher Vorbehalt war nur für die Lehen notwendig. Da der Reichstag der Pragmatischen Sanktion zugestimmt hatte, lag darin wohl auch unausgesprochen, aber eingeschlossen eine entsprechende Änderung der Lehnsfolge in allen Lehen. Ohne diese wäre die Zustimmung ziemlich funktionslos gewesen, da alle österreichischen Gebiete im Reich und in Reichsitalien Lehen waren. In der Generalinvestitur waren aber die Herzogtümer Parma, Piacenza und Guastalla noch nicht enthalten, da sie erst durch den Wiener Präliminarfrieden von 1735 für die Habsburger vorgesehen wurden. Für sie war in der Quadrupelallianz ausdrücklich die männliche Lehnsnachfolge bestätigt worden. So konnte man zweifeln, ob weibliche Erbfolge eintreten konnte. Aber Maria Theresia selbst ging davon aus, die Herrschaftsnachfolge in allen Lehen, auch in Reichsitalien innezuhaben.

Die Rechtslage nach dem *droit public de l'Europe* war ebenfalls nicht völlig eindeutig. Zwar hatten einige europäische Mächte die Pragmatische Sanktion und ihre Nachfolgeregelungen anerkannt, ihre Garantie und Verwirklichung versprochen[100]. Aber das mühselig von Karl VI. geknüpfte System völkerrechtlicher Verträge der internationalen Sicherung hielt nicht stand. Großbritannien blieb bei seiner Garantie, Frankreich und Spanien[101] hingegen nicht.

Es kam daher wiederum wie schon 1700 international zu gegensätzlichen Auffassungen und Allianzen[102]. Maria-Theresia schloß 1743 mit Groß-

[99] Hausvertrag zwischen Leopold I. und seinen beiden Söhnen Joseph und Karl vom 12. September 1703, in G. TURBA, *Die Pragmatische Sanktion*, S. 30 ff.

[100] Der König von Großbritannien im Vertrag mit Karl VI. vom 19. März 1731, auf den sich auch der genannte Reichsschluß stützte, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/1, S. 288 ff.; Ludwig XV. in dem Präliminarvertrag von 1735 und erneut im feierlichen Friedensvertrag von 1738.

[101] Bündnisvertrag zwischen Karl VI. und Philipp V. vom 30. April 1725, in J. DUMONT, *Corps universel diplomatique*, Bd. 8/2, S. 113 ff.

[102] Dazu H. DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 303 ff.

britannien ein Bündnis, dem der König von Sardinien 1745 in Worms beitrat[103]. Ziel beider Bündnisse war vor allem der Schutz der italienischen Besitzungen gegen die spanischen und französischen Bourbonen, um zu verhindern, daß alle Küsten des Mittelmeeres in der Hand dieser Familie vereinigt würden (Präambel). Sie verabredeten eine gegenseitige Garantie ihrer Besitzungen und Besitzansprüche gemäß den Verträgen von 1703, Utrecht und Baden und den danach folgenden bis zum Vertrag von 1738 und der als Reichsgesetz gem. der Zustimmung des Reichstages. Es wurden also sowohl völkerrechtliche als auch reichsrechtliche Grundlagen herangezogen. Der König von Sardinien verzichtete als Herzog von Savoyen zugunsten Maria Theresias und ihrer Erben und Nachfolger auf seine von ihm geltend gemachten Rechte am Herzogtum Mailand und garantierte die österreichische Thronfolgeordnung. Andererseits verpflichtete sich Maria Theresia gemäß Art. IX weitere Teile der Herzogtümer Mailand, Pavia und Piacenza an den sardischen König zur ständigen Vereinigung mit seinem Herrschaftsgebiet zu zedieren. Es waren diese alle Teile von Reichslehen. Zwar wurden die Rechte des Reiches vorbehalten, aber Vorbehalte für Zustimmung des oder Investitur durch den Kaiser enthielt der Vertrag nicht. Das gleiche geschah gem. Art. X für die Markgrafschaft und den Hafen von Finale, aber ohne Vorbehalt für Kaiser und Reich. Voraussetzung für alle Zessionen war ausdrücklich, daß der sardische König bis zum Schluß bei der Stange blieb. Man hatte so seine Erfahrungen mit den Herzögen von Savoyen.

Noch vor seiner Wahl zum Kaiser hatte der bayerische Kurfürst in einem Bündnis mit dem König von Spanien gegen dessen Unterstützung der Wahl zum einen die Garantie aller Besitzungen des Königs beider Sizilien Don Carlos in Italien und zum anderen die Unterstützung der noch zu tätigenden Erwerbungen und Eroberungen zugunsten des bereits erwähnten zweiten Sohnes Philipps V. aus zweiter Ehe, Don Philipp, versprochen[104].

Spanien und Frankreich schlossen zunächst einen Familienvertrag, verbunden mit einer Geheimen Offensiv- und Defensivallianz gegen die Königin von Böhmen und Ungarn[105]. Sie garantierten sich gegenseitig ihre Besitzungen und Rechtsansprüche und versprachen ihre Durchsetzung und

[103] Vertrag vom 15. Februar 1743 in Westminster, in C. Parry (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 36, S. 77; Vertrag vom 13. September 1743 von Worms, *ibidem*, S. 183 ff.

[104] Vertrag vom 28. Mai 1741 in Nymphenburg, *ibidem*, S. 193; K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 458 ff.

[105] Vertrag vom 25. Oktober 1743, in C. Parry (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 37, S. 209 ff.

Verteidigung, insbesondere die vom spanischen König geltend gemachten Erbrechte nach Karl VI. Philipp V. übertrug diese Rechte auf Don Philipp, sowohl für den Staat von Mailand als auch für die Herzogtümer Parma und Piacenza, aber diese mit einem Vorbehalt zugunsten der Mutter, Elisabeth Farnese. Da sie den Kaiser für parteiisch hielten, «el tener por parcial al emperador», vereinbarten die beiden Könige die Schaffung einer Allianz oder eines Bündnisse für alle italienischen Staaten, also eine grundlegende, nicht mehr lehnsrechtlich bestimmte Neuordnung Italiens[106]. Daher war auch nicht davon die Rede, das Einverständnis des Kaisers oder gar dessen Investitur einzuholen. Es wurde im Gegenteil betont, daß der Prinz die Staaten «en toda soberania» besitzen solle. Seine Einsetzung wurde in einem Separatartikel zum eigentlichen Kriegsziel in Italien erklärt: «principal objeto de la guerra que se trata hacer en Italia». Die Lehnsabhängigkeit Mailands und der Herzogtümer wurde stillschweigend übergangen, war also offenbar politisch und vor allem rechtlich nicht mehr beachtlich. Frühere Verträge wurden, anders als im vorgenannten Vertrag von Worms, auch nicht in Bezug genommen. Ein weiterer Vertrag von 1745 schloß auch den König von Neapel und Sizilien sowie Genua ein. Der Stadt wurden in einem Separat- und Geheimvertrag eine Reihe von Lehen zugesprochen, die dem König von Sardinien gehörten und erst noch erobert werden mußten[107]. Zudem wurde vereinbart, auf den zukünftigen Kaiser einzuwirken, daß er Genua die Hoheit – *supériorité territoriale* – über die in einer beigefügten Liste genannten Lehen dergestalt übertrage, daß Genua sie als Afterlehen – *sous-fiefs* – innehaben solle, die Oberhoheit aber beim Reich – *souverainete de l'Empire* – bleibe und die Republik alle fünfzig Jahre die Investitur erhalten müsse, verbunden mit allen Prärogativen.

Die von Spanien und Frankreich ohne lehnsrechtliche Grundlage geplante Neuordnung Italiens erwies sich aber schon alsbald als nicht realisierbar. Denn bereits in dem von Spanien 1744 mit Karl Emanuel nunmehr als Kaiser Karl VII. geschlossenen Vertrag zur Erneuerung des Nymphenburger Vertrages wurden die Lehnsrechte wieder zur Grundlage der Abreden gemacht[108]. Der Wormser Vertrag Österreichs, Großbritannien und Sardiniens wurde für irregulär erklärt, weil er willkürliche Regelungen über Herrschaftsgebiete enthalte, die von der Oberhoheit von Kaiser und Reich abhingen. Der Kaiser und der König sähen sich daher gezwungen, gemein-

[106] Art. 7, *ibidem*, S. 213, K.O. von Aretin, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 458 ff.

[107] Vertrag vom 1. Mai 1745 von Aranjuez, in C. Parry (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 36, S. 353 und 365.

[108] Vertrag vom 23. September 1744 in Frankfurt/Main, *ibidem*, S. 303.

sam mit allen Mitteln gegen derartig gefährliche Projekte vorzugehen. Daß der spanische König dasselbe in dem Familienvertrag der Bourbonen getan hatte, wurde wohl anders interpretiert. Denn der Kaiser versprach gerade den Vollzug der dort getroffenen Abreden, d.h. sich mit seiner ganzen kaiserlichen Autorität dafür einzusetzen, daß Don Philipp Mailand, Parma und Piacenza erhalte, das Reich dem zustimme und er den Prinzen investieren werde[109]. Karl VII., ging bei diesen Abreden offenbar vom Heimfall der Lehen aus und erkannte Maria Theresia als deren Inhaberin nicht an. Da somit beide darüber überein stimmten, daß es sich bei Mailand, Parma und Piacenza um Reichslehen handelte, also auch der spanische König die Lehnshoheit von Kaiser und Reich anerkannte, hatte Karl VII. anders als durch den Nymphenburger Vertrag durch diesen Vertrag, den er nicht mehr als Kurfürst, sondern als Kaiser schloß, Reichsrechte gesichert, jedenfalls für den Augenblick.

Aber der Tod Karls VII. am 20. Januar und die Wahl Franz' I. am 13. September 1745 sowie der Tod Philipps V. 1746 veränderten das Tableau. Der erste Schritt, die auseinanderliegenden Positionen beider Seiten zusammenzuführen, die Gesamtordnung Europas gerade auch in Italien zu regeln und den Frieden wiederherzustellen, erfolgte wiederum in einem Präliminarvertrag zwischen Georg II., den Generalstaaten und Ludwig XV. vom 30. April 1748 in Aachen[110]. Am 18. Oktober 1748 folgte ebenfalls in Aachen der eigentliche Friedensvertrag zwischen acht Mächten, an dem zwar Philipps Nachfolger Ferdinand II. und Maria Theresia, nicht aber Kaiser und Reich beteiligt waren[111].

Die Reichslehnsordnung als solche wurde als Rahmen und Grundlage implizit noch einmal bestätigt, indem der Vertrag die Verträge seit Münster und Osnabrück einschließlich der Quadrupel-Allianz und der Verträge von 1735/1738 als *base et fondement* auch seiner Bestimmungen anerkannte und ihre Befolgung verlangte und versprach, soweit keine Abweichungen durch den Präliminarvertrag oder den endgültigen Vertrag vorgenommen würden. Das war aber für die Lehensordnung als solche nicht der Fall. Es wurde in Art. XV des Friedensvertrages zudem ausdrücklich stipuliert, daß in Italien im übrigen alles so bleiben solle, wie es vor dem Krieg gewesen

109 Art. 4-6.

110 C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 38, S. 237 ff.

111 *Ibidem*, S. 297. Auf die eigenartige Konstruktion dieses Vertrages, der, ähnlich wie der kaiserlich-französische Präliminarvertrag von 1735, von drei Mächten unterzeichnet wurde und dem die anderen fünf Mächte beitraten, kann hier nicht näher eingegangen werden. Die Protesterklärung Maria Theresias und die Beitrittserklärungen, *ibidem*, S. 250 ff.

sei. Auf diese Weise waren neben Mailand im übrigen auch das Großherzogtum Toskana und die Herzogtümer Parma und Piacenza wiederum als Reichslehen bestätigt.

Aber in den konkreten Regelungen nahmen der Präliminarvertrag und der Friedensvertrag nicht einmal verbal-formal Rücksicht auf die lehnsrechtlichen Implikationen ihres Vorschlages und sahen grundlegende Umgestaltungen der Verhältnisse Reichsitaliens vor. Parma und Piacenza sowie das Herzogtum Guastalla sollte Don Philipp als zweite spanische Sekundogenitur neben Neapel-Sizilien erhalten. Insoweit konnten sich also die Bourbonen durchsetzen. Es war allerdings, wiederum aus Gründen des Gleichgewichts, ein Rückfall an Maria Theresia für die Fälle vorgesehen, daß entweder Philipp ohne männliche Erben sterben, also sein Bruder bzw. dessen Erben ihm nachfolgen, oder er seinerseits die Nachfolge im Königreich Neapel-Sizilien antreten sollte.

Um diese Vereinbarungen umzusetzen, übertrug Maria Theresia ihre Rechte an den Herzogtümern durch eine Zessions- oder Abtretungserklärung für sich und ihre Nachfolger und Erben auf Don Philipp und seine männlichen Erben. Auch der König von Sardinien und Herzog von Savoyen verzichtete auf den von ihm innegehabten Teil an Piacenza[112].

Verabredung und Vollzug von Zessionen hatte es auch schon früher gegeben, 1703 durch Leopold I. zugunsten seines Sohnes Karl und 1737 zum Vollzug des Präliminarvertrages von Aachen. Aber in beiden Fällen war der jeweilige Kaiser entweder Zessionar oder Vertragspartner, und im zweiten Fall lag zudem die Zustimmung des Reichstages vor. An den Aachener Verträgen war der Kaiser nicht beteiligt, und die Rechte von Kaiser und Reich waren nicht vorbehalten. Eine Genehmigung der Zessionen oder Übertragungen der Reichslehen durch Maria Theresia und den König von Sardinien durch den Kaiser und den Reichstag wurde weder erbeten noch erteilt. Diese war aber lehnsrechtlich geboten, da die Neuverteilung einerseits das Ausscheiden Maria Theresias als Lehnsnehmerin gegenüber Kaiser und Reich und andererseits die Einsetzung eines neuen Lehnsnehmers vorsah. Es hat auch keine Neuinvestitur Don Philipps durch den Kaiser gegeben.

Die Stellung der drei Herzogtümer war daher von da an ungewiß. Als die Könige von Spanien, Frankreich und Sardinien vereinbarten, daß

[112] Die Zessionserklärungen sind innerhalb des Friedensvertrages vom 18. Oktober 1748 abgedruckt, *ibidem*, S. 310 ff. In dem Konzept einer Weisung Franz Stephans an Graf Kaunitz vom 17. Juli 1748 hat der Kaiser aber wohl bedeutsame Kritik an der Nichterwähnung der Reichsrechte in Art. 4 geübt, Reichs-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Reichskanzlei, *Friedensakten*, Nr. 187a, Bd. 4. Ich danke Herrn Leopold Auer für diesen Nachweis.

Piacenza im Falle des Erlöschens der Linie Don Philipps entgegen der Rückfallregelung von 1748 an Sardinien fallen sollte, Vertrag vom 10. Juni 1763, protestierte der Kaiser, wohl mehrfach. Die Kaiser haben aber keine Rechte, z.B. auf Kontributionen, gegen die Herzogtümer angesetzt oder gar durchsetzen können. Moser neigt der Auffassung zu, sie seien jedenfalls faktisch aus dem Lehnsverband ausgeschieden[113].

Die Aachener Verträge behandelten die Lehnsordnung in Reichsitalien allenfalls als leere Hülse. Sie hatte nach außen im Verhältnis zu Dritten keine bestimmende Kraft mehr, wurde von einer Lehnsnehmerin aus dem Hause Habsburg und Reichsstand in den Vereinbarungen mit dritten Mächten nicht mehr beachtet. Denn der Vollzug des Aachener Vertrages erfolgte in diesem Punkte ausschließlich durch die Zessionserklärungen Maria Theresias und des Königs von Sardinien, die selbst Bestandteile des Vertrages wurden. Da eine irgendwie geartete Mitwirkung von Kaiser und Reich nicht mehr stattfand, wollte die Herzogin von Parma und Piacenza offenbar völkerrechtlich als Souveränin handeln, die sie aber nur in Ungarn, nicht in den Herzogtümern war. Sie verstieß damit gegen Reichs- und Lehnsrecht. Der Kaiser oder der Reichshofrat hätten wohl einschreiten müssen. Mir ist davon aber nichts bekannt geworden.

12. *Das Ende*

Die Regelungen von 1748 hielten bis zum Einbruch Napoleons 1796. Dieser führte zur völligen Beseitigung der Reichslehnsordnung und zur grundlegenden Umgestaltung der politisch-rechtlichen Ordnung Oberitaliens, vor allem durch die Gründung der Cisalpinischen Republik aus napoleonisch-französischer Macht[114]. In den Friedensverträgen von Leoben vom 18. April und Campo Formio vom 17. Oktober 1797 sowie dem Reichsfrieden von Lunéville vom 14. Juni 1801 wurden diese Veränderungen völkerrechtlich nur noch nachträglich bestätigt[115].

[113] J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staats=Recht*, S. 407 für Guastalla, zurückhaltender aber skeptisch, S. 411 für Parma und Piacenza.

[114] Proklamation Napoleons über die Unabhängigkeit der Cisalpinischen Republik vom 29. Juni 1797, G.F. MARTENS, *Recueil des Principaux Traités etc conclus par les Puissances de l'Europe*, 7 Bde., Göttingen 1791-1801, hier Bd. 7, Göttingen 1801, Nr. 23 a, S. 197.

[115] C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 54, S. 53 ff.; G.F. MARTENS, *Recueil des Principaux Traités etc conclus par les Puissances de l'Europe*, Nr. 25, S. 208 ff., sowie Nr. 82, S. 538 ff.

Die Intervention Napoleons beruhte auf den revolutionären völkerrechtlichen Prinzipien, die den Krieg von 1792 trugen[116]. Das Herkommen sollte nicht mehr gelten, sondern zerbrochen werden, um eine völlig neue Ordnung republikanischer Freiheit auch in Italien zu errichten. Das revolutionäre Völkerrecht war nunmehr allein übrig, um die neue Ordnung zwischen den Mächten rechtlich zu gestalten und abzusichern. Den Vertragspartnern war durchaus bewußt, was geschah. Der Kaiser versprach in Art. XI der geheimen Zusatzartikel zum Vertrag von Campo Formio, sich beim Reichstag kraft seiner kaiserlichen Autorität für die Aufhebung aller Reichsrechte der «suzeraintê» in Bezug auf die zur Cisalplinischen Republik gehörenden früheren Lehnsgebiete einzusetzen. Diese ist zwar nicht ausdrücklich erfolgt. Man wird aber annehmen dürfen, daß dieses rechtliche Ende des neunhundert Jahre alten Reichsitalien stillschweigend mit der Zustimmung des Reichstages zum Vertrag von Lunéville am 7. März 1801 vollzogen wurde[117].

13. *Einige Schlußfolgerungen*

Die Lehnsordnung Reichsitaliens wurde zwar bis 1796 aufrechterhalten. Aber im 18. Jahrhundert bedurfte es dafür der völkerrechtlichen Garantie durch die anderen Mächte Europas. Die Vergabe der einzelnen Lehen wurde bereits seit 1499 immer stärker durch völkerrechtsvertragliche Regelungen gesteuert. Das geschah zunächst noch durch bilaterale Verträge der unmittelbar beteiligten Mächte. Aber ab dem Ende des 17. Jahrhunderts griffen mehr und mehr lediglich interessierte europäische Mächte in diese Vergaben ein, und es bedurfte multilateraler Regelungen. Die Gestaltung der gesamteuropäischen Ordnung nach den politischen Interessen erhielt dabei mehr und mehr Vorrang vor dem Herkommen, wenn es wohl auch der im 18. Jahrhundert noch vorherrschenden Vorstellung entsprach, überkommene Ordnungen jedenfalls als Rahmen einer inneren politischen wie rechtlichen Entwicklung grundsätzlich zu achten. Auch deswegen ließen

[116] Dazu u.a. W.G. GREWE, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, S. 485 ff.; R. REDSLOB, *Völkerrechtliche Ideen der französischen Revolution*, in *Festgabe für Otto Mayer*, Tübingen 1916, S. 273-301; W. MARTENS, *Völkerrechtsvorstellungen der französischen Revolution in den Jahren von 1789 bis 1793*, in «Der Staat», 3, 1964, S. 295-314.

[117] Eine Nachforschung im Staatsarchiv Marburg an Hand der Akten des Landgrafen von Hessen-Kassel zu den Beratungen des Reichstages sowohl auf dem gescheiterten Kongreß in Rastatt als auch später in Regensburg ergab mit Ausnahme einer bedauernden Äußerung des Vertreters des Bischofs von Worms über den Verlust Italiens keine Hinweise, daß diese Frage überhaupt erörtert worden wäre.

sich wahrscheinlich solch «moderne» Pläne wie die Richelieus in der Mitte des 17. Jahrhunderts oder der Bourbonen 1743 nicht realisieren.

Das völkerrechtliche Vertragsrecht war innerhalb dieses Rahmens einerseits hinreichend flexibel, disponibel und ungebunden gegenüber den Regelungen lehnsrechtlicher Verhältnisse. Die Maxime der Mediatoren von 1735, vor allem nicht über Recht zu diskutieren, hatte sich gerade auch zum Nachteil des Lehnsrechts durchgesetzt. Es hatte sich anderseits schon im 16. Jahrhundert gezeigt, wie labil vertragsrechtliche Regelungen waren. Das steigerte sich bis in das 18. Jahrhundert. Auch oder gerade in diesen Abreden setzte sich das neue tragende staatliche Prinzip des Völkerrechts, die Souveränität, immer stärker gegen die Bindungen an das Herkommen des Lehnsrechts durch. Einzelheiten standen zur Disposition der souveränen Mächte je nach politischer Machtlage.

So konnten Neugestaltungen und Umverteilungen innerhalb der gesamteuropäischen Ordnung auf der Grundlage des Gleichgewichtsprinzips vorgenommen werden, ohne das Herkommen selbst aufzuheben, wenn auch dadurch eine wachsende Spannung zwischen der grundsätzlichen Aufrechterhaltung lehnsrechtlicher Ordnung und den politischem Bedürfnissen, über die einzelnen Lehen gemäß den Interessen disponieren zu können, entstand. Gesamteuropäisch war daher bereits 1748 die Lehnsordnung Reichsitaliens irrelevant. Andererseits begünstigte das Gleichgewichtsprinzip aber auch den Erhalt der überkommenen Ordnung, setzte sie vielleicht voraus. Eben deshalb war das Netz des «Droit public de l'Europe fondé sur les traités» als die tragende völkerrechtliche Struktur für diese Stabilität der allgemeinen Ordnung entstanden. Es war sogar prinzipiell üblich, während eines Krieges eroberte Gebiete zu restituieren, abgesehen von den Gebieten, die an andere übergehen sollten. Für diese wurden dann aber in der Regel zumindest Teilkompensationen vorgesehen. Beides war umfangreich im Osnabrücker Vertrag von 1648 geschehen, blieb aber auch im 18. Jahrhundert Praxis. Darauf beruhten alle Tauschgeschäfte in den Verträgen des 18. Jahrhunderts, am eklatantesten in der großen Rochade von 1735, durch die zwar das Reich durch den Übergang Lothringens an Frankreich am Ende einen Verlust erlitt, aber wegen der Kompensation durch das Großherzogtum Toskana nicht das Haus Habsburg.

Der Ablauf des Zustandekommens der völkervertragsrechtlichen Regelungen läßt in der Vertragspraxis seit Ende des 17. Jahrhunderts eine Hierarchie der europäischen Mächte erkennen[118]. Die Seemächte Großbritannien und

[118] Dazu auch H. DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 259 ff.

die Niederlande wurden häufig als Vermittler und Garanten tätig. Sie vereinbarten mit Frankreich in den Verträgen von 1698, 1718, nominell zwar ohne, aber inhaltlich wohl mit Zustimmung der Niederlande, und 1748 nicht nur die Verteilung der Lehen in den jeweils anstehenden Nachfolgekonflikten, sondern verabredeten in geheimen Zusatzartikeln zu den beiden letztgenannten auch, daß eine Macht, die ihre Zustimmung nachdrücklich verweigern sollte, «ne jouira pas des avantages, qui lui sont procurés par ces présens Articles Préliminaires» (1748), d.h. aber des Friedens und des Besitzes ihrer Rechte usw.[119]. Der Papst wurde wegen Neapel und Sizilien, die seiner Lehnshoheit unterstanden, nicht mehr an den Verträgen beteiligt, ebensowenig der Großherzog oder der Herzog von Parma und Piacenza wegen der Verfügungen über ihre Nachfolge noch zu Lebzeiten und 1748 Kaiser und Reich. Daran wirkte sogar die Gemahlin des Kaisers mit. Sie konnten allenfalls nachträglich zustimmen und hatten sich zu fügen. Es zeigt sich im übrigen aber, daß auch Frankreich in der Regel seinen politischen Willen nur in Übereinstimmung mit den beiden anderen Mächten, jedenfalls in der Entente mit Großbritannien durchsetzen konnte[120]. Auch deshalb muß die auch heute noch vielfach vertretene These von der französischen Vorherrschaft seit 1648 differenziert werden[121].

Es gibt sicher viele Gründe dafür, daß die italienischen Reichslehen vom 16. Jahrhundert an immer mehr zur politischen und damit völkerrechtlichen «Verfügungsmasse» (Heinz Duchhardt) im europäischen Mächtespiel werden konnten. Ein maßgeblicher Grund besteht meines Erachtens im völligen Mangel einer institutionalisierten Einheitsbildung des «Italiänischen Königreiches», der die Lehen unmittelbar dem europäischen Mächtespiel, zunehmend auch dem des Kaisers als Haupt des Hauses Österreich aussetzte. Ihnen fehlte, anders als den Lehen im Reich, in Konfliktfällen die schützende Hülle rechtlich verfaßter und institutionalisierter Gemeinsamkeit. Die Lehnsabhängigkeit wirkte sich zum anderen gerade bei den Nachfolgeproblemen negativ für sie aus, weil sie einerseits eigene Verfügungen

[119] C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 348, S. 245.

[120] H. DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie*, S. 261 ff.

[121] Völkerrechtsgeschichtlich ist die Bezeichnung der Epoche zwischen 1648 und 1815 als «Französisches Zeitalter» durch W.G. GREWE, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, S. 325 ff.; DERS. (Hrsg.), *Fontes Historiae Iuris Gentium*, 3 Bde., hier Bd. 2: 1493-1815, Berlin 1988, Tl. B, S. 183 ff.; K.-H. ZIEGLER, *Völkerrechtsgeschichte*, München 1994, S.176 ff. zu undifferenziert. Frankreich hat das Völkerrecht dieser Zeit nicht derart vorrangig geprägt, daß eine solche Kennzeichnung völkerrechtsgeschichtlich einen inhaltlich zutreffenden Eindruck vermittelte.

über die Erbfolge, wie dargelegt, ausschloß, und sie andererseits von außen verfügbar machte. Schließlich waren die italienischen Lehen trotz ihrer erheblichen Bedeutung für die auswärtigen, «raumfremden» Mächten nur Nebenländer und daher in deren weitergespannten Interessen für allfällige notwendige Ausgleiche eher disponibel als die Kernländer.

Die Entwicklung Reichsitaliens in den drei Jahrhunderten hatte zwar auch, aber eher indirekt und in eigentümlich retardierter Weise Anteil an der Herausbildung des frühneuzeitlichen europäischen Staatensystems. Politisch wandelte sich seit Maximilian I. kaiserliche Lehnspolitik materiell von innerer Lehnspolitik mehr und mehr zur «Außenpolitik». Das galt nicht nur in den Auseinandersetzungen um die Verteilung der Lehen mit den außeritalienischen, «raumfremden» souveränen Partnern im Ringen um die gesamteuropäische Ordnung. Es galt auch für die kaiserliche Politik gegenüber den Lehnsträgern zur Durchsetzung der Reichsansprüche, jedenfalls soweit diese selbst Souveräne waren[122]. Eine klare Abgrenzung zwischen «innen» und «außen», zwischen Lehnsrechtsverhältnis und Völkerrechtsverhältnis war noch nicht gegeben. Reichsitalien befand sich zwischen verfassungs-lehnsrechtlicher Innenstellung und völkerrechtlich-lehnsrechtlicher Außenstellung im Gesamtgefüge Europäischer Ordnung in einer «Zwitterstellung».

Für die europäische Rechtsordnung war diese italienische Entwicklung Teil des aufhaltsamen Niedergangs des Lehnsrechts und des aufhaltsamen Aufstiegs des Völkerrechts. Noch führte diese Entwicklung in der Frühen Neuzeit nicht grundsätzlich aus der alteuropäischen Ordnung hinaus, sondern suchte die durch die Entstehung der modernen Dynastien und der Staaten heraufgeführten Veränderungen zum europäischen Staatensystem in ihr und auf den herkömmlichen Grundlagen zu bewältigen. Aber sie höhlte diese nach und nach aus und löste sie in nicht unwesentlichen Teilen ab. Das war jedoch kein auf Reichsitalien beschränkter, sondern ein allgemein-europäischer Prozeß. Denn ähnliches vollzog sich bereits seit dem 16. Jahrhundert im Nordwesten Europas und auch im Westen des Reiches. Karl V. hatte 1544 im Frieden von Crépy von ihm innegehabte

[122] Das zeigt sich vor allem in den hier nicht behandelten Konflikten zwischen Madrid/Mailand und Wien um kleinere italienische Lehen, z.B. Finale, F. EDELMAYER, *Maximilian II., Philipp II. und Reichsitalien. Die Auseinandersetzungen um das Reichslehen Finale in Ligurien* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, 130), Stuttgart 1988; generell J.P. NEDERKORN, *Reichsitalien und der Kaiserhof im Zeitalter der Hegemonie Spaniens*, in P. CHIARINI - H. ZEMAN (Hrsg.), *Italia-Austria*, S. 59-57; K.O. VON ARETIN, *Das Reich, Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht*, S. 101 ff.

französische Lehen unter seine Souveränität gebracht[123]. Das Reich verlor seinerseits nach und nach den nördlichen Teil der niederländischen Lehen durch völkerrechtliche Absprachen, an denen es selbst zum Schluß gar nicht mehr beteiligt war. Im Westen des Reiches lockerten sich ab 1552 die lehnsrechtlichen Bindungen für Metz, Toul, Verdun und später im Elsaß und im Herzogtum Lothringen, bis auch sie aus der Hoheit des Reiches ausschieden. Ab 1648 wurden im Reich selbst Lehen völkerrechtlich neu verteilt. Das alte, herkömmliche europäische lehnsrechtliche Gebäude war zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nur noch eine rissige Fassade, hinter der längst ein neues Bauwerk für Europa entstanden war. Sie brach im Ansturm der neuen internationalen Politik der französischen Revolution ohne weiteres überall und damit auch für Reichsitalien zusammen.

[123] H. STEIGER, *Bemerkungen zum Friedensvertrag von Crépy en Laonnais*, S. 247 f.

L'Impero dopo l'abdicazione di Carlo V e dopo la Pace di Westfalia in alcune testimonianze memorialistiche romane

di *Stefano Andretta*

In sede preliminare le principali testimonianze di ambiente cattolico-romano prese qui in esame meritano una breve introduzione per diverse ragioni. Innanzitutto per l'ampiezza dell'arco cronologico della loro composizione: quasi infatti cent'anni trascorsero tra l'una e l'altra. La prima fu scritta nel 1560-1561 e la seconda presumibilmente nel 1658, ed entrambe – come si può subito arguire dalle date – rappresentano una percezione politica e persino psicologica dell'Impero inevitabilmente condizionata da due eventi relativamente recenti rispetto alla loro scrittura. Eventi che non è inopportuno definire fondamentali nella storia imperiale: l'abdicazione e poi la morte in Spagna di Carlo V d'Asburgo (1556, 1558) e la Pace, o meglio le Paci, di Westfalia (1648).

In secondo luogo, perché si tratta di documenti manoscritti che si possono considerare strutturalmente diversi dai resoconti e dalle corrispondenze più istituzionali, ovvero si collocano ai margini di una documentazione partorita dai vertici curiali e dai nunzi alla quale si è forse più abituati. E la loro diversità pone molti problemi interpretativi: primo fra tutti, non facile da definire, quello della loro destinazione d'uso.

Inoltre, essi costituiscono un'espressione importante della sensibilità di un personale, cosiddetto minore, che spesso accompagna e sostiene la missione diplomatica. Un personale che sovente, libero dal formalismo e dall'urgenza delle sollecitazioni romane, meno distratto dai problemi correnti, nonché relativamente scevro dalle cautele imposte da un eventuale prosieguo di una carriera di alto livello politico, riesce a compiere sintesi significative.Affreschi meno mediati che possono offrire una lettura complementare degli eventi e delle società osservati cogliendone punti d'interesse e aspetti inconsueti. Sintesi e riflessioni scritte che non sempre i nunzi compiono al loro ritorno[1]; la cui produzione, di solito, rimane

[1] Soprattutto a partire dal XVII secolo la frequenza di relazioni finali sul mondo di lingua tedesca, sebbene non si possa parlare di una vera e propria sistematicità di composizione,

allo stadio di materiale informe – disperso e sfuggente – nella massa della corrispondenza diplomatica ufficiale. Testimonianze che, va ricordato, non hanno trovato sovente una collocazione univoca e certa, rimanendo a metà strada tra la letteratura genericamente di viaggio[2] e il resoconto politico. Infine, la loro episodicità li rende preziosi per introdurci alla comprensione del livello di capacità di analitica e descrittiva esistente in ruoli e personaggi interni al mondo diplomatico e curiale non di rado, in una società fortemente gerarchizzata, relegati sullo sfondo[3]. E soprattutto ci possono introdurre alla loro eventuale evoluzione e modificazione nel tempo. In questo caso parlano per iscritto personaggi del seguito rispettivamente dei nunzi Giovanni Francesco Commendone[4] e Scipione Pannocchieschi d'Elci[5].

La prima da cui cominciare – e forse più famosa – perché pubblicata da Adam Wandruszka nel 1953 in coda alla pubblicazione della nunziatura di Giovanni Francesco Commendone (1560-1562)[6], è in verità una fonte molto considerata che ha attirato l'attenzione di Ludwig von Pastor e dei

fu maggiore rispetto ad altre zone d'intervento della diplomazia pontificia. Sovente tali documenti ebbero la caratteristica di un *memorandum* in cui elencare i problemi politico-diplomatici esistenti e tra questi particolare rilievo, per ampiezza e accuratezza, ebbe la relazione stilata nel 1610 dal nunzio a Praga Antonio Caetani; cfr. S. GIORDANO (ed), *Le Istruzioni generali di Paolo V ai diplomatici pontifici (1605-1621)*, 3 voll., Tübingen 2003, II, pp. 713-773.

2 A questo proposito si vedano le considerazioni e le indicazioni bibliografiche di G. CHITTOLINI, *Il nome di «città». La denominazione dei centri urbani d'oltralpe in alcune scritture italiane del primo Cinquecento*, in H. KELLER - W. PARAVICINI - W. SCHIEDER (edd), *«Italia et Germania. Liber Amicorum Arnold Esch»*, Tübingen 2001, pp. 490 ss.

3 Per una riflessione recente sulla composizione della *familia* di un nunzio e relativa bibliografia si veda A. KOLLER, *Diplomazia e vita quotidiana. Il nunzio Ottavio Santacroce e la sua «familia»*, in M. SANGALLI (ed), *Per il Cinquecento religioso italiano. Clero, cultura, società*, Atti del convegno, Siena 27-30 giugno 2001, Roma 2003, con un'*Introduzione* di A. PROSPERI, pp. 635-648. Allo stesso Alexander Koller sono poi particolarmente grato per alcune competenti indicazioni bibliografiche che hanno agevolato, in questa occasione, il mio lavoro.

4 D. CACCAMO, *Commendone Giovanni Francesco*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, XXVII, pp. 606-613; si veda anche C. MOZZARELLI, *Introduzione*, in G.F. COMMENDONE, *Discorso sopra la corte di Roma*, Roma 1996, pp. 9-42.

5 G. MORONI, *Dizionario di erudizione storico-ecclesiastica da S. Pietro ai giorni nostri*, XIX, coll. 199 s.

6 A. WANDRUSZKA (ed), *Nuntiaturberichte aus Deutschland 1560-1572, Nuntius Commendone 1560 (Dezember)-1562 (März), Des Reisebericht des Fulvio Ruggieri*, II, Graz - Köln 1953, pp. 57-170.

suoi collaboratori[7] e, più di recente, con ben altro equilibrio, dello stesso Hubert Jedin[8].

L'autore, Fulvio Ruggieri un gentiluomo bolognese, si trovava a seguire il nunzio in una missione destinata al fallimento: Commendone insieme a un altro nunzio, il veneziano Zaccaria Dolfin con il quale si era diviso il compito di sondare gli umori politici di ecclesiastici e secolari, dovevano infatti cercare di favorire il più possibile la partecipazione del mondo tedesco alla riapertura del concilio, fortemente voluta dal neoeletto Pio IV[9]. Partito da Roma nel dicembre del 1560 il Ruggeri fece ritorno in Italia nel marzo del 1562, dopo una lunga peregrinazione che l'aveva portato a viaggiare per gran parte dell'Impero da sud a nord, con una diversione nei Paesi Bassi e nella Francia nord-orientale. Questo lungo itinerario e la sua curiosità gli permisero di offrire una messe di notizie sulla realtà e le inquietudini soprattutto del mondo tedesco-imperiale nei suoi passaggi a Vienna, Praga, Lipsia, Wittenberg, Berlino, Hannover, Colonia, Coblenza, Utrecht, Anversa, Bruxelles, Amsterdam, Aquisgrana, Münster, Osnabrück, Lubecca, Amburgo, Brema, Würzburg, Treviri, Wiesbaden, Magonza, Francoforte sul Meno, Norimberga, Ingolstadt, Monaco, per non citare che parte delle località attraversate.

L'opera di Ruggieri aveva certo precedenti illustri che possono essere utili, in una rapida analisi comparativa, per segnalare persistenze e variazioni nel linguaggio ma anche, e forse più, per evidenziare la natura delle richieste dell'osservatore e soprattutto delle risposte che simili documenti possono offrire, allorché non ci si arresti alla superficie descrittiva – pur sempre apprezzabile – di testimonianze la cui finalità era, in questo caso almeno, di restituire un clima, di conservare una memoria coerente di un'esperienza personale o di servizio[10].

Ad esempio, tra i precedenti riguardanti l'Impero, è da richiamare per affinità di ruolo e di collocazione degli scriventi, il conosciuto *Itinerario del*

[7] L. VON PASTOR, *Storia dei papi*, VII, Roma 1950, pp. 165 ss.

[8] H. JEDIN, *Storia del Concilio di Trento*, IV.1: *La Francia e il nuovo inizio a Trento fino alla morte dei legati Gonzaga e Seripando*, trad. it., Brescia 1988, pp. 106 s., n. 11 (ed. orig. *Geschichte des Konzils vom Trient*, IV.1: *Frankreich und der neue Anfang in Trient bis zum Tode der Legaten Gonzaga und Seripando*, Freiburg i.Br. 1975).

[9] *Ibidem*, pp. 106-120.

[10] È indicativo peraltro che la copia esistente alla Biblioteca Apostolica Vaticana (d'ora in poi BAV) sia stata effettuata nel 1596 da un altro bolognese, Giovanni Francesco Scardova. Cfr. BAV, *Chigi*, M.I.2, cc. 1-68.

cardinal Luigi d'Aragona in Germania, Fiandre, Francia e Italia settentrionale (1517-1518) scritto da un canonico di Molfetta anch'egli appartenente al seguito di un alto prelato, Antonio Beati (Antonio de Beatis)[11].

L'impianto generale del resoconto di viaggio di Beati è già molto distante da ciò che Ruggieri illustra. Nonostante siano passati poco più di quaranta anni, ma densissimi, è difficile ritrovarvi quei toni di dubbia devozione, quell'inconsapevolezza della tempesta che stava sopraggiungendo, quell'ingenuità superficiale tipici dello scritto del canonico. Quel ridondare di spirito cortigiano, d'interesse naturalistico e di costume[12] in cui comprendeva anche le giovani donne «molto conversabili et allegre»[13], le passioni prosaiche come la caccia o le armi, gli strumenti musicali[14]. Quella scarsa attenzione al mondo ecclesiastico, ricordato incidentalmente per verificare

[11] ANTONIO DE BEATIS, *Die Reise des Kardinals Luigi d'Aragona durch Deutschland, die Niederlande, Frankreich und Oberitalien, 1517-1518*, in *Erläuterungen und Ergänzungen zu Janssens Geschichte des deutschen Volkes*, IV.4, Freiburg i.Br. 1905, pp. 90-180. Il testo integrale si trova manoscritto in due codici in BAV, *Vat. Lat.*, nn. 3169 e 10786.

[12] Si veda, ad esempio, la descrizione sintetica degli usi della «Magna Alta» che arrivava sino a Colonia, città considerata di confine prima di entrare nella «Bassa» (cioè le Fiandre). In essa si svolge una narrazione che si occupa di mezzi di trasporto, di vini bianchi e rossi «boni et delicati et de quelli alcuni salviati, sambucati et rosmarinati», della qualità della birra, della buona carne e dell'«optimo pane»; o ancora dei sistemi di riscaldamento compresi «lecti de piume con sopra coperte pur de piume, ne in quelli se sente un pollice ne cemici alcuno, sì per la fredizza del paese come per untare le coltrici di sopto et di sopra di certa mistura, quale secundo dicevano Todeschi ultra che sia contraria ad cemici et ad ogni altra brutticia tanto le faccie de dicte coltrici che parno dormendovi matarazzi pieni de fina lana ... Ben vero che in una camera porranno tanti lecti quanti ce ne possano capere, el che è incommodo et inlaudabile; et dove se dorme ne ce è caldo de stufa ne camini do posservi fare del fuoco; cosa assai disproporcionata ad uscire dal caldo et dispogliarse in così extremo et excessivo freddo, ma perché entrando in quelle piume deventano subito fuocho, non se ne curano altrimente», di formaggio speziato e aromatizzato alle erbe che «niuno italiano il mangiaria», di coltivazione dei cereali, di allevamento; infine di osterie e di donne «belle et piacevole» ma generalmente dalla scarsa pulizia personale e mal vestite che però «secondo la relatione di nostri de la compagnia fredde de natura, pur lascive», di abbigliamento sociale; di informazioni paesaggistiche, di monti, boschi, laghi e fiumi; ANTONIO DE BEATIS, *Die Reise*, cit., p. 106 ss.

[13] *Ibidem*, p. 100.

[14] Dal linguaggio traspare una mentalità gaudente che si adopera senza alcun imbarazzo a sottolineare i luoghi di divertimento e di caccia. Come a Steinach, località in cui si trovava la «casecta de lo Imperatore»: un casino di caccia davanti al quale abbatteva con «balestre et schioppecti» cervi e camosci, che battitori spingevano appositamente giù dai monti verso un corso d'acqua situato davanti al suo alloggio. Il racconto poi si sofferma spesso sulla bellezza e fattura delle armature, delle artiglierie, degli strumenti musicali, tra cui primeggiano gli organi; *ibidem*, p. 93.

le superstizioni dello scrivente e quella sostanziale indifferenza o leggerezza con cui si valutavano gli affari intorno alla devozione delle reliquie: come quando si soffermava sull'impegno in Aquisgrana – la città imperiale in cui si poteva ancora ammirare «il corno de Orilando [*sic*]»[15] – nell'incoraggiare l'afflusso dei fedeli nel permettere la visione di oggetti sacri di sette anni in sette anni con un'assimilazione di fatto del luogo all'indulgenza giubilare, nell'ignorare i divieti di Alessandro VI reiterati da Leone X, a tal punto da diventare un luogo concorrenziale alla sede di Pietro[16]. Gli abitanti continuavano infatti imperterriti nelle loro pratiche

«Per il che in decto septennio ce è tanto concurso de Hungari che ne spuzza l'aere de molti miglia intorno, et in questo anno che corre tal septennio ne havemo trovato un'infinità in Colonia, dove el dì de San Pietro veddero tucte le prenominate reliquie che vi sono. Et benché per venire alla dicta terra de Aquisgrana fanno magior camino per terra che venendo in Roma, ce ne vene più moltitudine»[17].

Le città sono al centro di un interesse particolare: in primo luogo Colonia, a forma di mezza luna,

«bellissima et populosissima più che tucte le altre che se son viste in la Magna alta, sì de case, quali generalmente son di pietre et grandi, bene edificate, come di piazze, strate, ecclesie, et de qualunche altre cose possano ornare una cità»[18].

Vi è altresì la stupefazione davanti alla maestosità del «bellissimo e grandemente ameno» lago di Costanza, alla splendida e «molto civile» Augusta contrassegnata dalla bellezza dei palazzi voluti dai Fugger (Fucchari) e dai Welser (Belzari)[19]. Antonio Beati diviene inevitabilmente l'incarnazione

[15] *Ibidem*, p. 108. In realtà correttamente «Orlando», cfr. BAV, *Vat. Lat.*, 3169, *Itinerario* ..., c. 24v.

[16] La città prediletta da Carlo Magno, verso il quale Beati provava un'enfatica ammirazione che esprimeva un riconoscimento verso il ruolo degli imperatori nei confronti della religione cattolica, conteneva in sé un'attrazione civile e religiosa non priva di ambiguità. Nella descrizione della cattedrale e della cappella Palatina ai pellegrini, accanto alla testa e il braccio incapsulati nell'argento di Carlo Magno in un tabernacolo della cappella Palatina, si paravano innanzi nella cattedrale custoditi la camicia della Madonna (il tesoro di Maria), il telo che coprì Gesù sulla croce, le calze di san Giuseppe, il telo nel quale fu avvolto il capo di san Giovanni Battista che fu dato alla «Herodiade saltatrice»; *ibidem*, p. 110.

[17] *Ibidem*.

[18] *Ibidem*, p. 104.

[19] Beati rimase impressionato dal sistema di rifornimento idrico garantito da una torre che riversava l'acqua sollevata attraverso le numerose fontane cittadine, e dal «palazo de li Fucchari che è de li belli de la Magna, ornato assai di pietre marme et mischie, et la fazzata de la strata lavorata de historie con molto oro et di perfectissimi colori; et la coperta de decta casa è tucta di rame, et tra li todeschi vi sonno alcuni appartamenti a la italiana bellissimi et assai bene intesi»; *ibidem*, p. 96.

di quanto gran parte del mondo tedesco rimproverava a Roma e alla sua corte rinascimentale in termini di assenza di spiritualità, approssimazione, credulità, corruzione, vanità, grettezza. E contemporaneamente vi è la realtà non percepita: l'Impero è nei fatti un insieme non «visto» di pulsioni, di aspirazioni, di ribellione, di volontà di emancipazione che attende inquieto il suo nuovo e giovane capo politico e religioso[20].

Altri e ben diversi registri sono invece presenti nella testimonianza di Fulvio Ruggieri. Egli è senz'altro all'interno di una condivisione negli ambienti diplomatici della complessità dell'universo imperiale che pone problemi confessionali e, conseguentemente, politici di vasta portata.

Percepisce ed esplicita, del resto, quanto espresso da una interessante relazione da Roma del gennaio 1559 scritta da Zaccaria Dolfin a Carlo Carafa sulle conseguenze di un'abdicazione di un imperatore disamorato dagli ultimi avvenimenti tedeschi e scoraggiato nel vedere tutti i suoi sforzi frustrati e vanificati da una situazione respingente e per lui ormai inaffrontabile[21]. È per certi versi la riproposizione di una Germania giudicata come paese per il momento lontano dalla redenzione confessionale e istituzionale.

Una società tedesca che vedeva tutti in guerra contro tutti: «in quel tempo non era principe, stato né città di Germania che non havesse, o per causa di religione o per interessi temporali, qualche differentia con altri»[22]. Con il mondo cattolico tedesco che si andava adeguando, talvolta nemmeno troppo mal volentieri, all'inevitabile pace di Augusta, pronto a non drammatizzare la situazione alla scontata e puntuale protesta del papa. Il quale introduceva, per la verità, un elemento non capzioso di interpretazione della strategia in difesa dei propri diritti: e cioè che vi fosse una differenza nel «consentire» l'esercizio della giurisdizione in territori sottoposti al controllo delle forze protestanti, anche se in passato erano stati cattolici, «onde parve a' catholici

20 Lo scrivente incrociò Carlo I (poi imperatore Carlo V d'Asburgo) a Middelburg, già compreso nel suo ruolo a tal punto che, sebbene «multo giovane» con una bocca prognata tenuta spesso per distrazione «volintiero aperta et lo labro de socto sempre calato», era tuttavia capace di comunicare «decoro, gratia et magestà grandissima»; *ibidem*, p. 113.

21 «Doppo la rebellione, la quale fece il duca Mauritio di Sassonia alla M.tà dello imperator Carlo V, restò la M.tà S. Cesarea così mal satisfatta degli huomini, andamenti e trame della Germania, che non poteva più vedere huomini tedeschi, né udire negotio alcuno dell'imperio. Per questo adunque, et per la crescente sua indispositione, deliberò di non voler essere più imperatore»; cfr. H. Goetz (ed), *Nuntiaturberichte aus Deutschland (1554-1556), Nuntiatur Delfinos, Legation Morones, Sendung Lippomanos (1554-1556)*, (*Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken*, Abt. 1, 17) Tübingen 1970, p. 377.

22 *Ibidem*, p. 384.

di donare quello che, come si vuol dire, non potevano vendere ... sendo troppo gran differenza dal non essercitar la giurisdittione perché non si possa, al non essercitarla perché a quella s'habbia rinontiato»[23]. Una soluzione politica che aveva temporaneamente accontentato tutti gli elettori e che invece aggravava la situazione perché «è lecito ad ogn'uno credere quello che li pare»[24], e che poneva all'ordine del giorno la necessità della riapertura a Trento del concilio. La convocazione conciliare si rendeva necessaria per contrastare l'eventualità che la dieta tratti di questioni religiose con un'autonomia insolita e lesiva, una volta verificato l'inesistente consenso che circondava l'idea di un concilio nazionale che tuttavia, secondo Delfino, «la voce del quale non solo è nuova nella chiesa di Dio, ma al parer mio *sapit haeresim*»[25].

Del resto, Delfino era un intransigente, o tale si accreditava (poiché era ancora vivo Paolo IV), vicino però allo stesso tempo all'imperatore Ferdinando I che in quegli anni aveva un ispido rapporto con Filippo II, la Spagna e con il mondo tedesco. Detestava, in parte per convenienza e in parte per convinzione, coloro che volevano dialogare e trattare con il mondo riformato: la sua invettiva si colorava di toni severi circa le responsabilità dei membri di un gruppo che risultava essere ancora sufficientemente influente nonostante la pressione papale[26]. Si abbandonava a rimproveri precisi e circostanziati: se la prende con le concessioni dei contariniani nel passato (1541) come, ad esempio, sulla possibilità di comunicarsi *sub utraque specie*.

«So ben io che simil cose non ponno – commentava – esser ricordate senza lagrime da chi è christiano, et concludo che chi è tale, deve più tosto voler morire che lasciar levar ad instantia di heretici un solo iota delle sacre scritture, né alterare la verità della santa fede, o vero vendere li santi dogmi di quella per dinari da far guerra al Turcho»[27].

Pur d'accordo con la sostanza del problema e degli effetti, Ruggieri propone tuttavia una visione più composita e meno formale di quella che era consen-

[23] *Ibidem*, p. 385.

[24] *Ibidem*, p. 387.

[25] *Ibidem*, p. 388.

[26] «Et Dio volesse che quello heretico spirito di cercar d'accordare fra catholici et heretici non havesse regnato, et hoggidì non regnasse in molti: perché di qua stimo io che sia nato tutto il fondamento del male che hoggidì pate la christiana republica, et peggiori sono questi che stanno de mezzo, più dannosi questi mediatori della concordia, che non sono li manifesti heretici»; *ibidem*, p. 390.

[27] *Ibidem*, p. 391.

tita al nunzio. Si avventura in un affresco dai contorni più netti che se da un lato non ignorano lo spessore della rivoluzione confessionale, dall'altro riconducono il discorso sul piano complessivo: un discorso al contempo religioso, patrimoniale e di risorse, politico di funzionamento delle strutture e dei soggetti di governo e, se si vuole, perfino antropologico. Vi è un gusto esplicito nel sottolineare i termini di uno sconvolgimento che si traduce in coscienza, a comprendere, pur tacendolo, che lo snodo dell'epoca sia la sconfitta senza appello del binomio Impero-papato.

Il linguaggio non sembra talvolta reggere il passo di un'assoluta originalità e ripercorre strade già conosciute il cui punto di riferimento, ad esempio per l'uso del termine «città», è in molti casi nella letteratura contemporanea – come ha sottolineato Giorgio Chittolini – sostanzialmente la diocesi[28]. È un'affezione a una struttura comprensibile che però non impedisce lo sviluppo della descrizione anche impietosa delle comunità miste in cui si conteggiano e descrivono, in una coesistenza complicata, «eretici» riformati e cattolici.

Un mondo per certi aspetti «mostruoso» che coinvolgeva tutti, segnato com'era dalla indeterminatezza dei comportamenti religiosi e dell'organizzazione ecclesiale alimentata dall'assenza di normativa oppure, in modo equivalente, da una consuetudine dai contorni ineluttabili determinata dall'evolversi della situazione dopo la Riforma. Ovviamente, nelle impressioni di viaggio di Ruggieri, non mancavano intenzioni propagandistiche e parenetiche nel ricordare episodi e circostanze che potevano indurre alla commozione il lettore «papista» per gli atteggiamenti «eroici» degli isolati e sparuti cattolici rimasti nei territori a schiacciante maggioranza protestante[29]. Nello stesso tempo però non si tralasciava di dipingere una situazione complessa: a Naumburg si dava il caso di una cattedrale in condominio tra le confessioni[30]; oppure, ricevuti alla corte dell'elettore

[28] G. CHITTOLINI, *Il nome di «città»*, cit., p. 491.

[29] Un prete nel margraviato di Lausitz che, sottoposto all'autorità di Giovanni di Brandeburgo, fratello dell'elettore, «dice messa publicamente ne la sua chiesa et non ha mai voluto restar di dirla, tutto che sia stato minacciato della morte dal marchese, rispondendo non desiderar altro et massime se l'amazzassero all'altare»; oppure dei certosini superstiti di un tempo florido monastero, vicino a Francoforte sull'Oder, che sottoposti ad ogni tipo di lusinga e di minaccia « semper hanno celebrato messa ... et più tosto voluto sempre con molte fatiche guadagnarsi il pane, benché difficilmente, che distorsi punto dalla fede»; cfr. *Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken*, Abt. 2: *1560-1572*, cit., p. 79.

[30] Alla fine di gennaio 1561, in occasione dell'abboccamento con i principi riformati, la delegazione pontificia si trovò al cospetto di una situazione paradossale ma tutt'altro che

di Brandeburgo Joachim II, Ruggieri racconta di un uomo anzianissimo, talmente munifico da essere costretto a pagare interessi enormi e che «forse per questa causa s'è dato all'alchimia, di che si diletta tanto, che a le volte sta 15 giorni continui senza lasciarsi vedere et tiene appresso di sé alchimisti per questo effetto»; il quale pur essendo luterano, ma «osservantissimo de le cerimonie», ospitava e proteggeva indifferentemente preti cattolici e pastori riformati (il cui capo indossa «la beretta rossa come un cardinale»), ascolta «il vespro et gli altri offitii, et fa dir la messa nel modo nostro, fuorché non si muti il canone, in una chiesa che si congionge per un corridore al suo palazo» nella quale conservava un vero tesoro di statue e paramenti di gran valore[31].

Così si occupa con una certa apprensione, sebbene alloggiato principescamente a Wolfenbüttel, di descrivere Enrico il Vecchio duca di Braunschweig come molto amato dai soldati e pateticamente impegnato a far rispettare la confessione cattolica, quando «nondimeno – notava – sono pochi Catholici in questo medesimo castello et mangiano publicamente carne il venere et il sabbato et ciò fanno anco con maggior sicurtà vedendo il prencipe vecchio et sapendo che il figliolo ... è heretico»[32]. E ancora, sottolineava il cattolicesimo del duca di Kleve, incoerente soltanto per l'accettazione della comunione *sub utraque specie*, che però era a capo di una corte completamente luterana e sopportava nel suo dominio la virulenza di un predicatore «apostata, maritato et figliuolo d'un prete, et heretico in ogni sorta d'Heresia, il quale ancora che non predichi publicamente fa cattivi uffitii»[33]. Per non parlare di Münster, luogo e icona della Restaurazione e della repressione dell'eterodossia più radicale e drammatica: la ricca città

infrequente in quegli anni. «In Numburg sono 14 canonici col loro decano, che elegono il vescovo, de quali due et il decano solamente sono Cattolici, il resto Lutherani. Ne la lor chiesa cathedrale predica un Cattolico et un Heretico in un dì medesimo, ma in diverso tempo et non si dice messa, né qui né in altra chiesa dela città, noi la vedemmo secretamente in casa del decano»; *ibidem*, p. 71.

31 *Ibidem*, p. 77. L'elettore aveva poi per moglie, per illustrare meglio le possibili ricadute familiari degli accordi apparentemente chiari di Augusta, «Edeviga, sorella ma d'altra madre di Sigismondo, presente re di Polonia, la quale è di età d'anni 45, grassa estremamente, picciola e stroppiata de le gambe, per tal modo, che non può muoversi senza esser portata. Questa donna ha voluto sempre essere Cattolica non ostante le molte persuasioni che le sono state fatte dal marito, da figliuoli et da molti altri et è più che mai cattolica et devota et ha udito sempre messa, ancora che difficilmente trovi preti, essendo stati scaciati e maltrattati»; *ibidem*, p. 78.

32 *Ibidem*, p. 81.

33 *Ibidem*, p. 99.

episcopale, nonostante vedesse troneggiare a terribile monito le gabbie di ferro «dove fu rinchiuso il re de gl'Anabattisti col suo capitano prefetto», rivelava una difficoltà se non un certo lassismo nel rimediare alla persistenza tenace di alcune nicchie dalle abitudini riformate[34].

Un mondo, sebbene non condiviso, non certo incomprensibile in cui Ruggieri si sa ben orientare senza compiere semplificazioni assimilatorie, ben distinguendo le sfumature dell'ortodossia cattolica tedesca, le numerose varianti liturgiche, i luterani dai residui dell'anabattismo, il radicalismo delle Province Unite[35] e gli ugonotti francesi[36] dalle eterodossie boeme[37].

In più vi è il fascino di un resoconto geografico suggestivo per «città» ora «triste» ora «picciole», ora «principali» ora «non molto belle» se non «mediocri»; «terre», «terre murate», «terrette», «ville», «castelli», «castelli murati», «badie», «selve», «foreste», «boschi», strade «buone», «malissime», «guaste», «piane», corsi d'acqua di ogni tipo fanno da suggestivo sfondo a una narrazione con poche sbavature e imprecisioni. Uno scenario che di continuo si riempe di contenuti variegati, nel quale è ritenuto legittimo richiamare le appartenenze linguistiche e dialettali, distinguere il «vandalico» dal «sassone» individuare il consolidamento linguistico, magari segnalando

[34] «Nel suo stato si vive per la maggior parte catolicamente, nondimeno per tutto molti sono Heretici, et in alcuni suoi luoghi ancora si vive in tutto hereticamente, il che è nato de la poca cura che hanno messa li suoi predecessori a la religione, et forsi da quella poca che ci pone hora il vescovo presente, il quale essendo tanto potente et vivendo catolicamente la maggior parte del suo dominio, potria almeno far predicare et instruire i putti ne la buona fede et comandare che si vivesse in publico da catolico, che saria ubidito et massime da alcuni populi di certi castelli che non haveriano potere di contradirli»; *ibidem*, p. 88.

[35] *Ibidem*, pp. 101 ss.

[36] *Ibidem*, pp. 128-141. Un quadro inquietante dei territori attraversati mitigato da pochi elementi di conforto ortodosso tra cui una digressione sulla cattedrale di Reims e una descrizione dell'ampolla dell'unzione regale «molto più picciola di un ovo come noi vedemmo da la forma d'uno d'oro» e il cui «liquore dicono esser sodo come un unguento et del colore, che è la bruttura che esce delle orecchie del huomo»; *ibidem*, p. 131.

[37] Nel soggiorno a Praga e nell'attraversamento della Boemia, Ruggieri notò l'importanza della presenza ereticale e, in particolare, della setta politico-religiosa di derivazione hussita dei Calistini. «Praga anticamente era arcivescovato, fatto al tempo di Carlo IV imperatore, ma fu dimesso per l'heresie di Husciti, et haveva d'entrata 60.000 scudi, che furono occupati da diversi baroni del regno et dal re ... Lì sono più sorte d'Heretici et monasterii et chiese catholiche et la chiesa cathedrale ... Il resto del regno è pieno d'ogni sorte d'Heretici et massime di Calistini, cioè che si comunicano *sub utraque specie*. I quali non disentono da i Cattolici fuori di questo; nondimeno ci sono molti Cattolici et massime quasi tuti nobili, ma per la nostra strada non trovammo chiesa che non fosse profanata, fuor che a Znam, Praga et Comtau»; *ibidem*, p. 69.

la purezza della lingua tedesca praticata nell'area di Meissen, «la più bella di tutta l'Alemagna, sì come la Toscana di tutta Italia»[38]. Oppure un uso brillante della descrizione fisiognomica per fissare un'obesità ed una crapula imbelle[39], o per sottolineare in modo compiaciuto l'anomalia di una condotta esemplare[40].

Non mancano altresì i riferimenti a quella che si potrebbe definire un'antropologia comportamentale delle popolazioni verso lo straniero che può oscillare dalla durezza dei boemi[41], che potrebbe naturalmente essere interpretata come effetto di un sedimentato rancore e di un forte senso di appartenenza, ai pericoli di viaggio in determinate regioni della Germania settentrionale causati, se non incoraggiati, dall'assuefazione alla violenza della piccola nobiltà e dei ceti inferiori[42]. Un senso di superiorità traspare

[38] *Ibidem*, p. 72.

[39] Così descrive Sigismondo arcivescovo di Magdeburgo, figlio di Joachim elettore e marchese di Brandeburgo che aveva la sua corte a Berlino: «... Egli è sbarbato et d'età d'anni 27; è grande, grosso et tanto grasso che a pena può caminare. Ha presso di sé un Paulo pretino, suo pedante che governa et lui et tutte le entrate sue come vuole, de le quali ne dà parte al patre dell'arcivescovo et si mantiene appresso ambidui con grande autorità. L'arcivescovo non ode messa, come allevato heretico, egli veste da laico et porta nel capello una piuma grandissima et archibugi all'arcione quando cavalca»; *ibidem*, p. 74.

[40] Egli in tal modo si sofferma nella descrizione del titolare del ducato di Kleve: «il duca d'adesso si chiama Guilielmo, huomo di 44 anni, molto disposto et gagliardo della persona, di faccia alquanto rozza, prencipe assai cortese et lontano ne i suoi costumi et massime nel bere da la natura de Tedeschi, beve parcissimamente, né può vedere né comportare che uno s'imbriachi ne la sua corte, dove si vive come a l'Italiano, et per la maggior parte vi si parla Francese, la qual lingua insieme con la Thedesca il duca possiede molto bene, et egli comunemente et ne i negotii usa la lingua Francese, et intende Latino et la parla anche per il bisogno, se ben non troppo speditamente»; *ibidem*, p. 98.

[41] *Ibidem*, p. 70. Stigmatizza infatti la gente comune come «ladra, cattiva et discortese».

[42] «Cominciando da Mariental nel dominio di Henrico fino a Wonstof ... li forestieri di ogni sorte corrono pericolo grandissimo a passar di qua senza grossa compagnia, perché i nobili del paese sono molto furiosi et bellicosi, che oltra il guadagno stimano che non sia dishonore svaligiare chi si voglia et ammazarlo ancora. Il che fanno spesso et massime a qualche mercante o ad altro che havesse danari et a far ciò si riducono a bevere, et quando sono allegri dal vino si partono con quest'animo di trovare qualch'uno per svaligiarlo ... Si vedono quasi ad ogni passo alcuni sassi vivi drizzati grandi come la metà d'huomo, quando un solo et quando 2 et quando 4 insieme, che dicono esser drizati per ciaschedun huomo che sia ammazzato. La gente di questo paese è molto bellicosa et furiosa ... Fra costoro nascono spesso discordie et si ammazzano, onde che facendo fra loro la pace, colui che ha ammazzato drizza una pietra per honor del morto. Ma questo non si fa fra i nobili ma fra la plebe. Se non si sa chi habbia ammazzato il morto, gli tagliano una mano et la fanno servare in non so che vaso ne le mani del prefetto de la giustitia, fin a tanto che si trovi o che si habbia inditio del malfattore, al quale presentandosi la mano, se è colpevole esce sangue

nel narratore allorquando si soffermava sulla promiscuità che caratterizza i villaggi westfalici in cui le case risultavano costruite di terra e paglia, identiche nella forma:

«tutta la casa è una stanza che non ha altro soffitto se non il tetto, da tutti due i lati di questa stanza sono rastelli di legno che rinchiudono bestie d'ogni sorte, et hanno sopra un palco, dove sta lo strame et da basso i suoi vasi di legno per dar loro da bere et da mangiare senza aprire i rastelli; lo spazio di mezo che ci avanza, che è assai largo, conduce al focolare, che è ne l'estrema parte di questa stanza, appresso il quale da le bande sono i letti, le cose de la cucina, vasselli, et ogni altra suppelletile; et rari sono quelli che habbino ne le loro case una o due camerette separate, per il che le galline, le ocche et altre bestie, aperti i rastelli, vengono al fuoco, al letto et per tutto, et così in comune vivono con gli huomini come se fossero nell'Arca di Noè»[43].

Nell'impianto generale del discorso, una speciale rilevanza è riscontrabile nella declinazione puntuale delle risorse economiche e materiali. Egli osserva ammirato, proprio all'inizio del viaggio, l'opulenza dei territori dell'arcivescovato salisburghese che possono contare sulle miniere e in particolare sulla recente scoperta di un giacimento da cui si estrae l'oro[44]. Poi è un susseguirsi incalzante e incessante di informazioni: dalle sterminate greggi del Braunschweig, alla selvaggina e ai pesci della fedele e «piana» Baviera[45] alle zone metallifere e di estrazione del sale che punteggiavano a macchia di leopardo i territori imperiali, i luoghi di produzione della birra, la «cervosa», di cui si faceva notoriamente un larghissimo e smodato consumo. Dalle lodi delle armi ben fatte come gli archibugi a ruota che facevano, insieme alle «pelli di vacchetta per stivali eccelenti»[46], la reputazione di Hildesheim; dall'importante fiera tenuta tre volte l'anno a Lipsia o a quella «più bella di tutta la Germania», tenuta a Francoforte, «per il che i cittadini cavano molto d'affitto delle sue case che li sono pagate per tutto l'anno per haverle al tempo della fiera»[47]; dalla «ricolitia» e i «buoni meloni» di Bamberg[48] sino alla splendida Colonia con i suoi «molti horti

da la mano, se ben fosse secca, il che fa inditio a la tortura; dicono anco che ammazzato che è un uomo gli tagliano la mano ancora che si sappia il malfattore, il quale facendosi la pace oltre al drizzare la pietra sepelisce ancora la mano del morto»; *ibidem*, pp. 84 ss.

[43] *Ibidem*, p. 86.

[44] *Ibidem*, pp. 62-64.

[45] *Ibidem*, pp. 163 ss.

[46] *Ibidem*, p. 83.

[47] *Ibidem*, p. 155.

[48] *Ibidem*, p. 159.

e massime vigne che dicono rendere a l'anno 1.000 carri di vino»[49] e alla bellezza del sito di Coblenza «assai copiosa d'artefici»[50].

Un'attenzione particolare, in un misto di deplorazione e ammirata curiosità, viene dedicata al dinamismo e alla forza delle città mercantili dell'area anseatica. A cominciare da Lubecca, modello di riferimento per Amburgo, Rostock, Lüneburg e tante altre città settentrionali. Ci si sofferma a lungo sulla «città libera», sul suo assetto istituzionale plasmato dall'autorità dei consoli, sul brulicare di anabattisti, luterani, soldati, marinai e meretrici che, al di là del sentimento di ripulsa di Ruggieri, testimoniava attraverso la sua penna una capacità di attrazione e di invincibilità motivata da un volume e una rete di affari impressionanti che ruotano intorno alle mercanzie che giungevano sino in Spagna e in Francia: legname per costruzioni, burro, ferro, cavalli, carne e pelle bovina e suina, lino, cera, pollame, pesce salato dalla Svezia, dalla Norvegia, dalla Livonia, dalla Danimarca, che sembravano far da contraltare alla profonda depressione delle schegge cattoliche superstiti e condannate a una semiclandestinità[51].

A suo agio nell'identificazione del valore delle monete, assai diverse tra loro[52], che incontra nel suo peregrinare, si dedica alla puntuale (e persino ossessiva) informazione circa l'entità di rendite e benefici. Dai 130.000 scudi, in procinto di accrescersi, dell'arcivescovo di Salisburgo che esercita il dominio «più netto dalle heresie che qualunque altro d'Alemagna»[53] ai 5.000 talleri del celebre vescovo umanista di Naumburg Julius Pflug, dotto ostaggio dell'elettore Augusto di Sassonia[54], al vescovo di Paderborn che soffre per i suoi 25.000 talleri potenziali e drasticamente erosi dall'indebitamento accumulato con i principi durante le guerre contro i landgravi di Assia[55]; il quale condivideva questa sorte con il vescovo di Münster Bernard Raesfeld che, nonostante i 60.000 fiorini di entrate, è oberato dai debiti «fatti già per la guerra contro gli Anabattisti»[56]. E che non risparmiava

49 *Ibidem*, p. 90.

50 *Ibidem*, p. 95.

51 *Ibidem*, pp. 115-118.

52 Di queste differenti divise fornì una tabella ragionata alla fine della sua relazione di viaggio, *ibidem*, pp. 169-170.

53 *Ibidem*, p. 64.

54 *Ibidem*, p. 73.

55 *Ibidem*, p. 87.

56 *Ibidem*, p. 88.

nemmeno l'arcivescovo di Treviri, Giovanni de Petra (von der Leyen), il quale si circondava di una corte «honorata et molto civile et vive in molte cose secondo l'uso italiano» ma potendo contare su risorse limitate «che non arriva a 50.000 talleri», per gli esborsi effettuati per lo sforzo bellico contro Alberto di Magdeburgo «che li abbruciò quasi la maggior parte delli luochi di questo stato»[57]. E ancora più giù sino al valore dei canonicati: 100 talleri a Naumburg[58], 300 fiorini a Münster[59], 150 scudi a Kleve e così via[60].

Il senso generale delle considerazioni svolte da Ruggieri appare come volontà di impaginare la durezza di una realtà, la complessità delle prospettive strategiche innestandole nel registro di una dimensione quantitativa oltre che qualitativa delle conseguenze della Riforma nel mondo tedesco, con un marcata sottolineatura delle modificazioni patrimoniali e degli spostamenti di risorse intervenuti.

Lo sforzo evidente è quello di fornire massima concretezza alla valutazione dello spessore delle forze presenti nel campo allo scopo di dosarne le potenzialità dopo i disastri di una guerra fratricida, solo temporaneamente interrotta dalla scomparsa di Carlo V e da una pausa di riflessione di Ferdinando. Il dato che emerge è comunque l'incertezza e l'immagine prevalente è quella di un esito non scontato del quadro religioso e politico. Ruggieri con i suoi contenuti non veniva, in questo senso, troppo in aiuto ai fermi convincimenti razionali di Commendone. Il quale, ignorando lo scenario dipinto dal suo gentiluomo, esponeva le sue ricette e i suoi rimedi per l'Impero nella relazione finale alla Santa Sede in tre punti fermi: l'azione incisiva dei gesuiti, un'intera e «perfetta» riforma religiosa e un'alleanza politica prima con alcuni principi fidati e poi con gli altri potentati cattolici[61].

Tra le altre memorie, spiccano a distanza di un secolo le *Osservationi historiche di quanto successo in Germania nel tempo della nuntiatura di mons. Elci*, opera di Francesco Pannocchieschi d'Elci (1626-1702), nipote del nunzio stesso. Egli sarà destinato a divenire in seguito cameriere intimo di Alessandro VII e quindi arcivescovo di Pisa nel 1663 in sostituzione

57 *Ibidem*, p. 96. Cfr. anche sulla città alle pp. 144-150.

58 *Ibidem*, p. 71.

59 *Ibidem*, p. 88.

60 *Ibidem*, p. 98.

61 *Ibidem*, *Sclußrelation Commendones an Papst Pius IV*, pp. 50-56.

dello zio[62]. Egli, del resto, fu anche autore di una conosciuta *Relazione* su Venezia della metà del XVII secolo[63].

Il nunzio Scipione Pannocchieschi d'Elci si recò direttamente da Venezia, dopo una faticosa e complessa nunziatura, presso la corte imperiale dal 3 novembre del 1652 al 20 marzo del 1658, per circa cinque anni e cinque mesi. Senza particolari soste del servizio diplomatico (più di un decennio), questo futuro porporato di Alessandro VII – una volta preso atto del rifiuto di Francesco Giacinto Ignazio Boccapaduli, vescovo di Civita Castellana, che aveva declinato l'incarico perché non in grado di sostenerne l'onerosità[64] – venne stimato idoneo a fronteggiare le richieste protestanti nella prima seria dieta dopo la catastrofica conclusione, per la Curia romana, della pace di Westfalia tra l'Impero e la Francia. E può darsi che in questo sia stata decisiva la sua esperienza veneziana, soprattutto per quello che concerneva un'abitudine al contenzioso giurisdizionale e alla comprensione dei meccanismi istituzionali. Sta di fatto che fu lui il prescelto per la dieta di Ratisbona in cui si sarebbe misurata la crisi di autorevolezza di Ferdinando III e, in genere, la vischiosità dei rapporti tra le autorità civili e religiose germaniche e tra queste e l'imperatore. Nel corpo della documentazione inerente alla situazione imperiale di quegli anni vanno congiuntamente segnalati anche una descrizione del viaggio[65] e un'ampia sintesi memorialistica[66] composte dalla mano del «mastro di camera in materia delle ceremonie» (che non è del tutto escluso che coincida con lo stesso Francesco Pannocchieschi)[67]. Queste memorie, di carattere e natura diversi, insieme alle *Osservationi historiche*, ci consentono di integrare e ricostruire aspetti interessanti nella percezione dell'Impero presso il personale pontificio[68].

62 N. ZUCCHELLI, *Cronotassi dei vescovi e arcivescovi di Pisa*, Pisa 1907, pp. 220-223.

63 P. MOLMENTI, *Curiosità di Storia veneziana*, Bologna 1919, pp. 310-348.

64 G. LUTZ, *Boccapaduli, Francesco Giacinto Ignazio*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, XI, pp. 41-43.

65 BAV, *Vat. Lat.*, 10423, *Descrittione del viaggio che fece monsignor illustrissimo arcivescovo di Pisa quando andò in Germania nunzio apostolico appresso l'Imperatore Ferdinando Terzo l'anno 1652*, cc. 105-124.

66 BAV, *Vat. Lat.*, *Memorie di quanto occorse a msgr.arcivescovo di Pisa nel tempo che stette in Germania Nunzio apostolico appresso Ferdinando III*, cc. 124-316. Segue poi nello stesso codice una *Breve descrittione della città di Vienna e del Palazzo della Nuntiatura*, cc. 318-321v.

67 BAV, *Vat. Lat.*, *Memorie di quanto occorse ...*, c. 313v.

68 In margine a questi bisogna aggiungere la memoria di viaggio, compiuto a ritroso da Varsavia a Roma in parte in territori tedeschi, dell'uditore bolognese Fantuzzi. Cfr. G.

Lo svolgimento dei temi squisitamente politici, che sono naturalmente interni alle testimonianze, rimane modulato da una trama che ripercorre – però non necessariamente ricalca – le informazioni e le valutazioni presenti nei materiali relativi alla nunziatura vera e propria[69]. Pur ampiamente sgombra dalla massa di questioni inerenti all'amministrazione strettamente ecclesiastica (giudiziale, disciplinare ed economica) la narrazione non manca infatti di attribuire la dovuta importanza ad avvenimenti cruciali. Per esempio, molto spazio viene dedicato alla descrizione della crisi dinastica determinata dalla scomparsa del neoeletto re dei Romani Ferdinando IV (1654), figlio di Ferdinando III, che morirà a sua volta nel 1657, e dalla grande incertezza che circondò la sorte dell'Impero sino all'elezione di Leopoldo I.

Va tuttavia qui sottolineato l'aspetto di una scrittura che, nonostante la non rassegnazione romana a subire passivamente l'esito delle paci di Westfalia (come non ricordare il rigore confessionale sostenuto soprattutto da quel suo campione tenace per eccellenza che sarà Alessandro VII Chigi, mediatore con Alvise Contarini a Münster per lunghi anni?)[70], tende a rivelare una dimensione più consapevole della varietà dell'universo imperiale. E soprattutto una progressiva conferma del primato ormai acquisito della politica e della diplomazia per la risoluzione dei conflitti confessionali; a cui nel tempo non sfuggirà, nonostante le dichiarazioni di principio, la stessa politica della curia romana, incrinata nel suo prestigio internazionale proprio dagli esiti westfalici[71].

La descrizione del viaggio (via terra e via acqua da Venezia a Vienna attraverso Padova, Trento, Bolzano, Innsbruck dal 14 ottobre al 3 novembre con una percorrenza lenta ostacolata dal maltempo) molto più stringata della precedente, dimostra una curiosità geografica ed economica assai più ridotta, non fosse altro perché il tragitto era stato molto più breve e gli intenti diversi. Si può notare tuttavia un'attenzione più marcata rispetto alle normative e alle competenze istituzionali che caratterizzavano la con-

FANTUZZI, *Diario del viaggio europeo (1652) con Instruttione et avvertimenti per far viaggi lunghi*, a cura di P. SALWA - W. TYGIELSKI, Warszawa - Roma 1998.

69 Per la corrispondenza diplomatica cfr. soprattutto Archivio Segreto Vaticano, *Segreteria di Stato, Nunziatura di Germania*, pp. 150-164. Esiste anche un registro di copie delle lettere di Pannocchieschi d'Elci in BAV, *Barb. Lat.*, 6109-6112.

70 V. KYBAL - G. INCISA DELLA ROCCHETTA, *La nunziatura di Fabio Chigi (1640-1651)*, I, Roma 1943-1946; *Acta Pacis Westfalicae*, s. III C, I: *Diarium Chigi (1639-1651)*, a cura di K. REPGEN, Münster 1984.

71 S. ANDRETTA, *Cerimoniale e diplomazia pontificia*, in M.A. VISCEGLIA - C. BRICE (edd), *Cérémonial et rituel à Rome (XVIe-XIXe siècle)*, Roma 1997, pp. 201-222.

figurazione dei feudi imperiali attraversati. A proposito, non mancavano affermazioni interessanti sul capitolo di Trento e sul suo vescovo Carlo Emanuele Madruzzi circa le prerogative conservate nell'amministrazione della giustizia nelle cause criminali e in quelle civili[72]. Oppure che, nel soggiorno a Innsbruck[73] e ad Hall (del Tirolo), si osservasse il peso della presenza della Compagnia di Gesù e delle sue strutture educative; tra questi anche alcuni gesuiti veneziani, per il rientro dei quali era in atto un'ampia strategia diplomatica presso la Repubblica di Venezia che avrebbe avuto una felice conclusione nel 1657. O ancora la segnalazione incuriosita del ricco luogo pio, fondato e ben finanziato da Eleonora e Beatrice arciduchesse d'Austria, in cui trentasei monache, non pronunciando il voto di povertà, vivevano secondo la regola gesuita, portando lo stesso abito e sottoposte alla loro direzione spirituale[74].

[72] «Il Prencipe di Trento nelle cause criminali ha potestà assoluta di fare quanto li piace e da esso non si dà appello, non havendo in ciò dependenza con altri. Nelle cause civili ha le prime e seconde instanze, le terze poi vanno o al Consiglio Aulico Imperiale di S.M. Cesarea o alla Camera di Spira», di contro «Negl'interessi di guerra et affari militari ha pochissima autorità, poiché non puole armare senza il consenso e partecipatione del Ser.mo Arciduca d'Inspruch, e nelle fortezze o vi mette l'Arciduca li Capitani o il Prencipe di consenso del medesimo Arciduca, e con dependenza di essa Altezza e ciò in virtù delle compattate tra di loro stabilite anticamente»; BAV, *Vat. Lat.*, 10423, cc. 107v-108. In realtà il grado di contenzioso era assai elevato con l'arciduca del Tirolo come si ricorda poco più in là nelle *Memorie*, rammentando l'impegno del nunzio insieme ad alcuni vescovi (oltre a Trento, quelli di Coira e Costanza) contro colui che «ha sempre preteso di usare ne loro stati una certa sovranità repugnante allo stato di quelle Chiese et in particolare sopra quella di Trento che per esser la più vicina era anche la più travagliata, perché hora s'impadroniva delle Città vicine con mettervi presidio anche a viva forza sotto varii pretesti ... hora li turbava la giurisditione con far prendere prigioni quelli che a lui piaceva nell'istessa Città di Trento residenza del Vescovo, hora l'impediva l'essercitare verso li suoi sudditi quell'autorita che haveva e per natura e per legge»; BAV, *Vat. Lat.*, 10423, cc. 262v-263.

[73] «Poche cose vi notai di bello e di raro, la Città è piccola malenconica per esser alle falde d'un Monte assai alto, quale stando sempre coperto di neve rende grand'horrore nell'Inverno agl'habitanti, da un'altra parte viene la Città recinta dall'Eno fiume Reale che la divide da un Borgo che vi è molto grande e bello dove si passa per mezzo d'un larghissimo ponte»; BAV, *Vat. Lat.*, 10423, c. 110.

[74] Ad Hall «vi è anche di notabile un Monastero di Monache che vivono sotto la Regola e constitutioni de' Gesuiti portando l'abito come quelli e da essi sono governate. Queste sono al numero di 36 e molto ricche perché le fondatrici loro, che furono Elena e Beatrice Arciduchesse d'Austria, li lasciorono grandissime entrate oltre le reliquie insigni tutte coperte di gioie e pietre pretiose che si conservano in una sacrestia a posta; e l'obligorno a dovere ogni mattina andare a sentir tre Messe alla Chiesa delli detti Padri Gesuiti dove si portano per un corridore coperto senza poter vedere et esser vedute da alcuno»; BAV, *Vat. Lat.*, 10423, c. 111r-v. Ci troveremmo di fronte, se l'informazione sul luogo e sulle religiose fosse esatta, a una tarda e documentata manifestazione in Austria del fenomeno complesso delle

Si possono altresì trovare molti punti d'interesse che costituiscono insieme la prova di un contesto irrimediabilmente mutato in cui la dimensione confessionale ovviamente tende non a scomparire ma a relegarsi sullo sfondo di una valutazione prevalentemente politica e istituzionale della realtà imperiale. Una valutazione che soprattutto illustra altri scenari e assume altri strumenti. Il primo dei quali è senz'altro il cerimoniale e i problemi ad esso legati. Attraverso il suo «codice» impalpabile, ma tutt'altro che criptico per gli addetti ai lavori, si viene introdotti nel cuore delle strategie e degli obiettivi politici, vengono rivelati gli imbarazzi e le aspirazioni romane. Da questi resoconti si può osservare come la volontà pontificia di semplificare le relazioni politiche con il mondo tedesco passi attraverso la legittimazione e il rafforzamento del solo potere imperiale.

Nella vertenza imbastita subito per regolamentare il comportamento da seguire con i «Camerieri della chiave d'oro», appariva evidente la volontà di diminuire il ruolo di queste figure cortigiane che – tra l'altro – vedevano tra i loro ranghi un'alta presenza di italiani. Al nunzio predecessore Melzi venne a proposito rimproverato un certo lassismo e l'adozione di un uso sconveniente e «brutto»[75]. E così, nella delicatissima occasione dell'«ingresso» del nunzio Scipione Pannocchieschi alla dieta di Ratisbona, ci si preparò per tempo chiedendo lumi su come regolarsi nei confronti degli elettori e dei principi d'Impero, ispirandosi all'epoca prima di Westfalia. Si richiesero a tale scopo con urgenza notizie sul comportamento del nunzio Malatesta Baglioni (nunzio dal 1634 al 1639) circa il cerimoniale seguito. Quale posto bisognava occupare, dove alloggiare decorosamente, che ordine dare alle visite soprattutto nei confronti dei diversi elettori laici ed ecclesiastici, si domandava infine se si fosse trattato con alcuni dei principi protestanti[76]. Nella realtà tutto si svolse in maniera molto tesa con continue

gesuitesse che negli anni Trenta aveva preoccupato non poco Urbano VIII Barberini. Cfr. sull'interessante argomento J. GRISAR, *Jesuitinnen. Ein Beitrag zur Geschichte des weiblichen Ordenswesens von 1550-1650*, in E. ISERLOH - K. REPGEN (edd), *Reformata Reformanda. Festgabe für Hubert Jedin zum 17. Juni 1965*, 2 voll., Münster 1965, II, pp. 70-113.

[75] BAV, *Vat. Lat.*, 10423, c. 118.

[76] Si disse che egli «Non hebbe difficoltà di trattare con li Principi heretici dell'Imperio in Corte et ove si ricontrava con loro et massime ne' conviti. Non li diede però mai Visita publica» e alla richiesta che posto avesse l'imperatore, il nunzio e gli elettori, si rispondeva che «li Ellettori sono sempre andati dietro all'Imperatore et il Nuntio con l'Ambasciatori andavano avanti, essendo soliti di far così. Mentre vi era l'Imperatore come sempre vi fu; ma non ha dubbio alcuno che gli Ellettori quando sono in corpo, et in presenza dell'Imperatore, non cedono al Nuntio poiché precedendo essi all'Arciduca, che precede al Nuntio, restano sempre due scalini sopra di esso Nuntio» e che «gli avvertimenti che hebbe mr. Baglioni furono di non cimentarsi con Baviera solo et in luoco 3° et fuori della presenza

intermediazioni di alti funzionari imperiali, che pregavano il nunzio di non voler fare «ingressi» particolari ma di recarsi semplicemente all'udienza imperiale senza troppe pompe, quasi con discrezione, contribuendo così ad appianare le frizioni[77]. I risultati spesso furono di segno opposto e con gran fatica venne raggiunto un compromesso che si concretizzò in un «ingresso» pubblico nel marzo 1653 di Pannocchieschi d'Elci, senza l'invito ai principi e agli elettori ma solo con gli apparati del nunzio ricevuto dalle carrozze imperiali[78]. Tutto ciò nell'illusione di fermare il tempo e riproporre uno stile curiale desueto ormai compromesso nei fatti.

E insieme si descriveva un imperatore a Praga sulle spine, lontano da un'adesione militante al rigore richiesto da Roma: il suo problema politico era infatti quello di «trattare opportunamente» con gli elettori, prima di aprire la dieta a Ratisbona, la futura elezione di suo figlio Ferdinando IV, già re d'Ungheria, a re dei romani. L'imperatore era preoccupato perché i maggiorenti tedeschi temporeggiavano e non si facevano vedere: specialmente quel «troppo loro indugiare dava quasi manifesti segni che non vi volessero più comparire»[79]. Finalmente arrivati, vennero trattati con grande riguardo come si evince dagli apparati del cerimoniale e dalle enormi spese d'accoglienza.

Del resto, la convocazione della dieta venne presentata come la prima grande prova per verificare il livello di solidità del potere imperiale. Si lavorò in un clima difficile per i segnali non proprio amichevoli della città ospite nei confronti dei cattolici. Ratisbona, città libera dell'Impero e governata «a forma di Republica da suoi cittadini»[80], in cui gli abitanti erano infatti – come altrove era stato sottolineato – tutti luterani eccetto

dell'Imperatore per dubbio che egli non cedesse, mentre fu detto che pretendeva non farlo. Così haveva anche pensato mr. Baglioni di sfugire di trovarsi ove Baviera fosse con li altri Ellettori per dubbio che esso Baviera inducesse li altri Ecclesiastici a non darli la mano. Con gl'Ambasciatori o fossero Plenipotentiarii delli due Ellettori di Sassonia e di Brandemburg trattò come fece con gli altri protestanti». BAV, *Vat. Lat.*, 10445, cc. 20v-21v.

77 Il nunzio «quasi alteratosi un poco da sentirsi far simil proposta rispose ... che in ogni modo come Ministro del Papa non voleva pregiudicare al suo posto, né poteva renuntiare a quelli honori che S.M. Cesarea è sempre stata solita praticare non solo con li Nuntii suoi Antecessori ma con qualsivoglia altro Ambasciatore, col mandare la sua carrozza et il Maresciallo ad incontrarli»; BAV, *Vat. Lat.*, 10423, c. 131.

78 BAV, *Vat. Lat.*, 10423, cc. 132-133.

79 BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche di quanto successo in Germania nel tempo della Nuntiatura di Mons. Elci*, c. 4r-v.

80 BAV, *Vat. Lat.*, 10423, c. 221v.

gli ecclesiastici, i regolari e otto famiglie cattoliche. Furono analizzati quelli che potremmo definire i meccanismi (sovente reciproci) della «pulizia» religiosa, osservando che le autorità luterane ostacolavano il matrimonio ai cattolici con i non residenti intenzionati a stabilirsi a Ratisbona; i quali, quindi, o dovevano vivere senza sposarsi oppure potevano accasarsi con luterani; o ancora, se si sposavano con i forestieri erano costretti a lasciare la città[81]. Però è la stessa posta in gioco dell'incontro che si impone per il suo rilievo. La dieta di Ratisbona del 1653, come si è dianzi detto, fu la prima vera occasione di confronto dopo le paci del 1648; il nuovo contesto in cui discuterne i contenuti, delineati negli accordi di massima, e affrontare più precisamente gli argomenti rinviati proprio a quella sede e a quell'occasione. Si trattava di questioni cruciali che avrebbero misurato il grado di stabilità raggiunta nel dopoguerra: l'elezione dell'imperatore, le disposizioni elettive, la configurazione dei circoli, l'amministrazione finanziaria e l'ordinamento giudiziario.

Dalla testimonianza emerge ben presto un tema difficilmente contestabile: la dieta, come organismo politico, si era molto rafforzata politicamente e all'autorità imperiale serviva un salto di qualità per governarla senza capitolare. Inevitabilmente, alle diete e al loro funzionamento venne dato ampio spazio, sottolineando però che la sostanza delle cause in discussione verteva senza ombra di dubbio

«sopra la potestà politica, come la promulgatione di leggi, intimationi di guerre, far tregue, cause d'esentioni et specialmente come possa stabilirsi la publica pace et simili, et in queste il supremo suffraggio è degli Elettori. All'Imperatore però si aspetta l'approvatione del concluso, acciò habbia forza di legge ch'è in sostanza la regola che si tiene nelle Diete della Germania, quali finalmente per le raggioni accennate di sopra poche volte sortiscono esito favorevole, per non si trovare mai quasi d'accordo sì gran moltitudine di persone, che il rimetter le differenze non ancor superate ad un'altra dieta avvenire»[82].

A Ratisbona impressiona però la presenza fisica e personale di molti elettori (Magonza, Colonia, Treviri, Palatino) e di

«molti altri prencipi dell'impero, ecclesiastici e secolari dell'una religione e dell'altra ... non vi esser quasi memoria d'altra simile dieta nella quale fussero tanti Prencipi intervenuti senza mandarvi in loro vece i Deputati»[83].

[81] Amara la conclusione: «Solo gli Ecclesiastici e Religiosi tra quali nomino anche le Monache sono quelli che conservono e conserveranno viva la memoria della Fede Cattolica che già fu così riverita e stimata in quella Città, come appare dalla quantità e magnificenza delle Chiese e dalla multiplicità de beneficii ecclesiastici benché molti ne siano stati usurpati da medesimi eretici»; BAV, *Vat. Lat.*, 10423, c. 222.

[82] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 14r-v.

[83] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 10v.

Molti di questi comparvero al solo scopo di «contrastare con gli eguali di precedenza»[84]: il che attestava la litigiosità ma anche la implicita difficoltà imperiale a esercitare un'autorità in una dieta più riottosa e insofferente. Un consesso che usava le «precedenze» e l'ordine delle allocazioni del cerimoniale per dare visibilità a poteri e progetti non estranei a tentazioni alternative. Anche se poi in verità molti tra i nobili, dopo un'esibizione di forza e opulenza e dopo aver molto dissipato e approfittato, se ne andarono, specie quelli che si ritenevano insoddisfatti dalle decisioni imperiali, lasciando il campo libero ai loro funzionari[85].

Quei «deputati» sui quali si apre una finestra inedita proprio per valutare la ragione della farraginosità dei meccanismi decisionali imperiali, che si coniuga con la volontà di ridimensionamento dell'autorità dell'imperatore e con il fermento presente nelle istituzioni. Si sosteneva infatti che tali deputati fossero

«per lo più persone di studio e dottori, fanno perciò degli interessi di Stato e politici cause che non hanno fine, et mancando loro talvolta la facoltà di trattare della sommità del negotio consumano bene spesso il tempo nel mandare o rimandare. Oltre che le conditioni vantaggiose di lucro che vengono loro fatte nel tempo che dura la dieta, non le fa mai desiderare di vederne troppo presto la fine»[86].

Insomma, la presenza di giuristi era considerata ormai naturale in questo tipo di riunioni, sia per l'interesse privato che per le competenze imposte dalle trattative politiche e dal nuovo modo di operare nella ricostruzione del mondo germanico. È, si potrebbe dire, uno stile mutuato dal laboratorio westfalico che in questo modo andava consolidandosi e che non sarà senza conseguenze nel futuro dell'Impero. Un metodo che apparentemente impantanava le assemblee delle diete imperiali in cui, secondo il narratore, interagivano tre soggetti politici: il primo composto dagli elettori «che otto sono hoggi di numero dopo la pace ultima di Germania del 1648». Il secondo costituito dai principi che «hanno voto e sessione in dieta» ecclesiastici e secolari dell'una e dell'altra religione. Il terzo era quello rappresentato dalle città libere dell'Impero[87].

E anche in occasione dell'incoronazione di Ferdinando IV nella cattedrale di Ratisbona si sottolineava quanto il cerimoniale potesse essere un indizio

84 BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 12.

85 L'atteggiamento suscitò una certa apprensione nell'osservatore della diplomazia pontificia «benché – notava – non so come possa procurare l'interesse del publico, chi mostra havere sì poca cura del privato». BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 11v-12.

86 BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 12v-13.

87 BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 13r-v.

di una frammentazione politica senza precedenti che coinvolgeva non solo campi religiosi avversi, ma che poteva rivelare tensioni acutissime anche all'interno della stessa confessione. Così avvenne, ad esempio, tra l'elettore di Magonza e quello di Colonia nella vertenza su chi avesse dovuto compiere l'atto formale d'incoronazione[88].

A tal punto che la prudenza fu d'obbligo anche per il nunzio e per la Santa Sede che impararono ben presto come fosse difficile muoversi in un ginepraio nel quale, nonostante i problemi di applicabilità dell'articolato della pace fossero evidenti, i principî westfalici marciavano inesorabilmente nello spirito di un nuovo «concerto delle nazioni». E come fosse complesso gestire una situazione politica fluida in cui l'esito della rappresentatività imperiale della *communitas* tedesca appariva ancora quantomai incerta e precaria.

La dieta poi si trascinava in un'atmosfera d'incertezza e di sottile sfiducia. Il marchese di Baden, secondo tradizione, fece una pomposa prolusione indicando gli intenti e i scopi dell'assemblea con una «propositione» che illustrava il desiderio imperiale del «ben publico dell'Imperio» e l'esortazione a uno spirito collaborativo. Subito dopo si entrò nel cuore dei problemi secondo un'agenda dei lavori che furono innanzitutto dominati dagli affari «di religione, di politica e di giustitia»[89]. Sul primo non si arrivò nemmeno ad accordarsi sul numero dei componenti idonei a esaminare le questioni. Sulle questioni politiche si discussero il «risarcimento» (da un milione a trecento mila talleri) del duca Carlo di Lorena che aveva già dalle trattative di pace westfaliche preteso di ottenere un territorio, che «nessun cosmografo» – come diceva il mediatore veneziano Alvise Contarini – «sa quale sia»[90]; e che perciò con le sue truppe, frustrato dall'esito fallimentare delle sue richieste, vessava il circolo westfalico con sortite continue dalle sue piazzaforti[91]. Poi ci si arenò sulle rivendicazioni del duca di Savoia per il possesso di alcuni luoghi del Monferrato appartenenti al duca di Mantova, perpetuando una controversia che stagnava da tempo senza soluzione nel Consiglio aulico. Con un imperatore spesso assente, i campi contrapposti si

[88] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 41-44v.

[89] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 49.

[90] Cit. in S. ANDRETTA, *La diplomazia veneziana e la pace di Vestfalia (1643-1648)*, in «Annuario dell'Istituto Storico Italiano per l'età moderna e contemporanea», 27-28, 1975-1976, Roma 1978, p. 113.

[91] Questa era una delle «eredità» più controverse rimaste in sospeso dalle trattative di Münster ed Osnabrück, risolta poi dall'arresto e dall'accusa di tradimento dello stesso Carlo da parte degli spagnoli. BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 64-65.

affrontavano duramente nell'«ordinaria deputatione dell'Imperio e delle collette volontarie e necessarie», entrambi richiamandosi ai trattati per sostenere l'eguaglianza dei voti nel collegio elettorale (i protestanti) o il contrario (i cattolici) con un ingresso dei principi nelle decisioni, con una chiara tensione tra i due ceti. Tuttavia era sulle questioni della giustizia, essenzialmente due, che si accaloravano ancora di più i campi confessionali contrapposti. I protestanti volevano in primo luogo la parità dei ministri di Giustizia nella Camera di Spira «in modo tale che tanti fussero d'una religione come dell'altra»[92]; in secondo luogo, richiedevano la sospensiva prima dell'esecuzione nella revisione delle cause che fossero in contenzioso con i cattolici: inutile dire quanto questa prospettiva venisse osteggiata dal pontefice.Tutto si svolgeva in un pesante clima di divisione e di un assai tiepido sentimento di appartenenza imperiale, illusoriamente rianimato dall'incoronazione dell'imperatrice[93].

Un altro terreno di confronto segnalato tra Roma e l'Impero, anch'esso rivelatore di un disagio a ristabilire un'intesa, interessò massicciamente la sfera del simbolico. I protestanti richiesero infatti la costituzione di una commissione mista imperiale per stabilire un nuovo calendario a cui fosse dato il nome di «ferdinandeo o dell'Imperio». Era chiaramente un attacco al papa e alla sua autorità. Ridimensionare l'enfasi del calendario gregoriano significava rifiutare il tempo cattolico e fondare un tempo imperiale: da parte dei riformati l'attività di strumentalizzazione del feticcio dell'autorità imperiale fu intensissima e l'ambiente diplomatico romano visse con apprensione la vicenda cogliendone la devastante portata. Un successo in questo senso sarebbe stato un grande «pregiuditio» alla Chiesa romana, la quale si sentiva lesa nel controllo ideologico del tempo, sacro e profano, operato dalla riforma gregoriana[94].

Vi sono poi naturalmente molte altre questioni che s'intrecciano e che scandiscono lo stillicidio del vuoto di potere determinato dalla scomparsa improvvisa, il 9 luglio del 1654, del figlio dell'imperatore dopo l'apparizione di «segni di varoli»[95]. La narrazione qui oscilla tra l'analisi della malinconia di una Vienna che, seppur «la più culta città di tutte l'altre della Germania»[96],

[92] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 57.

[93] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 51v.

[94] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 58r-v.

[95] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 73.

[96] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 75.

era tormentata dalla pratica usuraria e dall'infanticidio[97] e, d'altra parte, dell'evidenza del suo problematico ma vivace cosmopolitismo, verificabile nella sua plurietnicità fatta di cortigiani, di artisti e di commercianti italiani, boemi, polacchi, ungheresi e ovviamente tedeschi di tutte le regioni. Ci si dilungava sul progetto, in effetti realizzato, di fondare un'accademia di Belle Lettere in lingua italiana a Vienna con l'appoggio della famiglia imperiale[98]. Accompagnava la mesta riflessione dell'imperatore Ferdinando III sui problemi successori attraverso gli affanni della dieta d'Ungheria del 1655 in cui assisté allo sfarinamento del suo prestigio. Una discussione della dieta in cui venivano affrontati argomenti militari (per la sostituzione dei tedeschi con Ungheresi in molte fortezze), economici (si pretendeva il libero commercio del vino ungherese in Austria) e religiosi. Questi erano particolarmente decisivi perché, in un contesto tradizionalmente «eretico» si premeva per l'estensione del culto pubblico a tutte le sette, oltre il cattolicesimo, il calvinismo e il luteranesimo, forzando un articolo volutamente evasivo e vago del 1647:

«anno veramente fatale alla Cattolica Religione per tutto quel Regno, ove pure con occasione d'altra simile dieta fu conceduto liberamente agl'eretici più di quanto havessero saputo dimandare ... havevano di più ottenuto a favor loro un articolo concernente questo medesimo interesse di Religione nella sostanza favorabile ad essi, benché poi nello spiegamento essendo stata studiosamente dalli Cattolici lasciata qualche ambiguità, accadeva nelle controversie che ben spesso nascevano tra l'una e l'altra parte ... non perdevano punto i cattolici la speranza di potersi difendere con allegare l'ambiguità di quello»[99].

Anche in questo frangente l'atmosfera intorno alla dieta e in città era tesissima. Vi accadde un grave incidente: i magnati ungheresi, accompagnati dai

[97] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 77-78.

[98] In questa accademia, costituita principalmente grazie all'iniziativa dell'arciduca Leopoldo Guglielmo, vennero chiamate dieci persone: tra gli ecclesiastici il canonico Felice Marchetti da Pistoia residente del granduca di Toscana, l'abate Domenico Spinola genovese e Francesco Pannocchieschi (lo scrivente); tra i militari Raimondo di Montecuccoli, Luigi Mattei; tra i cortigiani, il conte Francesco Piccolomini, don Gilberto Pio di Savoia, il barone Orazio Buzzoleni e il barone Wertemati, Francesco Zorzi nobile veneto al seguito dell'ambasciatore di Venezia Giambattista Nani. In effetti vi fu una prolusione elogiativa di Zorzi il 7 gennaio nella nuova accademia che si riunì, con recite musicali e non, ogni otto giorni per quasi tre mesi, sino alla morte dell'imperatore. La famiglia imperiale vi interveniva sempre, come l'ambasciatore di Spagna, mentre il veneziano e il nunzio non vi erano invitati; infine Bernardino Bianchi fu segretario dell'accademia. BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 155-157. Cfr. anche M. Ritter, *«Man sieht der Sternen König glantzen». Der Kaiserhof im barocken Wien als Zentrum deutsch-italienischer Literaturbestrebungen (1653 bis 1718) am besonderen Beispiel der Libretto-Dichtung*, Wien 1999, pp. 21-23 (ringrazio per questa segnalazione l'amica e collega Elisabeth Garms).

[99] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 93-94.

loro eserciti privati, scorrazzarono in città e sbeffeggiarono, umiliandoli, membri del seguito ispano-imperiale[100]; provocando così incidenti più gravi, con morti e feriti, alla puntuale vendetta operata. L'imperatore, spaventatissimo, fece venire tremila soldati, raccomandando all'ambasciatore spagnolo di starsene ben protetto nella sua residenza. Per l'occasione si palesò drammaticamente la debolezza dell'imperatore:

«Sì fatto considerabile accidente non si può dire quanto riempisse di maraviglia e di terrore chiunque vi faceva riflesso non solamente per l'evidente pericolo a che stava ciascuno esposto, quanto per il temerario ardimento degl'Ungari, che havendo perduto hormai il rispetto a chi più si conviene d'haverlo si dubitava che non fossero per prorompere in più sfrenate licenze, et l'Imperatore gravemente ne restò soprapreso»[101].

Per proseguire con la trattazione dell'inquietante piega, fonte di timori per la strategia cattolica in Europa che aveva visto peraltro l'elezione di Alessandro VII non gradita agli ambienti imperiali, che andavano prendendo le vicende belliche polacche. Questione a cui si rispondeva con una sensibilità assai diversa. Nonostante le pressioni romane l'imperatore non mandò un solo uomo e respinse l'idea di un intervento diretto. La discussione, avvenuta nel Consiglio di Stato, fu illuminante: da un lato gli interventisti ritenevano che, se avesse capitolato Casimiro, la presenza svedese avrebbe rincuorato i riformati dell'Impero, dall'altro si sosteneva invece – e da questo fu convinto l'imperatore – che Westfalia andava rispettata; e dare aiuto significava contravvenire alla pace con la Svezia e offrire l'occasione ai protestanti di far altrettanto contro l'imperatore, «et in tal modo tirarsi addosso un'altra volta la guerra per cagione degl'altri»[102] in una situazione di penuria militare per la propria difesa.

Per finire si tentò faticosamente di cercare di mettere ordine alle sorde lotte intestine di una corte, che si apprestava ad affrontare una nuova elezione imperiale dopo la morte di Ferdinando III, e alle oscure manovre degli eterni (e non ancora pacificati) rivali francesi e spagnoli che ponevano particolare cura ad affermare una loro influenza nel mondo tedesco, austriaco e boemo. Un quadro successorio condizionato dalle casse esauste, dall'ambizione di molti nuovi potenti, «gonfi di speranze», scontenti e insofferenti, talora portatori di ardite ipotesi per giungere alla modifica dell'assetto istituzionale dell'Impero che si ipotizzava di trasformare da elettivo a ereditario[103].

[100] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 97-98v.

[101] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 98v-99.

[102] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, cc. 111r-v.

[103] BAV, *Barb. Lat.*, 5632, *Osservationi historiche*, c. 172.

In conclusione, accanto a una narrazione per molti aspetti consueta, affiorava invece in questa memoria un bilancio denso di una nunziatura difficile, nella quale emergeva la necessità di superare l'inadeguatezza della Curia a percepire l'intreccio indissolubile in primo luogo tra aspetti politici e giuridici e, solo in subordine, confessionali come caratteristica epocale della situazione imperiale. Una realtà che troverà, rispetto alla tragedia della prima metà del XVII secolo, un significativo momento di ricomposizione e di stabilità con l'imperatore Leopoldo.

Istituzioni imperiali per lo stato sabaudo tra fine dell'antico regime e Restaurazione

di *Vittorio Tigrino*

> «L'attività politica rivolta alla formazione dell'unità italiana, di cui si fecero vindici e iniziatori i Savoia, appare improvvisamente illuminata da una luce nuova: i Savoia trovano il titolo legittimo per farsi iniziatori e costruttori della unità nazionale proprio nella loro antica qualità di vicari imperiali in tutta Italia».
>
> M.E. VIORA, *Sui rapporti fra il Sacro Romano Impero e l'Italia nei secoli recenti*, prolusione al primo corso triestino di Storia del diritto italiano, 1938.

In questo saggio ricostruirò i rapporti tra lo stato sabaudo e le istituzioni imperiali negli ultimi anni dell'antico regime e nel periodo della Restaurazione. Più in particolare, mi soffermerò su un breve intervallo cronologico, compreso tra il 1789 e 1830, e su due personaggi: l'uno, il conte Gian Francesco Galeani Napione di Cocconato, piuttosto conosciuto, l'altro, l'abate Carlo Ignazio Montagnini, conte di Mirabello, decisamente meno noto.

Dopo aver fatto un breve cenno ai differenti modi in cui, nel corso del Settecento, furono affrontati dai funzionari e dalla corte torinese i problemi legati agli stretti rapporti con l'Impero e alla dipendenza di parecchi territori dalla sua suprema giurisdizione, mi concentrerò sui tentativi sabaudi di rivendicare particolari prerogative legate all'appartenenza all'Impero, che precedettero e seguirono la morte di Giuseppe II, e che fallirono. Quindi, proverò a fornire qualche indicazione sugli eventi successivi a tali tentativi, e sulla memoria di essi – meglio sarebbe dire sul singolare oblìo – negli anni che seguirono. Questa analisi sarà anche un modo per riflettere sul rapporto tra ricostruzione storiografica, rivendicazione di prerogative giurisdizionali e legittimazione negli anni a cavallo tra Sette e Ottocento.

In questo saggio anticipo i primi risultati di una ricerca in corso, che non avrebbe potuto essere così agevole senza la squisita ospitalità di Giulia Beltrametti dell'Archivio di Stato di Torino, che ringrazio con affetto. Per motivi diversi Angelo Torre e Marcello Verga sono responsabili del mio interesse verso l'Impero; non lo sono, ovviamente, per gli errori qui contenuti.

1. *Istituzioni imperiali in Italia e storiografia*

In un recente saggio, anch'esso basato sui rapporti tra stato sabaudo e Impero, Angelo Torre ha proposto di riflettere sull'oblìo di cui è stato vittima il sistema politico dei feudi imperiali italiani in età moderna e di analizzarlo anche attraverso una particolare forma di storiografia, quella controversistica, che secondo Torre sarebbe il modello di ricostruzione storiografica più praticata durante tutto l'antico regime[1]. Rispetto alla sua analisi suggerisco una cronologia differente di questo processo di rimozione, che mi pare derivi dalla mia attenzione più centrata sui tentativi 'governativi' di gestire prima, e liquidare poi la pungente questione dei legami sabaudi con le istituzioni imperiali.

La rimozione della storia dell'Impero in Italia (e non solo in Italia[2]) in età moderna è un fenomeno che ha radici profonde. Complice l'evoluzione politica della penisola negli anni successivi alla Restaurazione, e la connotazione ideologica risorgimentale e nazionalista della storiografia ottocentesca, si può affermare che in Italia esso abbia dato luogo per almeno un secolo a una sorta di amnesia quasi assoluta. Quello che è ancora oggi considerato un testo di riferimento per l'argomento – *Le prime strette dell'Austria in Italia* di Salvatore Pugliese, del 1932[3] – fu la prima opera di larga diffusione a rompere questo silenzio storiografico. Una recensione contemporanea al volume – peraltro dai toni elogiativi piuttosto ambigui – lo testimonia con chiarezza: «l'assunto è in gran parte nuovo. È diffusa invero, fra gli storici italiani, se non fra i tedeschi, la tendenza a considerare praticamente cessata dal 1300 circa, o al più tardi dall'abdicazione di Carlo V in poi, la sovranità imperiale in Italia»[4]. Anche Luigi Einaudi in una sua presen-

[1] A. Torre, *Poteri locali e Impero tra XVI e XVIII secolo: i feudi imperiali delle Langhe tra mito e storia*, in «Acta Histriae», 7, 1999, pp. 169-192. Sull'importanza dei legami tra la storia della storiografia e le rivendicazioni giurisdizionali, si veda E. Artifoni - A. Torre (edd), *Erudizione e Fonti. Storiografie della rivendicazione*, fascicolo monografico di «Quaderni Storici», 93, 1996. È d'altronde della stessa opinione E. Fueter, *Storia della storiografia moderna*, Napoli 1943 (ed. orig. 1911): si vedano, in particolare, le sue considerazioni sulla storiografia pubblicistica imperiale del diciottesimo secolo, pp. 240 ss.

[2] Si vedano, ad esempio, le osservazioni di K. Malettke alla voce «*Empire*» in L. Bély (ed), *Dictionnaire de l'Ancien Régime. Royaume de France XVIIe-XVIIIe siècle*, Paris 1996: «le problème de la perception et de la présentation de l'Empire dans la France de l'Ancien Régime n'a pas encore été examiné de manière systématique».

[3] S. Pugliese, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano - Roma 1932, ristampato poi come *Il Sacro Romano Impero in Italia*, Milano 1935.

[4] La recensione è di G. Seregni, in «Archivio Storico Lombardo», serie VI, 60, 1933, 1-2, pp. 186-189.

tazione dell'opera di Pugliese unirà agli elogi – «un'opera mirabile» – un certo tono di sorpresa per una ricostruzione che disvela intrecci fitti tra istituzioni imperiali e territori italiani fino a tutto il Settecento[5]. Sorpresa pienamente giustificata, considerata quella che era in quegli anni l'opinione comune rispetto all'argomento. «Dopo Carlo V fino alla Rivoluzione francese il nome dell'Impero è quasi ignorato in Italia. La venerabile istituzione aveva perduto nel suo 'giardino' ogni autorità e influenza»: così riassumeva la questione Francesco Ercole sulle pagine dell'*Enciclopedia Italiana*, nel volume uscito proprio l'anno successivo, il 1933. Giusto in tempo per recepire nella bibliografia – non evidentemente nei contenuti – l'opera del Pugliese[6].

Gli anni fino alla Seconda guerra mondiale in Italia furono caratterizzati da alcuni lavori di un certo interesse rispetto a quelle vicende, che non ebbero però un esito nell'immediato dopoguerra, se non a partire da una trentina di anni fa, tanto che per certi aspetti la questione rimane tuttora aperta.

Individuare i motivi di una così scarsa fortuna non è semplice. Una traccia la si può forse trovare nel tono delle recensioni cui ho fatto cenno: esse condividono un'implicita condanna rispetto all'esercizio dell'autorità imperiale da parte degli Asburgo, non solo perché straniera, ma anche perché ritenuta legata al diritto feudale e dunque antimoderna. Se il nazionalismo risorgimentale aveva i suoi motivi per liquidare i 'residui' feudali sull'Italia, la scuola economico-giuridica relegava ai margini un sistema di rapporti estraneo alle proprie categorie di analisi, che anche in seguito è rimasto fuori da una genealogia che assumeva – e spesso assume – l'evoluzione dello stato moderno a paradigma storiografico dominante[7]. Non è un caso che gran parte degli studi passati e recenti sulla presenza imperiale in Italia siano

[5] L. EINAUDI, *Di taluni relitti fiscali assunti a strumento di supremazia politica (A proposito di: S. Pugliese, Le prime strette dell'Austria in Italia)*, in «La Riforma sociale», 39, 1932, 43, pp. 321-325.

[6] F. ERCOLE, *Sacro Romano Impero*, in *Enciclopedia Italiana*, XVIII, Roma 1933, pp. 907-910.

[7] È un pregiudizio che si riscontra anche in alcune utili tesi di cui dirò più avanti, paradossalmente basate proprio sulla documentazione di questi rapporti. M. VERGA, *Istituzioni rappresentative territoriali e memoria collettiva negli stati d'Antico Regime*, in L. CASELLA (ed), *Rappresentanze e territori. Parlamento friulano e istituzioni rappresentative territoriali nell'Europa moderna*, Udine 2003, pp. 105-113, ribadisce i limiti storiografici dettati dall'ottica statuale, a lungo dominante (un fenomeno che P. GROSSI, *L'ordine giuridico medievale*, Roma - Bari 1995, ha chiamato «statalismo psicologico»). Mi sembra dunque che proprio l'analisi del processo di costruzione e affermazione della memoria – e dell'oblìo – sia funzionale alla recente attenzione a forme politiche alternative a quella dello stato moderno.

focalizzati sui territori su cui gli Asburgo esercitarono un diretto dominio: per il Settecento, ad esempio, la dinamica 'statale' austriaca e i suoi riflessi sui domini italiani, a partire dalla Lombardia. Meno indagato è stato il fitto intreccio tra istituzioni imperiali e territori italiani non inquadrati in compagini territoriali più ampie, o variamente legati a esse, come è il caso dei molti feudi imperiali dell'Italia settentrionale.

I motivi di questa scarsa attenzione non sono estranei alla difficoltà di ricostruire la storia di questi rapporti a livello giuridico – gli storici del diritto sono stati a lungo refrattari alla non-sistematicità e al disordine giurisdizionale –, ma anche semplicemente a livello documentario. È innegabile che le vicende successive – politiche come archivistiche – abbiano favorito l'istituzionalizzazione di memorie storiografiche che rimandano alla formazione degli «antichi stati italiani». La storia dei consortili locali legati a doppio filo al potere imperiale, e la ricostruzione delle loro strategie – che spesso diventano motivo di forti tensioni interne alla parentela – sono invece difficilmente individuabili nelle carte ufficiali, se non nei rari archivi nobiliari, o nei fondi criminali del potere 'pubblico'. Allo stesso modo, le strategie economiche locali, che si fondano spesso sulla risorsa del transito – in taluni casi una vera e propria vocazione d'area, come nel caso delle Langhe –, legata a quella dell'esenzione o della gestione locale del prelievo, non lasciano tracce significative, escluse forse quelle della sanzione giudiziaria, che vanno quindi lette in negativo rispetto all'attestazione[8].

2. *I rapporti tra stati sabaudi e Impero nel Settecento: storiografia, documentazione e istituzioni*

Qui mi interessa fare riferimento ai rapporti tra le istituzioni e lo stato sabaudo, in particolare nell'ultimo secolo dell'antico regime. Rapporti che furono fortissimi, come per tutte le realtà politiche italiane, e di molteplice

[8] Formulo qui osservazioni legate a una ricerca in corso nell'ambito della realizzazione dello *Schedario storico-territoriale dei comuni piemontesi*, di prossima pubblicazione, promossa, a partire dal 1994, dalla Regione Piemonte, in collaborazione con l'Università di Torino e coordinata da Renato Bordone, Angelo Torre, Sandro Lombardini e Paola Guglielmotti. Si vedano anche L. GIANA, *Frammenti di luoghi tra Val Bormida e Valle Belbo, la politica dello spazio tra XVII e XIX secolo*, in E. RAGUSA - A. TORRE (edd), *Tra Belbo e Bormida. Luoghi e itinerari di un patrimonio culturale*, Torino 2003, pp. 1-18; A. TORRE, *Le terre degli Scarampi. Appunti per una lettura della Langa astigiana in età moderna*, *ibidem*, pp. 33-46; M. BATTISTONI, *Dazi e transiti di merci nelle valli Belbo e Bormida dell'età moderna*, *ibidem*, pp. 19-32; L. GIANA - V. TIGRINO, *Il territorio astigiano tra la Bormida e il Belbo. Alcune riflessioni su esempi di cartografia storica*, *ibidem*, pp. 81-86.

natura[9]. Riassumendoli, potrei dividerli in due categorie: i rapporti che legavano i Savoia al mondo germanico in quanto principi dell'Impero – e dunque formalmente membri della dieta imperiale –; e quelli che discendevano dalla natura direttamente imperiale di molte parti dell'eterogeneo territorio sotto il controllo della dinastia. Nello specifico, la politica di acquisto di molti feudi imperiali che caratterizzò in particolare la prima metà del Settecento, intensificò il secondo tipo di rapporti, di cui uno dei risvolti più significativi è la lunga questione legata ai feudi delle Langhe, tra Piemonte e Liguria. Il tentativo di razionalizzare il controllo amministrativo portò a una lunga sequela di ricorsi da parte di feudatari e comunità che proclamavano la loro esenzione in nome dell'antica dipendenza dall'Impero, ritenuta imprescrittibile. Questo tipo di problemi non poté non incidere su una più generale riconsiderazione del ruolo della dinastia sabauda (verrebbe da dire dello stato) all'interno dell'istituzione imperiale in generale. Ed è proprio di questo secondo aspetto, dei suoi risvolti politico-diplomatici, che tratterò più diffusamente.

La storiografia ha a lungo ignorato tali questioni, oppure le ha ricostruite in una più generale – e vaga – genealogia della formazione dello stato sabaudo, poi italiano. È sintomatico che per certi versi si sia sostanzialmente rimasti fermi a un'opera certamente significativa, ma ormai vecchia di più di mezzo secolo, di Giovanni Tabacco[10]. Il tema sembra non aver suscitato più l'interesse degli storici, e anzi il riferimento a questi episodi è minimo nelle recenti ricostruzioni storiografiche. Fatalmente – e indicativamente – il giovane Tabacco avrebbe poi scelto la strada della storia medievale[11], e solo alcuni studi specifici sui feudi imperiali tra Piemonte e

9 Sullo stato sabaudo nel Settecento il contributo più recente ed esauriente è G. RICUPERATI, *Il Settecento*, in P. MERLIN - C. ROSSO - G. SYMCOX - G. RICUPERATI, *Il Piemonte sabaudo. Stato e territori in età moderna* (Storia d'Italia, VIII/I) Torino 1994, pp. 439-834; si vedano anche G. RICUPERATI, *Le avventure di uno stato «ben amministrato»*, Torino 1994 e, dello stesso autore, *I volti della pubblica felicità. Storiografia e politica nel Piemonte settecentesco*, Torino 1989. In nessuno di questi contributi vi è uno specifico riferimento ai temi qui trattati. Essi non riscuotono successo neppure nelle indagini sui rapporti tra Italia e mondo tedesco: valga ad esempio la raccolta di saggi di E. TORTAROLO, *La ragione interpretata. La comunicazione culturale tra Italia e Germania nell'Illuminismo*, Roma 2003.

10 G. TABACCO, *Lo stato Sabaudo nel Sacro Romano Impero*, Torino 1939.

11 Peraltro riprendendo il tema: si veda, ad esempio, G. TABACCO, *Sulla distinzione fra vicariato politico e giuridico del Sacro Impero*, in «Bollettino Storico-Bibliografico Subalpino», 46, 1948, pp. 31-71, dove critica i criteri troppo rigidi e anacronistici con cui Francesco Ercole aveva distinto vicariato giuridico e politico. Un riferimento è anche alle proteste di antichità dell'esercizio del vicariato, infondate, che i Savoia fecero per tutta l'età moderna – e che invece il Tabacco fa risalire a Carlo Emanuele I.

Liguria (Langhe e Tortonese) si sono occupati, in tempi e con attenzioni diverse, di questo tema[12].

Dei rapporti tra stato sabaudo e Impero alla fine del XVIII secolo si occuparono altri due studi, meno conosciuti. Il primo è opera di una francese, Irénée Lameire, che peraltro pare sorprendersi della longevità di certi istituti giuridici, il secondo, praticamente contemporaneo a quello del Tabacco, di Luigi Bulferetti[13]. Soprattutto quest'ultimo sottolinea l'importanza del dibattito sui diritti imperiali alla fine dell'antico regime. Con una recensione al libro del collega torinese, che nel 1939 precedette di pochi mesi il suo lungo saggio, Bulferetti propone anche un breve bilancio storiografico degli studi sull'Impero[14]. Critico con il lavoro di Pugliese del 1932, dal taglio troppo economico, non risparmia alcune osservazioni pungenti al libro di Tabacco, che comunque sostanzialmente giudica in maniera positiva: esso in particolare sarebbe

«povero di senso storico, giacché l'autore non si preoccupa di distinguere i caratteri peculiari dei medesimi istituti in tempi diversi. Di ciò il lettore si avvede particolarmente negli ultimi capitoli, i quali non dovrebbero parlare di viete e anacronistiche sopravvivenze, ma individuare in esse – a bella posta restaurate con particolare fervore nella seconda metà del secolo XVIII – uno spirito nuovo, che veniva maturando sin dalla pace di Westfalia».

La frase riassume bene il suo giudizio sugli importanti contributi di riflessione politica portati dai funzionari sabaudi in quel secolo. In particolare Bulferetti appunta le sue critiche sulla scarsa comprensione di Tabacco rispetto a concetti chiave del lessico politico-diplomatico del tempo: su tutti, gli pare di essenziale importanza riflettere sul concetto di superiorità

[12] Si vedano A. TORRE, *Faide, fazioni e partiti, ovvero la ridefinizione della politica nei feudi imperiali delle Langhe tra Sei e Settecento*, in «Quaderni Storici», 63, 1986, pp. 775-810 e, dello stesso autore, *Élites locali e potere centrale tra Sei e Settecento: problemi di metodo e ipotesi di lavoro sui feudi imperiali delle Langhe*, in «Bollettino della società per gli studi storici, archeologici e artistici della provincia di Cuneo», 89, 1983, 2, pp. 41-65 e *Politics cloaked in Worship: State, Church and local Power in Piedmont 1550-1770*, in «Past and Present», 134, 1992, pp. 42-92; A. TORRE, *Del Carretto, Gerolamo Maria*, in *Dizionario Biografico degli Italiani* (d'ora in poi *DBI*), 36, Roma 1988 (sono ricerche che arrivano però alla metà del XVIII secolo e non prendono in esame gli aspetti pubblicistici e politico-diplomatici successivi); A. SISTO, *I feudi imperiali del Tortonese (sec. XI-XIX)*, Torino 1956.

[13] L. BULFERETTI, *Le relazioni diplomatiche tra lo stato sabaudo e la Prussia durante il regno di Vittorio Amedeo III*, s.l., 1942 (già in «Annuario del Regio Istituto storico italiano per l'età moderna e contemporanea», 1939-1941); I. LAMEIRE, *Les dernières survivances de la souveraineté du Saint Empire sur les états de la monarchie piémontaise*, in «Nouvelle Revue historique de droit française et étranger», 33, 1909.

[14] L. BULFERETTI, recensione a G. TABACCO, *Lo stato Sabaudo nel Sacro Romano Impero*, cit., in «Rivista storica italiana», serie V, 6, 1939, 3, pp. 436-438.

territoriale elaborato dal funzionario sabaudo Carlo Ignazio Montagnini nelle sue opere sul vicariato dei Savoia, stese tra gli anni Sessanta e Settanta del Settecento. Una decina di anni dopo, Bulferetti avrebbe infatti dedicato all'argomento un contributo specifico, che, a giudicare dalle citazioni, ha riscosso poi un certo successo storiografico[15]. Tornando alla recensione, Bulferetti contesta a Tabacco l'identificazione delle istituzioni imperiali con quelle della monarchia asburgica. L'errore starebbe nei limiti della documentazione utilizzata. E non sono critiche casuali: Bulferetti sta infatti lavorando sui fondi diplomatici per indagare i rapporti tra Prussia e Regno di Sardegna alla fine del XVIII secolo[16]. «Gli stati sabaudi sono da considerare, *giuridicamente*, in alcuni periodi, come veri stati germanici dell'Impero, e con essi hanno in comune anche qualche direttiva politica, talvolta indirizzata proprio contro l'autorità imperiale o la famiglia che ne è titolare». Il suo contributo dedica una parte importante ai tentativi sabaudi di utilizzare a proprio vantaggio il legame con le istituzioni imperiali, analizzandoli nel corso del Settecento.

Riprendendo e sviluppando le osservazioni di Bulferetti, proverò a illustrare brevemente in cosa consistettero questi legami, concentrandomi in particolare sugli anni cruciali dell'interregno seguito alla morte di Giuseppe II.

La questione dell'esercizio di prerogative legate alla qualità di principe dell'Impero – su tutte quella del vicariato imperiale da parte del duca di Savoia nei propri territori, e la sua estensione a tutta l'Italia 'imperiale' – è un argomento dibattuto per secoli, e come gran parte delle definizioni di esercizio di un potere pubblico, non trova una pacifica formalizzazione per tutta l'età moderna. A partire dalla fine del Seicento, esso si lega ai contenziosi relativi ai diritti della casa Savoia sui paesi di nuovo acquisto, e in particolare alla questione della sovranità – meglio, della superiorità territoriale – sui feudi imperiali delle Langhe. Ciò rimanda alla doppia valenza della questione. I rapporti con l'Impero sono certamente problemi di politica internazionale, ma hanno implicazioni fortissime – e spesso la loro origine – nella gestione del territorio dello stato, o meglio nella costruzione di quel territorio. Prima di affrontare i risvolti diplomatici di fine secolo, ha dunque senso fare alcune osservazioni su queste implicazioni che potremmo definire di natura amministrativa.

[15] L. BULFERETTI, *Il principio della «superiorità territoriale» nella memorialistica piemontese del secolo XVIII. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello*, in *Studi in memoria di Gioele Solari*, Torino 1954, pp. 153-218.

[16] Si veda L. BULFERETTI, *Le relazioni diplomatiche tra lo stato sabaudo e la Prussia*, cit. Questo lungo saggio avrebbe dovuto precedere un'ampia edizione di documenti diplomatici, che però non vide la luce.

«Spino negli occhi degli Asburgo» per tutto il Settecento secondo Pugliese, in realtà lo stato sabaudo costruisce i suoi rapporti con l'Austria e con l'Impero in modi eterogenei; la stessa corte di Vienna d'altronde perseguì alternativamente una politica di cessione di territori e diritti ai Savoia e di interventi favorevoli a feudatari e comunità locali che non permise di sciogliere in maniera definitiva alcuni problemi territoriali. L'acquisto di nuove terre e il rafforzamento giurisdizionale su territori già controllati nei secoli precedenti da parte della corte torinese sono inoltre costruiti, lungo la prima metà del Settecento, con concessioni guadagnate sul campo di battaglia, ma anche attraverso una politica di acquisti che non ebbe come controparte esclusivamente la corte imperiale, ma spesso varie figure di feudatari locali. Nella complessa fisionomia dei territori sabaudi, si può convenire con chi sostiene che per tutta l'età moderna «quasi ogni zolla di terra, ha una sua particolarissima fisionomia giuridica». Naturale che l'iniziativa amministrativa, e la stagione delle 'riforme' economiche, abbia dovuto fare i conti con una parallela costruzione teorica giurisdizionale attraverso la quale sostenerle e giustificarle. Sono iniziative che non hanno però un percorso lineare, poiché non sono concordi le strategie nell'affermazione della sovranità – o superiorità – sabauda sull'eterogeneo stato settecentesco. Non solo: anche gli interlocutori diretti – comunità, feudatari, corte imperiale – scelgono strategie mutevoli di affermazione delle proprie prerogative, e solo una analisi dettagliata e circostanziata del loro evolversi permette di comprendere la continua ridefinizione degli equilibri politico-territoriali. È indubbio, ad esempio, che, nel corso della seconda metà del Settecento, le magistrature imperiali si orientino verso l'idea che le concessioni dei decenni precedenti siano state interpretate dal re di Sardegna in maniera troppo estensiva. Un modo per ribadire che i legami dei territori già imperiali con la loro storia giurisdizionale è assai difficile da spezzare[17].

[17] Sulla politica imperiale in Italia nel Settecento, oltre agli studi già indicati, segnalo tra i contributi più recenti: M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien in der Früen Neuzeit*, in «Quellen und Forschungen aus Italienischen Archiven und Bibliotheken», 79, 1999, pp. 344-420; S. SCHARRER, *Il Dipartimento d'Italia a Vienna dal 1753 al 1792: Monarchia asburgica e nuovi strumenti di governo*, in «Annali di storia moderna e contemporanea», 1, 1995, pp. 153-199; *«Dilatar l'Impero in Italia». Asburgo e Italia nel primo Settecento*, fascicolo monografico di «Cheiron», 21, 1995, a cura di M. VERGA. Ritengo particolarmente utile, per la sua analisi delle implicazioni tra storia delle istituzioni e conservazione archivistica, G. DEL PINO, *Un problema burocratico: la Plenipotenza per i feudi imperiali in Italia e il suo archivio tra XVII e XVIII secolo*, in «Rassegna degli Archivi di Stato», 54, 1994, pp. 551-583. È diventato oramai un classico l'articolo di K.O. VON ARETIN, *L'ordinamento feudale in Italia nel XVI e XVII secolo e le sue ripercussioni sulla politica europea. Un contributo alla storia del tardo feudalesimo in Europa*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 4, 1978, pp. 51-93, con qualche riserva sull'utilizzo delle fonti tedesche del XVIII secolo in

Ciò ha delle ovvie conseguenze anche negli esiti della politica amministrativa della corte torinese. Ancora a fine Settecento porzioni di territorio rientrano difficilmente nei censimenti generali delle province. In particolare gruppi di ex-feudi si ritengono esenti da prelievo fiscale, o variamente sottoposti alla corte in nome degli antichi privilegi – ritenuti inderogabili – che li legavano ai loro precedenti proprietari: i magistrati addetti alle perequazioni annotano sconsolati le rivendicazioni delle «terre delle Langhe, e sedicenti imperiali»[18]. Sono rapporti che vengono costantemente dichiarati e ridefiniti, attraverso il ricorso alle carte d'archivio, utilizzate per legittimare o testimoniare pratiche e diritti. Per questo è sostanziale ricostruire le dinamiche della produzione, raccolta e conservazione di questi documenti, e i modi di utilizzo come prova storica e giuridica. Ciò impone alcune considerazioni su uno tra i principali esiti archivistici di questo secolare rapporto: il fondo *Materie d'Impero* dell'Archivio di Corte torinese. Il nome è praticamente certo che derivi dall'istituzione della magistratura omonima, ma il fondo ha una storia sicuramente autonoma[19].

Con una patente del 29 gennaio 1742 è creata la «Giunta per le Materie d'Impero». Essa è a volte indicata nella documentazione anche come «Giunta delle pendenze con Vienna», e non è cosa trascurabile: è singolare

maniera estesa e a volte acritica. Le stesse osservazioni valgano per W. BRAUNEDER, *Impero e Stato a sud delle Alpi nel XVIII secolo*, in C. MOZZARELLI - G. OLMI (edd) *Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 17), Bologna 1985, pp. 59-84. Si veda anche M. VERGA, *Il «sogno spagnolo» di Carlo VI. Alcune considerazioni sulla monarchia asburgica e i domini italiani nella prima metà del Settecento, ibidem*, pp. 203-261.

18. Si veda lo *Schedario storico territoriale*, cit.; un caso emblematico per la sua complessità è la lunga controversia per i diritti sul feudo di Roccaverano tra il governo torinese, il feudatario Scarampi e la corte imperiale, tramite anche la plenipotenza milanese (si veda scheda del comune di Roccaverano, *ibidem*, di prossima pubblicazione). Parecchia documentazione si trova in Archivio di Stato di Torino, Corte (d'ora in poi AST), *Paesi*, provincia di Asti, mazzi 20 e 21: in alcuni pareri sabaudi degli anni Venti del Settecento si suggerisce l'abbandono della rivendicazione di autonomia dall'Impero per il feudo di Roccaverano, così da evitare di pagare la pensione richiesta dal feudatario Scarampi per prestare il suo giuramento e chiedere le investiture alla monarchia sabauda piuttosto che a Vienna (il gioco – le spese da sostenere – sembrerebbero non valere la candela – l'incasso delle rendite e la sovranità sul feudo, che si teme destinata a rimanere sempre incerta). A sua volta il feudatario chiede garanzie alla corte torinese, temendo eventuali rappresaglie del plenipotenziario Carlo Borromeo Arese, che da Milano minaccia di bloccargli le rendite in altri feudi che Scarampi possiede nella giurisdizione dello stato milanese.

19 Alcune informazioni, ma con qualche inesattezza, nella sezione dedicata all'Archivio di Stato di Torino nella *Guida Generale degli Archivi di Stato Italiani*, 4, Roma 1994, pp. 361-641. Un inventario del fondo è in N. BIANCHI, *Le materie politiche relative all'estero degli archivi di stato piemontesi*, Bologna et al. 1876.

la coincidenza della sua creazione con l'incoronazione dell'unico imperatore non Asburgo di età moderna – peraltro non riconosciuto dai Savoia – avvenuta da una settimana, e forse la precisazione ha un valore effettivo. «Le frequenti pendenze che sono tra la nostra Corte e quella dell'Imperatore per le molte relazioni che si hanno tra noi e l'Impero», recita il regolamento, «richieggono indispensabilmente che si habbia ne' Stati nostri una Giunta fissa di fedeli Ministri»[20]. A essa sono deputati cinque consultori, di cui uno «reggente», e il regio archivista con uno dei suoi segretari: la sua sede sarà proprio l'archivio di corte, in modo da avere immediata disponibilità delle pezze storiche d'appoggio. Interessantissime sono le «incombenze»:

«la prima d'informarsi ben bene di tutti li dritti, e prerogative le quali spettano a Noi, o come Stato e membro dell'Impero, o come Vicarj particolari dell'Impero ne' Stati nostri, o per fine come feudatarj dell'istesso Impero. L'altra di tutte le soggezioni che possiamo giustamente avere verso l'impero, sia per le investiture, sia per le contribuzioni, sia per qualsivoglia altra cagione. L'una e l'altra notitia è precisamente necessaria tanto per conservare i dritti nostri in tutta la loro pienezza, quanto per difenderli dalle maggiori soggezioni, alle quali pretendesse l'Impero di soggettarci contro i privilegii nostri, e contro gli usi finora costantemente approvati».

I consultori, oltre alle informazioni fornite dal regio archivista,

«dovranno anch'essi fare di per sé uno studio particolare non solo del gius pubblico comune, ma singolarmente del gius pubblico Romano-Germanico, delle leggi fondamentali dell'Impero, delle diete, de' recessi, e degli stabilimenti ed usi de' tirbunali imperiali, per ben discernere singolarmente la vera giurisdizione della Camera Imperiale, e quella che abusivamente si attribuisce il Consiglio aulico, ed i casi ne' quali le vertenze de' Principi e Stati dell'Impero, o fra essi, o coll'Imperadore, non dipendono né dall'una né dall'altra, affinché rendendosene li detti Consultori appieno pratici, possano vieppiù farsi atti a riempire perfettamente le incumbenze del loro ministero».

Le regole rivelano dunque la coscienza del forte intreccio con le istituzioni dell'Impero, e anche l'urgenza di creare un gruppo di amministratori e

[20] La patente di istituzione della Giunta (creata in contemporanea a una analoga per gli affari ecclesiastici e a per i confini) è pubblicata in F.A. DUBOIN, *Raccolta per ordine di materia delle leggi, cioè editti, patenti, manifesti ... emanate negli Stati di terraferma sino l'8 dicembre 1798 dai Sovrani della Real Casa di Savoia*, 29 voll., Torino 1818-1869, X; la documentazione originale è in AST, *Materie giuridiche per categorie, Ministri e segreterie*, mazzo 1 «Regolamento di S.M. per le segreterie di Stato, e di Guerra, per le Giunte de' confini, delle Materie Ecclesiastiche e degli affari dell'Impero». Contrariamente a quanto indicato, un solo registro del fondo testimonia l'attività della giunta, per il periodo dal 1743 al 1747 (AST, *Materie politiche per rapporto all'estero, Materie d'Impero* [d'ora in poi *MI*], mazzo 4 non inv.). Una tesi analizza con puntualità – anche se con qualche osservazione a mio parere discutibile – la breve attività della giunta negli anni Quaranta: A. LEDDA, *La giunta per le materie d'Impero nello stato sabaudo del XVIII secolo*, Università degli Studi di Torino, Facoltà di Giurisprudenza, a.a. 1995-1996, rel. E. Mongiano.

consiglieri edotti sulla materia. L'invito perentorio allo studio è sintomatico: non ci si poteva certo aspettare un certo tipo di conoscenze dalla preparazione universitaria di base[21]. I «giovani di talento» destinati ad assolvere alle ricerche, indicate dal reggente e supervisionate dall'archivista, dovranno lavorare poi con «aggiustatezza e buon gusto».

Gli anni sono quelli immediatamente successivi agli acquisti di molte terre imperiali che hanno creato così tanti problemi alla corte, a causa delle rimostranze portate dal 'partito imperiale' presso il consiglio aulico. Un unico registro testimonia l'attività della giunta (dal 1743 al 1747); delle sei riunioni che contiene, contrariamente a quanto statuito, quattro sono convocate dal segretario agli interni[22]. Ciò dimostra che ci si trovò subito ad affrontare problemi non solo direttamente con la corte imperiale, ma soprattutto con i feudatari imperiali 'locali'. La scelta di gestirli con il segretariato agli interni è chiaramente politica: nonostante le rimostranze opposte, i territori andavano considerati – e integrati – nel territorio dello stato[23]. Prescindendo da eventuali perdite, la magistratura non pare però avere un'attività intensa: i riferimenti documentari sono in effetti pochissimi, e le sue tracce svaniscono in una pratica di gestione ordinaria, che scavalca il rigido ordinamento imposto dal regolamento[24]. Quando, nel 1773, Vittorio Amedeo III ipotizzò una sua ricostituzione, essa probabilmente non entrò neppure in attività[25]. I problemi di questo genere vengono piuttosto

21 Si veda D. BALANI, *Toghe di Stato. La facoltà giuridica dell'Università di Torino e le professioni nel Piemonte del Settecento*, Torino 1996.

22 In realtà una bozza del regolamento, poi modificata, prevedeva un passaggio delle pratiche anche alla segreteria agli Interni: nel regolamento definitivo furono invece esclusi due passaggi, compreso quello del ritorno della pratica che dalla giunta sarebbe andata direttamente al re, non più tramite un ulteriore passaggio al segretario agli Esteri (si veda AST, *Materie giuridiche per categorie, Ministri e segreterie*, mazzo 1).

23 Si veda AST, *MI*, miscellanea, mazzo 4 non inv.: il registo riporta anche il regolamento della giunta.

24 La giunta si occupa soprattutto delle recenti acquisizioni territoriali successive ai trattati di Vienna (1738) e Worms (1743), non ancora sancite da investiture ufficiali (l'ultima è del 1733): le riunioni riguardano territori del Tortonese e altri feudi ritenuti già legati al ducato milanese (tra cui Pregola). La strategia sabauda ricalca infatti quella con cui, già nel secolo precedente, i feudatari tentavano di sottrarsi alla giurisdizione imperiale (non a caso è spesso richiamato il trattato di Carlo Maria Maggi sui feudi del Milanese: *Feudorum provinciae Mediolanensis controversorum cum alienis ditionibus. Synopsis collecta ex tabulario excellentissimi senatus*, Mediolani 1680).

25 Si veda AST, *Materie giuridiche per categorie, Ministri e segreterie*, mazzo 1: il 30 ottobre il re esprime la sua intenzione di «riporre in attività» le giunte fatte da suo padre – quelle per gli affari ecclesiastici, per i confini e per gli affari con l'Impero – «per le molte relazioni

affrontati con le magistrature provinciali e degli affari interni da un lato, e con la pratica diplomatica dall'altro – ovvero con l'utilizzo di funzionari residenti all'estero che acquisiscono le loro conoscenze sul campo. Il caso di Carlo Ignazio Montagnini lo dimostrerà[26].

Il fondo omonimo (*Materie d'Impero*) nell'Archivio di Torino è invece importantissimo. Conserva la sedimentazione del lungo rapporto tra Savoia e Impero, di cui i fascicoli riordinati per temi, appuntati, commentati, riprodotti in copia, sono la traccia tangibile più evidente. È con tutta evidenza una creazione settecentesca – almeno nella sua forma attuale –, e soprattutto un fondo che ricalca chiaramente la struttura delle discussioni di cui qui si da conto: dalla sua divisione per temi (Investiture, Vicariato, Diete, Contribuzioni, Bandi, Capitolazioni), alla sua strutturazione cronologica che permette di coglierne l'utilizzo per il ricorso costante a documenti e pratiche precedenti. Solo nel secolo successivo esso sarà inserito nell'ordinazione dell'Archivio tra le carte della segreteria agli esteri. Non è una operazione priva di significato, ma piuttosto un segnale di come con l'Ottocento si sancirà definitivamente l'estraneità della categoria dell'Impero rispetto alla storia 'costituzionale' dello stato sabaudo[27].

A questo vanno ovviamente aggiunti fondi più 'canonici' delle due sedi dell'archivio torinese: l'immensa mole di materiale – a partire dalla serie *Paesi* – legato ai problemi che insorsero nella gestione politica e amministrativa delle comunità e dei feudatari, le lettere ministri, i fondi negoziazioni politiche e corti estere e il fondo della legazione torinese a Vienna, depositato presso l'Archivio degli Affari Esteri di Roma, che conserva materiale di grande interesse per i temi qui trattati[28].

che si hanno tra noi, e l'Impero». Il desiderio è ribadito nell'aprile successivo (dove la si indica come giunta «delle pendenze con Vienna»).

26 D. FRIGO, *Principe, ambasciatori e «ius gentium»: l'amministrazione della politica estera nel Piemonte del Settecento*, Roma 1991, p. 128, segnala la consuetudine di inviare all'estero i giovani per completare la loro preparazione: vedi l'esempio di Giuseppe Solaro di Breglio, futuro ambasciatore a Vienna negli anni Venti, già prima giovane apprendista di diritto germanico all'estero.

27 Ancora in un primo inventario ottocentesco dell'archivista Fea («Divisione delle scritture dei R. Archivi di Corte, 1832») il fondo non è chiaramente individuabile tra «le materie politiche per i rapporti con l'estero». Il suo inserimento successivo è segnalato in *Guida Generale degli Archivi di Stato*, cit. Accessorio al fondo *Materie d'Impero* (25 mazzi e 3 registri, 1422-1824, documenti in copia dal 1365) è quello *Diplomi imperiali* (32 mazzi, 947-1755, documenti in copia dal 774).

28 Il fondo lella legazione torinese a Vienna (1707-1859, ma abbastanza organico solo a partire dagli anni Settanta del Settecento) pervenne a Roma per l'interessamento di Costan-

Dopo l'interesse e le rimostranze dei Savoia della metà del Seicento in merito alla concessione ai Gonzaga, poi ritirata, dell'esercizio del vicariato in Italia, fino agli inizi del secolo successivo l'attenzione verso gli istituti imperiali da parte della monarchia sembra minima. Dalla dieta di Ratisbona arrivano rarissime notizie, e di scarsa rilevanza, da parte di occasionali referenti. L'interesse diviene invece forte in seguito all'acquisizione di feudi, e ritornano spesso le allusioni al vicariato imperiale dei Savoia al momento della richiesta di rinnovo delle investiture. L'invio di rappresentanti torinesi a Vienna e a Ratisbona è funzionale a queste pratiche, ma la documentazione mostra anche il loro ruolo di informatori di una corte spesso assolutamente all'oscuro di tutto ciò che riguardasse le istituzioni del Sacro Romano Impero[29]. I funzionari e i magistrati producono in tal senso una lunga serie di pareri e note informative, che spesso si richiamano gli uni alle altre in lunghe catene referenziali, per documentare i meccanismi politico-giuridici e la loro evoluzione storica, e soprattutto per ricostruire e rivendicare quale fossero le prerogative della monarchia sabauda. Operazioni che non possono essere ricostruite secondo un percorso lineare: le incertezze sono costanti sia riguardo alla rivendicazione delle prerogative legate al vicariato – particolare sui propri domini, e generale per l'Italia –, poiché si teme che sottoponga i territori di nuovo acquisto a uno *status* imperiale generalizzato[30], sia riguardo ai tentativi successivi di accreditarsi quali principi dell'Impero presso la dieta – in questo caso sono le questioni di rango e di opportunità politica che sostanzialmente suggeriscono di impedire agli inviati di farsi formalmente riconoscere presso l'assemblea. Sono queste, ad esempio, le preoccupazioni contemporanee alla missione di Pierre de Mellarede del 1711: da una parte che l'estensione del vicariato 'generale' ai feudi di nuovo acquisto possa legarli indissolubilmente all'Impero, non consentendo di ritenerli decaduti dalla sua giurisdizione in seguito alle dedizioni a Milano del periodo spagnolo; dall'altra che l'aspirazione al

tino Nigra, ambasciatore italiano in Austria-Ungheria dal 1885 al 1904. Conserva, oltre a quello analogo al fondo *Lettere ministri, Austria*, in AST, materiale di grande interesse, che è a volte copia di quello 'torinese' conservato in *Materie d'Impero*. Su questa documentazione si veda E. Piscitelli (ed), *La legazione sarda in Vienna (1707-1859)*, Roma 1950, che mette in evidenza l'importanza dei fondi legati alle ridefinizioni giurisdizionali tra Torino e Vienna.

29 L'ignoranza rispetto alla materia era tale che spesso comportava grossi fraintendimenti o pericolosi equivoci, poiché la corte torinese ignora sistematicamente quali siano la struttura dell'assemblea e gli argomenti discussi all'interno della dieta.

30 Nelle patenti d'istituzione della Giunta per le materie d'Impero nel 1742 – quando il problema è svincolare da qualsiasi giurisdizione imperiale i feudi da poco acquisiti – non si fa cenno, ad esempio, al vicariato generale, ma solo a quello particolare sui domini sabaudi.

titolo di elettore possa suscitare gelosie negli altri principi tedeschi, o nelle potenze estere – su tutte la Francia. Ambiguità e indecisioni continuano negli anni Venti, dopo il 1736 e ancora fino alle investiture del 1755, anno a cui si fa comunemente riferimento per indicare l'acquisizione definitiva dei territori e la sistemazione delle pendenze con Vienna e con l'Impero[31]. Ma le discussioni successive sono ancora moltissime, e dipendono anche da motivi di politica internazionale. Primo fra tutti il rovesciamento delle alleanze del 1756 che, avvicinando Austria e Francia, priva di una risorsa diplomatica importante i Savoia – è palese il rimpianto per il non potersi più inserire con vantaggio nelle inimicizie tra le due grandi potenze –, e ha come conseguenza la sensazione che la corte di Vienna voglia sfruttare la relativa tranquillità sul fronte italiano per rivedere le molte concessioni della prima metà del secolo.

3. *Carlo Ignazio Montagnini: l'esperto dei «laberinti del diritto germanico»*

Il nome che più spesso ricorre nelle pratiche relative alle 'materie imperiali' a partire dagli anni Sessanta è quello di Carlo Ignazio Montagnini, conte di Mirabello – titolo acquisito per servizio, che rimanda a quella classe di funzionari nobilitati alle dipendenze della monarchia sabauda settecentesca. Montagnini nasce a Trino, nel Monferrato, nel 1730; allievo del Collegio delle Province, si laurea in legge a Torino nel 1752 ed entra presto nei ranghi della pubblica amministrazione, nell'avvocatura generale presso il senato[32]. Ma

[31] Sul tema, le memorie contenute in AST (soprattutto in *MI*) sono moltissime: quelle di Mellarede, inviato a Vienna nei primi anni del Settecento per discutere delle investiture relative ai feudi appena acquisiti, che sono nella loro struttura una chiara ispirazione per quelle di Montagnini, a partire dalle sue considerazioni sui due tipi di vicariato; quella di Marc'Antonio Claretti di Fougassieras, stilata intorno al 1720, che, stando a una sua lettera, servì allo storico di corte Bernardo Andrea Lama come riferimento per la sua opera – rimasta inedita – sulla storia della dinastia sabauda (*Histoire de la Royale Maison de Savoye*, scritta tra il 1722 e il 1729: su Lama si veda G. Ricuperati, *Bernardo Andrea Lama, professore e storiografo nel Piemonte di Vittorio Amedeo II*, in «Bollettino Storico Bibliografico Subalpino», 66, 1968, pp. 11-101); quelle del cavalier Pavia degli anni Venti, che informano sulla struttura della dieta di Ratisbona, sulla sua attività e sulla storia della presenza sabauda presso quell'assemblea (ricostruita dai «recessi» rintracciati dall'inviato).

[32] Per notizie biografiche su Montagnini si vedano G.A. De Gregory, *Istoria della vercellese letteratura ed arti*, IV, Torino 1819-1824, pp. 248-251; C. Dionisotti, *Notizie biografiche dei Vercellesi illustri*, Biella 1862, p. 73; L. Montagnini, *Dell'antica legislazione italiana sulle manimorte. Memoria di Carlo Ignazio Montagnini conte di Mirabello*, in «Miscellanea di storia italiana», serie II, 19, 1880, 4, pp. 109-207; A. Manno, *Relazione del Piemonte del segretario francese Sainte-Croix annotata da Antonio Manno*, in «Miscellanea di storia italiana», serie

dopo appena tre anni le sue occupazioni lo portano lontano dal Piemonte, dove nel corso della sua vita risiederà pochissimo. Mandato a Vienna per risolvere una questione di successione, nella capitale austriaca rimarrà poi parecchi anni, per espresso incarico del governo[33], legato a Luigi Malabaila conte di Canale, ambasciatore della corte torinese dal 1737 al 1773[34]. Non esistendo un archivio privato o familiare, e avendo Montagnini suscitato solo raramente l'attenzione degli storici, le vicende della sua permanenza a Vienna sono ricostruibili quasi esclusivamente attraverso le sue lettere di servizio, oltre che grazie alle sue opere – tutte manoscritte, escluse due, e comunque spesso anonime e di difficile attribuzione. È una costante questa che non permette ancora di ricomporre in maniera soddisfacente un suo profilo; chi ne ha analizzato la corrispondenza ufficiale al governo è stato concorde nel ritenerla totalmente mirata a quelle che erano le richieste della corte, e quasi inutilizzabile al fine di ricostruire le altre sue occupazioni[35]. Occupazioni che furono molte, testimoniate dai suoi contatti, e dalle opere anonime che è possibile ricondurre a lui. Fu ispiratore di Gian Rinaldo Carli nel suo progetto di riforme per la Lombardia ed ebbe, all'interno della cerchia di Canale, frequentazioni con Metastasio e altri personaggi della Vienna del tempo. I suoi rapporti con il consigliere aulico von Senckenberg lo portarono alla realizzazione di un'opera in difesa dei diritti imperiali sulla repubblica di Genova, che, riferendosi a una causa che ebbe una certa risonanza nelle corti dell'epoca, raggiunse una significativa diffusione (in

II, 16, 1877, 1, pp. XXVIII, 1-424; D.E.D. BEALES - T. HOCHSTRASSER, *Un intellettuale piemontese a Vienna e un'inedita storia del pensiero politico (1766)*, in «Bollettino Storico Bibliografico Subalpino», 111, 1993, 1, pp. 247-309.

33 In una lettera del governo torinese del maggio del 1761, gli viene permesso di prolungare la sua permanenza, come richiesto da Canale, «a fin de vous mettre en état d'y continuer vos etudes et de vous rendre utile à son service»: AST, *Lettere ministri*, *Austria*, mazzo 85.

34 Su Canale si veda A. RUATA, *Luigi Malabaila di Canale: riflessioni della cultura illuministica in un diplomatico piemontese*, Torino 1968.

35 È un'impressione che condivido con quella di due tesi di laurea dedicate a Montagnini: G.C. GREPPI, *Un diplomatico piemontese a l'Aia negli ultimi anni dell'Antico Regime. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello (1778-89)*, Università degli Studi di Torino, Facoltà di Lettere e Filosofia, a.a. 1960-1961, rel. F. Venturi; M.T. POLIDORO, *Diplomazia e politica nello stato sabaudo del XVIII secolo: l'abate Carlo Ignazio Montagnini*, Università degli Studi di Torino, Facoltà di Lettere e Filosofia, a.a. 1995-1996, rel. L. Guerci, che si occupa anche delle scritture 'imperiali' di Montagnini (ringrazio l'autrice per avermene fornito una copia, essendo in altra maniera la tesi irreperibile). La corrispondenza con l'abate Tommaso de Ocheda, tra 1785 e 1789, fu acquistata nell'Ottocento da Vincenzo Promis, ma andò probabilmente dispersa dagli eredi; ne restano solo i brevissimi appunti di Antonio Manno in Biblioteca reale di Torino (d'ora in poi BRT), *Varia*, 525.

essa, tra l'altro, si allude alla possibilità di intervento da parte dei Savoia a dirimere le controversie relative all'Impero in Italia[36]).

A Vienna Montagnini fu mandato dal governo, come lui stesso confessa in una lettera, «pour me mettre au fait des affaire de l'Empire et de tout ce qui rapport au droit public». E le molte memorie databili al periodo della sua permanenza – alcune conservate, altre disperse o non ancora attribuite – dimostrano questa sua peculiare e costante occupazione[37]. Ma egli non aveva, a quel tempo, un incarico che gli permettesse una certa indipendenza, come ebbe spesso a lamentarsi con la corte di Torino. Non

[36] L'opera su Sanremo, anonima, e che Montagnini evita di attribuirsi, è pubblicata in francese nel 1768, ed esce un anno dopo in una traduzione italiana che avrà una certa diffusione: *Memorie risguardanti la superiorita imperiale sopra le citta di Genova e di S. Remo come pure sopra tutta la Liguria. Tradotte dal francese*, Firenze 1769 (l'ed. francese riporta «Ratisbone 1768»; l'ed. italiana, molto più diffusa, esce anche come stampata a Milano nello stesso anno). L'opera deriva dalla sua collaborazione con il sanremasco G.B. Sardi, in contatto con il consigliere aulico H.C. Senckenberg, e impegnato con questi da ormai quindici anni in questo lungo contenzioso per rivendicare la pretesa imperialità della città di Sanremo, e in generale di tutto il territorio della Repubblica. Nell'inviarne copia al governo, Montagnini evita di indicare l'autore, ma ne sottolinea l'importanza per la casa sabauda: «ils m'ont parú renfermer differentes particularités, qui suivant mes foibles lumières peuvent, au moins avec le tems, intéresser le service du Roi, ainsi que le droits et prérogatives de sa Royale Maison» (lettera del 27 febbraio 1769 alla corte, in AST, *Lettere ministri*, *Austria*, mazzo 86). In alcuni dizionari di opere anonime, essa è attribuita a Francois Benno de Munsterer, che in alcune lettere alla corte torinese si definisce «consigliere e agente di più principi e ville dell'impero a Ratisbona»; questi fu impegnato come rappresentante di Sanremo e dei Savoia presso la dieta negli anni in cui Montagnini era a Vienna – ma il funzionario sabaudo probabilmente lo conobbe nel 1769 di passaggio a Ratisbona, e rimase in contatto con lui anche per avere informazioni sull'evolversi della lite sanremasca (AST, *Lettere ministri*, *Ratisbona*, mazzo 22). Della questione di Sanremo mi sono occupato in V. TIGRINO, *Castelli di carte. Giurisdizione e storia locale nel Settecento in una disputa fra Sanremo e Genova (1729-35)*, in «Quaderni Storici», 101, 1999, pp. 475-506, in attesa di completare un contributo più ampio dedicato all'argomento. Si veda anche N. CALVINI, *La Rivoluzione del 1753 a Sanremo,* 2, Bordighera 1953. L'opera – un parere di parte - è tra l'altro una delle fonti del libro di Salvatore Pugliese del 1932.

[37] Ne riporta un elenco parziale G.A. DE GREGORY, *Istoria della vercellese letteratura ed arti*, cit., per quanto riguarda quelle ancora in possesso degli eredi all'inizio dell'Ottocento; in L. BULFERETTI, *Il principio della «superiorità territoriale» nella memorialistica piemontese del secolo XVIII. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello*, cit., si trova un elenco di quelle a lui attribuite conservate in BRT e AST. Ma molte sono ancora le opere da identificare tra quelle conservate nelle sedi istituzionali torinesi, e l'esistenza di sue scritture occasionalmente ritrovate in vari archivi fa pensare che il loro numero possa essere consistente. Una memoria – tradotta da un certo Magis, che immagino possa essere uno dei corrispondenti sabaudi da Ratisbona di cui si conservano le lettere in AST – è, insieme ad alcune lettere, nel fondo *Carli* dell'Archivio Municipale di Capodistria. Altre sue scritture si trovano presso l'Archivio di Stato di Milano.

stupisce perciò che si mettesse spesso al servizio di occasionali committenti[38]. Questo almeno fino alla fine del 1773, quando fu inviato a Ratisbona dal governo. Già nel 1769, richiamato a Torino, era stato invitato a passare dalla città tedesca per prendere «quelques connoissances locales concernant la Diète»[39]. Nella seconda occasione si trattenne a Ratisbona fino al 1778. La sede di era la meno pagata tra quelle dei residenti, e fu anzi il problema stesso della permanenza di un inviato presso la città imperiale che Montagnini dovette affrontare. In sostanza, egli vi rimase per quattro anni senza ottenere un riconoscimento ufficiale, poiché la corte torinese si risolse dopo lunga indecisione a non fare accreditare il suo inviato, suscitando le critiche dei ministri imperiali.

Sulle questioni dei rapporti tra stato sabaudo e istituzioni imperiali Montagnini scrisse a lungo. Le sue memorie sull'argomento si concentrano tra gli anni Sessanta, viennesi, e l'inizio del decennio successivo, periodo in cui ritornò momentaneamente a Torino, ma che utilizzò sicuramente anche per conservare i suoi contatti 'imperiali' – come testimoniano le sue permanenze a Milano e ancora a Vienna[40]. Tra i contenziosi che occupavano la corte piemontese in quel periodo vi era ancora quello relativo ai feudi imperiali di recente acquisto, agitato dai loro feudatari refrattari ad accettare l'estensione dei provvedimenti legislativi generali ai territori su cui vantavano prerogative. Montagnini affronta questi problemi contingenti – in particolare quelli dei feudi delle Langhe –, ma lo fa formulando anche considerazioni più generali: le sue rivendicazioni passano infatti attraverso successive analisi della storia dell'Impero e del ruolo dello stato sabaudo all'interno del sistema imperiale, e in particolare attraverso la definizione del titolo di vicario imperiale[41].

38 Le lamentele sortirono comunque effetto, perché nel 1768 ottenne una promozione, e soprattutto un aumento di stipendio: AST, *Lettere ministri*, *Austria*, mazzo 86.

39 AST, *Lettere ministri*, *Austria*, mazzo 86.

40 A detta del suo discendente Luigi Montagnini, è in questo periodo che stese a Milano una memoria intitolata «Monumenti storici tratti dagli archivi di Panigarola»; altra documentazione lombarda è esaminata nel manoscritto datato 1770 che Luigi avrebbe stampato a fine Ottocento, motivato proprio dalla nuova legislazione sulle manimorte promulgata in Lombardia.

41 Sono indicativi i titoli delle memorie – alcune disperse o non ancora rintracciabili – citate da De Gregory: «De l'observance impériale par rapport au gouvernement intérieur de l'Empire en Allemagne et en Italie», Vienna 1763; «Mémoire touchant l'observance de l'Empire par rapport aux governements extérieurs; envoyé a la Cour en 1763 à Turin»; «Du gouvernement ancien et moderne de l'Allemagne et de l'Italie, Vienne 1761». Sul vicariato: «Du vicariat de l'Empire», in BRT, *Storia Patria*, 159; «Memorie riguardanti la

Quello che egli ha in mente è una rielaborazione delle dottrine sulla superiorità territoriale e i rapporti tra imperatore e corpi o stati dell'Impero: non quindi un'idea di sovranità assoluta, o 'nazionale', ma l'inserimento dei Savoia nel quadro del diritto pubblico europeo successivo alla Pace di Westfalia. «Nella maniera e collo splendore che in oggi si possiede e si esercita la superiorità territoriale dai Principi e Stati dell'Impero», sostiene Montagnini, «egli è certo che se ne deve la generale ricognizione alla legge prescritta nella pace westfalica del 1648, non meno che alle successive conferme che si scorgono nelle capitolazioni cesaree»[42]. Ma ciò ha una implicazione particolare, poiché tutto questo viene riletto naturalmente nel senso di una autonomia quasi totale dall'istituzione imperiale centrale:

«per qualunque titolo siasi acquistata, e si possegga da un principe e stato dell'Impero la superiorità territoriale, in feudo, o in allodio, per privileggio, per trattato, o per un possesso immemorabile, dicesi indistintamente appartenergli *jure proprio*, e non *vicario*, per la ragione che di tutti i signori Territoriali il possesso è perpetuo, patrimoniale e progressivo ... Quindi è che il potere de' signori territoriali in tutta l'estensione del loro territorio, benché subordinato, è tuttavia riguardato come un potere privativo ed esclusivo di quello dell'imperatore, a segno che anche venendo egli nel territorio de' principi, intatta rimane la loro podestà, né può l'imperadore a pregiudicio d'essi, che le leggi appellano Signori naturali, fare uso dei suoi riservati cesarei»[43].

Le elaborazioni di Montagnini, secondo Bulferetti, rappresentano «il più alto grado di sviluppo cui pervenne in Piemonte, avanti la rivoluzione francese, la giuspubblicistica»: è una lettura affascinante, e credo convincente. Essa è spesso condivisa dagli storici, che però non mi pare comprendano l'importanza del fatto che la costruzione teorica del funzionario sabaudo passa attraverso il legame tra i Savoia e le istituzioni imperiali[44].

superiorità territoriale, i diritti, regalie, e prerogative spettanti a S.M. nei feudi e terre delle Langhe», parte I: «Della superiorità territoriale in generale»; parte II: «Della superiorità territoriale in particolare», in BRT *Storia Patria*, 735; «Riflessioni sopra i pareri di Eineccio e Senckembergio riguardanti i privilegi dei vassalli delle Langhe» (1771), in BRT, *Storia Patria*, 745. Vi sono parti specifiche dedicate ai diritti legati all'esercizio del vicariato anche nelle sue ricostruzioni della storia della dinastia: ad esempio AST, *Storia della Real Casa, Acquisti e diritti*, mazzo 4. «Titoli degli stati, terre e paesi posseduti dalla Real Casa di Savoia e d'alcune ultime disposizioni degli antichi Principi della medesima», 1764.

42 *Memorie riguardanti la superiorità territoriale*, cit. (citato in L. BULFERETTI, *Il principio della «superiorità territoriale» nella memorialistica piemontese del secolo XVIII. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello*, cit., p. 174 n.).

43 *Ibidem*, p. 178.

44 Si vedano, ad esempio, le considerazioni in D. FRIGO, *Principe, ambasciatori e «ius gentium»*, cit.; altri, come F. VENTURI, *Settecento riformatore*, voll. I-V/1, Torino 1969-1987 e D.E.D. BEALES - T. HOCHSTRASSER, *Un intellettuale piemontese a Vienna e un'inedita storia del*

Negli anni i cui queste memorie si concretizzano, Montagnini fornisce al governo lunghi e articolati pareri soprattutto sul vicariato imperiale – la teoria della 'superiorità territoriale' è sviluppata anche a partire da quelle analisi. Montagnini intende «mettere ordine» nella materia, tra le tante opinioni contrastanti, e a più riprese ricostruisce storia e caratteri dei diversi tipi di vicariato: quello d'interregno o in caso di torbidi in «Allemagna», e dei differenti tipi di vicariato «italiano». Egli individua il principale, quello perpetuo dato ai Savoia sui loro stati discendenti dall'Impero, e lo distingue dagli altri – di natura giuridicamente inferiore – concessi a differenti riprese e a molti principi nel corso della storia. Tratta quindi del vicariato generale d'interregno in Italia, e della sua estensione a tutti gli stati del regno d'Italia, per dimostrare come esso spetti «incontestabilmente» alla monarchia sabauda. Una ricostruzione che è anche e soprattutto storica, che «per l'analogia tra tempi antichi e moderni» lo ha costretto a risalire anche a testimonianze remote, a portare l'attenzione su documenti inediti – insiste spesso sull'importanza di un documento da lui «riscoperto» un manoscritto viennese[45] – per «constatare les faits, et éclaircir les endroits»[46].

Il funzionario sabaudo, insieme con il suo protettore Canale, sono anche i referenti sabaudi nelle pratiche legate all'elezione di Giuseppe II, e dunque alle richieste relative alle capitolazioni imperiali, tra l'autunno del 1763 e l'anno successivo[47]. Le loro attenzioni sono puntate sulla redazione dell'articolo 26, relativo al vicariato sabaudo. Montagnini raccoglie informazioni

pensiero politico, cit., puntano piuttosto la loro attenzione sui presunti aspetti 'illuministici' della sua produzione (rispettivamente economica e politica).

[45] A più riprese Montagnini insiste su un documento del 1372, che ritiene il più antico che faccia cenno all'investitura di un vicariato «generalissimo» su tutti gli stati d'Italia discendenti dall'Impero ai Savoia. È la lettera datata 23 novembre 1372 di Carlo IV ad Amedeo di Savoia, che lo storico Spanhagel avrebbe copiato nell'ottobre del 1719 presso l'Archivio Ducale di Milano per ordine di Carlo VI, e poi riprodotto, nel 1724, nel suo manoscritto «Essai historique sur les vicariats de l'Empire», conservato presso la Biblioteca dell'Imperatore a Vienna (dove a sua volta Montagnini l'avrebbe letto, nel 1762). Del documento esisterebbero altrimenti solo edizioni errate e pregiudizievoli, discendenti da quella data da Lünig su scorrette indicazioni di suoi corrispondenti. Montagnini ribadirà ancora nel 1790 l'importanza di questo documento, aggiungendo che «il est étonnant, que Guichenon n'ait fait aucune mention de cet acte, lui, qui est fort exact: ce diplome se garde en original dans l'Archive Ducale de Milan, où je l'ai copié» (AST, *MI*, categoria 2, mazzo 1 di addizione).

[46] Si veda *Du vicariat de l'Empire*, cit. Montagnini non è il solo a fornire pareri sul vicariato: si vedano, ad esempio, anche le opere attribuite al barone Foncet del 1726 e 1775 in AST, *MI*, categoria 2, mazzo 1 e 1 di addizione.

[47] AST, *Lettere Ministri*, *Austria*, mazzo 86 e *MI*, categoria 6, mazzo 1 di addizione.

dal suo referente, il barone Senckenberg, consigliere dell'imperatore. Questi gli confida che, nelle ultime conferme, le omissioni e le lievi differenze nel paragrafo relativo al vicariato non sono dovute a fraintendimenti o errori del copista, ma a una presa di posizione degli elettori di Sassonia e di Baviera, titolari del vicariato d'interregno in Germania, già dal 1711 decisi a impedire qualsiasi allusione a un tale esercizio in Italia da parte della corte di Torino[48]. Anche Canale si occupa del problema, e suggerisce le strategie per la missione dell'inviato sabaudo Wallau all'assemblea elettorale di Francoforte. Lamenta inoltre che quelle omissioni hanno già avuto esiti pregiudizievoli nei commenti stampati dai pubblicisti tedeschi. Nei suoi suggerimenti alla corte fa esplicita allusione alle opere manoscritte del Montagnini: «dans la disertation touchant *l'observance de l'Empire en Italie*, et notamment dans les trois chapitres, qui traitent *des droits*, et *des prerogatives, que l'observance adjuge a la maison de Savoye*, on trouvera plusieurs particularités sur cette materie»[49].

Ma per il momento la corte opta per non insistere sulle rivendicazioni. Nella successiva elezione imperiale del 1790, infatti, se ne parlerà come di un problema irrisolto. Lo stesso accade per quanto riguarda la presenza alla dieta imperiale perpetua di Ratisbona, dove Montagnini risiederà, come detto, dal 1773 al 1778. L'invio presso la dieta significò per Montagnini un salto nella carriera, e non solo. Probabilmente per dare una dignità maggiore alla sua missione – e al suo inviato – il re lo insignì del titolo comitale proprio due giorni prima che venissero consegnate le sue istruzioni per la nuova sede[50]. Gli anni coincidono con l'avvicinamento di Torino alla Prussia. Nel dicembre del 1774, Francesco Maria Grisella di Rosignano, «uno dei piemontesi più esperti di cose germaniche», è inviato a Berlino. Nell'accingersi all'incarico Montagnini fa anche una breve ricostruzione della presenza in dieta, in cui rimarca come fino agli anni Sessanta del secolo precedente i Savoia vi avessero «droit de session», mentre le presenze successive furono

48 In particolare, si fa rilevare che, nel 1741, fu omessa la precisazione che il vicariato debba estendersi «en Italie», e in luogo di «vicariat de l'Empire» fu indicato «vicariat imperiale».

49 Le parti in corsivo sono in evidenza nel testo. La *Dissertation* è segnalata tra le scritture di Montagnini in possesso degli eredi nell'Ottocento, e vi fa allusione Luigi Montagnini, citandone brani, nella sua introduzione all'opera dell'avo. La cita anche L. BULFERETTI, *Il principio della «superiorità territoriale» nella memorialistica piemontese del secolo XVIII*, cit., che però non mi pare ne dia la collocazione archivistica.

50 Il 16 aprile 1773 gli viene assegnato il titolo comitale di Mirabello (AST, *Sez. Riunite*, *Regie Patenti*, *1772-3*, n. 220). Pochi giorni dopo è nominato plenipotenziario alla dieta di Ratisbona.

«senza qualità». Un'assenza 'ufficiale' che, precisa Montagnini, comunque non fa perdere diritto: «c'est une prérogative, que le non usage ne sauroit abolir, étant, comme on appelle, *mera facultatis*, il depend du bon plaisir du Roi de la remettre en vigeur». Ma sul «bon plaisir» hanno il sopravvento l'indecisione e la prudenza di Vittorio Amedeo III, che rifiuta di munirlo di «lettere di creanza», nonostante i tentativi di Montagnini – testimoniati dai suoi tanti pareri favorevoli a una nuova forte presenza della monarchia sabauda in dieta[51].

Nel 1777, Montagnini sarebbe già in procinto di partire da Ratisbona, e a trattenerlo sono gli eventi legati alla successione al trono di Baviera, su cui un anno prima aveva informato il governo[52]. Forse su suggerimento proprio della corte prussiana, in quel periodo viene infatti presa in considerazione l'eventualità di rivendicare ai Savoia l'elettorato eventualmente lasciato vacante dall'estinzione della linea elettorale bavarese. È un progetto dichiarato in una memoria del segretario agli Esteri Carlo Perrone di San Martino, proprio in un contesto in cui si promuove una alleanza con la Prussia, anche militare[53]. La rivendicazione dell'elettorato, e la creazione di legami saldi con alcuni principi del corpo germanico sarebbe un modo tra i tanti progettati per uscire dall'*impasse* dell'alleanza franco-austriaca.

[51] AST, *MI*, categoria 3, mazzo 2, scritti di Montagnini da Ratisbona: «Note touchant le droit de séance à la Diete de l'Empire»; «Note touchant la convénance de remettre en vigeur le Droit de suffrage à la Diete» ; «Note touchant le rang, et la preseance au Colege des Princes» ; «Note touchant la maniére de concevoir le Pleinpouvoir et le lettres de Creance pour la Diète»; «Note touchant la maniére de se regler en donnant le suffrage à la Diete»; «Note touchant les contributions Imperiales, et l'indipendance de la jurisdiction du Plenipotentiarie de l'Empereur en Italie»; «Extrait d'un ecrit qui prouve de plus en plus, qu'il est de l'interêt du Roi». Anche nel 1763 Montagnini e Canale si erano preoccupati dell'opportunità dell'invio di un rappresentante a Ratisbona: la preoccupazione in quel caso era che l'invio di un osservatore senza alcuna qualifica potesse servire come precedente a coloro che volevano giudicare i Savoia completamente estromessi dall'esercizio del loro diritto di sedia (AST, *Lettere ministri*, *Austria*, mazzo 86).

[52] AST, *Materie politiche per i rapporti con l'estero, Corti estere, Austria e Allemagna*, mazzo 4: «Scritto del conte Montagnini sulle apparenti contestazioni, che possono nascere circa la Successione eventuale della Baviera, 1776. con un ristretto istorico di quanto è seguito fino al presente relativamente a tale Successione».

[53] Il testo è espressamente formulato nell'ottica di un dialogo diplomatico con la Prussia: è conservato in AST, *Negoziazioni con la Prussia*, mazzo 1. Ne citò alcuni passi N. BIANCHI, *Storia della monarchia piemontese dal 1773 al 1861*, 4, Torino 1877-1885, 1, pp. 564 ss.; un'edizione in R. MOSCATI, *Direttive della politica estera sabauda da Vittorio Amedeo II a Carlo Emanuele III*, Milano s.d. (1941), pp. 280-291. Proprio Moscati segnala che una nuova edizione avrebbe dovuto far parte dell'imminente edizione di fonti a cura di L. Bulferetti che poi non fu pubblicata.

Qui importa osservare che esso è parte di un disegno di più lungo respiro – Perrone cita i progetti simili precedenti, che saranno ripresi e commentati anche in seguito. Quella dei Savoia principi elettori non è dunque l'idea estemporanea e un po' originale di un ministro, come certa storiografia pare recepire[54]. Questa e le altre scritture, per quel che riguarda i vantaggi di una più stretta relazione con il corpo germanico, insistono sulla possibilità di acquisire di fronte all'imperatore, al pari degli altri elettori, lo *jus de non appellando* e *de non evocando*, la possibilità di redigere la capitolazione in occasione dell'elezione, e il vantaggio di dover sopportare poche ulteriori spese a fronte di sensibili aiuti: tra i pro e i conto, commenta Perrone, «la balanche» pende a favore.

Se può far sorridere l'insistenza su progetti mai realizzati, e forse difficilmente realizzabili – ma sono considerazioni fatte con il senno di poi – trovo, per usare le parole di Bulferetti, che «restano nondimeno documenti interessanti per la storia del diritto pubblico, nei suoi nessi coll'azione politica, e indicano come, attraverso vecchi schemi, i Savoia riuscissero di fatto ad assicurarsi la piena sovranità»[55]. Sono piuttosto le gelosie austriache, francesi e degli altri principi dell'Impero a far cadere il progetto e a far affievolire l'attenzione sulle pratiche per l'elettorato.

4. *1789: la morte dell'imperatore, l'interregno e i progetti dei Savoia*

La fine dell'antico regime è un periodo particolare per la storia dell'Impero. Contrariamente all'idea storiografica a lungo dominante, le ricerche recenti hanno messo in luce la vitalità del dibattito intorno alla forma costituzionale dell'Impero, mostrando come nel mondo germanico si susseguano discussioni e proposte che mirano a cambiarne i caratteri; queste sono ovviamente intrecciate all'evoluzione degli equilibri tra gli stati dell'Impero[56]. Anche

[54] Si vedano, ad esempio, la memoria dell'archivista Ambel «sur celui de Perron», del 3 marzo 1779 e l'«Ecrit de M. L'av. Salomon sur le droit public d'Allemagne qui regarde les Electeurs, leurs Prerogatives, les Droit reservés de l'Empereur, et les bornes que son autorité souffre par rapport à la grande part que les Electeurs ont au Gouvernement», del marzo 1779 (entrambi in AST, *MI*, categoria 3, mazzo 2 di addizione). Ma già nel febbraio del 1779 si avanzano dubbi sull'operazione e sulle conseguenti gelosie francesi, austriache e degli altri principi tedeschi.

[55] Si veda L. BULFERETTI, *Le relazioni diplomatiche tra lo Stato Sabaudo e la Prussia*, cit., p. 40 n.

[56] Si veda A.G. MANCA, *I Progetti di riforma della costituzione imperiale dalla pace di Westfalia alla caduta dell'Impero*, in «Le carte e la storia», 1, 1999, pp. 124-127 (presenta-

per questo motivo le notizie sul peggioramento delle condizioni di salute di Giuseppe II, che cominciano a circolare nel 1789, fanno presagire un interregno caratterizzato da vivaci dibattiti istituzionali, e probabilmente di lunga durata.

Esse colgono i ministri della corte sabauda in un anno di avvicendamenti: tra gli altri Joseph Perret di Hauteville[57] assume la reggenza agli Esteri, dopo aver affiancato a lungo Perrone, e Giuseppe Pietro Graneri – già residente sabaudo a Vienna – va alla guida della segreteria agli Interni, avviandosi a diventare l'esponente di riferimento della corte[58].

Una lettera del 23 giugno 1789 dell'inviato sardo a Berlino, il conte Filippo Nepomuceno Fontana, in procinto di partire per la sua nuova destinazione, la corte di Madrid, comunica alcune indiscrezioni che avrebbe raccolto presso gli ambienti prussiani riguardo all'imminente interregno. Essa avvia

zione del libro di W. BURGDORF, *Reichskonstitution und Nation. Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische Reich Deutshcer Nation im Politische Schrifftum von 1648 bis 1806*, Mainz 1998).

57 Hauteville ha un'esperienza diretta delle discussioni intorno a diritti su paesi di nuovo acquisto, e negli anni Settanta sarà a Milano alla ricerca di documenti archivistici per la corte di Torino.

58 N. BIANCHI, *Storia della monarchia piemontese*, cit., caratterizza in maniera estremamente negativa gli anni di regno di Vittorio Amedeo III, a partire dall'educazione ricevuta, di stampo francese, inadatta a un «re di una monarchia italiana». Con il suo regno, sostiene, «tutto muterà in peggio». Il giudizio si estende anche ai ministri che ebbe a nominare (Montagnini, peraltro menzionato solo come inviato a L'Aia, «degno ministro ... dotto assai nelle scienze giuridiche e diplomatiche», è tra i pochi a salvarsi, insieme a Breme, ministro a Vienna). Sulla rimozione di questa attenzione alla politica imperiale – Bianchi menziona solo i cenni dell'«acciaccato» Perrone all'elettorato – si vedano le riflessioni più avanti. Più recenti e puntuali le osservazioni sulla politica estera e sulla diplomazia in D. FRIGO, *Principe, ambasciatori e «ius gentium»*, cit., che condivide comunque con Bianchi l'idea di una perdita del dinamismo nella politica sabauda di fine secolo, e C. STORRS, *Savoyard Diplomacy in theEighteenth Century (1684-1798)*, in D. FRIGO (ed), *Politics and Diplomacy in Early Modern Italy. The Structure of Diplomatic Practice, 1450-1800*, Cambridge 2000, pp. 210-253. Sulla congiuntura della fine di antico regime e sugli uomini di governo si vedano anche G. RICUPERATI, *Il Settecento*, cit. e, dello stesso autore, *Le avventure di uno stato «ben amministrato»*, cit. e *L'immagine storiografica di Vittorio Amedeo III e del suo tempo: attese, velleità, riforme e crisi dell'Antico regime*, in G. RICUPERATI, *I volti della pubblica felicità*, cit., pp. 237-283. Cenni ai molti avvicendamenti in D. BALANI, *Toghe di stato*, cit., che conferma la tesi di una certa 'chiusura' ai funzionari non nobili per i posti di maggior prestigio: secondo l'autrice la carriera giuridica ne permetterebbe l'accesso, ma solo fino a livelli medio-alti. Una segnalazione interessante mi sembra quella riguardo la scelta di alcuni esponenti della nobiltà (cita i casi di Gian Tommaso Terraneo, Angelo Paolo Carena e Giuseppe Vernazza) di prediligere invece gli studi storico-eruditi – una scelta in realtà non so quanto alternativa a quella degli studi giuridici.

una pratica che per un anno intero terrà costantemente occupata la diplomazia sabauda[59]. Montagnini, dal 1778 residente sabaudo a L'Aia, viene immediatamente coinvolto, anche se da più di dieci anni non si occupa di questi rapporti[60]. Lo precisa lui stesso in una lettera al governo: «une matière que l'ai perdu de vue dépuis long temps, j'espère que S.M. daignera faire examiner ces pièces par des personnes mieux instruites, et plus en état d'en juger». Le sue condizioni di salute non sono peraltro buone: appena un anno dopo morirà, il 18 o 19 agosto, appena compiuti i 60 anni. Come già negli anni Settanta si era basato sulle sue scritture del decennio precedente, anche in queste ultime memorie per la corte riprende spesso argomentazioni già formulate, quando non ne riporta addirittura brani interi. Lo fa però con un'attenzione alla particolare situazione che si trova a gestire, e non a caso nei mesi seguenti è la persona cui il governo fa riferimento, e attraverso la quale passa ogni decisione. Egli lavora sulle fonti dell'archivio torinese. Rientrato nell'autunno da L'Aia, l'archivio è diventato anche ufficialmente la sua sede lavorativa: la nomina a vicesovrintendente agli archivi di corte viene confermata con una patente del 9 febbraio 1790[61].

Inizialmente ci si rivolge a lui per avere informazioni sui pareri degli inviati esteri nella sua sede diplomatica riguardo all'eventualità che il re sardo faccia valere la sua carica di vicario in Italia, ma soprattutto perché comunichi immediatamente la sua opinione di esperto: «vos lumières et votre sagesse sont trop connue du Roi». Come lo avverte Perret di Hauteville, le

[59] La documentazione cui si fa cenno, se non diversamente indicato, è contenuta in AST, *MI* categorie 2, 3, 4 e 6, mazzi di addizione; categoria 2, mazzo 1; miscellanea, mazzo 1 non inventariato; in Archivio Storico Diplomatico del Ministero degli Affari Esteri di Roma (d'ora in poi AMAE), cartelle I-XXVI. Si vedano anche L. BULFERETTI, *Le relazioni diplomatiche tra lo Stato Sabaudo e la Prussia*, cit.; S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, cit.; G. TABACCO, *Lo Stato Sabaudo nell Sacro Romano Impero*, cit.

[60] G.C. GREPPI, *Un diplomatico piemontese a l'Aia negli ultimi anni dell'Antico Regime*, cit. Greppi segnala che per il suo forte legame con i rappresentanti inglesi a L'Aia Montagnini era considerato ironicamente da qualcuno come un ambasciatore inglese piuttosto che sabaudo; per i suoi legami con l'Austria e i funzionari lombardi era inoltre ritenuto filo-austriaco. Nei Paesi Bassi Montagnini accumulò almeno quattromila libri, che poi gli eredi cercarono di vendere al governo torinese subito dopo la morte, insieme alle sue carte manoscritte, ma le trattative andarono per le lunghe. Ricostruisce le vicende della biblioteca F. MALAGUZZI, *Biblioteche storiche disperse*, Torino 1999, pp. 53-62. Ancora nel 1853 secondo G. CASALIS (*Dizionario geografico-storico-statistico-commerciale degli stati di S.M. il Re di Sardegna*, XXIII, Torino 1853), si troverebbero a Trino, presso gli eredi, insieme a «preziosi manoscritti». Ne esiste solo un inventario parziale tra le carte di De Gregory, nella Biblioteca Comunale di Vercelli.

[61] AST, *Regi archivi*, categoria I, mazzo 3. Il direttore in quel momento è Carlo Melina, di cui Montagnini fu ospite a Torino nel 1769, al suo ritorno da Vienna.

«notizie dall'Allemagna» fanno presagire un dibattito intenso in seno alle magistrature dell'Impero. Alcuni ministri imperiali sarebbero favorevoli a fare in modo che, durante l'interregno, la dieta e i due supremi tribunali, soprattutto il consiglio aulico e la camera imperiale, possano continuare la loro funzione, per non dover nuovamente essere costretti a una elezione affrettata, e poter invece attendere gli sviluppi degli eventi che agitano l'Europa – anche se vi sono opinioni contrarie, favorevoli a diminuire il potere dei due titolari tedeschi del vicariato d'interregno, affinché non abbiano interesse a prolungarlo oltremisura. L'avvicendamento a Berlino tra Fontana e Alessio Maria Parella di San Martino non interrompe i contatti: le voci dalla corte prussiana anzi legano l'opportunità dell'esercizio del vicariato alla possibilità per i Savoia d'ingrandimenti territoriali – in particolare verso l'agognata Lombardia –, e trovano eco nelle speranze di approfittare dell'eventuale rottura tra Austria e Francia, mentre altre corti elettorali (Magonza e Hannover) si informano sulle intenzioni di Torino. Quando il 20 febbraio 1790 Giuseppe II muore, i funzionari sabaudi sono già da tempo impegnati in discussioni, per vagliare i vari progetti.

Si discute nuovamente – almeno fino al giugno del 1790 – la possibilità di rivendicare un elettorato per i Savoia. Montagnini, pur con prudenza, rivendica l'importanza del tentativo: «j'ai fort réfléchi sur l'idée de l'Electorat; elle me paroit très delicate et politique à plusieurs égards; mais le cas venant je tacherai de tenir prèt tout ce qui pourroit servir de Base aux Déliberations du Roi sur cette matière interessante». Prepara alcune memorie in cui considera i risvolti positivi e negativi, e ne deduce che l'assunzione porterebbe un sostanziale vantaggio, e potrebbe trovare l'appoggio dell'Inghilterra, perché, in un'ottica di politica internazionale, l'elettorato darebbe ai Savoia una dignità che li escluderebbe da qualsiasi mira francese di annessione. La condizione è che comunque ci si muova con cautela – «prudence» è l'esortazione più ricorrente nelle lettere –, per non esporre il sovrano a un imbarazzante fallimento.

La corte viennese, i cui umori sono tenuti costantemente sotto controllo dall'inviato Luigi Arborio Gattinara di Breme (a Vienna dal 1786), parrebbe contraria. Del resto l'idea di un sovrano sabaudo elettore pare «incredibile» al residente austriaco a Torino – che ha amicizie ben informate sulla corrispondenza con L'Aia, e a cui Hauteville in vena di confidenze ha confermato le iniziative sabaude[62]. Converrebbe piuttosto guadagnare Vienna alla causa

[62] L'interesse del residente Gherardini è riportato da S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, cit., che si basa su documentazione dell'Archivio di Stato di Milano, *Feudi imperiali*, 17 e 617.

della riforma dell'articolo delle capitolazioni, e convincerla ad ammorbidirsi sulla questione di Pregola, che invece il vicecancelliere imperiale Rodolfo Colloredo ritiene di esclusiva competenza del consiglio aulico.

Il tentativo di assumere ed esercitare la carica di vicario d'interregno – generale su tutta l'Italia dunque – è ciò su cui si concentrano gli sforzi maggiori. L'appoggio decisivo si cerca presso la corte prussiana e il governo inglese – che garantisce solidarietà, ma si affida «à la prudence, et aux connoissances locales» dell'inviato –, ovvero i contatti da cui Montagnini aveva ricevuto rassicurazioni e promesse di appoggio durante la missione a L'Aia. Dall'Austria si immagina anche in questo caso una certa opposizione: gli eventi francesi non hanno ancora avuto sviluppi nella politica internazionale, e si ritiene nuovamente che, dopo l'alleanza del 1756, la corte viennese non abbia interesse a concessioni sul vicariato in Italia ai Savoia, privati della loro funzione strategica di baluardo presso una frontiera nemica.

Montagnini parte come sempre dalle esperienze personali e dalle informazioni che ricostruisce dalle carte d'archivio. Sostiene l'invio di un rappresentante a Francoforte che dovrà farsi portavoce delle pretese dei Savoia presso un rappresentante degli elettori, gli unici legittimati alla discussione all'interno della dieta elettorale. Con ciò intende evitare gli errori che si commisero in occasione dell'elezione di Francesco I – quando all'inviato sabaudo non fu concesso di avere voce in assemblea – e di Giuseppe II – dove furono fatali il ritardo e la scarsa attenzione dell'agente sabaudo Wallau nel promuovere le pretese riguardo al vicariato. Costruisce la strategia, in contatto con Gattinara di Breme, a sua volta assistito dal consiglio di un esperto di diritto pubblico tedesco, che avrebbe sondato la buona disposizione del vicecancelliere Colloredo rispetto alla discussione in seno alla dieta delle proposte sabaude. È un'operazione che richiede rigidi passaggi formali e una giusta promozione: mettersi in contatto con gli elettori presso le corti, e con i loro rappresentanti presso la dieta; chiedere appoggio a quelle amiche e insinuare con prudenza le proprie pretese a quelle che si sanno contrarie; tenere stretti contatti con l'inviato. Tra l'inverno e la primavera successiva, lo stesso Montagnini si preoccupa di organizzare dalla sua sede in archivio le varie iniziative, premurandosi che le lettere sianò stese con cura, e che vi sia un'uguale attenzione nei modi e tempi di consegna, in particolare rispetto alla lettera di accredito per l'ambasciatore.

Contemporaneamente, il funzionario sabaudo si adopera per rivendicare anche praticamente, con l'esercizio, la prerogativa del vicariato d'interregno, basandosi sui progetti – irrealizzati – del passato: a tal proposito richiama ancora una volta le riflessioni di Mellarede d'inizio Settecento – e altre

simili di Canale –, che esortavano a organizzare in tale eventualità un tribunale che accogliesse e istruisse processi su istanza di feudatari e sudditi imperiali, in luogo del Consiglio aulico. Nelle memorie che propone a una corte piuttosto entusiasta sono descritti composizione, regole e ambiti di azione del futuro 'tribunale imperiale' con sede a Torino. Prepara le lettere di notificazione di assunzione della carica – in italiano e francese, ispirate ad analoghe approntate in passato, e riviste sugli esempi di quelle ricevute dai vicari germanici –, pronte da inviare agli elettori e ai feudatari dell'Impero in Italia. Dalle sensazioni raccolte presso le corti elettorali, a partire da quella austriaca, pare chiaro che gli ambiti di azione riguarderanno essenzialmente eventuali appelli di «quelques Vassaux Imperiaux de Ligurie, de Lunigiane, ou de Lombardie». Ma il momento appare propizio per fare «quelque acte propre à constater l'exercice de cette auguste prérogative». Per realizzare questo tribunale o «Conseil délégué du vicariat», propone addirittura di rimettere in funzione la Giunta per le materie d'Impero, e di utilizzarne i suoi membri («tirés comme de coûtume du Senat, de la Chambre, et du Conseil d'Etat») per la gestione delle cause, mentre al procuratore generale del re andrebbe il ruolo di fiscale imperiale. Addirittura segnala che sarebbe già pronta l'occasione per rodarlo: «il se présente déjà une occasion favorable pour que le Conseil Délégué puisse sans delai entrer dans ses fonctions». Le lamentele della comunità del feudo di Campofreddo sembrano cadere a proposito: dell'attenzione con cui Montagnini si interessò alla causa mi occuperò meglio più avanti.

All'inizio di giugno, le pratiche prendono una svolta decisiva, mentre nel frattempo sono stati definiti i punti principali su cui muoversi presso la dieta elettorale: la riforma dell'articolo 26 e le questioni sul vicariato dei Savoia, da intendersi generale ed esteso a tutta Italia; la definizione delle investiture; il diritto di reversione sul Piacentino; la conferma generale di tutti gli antichi privilegi e prerogative della casa Savoia; il «redressement» di quelli che sono ritenuti i giusti diritti sul marchesato di Pregola – anche se sulla questione si attende di chiarire la possibilità di una composizione diretta con Vienna.

L'11 giugno, in una riunione «in presenza del Re» queste proposte, e la strategia generale vengono «approvate in pieno». Il dispaccio con cui il re comunica l'invio di Breme a Francoforte è di cinque giorni dopo[63]. Proprio per Breme vengono discussi e approntati memoriali, note informative e documenti da produrre per rivendicare i diritti dei Savoia. Essi, natural-

[63] La nomina ad ambasciatore straordinario a Francoforte di Breme, del 16 giugno 1790, è in AST, *MI*, miscellanea, mazzo 1 non inventariato.

mente, si fondano sugli esempi passati, remoti e recenti, spesso anche in maniera retorica (ricorre l'affermazione, abbastanza inverosimile, che il re si muova «sur les traces de ses glorieux prédécesseurs», o meglio «de ses Royaux Prédécesseurs»), e ribadiscono a più riprese la legittimità della richiesta (a Kaunitz si garantisce di volersi muovere «d'une manière la plus adaptée aux circonstances et analogue aux traités, aux Investitures, et aux Constitutions de l'Empire»). Ma sono analizzate con particolare attenzione anche le interpretazioni che i giuristi germanici danno del rapporto, e le conseguenze che traggono dai cambiamenti introdotti nelle capitolazioni settecentesche riguardo al vicariato sabaudo – spesso, se non sempre, di pregiudizio rispetto alle ragioni torinesi[64].

All'inizio di agosto, Breme prende contatto, come da prassi, con il rappresentante dell'elettore di Magonza. Ma subito insorgono i primi problemi in particolare sul vicariato. In particolare sul vicariato, mentre Breme chiede la reintegrazione dei termini riguardanti il vicariato generale d'interregno dei Savoia compresi nelle capitolazioni precedenti l'elezione di Carlo VII, quando si approfittò dell'assenza dell'inviato torinese per ometterli, ma il suo interlocutore di riferimento, il residente prussiano presso la corte di Magonza barone Stein avanza dubbi:

«on croit assez généralement en Empire, qu'il est prouvé par les titres les plus incontestables, que dans le tems ou la Maison de Savoye prétend maintenant avoir possedé le Vicariat Général de toute l'Italie, plusieurs autres Maisons, et même des simples seigneurs ont également jouis du même privilege, on est dans l'opinion, qui paroit assez fondée, que c'est a l'Épithète du Vicaire, qui ne se rapportoit nullement une *étendue locale* mais bien la généralité des droits Vicariaux dans les districts, sur les quels ces Vicariats s'étendoient».

In questo e in altri passaggi si coglie una critica precisa dei funzionari imperiali, anche di quelli più vicini alla corte sabauda: le pretese sembrano malfondate, per «l'ignorance de la Costitution d'Italie», o perché «le sens n'a pas été bien compris par les redacteurs, et leurs Serenissimes Commettans». Sono osservazioni che già trasparivano nella lettera di giugno in cui si prometteva appoggio, ma qui sono formalmente argomentate. Stein aggiunge poi che il riferimento ai trattati internazionali – soprattutto

64 Tra i commenti alle capitolazioni di Giuseppe II, si citano, ad esempio, quelli di J.J. MOSER, *Remarques sur la capitulation de Joseph II*, art. 26. par. 1 (per il quale l'inclusione di paragrafi relativi a un sovrano non tedesco è «inutile, et étranger aux affaires du Corps Germanique») e di J.J. SCHMAUSS, *Corpus Iuris Pub.*, capitolazione di Giuseppe II, p. 1618 (che ritiene che le precisazioni contestate da Torino siano state fatte proprio a motivo di «empecher que le duc de Savoye sous prétexte du vicariat de l'empire ne s'arrogeat point le vicariat de tout l'Italie»).

quelli di Worms e Aix –, cui si fa molto affidamento da parte torinese, non comportano alcun vincolo per l'assemblea e per l'Impero, non essendo stati da questa approvati.

L'interlocutore sabaudo non sembra però cogliere il problema: per il vicariato rimanda all'unicità del «titre de Vicaire général accordé en cent occasions à la maison de Savoye». «Les Vicariats particuliers sont une autre affaire», sostiene. E conclude, rispetto al problema dei trattati internazionali, che anche prescindendo da essi, «les Capitulations, les Conclusa, les Traités de Westphalie parlent pour nous à l'égard du Vicariat général», aggiungendo che «les Conclusa, les Capitulations Imperiales le sont; elles ont force de loix; l'Observance dans l'Empire acquierent le même caractère; toutes ces loix parlent en notre faveur».

Queste e altre osservazioni vengono vagliate a Torino. Ma non da Montagnini, che è morto appena in tempo per evitare di veder crollare tutti i suoi tentativi. Se ne occupa il procuratore generale del re, il barone Francesco Favrat di Bellevaux, che già a giugno aveva commentato favorevolmente i progetti sabaudi. Le sue osservazioni «sur la forme» e «sur le fonds», sono funzionali alla stesura definitiva delle richieste da fare a Francoforte, e si accompagnano a commenti poco positivi sulla scarsa competenza del consigliere tedesco, consultato da Breme. Il procuratore raccoglie molti dei suggerimenti – ad esempio, l'omissione del riferimento ai trattati internazionali non riconosciuti però dall'Impero –, e consiglia alcuni accorgimenti. Lo preoccupa la frase che si vuol inserire per non urtare imperatore ed elettori – «salvis semper S. Imperii juribus» – e consiglia di renderla più «conditionelle» – «salvis tamen juribus singularibus (si quae sint) ab Imperio approbatis et receptis». Capisce che è in questione l'interesse austriaco sul ducato di Milano, ma immagina non sia difficile dimostrare la differente qualità tra quel vicariato e quello generale dei Savoia. Lo scopo di Vienna sarà ottenere – come per i suoi stati tedeschi – il privilegio d'indipendenza da tutti i tribunali imperiali. Obiettivo che non si adatta certo al vicariato sabaudo; ma le parole che si vogliono inserire, proprio perché vaghe, non paiono pregiudizievoli, e lasciano aperti eventuali, futuri sviluppi.

Non si sono fatti i conti però con la forte opposizione di gran parte del collegio elettorale. Mentre pervengono con forti ritardi e vaghe garanzie di assistenza le risposte dalle corti degli elettori, le discussioni a Francoforte volgono in una direzione lontana dalle speranze torinesi. Anche la corte, dopo gli entusiasmi di giugno, recepisce le difficoltà e il sostanziale fallimento. A margine di una discussione attorno a una memoria di Favrat, stilata a giugno ma ridiscussa in settembre in un «congresso» tra le più alte

cariche della corte, si decide, nonostante si sia persuasi dei diritti del re, che, essendo imminente l'elezione di Leopoldo, sia più «prudent» astenersi da ulteriori rivendicazioni[65].

Entro la fine di settembre la dieta elettorale si chiude e il 30 è formalmente nominato il nuovo imperatore. La forte opposizione dei rappresentanti degli elettori di Treviri, Colonia, Boemia e Palatinato fa fallire sostanzialmente tutti i piani sabaudi, al punto che anche l'ultima richiesta, quella d'inserire un riferimento alla causa di Pregola, viene ritenuta inconsistente, e oltretutto formalmente improponibile, non essendo la dieta elettorale una corte di giustizia. Si ottiene solo una proposta di «raccomandare» la causa all'Imperatore, e dunque di farla tornare a quel consiglio aulico che Torino mirava a escludere[66].

In alcuni passaggi che ho riportato, Montagnini sembra suscitare la perplessità dei suoi interlocutori, al punto che viene da chiedersi se sia tutt'altro che retorica la sua dichiarazione di essere ormai poco avvezzo agli affari imperiali. Ma la sensazione a volte è un'altra, più interessante. Ciò di cui è velatamente accusato – di forzare determinate categorie di diritto, o di costruire argomentazioni troppo ardite e poco in linea con il pensiero dei pubblicistici contemporanei – può significare un'operazione raffinata, che rimanda del resto alla sua interpretazione delle istituzioni imperiali piuttosto fluida, determinata da un approccio pratico. Pratico nel senso che il funzionario ha ben chiara l'importanza sia d'interpretare la documentazione storica per produrla presso l'assemblea a vantaggio delle pretese sabaude, sia di agire in maniera conforme. Le richieste di aiuto che giungono da un vicino feudo imperiale proprio in quel frangente offrono la possibilità di mettere in pratica ciò su cui si sta discutendo.

[65] La memoria è in AST, *MI*, categoria 2, mazzo 1 (fuori cronologia quindi, e non compresa nei mazzi di addizione). La memoria mirava a dimostrare l'insussistenza delle pretese dei due vicari germanici di esercitare la loro carica anche in Italia. Al congresso parteciparono il gran cancelliere, il primo presidente del senato, il segretario di stato agli interni, il reggente agli esteri, il controllore generale, l'avvocato e il procuratore generale.

[66] Le notizie sull'andamento della dieta arrivano in cifra da Breme, che informa costantemente la corte (AST, *MI*, categoria 6, mazzo 1 di addizione).

5. *Campofreddo, un feudo «perduto di vista»: costruire un fatto per creare un diritto*[67]

L'attenzione al feudo imperiale di Campofreddo[68] segue a una lettera datata 26 febbraio 1790 del prefetto Vairo da Acqui, l'odierna Acqui Terme, allora sede di prefettura provinciale di un territorio sabaudo, ex-monferrino, ai confini con l'oltregiogo genovese, e anche sede della diocesi di cui la parrocchia di Campofreddo fa parte. Visto il contenuto, e considerata la contingenza, per ordine diretto del re la lettera viene trasmessa a Montagnini, affinché ne vagli l'importanza.

È soprattutto l'allegato che suscita l'interesse della corte torinese: sulla base delle indicazioni fornite da alcuni particolari del luogo, vengono esposti i problemi che ormai da decenni oppongono una fazione degli abitanti agli Spinola e alla repubblica di Genova, condomini del feudo[69].

Secondo la memoria, dei molti feudi imperiali su cui Genova estende il suo dominio, Campofreddo è tra i pochissimi che ancora rivendicano la superiorità imperiale, senza tenerla invece «quasi segretta». Gli abitanti sono stimati in circa 3.000, e il commercio è fiorente, ma non quanto potrebbe esserlo se degnamente «assistito» da un intervento sovrano[70]. Ma è la rivendicazione dell'estensione del territorio, molto maggiore rispetto a quella su cui la comunità può pacificamente godere il possesso, a essere interessante: l'allusione è a secolari liti confinarie e a usurpazione di comunaglie di cui la comunità sarebbe vittima. Il territorio del feudo si estenderebbe sino «a

[67] Se non precisato ulteriormente, si intende AST, *MI*, categoria II, mazzo 1 di addizione, n. 13, dove sono i fascicoli legati a Campofreddo. Insieme a questi, vi è altra documentazione precedente, soprattutto sulle liti tra le due fazioni, quella filogenovese e la filoimperiale, che coinvolgono il clero locale e il vescovo di Acqui, e una lunga relazione sul feudo, della fine del Settecento.

[68] Su Campofreddo si veda adesso M. CALISSANO (ed), *Una famiglia ed il suo territorio. Campo Ligure e gli Spinola tra medioevo ed età moderna*, Campoligure 2000 (in particolare F.P. OLIVIERI, *Il feudo imperiale di Campo Freddo nel sistema dei feudi imperiali italiani del XVIII secolo*, pp. 67-77, che mette in evidenza l'importanza dei traffici che sfruttano le franchigie locali, e G. CASANOVA, *Il feudo di Campofreddo tra Ancien Régime e Rivoluzione*, pp. 78-97).

[69] Nell'Archivio di Stato di Genova (d'ora in poi ASG) vi sono accuse speculari della fazione opposta, ma nessun riferimento alle richieste di assistenza torinese, che dovettero dunque rimanere segrete: ASG, *Archivio Segreto*, 224, «Carte riguardanti il feudo di Campo, 1625-1795».

[70] Si fa cenno al castello del luogo, che i feudatari avrebbero lasciato appositamente andare in rovina, a fabbriche di ferro, al commercio di carta, sete, legnami, tabacchi, vini, e ad alcune risorse locali (boschi di castagne, fieni, legnami, «formentone» e grano).

Giovi e poi sino a Voltri, Miele [Mele] e Polzevera [la valle del Polcevera]», dunque lungo due rotte di transito – e di contrabbando – assolutamente strategiche, e sostanzialmente precluse agli interessi torinesi. La repubblica di Genova appoggerebbe le usurpazioni perché commesse da sudditi di patrizi genovesi, feudatari dei luoghi vicini, ma i particolari di Campofreddo hanno sempre portato avanti le loro opposizioni presso i tribunali imperiali. Un processo è infatti in corso a Vienna, dove a curare gli interessi della comunità è don Giuseppe Leone[71]. Le usurpazioni genovesi, si commenta, «sono appoggiate a documenti autentici»: con ciò si indica che furono sancite da relazioni di visite ai confini, piantamento di termini e altri atti di giurisdizione fatti da delegati della Repubblica – un'evidente pratica di costruzione di attestazioni di prova giudiziale –, che culminano con la confisca dell'archivio comunale nel 1788. Contro tali atti, la comunità di Campofreddo avrebbe ottenuto sentenze favorevoli da parte imperiale, a cui non si diede però seguito per il «potere politico» dei feudatari coinvolti.

Addirittura si ventila che, ristabilendo gli antichi confini comunali, Campofreddo sarebbe adiacente a Tagliolo, territorio del Monferrato, e non completamente circondato, come si trova, dal territorio della Repubblica. È un modo neppure troppo implicito, per suggerire ai funzionari torinesi che la coerenza territoriale permetterebbe di sfruttare al meglio la franchigia «accordata anticamente dalla Repubblica», per cui feudatari e particolari del luogo godono di particolari esenzioni sui beni prodotti *in loco* e su quelli «che conducono o fanno condurre per la strada di Voltri e di Varazze» fino a Genova. Una prerogativa da cui il governo della Repubblica non ricava alcun vantaggio, ma che spianerebbe la strada verso il mare a Torino.

L'inviato in Vienna Leone «sarebbe al caso di dare de' Lumi da Lui all'impensata scoperti in Vienna forse ignorati dalla Corte di Torino». L'allusione è a prove storico-giuridiche per rivendicare almeno attraverso il vicariato il dominio medio sul luogo. Una possibilità che apre ulteriori scenari, legati alla ricerca diplomatica. Le investiture di Campofreddo reperite «contano nel frontespizio: Investiture di Campo, e de' due Rossiglioni», e darebbero modo di rivendicare diritti sulle due contermini comunità genovesi di Rossiglione Inferiore e Superiore, «a confini con Tagliolo e Mollare [Molare]» – dunque ancora una volta territori limitrofi allo stato sabaudo. Si conclude poi alludendo alla «tradizione» secondo la quale tutte le terre della zona, lungo il torrente Stura, già imperiali, sarebbero state con il tempo illegalmente annesse dalla Repubblica. Rivendicarne

[71] A Vienna è stato inviato un tipo geometrico, opera dell'agrimensore Fallabrino di Carpeneto.

all'Impero la superiorità permetterebbe d'insinuarsi praticamente fino al mare, e ad appena dieci miglia da Genova. In questi documenti è costante il riferimento alla risorsa del transito, che è peculiare della fascia dei feudi appenninici, e della zona dell'Alto Monferrato, e lega in maniera interessante il possesso di contese porzioni di territorio alla dinamica dei confini come vie di comunicazione. Anche due mappe del territorio allegate alla documentazione sono relative alle vie di transito di questo tratto appenninico del Ponente genovese: in una, manoscritta, esse sono descritte con minuzia; nell'altra, a stampa, sono invece segnalate con dei tratti di penna le tappe verso il mare a partire da Molare (in Monferrato), tramite Rossiglione (genovese) e il feudo di Campofreddo, fino a Voltri (sede di un capitanato della repubblica di Genova). Segni rossi su un foglio che, considerati da parte genovese, suonano piuttosto inquietanti.

Dalle carte della pratica risulta evidente che, oltre all'indiscusso valore strategico del feudo, un'altra cosa preme in maniera particolare a Montagnini: l'utilità come precedente, come fatto giuridico dell'eventuale appello. Le parole con cui consiglia di seguire con attenzione l'evolversi degli eventi, nella sua memoria del 9 marzo mostrano con estrema chiarezza la sua pragmaticità. Lo scopo è ottenere dalla comunità un appello che menzioni i precedenti portati al consiglio aulico, e che

«implorasse, attesa la circostanza dell'Impero vacante, la protezione di S.M. come Vicario Imperiale, e perpetuo dell'Impero in Italia, ad effetto di provvedervi come di ragione, e giustizia, secondo le leggi, e costituzioni imperiali. Un tale riccorso assai conforme a quanto fu fatto altre volte dalla città di Savona ed altre della Riviera di Ponente, che implorarono, ed ottennero nel 1226 la protezione del conte Tomaso di Savoia come Vicario dell'Impero *totius Italiae*, verrebbe tanto più opportuno per il servizio di S.M., che potrebbe riempire almeno in parte quanto è stato soventi rappresentato dai Ministri di S.M., e segnatamente dal Conte Mellarede nel 1711, e dal conte di Canale nel 1741 sopra la convenienza di proccurare pendente l'interregno di fare almeno ne' feudi minori un qualche atto tendente a provare il diritto, ed esercizio della prerogativa di Vicario generale in Italia».

Montagnini scopre le sue carte, persegue la sua strategia di affermazione della predominanza della casa Savoia quale stato dell'Impero in Italia, e lo fa richiamandosi ad esempi del recente passato – i progetti di Mellarede e di Canale, non realizzati, di costruire una sorta di rassegna di precedenti giuridici. In archivio, nei primi giorni di marzo, restituisce una sua lettura della causa, ma segnala ai suoi interlocutori che riguardo a Campofreddo i documenti dell'archivio torinese sono avari di notizie. Poche tracce documentarie legate alla giurisdizione del feudo e un riferimento, peraltro dubbio, a una cessione di «Campo» dalla famiglia del Carretto a Genova, nel 1210, richiamata dall'annalista genovese Caffaro – avvenuta senza l'assenso dell'imperatore, appunta Montagnini, citando se

stesso[72]. Ma il funzionario sabaudo, come spesso avviene, ritrova tra le sue carte dei preziosi riferimenti. Era a lui che dalla corte di Torino, quasi trent'anni prima, nel 1763, ci si era rivolti per avere lumi sui rapporti tra Genova e Vienna riguardo agli appelli della comunità contro i feudatari che si susseguivano già da anni[73]. Ricordandolo, egli nota con rammarico che quel feudo «è veramente uno di quelli, che nella demarcazione fatta in conseguenza del trattato di Worms, sembrano essere stati perduti di vista, benché per più riguardi fosse importante di farne l'acquisto, non meno che dei due Rossiglioni, e loro pertinenze». L'errore derivò dall'eccessiva certezza della corte di Torino di ottenere, nel 1743, Savona e Finale, e uno sbocco al mare, «il colpo essendo mancato, per le note vicende d'Italia». Adesso a peggiorare il quadro sono i continui tentativi genovesi di escludere definitivamente l'imperialità del luogo, e di «esercire eziandio tutti i dritti di superiorità territoriale». Assieme alla promozione dell'appello consiglia di prendere contatti con il rappresentante in Vienna della comunità, per acquisire eventualmente dall'imperatore – come si fece per le Langhe nel 1690 – la superiorità media sul luogo.

[72] «È assai verosimile che la terra di Campo ceduta nel 1210 dalli Carretto, sia l'attuale Campofreddo», sostiene, sia per la vicinanza agli altri luoghi identificati nel documento, sia «pel riflesso che anticamente Campofreddo si disignava con il solo nome di Campo». Montagnini commenta il documento con un riferimento alle 'sue' *Memorie* sulla superiorità imperiale su Genova (anche in questo caso però non se le attribuisce). Commenta poi la scarsità di riferimenti, anche nelle opere «germaniche» sui feudi imperiali italiani, e la possibilità che in un documento del XVI secolo vi si possa far riferimento «come una villetta in origine dipendente dalla giurisdizione di Rossiglione». Montagnini ebbe stretti rapporti a Vienna con G.B. Sardi, che promosse una operazione analoga nella sua causa per Sanremo. Intendo che in quel caso Sanremo, sollevatasi contro Genova, si rivolse invano alla corte di Torino per ottenere appoggi, e Sardi da Vienna seppe far rileggere quell'episodio come un appello ai Savoia in qualità di vicari imperiali e a impostare tutta la pubblicistica sanremasca successiva in ottica filoimperiale; qui Montagnini fa il contrario, e trasforma un appello ai Savoia quali tramite per Vienna in un riconoscimento del loro titolo di vicari generali in Italia.

[73] Le richieste pervennero dalla segreteria agli Esteri a Montagnini nell'autunno del 1763, e miravano a sapere se Genova e gli Spinola avessero richiesto le infeudazioni all'imperatore Giuseppe II, cosa che era stata fatta quello stesso anno. La documentazione è in copia tra le carte del 1790 (AST, *MI*, categoria II, mazzo 1 di addizione, n. 13), oltre che nelle filze delle lettere ministri (AST, *Lettere ministri*, *Austria*, mazzo 86). Una lettera di Montagnini del 7 novembre 1763 informa delle trame genovesi degli anni precedenti, che comportarono anche la corruzione dell'agente di Campofreddo in Vienna, colpevole di aver sottoscritto atti poi pregiudizievoli agli interessi della comunità. La causa sarebbe a quella data ferma per i buoni uffici della Francia. Un ministro torinese annota deluso, il 19 novembre, che le informazioni di Montagnini «ne laissent rien a désirer, ce qui fait tomber la supposition, que l'investiture de ce fief avoit été refusée, ce que l'on vouloit savoir ici».

Il flusso di informazioni sul feudo non si interrompe e altre carte, relative soprattutto ai problemi insorti nel corso del Settecento, vengono proposte alla corte di Torino. Nel presentare al governo le sue osservazioni – in questo caso il dialogo passa spesso attraverso la segreteria agli Interni – Montagnini fa uno stato della causa in corso presso il consiglio aulico, interrotta l'anno prima per il rifiuto di Genova a eleggere un suo rappresentante per l'arbitrato in Vienna. Segnala la presenza all'interno della comunità di due «partiti», uno legato ai condomini – Genova e gli Spinola – e l'altro «portato a sostenere virilmente i dritti dell'Impero». Il fatto preoccupa Montagnini, scettico sulla possibilità di ottenere un appello ufficiale sottoscritto dall'intero consiglio comunale. Comunque, suggerisce di tenere il prefetto in guardia. Una raccomandazione inutile, vista l'intraprendenza dell'ufficiale sabaudo. Ancora alla fine di aprile, Vairo raccomanda infatti la causa a Torino, e pare bene informato degli ultimi sviluppi dei trattati tra i Savoia e l'Impero. La strategia che propone – non so quanto suggeritagli dai referenti campesi – è sottile: a Vairo «sembra di aver letto» che nell'ultimo trattato tra l'Impero e i Savoia sia stabilito che i feudi imperiali ai confini con il territorio dello stato sabaudo andassero assegnati a quest'ultimo. Se dunque si rivendicassero i giusti confini del feudo, anticamente adiacenti a Tagliolo nel Monferrato e ora usurpati, le pretese sabaude si accrescerebbero di una ulteriore potenziale prova giuridica di superiorità, con la possibilità d'incamerare il feudo.

Le indicazioni di Montagnini per proseguire la causa sono precise: la richiesta andrebbe fatta dal consiglio, o almeno il prefetto «potrebbe destramente fare insinuare ai principali autori» la necessità dell'invio di un rappresentante ufficialmente nominato a Torino. Gli appellanti accettano, tramite il prefetto, ma alla fine il viaggio salta, probabilmente per prudenza: si teme che il segretario Leone, scelto allo scopo, faccia incontri imbarazzanti lungo la via, che svelerebbero il piano. Ne dà conto Vairo con una lettera dei primi di maggio, a cui sono allegati i documenti ufficiali, rogati dal notaio imperiale del feudo Alberto Leoncino, che riportano testimonianze delle recenti usurpazioni – una, particolarmente grave, a opera di uomini della Repubblica al comando di un ufficiale provenienti dalla valle Polcevera – e l'appello contro i feudatari, insieme a copie dei recentissimi appelli al consiglio aulico. Ancora una volta però si implorano i Savoia di far da tramite per portare l'appello al lontano consiglio aulico viennese. Esattamente ciò che non vuole Montagnini. Che il prefetto sia esplicito e, sempre «colla solita sua prudenza», ottenga che la supplica venga

«riformata, con esprimere precisamente, che la Comunità implora la protezione, ed autorità del Re nella qualità di Vicario perpetuo del Sagro Romano Impero in Italia per l'opportuna

esecuzione de' decreti già emanati dal Consiglio Aulico, e ciò attesa l'attuale vacanza del Trono Cesareo, che sospende tutte le funzioni dell'Aulico Consiglio»[74].

Finalmente, il 21 giugno, il documento è «costruito» secondo le forme richieste, sottoscritto dagli agenti e dal cancelliere della comunità, e inviato al re:

«aggiontavi la sospensione de' Tribunali Cesarei, vacante il Trono Imperiale dalle loro fonzioni: ci costringe come facciamo nella compiegata supplica ad umilmente implorare la Protezione, e l'Autorità di Cotesta Sacra Regia Maestà nella qualità di Vicario perpetuo Imperiale in Italia vacante la Sede dell'Imperatore, per l'esecuzione de suddetti, ed altri Decreti Cesarei».

Al documento è allegata una procura, lasciata in bianco, per nominare un rappresentante fiduciario in Torino – evidentemente l'uomo che dovrà istruire la causa presso il futuro tribunale vicariale imperiale che il governo sabaudo ha in progetto di istituire nella capitale durante l'interregno. La supplica della comunità è mandata con una certa apprensione, e con la raccomandazione che la protezione torinese sia «perpetua», e non cessi all'elezione dell'imperatore, lontano e dunque poco incline a difendere i suoi sudditi dalle violenze dei partigiani genovesi, che tra l'altro avrebbero avuto recentemente in idea di fomentare una sommossa per cancellare anche gli ultimi residui di giurisdizione imperiale (le pratiche della parte filo-genovese sono largamente testimoniate nell'archivio governativo genovese[75]).

[74] Qui come in seguito, Montagnini parla di vicariato perpetuo – teoricamente quello relativo al potere dei Savoia sulle terre di dominio diretto – e non di quello generale d'interregno.

[75] Dato il disordine del fondo, il faldone ASG, *Marchesato di Campofreddo*, n. 3, 1749-1794, non è rintracciabile. Parecchie notizie in ASG, *Archivio Segreto*, 224, 245 e 246, dove la documentazione testimonia la lite per tutto il secolo, negli ultimi anni del quale, in particolare, si mette in evidenza l'imbarazzo genovese per l'interessamento da parte della plenipotenza in Milano. Il governo della Repubblica e gli Spinola agiscono in Vienna procurandosi appoggi e favori dai membri del governo imperiale per evitare ritorsioni da parte del consiglio aulico, e insieme appoggiano a livello locale la fazione antiimperiale, sottolineando il vantaggio di poter vantare un «uso» da sempre favorevole. Genova pare preoccupata della possibilità che da Milano siano inviate truppe a sedare eventuali disordini, essendo queste costrette a passare attraverso il territorio genovese lungo l'importante via di comunicazione del passo del Turchino. Ciò in conseguenza della natura del feudo, minore e non maggiore («ossia feudi throni, secondo il sentimento dei pubblicisti di Vienna»), che quindi non permette ai feudatari d'intervenire militarmente se non in casi di assoluta urgenza. Un biglietto di calice anonimo mette in guardia il governo genovese dagli appelli dei campesi: «bisogna legalmente e ministerialmente declinarli, ed impedirli», altrimenti «l'Imperatore maleaffetto, e ardente rimetterà in campo le pretensioni sopra S.Remo, e sopra tutta la Repubblica e scoppierà in fine quella tempesta che con arte, e fortuna da tanti anni si tiene sospesa. Si lavori dunque in Genova, in Campo, e in Vienna».

Montagnini è soddisfatto: la supplica «pare in buona forma, e molto opportuna all'oggetto, che si avrebbe di mira, qualora S.M. stimi a proposito di esercitare un qualche atto relativo all'augusta prerogativa di Vicario perpetuo dell'Impero in Italia». È singolare però che proprio il magistrato sabaudo faccia riferimento al vicariato perpetuo, quello legato all'esercizio ordinario della giurisdizione sui territori direttamente legati al sovrano sabaudo, e non al vicariato generale. Nelle sue memorie degli anni precedenti Montagnini aveva sottolineato spesso la differente terminologia e ora ricorre invece a un termine unico – vicariato perpetuo appunto –, specificando, eventualmente, se esso venga esercitato in caso d'interregno, e dunque in sostituzione del consiglio aulico. In quest'ultima breve nota non fa neppure seguire tale indicazione. Forse una certa imprecisione, o piuttosto la sensazione che ormai si vada a una rapida elezione del successore di Giuseppe II, e che le possibilità di esercitare giurisdizione sostitutiva siano minori – magari a nascondere un invito involontario a considerare il vicariato in Italia in senso esteso anche fuori dal periodo di vacanza. Oppure il motivo può stare nelle cattive condizioni di salute di Montagnini. Questo sarà l'ultimo suo atto ufficiale, scritto tra l'altro da casa, e non più dalla sua sede di lavoro come tutti i precedenti. Il 18 agosto infatti morirà.

Ma l'eventualità di agire nella causa è presa comunque in seria considerazione. Una memoria anonima, compilata evidentemente appena ottenuta la richiesta nei termini desiderati, illustra le modalità in cui muoversi, ricalcando quelle utilizzate dal consiglio aulico. Il primo passo è indirizzare «un Décret, ou *rescript exhortatoire, et déhortatoire* aux Vassaux refrectaires», in cui sia comunicata l'assunzione della carica, pendente l'interregno, e l'intimazione a interrompere le molestie contro gli abitanti, come previsto dalle decisioni del consiglio aulico, «sans quoi S.M. se verroit obligée d'y mettre ordre Elle même au nom du St. Empire en conformité des Constitution d'icelui». Questo contegno pare al compilatore che metta al sicuro il re da critiche da parte degli elettori, e anzi lo ponga in buona luce nei confronti della repubblica di Genova, avversaria anche per altre cause pendenti. I modi per la notifica sono due: il primo è quello seguito l'anno precedente dagli ufficiali della plenipotenza, ovvero l'affissione del decreto nel capoluogo; il secondo la sua consegna diretta ai feudatari. Se questi si dovessero dimostrare refrattari ad accettare l'intervento, come pare quasi ovvio, i Savoia avrebbero una buona occasione per portare il caso alla discussione dell'assemblea elettorale: dunque per certificare un fatto che dimostrerebbe il loro titolo.

La vicenda nei mesi successivi si evolve invece diversamente, e con l'autunno non vi è più traccia d'interesse né per Campofreddo, né per le altre que-

stioni legate all'Impero. A insistere sul tema sarà ancora solo l'osservatore sabaudo a Ratisbona, de Roqueville[76], ma i suoi appelli non avranno esito. Lo smacco del 1790 ha evidentemente lasciato il segno, e la convinzione è che i tedeschi non accettino la presenza dei Savoia in un Impero caratterizzato dall'elemento germanico. A questo si aggiunge il fatto che, anche da parte austriaca, mal si sopporterebbero interferenze all'esercizio delle funzioni della plenipotenza imperiale in Italia. Le memorie del procuratore generale Favrat, che ha raccolto il testimone lasciato dalla morte di Montagnini, sono improntate alla massima prudenza e al basso profilo. Riguardo all'esercizio del vicariato in occasione dell'interregno seguito alla morte di Leopoldo II, considera amaramente le opposizioni che verrebbero dai principi e dagli elettori germanici, e che nascerebbero in Italia. Egli consiglia semplicemente di evitare «quelque variation défavorable au texte de l'article 26ème de la future Capitulation», ottenendo che venga inserito «tel, qu'il à été rédigé en 1790», promuovendo la richiesta tramite un inviato alla dieta di Ratisbona, «sous l'aspect d'une extrème moderation», e soprattutto in una maniera meno ardita che in passato, e «mieux fondé en droit»[77]. Neppure le insistenze di Breme, l'anno successivo, hanno esito; alla corte premono di più le necessità di guerra. In quell'ottica, si considerano i progetti di rivendicare il diritto di suffragio alla dieta imperiale e l'ascrizione al circolo dell'Alto Reno, ventilando contributi bellici imperiali e possibilità di sedere al tavolo dei congressi di pace come principi imperiali. Operazioni che non hanno successo, e dettate dall'urgenza più che da un coerente progetto politico; soprattutto si scontrano con la pretesa del vicecancelliere imperiale Colloredo che i Savoia richiedano formalmente l'aiuto delle armate austriache come vassalli dell'Impero[78]. Richiesta di aiuti che poi viene fatta dal re, e che aggraverà ulteriormente il giudizio che la storiografia risorgimentale darà di Vittorio Amedeo III.

[76] Egli si definisce come rappresentante del vescovo di Liegi a L'Aia, temporaneamente a Ratisbona (lo segnala Bulferetti, che però non nota come la sua abituale residenza lo potrebbe legare a Montagnini).

[77] Si vedano i pareri di Favrat (1792), quello di O'Cahill (1792) e altri anonimi in AST, *MI*, categorie 2 e 3, mazzi di addizione. Ancora nel 1795 Favrat compila una memoria al riguardo: «Mémoire de M. le procureur générale du Roi Baron Favrat concernant les lieus qui unisset la royale maison de savoye au corp germanique comme membre et état de l'Empire».

[78] AST, *MI*, memorie anonime del maggio 1793. S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, cit., p. 302, segnala la corrispondenza al riguardo tra l'inviato imperiale a Torino e Colloredo, e altra documentazione in Archivio di Stato di Milano (*Feudi imperiali*, 617: «Atti concernenti l'indifferenza dimostrata dal Re di Sardegna nel decampare dalla pratica di chiedere qual duca di Savoia al Capo dell'Impero Germanico la consueta assistenza per la difesa del Ducato di Savoia»).

Come già osservò Tabacco, senza le guerre napoleoniche si sarebbe ancora a lungo parlato di tutto questo – e in parte, come mostrerò, se ne parlò in effetti ancora dopo il congresso di Vienna. Una memoria dell'11 aprile 1792 lo mette in evidenza, considerando le convenienze dettate dalla contingenza (si immagina un brevissimo interregno dopo la morte di Leopoldo), ma anche i possibili sviluppi. Il testo prende soprattutto in considerazione i motivi del fallimento di due anni prima, e li individua da una parte nella forte influenza che ha avuto l'opinione comune rispetto ai tentativi dei Savoia, «incompatible avec les principes généralement recus par les Publicistes», e dall'altra nella paura «que le Vicariat d'Italie pouvoit entrainer des conséquences préjudiciables aux droits de l'Empire, et des Vicaires». Il problema allora fu «qu'on peut lui opposer l'autorité de plusieurs Publicistes accredités en Allemagne, dont le sentiment est favorable à cette prétention», e neppure ci si attrezzò a convincere i delegati di un'eventuale convenienza dell'esercizio della carica, ma si discusse anzi «seulement selon les rêgles de la justice». L'anonimo estensore[79] suggerisce una strategia graduale: nell'imminente assemblea elettorale andrebbe semplicemente fatta depositare da un inviato senza qualità una protesta formale, non contro la capitolazione – protesta infondata, in quanto inaccettabile in termini di diritto: errore commesso nel 1690 –, ma «contre les motifs, qui furent exposés à la Diète Electorale de 1790, et qui tendent à l'annéantissement du Vicariat d'Italie». La proposta è di lasciare una traccia documentaria durante la sessione elettorale di Francoforte, un «act positif» di rivendicazione dei diritti sabaudi «pour être déposée dans ses Archives, ou à la Diète de Ratisbonne». In prospettiva, invece – una prospettiva prossima, visto che la salute del futuro imperatore pare «chancelante» – si dovrebbe mettere al lavoro un pubblicista tedesco su un'opera che sostenga i diritti sabaudi, e li promuova nel mondo tedesco, dove – nota con rammarico – «on n'a rien oublié pour faire regarder comme une chimêre le Vicariat d'Italie», e invece bisogna fare in modo che, in previsione di un nuovo interregno, «les esprits se trouvant préparés»[80]. Le osservazioni relative alla remota ipotesi di un interregno lungo sono ancora più interessanti. In caso la guerra non scoppi, nulla sarebbe possibile, ma nel caso dovessero cominciare le ostilità – e rompersi il patto austro-francese responsabile dell'immobilità sabauda –, allora il re non dovrebbe a nessun

[79] La memoria, in AST, *MI*, categoria 2, mazzo 1 di addizione, n. 19, è datata Torino, l'11 aprile 1792, e non firmata. L'indicazione archivistica la attribuisce al procuratore generale del re.

[80] L'autore segnala una delle opere antisabaude (G.A. MÜNCHHAUSEN, *Dissertatio juris publici de vicariatu italico*, Halae Magdeb. 1738), e suggerisce di utilizzare le memorie di Favrat per fornire materiale al pubblicista.

costo esimersi dal fare atti di rivendicazione: «ne peut jamais se présenter une circonstance plus favorable».

6. *Guerre e Restaurazione: Gian Francesco Galeani Napione tra aspirazioni italiane e istituzioni imperiali*

Come anticipato, questi temi sono difficili da rintracciare nelle ricostruzioni canoniche della storia sabauda di fine Settecento. La *vulgata* storiografica punta l'attenzione sull'imminente crisi europea e sui modi approntati dal governo sabaudo per affrontarla, già a partire dal 1789. Il secondo personaggio di questa vicenda entra in gioco proprio in questo intervallo di tempo, precisamente pochi mesi dopo il fallimento dell'operazione 'imperiale'. Nell'ottobre del 1791, con un tempismo quasi straordinario, un funzionario sabaudo, Gian Francesco Galeani Napione, presenta su richiesta del segretario agli Esteri Hauteville una breve memoria – l'«Idea di una Confederazione delle Potenze d'Italia» –, che ha avuto grande risalto nella storiografia politico-diplomatica successiva, e in cui non pochi storici hanno visto «il primo avviamento all'unità e al risorgimento italiano»[81]. Qui importa considerare come essa si ponga un obiettivo analogo per certi versi a quelli fin qui esaminati – rivendicare alla dinastia sabauda un ruolo di guida nei confronti degli altri stati d'Italia, veicolo a una successiva, eventuale, predominanza sulla penisola – ma con modi e termini quasi antitetici.

Le proposte che contiene sono perfettamente in linea con la biografia culturale del suo autore, che da anni promuove la 'italianizzazione' della monarchia sabauda: a partire dalla sua opera giovanile sulla storia (*Saggio sopra l'arte storica*, Torino 1773), fino alla pubblicazione di un trattato per promuovere l'utilizzo della lingua italiana (*Dell'uso e dei pregi della lingua*

[81] Il progetto è edito già da Bianchi alla fine dell'Ottocento (N. Bianchi, *Storia della monarchia piemontese*, cit., 3, pp. 527-548), che però non cita la collocazione archivistica, che non ho avuto modo di rintracciare altrove (i riferimenti numerosissimi da parte di altri storici rimandano sempre all'edizione del Bianchi, o alla successiva in C. Calcaterra, *I filopatridi. Scritti scelti con prefazione sulla Filopatria*, Torino 1941). Una copia è conservata nella Biblioteca Consorziale Astese, ms. II, 15, nel *Fondo Gabiani* (la segnala G. Crosa, *Carlo Luigi Amico di Castellalfero e l'«Idea di una Confederazione delle Potenze d'Italia» di Gian Francesco Napione*, in «Studi Piemontesi», 18, 1989, 2, pp. 525-529). Pare facesse parte delle carte del ministro Amico di Castellalfero, plenipotenziario a Napoli nel periodo in cui la memoria fu spedita ai residenti sabaudi. Fu poi inviato a Vienna in sostituzione di Breme e infine a Berlino nel 1798. Costretto a lasciare il congresso di Vienna per l'opposizione della rappresentanza austriaca, ritornò a Berlino, dove ebbe parte attiva nel difendere i diritti Savoia sull'Alto Novarese, messi in discussione dalla corte di Vienna (su Castellalfero si veda la voce di V. Sperber, in *DBI*, 21, Roma 1978).

italiana, Torino 1791), Napione si distingue per il suo costante impegno nella promozione di una cultura piemontese ispirata a quella 'nazionale' italiana[82]. Intanto fa carriera nella pubblica amministrazione. Nel 1780 propone le «Osservazioni intorno al progetto di pace coi Barbareschi»[83]; nel 1782 è intendente a Susa, poi a Saluzzo, quindi nel 1788 sovrintendente alla perequazione generale del Monferrato e nel 1790, membro della giunta per l'amministrazione dei comuni. È dunque un intellettuale, ma soprattutto un pratico amministratore. La sua «Idea di una Confederazione», lo ribadisco, ha riscosso un enorme successo. A partire dalla canonizzazione operata da Nicomede Bianchi, che ne ha fatto l'ultimo atto significativo dell'antico regime sabaudo, ma anche, in embrione, il primo significativo segno di coscienza nazionale. Mi sembra curioso (ma in linea con il sostanziale silenzio sugli eventi legati all'interregno: un altro esempio di rimozione storiografica) che nessuno tra i molti esegeti abbia portato alla dovuta attenzione che Napione, oltre ad accanirsi contro il pericolo francese – bellico, ma anche culturale –, costella la sua memoria di riferimenti legati ai rapporti tra i Savoia e le istituzioni imperiali, fino al settimo e ultimo capitolo, significativamente intitolato «Vicariato imperiale della Real Casa di Savoia».

La cosa che mi pare estremamente rilevante – al di là dei progetti di cessioni e accorpamenti territoriali, e di leghe commerciali – è che le forme del suo progetto di confederazione richiamano costantemente il mondo germanico, e in particolare l'evoluzione delle sue istituzioni lette in senso 'nazionale'. La confederazione che propone dovrebbe essere «consimile

[82] Per la bibliografia su Galeani-Napione, oltre alla voce di O. BERGO, in *DBI*, 51, Roma 1998, pp. 384-387, l'*Introduzione* di P. BIANCHI a G.F. GALEANI-NAPIONE, *Del modo di riordinare la Regia Università degli Studi*, Torino, 1993, pp. 1-44; L. MARTINI, *Vita del conte G.F. Galeani Napione*, Torino 1836; L. FUSANI, *Gian Francesco Galeani Napione di Cocconato-Passerano. Vita e opere*, Torino 1907; G. RICUPERATI, *Il Settecento*, cit.; A. FOSSATI, *Il pensiero economico del conte G.F. Galeani Napione (1748-1830)*, Torino 1936; G.P. ROMAGNANI, *«Fortemente moderati». Intellettuali subalpini fra Sette e Ottocento*, Alessandria 1999 e, dello stesso autore, *Prospero Balbo intellettuale e uomo di Stato (1762-1837)*, 2 voll., Torino, 1988-1990, e *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, Torino 1985; A. MERLOTTI, *«Stranieri al Piemonte»: i Valdesi nella storiografia piemontese dell'Ottocento*, in G.P. ROMAGNANI (ed), *La Bibbia e i tricolori. I Valdesi fra le due emancipazioni (1798-1848)*, Torino 2001, pp. 455-492; C. CAMIZZI, *Gian Francesco Galeani Napione*, in «Clio», 16, 1980, pp. 155-185.

[83] Uno stralcio è pubblicato in N. BIANCHI, *Storia della monarchia piemontese*, cit., 1, p. 487. L'autore vi proporrebbe una unione difensiva tra gli stati d'Italia, che in prospettiva avebbe permesso «di formare in certo modo un vasto corpo politico». G. RICUPERATI, *Il Settecento*, cit., p. 663, segnala in AST un «Ristretto delle osservanze intorno al progetto di pace co' Barbareschi», ora non rintracciabile.

a quella del Corpo Germanico», un sistema di stati indipendenti come quello generato nel sistema imperiale dagli sviluppi politici degli ultimi centocinquant'anni:

«pare che il sistema feudale, anche rispetto agli Stati, sia andato fuori d'uso; si preferiscono Confederazioni, e nella stessa Germania, all'antico Gotico corpo Germanico, che co' suoi Circoli, Diete, e Principati e Repubbliche, è in politica ciò ch'era in astronomia il sistema di Tolomeo, il defunto Re di Prussia aveva contrapposto la Confederazione Germanica»[84].

Il riferimento esplicito è alla Pace di Westfalia, alle alleanze tra stati non contrarie agli interessi generali, e i termini che ricorrono sono quelli di «co-stati» e di «dieta». La soluzione che propone l''italiano' Napione è ovviamente ben diversa da quella cui Montagnini aspirava:

«si ottenesse dall'Impero Germanico una solenne rinuncia ad ogni preteso diritto sopra l'Italia. La cosa non è senza esempio. Nei tempi passati vi furono Potenze che, a poco a poco si levarono dalla suggezione dell'Impero, o ad un tratto per se stesse si dichiararono libere da ogni dipendenza per le provincie acquistate».

Tutto questo senza però rinunciare alle prerogative derivanti dalla storia 'imperiale' della dinastia. Su tutte, il vicariato, che per i Savoia ha una natura particolare, al punto che illustri giureconsulti – Napione cita tra gli altri il parere del celebre Menocchio – «chiamarono eguale l'autorità de' Sovrani nostri negli Stati loro, e quella degli Imperatori». E qui non solo ritorna il tono delle affermazioni degli 'imperialisti' sabaudi, ma essi vengono chiamati direttamente in causa, non so quanto consapevolmente: «questa autorità sopra gli Stati d'Italia probabilmente deriva dal Marchesato d'Italia» aggiunge in nota, riferendosi all'unica opera a stampa – uscita senza l'indicazione dell'autore – di Montagnini, e basandosi sul documento dell'inizio del XIII secolo in cui l'imperatore si rivolge a Tommaso conte di Savoia come «totius Italiae legatus, & marchio ejusdem»[85].

Addirittura Napione propone di slegare l'esercizio delle prerogative di vicariato dal vincolo con le istituzioni imperiali:

84 Già nel suo 'elogio' di Botero in *Piemontesi illustri*, I, Torino 1781, Napione aveva rimarcato come poco fosse rimasto in Europa «de' feudi oltre a diplomi ampollosi, alla scienza araldica e a rovinose castella», con l'eccezione della Germania. In una nota, per rendere più allettante alla corte la ventilata confederazione, Napione allude alle buone possibilità che un principe guerriero forte ha di ergersi ad arbitro degli altri più deboli, richiamando l'analogia ricorrente tra la Prussia e i sovrani sabaudi.

85 Napione cita l'opera di Montagnini su Sanremo e un documento delle *Pièces justificatifes* allegate a quest'opera (in particolare un diploma del 1220 di Federico Barbarossa a Del Carretto in cui Tommaso di Savoia si sottoscrive «legatus e totius Italiae marchio», e menziona il ricorso che sei anni dopo fecero a lui le città del Ponente ligure in qualità di vicario).

«sarebbe da preferirsi che si dichiarasse che ogni diritto dell'Impero, non in forza di Vicariato, ma per diritto proprio assolutamente si esercitasse dal nostro Monarca, e se una più intima Confederazione cogli altri Stati d'Italia non sarebbe migliore di questa relazione colla Germania».

È un'idea – molto particolare – che Napione svilupperà per almeno trent'anni. Essa si basa sul fatto che le testimonianze dell'esercizio del vicariato da parte dei Savoia sono più antiche di quelle relative ai due vicari 'germanici', e che dunque la carica sarebbe indipendente dalla successiva costituzione dell'Impero Germanico. Per concludere, una frase sibillina suona come una negativa allusione alle lunghe trattative dell'anno precedente che coinvolsero il Montagnini: sarebbe opportuno ponderare bene eventuali rivendicazioni del diritto di vicariato presso le magistrature imperiali, poiché, «massime dopo lo stabilimento del Diritto pubblico d'Europa» – cioè dopo la Pace di Westfalia –, «sembra che con detti Diplomi Imperiali altro non si facesse che concedere in certo modo ciò che i nostri Sovrani già possedevano».

Questa allusione mi sembra rilevante se si confronta questa breve «Idea di una Confederazione» con il precedente *Discorso intorno alla storia del Piemonte*, steso dallo stesso Napione nel 1788 e pubblicato nel 1791 insieme alla sua opera sulla lingua[86]. Tra le due memorie passano appena tre anni, che coincidono però con il tentativo fallito del 1790. E forse non è un caso che nell'«Idea» non vi sia alcun cenno alle origini sassoni di casa Savoia: una differenza non da poco. Il *Discorso*, una lunga riflessione programmatica che riprende le idee già espresse nel saggio giovanile sull'arte storica[87], affronta invece specificamente il tema. La genealogia della legittimazione sabauda

[86] Si veda G.F. Galeani-Napione, *Discorso intorno alla storia del Piemonte*, in C. Calcaterra, *I Filopatridi*, cit., pp. 189-218.

[87] Nel suo *Discorso* Napione condanna l'uso del latino – una lingua incomprensibile al popolo –, e mal sopporta il successo della storia diplomatica, che non darebbe ragione dello sviluppo politico verso una «grande» storia fatta di nazioni: «sono generi diversi di storia la storia critico-diplomatica, l'erudizione antiquaria e la storia filosofica politica colta»; egli si pone come promotore di «una storia del Piemonte colta e popolare» che ancora manca. Da ciò – a suo parere – il disamore per la materia: «sono stati a' nostri ultimi tempi circondati questi studi, che appunto, come congiunti agli studi legali, gli ha fatti pigliare in abbominazione da ogni bell'ingegno». Secondo Napione, invece, «si possono adunque con lo stesso calore e impegno proseguire gli studi della diplomatica ... mentre gli scrittori più popolari servono, come a dire, di veicolo e d'interpreti per diffondere presso le persone non affatto inerudite le già scoperte notizie». Sembrano veramente retoriche certe affermazioni a favore della promozione degli studi storici, della libera frequentazione degli archivi e in difesa della verità storica a qualsiasi costo («nessuna storia di principi ha minor bisogno di sotterfugi , di scuse e di difesa, di quella dei nostri sovrani») se provengono dalla penna di colui che sarà uno dei più gelosi custodi dell'archivio governativo torinese negli anni successivi, e che impedirà per anni l'accesso alle fonti se non per strette necessità politiche

alla guida d'Italia parte dal X e dall'XI secolo: dopo lo scioglimento del marchesato di Ivrea, nacque – sostiene il Napione – il «diritto pubblico d'Italia». È funzionale a questa vocazione italiana della dinastia la figura della contessa Adelaide, le cui vicende matrimoniali – il legame con Oddone, figlio di Umberto di Savoia, che salderebbe i dominî sabaudi a quelli della marca torinese – garantiscono, secondo Napione, già dall'XI secolo,

«antichi luminosi fondamenti della sovranità della real casa di Savoia in gran parte d'Italia derivata con il sangue di quella rinomata progenitrice; e il dominio sempre dopo di lei, sebben con diverse vicende, tenuto con non mai interrotta serie di principi»[88].

Siamo nel 1788 e Napione non ha ancora abbandonato la 'tesi sassone', cioè l'idea promossa dalla storiografia di corte, a partire dal XV secolo, delle origini sassoni, e dunque imperiali, della dinastia sabauda – le critiche vanno piuttosto fatte ai «favolosi racconti, con cui vennero contaminate quelle storie, e non già ai fondamenti storici di tale opinione»[89]. Napione

o amministrative. Mi sembra quindi fuorviante proporre questi propositi mai perseguiti dal suo autore come caratteri della sua figura e della sua attività di ricerca, come mi sembrano invece fare alcuni biografi (ma vedi, anche più recentemente, le considerazioni di M. FUBINI LEUZZI, *Gli studi storici in Piemonte dal 1766 al 1846: politica culturale e coscienza nazionale*, in «Bollettino Storico Bibliografico Subalpino», 81, 1983, 1, pp. 113-192 e C. CAMIZZI, *Gian Francesco Galeani Napione*, in «Clio», 16, 1980, pp. 155-185).

88 Sulle ossessioni genealogiche della storiografia sabauda, e in particolare sulla storia delle ricostruzione delle vicende dinastiche della contessa Adelaide tra Sette- e Ottocento, si veda E. ARTIFONI, *La contessa Adelaide nella storia della medievistica*, in «Segusium», 32, 1992, pp. 7-26, che, a partire dalla svolta critica mancata di G.T. TERRANEO, *L'Adelaide illustrata*, Torino 1759, mostra come ancora a lungo la preoccupazione degli storiografi rimase dimostrare la linearità dinastica e la saldatura avvenuta con il matrimonio tra Adelaide e Oddone dei domini arduinici e umbertini.

89 Secondo la tesi sostenuta fino alla fine del Settecento, e promossa dalla dinastia sabauda, le origini di casa Savoia deriverebbero da un ipotetico Beroldo, padre di Umberto Biancamano, conte di Moriana, capostipite identificato e riconosciuto della dinastia. Beroldo, conte di Savoia e Moriana, vicario imperiale e governatore del regno di Arles, sarebbe a sua volta figlio di Ugo di Sassonia, fratello di Ottone III. Scalpore fece l'affermazione di Muratori nell'introduzione alle sue *Antichità Estensi* del 1717, che avanzò dubbi sulla veridicità di queste rivendicazioni, e provocò tentativi di replica da parte sabauda, invero piuttosto tardivi (G.P. ROMAGNANI, *Oppositori piemontesi di Ludovico Antonio Muratori*, in *Per formare un'istoria intera. Testimoni oculari, cronisti locali, custodi di memorie private nel progetto muratoriano*, Firenze 1992, pp. 191-211, ora in G.P. ROMAGNANI, *«Sotto la bandiera dell'istoria». Eruditi e uomini di lettere nell'Italia del Settecento: Maffei, Muratori, Tartarotti*, Verona 1999, pp. 91-109. Sulla storiografia sabauda del XVIII secolo si veda G. CLARETTA, *Sui principali storici piemontesi e particolarmente sugli storiografi della Real Casa di Savoia*, Torino 1878; C. CALCATERRA, *Il nostro imminente Risorgimento*, cit.; più recenti e puntuali informazioni in G. RICUPERATI, *I volti della pubblica felicità*, cit. e, dello stesso autore, *Le avventure di uno stato «ben amministrato»*, cit.

rivendica le origini sassoni solo in una nota, ma estremamente indicativa: ai testi più recenti che avevano demolito le pretese genealogiche promosse dalla monarchia contrappone

«una nuova elaboratissima opera diretta a sciogliere le difficoltà messe in campo dall'Eccard e dal Muratori, e a sostenere sostanzialmente l'antica opinione dell'origine sassonica di Beroldo, opera stata intrapresa dal sig. cavaliere Rangone, consigliere di stato del re».

La tesi dell'opera – inedita – avrebbe già avuto positivi riscontri. In particolare Napione allude a una sorta di anticipazione, che definisce il sistema genealogico costruito da Rangone «nuovo, curioso, appagante, e tale che riunisce tutti que' tratti di verisimiglianza, che in ricerche di questa natura si possono desiderare»[90].

Torniamo al 1791. L'«Idea» di Napione verrà effettivamente inviata ai residenti presso le corti italiane, ma non avrà alcun esito[91]. Ormai sono le contingenze, o meglio le urgenze militari che muovono le scelte politiche. E così un progetto articolato sfuma in una febbrile ricerca di coordinamento tra gli stati che si oppongono all'avanzata delle truppe francesi, e si scontra soprattutto con le pretese egemoniche austriache di controllo strategico della penisola. Una sua successiva «Memoria sulla necessità di una confederazione delle potenze d'Italia», in francese, stilata nel 1794 sotto la pressione degli eventi bellici, non è neppure presa in considerazione. Nel maggio di quell'anno l'esercito piemontese passa formalmente sotto il controllo austriaco, fino a che, due anni dopo, avviena la resa a Napoleone. Nel 1796, Napione è nominato consigliere di stato, e applicato all'archivio degli Affari esteri, la cui segreteria viene assegnata quello stesso anno a Clemente Damiano Priocca, compagno di studi di Napione e suo ospite a Roma per un anno (fu a Priocca che Napione mandò una versione annotata della sua «Idea»). Priocca, il nipote Filippo Asinari di San Marzano e

90 Rangone fu incaricato della stesura dell'opera nel 1781 direttamente dal capo degli Archivi di Corte, Chiavarina, quando si decise d'istituire una giunta per studiare le origini della real casa (G. CLARETTA, *Sui principali storici piemontesi e particolarmente sugli storiografi della Real Casa di Savoia*, cit.; G.P. ROMAGNANI, *Oppositori piemontesi di Ludovico Antonio Muratori*, cit.). La positiva anticipazione dell'opera di Rangone è fatta da Antoine Joseph Levrier in *Chronologie Historique des comtes de Genevois*, Orleans 1787, 1. Napione cita gli studi di Terraneo, che avevano sottolineato i dubbi sulla tesi sassone, ma solo per rimarcare lo scarso peso critico delle ricostruzioni precedenti, non per demolire la tesi.

91 Le edizioni citate riportano anche le annnotazioni dello stesso Napione per l'invio della memoria al residente sabaudo a Roma, Priocca, nell'anno successivo. Ma, già alla fine del 1791, la memoria è inviata al residente a Venezia, e poi a quelli presso le corti di Napoli, Firenze e Genova. In tutti i casi non sortirà alcun esito. N. BIANCHI, *Storia della monarchia piemontese*, cit., 1; G.P. ROMAGNANI, *Prospero Balbo intellettuale e uomo di Stato*, cit., 1.

Prospero Balbo sono fautori della politica estera sabauda dopo il trattato di Cherasco. In contrasto con la corte, di orientamento filoasburgico (sia con Vittorio Amedeo III che con il suo successore Carlo Emanuele IV), sostengono il progetto di un Piemonte autonomo e orientato verso eventuali nuovi acquisti in territorio italiano – la Lombardia, i ducati emiliani o la riviera ligure di ponente. Ma sono speranze che non fanno i conti con le mire personali di Napoleone sulla Lombardia, con i suoi dissidi con il direttorio parigino e con gli sviluppi della guerra in Italia[92].

È in questo clima d'incertezza politica, probabilmente allo scopo di garantire al Piemonte almeno un'indipendenza formale, se non sostanziale, che Napione stende due memorie favorevoli all'alleanza con la Francia in funzione antiasburgica, e un progetto intitolato *Del nuovo stabilimento delle Repubbliche Lombarde*[93]. In questa memoria, datata 24 maggio e diffusa a stampa poco dopo, l'autore ribadisce le sue proposte, rivolgendosi idealmente ai francesi e a Napoleone. Gli obiettivi sono conservare i prìncipi naturali italiani, non rivoluzionare i modi di governo – le repubbliche sono sinonimo d'instabilità –, evitare le intrusioni straniere – ossia austriache –, garantendo loro un'adeguata contropartita:

«escludendosi affatto dai dominii in Italia la casa d'Austria ... converrebbe che se ne ottenesse una piena e assoluta denuncia dal canto suo, rinuncia, la quale avesse tutti i requisiti necessari per essere risguardata come libera e giusta».

Suggerisce infine che

«un congresso di Deputati, dei Principi e degli Stati di tutta Europa ..., potrebbe bilanciare gli interessi di tutte le Nazioni, e dare origine a un nuovo Diritto Pubblico, come già nel secolo scorso il famoso Trattato di Westfalia».

Neppure in questa sede Napione rinuncia alle osservazioni contro la sopravvivenza del diritto feudale: è un argomento che lo interessa da vicino, e che da

92. G.P. ROMAGNANI, *Prospero Balbo intellettuale e uomo di Stato*, cit., 1. Sono forse stilate in seguito a ottimistiche previsioni d'imminente espansione le memorie attribuite a Napione sulla superiorità sabauda su Ponente ligure e Piacentino: [A. MANNO - V. PROMIS], *Bibliografia storica degli stati della Monarchia di Savoia compilata da Antonio Manno*, I, Torino 1884, alla voce «Diritti, pretensioni ed acquisti»: n. 416, *Ristretto delle ragioni della Real Casa di Savoia, sopra la riviera di Ponente*, 1798; n. 417 *Promemori.... sui diritti nel piacentino*, s.d. Entrambi sono indicati come manoscritti, ma senza alcuna indicazione archivistica.

93 Anche questa edita in N. BIANCHI, *Storia della monarchia piemontese*, cit. Si vedano le considerazioni di G.P. ROMAGNANI, *Prospero Balbo intellettuale e uomo di Stato*, cit., 1, che ritiene che Balbo si si sia ispirato a questo progetto di Napione, e a quello del 1791, per stilare una memoria analoga da presentare quell'anno al Direttorio parigino; contemporaneamente sollecita Parella per ottenere garanzie dalla Prussia alla conservazione dell'indipendenza del Piemonte. Le due memorie precedenti sono citate da G. RICUPERATI, *Il Settecento*, cit.

tempo promuove anche attraverso il suo impegno nell'amministrazione dello stato. Come generale delle finanze firmerà quello stesso anno, poco prima di essere giubilato, un documento che rappresenta una rottura epocale, il *Regio Editto con il quale S.M. abolisce li diritti e prerogative feudali*[94].

La fine del 1797, con il trattato di Campoformio e la pace con l'Austria, rende vani tutti questi tentativi. Al Piemonte è concesso semplicemente di partecipare con un inviato senza qualifica ai negoziati di Rastadt. Questi sarà il fratello di Napione, il chimico e accademico delle scienze Carlo, stimato da Napoleone, che lo porterà in qualità di delegato non ufficiale.

Ormai il Piemonte è stretto tra la pesante tutela francese, le insurrezioni giacobine estese in gran parte del territorio, e la continua minaccia di una ritorsione degli austriaci. Che infatti, occupando temporaneamente il territorio dello stato prima del trionfo di Napoleone a Marengo, avranno pochi riguardi della legittimità sabauda. Ma nel frattempo Napione esce dalla scena politica. Vi rientrerà solo dopo la caduta dell'imperatore dei francesi.

Appena restaurato il governo sabaudo, sarà infatti autore di un'altra memoria, databile tra la fine del 1815 e il 1816, che richiama molte delle proposte precedenti[95]. Egli invoca ancora una confederazione di stati italiani che eviti le mire straniere e possa «dare una esistenza alla Nazione Italiana»,

[94] *Ibidem*, p. 817, dove fa giustamente notare il legame tra queste sue memorie politiche e la sua attività di amministratore e promotore di riforme istituzionali.

[95] La scrittura è commentata in L. BULFERETTI, *Orientamenti della politica estera sabauda dal 1814 al 1819*, Roma 1942, pp. 49-53, che ne indica una copia con una vaga indicazione, AST, *Carte Bianchi*, non datata. Potrebbe esserne la copia la memoria conservata in AST, *Carte Bianchi*, I serie, mazzo 13, fascicolo 5, datata 16 settembre 1815 (con aggiunte del 1816), ma non firmata. Immagino corrisponda alla scrittura segnalata da A. FOSSATI, *Il pensiero economico del conte G.F. Galeani Napione*, cit., che la ritiene però dispersa («Intorno all'ultimo trattato di Vienna», s.d.). La utilizza F. LEMMI, *La Restaurazione dello Stato sardo nel 1814 e 1815*, Torino 1938, su cui si veda la recensione dello stesso Bulferetti, in «Rivista Storica Italiana», III, serie V, 1938, 3, pp. 145-146. In una precedente segnalazione, sempre dell'opera di Lemmi, Bulferetti ritiene che in questa memoria di Napione sia «notevole l'abbandono degli schemi tradizionali che inquadravano i progetti delle vecchie leghe italiche: l'indipendenza d'Italia nel quadro europeo ne è il cardine, non più la vecchia concezione della 'libertà d'Italia' né le leghe per la lotta contro Turchi o Barbareschi, o contro l'egemonia borbonica o asburgica» (L. BULFERETTI, *La Restaurazione in Italia negli studi dell'ultimo ventennio*, in «Rivista Storica Italiana», serie VI, 5, 1940, 1, pp. 523-575). Come è evidente, non concordo con questa interpretazione, e proverò a mostrare quanto l'egemonia asburgica sia ancora la preoccupazione dell'autore. Mi sembra invece più interessante l'osservazione sulla validità teorica e non fattuale delle memorie diplomatiche di questo tipo, spesso liquidate semplicemente in ragione della loro scarsa validità pratica (*ibidem*, p. 543).

ma questa volta avendo a recentissimo riferimento «quella che si è stabilita per gli stati di Germania». Non è un caso dunque che ribadisca la necessità di rinnovare lo «stabilimento» dell'equilibrio europeo della pace di Westfalia, rotto dagli eventi rivoluzionari. Il timore è quello dell'egemonia austriaca – quindi delle leghe italiche proposte sotto la sua protezione, il cui unico freno è la solita compensazione territoriale in Europa –, e della «semovenza» storico-giuridica dall'Impero degli stessi sovrani sabaudi, che andrebbe abolita, per farne un'istituzione prettamente germanica. Napione propone poi rimescolamenti della carta d'Italia che farebbero del Piemonte uno stato 'terrestre' (la Sardegna ceduta e unita alla Corsica sotto un sovrano, in cambio dei ducati emiliani), del Lombardo-Veneto un territorio autonomo, e di Genova una libera città mercantile[96].

Napione rivolge nuovamente la sua attenzione alle possibili mire austriache sotto forma di rivendicazione di antichi diritti imperiali e, considerata la situazione politica, non gli si può dar torto. Già un anno prima – nel 1814 – è incaricato dal conte Alessandro di Vallesa, insieme al collega e amico Prospero Balbo, di scrivere una memoria per rivendicare a Carlo Alberto la successione al trono. In un capitolo del suo libro del 1935 sulla storia della cultura sabauda – sobriamente intitolato «Odio verso l'Austria» – Carlo Calcaterra segnala che i due amici

«dimostrarono storicamente e giuridicamente nel 1814 contro le mene dell'Austria che, qualora fosse venuta meno la successione maschile nella linea regnante di Casa Savoia, il diritto al Trono sarebbe appartenuto alla casa di Carignano e nulla sarebbe spettato agli Absburgo e a' suoi satelliti»[97].

I problemi di successione si protraevano da tempo, e verranno risolti nel novembre del 1814 con il capitolo 580 approvato al congresso di Vienna, grazie all'appoggio ottenuto dall'inviato sabaudo Asinari di San Marzano da parte delle altre quattro potenze, che si opposero ai progetti austriaci[98].

[96] Nel 1816, il ministro Vallesa fece circolare un progetto di alleanza tra potenze marittime contro i pirati barbareschi compilato da Ludovico Sauli d'Igliano, che segnalo perché analogo per certi versi a quello di Napione (al quale l'autore – legato a Napione - dice di ispirarsi), ma che non ebbe esito. Lo ricorda lo stesso Sauli (in maniera molto imprecisa) in G. OTTOLENGHI (ed), *Reminescenze della propria vita. Commentario del conte Ludovico Sauli d'Igliano*, 1, Roma - Milano 1908.

[97] C. CALCATERRA, *Il nostro imminente Risorgimento*, cit., pp. 638 s.

[98] Napione stende una memoria sull'applicazione della legge salica, dunque sul diritto alla successione al trono solo per linea maschile. La sua memoria e quella di Balbo vengono fatte circolare a corte, e poi inviate al congresso per sostenere le ragioni di Carlo Alberto. I due autori e San Marzano erano da tempo schierati a favore di questa soluzione e in contrapposizione allo stesso re e a molti personaggi legati alla corte in esilio in Sardegna,

Ma anche altri problemi, di natura territoriale, preoccupano i funzionari sabaudi e lo stesso re, che teme l'«enunciazione di diritti imperiali in diverse guise», ad esempio, sull'Alto Novarese e sui feudi imperiali tra il Piemonte e la Liguria, soprattutto nel Tortonese – dove infatti non furono pochi i casi di appello delle stesse comunità e dei feudatari ai privilegi derivanti dalla loro qualità particolare, dopo l'annessione al regno di Sardegna[99].

Due lunghe memorie che datano proprio a quegli anni dimostrano l'interesse di Napione per tali questioni. La prima, «Delle massime da stabilirsi per le negoziazioni, che possono occorrere in occasione della nuova Costituzione del Corpo Germanico», porta la data del 15 gennaio 1817, ed è seguita da un «Supplemento alla Memoria ... riguardante l'Impero, e il Corpo Germanico» del 26 giugno 1818[100]. In questa sede Napione stende lunghe argomentazioni sulle questioni del vicariato, della storia della dinastia e delle convenienze politiche e giuridiche da rivendicare nel particolare momento. Ciò che egli teme con forza è la ricostituzione del «corpo germanico». Nella sua analisi riecheggia la convinzione che i diritti imperiali possano essere ancora rivendicati dalla corte austriaca, nonostante il crollo dell'Impero, e la formale rinunzia che vi si fece negli anni precedenti dall'imperatore:

«non solo l'Imperatore, ma gli Stati dell'Impero Germanico pretendevano Sovranità sopra il Piemonte. Laonde è necessario parimente, che non solo dall'Imperatore, ma d'esso corpo Germanico ora rappresentato dalla Dieta di Francfort si rinunci a tale pretesa».

tenacemente filoaustriaci durante il dominio napoleonico. Le simpatie verso l'Austria di alcuni membri della corte e della stessa famiglia reale persistettero anche negli anni successivi: G.P. ROMAGNANI, *Prospero Balbo intellettuale e uomo di stato*, cit., 2, pp. 241-285.

[99] L. BULFERETTI, *Orientamenti della politica estera sabauda dal 1814 al 1819*, cit. (osservazioni riprese poi sostanzialmente inalterate in L. BULFERETTI, *La Restaurazione*, in *Nuove questioni di storia del Risorgimento e dell'Unità italiana*, I, Milano 1983, pp. 387-456); F. LEMMI, *La Restaurazione dello Stato sardo nel 1814 e 1815*, cit. Più recente, ma meno specifico per questi aspetti, P. NOTARIO - N. NADA, *Il Piemonte sabaudo. Dal periodo napoleonico al Risorgimento*, Torino 1993. Piuttosto datato, ma indicativo del sentimento antiaustriaco che influenzò la storiografia risorgimentale, N. BIANCHI,*iStoria documentata della diplomazia europea in Italia dall'anno 1814 all'anno 1861*, 8 voll., Torino 1865, 1 (cita una lettera di Carlo Felice del 29 luglio 1814 al fratello in cui gli austriaci sono paragonati alla pece, «di cui torna impossibile nettarsi le mani dopo d'averla toccata»). Sulle questioni riguardanti le rivendicazioni dei feudatari liguri dopo l'annessione, si veda A. SISTO, *I feudi imperiali del Tortonese*, cit.

[100] Le memorie sono comprese in un unico registro di più di un centinaio di pagine in AST, *Biblioteca Antica*, manoscritti, Jb. IV.24. In AMAE, Legazione Sarda in Vienna, cart. 38, vi è la copia inviata all'ambasciatore di Vienna, In quegli anni (1816), Napione è magistrato incaricato per la riforma dell'Università torinese, e promuove (già dal 1814) la creazione di una cattedra di diritto pubblico universale. Egli ricopre anche il ruolo di direttore della Classe di scienze morali storiche e filologiche dell'Accademia delle Scienze di Torino.

Napione è preoccupato dalle possibili iniziative della dieta della Confederazione germanica, attiva a Francoforte dal 1815, ma che sarà definitivamente insediata nel 1820. L'autore già aveva sottolineato in altre sedi l'idea dell'imprescrittibilità del legame con l'Impero impugnata per secoli dai giuristi tedeschi, e ora la sviluppa. Lo fa sostenendo ancora quel distacco storico-giuridico dall'Impero cui già alludeva in passato, e promuovendo adesso un'idea di genealogia 'autoctona' dei Savoia. La prima memoria è in sette paragrafi:

«§. 1 Relazioni e vincoli della Real Casa di Savoja coll'antica Costituzione dell'Impero Romano-Germanico; §. 2 Sistemi diversi degli Scrittori di Diritto Pubblico Romano Germanico; e succinto ragguaglio della Costituzione di quell'Impero nelle Epoche principali di esso; §. 3 Qualità di Principi dell'Impero, e Marchesi d'Italia antichissima ne' Sovrani della Real Casa di Savoja; §. 4 Vicariato dell'Impero in Italia proprio della Real Casa di Savoja. Controversie e negoziazioni intorno ad esso; §. 5 Investiture Generali degli Stati presa dagli Imperatori. Ultime Negoziazioni relativamente ad esse; §. 6 Motivi per ottenere che si dichiari sciolto, ed annullato ogni vincolo di Feudalità verso l'Impero Germanico; §. 7 Ragioni per conservare e fare riconoscere i Titoli di Marchese d'Italia, e di Vicario perpetuo del Sacro Romano Imperio in Italia nella Persona di S.M. e de' Reali suoi Successori».

È necessario, sostiene, chiarire i rapporti dei Savoia con l'«antica complicata Costituzione dell'Impero e del Corpo Germanico», in previsione della nuova forma che l'Impero si sta per dare. Napione dice di richiamarsi ai regolamenti della segreteria degli Esteri, e a quello della Giunta per le materie di Impero: la Giunta, come visto, ebbe una breve e stentata attività, ma l'istituzionalizzazione che se ne fece evidentemente ne sancì l'importanza. A più riprese l'autore insiste sui pregiudizi che subirono i Savoia contro «privilegi e usi costantemente osservati». Lo preoccupa poi soprattutto la forma dei recenti trattati: essi non garantirebbero da eventuali rivendicazioni imperiali. In quello stabilito nel maggio del 1814 tra Francia e potenze alleate si parla di «Etats Souvrains» rispetto all'Italia, ma non si precisa la natura della sovranità. Se dunque già nel Cinquecento i duchi sabaudi erano ritenuti sovrani nei propri stati, ma di fatto i loro territori discendevano dall'Impero, nessuna garanzia si avrebbe da future pretensioni di un ricostituito «corpo germanico», da pretese «semovenze feudali» (è da notare che Napione cita la stessa fonte – Menocchio – che nell'«Idea di confederazione» serviva come esempio positivo di autonomia del sovrano sabaudo nei propri stati).

L'analisi è lunga è dettagliata: passa da osservazioni generali sulla forma dell'Impero d'Occidente, poi germanico (e sulle «parecchie scuole» che ne dettarono la storia, con particolare attenzione alle osservazioni di Leibniz sul «diritto del Re, e la libertà dei Principi» rispetto all'imperatore), alla

descrizione delle pratiche più recenti su vicariato e investiture: non a caso il nome più ricorrente è proprio quello di Montagnini.

Le origini dei legami con l'Impero sono ricondotte all'antica appartenenza del ducato di Savoia al regno di Borgogna, testimoniata dall'ascrizione al circolo imperiale dell'Alto Reno. Ma una «più illustre sorgente» testimonierebbe questo legame, ovvero la partecipazione, nel 1034, del conte Umberto, quale capo del «corpo d'armata italiano», all'invasione della Borgogna da parte di Corrado II il Salico. L'appartenenza alla stirpe regia di Umberto, signore del ducato di Aosta, «antemurale del Regno Italico» sarebbe indubbia, perché discendente dai marchesi d'Ivrea, già re d'Italia secondo una linea destinata a saldare, attraverso il matrimonio del figlio Oddone con la contessa Adelaide, il ducato con i possessi piemontesi. Un'origine italiana dunque, quella dei «Reali Sovrani», «che nel secolo XI e principio del XII Marchesi d'Italia e conti di Torino si denominavano, e non prima del fine del secolo XII cominciavano a chiamarsi conti di Savoia». Ma importano soprattutto i rapporti con l'Impero germanico, e i documenti mostrano che il titolo di marchese d'Italia «non gli appartiene in verun modo». I rapporti risalirebbero poi a un periodo di molto precedente all'istituzione, tarda, del sistema degli elettori: prova ne sia che i sovrani – futuri sabaudi – concorsero all'elezione dell'imperatore già dall'XI secolo.

Tutto ciò è strumentale per ribadire quella che Napione sostiene come una necessità: l'intervento presso la dieta germanica per farsi riconoscere l'antichità e il valore preminente in Italia del titolo di vicario, e allo stesso tempo ribadire formalmente il distacco dal «corpo germanico»: far passare eventualmente l'operazione come pura questione di «decoro», ma in modo da poterne rivendicare gli esiti con giusto titolo in futuro. Per gestire la pratica, propone di basarsi sulle regole sancite nelle costituzioni che crearono la Giunta delle Materie di Impero: una sorta di auto-investitura, visto il ruolo riservato nel regolamento al presidente degli archivi di corte, carica di cui è lui stesso il titolare.

A distanza di un anno, con la seconda memoria, Napione porta ancora oltre le sue rivendicazioni di autonomia dalle istituzioni imperiali. Basta scorrere il titolo dei cinque paragrafi per rendersene conto:

«§. 1 La Savoja non era Feudo dell'Impero a' tempi de' primi Sovrani della Real Casa; §. 2 Per qual motivo la Savoja sia stata creduta Feudo dell'Impero; §. 3 Omaggi fatti da parecchi nostri Sovrani agli Imperatori Germanici per la Savoja non possono pregiudicare a' Successori sul punto della indipendenza di quello Stato; §. 4 Origine del diritto spettante ai Sovrani della Real Casa di Savoja di aver voto, e sedia nelle Diete del Corpo Germanico; §. 5 Clausole inserite nelle Investiture di alcuni Feudi dell'Impero, e riflessioni in tale proposito».

Ragione della nuova memoria è il ritrovamento del manoscritto «Essai historique si la Savoye etat jadis et doit être tenue aujourdhui Fief d'Empire» del padre gesuita Pierre Monod, già consigliere di Madama Cristina negli anni Trenta del Seicento, manoscritto di cui si aveva notizia, ma che per il disordine degli archivi Napione non aveva avuto modo di consultare prima. Egli loda Monod, che «ben distinse» tra Impero germanico e Impero romano, e dimostrò la dipendenza della Savoia dalla Borgogna prima che questa facesse parte definitivamente dell'Impero. Tra le prove, Monod porterebbe gli atti della traslazione del corpo di San Vittorio a Ginevra da parte dei primi re borgognoni, chiaro indizio della loro giurisdizione sulla città. L'erronea conclusione che i Savoia prestassero omaggio fin dall'XI secolo all'Impero dipende dalla confusione dei cronisti, che non misero in evidenza il fatto che, all'epoca, l'imperatore e il re di Borgogna erano la stessa persona. Se poi alcuni sovrani prestarono effettivamente giuramento di fedeltà all'imperatore, questo fu ingiusto, e illegittimo, e non di pregiudizio ai diritti dei successori. Soprattutto, insiste Napione, non sono fondati sulla dipendenza i legami che i Savoia hanno con l'Impero. Una volta si fondavano sulla pretesa origine sassone della dinastia, «ora da tutti i più dotti critici creduta insussistente». Liquidata definitivamente l'origine 'imperiale', ribadito il legame borgognone, Napione rivendica definitivamente la linea 'italiana' legata alle vicende del regno d'Italia, «anteriori agli Imperatori Germanici».

A giudicare dalle ricostruzioni delle vicende diplomatiche di quegli anni, gli allarmi di Napione non trovano un riscontro evidente in ambiente politico[101]. Ma il suo timore delle rivendicazioni imperiali non si placa neppure successivamente. Ad aumentarlo contribuisce un fatto curioso, che egli dovette subire probabilmente come un affronto. In qualità di primo sovrintendente degli archivi regi ricevette, nell'estate del 1823, la visita del direttore scientifico della nascente Società storica germanica, Georg Heinrich Pertz, raccomandato espressamente dall'ambasciatore prussiano affinché gli venisse permessa la consultazione di alcune carte. L'entusiasta punto di vista

[101] Nella corrispondenza tra l'ambasciatore austriaco a Torino Starembergh e Metternich, dal 1814 al 1830, non vi sono cenni a queste attenzioni di Napione. Egli è citato una sola volta, in una lettera del 13 febbraio 1819, e in termini poco lusinghieri. L'inviato lo descrive come «un vieux seigneur piémontais ... aussi accablé du poids de ses antiques préjugés que des ses années, peut-être plus superstitieux que religieux, mais très protégé par la cour et qui nous inonde de ses semidoctes écrits (Mr. Le comte Napione)». Si veda N. NADA (ed), *Le relazioni diplomatiche fra l'Austria e il Regno di Sardegna*, I serie: *1814-1830*, 1, Roma 1964. Napione è sottoposto agli attacchi del «Conciliatore» per le sue posizioni conservatrici, e Starembergh è decisamente solidale con le posizioni del periodico (sulla polemica si veda L. BULFERETTI, *Orientamenti della politica estera sabauda dal 1814 al 1819*, cit.).

dello studioso tedesco è documentato nel suo diario di viaggio, pubblicato nel quinto volume della rivista della società, e ribadito nell'introduzione al primo volume dei *Monumenta Germaniae Historica* del 1826[102]. In un ricordo di dieci anni dopo di Luigi Nomis di Cossilla, fido assistente di Napione e suo successore alla 'custodia' dell'archivio, nonché suo genero, abbiamo invece la reazione del funzionario sabaudo[103]. Egli si fece consegnare una lista di tutti i documenti che il tedesco intendeva consultare, ne escluse alcuni, e informò della qualità dei rimanenti il segretario agli Esteri e il procuratore generale del re, perché vi trovassero eventualmente qualcosa di sconveniente da sottrarre ulteriormente alla consultazione.

La visita evidentemente impressiona Napione che, negli anni successivi, fa pervenire alla corte due memorie per mettere in guardia dal pericolo che l'attività della nascente società possa essere il braccio culturale della dieta germanica riunita in Francoforte, inaugurata il 28 dicembre 1818, e sostenuta con favore anche a livello politico. Nell'aprile del 1824, stende le «Osservazioni ... riguardanti la Società stabilitasi nel 1819 in Francfort per la compilazione di una storia dei tempi di Mezzo della Germania»[104]. Qui riprende le linee delle sue memorie precedenti, e le collega con preoccupazione all'attività di ricerca della società:

[102] Per i resoconti di Pertz si veda «Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde», V, 1824; *Monumenta Germaniae Historica, Scriptores*, I, 1826. Si veda, inoltre, G.P. Romagnani, *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, Torino 1985, p. 171 ss. Sulla storia della società editrice dei *Monumenta*, si vedano le osservazioni di W. Kaegi, *Meditazioni storiche*, Bari 1960 (ed. orig. 1942-1946), che però si basa essenzialmente su H. Bresslau, *Geschichte der Monumenta Germaniae Historica*, Hannover 1921.

[103] Luigi Nomis di Cossila scrive dieci anni dopo rispetto all'episodio, in occasione delle pressanti richieste che vengono fatte per rendere più agevole la consultazione dei documenti dell'Archivio, contemporaneamente all'istituzione della Deputazione di Storia Patria torinese. Nomis, come il suocero, è assolutamente contrario alla libera consultazione e alla ricerca di documenti storici e a lungo sosterrà la convenienza che la pratica dell'archivio sia riservata esclusivamente a funzionari direttamente coinvolti nella pubblica amministrazione. Si veda G.P. Romagnani, *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, cit., pp. 103-104, che curiosamente considera tali comportamenti «sconcertante esempio di mentalità burocratica».

[104] Questa memoria, e la successiva del 1826, sono conservate in AST, *MI*, miscellanea, mazzo 1 non inventariato, insieme a un «Regolamento della società stabilita nella città di Francfort per la compilazione di una storia dei tempi di Mezzo della Germania, assieme all'elenco dei membri componenti la medesima», datato 12 giugno 1819 – che è appunto copia del regolamento della società. Questi documenti sono gli unici ottocenteschi nel fondo *Materie d'Impero*, e sono stati probabilmente inseriti quando Napione si occupò della pratica. In AMAE, *Legazione sarda in Vienna*, cartella XLI, sono conservati i verbali delle sedute della dieta dal novembre 1819 al marzo 1820.

«Le ricerche intorno alle origini della Storia della Germania ne' Tempi di Mezzo non possono andare disgiunte da quelle della Costituzione Politica, e del Diritto Pubblico dell'Impero ... i Direttori della Società sono tutti Deputati alla Dieta di Francfort; in Francfort è stabilita la sede della Società; onde non pare inverosimile che si fatta Società si debba in certa guisa riguardare come annessa alla Dieta affine di somministrare materiali alla Dieta medesima».

Continua ribadendo la pretesa imprescrittibilità delle istituzioni imperiali:

«il Corpo Germanico al presente radunato in Dieta a Francfort non è intervenuto, né è stato rappresentato in verun modo negli ultimi Trattati, e volendo sistemarsi e riordinarsi di bel nuovo non tralascierà di rimettere in campo le antiche pretensioni. I diritti dei Corpi, e specialmente della Nazione Germanica non si considerano mai come prescritti ... Posto quanto sopra pare che esser possa cosa importante per gli interessi della nostra Real Corte il poter indagare quali sieno le mire di questa Società, e se lo scopo di essa sia meramente Scientifico e Letterario, ovvero eziandio Politico».

La proposta è quindi la stessa di pochi anni prima: informarsi direttamente tramite un inviato, stare in guardia, e rivendicare i diritti della dinastia. Invita perciò i suoi interlocutori a considerare

«1°. Se sarebbe spediente il cercare che venissero sciolti il Real Sovrano ed i suoi Successori, anche per parte del Corpo Germanico da ogni Feudalità e Vassallagio.

2°. Procurare di ottenere qualche compenso per la qualità cui si dovesse rinunciare di Principe dell'Impero, e di far corpo colla Nazione Germanica, ritenendo però sempre il Titolo di Vicario perpetuo del Sacro Romano Imperio in Italia».

Una seconda memoria sullo stesso argomento è stesa da Napione due anni dopo, il 24 luglio 1826; si tratta «Della convenienza che venisse destinato dalla nostra Corte un Residente presso la Dieta Germanica di Francfort». In essa ribadisce l'intreccio tra i membri della dieta e quelli della società storica, e sottolinea i forti finanziamenti di cui questa gode.

Il timore è che attraverso questi studi l'obiettivo sia «forse di riordinare, e ricostituire l'antico Impero Germanico sotto una nuova forma», e che essendo

«quella Nazione tenace siccome è degli antichi usi, e de' suoi diritti non mai per essa / prescritti, non mancherà di esaminare i fondamenti di quelli, che ne' tempi passati pretendeva, ed esercitava l'Impero Germanico in Italia, per farli rivivere».

Ribadisce dunque come sia necessaria la presenza di un osservatore che rivendichi il ruolo preminente che avevano i Savoia come principi dell'Impero, o ottenga una compensazione in luogo di quello e conclude:

«Altronde è incontestabile che la Real Casa di Savoia avea diritto nell'antica Costituzione di seduta, e di voto nelle Diete dell'Impero ... Ora se si credette importante in tale occasione, ed in tempo, che non si trattava di far novità nessuna nella Costituzione dell'Impero, di

procacciarsi notizie riguardanti le fonzioni di quella Dieta, di quanto maggior rilievo non sarebbe al giorno d'oggi l'esser informati esattamente, e puntualmente di tutto ciò, che si propone, e maneggia nella Dieta de' Principi di Germania, i deputati de' quali si sono radunati in Francfort?».

7. *La nuova generazione di «sabaudisti» e l'oblìo di un sistema politico*

Nel suo libro sul «sabaudismo» ottocentesco, Umberto Levra ha analizzato la fittissima rete di relazioni scientifiche, sociali e familiari tra gli uomini legati al mondo della cultura e delle istituzioni nel Piemonte risorgimentale[105]. Ne ha messo in evidenza soprattutto il forte legame con la dinastia sabauda e con le sue strategie di legittimazione politica, costruendo una vera e propria genealogia del processo di assunzione della monarchia a guida dell'unificazione nazionale; osservazioni che lo hanno spesso portato alla polemica con altre scelte storiografiche – rispetto, ad esempio, alle ricostruzioni di Gian Paolo Romagnani e di Giuseppe Ricuperati – sul problema della continuità tra antico regime e Restaurazione. È comunque innegabile che il forte legame con le istituzioni caratterizzi la storia della cultura subalpina di quel periodo, negli uomini e, un po' di conseguenza, in una certa attitudine storiografica. Il filo che lega le generazioni di «sabaudisti» non esclude però – naturalmente – il formarsi di sensibilità differenti. Rispetto al tema che ho fin qui presentato mi sembrano evidenti, e poco indagate.

L'impressione che propongo è che esista un legame forte tra le esperienze personali dei funzionari e degli uomini di cultura sabaudi e il loro modo di restituire un'interpretazione della storia politica e giuridica della dinastia. Napione appartiene a una generazione che si è formata e ha vissuto nelle strutture dell'antico regime, e come molti ha partecipato a livello istituzionale a quel sistema, inserito nei quadri dell'amministrazione, a partire dal suo ruolo di intendente provinciale prima, e di direttore generale della perequazione monferrina dopo. Le generazioni successive, formate nel

[105] U. LEVRA, *Fare gli Italiani. Memoria e celebrazione del Risorgimento*, Torino 1992. Egli nota che, «a prescindere» dalle pretese origini italiane, borgognone o sassoni, la storiografia sabauda si mosse sempre in direzione della legittimazione della dinastia regnante (un'osservazione assolutamente condivisibile, anche se qui provo invece a non prescindere dalle differenti strategie di legittimazione); si veda anche, dello stesso autore, *I soggetti, i luoghi, le attività della storiografia «sabaudista» nell'Ottocento*, in «Cheiron», 25-26, 1996, pp. 223-238 e *La storiografia subalpina nell'età della Restaurazione*, in G. DE ROSA - F. TRANIELLO (edd), *Cesare Balbo alle origini del cattolicesimo liberale*, Roma - Bari 1996, pp. 61-77. Simili le osservazioni di M. VIOLARDO, *Università ed accademie: le scienze giuridiche, economiche, storiche, filosofiche, filologiche*, in U. LEVRA (ed), *La città nel Risorgimento (1798-1864)*, (Storia di Torino, 6) Torino 2000, pp. 619-672.

periodo della Rivoluzione e del dominio napoleonico, hanno un'attenzione completamente diversa alle categorie storico-giuridiche dell'antico regime. Ma liquidare Napione accusandolo di anacronismo mi pare inadeguato. La sua attività può se mai rappresentare una traccia per ricostruire la storia di un'amnesia storiografica, che avrà le conseguenze di cui si è detto all'inizio. La categoria di «storia nazionale», che permea la cultura sabauda ottocentesca, non lascia spazio a modelli di ricerca basati su configurazioni politiche alternative: ciò che preoccupa Napione, e che il solerte funzionario cerca di rimuovere a livello giuridico-storico, è in gran parte semplicemente ignorato dai suoi successori, se non già dai contemporanei. La storia dello stato-nazione viene ricostruita attraverso le testimonianze documentarie opportune, e non vi sono urgenze amministrative o diplomatiche a turbare queste operazioni. Così il fondo *Materie d'Impero* diventa un fondo di politica estera; in questo modo i rapporti storico-giurisdizionali con la corte di Vienna vengono classificati sotto la voce «Problemi con l'Impero».

Vi sono certo anche elementi di continuità: la gestione degli archivi è analoga a quella settecentesca: nel regolamento del 1822 vengono sostanzialmente ribaditi i concetti guida statuiti tra 1731 e 1734, che discendono da un'idea di gelosa gestione delle carte, ovvero rigida regolazione della consultazione e sostanziale preclusione ai non addetti. Napione ne è l'esempio lampante, e il genero, Nomis di Cossilla, che lo sostituirà, garantisce anche a livello personale una continuità. Ma per certe sensibilità storiografiche gli anni Trenta dell'Ottocento rappresentano invece un momento che molti hanno definito di grande apertura, e di rottura con il passato, se non addirittura «di svolta tra il periodo della Restaurazione, che tenacemente aveva impedito ogni apertura innovatrice, e il regno carlo-albertino, che all'opposto si rivelò determinante per gli sviluppi culturali futuri»[106].

Che Napione muoia nel 1830 è naturalmente solo un caso. Questi sono gli anni della nascita della Deputazione di storia patria, e dei progetti culturali di Carlo Alberto. Essi saranno caratterizzati, rispetto alla precedente attenzione per l'antichistica e l'erudizione, dall'apertura alle proposte culturali europee, in particolare quelle provenienti dalla storiografia germanica.

Coincidenza vuole che a rappresentare il grande promotore di questo cambiamento sia un altro, assai più celebre genero di Napione, Cesare Balbo,

[106] La citazione è da L. MOSCATI, *Carlo Baudi di Vesme e la storiografia giuridica del suo tempo*, in «Bollettino Storico Bibliografico Subalpino», 80, 1982, 2, pp. 493-574; ma si veda anche M. FUBINI LEUZZI, *Gli studi storici in Piemonte dal 1766 al 1846: politica culturale e coscienza nazionale*, in «Bollettino Storico Bibliografico Subalpino», 81, 1983, 1, pp. 113-192.

il figlio di Prospero, con cui il funzionario aveva condiviso la gestione della politica culturale sabauda per più di un decennio[107]. Anche Balbo, soprattutto nei suoi scritti giovanili, indicò nell'Impero il principale ostacolo allo sviluppo di una coscienza politica nazionale italiana: ma sono osservazioni generali, che non hanno i caratteri e le implicazioni storico-giurisdizionali di quelle di Napione[108]. Egli fu piuttosto il sostenitore di una grande attenzione al «bell'esempio de' Tedeschi», e alla «stupenda fatica» della cerchia di studiosi raccolti intorno alla società editrice dei *Monumenta*, auspicando lo studio del tedesco e la traduzione delle loro opere[109].

In questa storia vi sono curiose coincidenze, a partire dai percorsi biografici, quasi in negativo, dei suoi due protagonisti[110]. Non è strano dunque che anche l'epilogo abbia dei risvolti da commedia.

[107] Cesare Balbo sposò la figlia di Napione, Luisa, dopo il 1830, quando il padre era già morto. Si vedano le osservazioni di M. FUBINI LEUZZI, *Cesare Balbo storico: lettura dei «Pensieri sulla storia d'Italia»*, in G. DE ROSA - F. TRANIELLO (edd), *Cesare Balbo alle origini del cattolicesimo liberale*, cit., pp. 79-101, polemica con la definizione di «sabaudista» che Levra attribuisce a Balbo. Su Balbo si veda anche, della stessa autrice, *Introduzione*, in C. BALBO, *Storia d'Italia ed altri scritti editi ed inediti*, Torino 1983.

[108] Si veda, ad esempio, F. TRANIELLO, *Politica e storia nella formazione di Cesare Balbo*, in G. DE ROSA - F. TRANIELLO (edd), *Cesare Balbo alle origini del cattolicesimo liberale*, cit., pp. 13-59, che cita il suo *Discours sur les révolutions des lois politiques*, del 1823, scritto durante l''esilio' francese. Il suo entusiasmo verso la storiografia tedesca data all'anno successivo. Della *Storia d'Italia* (che cominciò a stendere dal 1824 e pubblicò nel 1830) rimase una parte inedita (almeno fino al 1862) su Carlomagno, in cui erano ancora più marcate le osservazioni contro l'idea di un Impero feudale e tendente al disordine, la cui concezione universalistica impedì lo sviluppo di uno stato nazionale.

[109] Si veda la memoria di C. BALBO, *Studi da farsi sulla storia d'Italia*, in C. BALBO, *Regno di Carlo Magno in Italia e scritti minori*, Firenze 1862. Su Carlo Baudi di Vesme, giovane studioso che si distinse per la competenza, quasi unica nel panorama sabaudo, riguardo la cultura giuridica germanica, si veda L. MOSCATI, *Carlo Baudi di Vesme e la storiografia giuridica del suo tempo*, cit., e, dello stesso autore, *Savigny e il Piemonte: cultura storico-giuridica subalpina tra la Restaurazione e l'Unità*, Roma 1984, dove si lamenta anche la sottovalutazione fatta dei contatti culturali con il mondo tedesco dopo la Restaurazione, essendo tutta l'attenzione puntata sulla ricezione dei dibattiti francesi e sulle influenze di questi sulle riforme costituzionali e sul diritto. I contatti tra l'Accademia delle Scienze e gli storiografi germanici datano al 1823, e si fanno fitti negli anni successivi.

[110] Napione e Montagnini, entrambi funzionari nobilitati con un forte legame istituzionale con l'Archivio, hanno percorsi quasi speculari. La carriera di Montagnini ha una svolta con la nobilitazione e l'invio a Ratisbona, che coincide con l'elezione di Vittorio Amedeo III; proprio con la morte di quest'ultimo Napione è proiettato – pur se temporaneamente – verso le alte cariche dello stato. Montagnini, monferrino di Trino, passa gran parte della propria vita all'estero, si esprime costantemente in francese e promuove uno stato interno alle strutture imperial; il suo *alter ego*, torinese di nascita, nella capitale sabauda trascorre quasi

Nel 1836 Cesare Balbo, il germanofilo che ha sposato la figlia di Napione, si insedia nella bella villa del suocero. È il primo, ma non il peggior affronto che deve subire la sua memoria. Il secondo sfiora il paradosso.

Chi si trovasse a girare tra le sale di Palazzo Reale a Torino potrebbe imbattersi in un assortimento piuttosto singolare di dipinti a olio. Sotto le volte decorate alla fine del Seicento da Daniel Seyter, all'interno della galleria che da questi prende il nome, sono raccolti 54 ritratti commissionati da Carlo Alberto nel 1840, su proposta di Cesare Saluzzo di Monesiglio, sovrastati da tre grandi rappresentazioni di sovrani sabaudi. Essi rappresentano personaggi 'dello stato' che si distinsero nelle arti, nella politica, nella religione. Lo scopo è quello di offrire una celebrazione 'nazionale', autoctona, al punto che perfino per la realizzazione la scelta degli esecutori è fatta secondo quest'ottica. Almeno questa sarebbe l'idea dei committenti, aspramente criticata nella sua concezione teorica, «grossolana» e «bigotta», e nella sua realizzazione formale, affidata ad artisti di scarso valore, protetti della corte, autori di «quadri rozzi»[111]. Ciò che qui interessa è però che tra i personaggi – 'nazionali' nel senso più ampio possibile, dunque piemontesi, savoiardi, ma anche monferrini e genovesi – non campeggia l''italianissimo' Napione, ma il nostro Carlo Ignazio Montagnini. Il conte di Mirabello è nell'atto di scrivere un improbabile trattato, intitolato *De droit public*[112]. Uno strano esempio di 'pubblicista' – oltre a essere assai poco conosciuto al di fuori della cerchia governativa, del Montagnini a quella data non era nota neppure una pubblicazione –, e soprattutto con un'opinione molto particolare del 'diritto pubblico' per uno stato monarchico

tutta l'esistenza ed è il più esposto nel promuovere la lingua italiana e il ruolo di guida della dinastia a un futuro 'nazionale'.

[111] La descrizione della sala è nella guida a cura di C. ROVERE, *Descrizione del Reale Palazzo di Torino*, Torino 1858 (rist. anast. 1995). In *Cultura figurativa e architettonica negli Stati del Re di Sardegna. 1773-1861*, 3 voll., Torino 1980, 1: *Ritratti illustri e dinastici nella Galleria del Daniele, ritratti storici nella Sala del Caffè*, pp. 412-419, è riportata la lettera del 14 luglio 1840 di Roberto d'Azeglio al figlio con le pesanti critiche all'operazione. Proprio a d'Azeglio verrà affidata dopo brevissimo tempo l'aggiunta di alcuni ritratti, che farà eseguire da artisti affermati. L'operazione rientra nel quadro delle iniziative promosse da Carlo Alberto negli anni precedenti, che diedero vita alla Galleria Sabauda a Palazzo Madama; a Palazzo Reale si decise invece di creare spazi per artisti moderni con soggetti «tratti dalla storia nazionale, che rappresentino i fasti religiosi, civili e militari della Real Casa di Savoia» (si veda la descrizione che ne fa T. Vallauri nel 1845, citato da G.P. ROMAGNANI, *Storiografia e politica culturale nel Piemonte di Carlo Alberto*, cit.).

[112] Il ritratto di Montagnini è eseguito da Giuseppe Zino, «disegnatore» del re. Riguardo ai motivi della scelta, è noto da alcuni riferimenti biografici ottocenteschi che di Montagnini sarebbero stati apprezzati dai sovrani sabaudi gli scritti politici.

con aspirazioni nazionalistiche. Ma la macchina celebrativa risorgimentale non sembra temere nulla: dimentica del paladino dell'italianità, ci consegna un Montagnini codificatore in compagnia di altri illustri 'compaesani', tra cui Teodoro II di Monferrato e Mercurino da Gattinara.

La nuova stagione culturale di cui questa singolare galleria è un frutto, e la successione di Carlo Alberto al trono, che risolve i problemi di legittimità della dinastia regnante, coincidono con l'oblìo di un sistema politico che anche in ambito amministrativo 'interno' non pare avere più margini di sopravvivenza. Le reminescenze imperiali, sia dinastiche, che territoriali, sembrano svanire nel breve arco di una generazione. A differenza dei loro predecessori, questi storiografi non vivranno un'implicazione così immediata tra la pratica dell'archivio e la politica loro contemporanea; chi a partire da questo momento celebrerà le glorie dello stato sabaudo non riterrà opportuno ricostruire certe dinamiche, o forse ne sarà incapace. Anche e soprattutto la storia più recente, tra cui le lunghe trattative del 1790, non trovano infatti alcuna menzione nelle storie della diplomazia e della dinastia successive: né Nicomede Bianchi, né Domenico Carutti, né dopo di loro gli altri storiografi piemontesi vi dedicano alcun spazio[113]. Antonio Manno, più semplicemente, nella sua bibliografia sugli stati sardi, rubrica tutte queste pratiche sotto la voce «Impero, Materie e Contese»[114]. Parallelamente, e coerentemente, la lettura delle vicende che seguono la Restaurazione da parte degli storici immediatamente successivi non segnala quasi mai implicazioni tra la politica austriaca ed eventuali rivendicazioni di imperialità: le argomentazioni di Napione di pochi anni prima sono ormai lontanissime[115].

Mi pare interessante invece che sia la storiografia locale, o municipale, a fare riferimento costante, anche se spesso solo in maniera ideale, a quadri politici e di legittimazione obliterati a un livello 'alto'. Lo stesso dicasi per l'attenzione dei folcloristi o degli studiosi delle culture locali – non a caso pretesi riesumatori di costumi scomparsi o in via di estin-

[113] Dei silenzi di Bianchi ho già detto, ma si vedano, ad esempio, anche D. CARUTTI, *Storia della diplomazia della corte di Savoia*, 4 voll., Torino 1875-1880, 1 (che liquida in una riga le pratiche del 1790); R. BERGADANI, *Vittorio Amedeo III (1726-1796)*, Torino 1939 (che non vi fa alcun cenno); A. DE GERBAIX DI SONNAZ, *Gli ultimi anni del regno di Vittorio Amedeo III re di Sardegna*, in «Miscellanea di storia italiana», serie III, 18, 1918, pp. 271-452 (come Bianchi, passa direttamente dal 1789 al 1791).

[114] *Bibliografia storica degli stati della Monarchia di Savoia*, cit., 1.

[115] È forse questo il motivo per cui non esiste, almeno per quanto ho avuto modo di vedere, nessun commento specifico alle memorie di Napione sul vicariato e sulla dieta, se non una brave menzione negli scritti di Bulferetti.

zione[116]. L'implicazione territoriale costringe a uscire dagli schemi rigidi e uniformanti della storiografia dinastica.

Il silenzio storiografico lungo quasi un secolo è rotto da Lameire prima, e poi da Pugliese, Tabacco e Bulferetti. Proprio in quegli anni, nel 1938, Mario Viora riprende nel corso delle sue lezioni i termini della storia dell'Impero nell'Italia moderna, e propone una teoria della sovranità sabauda sull'Italia a lui contemporanea che deriverebbe dal titolo di vicariato. La citazione è quella che ho messo nell'intestazione di questo saggio, e che lo storico del diritto piemontese sembra voler moderare subito di seguito: «non si vuole affermare, naturalmente, che questo titolo di legittimità sia stato effettivamente invocato», aggiunge infatti. Ma poco dopo continua promuovendo un'originale legittimazione del Regno d'Italia:

«il nuovo Regno potrebbe apparire non già, come si affermò, siccome uno stato nuovo o come uno sviluppo dello stato piemontese, bensì come l'ente politico o giuridico che attua integralmente il diritto eminente competente ai Savoia su tutta l'Italia in virtù delle antiche concessioni imperiali. Chi concordi in queste premesse, deve a forziori ammettere che i Savoia, unici fra i principi oggi regnanti, rimangono depositari, nella loro qualità di vicari imperiali, di un vestigio di quella vetusta autorità, e di quell'idea imperiale, che costituirono per secoli il fulcro intorno al quale si mosse la storia dell'Europa cristiana»[117].

Quella di Viora è un'attenzione particolare, e quasi unica. È singolare invece che questi studi non abbiano trovato grande eco nelle ricostruzioni generali recenti. Forse la stagione delle riforme, e il grande sviluppo dello stato burocratico e dell'amministrazione hanno rappresentato un oggetto e un modello di studio talmente catalizzanti da relegare ai margini realtà ritenute residuali. Anche le implicazioni legate alla feudalità sono state intese in un senso generale, e non territoriale[118].

[116] Cito, solo a titolo d'esempio, L. BRAIDA, *Cortemilia e le sue Langhe*, Savigliano 1876; F.G. BIGLIATI, *Feudi e comuni nel Monferrato e le vicende storico - giuridiche di Pareto e Pontinvrea*, Casale 1897. Si vedano anche le osservazioni di A. TORRE, *Poteri locali e Impero tra XVI e XVIII secolo: i feudi imperiali delle Langhe tra mito e storia*, cit., riguardo a G.B. PIO, *Cronistoria dei comuni dell'antico mandamento di Bossolasco con cenni sulle Langhe*, Alba 1920 e G.C. POLA FALLETTI, *Associazioni giovanile e feste antiche*, Torino 1939.

[117] M.E. VIORA, *Sui rapporti fra il Sacro Romano Impero e l'Italia nei secoli recenti*, in «Annali triestini di diritto, economia, politica», 10 (serie II,1) 1939, 3-4, pp. 195-219. Il saggio – che rimanda alle sue lezioni dell'anno precedente – è in realtà una lunga presentazione del libro di Pugliese, che però non è mai citato. Un anno dopo il Viora tornerà sull'argomento con una recensione del libro di Tabacco (M.E. VIORA, *Sui rapporti fra lo Stato Sabaudo e il Sacro Romano Impero*, in «Rivista di Storia, Arte, Archeologia. Bollettino della sezione di Alessandria della Regia Deputazione Subalpina di Storia Patria», 49, 1940, pp. 374-391).

[118] Come anticipato, non vi sono cenni a questi temi nelle più recenti monografie sul Settecento sabaudo. Si veda da ultimo G. RICUPERATI (ed), *Dalla città razionale alla crisi dello*

8. *Conclusioni*

Ricostruire il modo con cui si rimuove il ricordo di un sistema politico non mi pare sia molto praticato, almeno rispetto all'esatto contrario, ovvero all'analisi della sua costruzione o invenzione[119]. Ciò dipende in parte da motivi documentari: le tracce di un'assenza sono per definizione labili, e la resa della ricerca è scoraggiante. Ma l'incogruità tra la grande mole di documentazione esistente in antico regime sulla discussione relativa a certi diritti e alle istituzioni che li garantivano, e la minima attenzione di cui hanno goduto negli esiti storiografici successivi richiedeva e richiede ancora un'attenzione particolare. In questa sede ho potuto solo sviluppare alcune implicazioni e proporre una lettura delle implicazioni tra esperienza – o meglio inesperienza – diretta di un sistema politico e la sua (interessata) rimozione storiografica, interpretando la ricostruzione 'genealogica' della storiografia sabauda piuttosto come una successione 'generazionale'[120].

Le categorie utilizzate dai memorialisti rimandano anche a un altro tema – questo invece molto dibattuto dalla storiografia – del rapporto tra azione e norma, tra fatto e diritto.

> «On ne sauriat avoir que des notions très imparfaites de la constitution du Gouvernement germanique, si à l'étude des lois fondamentales on négligeait d'ajouter celui des *coutumes*, constatées par des actes public réitérés et non contredits, d'où résulte ce qu'on appelle l'observance impériale»[121].

La frase di Montagnini permette di ragionare sui legami tra due categorie spesso contrapposte, qui invece utilizzate in senso complementare – configurazionale potrei dire. Il termine «configurazione» non è casuale. È lo stesso Bulferetti ad utilizzarlo, proprio riguardo ai rapporti tra stato sabaudo e Impero. Questi, commenta, «si configurano il più delle volte come relazioni

stato di Antico Regime (1730-1798), (*Storia di Torino*, 5) Torino 2002 (un unico riferimento indiretto a Montagnini, tramite l'articolo di Bulferetti sulla «superiorità territoriale», nel contributo di V. FERRONE, *L'Accademia Reale delle Scienze. Sociabilità culturale e identità del «letterato» nella Torino dei Lumi di Vittorio Amedeo III*, pp. 689-733, il quale rivendica invece l'importanza ideale dell'acquisizione del titolo regio nel 1713).

[119] La categoria di 'invenzione della tradizione', legata spesso se non sempre a risvolti di legittimazione politica, è diventata ormai un classico storiografico.

[120] Il meccanismo di oblìo legato all'estinzione della generazione dei testimoni diretti richiama analogie con temi contemporanei che non vorrei risultassero irriguardose: cfr. C. GINZBURG, *'Unus testis'. Lo sterminio degli Ebrei e il principio di realtà*, in «Quaderni Storici», 80, 1992, pp. 529-548.

[121] La frase è tratta da una citazione che Luigi Montagnini fa da una memoria del suo avo Carlo Ignazio, «De l'observance imperiale. Vienne 1763».

tra soggetti appartenenti ad un medesimo sistema giuridico (l'imperiale) e altre volte come relazioni propriamente politiche intese a porre, modificare, eliminare elementi o istituzioni di quel sistema giuridico. Istituti giuridici e lotte politiche si generano gli uni dalle altre, vicendevolmente». Le stesse osservazioni le fa rispetto all'analisi dell'istituto del vicariato sviluppata dal Montagnini:

«non è il caso di individuare, se non per comodità di linguaggio, due realtà nettamente distinte: quella giuridica e quella politica. La forza politica, in qualsiasi sistema giuridico, e specialmente in quello imperiale, configura il sistema stesso, il quale, a sua volta, può avere una rilevanza e una forza politiche proprie, anche se considerate in sé, per un complesso di tradizioni, sentimenti e ripercussioni sull'opinione pubblica, che da esse scaturiscono».

Queste osservazioni sembrano anche un buon antidoto a chi legge nelle pratiche sabaude di fine secolo semplicemente un modo per rivendicare 'idealmente' la sua preminenza su altri stati italiani:

«sotto le rivendicazioni apparentemente più vuote ..., occorre vedere la volontà di acquistare, oltre che un prestigio rispondente all'opinione pubblica del tempo, la forza politica inerente alle forme di una procedura appartenente a un sistema giuridico, o almeno configurantesi con caratteri ad esso simili, e il tentativo di appigliarsi alle schermaglie giuridiche per migliorare la propria sorte».

La discussione è centrata sulla legalità, sulle categorie giuridiche, ma portata in una maniera estremamente dinamica, in cui si tenta di coniugare il richiamo alla tradizione (alle tradizioni) con il cambiamento, la costruzione, l'aspetto generativo (che è poi il carattere fondamentale di un certo tipo di fonte storica – la tentazione è quella di dire di gran parte di esse)[122].

Questo permette anche una nuova lettura della storia di questa «storiografia» giuridica. Negli stessi autori, e nei loro referenti, appare fondamentale il valore – spesso ignorato – che questi scritti hanno come precedente o come prova giurisprudenziale, un valore dunque di «fatto». Studiare queste argomentazioni è un modo per studiare l'aspetto generativo del diritto. E la polemica è lo specchio del carattere solo apparentemente universalistico di qualsiasi tradizione storica, giuridica e istituzionale[123].

[122] Le citazioni sono da L. BULFERETTI, *Le relazioni diplomatiche tra lo stato sabaudo e la Prussia durante il regno di Vittorio Amedeo III*, cit; dello stesso autore, *Il principio della «superiorità territoriale» nella memorialistica piemontese del secolo XVIII. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello*, cit.

[123] S. CERUTTI, *Giustizia sommaria. Pratiche e ideali di giustizia in una società di Ancien Régime (Torino XVIII secolo)*, Milano 2003; S. CERUTTI - G. POMATA, *Premessa* a *Fatti: storia dell'evidenza empirica*, fascicolo monografico di «Quaderni Storici», 108, 2001, 647-663; R. AGO - S. CERRUTI (edd), *Procedure di giustizia*, fascicolo monografico di «Quaderni Storici», 101, 1999.

Imperial Authority and the Levy of Contributions in «Reichsitalien» in the Nine Years War (1690-1696)

by *Christopher Storrs*

1. *Introduction*

On 3 April 1689, the Holy Roman Emperor, Leopold I, declared war against Louis XIV in the name of the Reich[1]; on 9 April, he also banned all Imperial vassals in Italy from giving aid to France, on pain of confiscation of their fiefs[2]. Just over a year later, in June 1690, Leopold concluded an alliance with the Duke of Savoy, Victor Amadeus II and dispatched 5,000 men to north Italy under the Duke's cousin, Prince Eugene, to help his new ally resist the forces of Louis XIV, and perhaps open up a route from Victor Amadeus' states into France across the Alps[3]. In 1691, urged on by William III of England, who agreed to pay 300,000 ecus (or talers) of the Emperor's costs, Leopold agreed to send to Piedmont another 12,000 of his own troops and 6,000 of those of the Electoral Prince of Bavaria, Max Emmanuel, 18,000 men in total[4]. Thus began a new era in relations between Vienna and Italy, one defined by the two major wars between France and the Grand Alliance, the Nine Years War (1689-1697) and the War of the Spanish Succession (1701-1713/14), which saw the reassertion of the authority of the Holy Roman Emperor in *Reichsitalien*. This development has been explored in detail for the War of the Spanish Succession by Charles

I should like to thank Dr. Derek Mckay for his comments on an earlier version of this paper.

1 J. SPIELMAN, *Leopold I of Austria*, London 1977, p. 146.

2 Archivio di Stato di Torino (hereafter ASTo), *Materie d'Impero*, Bande Imperiale, mazzo (hereafter m.) 1, doc. 4.

3 M. BRAUBACH, *Prinz Eugen von Savoyen*, 5 vols, Wien 1961, vol. 1, pp. 162 f.

4 C. STORRS, *War, Diplomacy and the Rise of Savoy 1690-1720*, Cambridge 1999, p. 106; O. KLOPP, *Der Fall des Hauses Stuart und die Succession des Hauses Hannover in Gross-Britannien und Irland im Zusammenhang der europäischen Angelegenheiten von 1660-1714*, 14 vols, Wien 1875-1888, vol. 5, p. 280 f. William also gave Max Emmanuel 100,000 ecus.

Ingrao, as part of a larger study of Emperor Joseph I's broad reassertion of Imperial and Austrian Habsburg authority and power[5]. However, Ingrao's study gives the impression that this was a wholly new development, which was not the case. The later conflict was undoubtedly the more important in terms of its enduring consequences, but the Nine Years War was an important prelude. During the 1690s, Joseph's father, Emperor Leopold I also asserted Imperial authority in Italy. Leopold's efforts may have been less striking and less permanent, but in some respects, they prepared the way for the longer-term achievement of his sons. They were also an important chapter in the history of Austrian war finance. This aspect of Leopold's reign has not been entirely ignored[6], but it (and the Nine Years War in general) is an episode of Austria's so-called «Heldenzeitalter» which remains rather obscure, and requires further investigation[7]. Historians of early modern Italy have also largely neglected this sometimes traumatic episode, reflecting the deep-rooted belief that there was little of interest in the history of Italy between Renaissance and Risorgimento[8]. The following

[5] C. INGRAO, *In Quest and Crisis. Emperor Joseph I and the Habsburg Monarchy*, Lafayette IN 1979, pp. 79-121. Cf. R.J.W. EVANS, *The Making of the Habsburg Monarchy 1550-1700*, Oxford 1979, p. 308.

[6] Cf. K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich, 1648-1806*, 3 vols, Stuttgart 1993-1997, vol. 1, pp. 113, 312, vol. 2, p. 86; K.O VON ARETIN, *Kaiser Joseph I. zwischen Kaisertradition und österreichischer Großmachtpolitik*, in «Historische Zeitschrift», 215, 1972, pp. 529-606. There is a splendid recent general study, M. SCHNETTGER, *Zwischen Spanien, Frankreich und dem Kaiser. Italin zur Zeit des Friedens von Rijswijk*, in H. DUCHHARDT - M. SCHNETTGER - M. Vogt (eds), *Der Friede von Rijswijk 1697*, Mainz 1998, pp. 195-219.

[7] Neither J. STOYE, *The Austrian Habsburgs*, in J.S. BROMLEY (ed.), *The New Cambridge Modern History*, vol. 6: *The Rise of Great Britain and Russia 1688-1725*, Cambridge 1970, pp. 572-607, nor C. INGRAO, *The Habsburg Monarchy 1618-1815*, Cambridge 1994, deal with this. Cf. M. HOCHEDLINGER, *«Bella gerant alii ...? On the State of Early Modern Military History in Austria»*, in «Austrian History Yearbook», 30, 1999, pp. 237-277. M. HOCHEDLINGER, *Austria's Wars of Emergence 1683-1797*, London 2003, p. 173, notes the general neglect of the Nine Years War in accounts of Austria's great power career but only partly fills the gap. O. REDLICH, *Österreichs Großmachtbildung in der Zeit Kaiser Leopolds I.*, Gotha 1921, an otherwise invaluable survey, largely ignores these issues. P.G.M. DICKSON - J. SPERLING, *War Finance, 1689-1714*, in J.S. BROMLEY (ed.), *The Rise of Great Britain and Russia*, say nothing about Italian contributions.

[8] D. SELLA, *Italy in the Seventeenth Century*, Harlow 1997, and D. CARPANETTO - G. RICUPERATI, *Italy in the Age of Reason 1685-1789*, Harlow 1987, ignore this subject, as does J. MARINO, *Early Modern Italy*, Oxford 2001. It is also largely absent from studies of individual Italian states, including C. COSTANTINI, *La Repubblica di Genova*, Torino 1987, and C. MOZZARELLI, *Mantova e i Gonzaga dal 1382 al 1707*, Torino 1987. One recent exception to this neglect is J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane sous les derniers Medicis*, Roma 1990.

pages are intended to throw some light on this important subject. They draw primarily on diplomatic and other documents produced by the agents of the Emperor's allies: England, the Dutch Republic, Spain, and the Duke of Savoy, and on other materials relating to the Imperial demands, which are to be found in foreign archives. These have been used for various reasons, above all: (1) the presence in those archives of relevant documents written by the Emperor, his commanders and officials; (2) the great interest of those allies in Leopold's ability to fund, using the contributions of the feudatories in *Reichsitalien*, the Grand Alliance's efforts to defeat and contain Louis XIV in the 1690s.

2. *The Imperial Troops in Italy 1691-1696*

The Imperial and Bavarian troops were sent to Piedmont in 1691 to prevent the collapse of the Duke of Savoy and with him the possibility of invading France from his territories. However, only the first of these objectives was achieved in 1691. If those troops were to remain in Italy to achieve the second objective in subsequent campaigns, they needed funds. Within a few weeks of his arrival in Piedmont, the commander of the Imperial troops, the Neapolitan Count Antonio Carafa, who had confronted and solved the problem of funding Leopold's troops in Hungary (a success which was one reason why he was sent to command in Italy)[9], wrote to the Count de la Tour, the Savoyard envoy at London and the Hague who had coordinated the dispatch of the Imperial troops to Piedmont in 1691; Carafa wished to know whether King William would continue his subsidy for the Emperor's troops for the coming winter, since Carafa's preliminary enquiries suggested that it would be difficult to find supplies for his troops in the neighboring Italian states. More important, the Emperor, fighting on two fronts already (in the Empire and in Hungary), could not be expected to contribute[10]. In fact, de la Tour had already discussed this and related

[9] G. BENZONI, *Antonio Carafa*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, vol. 19, 1960, pp. 485-490. The Dutch commissary in Turin, van der Meer, saw Carafa as a financier rather than a general, and as only interested in securing the winter quarters of his troops: Algemeen Rijksarchief, Den Haag (hereafter ARAH), *Staten Generaal* (hereafter *SG*), bundle (hereafter b.) 8643: correspondence of van der Meer from Turin, 1690-1692, doc. 182, Albert van der Meer to Heinsius, 6 October 1691; H.J. VAN DER HEIM (ed.), *Het Archief van den Radspensionaris Anotine Heinsius*, 3 vols, Den Haag 1867-1880, vol. 1, p. 210, van der Meer to Heinsius, Turin, 29 December 1691.

[10] ASTo, *Lettere Ministri* (hereafter *LM*), Olanda, m. 2, Carafa to de la Tour, Millefiori, 21 August 1691; ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, de la Tour to Saint Thomas, The Hague, 21

issues with King William. The king agreed that it was desirable to keep the Emperor's troops in Italy, but, anticipating another request for money from Leopold, declared that he could give no more. He could only suggest that what remained of the 300,000 ecus he had already given be kept as a contribution towards the cost of winter quarters for 1691/92, or that of the 1692 campaign. William, who had recently agreed to pay a subsidy to the Duke of Savoy for the duration of the war[11], was not going to continue to fund Leopold's war effort as well.

De la Tour sought to identify alternative sources of funding for the Imperial troops in north Italy. He thought, firstly, that the Imperial Diet at Ratisbon might grant the cost of the subsistence of 6,000 troops, which it had earlier promised the Duke of Savoy. Alternatively, the winter quarters that the Imperial troops would have exacted in the Empire if they had remained there might be given them in cash, relieving the Circles of Swabia and Franconia of this burden. De la Tour's third suggestion was that the German troops demand what was needed from the Imperial feudatories in Italy[12]. This last was not a new idea. Already in the summer of 1690 the Governor of Spanish Milan, the Count of Fuensalida, commissioned by Leopold, had sent Count Archinto, to demand aid from the Duke of Modena, in the defense of Italy against Louis XIV[13]. When de la Tour had passed through Vienna on his way to the Hague and London that same summer, it was already apparent that one of the Emperor's few means of funding the troops he was sending to Piedmont was to demand contributions from the vassals of *Reichsitalien*, as in previous conflicts[14]. Indeed, Leopold was

September 1691. In November 1691, the Emperor informed the Savoyard minister in Vienna, Count Tarino (who urged Leopold to recruit the Imperial troops sent to Italy earlier that year, so as to ensure greater success in 1692) that he had written to William seeking a continuation of some at least of the subsidy given by the king in 1691: ASTo, *LM*, Austria, m. 24, Tarino to Victor Amadeus, Vienna, 1 December 1691. Leopold was still seeking a subsidy towards the cost of the Imperial troops in Italy in the spring of 1692: Leopold to Gorz, 31 March 1692; H. RITTER VON SRBIK (ed.), *Österreichische Staatsverträge. Niederlande*, 2 vols, Wien 1912, vol. 1: *Bis 1722*, p. 292.

11 C. STORRS, *War, Diplomacy and the Rise of Savoy*, p. 105 f.

12 ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, de la Tour to Victor Amadeus, The Hague, 26 August 1691. De la Tour also identified the possibility of a subsidy from Spain: ASTo, *LM*, Austria, m. 24, de la Tour to Tarino, The Hague [1691].

13 HISTORICAL MANUSCRIPTS COMMISSION, *Calendar of the Stuart Papers Belonging to His Majesty the King Preserved at Windsor Castle*, 7 vols, London 1902-1923, vol. 1, p. 51, Duke of Modena to Rizzini, Modena, 15 June 1690.

14 According to a memoir presented in 1693 by Dini, the Modenese resident in Madrid, in 1629 and 1630 the Duke of Modena had been asked for 70,000 thalers for the Imperial

already planning to send the Marchese Ferdinando degli Obizzi on a roving mission to many of those feudatories to this end; Obizzi left for Italy in September 1690, returning to Vienna a year later[15].

During the first winter of the war (i.e. October 1690-March 1691) Prince Eugene's troops took their quarters in the Monferrato, Imperial territory belonging to the Duke of Mantua. This was intended to blockade Casale (capital of the Monferrato, garrisoned by troops in the pay of Louis XIV since 1681), and in this way to protect Milan and Piedmont from the garrison of Casale and to put pressure on the Duke of Mantua to abandon his French alliance. However, encouraged by their Duke and by the French, the peasants of the Monferrato resisted the Imperial troops; Eugene was obliged to take harsh measures against the insurgents[16], with the help of the Governor of the Milanese (who was criticized by the Duke of Savoy for ravaging the country rather than exacting contributions)[17]. The inhabitants of the Monferrato then agreed to pay the Imperial troops 5,000 scudi a month[18]. For his part, Obizzi, imposed a levy upon all Imperial fiefs in Italy, of 3 golden (Milanese) scudi a hearth. Some feudatories, including the Prince of Bozzolo paid, but not all and much of this imposition remained uncollected by the summer of 1691[19]. In the meantime, inevitably, Eugene's troops, already reduced by the normal wastage associated with

army of 30,000 sent to Mantua: Archivo General de Simancas (hereafter AGS), *Sección de Estado* (hereafter *E*), legajo (hereafter l.) 3858, doc. 119.

15 ASTo, *LM*, Austria, m. 23, de la Tour to Victor Amadeus, Vienna, 6 and 8 August 1690. Cf. HISTORICAL MANUSCRIPTS COMMISSION, *Calendar of the Stuart Papers*, vol. 1, pp. 52, 55, Duke of Modena to Rizzini, Modena, 17 July and 10 August 1690. Obizzi's letters to the Duke of Savoy, 1690/91, are in ASTo, *Lettere di Particulari* (hereafter *LP*), O, m. 1. In May 1691, Obizzi left Genoa for Florence: AGS, *E*, l. 3625, doc. 59, Juan Carlos Bazan to [Carlos II?], Genoa, 6 May 1691. Obizzi also went as Imperial commissioner to Mantua, to settle the dispute between the Duke of Mantua and his cousin Don Vincenzo Gonzaga, see S. BRINTON, *The Gonzaga Lords of Mantua*, London 1927, p. 254 f.

16 ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Prince Eugene to Victor Amadeus, Moncalvo, 8 January 1691. Cf. M. BRAUBACH, *Prinz Eugen*, vol. 1, p. 170 ff., and K.O. VON ARETIN, *Kaiser Joseph I.*, p. 545.

17 ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Victor Amadeus to de la Tour, Turin, 4 March 1691.

18 «London Gazette», no. 2537, Milan, 14 February 1691.

19 Cf. Carafa to Cosimo III, Grand Duke of Tuscany, 12 September 1691, in F. NICOLINI, *Cosimo III de' Medici e Antonio Carafa. Lettere, documenti e notizie a illustrazione degli ultimi capitoli del «De rebus gestis Antonii Caraphaei di Giambattista Vico*, in «Archivio Storico Italiano», 1938, p. 87 f. Genoa did not pay the contributions demanded by Obizzi in 1690/91, according to ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 193, van der Meer to Fagel, Turin, 3 November 1691.

campaigning, dwindled in number and were greatly reduced by the start of 1691[20].

The much larger Imperial force in Italy from 1691 required a more organized, systematic approach to the question of winter quarters[21]. This was not least because of the importance of the latter: these also usually covered many of the costs incurred in the preparation for and during the campaigning months (which the Emperor was not accustomed to provide)[22]. Carafa, who was also Leopold's extraordinary envoy to the Italian princes, and who headed for Milan at the end of the campaign to negotiate their winter quarters contributions[23], intended to raise from the princes far more than the derisory sums he claimed Obizzi had obtained; he would achieve this by threatening military exaction if the sums demanded were not paid[24]. According to the Duke of Savoy, with whom Carafa discussed this matter in Turin, the Imperial commander intended to make demands according to the capacity to give of the various feudatories: it was believed that the more commercialized and prosperous Genoa, the Langhe and Tuscany could more easily provide cash than food, whereas the opposite was true of Mantua, Parma and Modena[25]. A list of the fiefs and feudatories was

[20] By early 1691, the Imperial troops were said to have dwindled to about 1,800 cavalry and 1,500 infantrymen: ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Victor Amadeus to de la Tour, Turin, 10 February 1691. All troop numbers, including those of the Austrian military authorities, must, however, be used with great caution.

[21] Unless otherwise indicated, this paragraph draws on F. NICOLINI, *Cosimo III*, pp. 81-84.

[22] ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Victor Amadeus to de la Tour, 5 December 1691. Cf. ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Saint Thomas, Vienna, 9 January 1693.

[23] F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 70; ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 167, van der Meer to States General, Turin, 25 August 1691.

[24] According to F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 81, Carafa declared that he hoped to obtain more than 2,000,000 [Milanese] scudi, which he claimed to be forty to fifty times more than Obizzi had raised. The subject of the winter quarters exactions is complicated by the variety of coins in circulation, and by the variety of units of account used, inside and outside «Italy», cf. E. GRENDI, *Falsa monetazione e strutture monetari degli scambi nella Repubblica di Genova fra Cinque e Seicento*, in «Quaderni Storici», 66, 1987, pp. 803-837, published as E. GRENDI, *Counterfeit Coins and Monetary Exchange Structures in the Republic of Genoa during the Sixteenth and Seventeenth Centuries*, in E. MUIR - G. RUGGIERO (eds), *History from Crime*, Baltimore MD 1994, pp. 170-205, here p. 202. Establishing equivalents between the various currencies and units of account can be difficult, but cf. A. MARTINI, *Manuale di metrologia, ossia misure, pesi e monete in uso attualmente e anticamente, presso tutti i popoli*, Torino 1883, and J.J. MCCUSKER, *Money and Exchange in Europe and America, 1600-1775: A Handbook*, Chapel Hill NC 1978.

[25] ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Victor Amadeus to de la Tour, 5 December 1691.

compiled by the Milanese count Francesco Mezzabarba Birago, who was appointed *uditore fiscale* by Carafa, while the Milanese banker Gianbattista Tosi was appointed treasurer to the Imperial army[26].

The first demands for money went out in September, initiating sometimes lengthy negotiations. At the end of December the Dutch commissary in Turin, Albert van der Meer, sent to The Hague details of the contributions so far agreed[27]. Ranuccio Farnese, Duke of Parma, was to pay 279,600 scudi or talers (calculated on the basis of 4,224.66 *portioni di bocca* and 3,542 *portioni da cavallo*)[28] and Francesco d'Este, Duke of Modena 422,262 scudi or talers (i.e. 7,340.5 *portioni di bocca* and 4,389 *portioni da cavallo*), equivalent to 682,656 florins[29]. Mantua was expected to give 310,794 scudi or talers (5,913.66 *portioni di bocca* and 2,720 *portioni da cavallo*) and Monferrato 392,154 scudi or talers (9,401 *portioni di bocca* and 1,492 *portioni da cavallo*), although Monferrat had only agreed to give 200,000 scudi/talers, so that 192,154 needed to be found elsewhere[30]. The same was true of 72,000 calculated as necessary for the 2,000 portions (at 6 talers) for the Bavarian troops, a further 16,000 for the Stato Generale, and 500,000 for magazines, recruits, remounts, and other campaign costs for 1692, in all another 780,154 lire, or scudi, or talers. This brought the total that Carafa hoped to raise to nearly 2,000,000 lire, or scudi, or talers (or more than 3,000,000 florins). According to van der Meer, it was expected that the 800,000 lire, or scudi, or talers not so far agreed would be obtained from

26 F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 81. For Mezzabarba, cf. M. SCHNETTGER, *Zwischen Spanien, Frankreich und dem Kaiser*, p. 212 f.

27 ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 207, Repartitioni delle portioni al sostentazione delle truppe Imperiali, sent with ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 206, van der Meer to Fagel, Turin, 29 December 1691. Cf. the figures given in J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane sous les derniers Médicis. Essai sur le système des finances et la stabilité des institutions dans les ancien états italiens*, Roma 1990, p. 90.

28 These 'portions' were calculated by van der Meer at 6 talers each for 6 months, and by the Modenese envoy in Madrid (in 1693) at 6 Milanese scudi each for 6 months.

29 Van der Meer's figures for the contributions of the Duchy of Modena are confirmed by the memorial presented in Madrid by the Modenese minister in 1693: this claimed that in 1691/92 the Duchy had to provide for two cavalry regiments of 1,000 men each and for two infantry regiments and 600 horses. This worked out at 11,729 «rations» which – at 6 Milanese lire for six months of winter quarters – totaled 422,262 Milanese lire (or scudi, or talers), or 682,656 Imperial florins: AGS, *E*, l. 3858, doc. 119, memoire, summer 1693.

30 According to ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Victor Amadeus to de la Tour, Turin, 5 December 1691, the Monferrato had agreed to supply (in food and money) 50,000 pistoles. Details of the negotiation of Mantua/Monferrato's contribution are in ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 193, van der Meer to Fagel, Turin, 3 November 1691.

the Republic of Genoa, the Grand Duke of Tuscany, the Duke of Mirandola, the Princes of Castiglione, Bozzola, Novellora and other feudatories, with whom negotiations were continuing[31].

The negotiations were not always easy. In November 1691, the Duke of Parma had declared his inability to provide the sums demanded by Carafa, but had agreed to pay up after Imperial troops entered his territories[32]. The Imperial commander had greater difficulty with some other feudatories. The Republic of Genoa had earlier refused Obizzi's request for contributions for its fiefs in the Langhe area, pleading its necessitous state (i.e. lack of funds)[33]; it also rejected his suggestion that Genoa join an anti-French league[34]. It seems clear that the French success against Victor Amadeus in the spring of 1691, conquering neighboring Nice, made the Republic fearful of abandoning its neutrality[35]. In October 1691, reports reached Turin that the Republic was increasing its forces by 20,000 men, no doubt to resist Carafa's demands that it contribute winter quarters for all its Imperial fiefs[36]. The Genoese reluctance to give anything substantial[37]

[31] Van der Meer said nothing about the republic of Lucca, with which Carafa negotiated through his friend, Cardinal Francesco Buonvisi, Archbishop of Lucca (and formerly nuncio in Vienna). The republic offered 30,000 Luccan scudi (equivalent to 61,000 florins) but was asked for 40,000 Milanese scudi. Cf. F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 83. Rather confusingly, the «London Gazette», no. 2734, Turin, 8 January 1692, reported that Lucca had given 100,000 crowns.

[32] ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 198, van der Meer to Fagel, Turin, 24 November 1691. For his part, the Duke of Mantua, had appealed, unsuccessfully, to the Pope to mediate between himself and the Emperor in this and other matters, «London Gazette», no. 2710, Rome, 13 October 1691; «London Gazette», no. 2712, Rome, 20 October 1691.

[33] Cf. ASTo, *Materie d'Impero/Contribuzioni*, m. 2: Specificazione delle contribuzioni de feudi imperiali delle Langhe [no date]. This lists the fiefs, indicating the number of hearths (for which the feudatory must pay). These lists, drawn up by the Imperial commissaries, may throw some interesting light on the population and general economic condition of north Italy in the 1690s.

[34] AGS, *E*, l. 3625, doc. 58, Bazan to Carlos II, 6 May 1691. Obizzi had returned to Florence the previous day. Cf. also ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 193, van der Meer to Fagel, Turin, 3 November 1691.

[35] Cf. AGS, *E*, l. 3625, doc. 92, doc. 93, and doc. 94, consulta of Council of State, 23 August 1691, on articles drawn up by the Republic of Genoa and the Grand Duke of Tuscany for the neutrality of their ports. In 1690, Bazan had unsuccessfully urged the Genoese to declare for the allies: AGS, *E*, l. 3625, doc. 44, Bazan to Carlos II, Genoa, 16 April 1691.

[36] ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 192 and doc. 193, van der Meer to States-General, Turin, 27 November 1691, and to Fagel, Turin, 3 November 1691.

[37] ASTo,-*LP*, B, m. 120, Breuner to [?], Asti, 8 November 1691.

was strengthened by offers of armed support if Carafa sought to enforce payment, from Louis XIV (whose interest it was to deny the Imperial troops subsistence and funds in Italy)[38]. An envoy from the Sun King, the Comte de Rebenac, arrived in Genoa in November. Not surprisingly, soon afterwards the Genoese Senate refused Carafa's demands[39], whereupon the Imperial commander sent troops to seize winter quarters in the territory of the Republic, around Novi. The Genoese offered 45,000 rixdollars, but this was rejected by Carafa as inadequate. The Republic therefore sent an agent to Milan to settle the dispute with the mediation of its Spanish Governor[40]. This, and the mediation of Cardinal Renato Imperiali, resulted in a compromise: Carafa was obliged to accept just 188,000 scudi (less than half what he had sought and far below what he believed Genoa was capable of giving)[41]. The Imperial troops, having demonstrated what might happen to any others contemplating resistance, withdrew from Genoese territory. However, the Republic, anticipating a long war and further confrontations of this sort, decided to increase its forces to 10,000 men (less than the 20,000 reported earlier but nevertheless substantial) in order to defend the mountain passages between Piedmont and Milan and Liguria[42].

Cosimo III, Grand Duke of Tuscany, also proved difficult. In September 1691, the Grand Duke was asked for just over 22,000 scudi for various fiefs in the Luneggiana district[43] and was said to have agreed, by the end

[38] AGS, *E*, l. 3625, doc. 111, Bazan to [Carlos II?], Genoa, 4 October 1691.

[39] According to van der Meer, Carafa demanded 400,000 rixdollars (or scudi or thalers); according to «London Gazette», no. 2718, Milan, 14 November 1691, he wanted 500,000 crowns.

[40] ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 194 and doc. 198, van der Meer to Fagel, Turin, 9 and 24 November 1691. According to «London Gazette», no. 2721, however, the Imperial incursion prompted an offer of 200,000 scudi, which was accepted by Carafa, becoming the foundation of the final settlement.

[41] «London Gazette», no. 2721, Genoa, 24 November 1691. Cf. F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 82-83.

[42] AGS, *E*, l. 3626, doc. 10, Bazan to Carlos II, Genoa, 27 December 1691. The increase was to be funded by a 1% levy on incomes, for four years.

[43] In September 1691 Cosimo was asked to pay Tosi in Milan, 22,056 scudi due for his Imperial fiefs in the Lunigiana district, other demands would follow: F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 87-90. The fiefs, hearths and due payment were: Lusolo (120 hearths, thus 360 scudi), Ricco (50 hearths, 150 scudi), Arbiano (70 hearths, 210 scudi), Caprigliola (100 hearths, 300 scudi), Fivizzano (500 hearths, 1,500 scudi), Fornoli (50 hearths, 150 scudi), Castiglione (40 hearths, 120 scudi), Bagnone (100 hearths, 300 scudi), Filatierra (200 hearths, 600 scudi), Rocca Sigillana (122 hearths, 366 scudi), and Pontremoli (6,000 hearths, 18,000 scudi).

of 1691, to give 100,000 doppie[44]. In fact, however, Cosimo delayed both agreement and payment. The Grand Duke therefore sent a minister, De Angelis, to Milan to treat with Carafa and also sought to negotiate in Vienna, querying (for example) the status of some of the fiefs for which he was asked to pay. Carafa, who threatened to send his troops into Tuscany if the Grand Duke was not more accommodating, was obliged (as in the case of Genoa) to accept an offer, 103,563 scudi sum which was far less than that of either Modena or Parma and which he believed (rightly) did not reflect the real wealth of the Grand Duke and his subjects[45]. Not only that, but in February 1692 Cosimo paid only 30,000 scudi of the total sum promised. Once again, Carafa threatened to invade the Grand Duchy if the full amount were not paid, but in fact his hands were tied by restraining orders from Vienna. In March, De Angelis told the Imperial commissary, Count Maximilian Breuner that it was unlikely that payment would be completed before September of that year. This was a blow because, indicating the importance of the levies on the Imperial vassals to the Emperor's war effort in Italy, Breuner had counted on this money to secure mules for the coming campaign[46]. Breuner was also concerned by the slowness to pay of the feudatories of the Lunigiana; but he did not want to drive them (and others who still had to pay), to desperate measures, i.e. to a resistance which might prevent the allies from achieving their other goals in the campaign which was now opening. Breuner preferred to use diplomacy rather than force, even if this meant receiving less in contributions than had been hoped[47]. The Grand Duke's outstanding contribution, including the 50,000 accepted by Vienna, was paid in four further installments, the last being paid as late as November 1692.

Unfortunately, it is difficult to be precise about exactly what was paid/ received in winter quarters contributions, an issue complicated by the

[44] «London Gazette», no. 2732, Milan, 2 January 1692; the prince of Massa would give 6,000 scudi.

[45] The negotiations are described in F. NICOLINI, *Cosimo III*, pp. 205-207. Carafa, writing to cardinal Bonvisi in late March 1692, blamed the Emperor's indulgence of the Grand Duke. However, according to van der Meer, who was informed by the Dutch minister at Leopold's Court, Heemskerk, in Vienna the difficulties in obtaining the sums promised by the Grand Duke of Tuscany were attributed to Carafa's failure to simply march into Tuscany, as he had marched earlier into the Duchy of Parma: ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 225, van der Meer to Fagel, Turin, 5 May 1692. According to J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane*, pp. 89, 91, the Grand Duke paid 115,000 Florentine ecus.

[46] ASTo, *LP*, B, m. 120, Breuner to Victor Amadeus, Milan, 22 April 1692.

[47] ASTo, *LP*, B, m. 120, Breuner to Victor Amadeus, Milan, 1 May 1692.

pursuit of arrears in subsequent years (see below). Van der Meer had, from the start, doubted the ability of the Italian feudatories to substantially fund the Imperial forces[48]. He was right to do so. The Republic of Genoa and the Grand Duchy of Tuscany, had both escaped with a much lighter burden than Carafa had intended. For the other states and princes, however, Carafa's demands represented a considerable burden: the 279,600 scudi demanded of the Duke of Parma represented more than 50% of his annual revenues while the 422,262 scudi demanded of the Duke of Modena was equivalent to nearly 450% of his annual revenues[49]. In addition, if we can trust the claims made by the Modenese resident in Madrid in 1693, some of those states and princes, which did pay, found that fulfilling their obligations greatly exceeded what had been agreed with the Imperial commissary[50]. This was one sign that Carafa had succeeded in part at least in his declared aim of obtaining much more than had been paid in 1690/91[51]. Equally important, while the financial issues were clearly of great importance, we should not ignore the implications of the Emperor's (or rather Carafa's) demands for *Reichsitalien*. Even those princes and states, which had got away with reduced payments had been obliged to acknowledge the Emperor's authority, or rather his power, which was backed by the threat of troops. This was something that had not been seen in *Reichsitalien* for half a century or more[52]. Not surprisingly, Carafa's greater demands and greater success in extracting money fuelled the papal-led movement to end the war in Italy[53] and ensured support in Vienna for Carafa's enemies, who urged

48 ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 171, van der Meer to Fagel, Turin, 1 September 1691.

49 F. NICOLINI, *Cosimo III*, p. 82.

50 According to AGS, *E*, l. 3858, doc. 119, the memoire submitted by the Modenese resident in Madrid, in July 1693, the Duke of Modena had hoped Caraffa would be satisfied (in 1691/92) with 288,0000 Milanese scudi (equivalent to 465,000 florins), the cost of 8,000 rations (or «portions»), which was all the cash that he had, but was told that he must pay the full amount requested. Again according to the memoire, total payments to (or for the Imperial troops in his Duchy) amounted to 1,226,435 florins; the Duke claimed to have contributed 465,000 florins, 180,000 was said to have been raised by new taxation in his states, and the balance (577,435 florins) to have been obtained by loans raised on or by the local communities (at rates of 6 and 7%), a level of debt which they would find it hard to liberate themselves from.

51 G. HANLON, *Early Modern Italy, 1550-1800*, Basingstoke 2000, p. 289.

52 The Dutch commissary had earlier noted the Italian princes' resentment of the arrival of the Emperor's artillery train: ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 162, van der Meer to Fagel, 4 August 1691.

53 In November 1691, Cardinal Visconti had protested to Carafa on the Pope's behalf about the war and its consequences. The count replied justifying the war and his demands

his recall[54]. His enemies succeeded: Carafa was replaced as commander of the Imperial troops in Italy in the spring of 1692, not least because he was believed by some, including the Duke of Savoy, to be too concerned with the question of winter quarters, at the expense of the military struggle against Louis XIV[55]. However, Carafa remained in overall charge in Vienna of the Imperial commissariat (and was still Imperial plenipotentiary to the Italian princes) until January 1693 when he was replaced by Heisler[56]; in addition, Carafa's successor in Italy, Count Enea Caprara[57], was equally, and not surprisingly preoccupied with the issue of funding. Inevitably, given the fact that the Emperor's troops made up at least one-third of the allied forces in that theatre[58], this had important implications for allied strategy in Italy. In July 1692, Leopold had already written to the north Italian vassals thanking them for their past contributions and anticipating further demands[59]. However, as in 1691, Louis XIV was again urging the Italian princes/states to refuse those contributions[60]. At the end of August 1692, therefore, Count Breuner left the allied army at Embrun, in order to return to Italy to negotiate the winter quarters contributions[61]; his concern

on the Italian princes: ASTo, *Negoziazioni*, Austria, m. 4/5, Carafa to Visconti, Milan, 24 November 1691. Later, the Pope asked the Emperor to exempt the Duke of Parma from contributions payments, *Documentos inéditos referentes a las postrimerías de la Casa de Austria en España*, ed. by. ADALBERT PRINZ VON BAYERN - G. MAURA GAMAZO, 3 vols, Madrid 1927-1931, vol. 2, p. 17, Leopold to Lobkowitz, 1 March 1692.

54 G. BENZONI, *Antonio Carafa*, p. 490; M. BRAUBACH, *Prinz Eugen*, vol. 1, p. 184 ff.

55 ASTo, *LM*, Olanda, m. 1, Victor Amadeus to de la Tour, Turin, 5 December 1691; G. BENZONI, *Antonio Carafa*, p. 490.

56 Cf. ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Emperor Leopold to Count Caprara, Vienna, 10 November 1692.

57 Cf. G. BENZONI, *Enea Silvio Caprara*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, vol. 19, 1960, p. 174.

58 Cf. C. STORRS, *War, Diplomacy and the Rise of Savoy*, p. 56.

59 AGS, *E*, l. 3626, doc. 66, consulta of council of State, 11 September 1692, on Bazan to Carlos II, Genoa, 24 July 1692. The Emperor's letter was accompanied by one from Carafa, promising his own return to Italy in the autumn in this connection, although he did not in fact return there.

60 ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 256, van der Meer to Fagel, Turin, 15 August 1692. Earlier that same summer, in response to a proposal from Louis XIV's ambassador in Venice for a peace settlement in Italy, the oligarchs there observed that they could not prevent the Emperor from demanding contributions from his Italian vassals, an interesting comment on perceptions of what the Emperor and his generals were doing.

61 ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 266, van der Meer to Fagel, Embrun, 1 September 1692.

was shared by the Emperor's ministers in Vienna[62]. More important, this concern contributed to the decision of the allies to retreat to Italy from Dauphiné at the end of the campaign, rendering abortive the invasion of France, to the great chagrin of William III and other allied leaders[63].

Many of those Italian vassals who were asked for contributions in 1692/93 again sought to limit what was demanded of them by mobilizing support in Vienna and elsewhere. The Duke of Modena sent an envoy to Turin, hoping that Victor Amadeus might intervene to moderate Caprara's demands, which the Duke of Modena claimed were greater than those imposed by Carafa and which he could not pay[64]. The Duke of Mantua, too, sent a minister to Turin, and to Milan, hoping to secure a reduction in what was demanded of him and his states[65]. The Dukes of Modena, Mantua, and Parma also sent envoys to Vienna to protest at the forcible seizure of winter quarters in their states by an Emperor who «thinks he has a right of imposing what terms he pleases»[66], but to little avail[67]. The Modenese envoy first approached the Spanish ambassador, the Marques de Borgomanero, a scion of the house of Este, but was told that what the

[62] G. von Antal - J.C.H. De Pater (eds), *Weensche Gezantschapsberichten van 1670 tot 1720*, 2 vols, Den Haag 1929, vol. 1, pp. 518-521, Heemskerk to Fagel, Vienna, 4 September 1692; London, Public Record Office (hereafter PRO), *State Papers* (hereafter *SP*), 99, vol. 55, fol. 459, Heemskerk to Blathwayt, Vienna, 4 September 1692.

[63] ASTo, *LM*, Olanda, m. 3: Saint Thomas to de la Tour, Saluzzo, 26 September 1692; O. Klopp, *Der Fall des Hauses Stuart*, vol. 6, p. 106. This was the only successful allied invasion of France in the war.

[64] ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 291, van der Meer to Fagel, Turin, 21 November 1692. Van der Meer queried the claim that what was asked for 1692/93 was greater than for 1691/92. But, according to the memoire presented in Madrid in 1693 by the Duke of Modena's resident, Modena was expected to contribute for one whole cavalry regiment, and five (incomplete) infantry regiments, adding that it was «notorious» that German regiments brought with them a very large number of (expensive) officers and horses, making the whole more costly for Modena than the previous year's burden. Cardinal d'Este approached the Emperor's ambassador in Rome, also seeking a reduction of the sums requested of Modena on the grounds of the large sums requested the previous year and of the poor harvest in 1692; he was told that this was not the proper channel: AGS, *E*, l. 3627, doc. 2, Duke of Medinaceli to Carlos II, Rome, 23 November 1692.

[65] ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 294, fol. 425, van der Meer to Fagel, Turin, 28 November 1692.

[66] PRO, *SP*, 105 (Secretary of State's Letter Book), vol. 58, fol. 9, George Stepney to earl of Nottingham (Secretary of State), Vienna, 10 January 1693.

[67] ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Saint Thomas, Vienna, 12 March 1693; PRO, *SP*, 105, vol. 58, fol. 63, Stepney to Nottingham, Vienna, 7 February 1693.

Italian princes gave was the only means to support the Imperial troops; the envoy left Vienna without even seeing Leopold. The protests of the Italian princes clearly cut little ice: it was believed in allied circles that the princes were richer than they claimed and that they should make some contribution to what many allied ministers saw as a «war of liberation» which was freeing those princes from the supposed yoke of Louis XIV[68]. The Dukes of Parma and Modena, who had both concluded secret agreements with the French king in the summer of 1692[69], not least because of their concern about the Imperial demands, but which Louis was powerless to make effective, and the Duke of Mantua had little option but to agree to pay the sums demanded.

As in 1691/92, Genoa was reluctant to contribute. Urged on by Louis XIV, the Republic had prepared to resist further demands from the Emperor; it increased its forces along the Ligurian Riviera to prevent an incursion from the Po valley[70]. The Emperor's letter of July 1692 (above) galvanized the Genoese oligarchs into renewed activity. The Senate adopted a two-pronged strategy. On the one hand, it continued its defensive preparations; these included the increase of their forces to between 7,000 and 8,000 men, by the levy of 1,000 Corsicans, which were entrusted to Juan Prato, who had led the successful defense of the Republic against Charles Emmanuel II, Duke of Savoy in 1672. On the other hand, the oligarchs launched a diplomatic offensive in Vienna, Rome and Madrid, making clear their determination to resist any Imperial demands, and intimating that if an attempt was made to impose these by force of arms they would have no alternative but to accept the French offers of help which they had so far refused[71]. But the Republic's position was a precarious one. The successful allied incursion into France, the weakness of Louis XIV, the return of the Imperial troops

[68] These arguments were articulated by the Spanish ambassador in Rome, in conversation with the Pope, in AGS, *E*, l. 3083, Duke of Medinaceli to Carlos II, Rome, 15 February 1693.

[69] Horric de Beaucaire (ed.), *Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de Frances depuis les Traités de Westphalie jusqu'a la Révolution Francaise: Savoie-Sardaigne et Mantoue*, 2 vols, Paris 1898, vol. 2, p. 304, Louis XIV to Rebenac, 15 September 1692.

[70] AGS, *E*, l. 3626, doc. 61 and doc. 62, consulta of Council of State, 15 July 1692, on report from Bazan, 18 June 1692. Bazan hinted that the Spanish fleet might enter Genoa's harbour, preventing the arrival of French naval aid.

[71] Cf. AGS, *E*, l. 3626, doc. 66, consulta of Council of State, 11 Sept. 1692, on reports from Bazan and on the memoire presented by the new Genoese envoy, Francesco de Mari; and PRO, *SP*, 94 (Spain), vol. 73, fol. 78, Alexander Stanhope to Nottingham, Madrid, 27 August 1692.

to Italy, the presence of the Spanish fleet in Genoa, Spanish threats to sequester the property and revenues of Genoese in Spain and its Italian territories[72], and the sense that Vienna might be prepared to negotiate led the Republic to offer the Emperor up to 40,000 escudos in October 1692[73]. The Duke of San Pedro, who was sent to Milan to negotiate with Count Breuner, argued that the Republic was only obliged to pay 30,000 ecus/pesos (well short of the 70,000 being demanded) for their fiefs, that to pay more would breach the Republic's neutrality in the war, and that the Republic (unlike the other landlocked feudatories) was vulnerable to the French king's resentment because of its long coastline[74]. No settlement of Genoa's contribution had been reached by the time van der Meer sent to The Hague, as he had done twelve months before, a list of the winter quarters of the Imperial troops at the end of December 1692[75].

The Imperial negotiators, losing patience and desperate to prevent the dissolution of their troops for want of means, threatened the Genoese with armed incursion at the end of December 1692. However, the arrival in January 1693 of the comte de Rebenac, telling of Louis XIV's preparations for a major military and naval effort in north Italy in 1693 and threatening the Genoese if they gave the Emperor more than 30,000 pesos inevitably

72 PRO, *SP*, 94, vol. 73, fol. 82, Stanhope to Nottingham, Madrid, 22 October 1692. In response to Genoese threats to resist, Carlos II replied that in that case the extensive Genoese properties and revenues in Milan and Naples would be seized: cf. ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 281, van der Meer to Fagel, Turin, 17 October 1692.

73 AGS, *E*, l. 3626, doc. 114, consulta of Council of State, 11 November 1692, on Bazan's letter of 23 October 1692. The Spanish fleet's entry into Genoa was in some sense accidental, but the Marques de Leganes, who visited Genoa in October to discuss naval operations with the fleet commanders, urged (as did Hispanophile members of the Genoese oligarchy) that the Republic should be more reasonable over the winter quarters issue. According to Bazan, before returning to Milan, Leganes secured the Doge's agreement to an amicable settlement of the matter: AGS, *E*, l. 3626, doc. 116, consulta of Council of State, 30 October 1692, on letters from Bazan, Genoa, 1 and 13 October 1692.

74 AGS, *E*, l. 3627, doc. 9 and doc. 10, Bazan to [Carlos II], Genoa, 24 December 1692 and 6 January 1693. Cf. Also AGS, *E*, l. 3627, doc. 11, Bazan to Leganes, Genoa, 3 January 1693, reporting the discussion of this issue by the Genoese governing council. The Genoese were clearly mindful of the bombardment of their city by the vessels of Louis XIV in 1684.

75 ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 306, List of distribution of Imperial troops, sent with ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 305, van der Meer to States General, Turin, 22 December 1692. Unfortunately, this list is not as full as that sent by van der Meer at the end of 1691: it reveals various units as distributed in Castiglione, Guastalla, Mantua, Modena, Monferrato, Piacenza (and Piedmont) but nowhere else. More important, it does not give details of 'portions' demanded (or their cash equivalents).

reinforced the reluctance of the Genoese to give more[76]. The impasse therefore continued. In the meantime, Breuner and his officials continued to issue requests for payment to various lesser feudatories. In January 1693 the Marchese of Crescentino, Conte of Desana (an Imperial fief) received one of the many printed demands sent out by Count Mezzabarba Birago: he was asked for 540 golden (Milanese) scudi for the 180 hearths in his fief (i.e. a rate of 3 scudi per hearth) and arrears for 1691 and 1692 totalling 900 scudi; payments for those of his fiefs in the Langhe and in the diocese of Asti, were to be made in Acqui to Severino Pregh, chief war commissary (or in his absence to the commissary George Drisdberger), payment for all other fiefs was to be made to the Imperial commissary in Milan[77].

As in 1690/91 and 1691/92, so in 1692/93 it was one thing to secure agreement to pay or provide winter quarters, it was another to receive what was demanded or promised, particularly when these were increased in order to provide for those Bavarian troops who had accompanied the Emperor's troops to Italy in 1691 and who remained there[78]. In March 1693, Breuner wrote to the Duke of Savoy's chief minister, the marquis de Saint Thomas, regarding the case of the Marchese di Prunetto; with five months of the winter quarters period passed, the marchese had still not paid anything for his fiefs of Roccaverano and Prunetto. Breuner hoped Saint Thomas, at whose request he seems to have allowed the marchese some leeway, would ensure prompt payment[79]. The military consequences of these problems, and the crucial importance of the sums demanded of the Italian states, had already been spelt out by Caprara: he suggested that the allies should be satisfied with a smaller Imperial force in north Italy, one that could be adequately funded out of what was being paid. Caprara's suggestion was fiercely opposed by allied ministers in Vienna[80], but reflected a real problem. In May 1693, with the period of winter quarters about to close

76 AGS, *E*, l. 3627, doc. 18, Bazan to [Carlos II], Genoa, [?] January 1692. Cf. F. Heller (ed.), *Militärische Korrespondenz des Prinzen Eugen von Savoyen*, 2 vols, Vienna 1848, vol. 1, p. 9, Prince Eugene to Emperor Leopold, Turin, 9 July 1694.

77 ASTo, *Provincie*, Vercelli, m. 21, Breuner to Marchese di Crescentino, Milan, 11 January 1693, attaching printed edict (with specific calculation in ms. at bottom), Milan, 2 January 1693. In the winter of 1692/93 the quartering of Imperial troops in the Spanish dominions in Italy was considered: AGS, *E*, l. 3083, Medinaceli to Carlos II, Rome, 21 December 1692.

78 ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Saint Thomas, Vienna, 9 January 1693.

79 ASTo, *LP*, B, m. 120, Breuner to Saint Thomas, Milan, 24 March 1693. Saint Thomas did write as requested: ASTo, *LP*, B, m. 120, Breuner to Saint Thomas, Milan, 25 April 1693.

80 ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 12 March 1693.

and the campaign about to begin, the Emperor complained that his troops in Piedmont continued to experience great difficulties, because they still had not been paid, and the Dukes of Parma and Modena would not give more; the inevitable consequence was further depletion of the Imperial regiments through desertion.

Caprara and Fuensalida's replacement as Governor of the Milanese, the Marques de Leganes, in part in response to a new, tougher attitude in Vienna, where Leopold was under pressure from his allies to make better use of the Italian contributions and thus ensure his troops contributed more effectively to the war against Louis XIV, decided to enforce their demands on the Duchy of Modena by arms[81]. This was recognised as entailing some disadvantages. For one thing, it prevented the Imperial and Spanish troops involved from arriving promptly in Piedmont to start the campaign against the French, with potentially damaging consequences both for the Allies' campaign objectives in Piedmont and for the overall strategy of the Grand Alliance. In addition, military execution might be counter-productive, since a ravaged duchy might be less able to pay the sums demanded. However, according to Breuner, cardinal d'Este had offered just 8,000 pistoles in lieu of 80,000 pistoles arrears, money that was crucial to the maintenance of the Imperial troops, which were defending 'Italy'[82]. Military execution would go ahead, although it was hoped that the threat would be enough to bring the Este to reason[83]. It was. On 12 May 1693, the Duke of Modena sent an envoy to Milan. On 18 May agreement was reached: the Duke would pay 30,000 doubloons within three days, and 90,000 doubloons within eighteen days (a total of 120,000 doubloons); but he would be allowed until the end of July to secure the remission from the Emperor of 16,000 doubloons with Leganes' help. This would mean that the Duke of Modena would only pay 105,565 doubloons, equivalent to 422,262 Milanese scudi and to

[81] ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 10 February 1693.

[82] In addition, the lack of funds contributed to a decline in the number of the Emperor's troops in Italy. These should have totaled 20,000 but were put at just 16,000: PRO, *SP*, 105, vol. 58, fol. 90, Edmund Poley (English envoy to Duke of Savoy) to Stepney, Turin, 14 February 1693.

[83] ARAH, *SG*, b. 8644 (correspondence of van der Meer from Turin and elsewhere, 1693-1697), doc. 30 and doc. 31, Victor Amadeus to Fagel, Turin, 1 and 4 May 1693. Among the financial difficulties alleged by the Este were the expenses incurred in the marriages of the Duke's daughters (including that of Mary of Modena to James II of England). Cf. ASTo, *Materie d'Impero*, Bande Imperiale, m. 2/36, Breuner's manifesto against the Duke of Modena (1693), and AGS, *E*, l. 3858, doc. 119, memoire presented in Madrid in 1693; according to the latter the Duke had not levied the usual donative on his own marriage with the Princess of Parma in view of the distress of his subjects following the Imperial demands.

682,656.83 florins; in effect the Duke of Modena would pay the same as he had in 1691/92 if the Emperor allowed the reduction. On 19 May, with the six months winter quarters period almost completed, the order for payment of the 30,000 doubloons was given to the Imperial commissary. Thereafter, the Duke pawned his jewels and plate and borrowed abroad, notably in Venice, to raise what he had promised and also sought the support of the Spanish Court for his efforts to have the 16,000 doubloons remitted by Leopold[84]. Towards the end of May, Modena's contributions having been resolved, the Imperial troops left for Piedmont, but not before they had laid to waste some of the most prosperous parts of the Duchy[85]. The equally behindhand Duke of Parma was also encouraged by these measures to pay what was asked of him[86]. For his part, the Grand Duke of Tuscany's payment in 1691/92 had been for two years, including 1692/93 (above)[87]. As for Genoa, its reluctance to co-operate was overcome, or sidestepped, in the spring of 1693 by the sequestration of the assets of Genoese in Milan, Naples, and Sicily, in order to obtain 60,000 ecus (the difference between the 30,000 offered and paid by the Republic and the more than 90,000 ecus demanded by the Imperial troops)[88].

In December 1693, Caprara issued demands for winter quarters contributions to the Prince of Masserano and other feudatories[89]. These payments were, perhaps, more necessary than ever following a second allied defeat in Piedmont in October 1693, at Marsaglia, and the fear that the Duke

[84] Cf. AGS, *E*, l. 3858, doc. 114-119, consulta of Council of State, 13 July 1693, and accompanying documents (including memoire from Modenese envoy). The Spanish Court agreed to press the Emperor on behalf of the Duke of Modena; unfortunately, I have not been able to discover the outcome of its efforts.

[85] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 35, Victor Amadeus to Fagel, Turin, 22 May 1693; ASTo, *LM*, Olanda, m. 3, de la Tour to Victor Amadeus, The Hague, 9 June 1693.

[86] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 34, Victor Amadeus to Fagel, Turin, 18 May 1693.

[87] J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane*, p. 91.

[88] AGS, *E*, l. 3627, doc. 54, AGS, *E*, l. 3629, doc. 59, and AGS, *E*, l. 3629, doc. 88, consultas of Council of State, 7 July 1693, 20 February and 20 June 1697. The sequestration was said to have raised about 180,000 ecus. The Marques de los Balbases suggested retaining the balance – 90,000 ecus – to pay the next year's winter quarters, but the general feeling was that it should be returned. There was some concern that in consequence of this measure, and an embargo on Genoese trade, the Genoese would stop sending ships to Sicilian ports, reducing customs revenues there and thus Sicily's ability to contribute to Spain's own military and naval effort in the war.

[89] Cf. «London Gazette», no. 2929, Milan, for Parma and Modena; and ASTo, *Archive of Princes of Masserano*, Cartella 121/125 for the Prince of Masserano.

of Savoy would settle with Louis XIV after three years of defeat and territorial losses. To prevent this, the various allies promised additional help: the Emperor agreed to increase his forces in Italy to nearly 20,000 men in 1694[90]. However, the French monarch, buoyed up by his victory at Marsaglia, and ever anxious to prevent the payment of winter quarters contributions, again sent the marquis de Rebenac on mission to the Italian princes; according to the Paris gazettes, Louis also intended his own troops to take their winter quarters Italy, partly, no doubt, to deny the Imperial troops[91]. In fact, it proved extremely difficult for the Sun King's victorious commander, Catinat, to fully exploit his victory[92], and with the Imperial troops on their way to take their winter quarters in the Duchy of Mantua, the Duke of Parma preferred to send an agent to Milan to negotiate his obligation[93], frustrating the French king's diplomatic efforts to counter this[94]. As for the Duke of Modena, in November 1693, Conte Nigrelli, the Modenese envoy in Vienna, had agreed that his master would pay 300,000 florins, less than he had been asked for in 1691/92 and than what had been finally agreed for 1692/93[95]. Once again, the Republic of Genoa, encouraged by Louis XIV's offer of military and naval support if attacked, proved

[90] ASTo, *LM*, Olanda, m. 3, Saint Thomas to de la Tour, Turin, 7 November 1693; ASTo, *LM*, Austria, m. 26, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 13 November 1693. According to Prie, the Emperor intended to have 12,500 infantrymen and 7,000 cavalrymen. The Emperor needed 3,000,000 florins for all fronts for 1694, including just under 1,800,000 for his as yet «incomplete» troops (just under 15,000 men) in Italy. Prie was skeptical of both the number of troops the Emperor claimed to have and of their supposed cost.

[91] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 79, van der Meer to Fagel, Turin, 22 October 1693; ASTo, *LM*, Olanda, m. 3, Saint Thomas to de la Tour, Turin, 24 October and 7 November 1693; British Library, London [hereafter BL], Additional Manuscripts [hereafter Add. Mss] 9733, fol. 20, Hamel Bruyninck to Blathwayt, Vienna, 4 November 1693. Cf. G. HANOTAUX (ed.), *Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et ministres de France depuis les Traités de Westphalie jusqu'à la Révolution Française, Rome*, 3 vols., Paris 1911, vol. 2, p. 131, instructions for Rebenac, 9 November 1693, and R. HANDEN, *The Savoy Negotiations of the Comte de Tesse, 1693-1696*, Ph.D. thesis, University of Ohio, 1970, pp. 64 f. for influences on policy at Versailles.

[92] C. STORRS, *Diplomatic Relations between William III and Victor Amadeus II of Savoy 1690-96*, Ph.D. thesis, University of London, 1990, p. 203 ff. In order to dissuade Catinat from putting troops into winter quarters in Monferrato, the allies burnt forage there: ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 90, van der Meer to Fagel, Turin, 30 November 1693.

[93] «London Gazette», 2944, Milan, 11 January 1694.

[94] Cf. «London Gazette», no. 2948, Genoa, 9 January 1694, for the departure to Mantua and Parma of the envoy, Du Pre, to urge those princes not to pay.

[95] ASTo, *LM*, Austria, m. 26, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 13 November 1693. Prie had helped mediate this deal.

recalcitrant. By the spring of 1694, the Republic had agreed to, and given, nothing. According to Breuner, in response to his demands, the Republic sent him a list of troops promised them by the French king if an attempt was made to enforce payment; Breuner hoped that an allied naval force might bombard the republic into compliance (see below)[96] but Genoa's contributions still had not been resolved by the summer of 1694[97].

Unpaid contributions had long been a problem and were inevitably even more of one by early 1694[98]. This reflected both reluctance and real inability to pay, the latter exacerbated by disastrous harvests throughout Europe in 1693. Harvest failure in Italy was not on the scale of 1590/91, 1648/49, or 1763/64, but it seriously reduced the ability of the populations of the feudatory states and princes to pay rents, tithes, taxes and other levies[99]. Of course, arrears did not mean that the Emperor could not exploit these revenues: he could borrow against, or anticipate the unpaid contributions, assigning repayment of advances on them[100]. Nevertheless, the growth in arrears may help explain why the Emperor reduced the contributions demanded of some of the Italian vassals in 1693/94[101]. Others got away with no increase. During the 1694 campaign, with both the allies and Louis XIV largely inactive in Italy as elsewhere, Breuner went to Florence, to

96 ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 111 and doc. 120, van der Meer to Fagel, Turin, 19 March and 23 April 1694.

97 ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 134, van der Meer to Fagel, Turin, 2 July 1694.

98 Typically, most of the assessments for various fiefs owned by Genoese in the Monferrato for 1694 were dominated by unpaid sums from previous years: cf. ASTo, *Paesi di Nuovo Acquisto*, Tortonese, m. 4, Tassa dell'1694, Nota de Carichi dovuti da' diversi Cavaglieri Genovesi possidenti Beni nel Stato di Monferrato.

99 J. Marino, *Early Modern Italy*, p. 56; C. Storrs, *War, Diplomacy and the Rise of Savoy*, pp. 84-86.

100 ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Saint Thoma, Vienna, 19 August 1692. Some financiers were prepared to advance 50,000 ecus of 100,000 needed by the Imperial troops in return for assignations on the Italian winter quarters contributions.

101 The Emperor hoped that Spain might make up the shortfall: AGS, *E*, l. 3937, consulta of Council of State on Borgomanero to Carlos II, 4 February 1694, Vienna. Not surprisingly the Spaniards could not understand why they should fund other leaders of the coalition. Subsequently, too, the Emperor, at Breuner's suggestion, asked that Spain supply the Imperial troops with grain (from Naples, Sicily and Sardinia) and bear all the costs, with little effect: AGS, *E*, l. 3937, consulta of Spanish Council of State on Borgomanero to Carlos II, Vienna, 1 March 1694, and further consultas on similar request(s) from Count Lobkowitz. However, Carlos did grant the Emperor 100,000 escudos for his war against the Turks out of the levy of one tenth on clerical incomes recently granted by the Pope: AGS, *E*, l. 3937, consulta of Council of State, 2 November 1694.

negotiate the contributions of the Grand Duke: he secured agreement to pay 50,000 scudi, in effect the same as Cosimo had paid in both 1691/92 and 1692/93[102]. By relieving the burden in this way the Emperor might also head off the growing pressure, channeled through the Pope, for peace in Italy and the departure of the burdensome Imperial troops[103].

Discovering just how much was actually paid by the Italian feudatories during the Nine Years War is problematic. For one thing, there are few reliable figures. This is in part because of the fragmented Austrian Habsburg financial organization and the substantial arrears accumulated over the years (above)[104]. However, contemporaries were struck by the Emperor's new resource. In the spring of 1692, the Duke of Savoy expressed surprise at the general lack of preparedness of Leopold's troops, in view of the sums demanded of the Italian princes by Carafa[105]. Later that same year, it was suggested that Victor Amadeus might seek recompense out of those winter quarters for his own earlier advances (of provisions and so on) to the Imperial troops[106]. Not entirely surprisingly, perhaps, the Emperor's allies criticized the failure of Leopold's ministers and officials to make more effective use of the Italian contributions[107]. Indeed, in February 1693 the Emperor felt compelled to deny reports circulating in Madrid that 200,000 escudos of what he raised in contributions in Italy would be used to subsidize his war effort in Germany[108]. As far as his allies were concerned, Leopold had identified an invaluable new source of war revenues.

However, the Emperor, his generals and ministers were more impressed by the difference between what they received from the Italian feudatories and what the war in Italy in fact cost, as the Emperor's military expenditure

[102] F. HELLER (ed.), *Militärische Korrespondenz*, vol. 1, p. 14 and p. 23, Prince Eugene to Leopold, camp between Scalenga and Airasco, 22 July 1694, and camp near Cavour, 13 August 1694.

[103] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 141, van der Meer to Fagel, Turin, 3 September 1694. The Pope had complained to the Emperor at the quartering of troops in the fief of Masserano (see above): ASTo, *LM*, Austria, m. 26, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 20 April 1694.

[104] Cf. ASTo, *Paesi di Nuovo Acquisto*, Tortonese, m. 4, list of arrears owed for 1691, 1692, and 1693 by various places in the Genovesato in list prepared by the chief war commissary Severino Giorgio Pregh, April 1694.

[105] ASTo, *LM*, Olanda, m. 3, Victor Amadeus to de la Tour, Turin, 26 April 1692.

[106] ASTo, *LM*, Baviera, m. 12, Tarino to Victor Amadeus, Brussels, 1 October 1692.

[107] ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Saint Thomas, Vienna, 9 January 1693.

[108] Cf. ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Saint Thomas, Vienna, 10 February 1693.

soared in the 1690s[109]; from the winter of 1692/93 onwards, this was invariably put at about between 500,000 and 600,000 florins (perhaps as much as 375,000 scudi or taler)[110]. This gulf, contributing to the yearly deficit and to a larger accumulating debt[111], clearly concerned the Emperor and his ministers. Unable to obtain alternative extraordinary funds, such as subsidies similar to that given the Emperor and Max Emmanuel of Bavaria by William III in 1691 to send their troops to Italy, and facing pressing calls for men and money from other theatres (notably Hungary) Leopold might have to reconsider his contribution to the war in Italy. William was unwilling to subsidize the Emperor, but he could help in other ways. In 1695, for example, Leopold was able to negotiate a substantial loan in the Dutch Republic[112]. William could also ensure the dispatch of an English and Dutch fleet to Italian waters to put pressure on those Italian feudatories, Genoa and Tuscany, which were the best placed but the least willing to pay, and which were vulnerable because of their long coastlines to attack from the sea. While there were many other very good reasons for the dispatch of the Anglo-Dutch fleet to the Mediterranean, including the mounting of a combined land and sea invasion of Provence from Piedmont, the enforcement of the demands of the Emperor was another powerful factor. As early as the summer of 1692, Leopold approved the efforts of Count Lobkowitz, his minister in Madrid, to speed the departure of the intended Mediterranean squadron: it would both counter the efforts in Italy of Louis XIV's agents, and ensure payment of the winter quarters

[109] The Emperor's expenditure, the vast bulk of it driven by military spending, increased from just under 14,500,000 florins in 1690 to just over 18,000 in 1693 and just over 24,500,000 in 1695: J. BERENGER, *A propos d'un ouvrage récent: les finances de l'Autriche à l'époque baroque (1650-1740)*, in «Histoire, Economie, Société», 3, 1984, pp. 220-245, here p. 228. Cf. M. HOCHEDLINGER, *Austria's Wars*, pp. 34-39.

[110] This was the sum mentioned by Count Breuner to van der Meer in December 1692: ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 309, Victor Amadeus to Heinsius, Turin, 26 December 1692, and that given by Prince Eugene in the summer of 1694 for that year: F. HELLER (ed.), *Militärische Korrespondenz*, vol. 1, p. 27, Eugene to Leopold, camp at Cavour, 13 August 1694. At a conference of allied ministers in Vienna, in January 1693, called to discuss the war on the Rhine and in Piedmont, the shortfall was said to be 500,000 crowns: PRO, *SP*, 105, vol. 58, Stepney to Nottingham, Vienna, 21 January 1693. In late 1693, a state of the cost of the Imperial forces in Italy (totaling just under 15,000 men) totaled 1,784,145.33 scudi: cf. ASTo, *LM*, Austria, m. 26, Prie to Victor Amadeus, 13 November 1693, and accompanying document.

[111] J. BERENGER, *A propos d'un ouvrage récent*, p. 228.

[112] P.G.M. DICKSON - J. SPERLING, *War Finance*, p. 307.

demanded of Tuscany and Parma[113]. A year later, Victor Amadeus' minister in Vienna, Prie, urged that the naval squadron of the English admiral, Sir George Rooke, should spend the winter of 1693/94 in the Mediterranean: it could not only support any project that the Duke of Savoy might attempt against France, but it could also force both the Grand Duke of Tuscany and the Republic of Genoa to pay the contributions demanded of them, which they had so far evaded paying[114]. Two weeks later, during another conference in Vienna, in which the Emperor's efforts in Italy were criticized by his allies, Starhemberg justified a request that William and the Dutch send an additional 6,000 infantrymen to Italy by claiming that William had massive funds, whereas the Emperor was already giving 960,000 florins for the war in Italy; he claimed that the Italian princes would not give more until the allies deployed a fleet to coerce them[115]. These concerns undoubtedly reinforced the determination of William III and the Dutch to appear in force in the Mediterranean.

The appearance in the Mediterranean in strength at last of a powerful Anglo-Dutch fleet in the summer of 1694 does seem to have had some effect, because there was something of a breakthrough as far as the Republic of Genoa was concerned. The Genoese were already fearful of an allied attack on Savona and, perhaps, a bombardment of Genoa itself reminiscent of the French bombardment of 1684, before news reached them of Admiral Russell's being *en route* to Italian waters[116]. The Senate therefore set about improving Genoa's defenses and appealed for help to Louis XIV. At the same time, however, the oligarchs sent an agent to Milan to negotiate the many issues at stake between the Republic and the allies[117]. Since Louis was unable to fulfill his earlier promises to protect Genoa, in October 1694 the Republic agreed to pay the equivalent of 120,000 rixdollars in fulfillment

113 ADALBERT OF BAVARIA - G. MAURA GAMAZO, *Documentos ineditos*, vol. 2, p. 100, Emperor to Lobkowitz, Vienna, 2 August 1692.

114 PRO, *SP*, 105, vol. 59, fol. 279, Stepney to William Blathwayt (Secretary at War), Vienna, 2 September 1693.

115 PRO, *SP*, 105, vol. 59, fol. 307, Stepney to Blathwayt, Vienna, 16 September 1693. Little had changed by the spring of 1695 when the Savoyard minister in Vienna saw naval pressure on Genoa and Tuscany as the means to expand the resources available to the Emperor for the war in Italy: ASTo, *LM*, Austria, m. 26, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 11 May 1695.

116 ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 131 and doc. 134, Victor Amadeus to Fagel, Turin, 25 June and 2 July 1694.

117 L. AITZEMA, *Saken van Staet en Oorlogh in ende omtrent de Vereenigte Nederlanden*, 14 vols, The Hauge 1655-1671, vol. 4, p. 108 f.

of the winter quarters demanded for 1693/94 and 1694/95 (i.e. 60,000 for each of the two years)[118].

This was one indication that in 1694/95 the winter quarters of the Imperial troops were relatively easier to agree than in previous years, and that some at least of the Italian feudatories were becoming accustomed to paying something. As early as mid-October 1694, earlier than in past years, van der Meer was able to report that the winter quarters of the Imperial troops had been arranged as follows: the Duchy of Parma and the Duchy of Mantua would each contribute what they had in 1693/94; the Duchy of Modena was to provide 11,000 rations a day (fewer than in previous years), while the Monferrato would pay 60,000 pistoles[119]. The Grand-Duke of Tuscany was asked for, and paid, just under 50,000 ecus, much as in previous years[120]. There can be little doubt that most, probably all, of the recipients of the Imperial demands for contributions for winter quarters remained reluctant to pay; nevertheless, with Louis XIV effectively unable to use his forward positions at Casale and Pinerolo to support any real resistance, there was little that could be done.

3. *The End of the War in Italy 1696/97*

The contributions demanded of the Italian feudatories by the Emperor were an important element in the circumstances surrounding the end of the war in Italy in 1696. On the one hand, those demands[121] contributed to

[118] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 149 and doc. 153, van der Meer to Fagel, Turin, 8 and 29 October 1694; PRO, *SP*, *79* (Genoa), vol. 3, fol. 307, Kirk (English consul at Genoa) to Sir John Trenchard (Secretary of State), Genoa, 17 October 1694. Kirk related these developments to Genoese fears of the allied fleet.

[119] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 151, Victor Amadeus to Fagel, Turin, 15 October 1694. On the contributions of Mantua and Monferrato, cf. Also F. HELLER (ed.), *Militärische Korrespondenz*, vol. 1, p. 54 ff., Prince Eugene to Leopold, Milan, 17 November 1694.

[120] J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane*, p. 91.

[121] In January 1696 the Marchesi Scarampi were asked for a total of 746 scudi d'oro, including 208 for the 139 hearths in their fief of Vinchio (a rate of 1.5), and 537 for arrears: ASTo, *Langhe*, Miscellanea, LL, m. 1/40, printed order of Conte Francesco Mezzabarba Birago, with ms. additions detailing what is due from the Scarampi, Milan, 11 January 1696. This order includes references to similar ones in previous years: 23 February 1692, 2 January 1693, 6 March 1694, and 29 January 1695. In June 1696, Count Breuner demanded of Marchese Lodovico Dogliani (for his fief of Camerano) 70 scudi d'oro for the 47 hearths of his fief and 164 in arrears, a total of 234; he also demanded of the Marchese di Crescentino a total of 950 scudi d'oro, including 2,225 for his 150 hearths and arrears of 412: ASTo, *Materie d'Impero*, Contribuzioni, m. 2/41, Breuner to Dogliani, and Breuner

a growing unease at the revival of Imperial authority in Italy. That revival was demonstrated at the expense of Louis XIV's only real ally in Italy, Ferdinando Carlo Gonzaga, Duke of Mantua. In 1691, threatened by the forces of the Grand Alliance, the Duke of Mantua was obliged to formally acknowledge his neutrality; the following year, 1692, Leopold dispossessed Ferdinando Carlo of his Duchy of Guastalla, and of his lordships of Luzzara and Reggiolo, investing (1693) the Duke's cousin and Habsburg loyalist, Vicenzo de Gonzaga with them[122]. The Emperor's ambitions increasingly focused on securing Casale itself. In the winter of 1692/93, Leopold's peace demands included the cession to himself of Casale, the Duke of Mantua having supposedly forfeited his right to this Imperial fief by putting it into foreign hands without the Emperor's permission[123]; in 1695 the Emperor insisted that the allies in Italy besiege Casale, although William III and the Dutch insisted that priority be given to a land and sea assault on (Nice and) Provence (and perhaps Toulon) in conjunction with the Anglo-Dutch fleet then in the Mediterranean[124]. The Duke of Savoy, who had often urged in Vienna that greater efforts on his own behalf would further Imperial authority in Italy[125], and others inside and outside Italy, were in fact anxious about this real increase of Imperial power. As early as the summer of 1694 Victor Amadeus, concerned to prevent Casale (which was blockaded by the Allies) falling into the Emperor's hands, sought Leopold's agreement to the destruction of the fortifications of the place[126]. Subsequently,

to Marchese of Cescentino, Milan, both 2 June 1696. In May 1696, an Imperial agent, Picaluga, was sent to Genoa to urge the (continued) payment of the sums demanded: AGS, *E*, l. 3629, doc. 17, consulta of Council of State, 11 June 1696, on letter from D. Juan Albizu of 13 May 1696.

[122] Cf. Horric de Beaucaire, *Receuil des Instructions*, vol. 1, p. 303; PRO, *SP*, 105, vol. 59, fol. 220: Stepney to Blathwayt, Vienna, 19 August 1693.

[123] J.A. Wijnne (ed.), *Négociations de M. Le comte d'Avaux, ambassadeur extraordinaire a la Cour de Suede pendant les années 1693, 1697, 1698*, 3 vols, Utrecht 1882, vol. 1, p. 497, D'Avaux to Louis XIV, Stockholm, 18 November 1693.

[124] Cf. BL, Add. Mss, 46,558A, fol. 198-199, Risultato del consiglio di Guerra [held on 22 March 1695]. Leopold hoped that the Anglo-Dutch fleet might enforce his demands for contributions from the Genoese: BL, Add. Mss, 46,528A, fol. 103, Lexington to Blathwayt, Vienna, 27 July 1695.

[125] Cf. ASTo, *LM*, Austria, m. 25: Prie to Victor Amadeus, Vienna, 18 July 1692, and ASTo, *LM*, Austria, m. 27, Victor Amadeus to Leopold, Turin, 19 June 1694, urging the value of recovering Pinerolo from Louis XIV.

[126] ASTo, *LM*, Austria, m. 27, Victor Amadeus to Prie, Turin, 3 July 1694; PRO, *SP*, 8 (King William's Chest), vol. 15, doc. 37, Marquis of Galway (English envoy to Duke of Savoy) to William III, Turin, 3 July 1694.

however, the Duke of Savoy felt obliged to make a deal with the French king which should in effect tie the Emperor's hands. The capitulation for the surrender of the fortress and the demolition of its fortifications in the summer of 1695, following a secret agreement between Louis XIV and the Duke of Savoy which guaranteed the rights of the Duke of Mantua in and over Casale, prevented its passage to the Emperor[127]; a furious Leopold formally protested at the Imperial Diet but to little avail[128]. Many of the other Italian princes and states clearly shared the Duke of Savoy's concern: the surrender of Casale and the demolition of its fortifications prompted celebrations in Genoa, which were attributed by the Spanish envoy there to Genoese hatred of the «German» impositions[129].

On the other hand, the contributions demanded, or rather the amounts paid, were not sufficient to allow the Emperor to meet all his military commitments. Already in the winter of 1695/96, this was a matter of concern to Leopold's allies. According to William III's commander and envoy in Piedmont, the Marquis of Galway, with the winter quarters available to them in Italy, the Imperial troops should have fared well but did not; he thought that Prince Louis of Baden, who had arranged such matters so effectively in the Empire, should be consulted in order to resolve successfully an issue which – because of its importance in underpinning the Emperor's contribution to the war there – concerned all the allied leaders in Piedmont[130]. The Emperor's ability to extract contributions was not helped by the fact that following the departure of the Toulon fleet from the Mediterranean, and in expectation of a French invasion of England to restore the exiled King James II, Admiral Rooke was ordered home[131]. It would be difficult in the short term for the Anglo-Dutch fleet to co-operate in extracting the larger funds needed by the Imperial troops from the Italian princes, which, according to Galway (no doubt on the basis of conversations with

[127] Cf. BL, Add. Mss, 46,558A, fol. 243 ff., copy of capitulation, 11 July 1695.

[128] Cf. BL, Add. Mss, 46,528A, fol. 101, 103, 174, and 178, Lord Lexington (English envoy to Emperor) to Blathwayt, Vienna, 23 and 27 July 1695, 24 and 28 September 1695; BL, Add. Mss, 28,897, Famars to Ellis, Vienna, 27 July 1695, and BL, Add. Mss, 46,558B, fol. 9, copy of Imperial minister's protest at Diet, Ratisbon, 25 August 1695. The Savoyard minister in Vienna reported various Imperial designs to keep the Italian princes dependent and «contribuenti», and which depended in some part on Leopold holding Casale: ASTo, *LM*, Austria, m. 26, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 4 August 1695.

[129] AGS, *E*, l. 3629, doc. 117, D. Francisco Moles to Carlos II, Genoa, 22 July 1695.

[130] BL, Add. Mss, 46,539, fol. 95, Galway to Lexington, Turin, 28 and 31 January 1696.

[131] J. Ehrman, *The Navy in the War of William III, 1689-1697*, Cambridge 1953, pp. 546-553, pp. 575-580.

Eugene and other Imperial officers), had been the intention of Leopold's commanders[132].

One consequence of these developments was that Leopold could not contribute sufficient men[133] to ensure the success of the pet project of the Duke of Savoy, the siege of the French held fortress of Pinerolo. Victor Amadeus, therefore, decided to settle with Louis XIV, who was now ready to surrender Pinerolo (and to make other concessions), in order to end a war in Italy which prevented France from achieving victory on other fronts[134]. The secret deal between Victor Amadeus and Louis XIV was presented to the Duke's allies as a *fait accompli* in the summer of 1696, when the Imperial forces contributed just 13,500 men (11,000 infantry and 3,500 cavalry) to an allied force of just 35,000 facing a larger French army[135]. It was followed by frantic efforts on the part of the Duke's allies to increase their commitment to the war in Italy. William III, who was himself in financial difficulty[136], believed that the Emperor must contribute more troops in Italy, and that he could do it with the contributions from the Italian princes[137]. The Imperial commanders and ministers, increasingly hard pressed to finance the war effort[138] and needing to devote resources to the war in Hungary[139], saw things differently. As far as they

[132] Northamptonshire Record Office, *Shrewsbury/Buccleuch Papers*, vol. VII/115, Galway to Duke of Shrewsbury (Secretary of State), Turin, 17 March 1696. The Imperial Commissary General, Heisler, informed a conference of allied and Imperial ministers in March that (1) 300,00 rixdollars had been sent to Italy, and (2) the Imperial forces in Italy now totaled 11,500 (6,815 infantry and 4,685 cavalry): BL, Add. Mss, 46,530A, fol. 85 ff., Relation d'une conference, 13 March 1696.

[133] With the 1696 campaign about to start, the Imperial troops in Italy, who were still awaiting their recruits, were said to total just 8,000 of an allied total of 36-37,000: ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 254, Victor Amadeus to Fagel, Turin, 23 April 1696.

[134] Cf. G. Rowlands, *Louis XIV, Vittorio Amedeo II and French Military Failure in Italy, 1689-96*, in «English Historical Review», 115, 2000, 462, pp. 534-569, here p. 559 f.

[135] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 262, van der Meer to Fagel, Turin, 18 May 1696. In July 1696, it was calculated that the contributions of the Italian princes and feudatories paid for 12,000-13,000 Imperial troops: ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 279, van der Meer to Fagel, Turin, 16 July 1696.

[136] BL, Add. Mss, 34,504, fol. 228, William III to Heinsius, Nivelle camp, 27 July 1696.

[137] BL, Add. Mss, 34,504, fol. 229, William to Heinsius, Alteren camp, 30 July 1696.

[138] By late 1696, the pay of Eugene's army was two years in arrears: W.T. Morgan, *Economic Aspects of the Negotiations at Ryswick*, in «Transactions of the Royal Historical Society», 4th series, 14, 1931, p. 233.

[139] BL, Add. Mss, 46,528B, fol. 133-349, Lexington to Blathwayt, Vienna, 8 August 1696.

were concerned, the Duke of Savoy's volte-face would make it far harder than before to secure contributions from the Italian princes[140]. Leopold's commanders were right to fear the impact of Victor Amadeus' desertion of the allies on the willingness of the Italian feudatories to pay what was demanded of them: apparently the Duke of Savoy, or rather the marquis de Saint Thomas, urged the Genoese, and no doubt others, not to pay, declaring that this was the way to get the Imperial troops out of Italy[141]. Inevitably, this created a difficult position for the feudatories, caught once again between the opposing sides: in August 1696 Breuner threatened the Genoese agent, Mari, that if the Republic did not pay 100,000 escudos in cash the Imperial troops would exact payment by force[142], on the other hand Louis XIV was again urging non-payment on the Genoese[143].

The rest of the 1696 campaign in Italy was dominated by the negotiation of an armistice (Leopold being represented in the discussions by Count Mansfeld), and with it the departure from Italy of all foreign troops (those of Emperor Leopold, returning to 'Germany', and those of Louis XIV). This latter issue was complicated by the fact that the Imperial commanders refused to leave Italy without winter quarters payments for the present year (1696/97). Winter quarters in the Empire were already allocated whereas their departure would deprive those troops of quarters in Italy; the Emperor's troops would not leave Italy before receiving 300,000 pistoles[144]. This was a large sum and the difficulties anticipated in securing payment of it suggested to Galway, whose master William III wanted to continue the war in Italy, that the neutralization might still be prevented[145].

140 F. HELLER (ed.), *Militärische Korrespondenz*, vol. 1, p. 72 f., p. 94 f., Prince Eugene to Leopold, Turin, 7 June 1696, and Moncalieri, 1 August 1696.

141 AGS, *E*, l. 3629, doc. 40, D. Juan Antonio Albizu to Carlos II, Genoa, 7 August 1696. Apparently, Saint Thomas had written to a Genoese noble, Francesco Rivarolo.

142 AGS, *E*, l. 3629, doc. 43, consulta of Council of State, 11 October 1696, on letter from Albizu of 19 August. Albizu thought, and the Council of State agreed, that Leganes should intercede with Breuner on behalf of the Republic.

143 AGS, *E*, l. 3629, doc. 41 and doc. 42, D. Juan Antonio Albizu to Carlos II, Genoa, 2 and 16 September 1696. Louis XIV's minister was told that it would be difficult to stop the feudatories from paying contributions to their natural lord. Louis' minister also demanded that, in order to maintain its neutrality, the Republic should give the French the same sum, i.e., 30,000 pesos, which they had offered the Emperor. According to Albizu, the payment of 30,000 had been approved by Louis XIV early in the war.

144 ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 307, van der Meer to Fagel, Milan, 24 September 1696.

145 W. COXE, *Private and Original Correspondence of Charles Talbot, Duke of Shrewsbury*, London 1821, p. 310 f., Galway to Shrewsbury, camp at Pavia, 28 September 1696.

The treaty of Vigevano (7 October 1696), which formally ended the war in Italy, sought to overcome this difficulty: the Italian feudatories must pay 300,000 pistoles (equivalent to 300,000 doppie di Spagna), of which the Grand Duke of Tuscany must pay 75,000 pistoles and Genoa, Mantua, and Modena 40,000 each[146]. However, only 100,000 pistoles must be paid before the Imperial troops left Italy[147]. This was an important concession; however the Imperial generals were unwilling to go further and refused to depart without the 100,000 and guarantees regarding the payment of the remaining 200,000 pistoles[148]. The difficulties, which had dogged Imperial efforts to impose winter quarters in earlier years continued: typically the Republic of Genoa declared its quota too much[149]. Only following orders to Prince Eugene from Count Mansfeld, that his troops should start to leave the Milanese (and Italy) once they began to receive some money, and the payment of some (but not all) of the first tranche of 100,000 pistoles did the Imperial regiments depart[150]. By late November the Emperor's troops had all abandoned the Milanese, having apparently received the entire 300,000 pistoles, while the Duke of Savoy and the Marques de Leganes had agreed to stand as guarantors of the remaining 200,000 pistoles[151].

Before leaving Italy, the Imperial commanders and commissaries sought to encourage the feudatories to pay this last demand for winter quarters. Count Breuner promptly dispatched agents to the Italian feudatories urging speedy payment of their quotas, payment of which was to be completed by the end of December 1696, and Prince Eugene sent one of his captains to Genoa, seeking prompt payment of the Republic's quota of

[146] ASTo, *Materie d'Impero*, Contribuzioni, m. 2: Repartizione fatta sopra le 300,000 doppie di Spagna. This list, prepared by Breuner totaled only 291,123 doppie; the remaining 9,666 would be obtained from unspecified minor feudatories. These quotas are the same as those given for 1692 by S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano - Roma 1932, pp. 167-192.

[147] The text of the treaty is in R.D. HANDEN, *The Savoy Negotiations*, Appendix F.

[148] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 312, van der Meer to Fagel, Milan, 12 October 1696.

[149] Cf. ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 317, list of the quotas payable towards the first 100,000 pistoles.

[150] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 315 and doc. 316, van der Meer to Fagel, Milan, 19 and 22 October 1696. The Taff regiment was the first to go, heading for the territory of the Venetian republic via Pavia and Lodi.

[151] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 320, doc. 321, doc. 322, and doc. 327, van der Meer to Fagel, Milan, 29 October, 12 and 16 November, and 25 December 1696; W. COXE, *Private and Original Correspondence of Charles Talbot*, p. 311 f., Galway to Shrewsbury, 27 October 1696, Milan; ASTo, *LP*, *B*, m. 120, Breuner to [?], Milan, 1 October 1696.

40,000 doubloons (or pistoles). The Duke of Modena, the Duke of Parma and the Prince of Bozzola promptly paid part of their contribution[152], and the Genoese Republic agreed in October 1696 to send Marchese Mari to Milan, with powers to give 75,000 pesos; however, Genoa still hoped to have its quota reduced[153]. The second tranche of the 300,000 pistoles was due by the end of December 1696, but there was no sign of anything being paid just a few weeks before that date[154]; indeed, the Italian princes were questioning their obligation to pay[155]. Leopold did not give up all hope of these monies, writing to the Governor of Milan early in 1697 to ensure payment of the sums outstanding[156]. Leopold may have hoped in this way to trigger intervention by Spain's Army of Lombardy and the forces of the Duke of Savoy (guarantors of payment of the outstanding 200,000 pistoles). However, it was reported that if Carlos II's forces did enforce payment (as promised) on the Emperor's behalf, Louis XIV would aid the feudatories[157]. This would re-ignite the war in Italy. Few of those concerned welcomed such a prospect. Leopold, therefore, could do little other than hope to make good his claims at some future date[158].

4. *Conclusion*

From 1690, but above all from 1691, the Emperor kept in Italy a small but important portion of his forces[159]. As in the past, these troops demanded

[152] For the sums paid by Modena, Parma and Bozzola, cf. ASTo, *Materie d'Impero, Contribuzioni*, m. 2, Repartizione fatta sopra le 300,000 doppie di Spagna.

[153] AGS, *E*, l. 3629, doc. 51 and doc. 52, consulta of Council of State, 4 December 1696, on letter from Albizu to Carlos II, 28 October 1696.

[154] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 326, van der Meer to Fagel, Milan, 17 December 1696.

[155] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 326 and doc. 327, van der Meer to Fagel, Milan, 17 and 25 December 1696.

[156] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 337, van der Meer to Fagel, Milan, 9 February 1697. According to van der Meer, the Emperor assigned these sums, as yet uncollected, to Count Harrach, who was going to Madrid (via Milan) as his ambassador, in the hope that this would help Harrach win support there for the Austrian Habsburgs in the struggle for the Spanish succession: ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 330, van der Meer to Fagel, Milan, 12 January 1697.

[157] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 333, van der Meer to Fagel, Milan, 22 January 1697.

[158] However, Cosimo III paid 82,000 Milanese ecus in 1697 (having paid 41,000 in 1696), thus fulfilling his obligation (under the Treaty of Vigevano) to give 123,000 according to J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane*, p. 91, 93.

[159] In January 1692, the Imperial (and Bavarian) troops available to the Duke of Savoy were put at 13,000: PRO, *SP, 80* (Empire and Germany), vol. 17, fol. 230, Paget to Nottingham,

contributions for winter quarters from the Imperial feudatories, great and small, in north Italy. Securing those contributions was not always easy. Not surprisingly, the response was not enthusiastic, delaying a settlement: the Duke of Modena's contributions for 1692/93, for example, were not finally agreed until after the conclusion of the six months winter quarters period in May 1693. In their efforts to avoid payment, some of the feudatories looked for help to other Courts, including that of Spain, which shared some of the anxieties about the growth of Austrian Habsburg and Imperial power in Italy in the 1690s[160]. Inevitably, therefore, the Emperor sometimes had to use force to make good his demands. This was not popular with the feudatories or with Leopold's allies: the latter objected that the Emperor's troops spent too long in (and collecting) their winter quarters[161], that this distorted their priorities, and ultimately undermined Leopold's contribution to the allied war effort in Italy[162]. In 1692, Victor Amadeus was appointed supreme commander of the Emperor's forces by Leopold; however, it was made clear that the Duke of Savoy should not call those troops out of their winter quarters before they had completed the exaction of contributions, unless absolutely necessary[163]. Even when contributions were not problematic, the march of the Imperial troops from their winter quarters to Piedmont at the start of the campaign might take time, and delay the Spanish Army of Lombardy, which would not leave the Milanese until the Imperial troops had completed their passage. In 1694, for example, the Imperial troops only began to arrive in Piedmont (from their winter quarters) in May; the allied camp in Piedmont was not formed until

Vienna, 31 January 1692. Italy always took second place to Hungary, however. According to a list of the distribution of the Emperor's troops in July 1695, of a total of 97,931 Imperial troops in the Empire, Italy, Hungary, and Transylvania, just over half (49,588) were in Hungary, and less than a quarter (22,871) in Italy, the two largest contingents: BL, Add. Mss, 28,940, fol. 234.

[160] The Duke of Tursis, holder of two fiefs, Calize and Bepo for which contributions were demanded, and commander of a galley squadron in Spanish service sought Carlos II's intervention on his behalf to relieve this pressure, claiming that in the previous two years he and not his subjects had shouldered the burden: AGS, *E*, l. 3628, doc. 49, Leganés to Carlos II, Milan, 8 February 1695.

[161] In 1696, Galway thought that the delay of the Imperial troops in leaving their winter quarters might allow the French to take the initiative, invading Piedmont before the allies were ready to open the campaign: W. Coxe, *Private and Original Correspondence of Charles Talbot*, pp. 283-285, Galway to Shrewsbury, Turin, 25 February 1696.

[162] Cf. ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 182, van der Meer to Heinsius, Turin, 6 October 1691.

[163] ASTo, *LM*, Austria, m. 25, Prie to Victor Amadeus, Vienna, 20 March 1692.

late July[164]. More contributions might have been secured if, for example, the English fleet – and those of Spain and the Dutch – had been able to put greater pressure on some of those feudatories, as the Emperor hoped; unfortunately for the Allies their naval presence in the Mediterranean (and above all in Italian waters) during the Nine Years War was fitful.

Nevertheless, and not least because the only prospect of real military resistance, aid from Louis XIV, proved a broken reed as the war went on, most feudatories paid something. It has been calculated that the Grand Duchy of Tuscany contributed about 400,000 Milanese ecus or lire between 1691/92 and 1696/97, and that paying this amount contributed substantially to the growing indebtedness of the Medici state[165]. Thus, although not combatants, these Italian states did share some of the burden of the Nine Years War. Their contributions helped offset, though not completely, the cost of the Emperor's campaigning in Italy, and were recognized by all concerned as crucial to the allies' war effort in Italy[166]. Those contributions also supported the troops, which ensured that Imperial authority in Italy was made more effective for the first time in half a century. This was most obviously true in the case of the Duke of Mantua, a French client since at least 1681. As we have seen, the Duke of Savoy regarded these developments with concern; his efforts in 1695 and 1696 to put a brake on the Emperor's renewed authority and real power in north Italy effectively ended the war in Italy and temporarily (until 1701) expelled Imperial troops from there. Not surprisingly, there was a hint in the 1690s of the later clash, in the War of the Spanish Succession, between Emperor and Pope as the latter took the lead among the Italian states in forming a coalition to get rid of the Germans and their demands[167].

As early as the autumn of 1691, it was suspected in Turin that Carafa had been sent to Italy not to carry the war against Louis XIV into France but to make a reality of Imperial claims on the Italian princes and to oblige them to give money, a view widely held in allied circles[168]; a year later the Dutch commissary suggested that the events of 1692 (he was no doubt

[164] PRO, *SP*, 8, vol. 15, doc. 10, Galway to William Turin, 18 May 1694; ASTo, *LM*, Olanda, m. 4, Saint Thomas to de la Tour, Turin, 19 June and 24 July 1694.

[165] J.-C. WAQUET, *Le Grand-Duché de Toscane*, pp. 88-96.

[166] Cf. AGS, *E*, l. 3083, Duke of Osuna, in Spanish Council of State, consulta of 15 February 1693.

[167] ARAH, *SG*, b. 8644, doc. 141, van der Meer to Fagel, Turin, 3 September 1694.

[168] ARAH, *SG*, b. 8643, doc. 182, van der Meer to Heinsius, Turin, 6 October 1691.

thinking of the Imperial reluctance to take winter quarters in Dauphine) showed that the Emperor's only concern was to establish his own authority in Italy[169]. Whether that had been Leopold's intention from the start or not, the war had certainly revealed that Imperial authority might be reasserted in Italy, underpinned by armed might that was in large part paid for by the Italians themselves: this may have underpinned the Emperor's desire to secure Casale. Following the conclusion of the war, one of those most involved in levying winter quarters in Italy between 1691 and 1696, Count Breuner, suggested to Leopold that he continue to exact these contributions; they could, he suggested fund an Imperial army in Italy[170]. This suggestion was not acted upon, but it is arguable that the experience gained in the 1690s contributed greatly to the fact that in the War of the Spanish Succession, far greater sums were demanded by both Leopold and by his son and successor Joseph I, who completed the task, begun in the Nine Years War, of making Austrian Habsburg and Imperial authority effective once again in north Italy[171].

169 VAN DER HEIM, *Het archief*, vol. 1, p. 220, van der Meer to Heinsius, Turin, 12 July 1693.

170 ASTo, *Materie d'Impero, Contribuzioni Imperiali*, m. 2/43. If it was correct that those contributions would support an army of as many as 13,000 men, this compared favorably with the forces of most of the Italian states, including the Duke of Savoy (whose peacetime army before 1690 had totaled less than 10,000) and more or less equaled the field army sent to Piedmont each year from Spanish Milan during the Nine Years War: cf. C. STORRS, *War, Diplomacy and the Rise of Savoy*, p. 23-24, and C. STORRS, *The Army of Lombardy and the Resilience of Spanish Power in Italy in the Reign of Carlos II (1665-1700) Part One*, in «War in History», 4, 1997, pp. 371-397, here p. 388. The listing of fiefs in 1696 ought to be considered in the same context: cf. M. SCHNETTGER, *Zwischen Spanien, Frankreich und dem Kaiser*, p. 214.

171 Cf. ASTo, *Corti Stranieri*, Parma and Piacenza, m. 1/8, Articoli concordati tra il Signore Marchese di Prie come plenipotenziario di S.M. Cesarea in Italia ... E [il] deputato da S.A.S. Il Duca di Parma ..., Piacenza, 14 December 1706. Unfortunately, agreements of this sort, giving details of the amount agreed and how it is to be raised, hardly survive for the earlier conflict.

II

L'ombra dell'Impero: l'Impero e gli stati italiani / Der Schatten des Reiches: Das Reich und die italienischen Staaten

Reichsstadt oder souveräne Republik? Genua und das Reich in der Frühen Neuzeit

von *Matthias Schnettger*

Im Rahmen der Geschichte Reichsitaliens in der Frühen Neuzeit stellt Genua ein besonders spannendes Fallbeispiel dar. Entwickelten sich die Beziehungen der Republik zu Kaiser und Reich doch so konfliktreich, wie ein Historiker, der sein Interesse im allgemeinen mehr auf Konflikte denn auf harmonische Entwicklungen zu richten pflegt, sich das nur wünschen kann. Das bedeutet nicht, daß es zu spektakulären Waffengängen gekommen wäre – im Gegenteil: Zu keiner Zeit wurde der Konflikt zwischen den beiden Seiten wirklich ausgetragen. Als grundlegender Dissens war er jedoch in der gesamten Frühen Neuzeit faßbar, wobei er sich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts deutlich zuspitzte.

Wenngleich der angesprochene Konflikt kaum das Interesse einer traditionellen, auf aufsehenerregende Haupt- und Staatsaktionen fixierten diplomatiegeschichtlichen Forschung zu erregen vermochte, so ging es bei ihm doch keineswegs um Quisquilien: Umstritten war nämlich die für Genua ganz zentrale Frage, ob und inwieweit die Republik überhaupt ein Bestandteil Reichsitaliens war oder sich der vollen Souveränität erfreute – ein Konflikt, der durchaus Parallelen zum Fall der Toskana aufweist[1].

Die folgenden Ausführungen sollen zeigen, daß die von Kaiser und Reich beanspruchten Rechte die gesamte Frühe Neuzeit hindurch ein ernstzunehmendes Problem für die Republik Genua und ihr Selbstverständnis darstellten. Der erste Abschnitt skizziert, wie unterschiedlich schon im 16. und frühen 17. Jahrhundert, in einer Zeit, als die formale Zugehörigkeit Genuas zum Reichsverband noch weithin unbestritten war, die Reichweite dieser Zugehörigkeit interpretiert wurde. Der zweite Teil stellt dar, wie Genua in den 1630er Jahren jeder auch nur formalen Oberhoheit von Kaiser und Reich eine radikale Absage erteilte. Der dritte Teil schließlich skizziert, wie sich im späten 17. und im 18. Jahrhundert das Problem, daß Genua die volle Souveränität beanspruchte, Kaiser und Reich aber nach

[1] Vgl. den Beitrag von A. Contini in diesem Band.

wie vor an ihren Oberhoheitsansprüchen festhielten, in der praktischen Politik stellte und wie man damit umging[2].

1.

Blickt man in die Korrespondenz zwischen der Republik und den frühneuzeitlichen römisch-deutschen Kaisern von Karl V. bis Ferdinand II., erscheint die Frage der Zugehörigkeit Genuas zum Reich klar zu beantworten: Wurde es doch von den Reichsoberhäuptern grundsätzlich als «civitas et camera imperialis», als Reichsstadt also, angesprochen[3]. Überdies ließ es sich mit schöner Regelmäßigkeit seine kaiserlichen Privilegien erneuern. Zudem war auf den genuesischen Münzen die sich auf das Münzprivileg Konrads III. von 1138 beziehende Inschrift «Conradus Rex» zu lesen[4].

Sieht man jedoch genauer hin, so stellt sich die Situation weniger eindeutig dar, als sie auf den ersten Blick erscheint. Eines der genannten kaiserlichen Privilegien, dasjenige Karls V. vom 1. November 1536, bestätigte alle Freiheiten, Rechte und Immunitäten der Republik, kurz: ihre *libertas*, in umfassender Form[5]. Was aber war unter dieser *libertas* zu verstehen?

[2] Dieser Beitrag faßt die Ergebnisse meiner Studie *Principe sovrano oder civitas imperialis? Die Republik Genua und das Alte Reich in der Frühen Neuzeit (1556-1797)*, Mainz 2006, zusammen.

[3] Siehe etwa die verschiedenen Schreiben römisch-deutscher Kaiser und Römischer Könige an die Republik in Archivio di Stato di Genova (künftig ASGe), *Archivio Segreto* (künftig *AS*), 2777, z.B.: Karl V. an Genua, Valladolid, 1522 Oktober 2: «Magnificis Honorabilibus, spectabilibus Comuni Genuae civitatis nostrae imperialis, fidelibus nobis dilectis»; Ferdinand I. an Genua, Regensburg, 1532 Juni 21.

[4] Ein vom Anfang des 17. Jahrhunderts datierender Bericht über Genua nahm die Gestaltung der Münzen als wichtigen Beleg für die Reichshoheit über Genua. F. BRAUDEL, *Gênes au début du XVIIe siècle*, in *Fatti e idee di storia economica nei secoli XII-XX. Studi dedicati a Franco Borlandi*, Bologna 1977, S. 457-479, hier S. 462. Auf den Münzen findet sich zwar ein «Conradus II rex Romanorum», die Inschrift bezieht sich aber auf den Staufer Konrad III.

[5] «... de plenitudine Imperialis nostrae potestatis ... per presentes approbamus, & confirmamus ipsam Rempublicam Genuensem ejusque praesentem statum & libertatem ...». [H.Ch. von SENCKENBERG] *Imperii Germanici Ius ac Possessio in Genua Ligustica eiusque ditionibus. A primis originibus usque huc repetita ac vindicata fide monimentorum tum impressorum, tum anecdotorum praecipue, quorum codicillus adiectus est. Additis tabulis aeneis ac indice. Coronides vice iunximus 1) Petri Bapistae Burgi de Dominio Reipublicae Genuensis in Mari Ligustico, Tractatum. 2) Anonymi Dissertationem de rescindendo Contractu Finariensi, cum vindiciis Iurium Imperii. 3) Andreae de Andreis ejusdem argumenti libellum*, Hannover 1751, S. 300-303, hier S. 302; Regest in P. LISCIANDRELLI, *Trattati e negoziazioni politiche della*

Nach der Auffassung führender kaiserlicher Minister unterschied sich die genuesische *libertas* nicht grundlegend von derjenigen der deutschen Reichsstädte. Im genuesischen Verständnis ging es hingegen um eine viel weitergehende Freiheit, die Kaiser und Reich nicht mehr als eine rein formale Oberhoheit beließ und insbesondere ein Eingreifen in die inneren Verhältnisse der Republik und die Ausübung der Gerichtsbarkeit über sie und ihre Untertanen ausschloß[6].

Aus dem grundlegenden Dissens zwischen dem Kaiserhof und Genua über das Wesen der genuesischen *libertas* heraus erklärt sich unter anderem die Heftigkeit des Konflikts in der Finale-Affäre seit 1558[7]. Damals hatte die Republik nach einem Aufstand der Finalesen gegen ihren angestammten Marchese aus dem Haus Del Carretto die Gelegenheit genutzt, die ligurische Markgrafschaft, auf die sie eigene Rechte geltend machte, zu besetzen. Nach einigem Hin und Her jedoch verurteilte Kaiser Ferdinand I., der seinerseits die Lehnshoheit über Finale beanspruchte, 1561 die Republik zur Räumung des Lehens. Diese weigerte sich jedoch, auch nur das entsprechende Dekret entgegenzunehmen, sondern richtete statt dessen einen wenn auch vergeblichen Appell an den Papst. Auch ein Reichsherold,

Repubblica di Genova (958-1797). Regesti. Con prefazione di Giorgio Costamagna, Genova 1950, S. 194. Vgl. A. PACINI, *La Genova di Andrea Doria nell'Impero di Carlo V*, Firenze 1999, S. 312 f. In demselben Privileg stellte Karl V. überdies den genuesischen Dogen in zeremonieller Hinsicht den «alii duces» Italiens gleich.

6 Vgl. A. PACINI, *La Genova*, S. 302 f. Grundsätzlich zu dieser Problematik: R. CIASCA, *Affermazioni di sovranità della Repubblica di Genova nel secolo XVII*, in «Giornale storico e letterario della Liguria», NF, 14, 1938, S. 81-91, 161-181; DERS., *La Repubblica di Genova «testa coronata»*, in *Studi in onore di Amintoro Fanfani*, Bd. 4: *Evo moderno*, Milano 1962, S. 289-319.

7 Die Finale-Affäre der Jahre ab 1558 hat verhältnismäßig starke Aufmerksamkeit seitens der Forschung gefunden. Allerdings richtet sich das Interesse zumeist mehr auf die Geschichte der Ursprünge der spanischen Herrschaft über Finale als auf den hier in erster Linie interessierenden Konflikt zwischen Kaiser und Reich auf der einen und der Republik Genua auf der anderen Seite. Vgl. E. MARENGO, *Alfonso II Del Carretto Marchese di Finale e la Repubblica di Genova*, in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», 46, 1917, S. 3-141; J.L. CANO DE GARDOQUI, *La incorporación del Marquesado del Finale (1602)*, Valladolid 1955; M. GASPARINI, *La Spagna e il Finale dal 1567 al 1619*, Bordighera 1958; E. LUCCHINI, *Genova e Finale nella seconda metà del sec. XVI*, in «Rivista ingàuna e intemelia», 34-35, 1979-1980, S. 46-57; F. EDELMAYER, *Maximilian II., Philipp II. und Reichsitalien. Die Auseinandersetzungen um das Reichslehen Finale in Ligurien*, Stuttgart 1988; R. DE ROSA, *La controversia tra Genova e la Spagna per il Finale*, in «Atti della Accademia ligure di scienze e lettere», 53, 1996, S. 395-406; sowie R. MUSSO, *Finale e lo Stato di Milano (XV-XVII secolo)*, in A. BISLENGHI u.a., *Storia di Finale*, Savona 1998, S. 125-166. Die reichspolitische Dimension des Konflikts wird beleuchtet bei E. LAUBACH, *Ferdinand I. als Kaiser. Politik und Herrscherauffassung des Nachfolgers Karls V.*, Münster 2001, S. 657-660.

den Ferdinand im Frühjahr 1562 nach Genua schickte, um das Urteil zu verkünden, mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen[8].

Diese unübersehbare Mißachtung seiner Jurisdiktionsansprüche nahm der Kaiser nicht unwidersprochen hin, sondern strebte die Exekution gegen die *Superba* an. Da ihm jedoch eigene Machtmittel in Italien fehlten, sah er sich genötigt, sich an seinen Neffen, den spanischen König, um Hilfe zu wenden. Philipp II. hatte jedoch kein Interesse daran, gegen die für sein Reich so wichtige Republik vorzugehen – und auch nicht an einer Stärkung des kaiserlichen Einflusses in Italien, über das er selbst ein allgemeines Reichsvikariat (Generalvikariat) anstrebte[9]. Als Ferdinand sich aber anschickte, über Verbindungen zu einem in toskanischen Diensten stehenden Mitglied des alten Dogen-Geschlechts der Fregoso einen Umsturz in Genua zu betreiben[10], sah sich Philipp II. dann doch zum Eingreifen genötigt. Sein Gesandter vermittelte einen Vergleich, gemäß dem sich die Republik im konkreten Fall zwar dem Richterspruch des Kaisers unterwarf und Finale wieder räumte. Die Untersuchung der Ansprüche Genuas auf das Lehen wurde jedoch dem Katholischen König aufgetragen. Zugleich wurde festgehalten, daß weder durch das kaiserliche Urteil noch durch die Tatsache seiner Nichtannahme noch durch die Räumung Finales die Rechte des Reiches oder der Republik in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden sollten. Damit wurde die Grundfrage der kaiserlichen Jurisdiktion über Genua in der Schwebe gehalten[11].

[8] Siehe den ausführlichen Bericht des Reichsherolds Johannes Francolin über seine gescheiterte Mission an Ferdinand I. in Archivio di Stato di Milano (künftig ASMi), *Feudi Imperiali*, 249, Milano, 1562 April 8, eine leicht abweichende Variante auch in Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (künftig HHStA), *Judicialia latina*, 199. Vgl. F. EDELMAYER, *Maximilian II.*, S. 12.

[9] Zu den vergeblichen Bemühungen Philipps II. um das Generalvikariat über Italien vgl. E. LAUBACH, *Ferdinand I.*, S. 653-660.

[10] HHStA, *Judicialia latina*, 199, Obligatio Aurelio Fregosos ‹super reductione civitatis Genuae ad obedientiam›, Freiburg i.Br., 1563 Januar 5; Aurelio Fregoso an Ferdinand I., Freiburg i.Br., 1563 Januar 3.

[11] Wie ernst der Kaiserhof dieses Problem nahm, geht auch daraus hervor, daß es mehrerer Überarbeitungen bedurfte, bis Ferdinand I. schließlich der «formula orationis habendae per oratorem Genuensem tertio correcta exhibita per Don Martinum della Nuzza 17 decembri 1563» (HHStA, *Judicialia latina*, *199*) zustimmte. Seine Verstimmung über die Republik macht auch der Befehl deutlich, daß seine auf dem Weg nach Spanien befindlichen Enkel, die Erzherzöge Rudolf und Ernst, lieber ihre Reise abbrechen als sich in Genua einschiffen sollten: «... im fal, da etlich die sachen woltn dahin dirigiern, das maine khinder auf Genua ziehen soltn, des ich mich doch nit versich, so wellet solliches khaneswegs nit geschtatn, sonder ehe die gantz ras unterwegn lassen mit der inbarcation, als sie zu Genua inwarquiern». Ferdinand I. an Adam von Dietrichstein, Preßburg, 1563 November 8, in

Daß man in diesem Punkt an der Riviera überaus empfindlich blieb, zeigt das Unbehagen, mit dem man dort auf die Entsendung kaiserlicher Kommissare im Zusammenhang mit den innergenuesischen Auseinandersetzungen 1575/76 reagierte[12]. Zwar beteuerte Kaiser Maximilian II., keinesfalls gegen die *libertas* der Republik handeln zu wollen[13], und er konnte, anders als bei vergleichbaren Streitigkeiten in deutschen Reichsstädten, bei der Beilegung des Konflikts auch keine entscheidende Rolle spielen. Dadurch daß seine Kommissare neben dem päpstlichen Nuntius und den spanischen Gesandten an der Vermittlung eines Vergleichs zwischen altem und neuem Adel (*Vecchi* und *Nuovi*) beteiligt waren, erhielt er seinen Anspruch auf Mitsprache in den Angelegenheiten der Republik aber aufrecht[14].

Dort, wo es um unbestrittene Reichslehen ging, wie etwa im Konflikt mit Scipione Fiesco über die 1547 der Republik zugefallenen ehemaligen Fieschi-Lehen Montoggio, Varese und Roccatagliata, erkannte die *Superba* hingegen, wenn auch im genannten Fall zunächst höchst widerwillig, die kaiserliche Jurisdiktion an[15]. Der Tatsache, daß das Reichsoberhaupt «dominus direc-

A. STROHMEYER (Bearb.), *Die Korrespondenz der Kaiser mit ihren Gesandten in Spanien*, Bd. 1: *Der Briefwechsel zwischen Ferdinand I., Maximilian II. und Adam von Dietrichstein 1563-1565*, Wien 1997, S. 135-137, hier S. 136.

12 ASGe, *AS*, 1849, Nr. 68, fol. 40'-41, Weisung an Giorgio Giorgi, Genua, 1575 Juni 14. Vgl. auch [H.Ch. VON SENCKENBERG] *Imperii Germanici Ius*, S. 149 f., hinsichtlich der Schwierigkeiten wegen des Titels «Kommissare».

13 ASGe, *AS*, 2526, Giorgio Giorgi an die Serenissimi Collegi, Prag, 1575 Juli 3.

14 Vgl. allgemein zu dem Konflikt und seiner Beilegung C. COSTANTINI, *La Repubblica di Genova nell'età moderna*, Torino 1978, S. 101-152; E. NERI, *«Quietud, conformidad y libertad». La Spagna e la crisi politico-istituzionale genovese del 1575*, Milano 1990; R. SAVELLI, *La pubblicistica politica genovese durante le guerre civili del 1575*, in «Atti della Società Ligure di Storia Patria», NF, 20, 1980, S. 82-105; DERS., *La Repubblica oligarchica. Legislazione, istituzioni e ceti a Genova nel Cinquecento*, Milano 1981.

15 Daß Genua sich zunächst gegen die Aufnahme eines Reichshofratsprozesses sträubte, kann nicht verwundern, denn die Republik, die im Besitz der umstrittenen Lehen war, konnte dadurch nur verlieren. Als die Anzeichen für einen günstigen Prozeßausgang sich mehrten, änderte sich die genuesische Haltung. Für Genua setzte sich nicht zuletzt auch Spanien nachdrücklich ein. Siehe etwa: Minuta de la instruccion que se dió al Conde de Monteagudo, Madrid, 1570 Januar 12, in *Colección de documentos inéditos para la historia di España*, Bd. 110, Madrid 1894, Nachdruck Vaduz 1966, S. 1-14, hier S. 12, wo darauf hingewiesen wird, daß eine Entscheidung zugunsten Fiescos «seria en daño de mis [Philipps II.] cosas y de la República de Génova, cuya parte habeis de favorescer en cuanto á esto ni más ni ménos que la mia, porque en efecto el negocio é interés es todo uno y dependiente de un principio». Zu diesem Fall vgl. auch A. SISTO, *I feudi imperiali del Tortonese (Sec. XI-XIX)*, Torino 1956, S. 62, 66, 68. Der Prozeßverlauf wird dokumentiert durch das Prozeßprotokoll in HHStA, *Judicialia latina, 216*.

tus» der kleinen Lehen war, trug die Republik aber auch Rechnung, als sie sich in den 1590er Jahren auf kaiserlichen Befehl aus den Lehen San Stefano und Sassello, die sie bereits besetzt hatte, notgedrungen wieder zurückzog[16]. Umgekehrt bemühte sich Genua unter anderem auch mit reichsrechtlichen Mitteln, einen Übergang ligurischer Lehen in die Hand des Herzogs von Savoyen zu verhindern oder sie ihm wieder abzujagen[17].

Überhaupt erscheinen die Beziehungen zwischen Genua und dem Reich zu dieser Zeit nicht durchgehend und in jeder Beziehung als gespannt. Vielmehr dokumentierte die Republik ihre besondere Verbundenheit mit dem *Sacrum Imperium* dadurch, daß regelmäßig zur Wahl eines Römischen Königs oder Kaisers nicht nur Feierlichkeiten in Genua stattfanden[18], sondern auch eine Gratulationsgesandtschaft über die Alpen geschickt wurde, zu deren Aufgaben es, wie bereits angedeutet, auch gehörte, neben den Investituren für die kleinen Reichslehen, die die Republik seit der Mitte des 16. Jahrhunderts erworben hatte, auch die kaiserlichen Privilegien erneuern zu lassen, in denen man ein Unterpfand für die genuesische *libertas* sah[19]. Überdies leistete Genua mehrfach ansehnliche Subsidienzahlungen an den Kaiserhof, und zwar nicht nur als Türkenhilfe[20], sondern auch als Unterstützung im Kampf gegen die «Häretiker» in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges[21]. Allerdings geschahen diese Zahlungen oft nicht

[16] Vgl. zu San Stefano A. ROCCATAGLIATA, *Annali della Repubblica di Genova dall'anno 1581 all'anno 1607*, hrsg. von V. CANEPA, Genova 1873, S. 154 f., 158-160; zu Sassello M. GARINO, *Storia di Sassello*, Genova 1964, S. 269-291.

[17] So im Fall von Oneglia. Siehe etwa ASGe, *AS*, 2527, Instruktion der Serenissimi Collegi für Nicolò Spinola, Genua, 1576 Juni 4.

[18] Die Feierlichkeiten anläßlich der Wahl Rudolphs II. 1575 dauerten drei Tage. ASGe, *AS*, 1850, Nr. 7, fol. 14-15', die Serenissimi Collegi an die genuesischen Gesandten in Spanien, Genua, 1575 Dezember 13.

[19] Siehe etwa ASGe, *AS*, 2715, Instruktion für Costantino Pinelli, Genua, 1620 Juni 19.

[20] Beispielsweise im sogenannten «Langen Türkenkrieg» 1593-1606. Vgl. J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg» Kaiser Rudolfs II. (1593-1606)*, Wien 1993, S. 437 f.; G.L. PODESTÀ, *Genova e l'Impero. Alcune riflessioni sui rapporti tra la Repubblica di Genova e gli Asburgi d'Austria tra Cinque e Seicento*, in M. CATTINI - M.A. ROMANI (Hrsg.), *Omaggio ad Aldo Maddalena. Per gli ottant'anni di un maestro amico*, Roma 2000, S. 147-154.

[21] So fühlte sich Ferdinand II., als er der Republik über den Sieg am Weißen Berge (8. November 1620) berichtete, bewogen, darauf hinzuweisen, daß dieser Triumph auch durch die genuesische Unterstützung ermöglicht worden sei, ASGe, *AS*, 2777, Ferdinand II. an Genua, Wien, 1620 November 28. Der Sieg wurde in Genua mit Pontifikalamt, Tedeum und Freudenfeuern gefeiert, ASGe, *AS*, 475, fol. 70, Auszug aus dem *Ceremoniale* der Republik für 1620 Dezember 19.

uneigennützig, sondern etwa um eine zeremonielle Aufwertung[22] oder die kaiserliche Zustimmung zur Erwerbung eines ligurischen Reichslehens[23] zu erreichen.

2.

In den 1630er Jahren wurde in Genua, wie gesagt, das Bestreben nach einer größeren Distanz vom Reich unübersehbar. Dafür war ein ganzes Bündel von Ursachen verantwortlich. Zum ersten ist zu nennen ein aus einer Kombination innerer und äußerer Faktoren seit der Mitte der 1620er Jahre – Vacchero-Verschwörung, spanischer Staatsbankrott 1627, Zuccarello-Krieg – resultierendes Krisengefühl. Dieses fand seinen Niederschlag im Bestreben einflußreicher Teile der genuesischen *nobiltà*, einerseits an die frühere Größe der Republik anzuknüpfen und andererseits auf eine größere Distanz zur spanischen Schutzmacht zu gehen[24]. Und die kritischere Haltung gegenüber den spanischen Habsburgern mochte auch eine Entfremdung von ihren deutschen, die Kaiserkrone tragenden Verwandten implizieren.

[22] So wurde Rudolph II. nicht zuletzt durch die Türkenhilfe des Jahres 1592/93 bewogen, dem genuesischen Dogen 1594 die Anrede «Illustrissimus» zu gewähren. ASGe, *AS*, 2535, Lelio Costa an die Serenissimi Collegi, Prag, 1594 März 22; ASGe, *AS*, 1867, Nr. 264, fol. 123'-124', die Serenissimi Collegi an Lelio Costa, Genua, 1594 April 9. Allerdings achtete man darauf, die Form zu wahren. Beispielsweise wurde im September 1593 der genuesische Agent Costa angewiesen, dem Kaiser mitzuteilen, daß die Türkenhilfe nunmehr beschlossen sei, die Titelfrage aber nicht sogleich zur Sprache zu bringen, ASGe, *AS*, 1867, Nr. 224, fol. 104', die Serenissimi Collegi an Lelio Costa, Genua, 1593 September 25.

[23] Die in der Anfangsphase des Dreißigjährigen Krieges geleisteten Zahlungen dienten nicht zuletzt dazu, den Kaiser einem Verkauf des Reichslehens Zuccarello an die Republik geneigt zu stimmen. Siehe etwa ASGe, *AS*, 2719, Schlußrelation des genuesischen Gesandten Costantino Pinelli, 1620 November 16, sowie ASGe, *AS*, 2715, Instruktion für Giovanni Francesco Scaglia, Genua, 1621 Februar 1.

[24] Die Literatur zu der Krisenstimmung seit den 1620er Jahren und ihren Folgen ist umfangreich. Hier seien nur einige der wichtigsten Titel genannt: C. BITOSSI, *Un lungo addio. Il tramonto del partito spagnolo nella Genova del '600*, in *La Storia dei Genovesi*, Bd. 8: *Atti del convegno di studi sui ceti dirigenti nelle istituzioni della Repubblica di Genova, Genova 10-11-12 giugno 1987*, Genova 1988, S. 119-135; DERS., *Il governo dei magnifici. Patriziato e politica a Genova fra Cinque e Seicento*, Genova 1990, S. 193-198, 207-210, 217-233; C. COSTANTINI, *Politica e storiografia: l'età dei grandi repubblichisti*, in *La letteratura ligure. La Repubblica aristocratica (1528-1797)*, Tl. 2, Genova 1992, S. 93-135; DERS., *La ricerca di un'identità repubblicana nella Genova del primo seicento*, in C. BITOSSI et. al, *Dibattito politico e problemi di governo a Genova nella prima metà del Seicento*, Genova 1975, S. 9-74.

Wichtiger aber war, daß die Oberhoheitsansprüche des Reiches als ein gravierendes Hindernis in dem Streben nach neuer Größe der Republik erschienen. Denn um mit den vornehmsten Nationen der Welt wetteifern oder gar über sie triumphieren zu können, wie das eine zeitgenössische Druckschrift beanspruchte[25], reichte es nicht mehr aus, sich auf die *libertà* der Republik zu berufen: Es ist kein Zufall, daß um diese Zeit neben dem Begriff der *libertà* zunehmend derjenige der *sovranità* in den Quellen erscheint.

Gerade im 17. Jahrhundert war es nötig, daß sich die (beanspruchte) Größe eines Potentaten auch äußerlich sinnfällig in seinem Rang und im Zeremoniell niederschlug. Hier aber gab es für die Republik Genua ein gravierendes Problem: 1630 hatte Papst Urban VIII. auf Betreiben seiner Nepoten als Reaktion auf die seit Jahrzehnten andauernde schleichende Titelentwertung ein Dekret erlassen, das die Position der Kardinäle sicherzustellen suchte, indem es die Titelfrage am päpstlichen Hof neu regelte: Danach sollten von nun an sämtliche Kardinäle den Eminenz-Titel führen (mit Ausnahme derer aus königlichem Haus, die wie bisher als Hoheit/ *Altezza* angeredet wurden) und sämtlichen Fürsten mit Ausnahme der Könige im Rang vorangehen[26]. Das bedeutete implizit eine Herabstufung der nichtköniglichen Fürsten, die für diese um so gravierender war, als die Neuregelung nicht irgendeinen Hof betraf, sondern den des geistlichen Haupts der (katholischen) Christenheit, dem in Zeremonialfragen immer noch eine wichtige Vorbildfunktion zukam. Da nicht damit zu rechnen war, daß die Maßnahme rückgängig gemacht werden würde, blieb für die betroffenen Potentaten nur der Weg, den eigenen königlichen Rang zu dokumentieren und so den beanspruchten Rang zu erlangen. Zu diesen

[25] Don E. FERRARI, *Liguria trionfante delle principali nazioni del mondo. Dove si contengono le maggiori Vittorie da essi Liguri riportate; incominciando da anni dogento avanti la venuta di Dio in carne, infino à gli Anni di essa venuta 1643. Distinta in Guerre Latina, Sacra d'Oriente, Sacra d'Occidente, Viniziana, Pisana, e Ligustica; & in due Parti divisa. Dedicata al Serenissimo Doge Eccellentis. Governatori, et Illustriss. Procuratori della Serenissima Republica di Genova*, Genova 1643.

[26] Zu dem päpstlichen Dekret und seinen Folgen vgl. M.A. VISCEGLIA, *Il cerimoniale come linguaggio politico. Su alcuni conflitti di precedenza alla corte di Roma tra Cinquecento e Seicento*, in M.A. VISCEGLIA - C. BRICE (Hrsg.), *Cérémonial et rituel à Rome (XVI-XIXe siècle)*, Roma 1997, S. 117-176, hier S. 145-154; R. ORESKO, *The House of Savoy in search for a royal crown in the seventeenth century*, in M.A. VISCEGLIA - G.C. GIBBS - H.M. SCOTT (Hrsg.), *Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe. Essays in memory of Ragnhild Hatton*, Cambridge 1997, S. 272-350; P. BRAYDA DI SOLETO, *Il titolo di Eminenza ai Cardinali ed i Duchi di Savoia*, in «Bollettino storico-Bibliografico Subalpino», 24, 1922, S. 230-250.

gehörte auch die Republik Genua, deren Doge (lateinisch *Dux*) bis dahin in zeremonieller Hinsicht im allgemeinen den italienischen Herzögen gleichgestellt wurde[27].

Im Jahr 1637 inszenierte die Signoria ein umfangreiches Programm, um den königlichen Rang der Republik vor aller Welt zu dokumentieren. Territoriale Basis der neuen Würde der Republik sollte neben dem als Königreich apostrophierten Korsika auch das Königreich Ligurien sein, das an eine einigermaßen nebulöse vorrömische Vergangenheit anknüpfte. Um diesen vagen Anspruch abzusichern, erhob man in einer feierlichen Zeremonie am 25. März die Heilige Jungfrau zur Königin Liguriens. Weil der königliche Rang Marien zwar kaum anzufechten war, diese himmlische Monarchin allerdings nur begrenzt geeignet war, in dem höchst irdischen Konkurrenzkampf der europäischen Mächte der Republik den von ihr beanspruchten Platz zu verschaffen, fand 1637 in Genua noch eine weitere «Königskrönung» statt: die des neuen Dogen Agostino Pallavicino. Denn wenngleich die Kompetenzen des genuesischen Staatsoberhauptes sehr begrenzt waren und seine Amtszeit auf zwei Jahre befristet war, war es doch am besten geeignet, den königlichen Rang der Republik zu repräsentieren. Allerdings zeigte sich schon bei dieser Krönung, daß sich der neue Anspruch der *Superba* nur schwer vermitteln lassen würde. Verweigerte doch der Kardinalerzbischof von Genua Stefano Durazzo, die Krönung vorzunehmen, da es lächerlich sei, einen Mann zum König zu krönen, der nach zwei Jahren wieder seinen Thron räumen müsse. Also konnte die Zeremonie nicht im Dom stattfinden, sondern mußte in die bescheidenere

[27] Privileg Karls V. für Genua, Genova 1536 November 1, in [H.Ch. von SENCKENBERG] *Imperii Germanici Ius*, S. 300-303, hier S. 302: «... quodque Dux predictae civitatis, & Reipublicae genuensis, qui nunc est & pro tempore erit, possit, & valeat libere ad decorem, & ornamentum & signum libertatis supradictae Reipublicae habitum, & omnia insignia Ducalia, tam ipse deferre, & gestare, quam ante se deferri & gestari curare, cum circulo aureo, & aliis omnibus, & quibuscunque ornamentis, utuntur, fruuntur, eisdemque nec non titulo, honore, dignitate, jure privilegio, potestate, & auctoritate, preeminentia, precedentia, & prerogativa in omnibus actibus publicis & privatis, conventionibus, sessionibus, aliisque quibuscunq; ubi frui & gaudere quibus & prout alii Duces Illustres gaudent, fruuntur, & potiuntur, consuetudine vel de Jure, aut etiam privilegio speciali, omni impedimento & contradictione cessante, & non obstantibus quibuscunqu; legibus, Juribus, decretis, statutis, ordinationibus, reformationibus, privilegiis, indultis per nos vel quoscunque Principes, Duces, universitates, aut alios quoscunque factis vel fiendis contrarium disponentibus, aut aliam formam dantibus». Die Notwendigkeit für die Republik, ihre königsgleiche Stellung zu dokumentieren, war um so größer, als auch der rivalisierende Nachbar in Turin energischen Anspruch auf die Königswürde erhob, wobei neben der zyprischen Krone gelegentlich auch die eines «Königreichs Ligurien» genannt wurde; vgl. R. ORESKO, *The House of Savoy*.

Kirche des Katharinenklosters verlegt werden[28]. Ein besonderes Hindernis für das Streben der Republik nach Souveränität und Königsrang stellten die Ansprüche von Kaiser und Reich dar. Insofern kann es nicht verwundern, daß die Signoria der Ausräumung dieses Hindernisses besondere Aufmerksamkeit widmete. Schon anläßlich der Krönung Marien am 25. März 1637 ließ der Kapuzinerpater Francesco Maria Squarciaficio in seiner Predigt kein Zweifel daran, daß es nicht das Reich der Deutschen, sondern das universale Reich Christi und seiner Mutter sei, das die Souveränität über alle Monarchen der Welt beanspruchen könne[29]. Im selben Jahr wurde

[28] Die Ereignisse des Jahres 1637 haben vor allem, aber nicht nur in der genuesischen Lokalgeschichtsschreibung recht große Aufmerksamkeit gefunden. Eine Gruppe von Autoren konzentriert sich auf die Krönung der Heiligen Jungfrau, die teilweise primär als Ausdruck der Marienfrömmigkeit der Genuesen interpretiert wird, z.B.: C. DI FABIO, *Un'iconografia regia per la Repubblica di Genova. La «Madonna della Città» e il ruolo di Domenico Fiasella*, in P. DONATI (Hrsg.), *Domenico Fiasella*, Genova 1990, S. 61-84; DERS., *La regina della Repubblica e la «Madonna della Città»*, in P. BOCCARDO u.a. (Hrsg.), *El Siglo de los Genoveses e la lunga Storia di Arte e Splendori nel Palazzo dei Dogi, Genova, Palazzo Ducale 4 dicembre 1999-28 maggio 2000*, Milano 1999, S. 258-261; P.R. RAVECCA, *Così Genova divenne «Città di Maria Santissima»*, in «Studi genuensi», NF, 9, 1990, S. 35-58; M.G. BOTTARO PALUMBO, *«Et rege eos»: la Vergine Maria Patrona, Signora e Regina della Republica (1637)*, in *Genova e Maria. Contributi per la storia del Santuario di Nostra Signora della Guardia. Atti dell'incontro di studio, 24 novembre 1990*, Genova 1991, S. 93-109; L. MAGNANI, *Immagini della Vergine nelle rappresentazioni per il culto, per la devozione privata e per la pietà popolare, ibidem*, S. 143-151; N. LANZI, *Genova città di Maria Santissima. Storia e documenti della pietà mariana genovese*, Pisa 1992. Andere konzentrieren sich dagegen auf die diplomatischen Bemühungen um die Anerkennung des genuesischen Königsrangs: S. PUGLIESE, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano 1932, S. 39-41, 101-104; R. CIASCA, *Affermazioni*; DERS., *La Repubblica* (die Texte sind teilweise identisch); O. PASTINE, *La politica di Genova nella lotta veneto-turca dalla guerra di Candia alla pace di Passarowitz*, Genova 1938, S. 18-41; D. VENERUSO, *La «querelle» secentesca sulla gerarchia del potere internazionale: un memoriale genovese per la corte di Spagna*, in R. BELVEDERI (Hrsg.), *Atti del III Congresso Internazionale di studi storici: Rapporti Genova - Mediterraneo - Atlantico nell'Età Moderna*, Genova 1989, S. 357-369; V. VITALE, *Una questione diplomatica e una poesia antigenovese del Seicento*, in «Bollettino ligustico per la storia e la cultura regionale», 1, 1949, S. 3-8, hier S. 8; DERS., *Breviario della storia di Genova. Lineamenti storici ed orientamenti bibliografici*, Bd. 1, Genova 1955, S. 249-260; R. ORESKO, *The House of Savoy*, S. 294-301. Zur genuesischen Publizistik vgl. M. SCHNETTGER, *Die Republik als König. Republikanisches Selbstverständnis und Souveränitätsstreben in der genuesischen Publizistik des 17. Jahrhunderts*, in «Majestas», 8-9, 2000-2001, S. 171-209.

[29] «Orazione / predicata nella chiesa / Cattedrale di Genova / nella festa dell'Annunciazione / della Beata Vergine / quando / da' serenissimi collegi / fu acclamata / Regina della Liguria / dal padre Francesco M. di Genova / guardiano de' Cappucini / l'anno 1637», abgedruckt in N. LANZI, *Genova città di Maria Santissima*, S. 35-48, hier S. 37: «E perché l'Impero del Figlio non è antonomastico precisamente, o metaforico; non ispirituale solamente, ma temporale con Dominio politico, con Podestà sovrana col mero e misto Impero sopra tutti i

das «Conradus Rex» auf den genuesischen Münzen durch das Bild der Jungfrau ersetzt[30]. Schließlich wurde das volkstümliche Fest des *confuoco* abgeschafft, in dessen Verlauf Papst und Kaiser als den höchsten Gewalten akklamiert wurde[31].

Es genügte jedoch nicht, den Königsrang zu beanspruchen; man mußte auch dafür sorgen, daß er von den europäischen Höfen anerkannt wurde. In diesem Zusammenhang war Wien ein besonders heikles Pflaster. Hatte man doch in der Hofburg sehr wohl die Stoßrichtung der zeremoniellen Neuerungen erkannt und vertrat man dort die Anschauung, daß es in Reichsitalien nur einen König geben könne: den Kaiser. Insbesondere im Reichshofrat war man nichts weniger denn geneigt, den Forderungen der Republik nach Zuerkennung der königlichen Ehren für ihre Gesandten und dem Verzicht auf das «civitas et camera imperialis» in der Adresse durch den Kaiser zu entsprechen, stellten doch gerade die alte Titulatur und der mindere Rang Genuas wichtige Argumente für seine Abhängigkeit vom Reich dar[32].

Da die Republik die Bereitschaft erkennen ließ, sich die angestrebte Titelverbesserung etwas kosten zu lassen, lenkte der in der Endphase des Dreißigjährigen Krieges in großen finanziellen Nöten steckende Ferdinand III. gegen den hinhaltenden Widerstand seiner Reichshofräte 1641 schließlich ein: Das anstößige «civitas et camera imperialis» wurde aus der Anrede

Monarchi del mondo ... venne la Vergine ... ad essere fatta partecipe del Dominio politico, della Podestà reale, del mero e misto Impero sopra tutti gli Stati dell'universo».

[30] Vgl. C. ASTENGO, *La consacrazione di Genova a Maria Santissima ed il cambiamento del tipo monetale nel 1637*, in «Numismatica», 1937, 4-5, S. 75-85; G. PESCE, *Storia, arte ed economia delle monete di Genova*, in G. PESCE - G. FELLONI, *Le monete genovesi*, Genova 1975, S. 9-189, hier S. 115 ff.; DERS., *La «Imago Mariae» nelle monete della Repubblica di Genova*, in P. DONATI, *Domenico Fiasella*, S. 239-246; DERS., *La zecca della Repubblica: le monete e i loro simboli*, in E. CAVAZZA - G. ROTONDI TERMINIELLO (Hrsg.), *Genova nell'età barocca*, Bologna 1992, S. 431-437, hier S. 431-433.

[31] Vgl. L.A. CERVETTO, *Il Natale, il Capo d'Anno e l'Epifania nell'arte e nella storia genovese*, Genova 1903, S. 1-9; S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 103 f.

[32] ASGe, *AS*, 2546, Reichshofratsgutachten, 1638 April 18/20. In dem Reichhofratsgutachten wurde insbesondere die «eigenes gewaltds» vollzogene Krönung des Dogen mit den königlichen Insignien sowie die Umgestaltung der Münzen moniert. Zwar sprach sich ein Teil der Reichshofräte, die der genuesische Resident Gerolamo Rodino hatte gewinnen können, dafür aus, den Wünschen der Republik ein wenig entgegenzukommen, «iedoch salva superioritate Maiestatis Caesareae et Sacri Romani Imperii». Die Mehrheit aber lehnte jedes Zugeständnis strikt ab, da doch die genuesischen Forderungen ganz offensichtlich auf eine «total exemption von dem H. Reich» abzielten.

getilgt, die so umgestaltet wurde, daß man sowohl die Souveränität der Republik als auch die Oberhoheit von Kaiser und Reich hineininterpretieren konnte («Serenissimo Duci Principi nostro charissimo, ac Illustribus Gubernatoribus Reipublicae Genuensium nostris dilectis»)[33]. Die königlichen Ehren gewährte Ferdinand III. der Republik aber nicht[34].

3.

Wenn man sich in Wien auch keineswegs verhehlte, daß man mit der Titelverbesserung von 1641 die Argumente für die Reichshoheit über die Republik erheblich geschwächt hatte, bedeutete dies doch keineswegs, daß man bereit gewesen wäre, seinen Ansprüchen zu entsagen. Insofern war die Frage des Verhältnisses der Republik zu Kaiser und Reich nicht endgültig geklärt, sondern nur auf eine andere, und zwar noch höhere Stufe gehoben. Klafften doch von nun an die Positionen der Republik und des Kaiserhofs, insbesondere des Reichshofrats, noch weiter auseinander.

Ein Thema, an dem sich der Konflikt um die Souveränität der Republik immer wieder neu entzündete, waren die kaiserlichen Privilegien[35]. Dieses Problem wurde beim Regierungsantritt jedes neuen Kaisers virulent, denn der Reichshofrat vertrat regelmäßig die Auffassung, daß Genua nicht nur um die Erneuerung der Investituren mit den kleinen Reichslehen, die

[33] ASGe, *AS*, 483A, Dekret Ferdinands III., 1641 September 2. Dafür erhielt der Kaiser Subsidien in Höhe von 100.000 fl. Der genuesische Resident Gerolamo Rodino hatte zwar zusätzliche 50.000 fl. in Aussicht gestellt, deren Auszahlung aber von den Collegi nicht genehmigt wurde: ASGe, *AS*, 1902, Nr. 349, fol. 173'-174, die Serenissimi Collegi an Gerolamo Rodino, Genua, 1641 September 21. Erleichtert wurde dem Kaiser sein Entgegenkommen dadurch, daß die Republik nach anfänglichem Zögern um die Erneuerung ihrer kaiserlichen Privilegien gebeten und damit nach dem Verständnis Wiens die Oberhoheit des Reichs anerkannt hatte. Siehe unten, Anm. 37.

[34] Erfolg hatte die Republik mit ihrem Drängen auf die *regie onoranze* in England, Polen und an der Hohen Pforte. In Frankreich erhielt sie immerhin eine zeremonielle Aufwertung, wenn auch nicht die vollen königlichen Ehren. Neben dem Kaiserhof verschlossen sich aber auch Rom, Madrid und Venedig dem genuesischen Drängen. Vgl. R. CIASCA, *La Repubblica*, S. 314 f.; DERS., *Affermazioni*, S. 166 f.

[35] Konkret ging es um 1. das Privileg Maximilians I. vom 4. April 1513, in dem er der Republik das Monopol auf den Salzhandel zwischen dem Monte Argentaro und Marseille zugestand (Druck bei [Ch. H. von SENCKENBERG] *Imperii Germanici Ius*, S. 282-285); 2. die Bestätigung aller Privilegien, Rechte und Besitzungen der Republik durch Karl V. vom 29. Juni 1529 (*ibidem*, S. 295-297); 3. die Bestätigung der *libertà* und des Status der Republik vom 1. November 1536 (*ibidem*, S. 300-303); 4. die Bestätigung der Besitzungen im *Oltregiogo* vom 10. November desselben Jahres (*ibidem*, S. 297-300).

es seit der Mitte des 16. Jahrhunderts erworben hatte[36], zu bitten habe, sondern, wie dies früher geschehen war, gleichzeitig um die Bestätigung der kaiserlichen Privilegien – und damit die Oberhoheit des Reichs anzuerkennen habe. Da man aber auch in Genua der Meinung war, dies käme einer Anerkennung der kaiserlichen Oberhoheit gleich, verzichtete die Regierung der Republik seit der Zeit Leopolds I.[37] nicht nur darauf, um die Erneuerung ihrer Privilegien zu bitten, sondern weigerte sich sogar hartnäckig, diese zu akzeptieren, wenn sie ihr vom Reichshofrat offeriert wurde[38]. Der Reichshofrat hielt ebenso beharrlich an seiner Forderung fest und versuchte ihr dadurch Nachdruck zu verleihen, daß er die Investitur- und Privilegienerneuerungen, die er auch als eine Art Generalinvestitur interpretierte, als unlösbar miteinander verknüpft betrachtete und seinerseits die Wiederbelehnung mit den kleinen genuesischen *feuda imperialia* verweigerte[39].

Das führte unter Karl VI. und Franz I. dazu, daß die genuesischen Investiturerneuerungen ganz unterblieben und gar darüber reflektiert wurde,

[36] Dabei handelte es sich um die ehemaligen Lehen der Fieschi Montoggio, Varese und Roccatagliata (1547), Ponzano (1562 von der genuesischen Staatsbank, der *Casa di San Giorgio*, übernommen), einen Anteil an Savignone im Wert von einem Denar (1582), zwei Drittel von Sassello (1611/12), das restliche Drittel von Sassello (1614) ein Sechstel von Carosio (1614), drei Viertel von Zuccarello (1624), ein Viertel von Zuccarello (1633), die Hälfte von Campo freddo (1636), Savignone (1636/38-1652). Dazu kamen im 18. Jahrhundert dann noch Finale (1713/18) und der Großteil von Buzalla (1728/36).

[37] Zur Zeit Ferdinands III. hatte sich die Republik noch bewegen lassen, zunächst um zwei, dann um alle vier kaiserlichen Privilegien bitten zu lassen. Die Bestätigung war auch bewilligt worden; die Ausfertigung der Urkunden wurde jedoch verschleppt und unterblieb schließlich ganz. Siehe ASGe, *AS*, 2757e, Ristretto delle cose germaniche, o.D. [Stand 1663 Juli 16], Abschnitt 41.

[38] Hier sei nur ein Beispiel aus den seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in dieser Frage immer ganz ähnlichen lautenden Instruktionen für die Gesandten an den Kaiserhof zitiert: «In tutti li casi però, e per qualonque cosa accadesse, mai vi lascierete indurre à qualonque dimanda della confermazione de pretesi privileggi, ne assenso alla medesima ne per parte vostra, ne dell'agente della Repubblica, mà anzi sempre contrastarla, ed avisarci, essendo dell'ultima importanza il non aderirvi», ASGe, *AS*, 2716, Instruktion für Giacomo Durazzo, Genua, 1746 Juni 27.

[39] Für die Positionen der Reichshofräte der verschiedenen Kaiser, die alle an der Reichshoheit über Genua festhielten, sich im übrigen aber auch durchaus voneinander unterschieden, sind deren ausführliche Gutachten in der Investiturfrage kennzeichnend, z.B. HHStA, *Feuda latina, 22*, Reichshofratsgutachten, 1661 November 24; HHStA, RHR, *Voten*, 18, Reichshofratsgutachten, 1707 Mai 24/Juni 21; Reichshofratsgutachten, 1718 Juli 7/12; Reichshofratsgutachten, 1744 Januar 16/22; Reichshofratsgutachten, 1747 März 10; Reichshofratsgutachten, 1750 Januar 22/Februar 3; Reichshofratsgutachten, 1787 Dezember 14/17.

der Republik die fraglichen Privilegien förmlich zu entziehen. Die übrigen Kaiser gewährten die Belehnungen zwar (wenn auch teilweise mit mehrjährigen Verzögerungen[40]). Nichtsdestoweniger hielt auch während ihrer Regierung der Reichshofrat daran fest, daß die Republik zur Bitte um die Privilegienerneuerung verpflichtet sei, und dokumentierte das durch entsprechende Beschlüsse. Noch 1794, mitten in den Revolutionskriegen, sorgte Reichsvizekanzler Colloredo dafür, daß das Thema der Privilegien erneut auf die Tagesordnung kam[41].

Daß Kaiser und Reichshofrat das Privilegienproblem im Einzelfall bei allem prinzipiellen Beharren auf den Ansprüchen des Reiches durchaus unterschiedlich handhabten, läßt sich durch die wechselnden Zeitläufte erklären: So brachte 1663 die Hoffnung auf eine großzügige Türkenhilfe der Republik den ersten Minister Leopolds I., Fürst Porzia, dazu, Druck auf den Reichshofrat auszuüben, damit er die Investituren erneuere. Auch Joseph I. wurde 1709 durch pekuniäre Rücksichten zu einem entsprechenden Entgegenkommen bewogen. Umgekehrt veranlaßten die einer Wiederbelebung der Reichsrechte in Italien günstigen Rahmenbedingungen zu Beginn der Regierung Karls VI. den Reichshofrat dieses Kaisers zu seiner harten Haltung in der Privilegienfrage.

Auch in andere Problemfelder der Beziehungen der Republik zu Kaiser und Reich wirkten die großen Entwicklungen der europäischen Geschichte hinein. Dies läßt sich besonders gut für die Frage der Zahlungen der Republik an den Kaiser in Türkenkriegen und Reichskriegen, die in Italien geführt wurden, feststellen.

Während des Türkenkriegs von 1663/64 und in der Anfangsphase des Großen Türkenkriegs (1683-1699) zahlte Genua dem Kaiser Subsidien, ohne dazu anders als allenfalls moralisch verpflichtet zu sein[42]. Dies änderte sich seit den 1690er Jahren, als im Zuge des Neunjährigen Krieges erstmals seit Jahrzehnten wieder größere kaiserliche Truppenverbände auf der Halbinsel erschienen. Statt freiwilliger Subsidien wurden nunmehr verpflichtende Kontributionen gefordert – und notfalls auch mit militärischen Zwangsmit-

[40] Besonders extrem ist der Fall Josephs II. Dieser hatte bereits 1765 den Kaiserthron bestiegen, der Lehnseid für die genuesischen Lehen wurde aber erst Ende 1788 abgelegt. Siehe z. B. die entsprechenden Auszüge aus dem Reichshofratsprotokoll für die zwei Drittel und das eine Drittel von Sassello (1788 Dezember 12 und 18), HHStA, *Feuda latina*, 58.

[41] HHStA, *Feuda latina*, 23, Reichshofratsprotokoll, 1794 März 28; ASGe, *AS*, 2613, Costantino Balbi an die Serenissimi Collegi, Wien, 1794 März 31.

[42] ASGe, *AS*, 2778, Leopold I. an Genua, Wien, 1664 Januar 16. Vgl. S. Pugliese, *Le prime strette*, S. 154, 161.

teln eingetrieben. Noch größere Summen mußten während des Spanischen Erbfolgekriegs gezahlt werden, und auch anläßlich der Bedrohung Italiens durch das Spanien Elisabeth Farneses sowie im Türkenkrieg von 1716-1718 hatte die Republik beträchtliche Abgaben zu leisten[43]. Genuesischerseits war man peinlich genau darauf bedacht, diese Zahlungen nur auf die unstrittigen Reichslehen der Republik zu beziehen[44]. Vergleicht man aber die veranschlagten Quoten mit denen anderer italienischer Staaten, so stellt man fest, daß bei ihrer Festsetzung offensichtlich die Leistungsfähigkeit des gesamten genuesischen Territoriums zugrunde gelegt wurde. Von einigen kaiserlichen Amtsträgern wurde im Zusammenhang der Kontributionsfrage auch *expressis verbis* die Auffassung vertreten, daß das gesamte Gebiet der Republik aus altem Reichsgut bestehe[45].

Eine letzte Zahlung leistete die Republik im Jahr 1726 für die Finanzierung des neuen Reichskanzleitrakts der Wiener Hofburg. Die Collegi ließen sich dazu nur ungern herbei, sahen sich mit Rücksicht auf die genuesischen Lehen und um Reichsvizekanzler Schönborn nicht zu verärgern, schließlich aber doch zu einer moderaten Spende genötigt[46]. Als aber anläßlich des Türkenkriegs von 1736-1739 erneut Kontributionen eingefordert werden sollten, zeigte sich, wie sehr Ansehen und Einfluß des Kaisers in Italien

[43] Vgl. S. Pugliese, *Le prime strette*, S. 164-174, 188, 198, 205, 210 f., 255 f.

[44] Dies stellt auch F.M. Accinelli, *Compendio delle Storie di Genova Dalla sua fondazione sino all'anno MDCCL. Dove veggonsi le Guerre intraprese da suoi Cittadini per la conservazione, e difesa della LIBERTÀ sino alla Pace d'Aquisgrana: Variazione de Governi: Istituzione de' Magistrati, Fondazione di Chiese, e delle pubbliche Fabbriche, e tutto ciò può desiderarsi per avere una perfetta cognizione della gesta Illustri di detta insigne Metropoli, diviso in due Tomi. Dedicato a Maria sempre Vergine, Tomo I: Che contiene la Storia continuata, dalla fondazione di GENOVA sino all'Anno 1700; Tomo 2: Continuazione del compendio delle Storie di Genova dall'anno MDCC al MDCCL. Dove, oltre le memorie Istoriche di detti Anni, contiensi una fedele narrazione della Rivoluzione succeduta del 1746. contro gli Austro-Sardi, e continuasi la Confutazione della Diatriba di Gio. Giacobo Reinhard Impressa a Francfort nel 1747*, Lipsia [= Massa] 1750, hier Bd. 1, S. 248-309, heraus, wenn er betont, daß die Zahlungen lediglich als «contribuzione de' *Feudi Imperiali*, che tiene la Repubblica, e non altrimenti» geleistet worden seien (S. 249).

[45] «... il Dominio della Repubblica di Genova ... tutto è composto di antichi feudi del Sacro Romano Impero colla stessa città di Genova compresa nella Camera Imperiale». Pareri di S.E. il signor conte Brayner Commissario Generale per S.M. Cesarea circa agli affari d'Italia, o.D. [ca. 1690], in C. Cremonini (Hrsg.), *Sacro Romano Impero, Monarchia Cattolica e feudalità imperiale italiana*, http://www.stm.unipi.it/italiaspagna/Materiale/urbino/fondifeudiimperiali.htm[Zugriff: 15. Oktober 2003].

[46] ASGe, *AS*, 2572, Friedrich Karl von Schönborn an Genua, Wien, 1725 Februar 19; ASGe, *AS*, 2573, Clemente Doria an die Serenissimi Collegi, Wien, 1726 Juni 19. Vgl. S. Pugliese, *Le prime strette*, S. 234.

gelitten hatten. Genua gelang es, die diesbezüglichen Verhandlungen zu verschleppen, und so kam es, daß Karl VI. 1740 starb, ohne daß irgendwelche Zahlungen erfolgt waren[47]. Auf noch geringere Resonanz stießen angesichts der Erfolge der französischen Revolutionstruppen die kaiserlichen Kontributionsforderungen in den 1790er Jahren[48].

Die notorische Geldknappheit der Wiener Hofburg bot der Republik aber auch Ansatzpunkte für beachtliche politische Erfolge: So gewährte ihr Kaiser Joseph I. gegen eine Zahlung von 50 000 Gulden im Jahr 1709 die langersehnten königlichen Ehren[49]. Allerdings sollte sie erst nach dem Friedensschluß in den praktischen Genuß dieser Vergünstigung kommen und sollte die Entsendung eines genuesischen *ambasciatore* an die Zustimmung des Kaisers gebunden sein. Diese beiden Klauseln ermöglichten es der Hofburg zu verhindern, daß die Republik jemals *de facto* die königlichen Ehren am Kaiserhof genoß. Zur Zeit Karls VI. wurde zwar darüber verhandelt, jedoch vergeblich – wozu auch neue Geldforderungen Wiens einerseits und eine Erschöpfung der genuesischen Ressourcen andererseits beitrugen[50].

Einen realeren Gewinn als das letztlich papieren gebliebene Zugeständnis der königlichen Ehren stellte dagegen der Erwerb Finales im Jahr 1713 (für die stolze Summe von 2,4 Mio. Gulden) dar. Konnte doch auf diese Weise nicht nur eine lästige Enklave im Territorium der Republik beseitigt, sondern auch verhindert werden, daß die Markgrafschaft an den Herzog von Savoyen fiel und ihm die Möglichkeit der Anlage eines eigenen leistungsfähigen Hafens für das Piemont bot. Allerdings gab der Turiner Hof seine Absichten auf Finale nicht auf, und 1743 schien ihm Art. 4 des Wormser Vertrags die Handhabe zur Realisierung seiner diesbezüglichen Pläne zu bieten. Im Aachener Friede von 1748 verblieb Finale jedoch bekanntlich bei der Republik[51].

47 Vgl. *ibidem*, S. 271-273.

48 *Ibidem*, S. 304 f.

49 ASGe, *AS*, 2757f, Dekret Josephs I., Wien, 1709 September 3. Der Inhalt des Dekrets ist (wenngleich ungenau) auch wiedergegeben in S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 211.

50 Mit Blick auf die Mittelknappheit der Republik und andere, dringendere Ausgaben bezeichnete ein Mitglied des Minore Consiglio, Carlo Spinola, die königlichen Ehren als «un fumo, che non sarebbe di gran giovimento»; ASGe, *AS*, 233, Consulta des Minore Consiglio, 1730 Dezember 11-13.

51 Zur Erwerbung Finales durch die Republik und den andauernden Absichten Turins vgl. A. TALLONE, *Le cessioni del marchesato di Finale nel secolo XVIII*, Pinerolo 1897. Enthält die folgenden Studien, die auch in den Bden. 1-2 (1896-1897) des «Bollettino Sto-

Beim Erwerb Finales und den Bemühungen, die Markgrafschaft für die Republik zu sichern, spielten auch die Reichsrechte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Obwohl Kaiser Karl VI. der Verkäufer des Lehens war, gab es langwierige Probleme mit der Investitur: Zunächst war die Republik nicht bereit, die geforderten Gebühren zu bezahlen, dann konnte man sich nicht über die Formulierung des Lehnbriefs – und damit über den Umfang der durch die Investitur übertragenen Rechte – einigen[52]. Ihren Lehnbrief erhielt die Republik erst 1726. Bemerkenswerterweise zog die Republik, die im allgemeinen darauf achtete, ihre Unabhängigkeit vom Reich und seinen Institutionen zu betonen, in der Krise der 1740er Jahre in Erwägung, Finale auch mit reichsrechtlichen Mitteln zu verteidigen und suchte dazu die Unterstützung des Gießener Juraprofessors Heinrich Christian von Senckenberg[53]. Angesichts der unsicheren politischen Lage, aber auch aufgrund eines eingewurzelten Mißtrauens gegenüber den Reichsinstitutionen und den Unwägbarkeiten des Reichsrechts verzichtete man schließlich aber doch auf diesen Schritt[54].

Während der Verlust Finales im Frieden von Aachen abgewendet werden konnte, hatte Art. 4 des Wiener Präliminarfriedens von 1735, der den Polnischen Thronfolgekrieg beendete, Genua tatsächlich territoriale Verluste beschert, denn unter den langhischen Reichslehen, über die dem König von Sardinien die *superioritas territorialis* zugesprochen wurde, befanden sich auch fünf Orte der Republik[55]. Zwar wurde deren Zugehörigkeit zu

rico-Bibliografico Subalpino» enthalten sind: *Diritti e pretese sul Marchesato del Finale al principio del secolo XVIII*, *ibidem*, 1, 1896, S. 173-182; *La vendita del Marchesato del Finale nel 1713 e la diplomazia Piemontese*, *ibidem*, 1, 1896, S. 264-282, 395-404; 2, 1897, S. 73-80; *La Repubblica di Genova e la vendita del Marchesato del Finale, 1713-1740*, *ibidem*, 2, 1897, S. 146-178; *Il Finale dalla vendita del 1713 al Trattato di Worms 1713-1740*, *ibidem*, 2, 1897, S. 271-276; *Il trattato di Worms e la cessione del Finale*, *ibidem*, 2, 1897, S. 276-310; F. MANCA, *Il marchesato del Finale nella prima metà del XVIII secolo*, in A. BISLENGHI, *Storia*, S. 167-200.

52 HHStA, Reichshofrat, *Voten*, 13, Reichshofratsgutachten, 1714 Juli 17. - August 30; Reichshofratsgutachten, 1717 April 20; Reichshofratsgutachten, 1724 Juli 11.

53 Siehe die Korrespondenz zwischen dem Gesandten der Republik am Hof Karls VII. Gianfrancesco Pallavicino und Heinrich Christian von Senckenberg aus den Jahren 1743/44 in ASGe, *AS*, 2586 und 2588.

54 ASGe, *AS*, 2590, Weisung an Gianfrancesco Pallavicino, Frankfurt, 1744 April 4, auch in ASGe, *AS*, 2709.

55 Es handelte sich dabei um Alto, Rezzo, Caprauna, Bardineto und Carosio, von dem die Republik ein Sechstel besaß. Der Text des Friedensvertrags findet sich in C. PARRY (Hrsg.), *The Consolidated Treaty Series*, Bd. 34, Dobbs Ferry NY 1969, S. 285-292, hier S. 288, die Liste der betroffenen Lehen S. 290.

den langhischen Lehen von genuesischer Seite energisch bestritten, doch alle Proteste nützten nichts: 1736 wurden die Cinque Terre dem König von Sardinien unterstellt[56], der schließlich auch mit ihnen belehnt wurde. Unter geschickter Ausnützung der Möglichkeiten des Reichsrechts hatte der Turiner Rivale die Republik überspielt. Um der sardinischen Bedrohung zu begegnen, bemühte sich die Republik nun ihrerseits, die *superioritas territorialis* über die eigenen wie auch alle übrigen ligurischen Reichslehen zu erwerben. Derartige Pläne waren nicht neu. Sie wurden aber nunmehr, insbesondere während des Österreichischen Erbfolgekriegs und des Siebenjährigen Kriegs, mit verstärktem Engagement betrieben[57]. Zum Erfolg gelangten sie allerdings letztlich nicht.

Es fällt auf, daß die genuesische Seite in allen diesen Verhandlungen auffällig bemüht war, den Reichshofrat nach Möglichkeit außen vor zu halten. Das weist auf ein tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber dieser Institution hin, das nicht nur durch deren Haltung in der Privilegienfrage bedingt war, sondern auch durch eine Reihe von Reichshofratsprozessen, mit denen sich die Republik im 18. Jahrhundert konfrontiert sah. Ihre Haltung in diesen Prozessen war eindeutig darauf ausgerichtet, die Zugriffsmöglichkeiten von Kaiser und Reichshofrat auf ihre Reichslehen so weit wie möglich zurückzudrängen, so in dem Grenzkonflikt zwischen dem genuesischen Lehen Sassello und Mioglia[58] und als die Bewohner der Lehen Finale[59] und Campo freddo[60] sich

[56] ASMi, *Feudi Imperiali*, 356, Mandat Karls VI. an die langhischen Vasallen, 1736 Juli 7; Instruktion Carlo Stampas für Giuseppe Alemanno Passerini, Wien, 1736 Juli 9.

[57] Der Gewinn der *superioritas territorialis* über die kleinen Lehen sollte einer der Preise für den Eintritt der Republik in die antiösterreichische Allianz sein. Auch nach dem Tod Kaiser Karls VII., desjenigen der neuen Verbündeten, der als einziger der Republik mit einiger Legitimität hätte die Oberherrschaft über die Lehen übertragen können, hielten die *Collegi* an diesem Ziel fest, und so findet sich auch ein entsprechender Artikel in dem Vertrag von Aranjuez zwischen Genua und den Bourbonenkronen: Vertrag von Aranjuez, 1745 Mai 1, in C. PARRY, *Treaty Series*, Bd. 37, 1969, S. 353-379, hier S. 370-373. Bemerkenswerterweise nahm Genua die Verhandlungen während des Siebenjährigen Kriegs zunächst nicht direkt mit dem Wiener Hof, sondern mit Versailles auf. Vgl. N. CALVINI, *La rivoluzione del 1753 a Sanremo*, 2 Bde., Bordighera 1953, hier Bd. 2, S. 56-64.

[58] Vgl. E. GRENDI, *La pratica dei confini: Mioglia contro Sassello, 1715-1745*, in «Quaderni storici», NF, 63, 1986, S. 811-845.

[59] Vgl. F. MANCA, *Il marchesato del Finale*, S. 178-189; F. MESSEA, *Le Convenzioni Cesaree col Finale Ligure. Codici e Provvedimenti Politici Finaresi dal 1252 al 1733. Note e Curiosità Storiche*, Genova 1904, S. 39-51. Die Finalesen traten 1729 und 1734 sogar in offenen Aufstand gegen die Republik.

[60] Vgl. D. LEONCINI, *Campo nei secoli. Storia del feudo imperiale di Campo Freddo*, hrsg. von M. CALISSANO, F.P. OLIVIERI und G. PONTE, Recco 1989, S. 265-313.

mit einer Reihe von Beschwerden an den Reichshofrat wandten. Daß den Reichsbehörden jede Zuständigkeit für diejenigen Teile des genuesischen Territoriums abgesprochen wurde, die die Republik als ihren souveränen Besitz betrachtete, ist selbstverständlich. Heikel wurde die Zuständigkeitsfrage insbesondere dann, wenn ein Prozeß angestrengt wurde, eben um die Frage zu klären, ob ein bestimmtes Gebiet ein Reichslehen sei oder nicht, wie in dem Fall Laigueglia in den 1720er und 1730er Jahren[61].

Besonders akut wurde die Frage der genuesischen Souveränität noch einmal um die Mitte des 18. Jahrhunderts, als die Republik aufgrund ihres Verhaltens während des Österreichischen Erbfolgekriegs in der Wiener Hofburg ohnehin nicht gut angeschreiben war. 1753 appellierte die ligurische Gemeinde San Remo, die definitiv nicht in die kaiserlichen Lehnbriefe eingeschlossen war, nach einem gescheiterten Aufstand gegen die genuesischen «Unterdrückungsmaßnahmen» an Kaiser und Reichshofrat, worauf ein Prozeß gegen die Republik eröffnet wurde. Diese erkannte aber die Zuständigkeit des Reichshofrats nicht an und weigerte sich, auch nur die in dieser Angelegenheit an sie ergangenen kaiserlichen Reskripte und Dekrete anzunehmen. Der Konflikt, in den sich auch das Kurkolleg und der Reichstag einschalteten, zog sich bis in die 1770er Jahre hin. Dafür, daß es schließlich nicht zur Reichsexekution gegen Genua kam, war nicht zuletzt das Engagement der Bourbonenkronen verantwortlich. Im Zeitalter des *Renversement des Alliances* erschien es aus Sicht der österreichischen Großmacht unverantwortlich, wegen des nachgeordneten, primär das Reich betreffenden Problems Genua den französischen Verbündeten zu verprellen. In den Quellen wird zwar deutlich, daß der junge Kaiser Joseph II., der Reichshofrat und die Reichskanzlei hier eine andere Position einnahmen als Maria-Theresia und die Staatskanzlei unter Fürst Kaunitz, aber auch sie sahen sich schließlich gezwungen, ihre Haltung den realpolitischen Gegebenheiten anzupassen. Immerhin bewirkte das Engagement der Reichsinstitutionen, daß sich die genuesische Regierung zur Rücknahme einiger der schärfsten Strafmaßnahmen gegen San Remo bereit fand[62].

61 Siehe dazu unter anderem die Akten in HHStA, Fiskalarchiv, 6, sowie *Judicialia latina*, 316. Die Brisanz dieses Falls bestand neben der Frage der Zuständigkeit der Reichsbehörden auch in der Tatsache, daß er ein Modellprozeß für das Aufspüren verschwiegener Lehen hätte werden können, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Republik.

62 Der Fall San Remo ist mit Abstand das am besten aufgearbeitete Kapitel der Beziehungen zwischen der Republik Genua und dem Alten Reich. Grundlegend nach wie vor N. CALVINI, *La rivoluzione*, insbes. Bd. 2. Ferner sei auf zwei wichtige neuere Arbeiten verwiesen: S. CAILLIERET, *L'Affaire de San Remo, un épisode méconnu des relations diplomatiques entre la France et la cour de Vienne (1753-1772)*, Mémoire de maîtrise, Université d'Angers 1999,

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung um die genuesische Souveränität auf der praktisch-politischen Ebene wurde begleitet von einer Welle der antigenuesischen Publizistik im Reich. Herausgegriffen sei hier lediglich das 1751 anonym erschienene Werk *Imperii Germanici Ius ac Possessio in Genua Ligustica*[63], dessen Verfasser der Reichshofrat Heinrich Christian von Senckenberg war. Ausgerechnet Senckenberg, der zur Zeit Karls VII. noch der Republik als Gutachter gedient hatte, nunmehr aber als ihr entschiedenster Widersacher im Reichshofrat gelten konnte, wurde 1753 zum Referenten im Fall San Remo ernannt und bereitete Genua in dieser Funktion bis zu seinem Ableben 1768 noch allerlei Verdruß[64].

4.

Es ist deutlich geworden, daß die Beziehungen Genuas zu Kaiser und Reich in der Frühen Neuzeit nachhaltig durch die ungeklärte, sehr grundsätzliche Frage nach der Natur dieses Verhältnisses beeinflußt wurden: Standen sich mit dem Kaiser und der Republik zwei grundsätzlich gleichberechtigte *Principi* gegenüber, und galten für ihr Verhältnis dementsprechend völkerrechtliche Maßstäbe? Oder waren ihre Beziehungen zueinander als die einer *civitas imperialis* zu ihrem Oberherrn nach reichsrechtlichen Prinzipien zu regeln? Als grundlegender Dissens prägte dieser Konflikt die Beziehungen der Republik zum *Impero* nachhaltig, auch wenn er niemals wirklich offen ausgetragen wurde. Obgleich man sehr wohl um die abweichende Auffassung des Gegenübers wußte, sah sich keine Seite in der Lage, der anderen ihre Meinung aufzuzwingen, so daß man sich zumeist aufs Dissimulieren verlegte. So kam es, daß die Frage, ob Genua eine Reichsstadt oder eine souveräne Republik sei, letztlich bis zum Ende des Ancien Régime nicht geklärt wurde.

vor allem zur Rolle Frankreichs; V. TIGRINO, *Castelli di carte. Giurisdizione e storia locale nel settecento in una disputa fra Sanremo e Genova (1729-1735)*, in «Quaderni storici», NF, 101, 1999, S. 475-506, vor allem zu einer früheren Phase des Konflikts.

[63] Siehe oben, Anm. 5.

[64] Zur Biographie Senckenbergs vgl. B. DÖLEMEYER, *Heinrich Christian von Senckenberg – Frankfurter Jurist und Reichshofrat (1704-1768)*, in *Fürstenhof und Gelehrtenrepublik. Hessische Lebensläufe des 18. Jahrhunderts*, Wiesbaden 1997, S. 103-111; DIES., *Frankfurter Juristen im 17. und 18. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1993, S. 188 f.; O. VON GSCHLIESSER, *Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806*, Wien 1942, Nachdruck Nendeln LI 1970, S. 431-434; G.L. KRIEGK, *Die Brüder Senckenberg. Eine biographische Darstellung. Nebst einem Anhang über Goethe's Jugendzeit in Frankfurt a. M.*, Frankfurt a. M. 1869.

Insbesondere die Tatsache, daß sie unbestreitbare Reichslehen besaß, zwang die Republik immer wieder dazu, den Kontakt mit den Reichsinstitutionen am Wiener Hof, insbesondere dem Reichshofrat, zu pflegen – jener Institution, deren Haltung unter anderem in der Privilegienfrage, hinsichtlich der Titulatur und des *Tractaments* der Republik sowie in verschiedenen Rechtsstreitigkeiten immer wieder verdeutlichte, eine wie prekäre Angelegenheit die genuesische Souveränität war. Das Beispiel Genua verdeutlicht damit nachdrücklich, daß Kaiser und Reich auch für diejenigen oberitalienischen Staaten, die ihre Oberhoheitsansprüche zurückwiesen, Realitäten blieben, mit denen sie zu rechnen hatten.

La Repubblica di Lucca e l'Impero nella prima età moderna

Ragioni e limiti di una scelta

di *Rita Mazzei*

1. *Lucca città imperiale*

«Se studiamo il sistema politico italiano del Cinquecento, Lucca non assume per noi un particolare interesse e, una volta ravvisata la sua fisionomia di città imperiale, non ci rimarrà più molto da dire»[1]. Così scriveva Marino Berengo nel 1965 nel suo *Nobili e mercanti nella Lucca del Cinquecento*, ma a distanza di quarant'anni dalla comparsa di quel libro che ha segnato come pochi la riflessione sulla crisi italiana del Cinquecento, proprio prendendo le mosse da quell'affermazione qualcosa, forse, possiamo aggiungere.

La rappresentazione che Lucca dava di sé in occasione delle due visite di Carlo V rafforzava nel sentire comune la percezione di essa come libera città imperiale, e ne fissava nel tempo quell'immagine, nel solco della tradizione che risaliva a Carlo IV e alla concessione da lui fatta della libertà cittadina nel 1369. La prima volta l'imperatore vi giunse nel 1536, ai primi di maggio, all'indomani dell'impresa di Tunisi, nel corso del viaggio che lo portava a risalire attraverso la penisola; la seconda nel settembre del 1541, quando vi incontrò Paolo III Farnese alla vigilia della spedizione di Algeri. In quest'ultimo caso, giova ricordare, la designazione di Lucca come luogo dell'«abbocchamento» era dovuta alla buona disposizione verso la città di papa Farnese[2], il quale fu tanto amico della piccola Repubblica quanto

[1] M. Berengo, *Nobili e mercanti nella Lucca del Cinquecento*, Torino 1965, p. 12. Per gli sviluppi della ricerca storica a partire dalla riflessione sulla Lucca berenghiana, e gli esiti maturati negli anni, si veda *Per i trent'anni di «Nobili e mercanti nella Lucca del Cinquecento». Giornata di studi in onore di Marino Berengo (Lucca, 21 ottobre 1995). Atti*, Lucca 1998.

[2] Lo comunicavano in agosto gli Anziani a Pietro Fatinelli che si trovava alla corte cesarea, Lucca, Archivio di Stato (d'ora in poi AS), *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 546, pp. 240-242. Fin dall'inizio del suo pontificato, Paolo III (1534-1549) perseguì una politica antimedicea che conobbe anche momenti di duro conflitto (cfr. A. Contini, *Dinastia, patriziato e politica estera: ambasciatori e segretari medicei nel Cinquecento*, in D.

nemico di Cosimo I dei Medici. In entrambe le occasioni, nel 1536 e nel 1541, l'imperatore e il folto seguito furono accolti con solenni dimostrazioni di ossequio, e la scena urbana, arricchita dagli apparati dei festeggiamenti e animata dagli «infiniti tirri d'artiglieria et [dagli] infiniti gridi de la plebe» che alternava le voci di «Imperio Imperio» a quelle di «Carlo Carlo», si stagliava sullo sfondo di un paesaggio tutto segnato dal sovrastare delle «bandiere con l'acquile imperiali»[3]. Pur riaffermando una continuità che senza scosse attraversa tutta la storia della Repubblica fino alla sua caduta nel 1799, vale la pena soffermarsi a riflettere sul significato che ebbe per il governo lucchese la scelta fatta nel contesto delle tormentate vicende del primo Cinquecento, per meglio definire le ragioni di un'adesione che era «di tucto ma non di core», come diceva nel 1523 l'inviato lucchese Pier Angelo Guinigi a un segretario del generale francese Lautrec[4], e valutarne le non esigue zone d'ombra.

Nel 1521, al riaprirsi della guerra tra Francia e Impero, la Repubblica si affrettava a chiedere la protezione di Carlo V, e affidava a uno dei suoi cittadini che avevano maggiore esperienza in fatto di ambascerie l'incarico di ottenere dall'imperatore la conferma dei privilegi e della protezione concessi alla città da Massimiliano I nel 1509. Quella di Cesare de Nobili non fu una missione facile, per le tante difficoltà sollevate dai ministri imperiali, e principalmente dal gran cancelliere Mercurino da Gattinara. Per quasi un anno si trovò a seguire la corte nei suoi spostamenti in Fiandra e in Germania, e raggiunto infine nel maggio del 1522 l'accordo sulla somma

FRIGO [ed], *Ambasciatori e nunzi. Figure della diplomazia in età moderna*, numero monografico di «Cheiron», 30, 1999, p. 73 e *passim*); e questo fece di papa Farnese un importante punto di riferimento per il governo lucchese. Del tutto sincere appaiono dunque le espressioni di sconforto usate dagli Anziani scrivendo al cardinal Farnese nel novembre del 1549: «Sa Idio, che vede il tutto, con quanta amaritudine et acerbo dolore ci sia venuta agli orechi l'infelice nuova della morte di Nostro Signore santissima memoria, ... ogni dì più c'accorgeremo d'esser rimasti privati di quel unico rifugio a cui confidentemente facevamo ricorso nei bisogni nostri, et dal quale non ci partimmo mai scontenti. Onde con calde e amare lacrime ci condogliamo con Vostra Signoria reverendissima e illustrissima di questo danno comune»; AS, Parma, *Carteggio farnesiano estero*, Lucca, b. 260 (già 160).

[3] Per la visita del 1536, si veda l'avviso di NICOLAO MONTECATINI, *Entrata del imperatore nella città di Lucca*, s.d. (ma probabilmente pubblicato a Roma in quello stesso anno); opuscolo ristampato in G. VOLPI, *Carlo V a Lucca nel 1536. Lettera di Niccolò Montecatini con note e documenti pubblicata per le nozze del dottor Pietro Pfanner con la signorina Virginia Morelli*, Lucca, Giusti, 1892. Per la visita del 1541, da segnalare un avviso anonimo di un osservatore estense: AS, Modena, *Cancelleria ducale. Ambasciatori, agenti e corrispondenti all'estero*, Lucca, b. unica.

[4] M. BERENGO, *Nobili e mercanti*, cit., p. 16.

da pagare (15.000 ducati), tornò in Italia con il diploma che confermava Lucca come città imperiale. Più che il passato di antico infeudamento all'Impero[5], divenuto con il tempo quasi una formula priva di un preciso contenuto giuridico e politico, a far prendere la via di Bruxelles al de Nobili fu il quadro che si annunciava assai tempestoso delle guerre d'Italia, e la piena consapevolezza che – come scrive ancora Berengo – «essere neutrale per un piccolo Stato significa[va] venir giudicato francese dagli imperiali e imperiale dai francesi, senza godere per contropartita l'appoggio di alcuno dei due contendenti». Era inevitabile, alla luce della prudenza che sempre ispirò la condotta lucchese, che la scelta compiuta nel 1521 divenisse definitiva. Agli obblighi che essa comportava, la minuscola Repubblica sostanzialmente non si sottrasse più nel susseguirsi di quegli anni agitati, pur tentata ad ogni passo dal desiderio di salvaguardare in qualche modo i suoi rapporti con la Francia. In seguito, il legame con l'Impero sarà puntualmente riconfermato di sovrano in sovrano. Per quanto potesse apparire temporanea, poiché i privilegi e la protezione decadevano con la morte dell'imperatore che li aveva concessi ed era ogni volta necessaria la conferma da parte del successore[6], la qualifica di città imperiale continuò di fatto e senza interruzione fino all'invasione francese.

Com'è noto, la politica estera della Repubblica si riduceva a poca cosa, con ambasciatori che appaiono più pronti a propagandare la superiorità della produzione serica della città che a loro agio nel trattare affari di Stato. Quel che più stava a cuore al governo lucchese era sì di non lasciarsi coinvolgere nel grande gioco della politica europea, evitando il rischio di «trasformare il proprio territorio in un campo di battaglia»; ma anche di poter continuare a svolgere quei traffici che da secoli erano fonte di prosperità, trattando di tutto con tutti e ovunque. Persino di un uomo avvezzo alle magistrature e alle corti delle altre città italiane come Cesare de Nobili, che con la sua forte personalità diplomatica appare decisamente un'eccezione nel pano-

[5] Cfr. G. TOMMASI, *Sommario della storia di Lucca*, in «Archivio storico italiano», 10, 1847, pp. 381-383.

[6] AS, Lucca, *Capitoli*, 44-46. Ad esempio nell'ottobre del 1564, a distanza di pochi mesi dalla morte di Ferdinando I, gli inviati della Repubblica sono sotto l'occhio dell'ambasciatore toscano presso la corte imperiale, Giulio Ricasoli, che ne scrive a Cosimo I: «Sono ancor qui gli ambasciatori lucchesi, i quali aspettano la confermatione delli lor privilegii che già l'hanno ottenuta da Cesare, né vi mancava altro che l'impressione de' suggelli imperiali che si son nuovamente fabricati con l'insegne et nome di Massimiliano. Intendesi che hanno presentato l'imperatrice di drappi di diverse sorte che ascendeno al valore di 3.000 scudi». AS, Firenze, *Mediceo del Principato*, filza 4324, c. 596r.

rama lucchese[7], possiamo dire senza ombra di dubbio che non perdeva mai d'occhio le ragioni degli affari. Quelle, cioè, che nella Lucca del Cinquecento portavano tutti, dal più ricco mercante all'ultimo degli artigiani, a guardare in due direzioni: a Lione e ad Anversa, al tempo i centri più importanti della vita economica del mondo occidentale.

Quando ai primi di luglio del 1542 riprese nuovamente la guerra fra Francesco I e Carlo V con la tempesta che si addensava minacciosa nei Paesi Bassi, il de Nobili, che trascorse gran parte della propria vita in viaggio, era a Lucca in attesa di ripartirne, e il suo pensiero – come quello di tutti in città – correva immediatamente agli interessi che si giocavano sulla piazza di Anversa, un'Anversa sentita come «un'altra Lucca» per la consistenza e l'ampiezza del giro d'affari che le principali case della città vi avevano. L'autorevole oratore di più e più legazioni che si succedettero dopo quella del 1521, che fu anche un prestigioso giurista in rapporti assai stretti con la corte estense, il 24 agosto scriveva al duca Ercole II a proposito «delle principiate guerre in quelli luoghi tra li dui potentissimi re cristiani». Un suo figlio era ad Anversa al governo di una grossa compagnia, e le lettere che gli inviava, quelle «di più altri nostri mercanti di Anversa a più nostri particulari qui», gli avvisi che con esse giungevano, tutto quanto dava ampio conto di quegli eventi, per cui – confessa col più sentito accoramento – «siamo stati in grandissimo dispiacere dubitando della ruina di Anversa che si haveria portato appresso la ruina di questa città, per haverla, di facultà et homini, un'altra Lucca»[8]. Che fosse ben consapevole degli interessi concretamente in gioco, lo conferma la prudenza di cui dava prova in occasione della successiva pace firmata nel settembre del 1544, con la nota clausola matrimoniale – «clausola essenziale e centrale del trattato pubblico di Crépy» – che prevedeva l'«alternativa» fra il cedere i Paesi Bassi o Milano al duca di Orléans, dandogli in moglie nel primo caso l'infanta Maria, figlia di Carlo V, e nel secondo caso l'arciduchessa Anna, figlia di Ferdinando re dei Romani.

Appena tre settimane dopo la firma, mettendo innanzi l'esempio del duca estense che sebbene tenesse alle due corti ambasciatori residenti si era affrettato a inviare «due suoi gentilhuomini, l'uno a Cesare, l'altro al re, in poste, a rallegrarsi di questa pace, et con li figli del re et grandi della una corte et

[7] Su di lui, oltre a M. Berengo, *Nobili e mercanti*, cit., pp. 55-56 e *passim*, si veda anche la voce di P. Messina, *Cesare de Nobili*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, 38, Roma 1990, pp. 746-750.

[8] AS, Modena, *Cancelleria ducale. Ambasciatori, agenti e corrispondenti all'estero*, Lucca, b. unica.

della altra», da Ferrara, ove era allora consigliere del duca per la giustizia, il de Nobili sollecitava gli Anziani a seguire anch'essi quella strada:

«Simili offitii non manco si appartiene a noi che alli altri, sì per l'universal benefitio che succede alla Christianità di questa santa pace, sì per il particulare interesse della città nostra et conservatione dello Stato et libertà di essa».

E tanto più in previsione del futuro ruolo del duca di Orléans, «sotto la cui protettione, succedendo, come potrà esser, che fusse duca di Milano, la città nostra ha da star quieta»[9]. Al pressante invito fatto ai suoi concittadini poteva forse non essere del tutto estranea l'influenza di un modello di riferimento di grande prestigio e tradizione come era quello offerto dalla diplomazia estense, ma sicuramente a pesar di più era la necessità, da lui stesso già avvertita molti anni prima quando Milano era stata occupata dai Francesi[10], di mantenere in ogni caso buoni rapporti con quello che era un centro di grande importanza per il commercio lucchese.

A questo proposito, merita rilevare come in ogni tempo si guardasse a Milano con la massima attenzione. Lì poteva capitare che gli ambasciatori straordinari che vi giungevano in missione fossero scortati nelle visite ufficiali «da quelli di nassione che erano in Milano con molte carrozze»[11] (1598), e a quel governatore si riservavano di solito riguardi speciali e il dono dei drappi più belli. Se poi allunghiamo lo sguardo ben oltre, in questa ottica ci sembra assai significativo l'atteggiamento che avrà il governo lucchese di fronte alle vicende politiche e diplomatiche della guerra di successione spagnola[12].

[9] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*. Lettere originali, 453, 9 ottobre 1544.

[10] Cfr. G. CAROCCI, *La politica estera di Lucca fra il 1480 e il 1530 studiata nelle relazioni dei suoi ambasciatori*, in «Notizie degli Archivi di Stato», 9, 1949, p. 77.

[11] A. PELLEGRINI, *Relazioni inedite di ambasciatori lucchesi alle corti di Firenze, Genova, Milano, Modena, Parma, Torino (sec. XVI-XVII)*, Lucca 1901, p. 45. Relazione di Mencone Menconi e Girolamo Guidiccioni del 21 dicembre 1598. I due erano stati inviati a Milano per complimentare Margherita d'Austria, sposa a Filippo III, e l'arciduca Alberto che si era unito a Isabella, figlia di Filippo II.

[12] Nel 1707, dopo la battaglia di Torino (settembre 1706) e i successi della coalizione antifrancese, a Lucca si affermava che la Repubblica aveva fino ad allora tenuto ambasciatori a Madrid per lo Stato di Milano «posseduto da' Monarchi di quella Corona, hoggi che lo stato di Milano non è più in potere di Filippo V, ma di Carlo III, non pare che sia conveniente che [l'inviato lucchese a Madrid Pier Francesco Boccella] vi continui la sua permanenza appresso Filippo V, massime in tempo che tra esso e Carlo III vige acerbissima guerra». Citato in E. CRESSERI, *Un ambasciatore lucchese alla corte di Madrid tra Austrias e Borbone*, tesi di laurea, Università Cattolica del Sacro Cuore, Facoltà di Scienze della Formazione, relatore prof. C. Mozzarelli, a.a. 2000-2001, pp. 102-103. Il Boccella fu a Madrid per cinque anni, dal 1703 al 1708. Devo la segnalazione di questa tesi a Cinzia Cremonini, che ringrazio.

A prevalere, nella politica seguita dalla Repubblica dopo il 1521, pur nell'ambito di uno schieramento che non appare mai messo in seria discussione, fu la tenace volontà di ritrarsi dal più vasto gioco politico; di privilegiare sempre e comunque una linea defilata, che appare facilitata dalla sua stessa posizione marginale e dalla sua «picciolezza». Non vi è dubbio che avesse a che fare con questa vocazione anche la risoluta opposizione messa in atto senza indugio nell'estate del 1546 a un eventuale spostamento del concilio a Lucca, in seguito alla scoperta del pericolo di contagio a Trento. In verità i motivi che il governo lucchese si affanna a mettere in campo sono di ordine pratico, come la difficoltà ad accogliere per lungo tempo un gran numero di persone e l'«interrompimento delle faccende», questione di non poco conto per una città che vive «sulle mercantie delle faccende»; ma al cardinal Bartolomeo Guidiccioni, di cui ci si affretta a chiedere l'intervento presso Paolo III Farnese non appena si viene a conoscenza delle voci che correvano a quel proposito, dovevano suonare non meno convincenti le «molte altre ragioni» di ordine più generale – lasciano intendere gli Anziani – «le quali ci sforzano a tirarci adietro»[13].

Si rifugge costantemente da una esposizione che, nelle più diverse situazioni, è avvertita come pericolosa e gravida di rischi per il «pacifico et populare Stato». Così nell'estate del 1548 gli Anziani si fanno carico di muovere un sollecito richiamo a quelli di Lione per le voci che erano loro giunte di un eccessivo sfarzo dispiegato nei festeggiamenti per l'entrata di Enrico II nella città:

«Ci par cosa considerabile et laudabile che voi non dobbiate concorrere o competere, sì nello spendere come nella precedenza, con altra natione per molte cause considerabili, et che più presto col tempo potrebbono portare et alla città et a voi più danno che utile»[14].

Quella dei Lucchesi a Lione era certamente una presenza importante, con nomi più che famosi a cominciare da quello dei Buonvisi, la cui attività commerciale e bancaria spaziava in ogni direzione, sovente in concorrenza con la firma fiorentina dei Capponi. Ma le ragioni di un «concorrere o competere» senza riserve, che sono poi le stesse che nella cornice dei più diversi scenari andranno ad alimentare una serie ininterrotta di conflitti per le «precedenze» nel cerimoniale di corte, rimangono estranee a una classe dirigente impegnata a garantire la sopravvivenza del piccolo stato cittadino, sullo sfondo della costruzione del sistema imperiale di Carlo V.

[13] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 549, p. 587 ss. Per la volontà del papa di trasferire il concilio a Lucca, cfr. A. TALLON, *La France et le Concile de Trente (1518-1563)*, Roma 1997, p. 179.

[14] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 550, pp. 87-88.

Lucca non teneva alla corte cesarea residenti stabili (ne avrà, invece, a Firenze e in Spagna), ma inviava di volta in volta ambascerie. Per questo poteva capitare che all'inizio del 1554, in una congiuntura difficile come quella che si era aperta con la guerra di Siena, il nipote di un ambasciatore estense che era stato a lungo al seguito di Carlo V, da Bruxelles, ove si trovava a corte, si facesse avanti per offrire i suoi servigi. Scriveva Pier Francesco Feruffini agli Anziani il 7 febbraio di quell'anno:

«Con tutto ch'io sapia molto bene che se fusse loro impiacere puotrebbero tenere qua imbasciatori, et che hanno de molti cittadini i quali in ogni cosa saprebbero fare molto meglio di me, ma vedendo che quella repubblica non ha mai voluto metersi in quest'obligo ... ho voluto ... offerirli l'animo e forze mie»[15].

È appena il caso di dire che a Lucca nessuno era disposto a prenderlo troppo sul serio, e il povero Feruffini non avrebbe tardato a rendersene amaramente conto. Con il precipitare degli eventi, prima della fine dell'estate il governo lucchese nominava suo rappresentante a Bruxelles Scipione Sardini, al tempo non ancora trentenne ma già proiettato verso una brillante carriera, distogliendolo dalle contrattazioni della borsa di Anversa.

Non è questo l'unico caso in cui, di fronte a una pressante urgenza, vediamo dei lucchesi costretti a lasciare in sospeso la cura degli affari e precipitarsi a corte per ribadire la fedeltà della Repubblica. Magari tenuti, pur di malavoglia, a provvedersi in tutta fretta di abiti di rappresentanza non avendone di appropriati, come dovevano fare i due, un Balbani e un Guinigi, cui toccava di rendere omaggio ad Anna d'Austria di passaggio ad Anversa nel 1570[16]. A questo proposito, non può sfuggire il significato che il fatto verrebbe ad acquistare nel quadro di una riflessione sui rapporti che Lucca aveva con le forme e i modi dell'esercizio diplomatico[17], nonché sui margini di adesione alla prassi consolidata di un cerimoniale cortigiano che non sottovalutava l'importanza dell'abbigliamento.

La devozione alla causa ispano-imperiale si concretizza, oltre che nelle manifestazioni di ossequio, nel pagamento di sostanziosi contributi; capitolo questo che meriterebbe una precisa messa a punto nelle sue diverse voci, e in

[15] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 457, 7 febbraio 1554.

[16] Cfr. *infra*, nota 57 e testo corrispondente.

[17] In tal senso, ci sembra significativo anche il disappunto che provocava il forzato mutamento di programma riguardo all'ambasceria da inviare a Mantova in occasione delle nozze del duca Guglielmo nel 1561. L'ambasciatore designato, Nicolao Bartolomei, era già pronto per «andar in poste, ... et s'era misso a ordine per partirsi la mattina», quando sopravvenute considerazioni di opportunità rendevano necessario che andasse «honorato, et che menasse cavalli da sé». AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Ricordi, vol. 424, p. 368.

cui, per fare un esempio, si passa dai contributi per la causa ispano-imperiale nel periodo che corre fino alla pace di Cateau-Cambrésis ai contributi per sostenere gli imperiali nella guerra contro il Turco, e in particolare nella grande guerra ungherese che oppose l'imperatore e il sultano dal 1593 al 1606. Qualche cifra. Fra il 1536 e il 1549 erano sborsati, «per servitio dell'essercito di Sua Maestà», 22.000 scudi: 8.000 nel 1538 al marchese del Vasto che a Milano doveva pagare gli arretrati alle truppe; 3.000 nel 1540 «a Piero d'Ybarra, contador dell'essercito»; 7.000 nel 1542 per l'acquartieramento degli imperiali che, reduci dalla spedizione di Algeri, svernavano in Lunigiana; 4.000 nel 1543 ancora al marchese del Vasto a Milano «per le cose di Nizza», ossia per il soldo della guarnigione di Nizza, bloccata com'era dall'armata franco-barbaresca comandata dal duca Francesco di Borbone e dal Barbarossa[18]. Nel 1557 un prestito di 12.000 scudi era concesso al cardinale di Trento[19], allora governatore di Milano. Nel 1593, su richiesta di Rodolfo II e del papa Clemente VIII, la Repubblica contribuì alla guerra contro i Turchi con una somma che all'inizio fu di 9.000 scudi, e che nel corso dei quattro anni successivi raggiunse un totale di 27.674 scudi lucchesi[20]. Per avere un termine di raffronto, ricordiamo che nella seconda metà del Cinquecento il capitale di una grossa bottega di seta in città si aggirava sui 15-20.000 scudi.

La fama che circondava Lucca, fondata sulla secolare floridezza della sua industria serica e certamente alimentata da quegli omaggi di pregiati drappi che il governo lucchese era solito dispensare con generosità a potenti d'ogni sorta, era quella di una città di mercanti che svolgevano lucrosissimi traffici in tutta Europa. Questo contribuiva a far crescere le aspettative degli esattori imperiali, e non mancava chi, come il duca di Sessa nel 1524, immaginava risorse infinite fino a parlare di una Lucca «sensa comparatione ... più richa che Genova o Firense»; o di un Buonvisi che «solo, uno anno potria mantenere lo exercito cezareo a suoi spese»[21].

18 AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 550, pp. 183-184. Scritture attinenti a questi e ad altri pagamenti fatti ad agenti cesarei e spagnoli tra il 1511 e il 1565: AS, Lucca, *Imposte diverse e straordinarie*, 16.

19 AS, Lucca, *Capitoli*, vol. 44, pp. 644-666.

20 Cfr. G. TOMMASI, *Sommario della storia*, cit., p. 472. Per il contributo dato dalla Repubblica fra il 1593 e il 1601, nel quadro generale della politica dei vari Stati europei di fronte alla guerra, cfr. J.P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der «Lange Türkenkrieg» Kaiser Rudolfs II. (1593-1606)*, (Archiv für österreichische Geschichte, 135) Wien 1993, pp. 436-437.

21 M. BERENGO, *Nobili e mercanti*, cit., p. 53, nota 2.

Sin dall'inizio, da quando si era trattato con Massimiliano I per far scendere i 12.000 ducati richiesti ai 9.000 concordati, e più ancora al tempo della missione del de Nobili a Bruxelles, per meglio resistere alle insistenti pressioni si puntava a far passare l'immagine di una città «pichola», che non disponeva certo delle smisurate ricchezze che proverbialmente le venivano attribuite. Agli ambasciatori inviati alla corte imperiale si raccomanda ogni volta di rinnovare le consuete quanto interessate proteste di povertà, e di ricordare le grosse spese che si dovevano affrontare per l'approvvigionamento dei viveri e per i lavori di fortificazione: quella cinta muraria che tanto aveva colpito Carlo V in occasione della sua visita nel 1536, e che si cerca di accreditare come «cosa importante al Sacro Imperio». Mettendo per di più in conto, e non senza qualche ragione mano a mano che il secolo avanza, il crescente affanno dell'industria serica cittadina.

C'è da dire che quella di insistere sulla «povertà della città» è una linea di condotta che si ripropone nelle circostanze più diverse. Mentre era a Firenze ospite di Bernardo Soderini nell'autunno del 1577, un nobile polacco universalmente noto per la sua prodigalità, il palatino di Sieradz Olbracht Łaski (il «prencipe Alasco polacco» della *Cena delle ceneri* di Giordano Bruno), capitava a Lucca con la speranza di strappare un bel prestito. Non concluse niente, ci informa il nunzio Alberto Bolognetti che a Firenze aveva saputo la cosa dall'ambasciatore lucchese, «perché i deputati dalla Signoria a tenergli compagnia, pigliorno buona occasione d'essagerar tanto la povertà di quella repubblica, ch'egli si risolse di non fare la domanda»[22].

Le dispute tra il governo lucchese e i rappresentanti imperiali sulle capacità contributive della città furono sempre assai vivaci, e talora riguardavano pure i tempi dei pagamenti. «La necessità non può patire dilatione alcuna», intimava seccamente un uomo di guerra come il marchese del Vasto, allora governatore di Milano, nella difficile congiuntura dell'anno 1538. Ma al di là di esse, al momento di deliberare lo stanziamento di quei contributi torna a farsi sentire, di volta in volta, il senso di una salda e immutata fedeltà. Anche quando, dietro le solite proteste dei lucchesi, vi erano effettive difficoltà che travagliavano l'economia cittadina. Così, ad esempio, alla fine di febbraio del 1576, allorché si stanziavano 10.000 scudi che dovevano servire a sostenere la candidatura di Massimiliano al trono polacco. Una serie di fallimenti succedutisi negli ultimi tempi sulle piazze di Anversa e di Lione, e le pessime notizie che seguitavano ad arrivare dalla Francia e dalle Fiandre, facevano sì che su Lucca gravasse in quei giorni un clima di catastrofe. Ma se pur le circostanze non consentivano un contributo

[22] Archivio Segreto Vaticano, Roma, *Nunziatura di Firenze*, 5, cc. 268, 282.

più generoso «pro negotio regni Polloniae»[23], era comunque fatta salva la «buona volontà et servitù [della Repubblica] verso la Maestà cesarea», e all'ambasciatore Claudio Trivulzio che sostava a Lucca, sulla via del ritorno da Roma, si prometteva che la somma sarebbe stata prontamente pagata all'imminente fiera di Quaresima di Francoforte.

2. *I rapporti con Ferrante Gonzaga*

A chi ripercorra le vicende lucchesi della prima metà del Cinquecento, non sfugge il senso di una vicinanza a personaggi influenti della corte di Carlo V come il gran cancelliere Nicolas Perrenot, signore di Granvelle, o il figlio, monsignor di Arras e più tardi cardinale (il Granvelle fu a Lucca nel 1536 al seguito dell'imperatore[24]); o a personaggi comunque in qualche modo prossimi al partito imperiale come il cardinale di Trento, Cristoforo Madruzzo, o il cardinale di Mantova, Ercole Gonzaga. Sempre incline a favorire i lucchesi sembra fosse Alfonso d'Avalos marchese del Vasto, comandante delle forze imperiali in Italia[25]; e ancora più netti, di immediata percezione, appaiono i segni che legano la città al fratello del cardinale Gonzaga, il potentissimo don Ferrante Gonzaga che fu a lungo molto ascoltato da Carlo V, fino a quando non cadde in disgrazia. Tutti elementi in qualche modo significativi, che offrono la misura di come il governo lucchese puntasse più su un sistema di aderenze personali e protezioni che non sull'efficacia di un gioco diplomatico di ampio respiro. Quasi dando vita a una sorta di diplomazia 'parallela', la quale, ad esempio, non mancava di sfruttare le risorse offerte sia da un'industria serica fra le più ammirate del tempo che dalla fama dei suoi Bagni, le cui acque troveranno la massima celebrazione in alcune vivaci pagine del *Journal de voyage* di

[23] AS, Lucca, *Consiglio generale*, Riformagioni pubbliche, vol. 63, c. 40; *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 553, p. 658. Un informatore lucchese del segretario granducale Bartolomeo Concini, nel dargli notizia il I marzo 1576 dei 10 mila scudi d'oro che la Repubblica aveva appena assegnato al conte Trivulzio, conferma le difficoltà del momento: «Il qual segno non s'è potuto passare in alcuno modo stante i travagli nei quali si ritrova hoggi dì questa nostra città; non manco per i fallimenti seguiti di tanta importanza come Lei sa, come per timore di maggiori ne soprastanno d'ogni hora per i motivi così della Fiandra che della Francia». AS, Firenze, *Mediceo del Principato*, filza 683, c. 16.

[24] Da lì, il 7 maggio di quell'anno scriveva al cardinal Farnese per raccomandare il vescovo di Bagnarea. AS, Parma, *Carteggio farnesiano estero*, Lucca, b. 260 (già 160).

[25] Si veda, ad esempio, la parte che ebbe in una vertenza (1538) fra Cosimo I e la Repubblica per un'aggressione subita da mercanti lucchesi che, in territorio senese, furono depredati di sete di gran pregio, G. SPINI, *Cosimo I e l'indipendenza del principato mediceo*, Firenze 1980, pp. 157-159.

Montaigne (1581). Come a compensare per queste vie la mancanza di quella rete di relazioni dinastiche, clientelari e famigliari che negli Stati principeschi permettevano di costruire veri e propri sistemi di alleanze. In questo senso il caso di don Ferrante, che incontriamo a Lucca nel 1536 al seguito dell'imperatore dopo l'impresa di Tunisi[26], nel pieno vigore dei suoi trent'anni, ci sembra esemplare.

Attraverso l'influente capitano di Carlo V, che ebbe dapprima l'incarico di viceré di Sicilia (1536-1546) e poi di governatore di Milano (1546-1554) dopo la morte del marchese del Vasto, passavano molte delle questioni che toccavano Lucca in quegli anni. Per lui, e per il figlio Cesare che gli succedette nel titolo di Guastalla, doni, riguardi e cortesie di ogni genere a non finire: dai ricchi prestiti in denaro alla concessione della *civilitas* (1563) a un vecchio servitore del Gonzaga, il più fedele, il capitano Federico Gazino[27] che l'aveva seguito in tutte le imprese e che instancabile, andando avanti e indietro, teneva i contatti con la corte imperiale; e al solito superbi drappi, omaggio sempre bene accetto, specialmente dalla moglie di don Ferrante Isabella Di Capua. Quanto di meglio poteva offrire la produzione serica cittadina diveniva allora in questa, come in tante altre occorrenze, strumento di una prassi diplomatica di cui merita dar conto[28]. Lo stesso don Ferrante e

[26] Da Lucca, scriveva a più riprese a Mantova per informare «delle nuove di ... corte»; AS, Mantova, *Archivio Gonzaga*, b. 1138.

[27] Su di lui cfr. la voce di R. TAMALIO, *Federico Gazino*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, 52, Roma 1999, pp. 748-750. Per il Gazino creato cittadino lucchese nell'ottobre del 1563, cfr. AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 552, pp. 320-321.

[28] Si veda la lettera del 25 novembre 1553, da Asti, con cui il Gonzaga ringrazia gli Anziani per una cassetta di velluti che aveva molto gradito: AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 457. Nell'estate del 1552 Isabella Di Capua, principessa di Molfetta, era ai Bagni e agli inviati del governo lucchese incaricati di renderle omaggio faceva apertamente capire che avrebbe apprezzato il dono di qualche drappo, AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*; Ricordi, vol. 424, p. 105. Da Casale, il 23 luglio il Gonzaga ringrazia per le cortesie usate alla consorte, AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 456. I drappi serici erano una 'risorsa' non trascurabile della diplomazia lucchese: si vedano, ad esempio, quelli fatti arrivare nell'estate del 1550 (tramite i Buonvisi-Diodati di Anversa) ad Augusta, ove dall'imperatore era stata convocata la Dieta, preceduta da una grande riunione di famiglia. Erano destinati all'anziano e potente gran cancelliere Nicolas Perrenot de Granvelle, e al figlio Antoine Perrenot de Granvelle, vescovo di Arras (AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 550, pp. 197, 202-203) che li avranno certamente apprezzati. Non meno di quanto monsignor d'Arras gradiva il velluto cremisino per un paramento da letto donatogli da Milano, in ricompensa della sua «protectione» alla città lombarda (F. CHABOD, *Carlo V e il suo impero*, Torino 1985, p. 510). Per drappi inviati dal governo lucchese in dono a illustri personaggi: AS, Lucca, *Consiglio generale*, Riformagioni segrete, vol. 355, *passim*.

la principessa di Molfetta non disdegnavano di curar acciacchi e malanni ai Bagni tanto rinomati, lì ove avevano magnifiche dimore le principali famiglie dell'oligarchia cittadina; e neppure Cesare Gonzaga ne perderà l'abitudine. Anzi, di quei posti fu un assiduo frequentatore. I Bagni, del resto, alla corte di Mantova godevano di ottima fama, da quando Paolo Giovio ne aveva raccomandata l'acqua al duca Federico II come «benedetta e data e monstrata da li dei»[29]. E se appare scontato che a Lucca don Ferrante alloggiasse in casa Bernardini, in omaggio a un suo fedele servitore uscito da quella famiglia (Nicolao Bernardini), la moglie, quando vi fu, alloggiò in casa Guinigi, e per l'occasione in suo onore Giovanni Tegrimi, più tardi ambasciatore a Firenze, metteva a disposizione i bei cuoi d'oro per cui era rinomato[30]. Insomma una consuetudine di relazioni che vediamo dilatarsi ben oltre l'ufficialità delle cariche ricoperte dal Gonzaga, e in cui si inserisce la curiosa vicenda della villa Burlamacchi, nei pressi di Lucca. Sequestrata dopo la fallita congiura del Gonfaloniere, finiva nelle mani di don Ferrante, che la mise all'asta nel 1556. L'operazione, che avrebbe dovuto rendere la bella cifra di 8.500 scudi (ma ignoriamo come si concludesse), fu favorita in ogni modo dalla Repubblica «per fare cosa grata a Sua Eccellenza illustrissima», e vi fu coinvolto uno dei più solidi banchi cittadini, quello dei Buonvisi-Diodati[31].

Quando nel 1554 il Gonzaga fu convocato alla corte imperiale a render conto del suo operato come governatore di Milano, subito comunicava agli Anziani la sua imminente partenza con un insistito richiamo all'«antiqua amicitia nostra»[32]. Nella trama di una storia di rapporti che, seppur qui appena accennata, si dipana a maglie fitte per decenni, appare evidente che quella non era una semplice frase di circostanza. Tanto più che dell'amara conclusione che lo vedeva consegnato per il momento a vita privata, egli

[29] Si veda la lettera del Giovio da Roma del 17 gennaio 1524, in P. GIOVIO, *Lettere*, a cura di G.G. FERRERO, 2 voll., Roma 1956-1958, I: *1514-1544*, p. 108.

[30] Il Tegrimi da Pisa, 29 ottobre 1553; AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere di Firenze, vol. 635, pp. 28-29.

[31] Si veda il bando, che riporta le modalità della lotteria: Lucca, AS, *Biblioteca manoscritti*, Avanzi della Tarpea, ms 94, misc. 23.

[32] Ferrante Gonzaga da Alessandria agli Anziani, 6 marzo 1554, AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 457. Anche il cardinal Gonzaga, fratello di don Ferrante, intervenendo in difesa di certi interessi dei canonici di San Frediano nell'agosto del 1546, rammenta agli Anziani «l'amicitia che è stata sempre tra cotesta città et la casa mia»; AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 549, p. 379 (tutta la lettera, pp. 379-380).

si dava premura di scrivere subito a Lucca, prima di lasciare le Fiandre per fare ritorno in Italia[33].

In effetti Lucca rientrava con un suo ruolo che non era affatto trascurabile nella concezione politica generale di Ferrante Gonzaga, in quel suo disegno che vedeva privilegiati gli interessi puramente mediterraneo-italiani della Spagna a scapito dell'idea imperiale di Carlo V. In tale prospettiva il Gonzaga, che fu uno dei due plenipotenziari imperiali per la stipulazione della pace di Crépy (era allora viceré di Sicilia), si oppose a quella delle due soluzioni che prevedeva la cessione del Milanese. Piuttosto egli accarezzava il progetto di uno scambio tra il Piemonte e i Paesi Bassi, poiché riteneva che su di essi la Spagna non potesse fare molto affidamento; cogliendo con precisione la debolezza che minava l'eterogeneo sistema dei domini imperiali, separati e lontani fra loro. Quanto all'Italia, per «stabilire» le sue cose stimava necessario, oltre al dominio del Piemonte, tenere a freno Cosimo I dei Medici, impadronendosi di Siena e di Lucca, entrambe «per natura et per accidente nemicissime a fiorentini»: gli Stati di Siena e di Lucca in potere di Carlo V erano «et freni a quello di Fiorenza ... et ... scale non solo da poter difendere ma da offendere». Per Lucca, in particolare, nel suo memoriale a Carlo V affermava di avere già «disposti Luchesi a volersi sottomettere a V.M. et a S.A. et a supplicarli che si degnino pigliare la loro protettione»[34]. L'ostilità che nei Consigli imperiali incontrò un programma politico da cui subito prendeva le distanze il Granvelle, l'altro plenipotenziario che aveva firmato la pace di Crépy, scongiurava il rischio che la tenace volontà della Repubblica di evitare ogni stabile ingerenza imperiale nel suo governo compromettesse i rapporti con don Ferrante.

Fino alla morte, avvenuta nel novembre del 1557, il Gonzaga fu un sicuro punto di riferimento per la classe di governo lucchese e ad essa offrì un aiuto prezioso nei momenti più difficili. Emerge chiaramente anche dalla parte che ebbe nell'intricato gioco diplomatico che si intrecciò intorno

[33] Ferrante Gonzaga da Anversa agli Anziani, 7 aprile 1555; AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 458. A Mantova, ove si ritirava a vivere, era inviato Giovanni Tegrimi a fargli visita. Si veda la lettera del 13 giugno 1555, in AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 458.

[34] F. CHABOD, *Carlo V*, cit., pp. 215-216. Per i contrasti nel dibattito sulle direttive generali della politica imperiale, si vedano soprattutto pp. 185-242 («Milano o i Paesi Bassi? Le discussioni in Spagna sulla 'alternativa' del 1544»; «Contrasti interni e dibattiti sulla politica generale di Carlo V»). Già segnalava il favore del Gonzaga nei confronti di Lucca, sottolineandone l'importanza in funzione antimedicea, G. TOMMASI, *Sommario della storia*, cit., p. 438. Sulla decisa avversione manifestata in più occasioni dal Gonzaga nei confronti di Cosimo ha richiamato la mia attenzione anche Sandra Contini, che ringrazio.

alla figura di Francesco Burlamacchi, dopo la scoperta fatta nell'estate del 1546 della congiura antimedicea. Assai presto, nonostante le risolute rimostranze di parte fiorentina, egli prese difatti a sostenere apertamente la tesi lucchese della pazzia e della irresponsabilità del Gonfaloniere; e da lì a dare l'incarico a uno dei suoi migliori agenti, Girolamo Muzio, di persuadere Cosimo alla grazia il passo fu breve[35].

Ancor più aperto e decisivo doveva essere il suo sostegno un decennio più tardi, nell'autunno del 1557, in quelli che furono i suoi ultimi giorni. Richiamato da Napoli, era allora da poco rientrato a Bruxelles per partecipare alla preparazione della campagna culminata con la battaglia di San Quintino (10 agosto), e intanto manovre minacciose, messe in atto da Paolo IV e dal cardinal nipote Carlo Carafa ai danni della Repubblica, rilanciavano le solite accuse di eresia contro quella che era considerata una delle città più «lutherane» d'Italia. Egli non solo assecondava allora i timori dei lucchesi, lamentando proprio con il loro inviato Girolamo Graziani che Cosimo era «troppo grande anche senza Siena», ma – a prestar fede a uno dei più attenti cronisti cittadini – si spingeva fino a garantire dinanzi a Filippo II per la Repubblica, e ricordava con fermezza la devozione da essa sempre mostrata, «a tempo del suo governo, verso il servitio della sacra Maestà di Carlo Quinto»[36].

3. *Lucca e Firenze*

La questione dei rapporti fra Lucca e l'Impero si intreccia fin dall'inizio con quella dei rapporti, sempre difficili, fra Lucca e Firenze. A complicare le cose, in quella sorta di tradizione di diffidenza che ne regolava le relazioni, era sopravvenuta la non poco intricata questione di Pietrasanta

[35] M. BERENGO, *Nobili e mercanti*, cit., pp. 213-214, 217.

[36] AS, Lucca, *Biblioteca manoscritti*, mss 15-17, *Cronica di Lucca scritta da Giovanni di messer Vincenzo Saminiati*, III, cc. n.n., *ad annum*. Nel dare notizia della morte del Gonzaga avvenuta a Bruxelles il 16 novembre 1557, Giovanni Sanminiati nella sua *Cronica di Lucca* conferma quanto fosse stato importante in quell'occasione il suo appoggio: «Non poco giovò la presenza sua alla republica di Lucca havend'egli, come affettuoso a essa republica, operato molto per giustificarla et ritornarla in gratia di Sua Maestà, contradicendo alle false calumnie che gl'erano date appresso quella Maestà da malevoli, e certificandola della sincerissima sua devotione verso la serenissima casa d'Austria, rammemorando la prontezza che sempre dimostrata haveva, a tempo del suo governo, verso il servitio della sacra Maestà di Carlo Quinto». Per le trame dei due Carafa, cfr. S. ADORNI-BRACCESI, *«Una città infetta». La repubblica di Lucca nella crisi religiosa del Cinquecento* (Studi e testi per la storia religiosa del Cinquecento, 5), Firenze 1994, pp. 350-367.

che nel 1430 era stata ceduta da Lucca in pegno temporaneo a Genova. Quando si era profilato il pericolo che Pietrasanta passasse in mano fiorentina, Lucca si era opposta con tutte le sue forze, mal rassegnandosi poi al lodo di Leone X che nel 1513 l'assegnava a Firenze. La situazione era andata peggiorando con Alessandro, e più ancora con l'avvento di Cosimo per le sue mire espansionistiche. Un accerchiamento vissuto dai lucchesi con mal celata inquietudine, e su cui, per di più, veniva a pesare come una minaccia per la tradizionale floridezza della manifattura serica cittadina il tentativo, in cui Cosimo si ostinò con tenacia investendovi energie e capitali non indifferenti, di impiantare quell'industria nella vicina Pisa, attirandovi manodopera lucchese e servendosi, quando se ne dava il caso, di personaggi che erano stati banditi da Lucca. Un nome per tutti, quello di Andrea Pezzini, già delatore al duca del fallito complotto di Francesco Burlamacchi[37].

Con il consolidarsi dell'alleanza mediceo-imperiale che pone Cosimo in una indiscussa posizione di forza nei riguardi degli Stati vicini, la politica lucchese è costretta ad adeguarsi ad essa, e il difficile rapporto con Firenze alimenta e condiziona il rapporto con l'Impero. Più che mai il nodo di quei rapporti, fra Lucca e Firenze e fra Lucca e l'Impero, si aggroviglia con il grande problema di Siena.

Non vi è dubbio che Lucca guardasse con simpatia a Siena, a cui da sempre si sentiva unita da molti punti di intesa; e che per molti versi lo fosse davvero non sfuggiva – come si è visto – a Ferrante Gonzaga. Una simpatia certamente meno sottaciuta di quella con cui, forse, aveva guardato all'effimera restaurazione della Repubblica fiorentina, ma che mai tuttavia si tradusse in un'aperta difesa della libertà senese. Di come si vivesse quello che accadeva nella Repubblica amica, un esempio fra i tanti ci viene dalla vicenda dei cinque senesi confinati da Carlo V a Lucca, che nel 1547 furono fatti arrestare e consegnare al segretario dell'ambasciatore di Carlo V a Genova, per essere in seguito condotti a Milano[38]. Il governo lucchese non prova neppure a resistere all'ordine intimato da Ferrante Gonzaga, fresco governatore di Milano, ma non manca di far conoscere la profonda

[37] Per il ruolo del Pezzini nella vicenda Burlamacchi, cfr. S. ADORNI-BRACCESI, *«Una città infetta»*, cit., pp. 164-165; e nel progetto di far decollare l'industria serica pisana, R. MAZZEI, *Pisa medicea. L'economia cittadina da Ferdinando I a Cosimo III* (Studi sulla Toscana medicea, 4), Firenze 1991, p. 6.

[38] Per questo episodio, e in generale per gli stretti legami che correvano fra Lucca e Siena, cfr. G. PARDI, *Notizie e documenti sulle relazioni tra Lucca e Siena*, in «Bullettino senese di storia patria», 8, 1901, pp. 94-125.

amarezza per quell'ingiunzione a cui è tenuto a far subito fronte. Scrivono gli Anziani a Niccolò Orsucci a Siena:

«Iddio, che conosce i cuori humani sa con quanto dispiacere et travaglio odissimo questa inaspettata nuova, la qual ci ha dato et dà quel fastidio maggior che ci habbi portato qual[sivoglia] pessima novella che ci sia venuta agli orecchi da molti anni in qua».

E l'esito sortito, pur scontato, rivela tutto il rammarico con cui l'ordine era stato eseguito:

«et con universale displicentia et grandissimo dolor di tutta la città l'habbiamo fatti condurre a Viareggio con tutte quelle urbanità et quelle gratitudine che a noi sono state possibile, et ivi fattoli consegnare al detto secretario»[39].

Un sentire, dunque, di «universale displicentia et grandissimo dolor di tutta la città», che sembra uscire dal chiuso del ristretto Collegio che rappresenta il vertice del potere, e propagarsi un po' ovunque entro le mura. Ad ispirare simpatie che non dovevano affatto mutare nel susseguirsi degli eventi, come dava conto un osservatore straniero a distanza di sette anni allorché Piero Strozzi, comandante delle forze francesi e senesi, faceva un'improvvisa incursione in territorio lucchese.

Nel giugno del 1554, nell'ultima fase della guerra in cui Siena era all'estremo delle risorse alimentari, uscendo dalla città assediata con la maggior parte del suo esercito, e lasciandosi alle spalle le truppe ispano-medicee del lento marchese di Marignano, lo Strozzi puntava verso la val di Nievole, ove si congiungeva con l'esercito del Forquevaux calato dalla Garfagnana: ma nella sua manovra, transitava per la piana lucchese, e si attestava con le sue truppe a Ponte a Moriano[40]. Annibale Litolfi, uno dei più insigni ambasciatori dei Gonzaga, è in quei giorni ai Bagni di Lucca, ove si trova anche un nipote del cardinale Ercole Gonzaga[41]. Prima di rientrare a Mantova, in compagnia di alcuni gentiluomini milanesi anch'essi ai Bagni, scorta a Lucca il giovane Francesco a rendere omaggio agli Anziani e al Gonfaloniere, «ch'è qui il medesimo – egli scrive – ch'è il Doge a Vinegia», e raccoglie gli umori di cui riferisce in una lettera del 22 giugno:

«Questi luchesi non capiscono ne' panni d'allegrezza quando viene nuova buona per Francesi, et per il contrario se viene buona per imperiali restano smariti. Di qua aviene

[39] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 549, p. 194.

[40] M. BERENGO, *Nobili e mercanti*, cit., p. 224.

[41] Per il Litolfi ai Bagni di Lucca, cfr. A. LUZIO, *L'Archivio Gonzaga di Mantova. La corrispondenza familiare, amministrativa e diplomatica dei Gonzaga* (Accademia Nazionale Virgiliana di scienze, lettere ed arti. Monumenta, II), Verona 1922 (rist. anast., Mantova 1993), pp. 192-193.

che le male nuove per imperiali subito si publicano et si ampliano, et le buone si tacciono magnificando al più che si può le cose de' Francesi, et pure con tutto ciò non si può se non dire che questi signori non sieno imperiali. Ma è tanta la tema che hanno del duca di Firenze, che desiderano hora per Francesi. Et stando le cose nel termino in che sono, mal si può sapere il vero da queste bande»[42].

In realtà lo stesso Litolfi non sembra dar peso a una posizione filofrancese dei lucchesi, e nell'informare qualche giorno dopo il suo signore dell'ambasceria da essi prontamente inviata alla corte cesarea ne accoglie senza riserva le ragioni: se avevano concesso «passo et vittuaglia tanto cortesemente allo Strozza» era stato per «salvare e lor raccolti, et per non potere di meno, perché la medesima offerta fecero anche ad imperiali».

Conclusosi l'ultimo periodo delle guerre d'Italia con l'acquisto di Siena, che significava il raggiungimento di una quasi completa estensione regionale del suo dominio, nel prosieguo del tempo Cosimo non avrebbe mai lasciato passare occasione che si presentasse per ridar vigore alle vecchie ambizioni annessionistiche nei riguardi di Lucca, e ovunque ne correva voce. Gli osservatori più diversi ce ne danno conto: «Dux Florentinus contra rempublicam Lucensium nescio quid molitur. Metuo, ne tandem eam devoret aut subiciat»[43]. Così scriveva da Napoli un agente del re di Polonia molto informato delle cose italiane a un suo corrispondente di Cracovia nell'estate del 1569, alla vigilia della concessione del titolo granducale da parte di Pio V.

Che i rapporti fra Lucca e l'Impero si intrecciassero a quelli fra Lucca e Firenze lo ripropone una volta di più quanto accadeva nel 1577, quando per vie riservatissime («per lettera di Roma, per mezzo di persona di molta importanza in quella corte») giungevano all'orecchio dei responsabili lucchesi di governo certe voci a proposito delle manovre che il nuovo granduca Francesco I stava compiendo alla corte cesarea. Da poco, a Massimiliano II era successo Rodolfo II, e così c'era modo di avvalersi dell'ambasceria inviata a chiedere la conferma dei privilegi concessi dai predecessori (nel 1558 e nel 1564), celando sotto la veste della missione ufficiale un incarico segreto che doveva essere svolto nella più grande riservatezza. Spiegavano gli Anziani nell'affidare il delicato compito a Giuseppe Orsucci e Mario Sanminiati:

«Siamo stati avertiti che il serenissimo signore duca di Fiorenza habbia fatto, et faccia instanza appresso a Sua Maestà Cesarea et di haver titolo di vicario generale de l'Imperio

42 AS, Mantova, *Archivio Gonzaga*, b. 1138.

43 G. Axer (ed), *Georgii Ticinii ad Martinum Cromerum Epistulae (a. 1554-1585)*, Wratislaviae - Varsaviae - Cracoviae - Gedani 1975, p. 52.

in Toscana, et di una dichiaratione che non le sia passata prescrittione alcuna sopra le terre et luoghi che la repubblica fiorentina pretendeva haverci havuto ragione»[44].

Tutte e due le pretese suonavano quanto mai minacciose per i lucchesi («domande di molto peso, et di molta importanza alla città nostra, così tutte due insieme, come l'una separata dall'altra»), ma nell'immediato faceva temere il peggio soprattutto la seconda, che reclamava il riconoscimento che nessuna prescrizione si opponesse al diritto di recuperare i luoghi già posseduti dalla Repubblica fiorentina. Se il principato di Cosimo aveva conosciuto vertenze di confine a non finire fra Lucca e Firenze, per singole terre o castelli, ora con la mossa del figlio e successore si riapriva una pagina fra le più difficili della storia lucchese; quella che, al tempo di Mastino II della Scala, aveva visto la città, già acquistata dal signore di Verona nella prospettiva di un ambizioso disegno politico presto tramontato, finire nel giro di poco tempo sotto Firenze (1341), per passare poi sotto il dominio pisano (1342).

Per far fronte al pericolo, bisognava andare a riprendere le preziose carte sia di freschi che di remoti privilegi, quasi a saldare la storia più recente con quella più lontana sotto il segno del supremo potere a cui la città imperiale seguitava ad affidare la propria sicurezza, nel solco di una tradizione ininterrotta. All'«originale de privilegii di Carlo Quinto, di Ferdinando, et di Massimiliano di felice memoria», di cui i due ambasciatori erano tenuti ad avere «quella cura che si conviene», si aggiungeva infatti «la copia del privilegio o concessione di un vicariato generale de l'Imperio in Toscana fatta dalla felice memoria del imperatore Carlo Quarto nel cardinal Guidone» nel 1369, con la fine della dominazione pisana; quel cardinal Guidone che aveva quasi subito trasferito la qualità di vicari imperiali agli Anziani, e riconoscendo ad essi poteri legislativi, amministrativi e giudiziari amplissimi aveva di fatto legittimato la loro autorità[45]. Anche se non raggiunse lo scopo, il tentativo compiuto da Francesco I (almeno alla luce delle fonti lucchesi) di ottenere il titolo di vicario imperiale in Toscana merita una riflessione. Per quanto se ne sappia molto poco, tale ruolo non si esauriva certo nel titolo giuridico, ma poteva divenire uno strumento politico, e nel tempo non mancarono le dispute intorno ad esso. Quanto alle «pretentioni della republica fiorentina», c'era da fare i conti con la mancanza di storie ufficiali

[44] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari ambascerie, vol. 623, pp. 443-446.

[45] Su questo, si veda G. TOMMASI, *Sommario della storia*, cit., pp. 233 ss., «La serie degli Anziani, dopo la riavuta libertà, comincia nei registri pubblici, e nelle storie lucchesi, col bimestre luglio e agosto 1369». S. BONGI, *Inventario del R. Archivio di Stato in Lucca*, 4 voll., Lucca, tip. Giusti, 1872, I, p. 154.

di Lucca messe a stampa, inesistenti – com'è noto – per ragioni politiche; ripiegando dunque sulle tante cronache e memorie cittadine gelosamente custodite nel chiuso delle case signorili. All'Orsucci e al Sanminiati si raccomandava:

«Delle pretentioni della republica fiorentina ve ne poterete impatronire dalle historie, nelle quali par che si asserisca che già de l'anno 1339 o 40 comprasse la città nostra da Mastino della Scala, in quel tempo tiranno di essa, et che per alcuni mesi la possedesse».

Si doveva convincere Rodolfo II dell'opportunità di non rimettere in discussione, a circa vent'anni dalla conclusione della vicenda di Siena, gli equilibri dello spazio toscano; ma molto premeva al governo lucchese che il tutto rimanesse avvolto nella segretezza, per evitare ogni possibile rivalsa granducale:

«il danno et la ruina [di Lucca] per molti rispetti non potere esser separato dal danno del Imperio stesso, et della sua felicissima Casa; et dimostrando a Sua Maestà di quanto preiuditio ci sarebbe se mai, per alcun tempo, si potesse risapere che noi havessimo fatto seco questo offitio, che sarebbe un mettersi in perpetuo travaglio, la pregherete a degnarsi di tenerlo nel suo sacro petto».

È vero che Francesco dei Medici poteva vantare, in quei primi anni di governo dopo la morte di Cosimo (1574), alcuni successi grazie ai buoni rapporti con la corte asburgica fondati in gran parte sul suo matrimonio (1565) con l'arciduchessa Giovanna d'Asburgo, sorella dell'imperatore Massimiliano II: il riconoscimento del titolo granducale ottenuto nel novembre del 1575; e più tardi la conferma della precedenza accordata all'ambasciatore toscano su quelli di tutti gli Stati italiani, ad eccezione di Venezia, nelle cerimonie di corte. Ma ormai, ai tre quarti del Cinquecento, la generale situazione europea non consentiva che le manovre medicee raggiungessero altro scopo che quello di tenere Lucca in «perpetuo travaglio».

4. *Lucca e la Francia*

Alla vigilia di Cateau-Cambrésis, che il primato imperiale e asburgico sull'Italia si estendesse fino a comprendere la piccola Lucca appare fuori discussione. E non sfugge a un osservatore interessato come l'ambasciatore francese a Venezia, il vescovo di Dax, che nel 1558 scrive all'ambasciatore francese nel Levante «de la grandeur de l'empereur et du roy Philippes son fils en Italie, dont des quatre parts il tient les trois, et si oultre cela il commande à la Tuscane, au Parmezan, Gennes, Florence et Lucques»[46].

[46] E. CHARRIÈRE, *Négociations de la France dans le Levant*, 4 voll., New York 1966 (rist. dell'ed. Paris 1848-1860), II, p. 428.

Superati gli scogli su cui riusciva a non andare a infrangersi nella prima tempestosa metà del Cinquecento, la Repubblica poteva più agevolmente seguire la strada di non crearsi inimicizie, e il legame con l'Impero non impediva le manifestazioni di ossequio alla corte francese ogni volta se ne presentasse l'opportunità. Come quando qualche illustre personaggio arrivava ai suoi Bagni per la cura delle acque: un principe, un cardinale sceso in Italia per il concilio .... E soprattutto la sua ben definita fisionomia di città imperiale non comprometteva le fortune dei Lucchesi a Lione[47], per lo più ricchi mercanti-banchieri molti dei quali, ricordiamo – e quelli più in vista in prima fila a partire dai soliti Buonvisi –, ebbero interessi consistenti nel *Grand Parti*, ossia nei titoli del debito pubblico francese consolidato per iniziativa della Corona nel 1555. In quella scelta il sistema di relazioni con la corte pesava non meno che la promessa di una buona rendita, e la «pluralità di ragioni politiche, economiche e sociali» individuate per gli investitori fiorentini valevano certamente anche per quelli lucchesi[48]. Com'è noto i risultati furono disastrosi, e quanto fossero esposti «nel *Gran Partito* di Vostra Maestà» molti loro concittadini lo ricordavano gli Anziani al re nel 1567, dopo l'interruzione dei rimborsi concordati[49].

Aveva la sua importanza il fatto che alcuni potessero vantare rapporti molto stretti con la corte, e all'occorrenza fossero in grado di offrire al governo lucchese un canale privilegiato di comunicazione. Così, nell'emergenza di una grave crisi annonaria sul finire della guerra di Siena, un salvacondotto concesso da Enrico II dietro richiesta di colui che il sovrano definiva il «nostro caro et ben amato messer Bernardino Bernardi», metteva al riparo dall'attacco di navigli francesi le navi cariche di granaglie in navigazione nel Mediterraneo, e dirette al porto di Viareggio[50]. Il Bernardi, che viveva a Parigi, non doveva neppure aver faticato troppo per ottenerlo – fanno sapere quelli di Lione – avendo trovato «l'Excelentia del Conestabile [l'onnipotente Anne de Montmorency] molto amorevole alla città nostra»[51]. Alcuni decenni dopo, sullo scorcio del secolo, non appena avuta notizia della scelta matrimoniale di Ferdinando dei Medici si ricorse a un altro

47 Cfr. R. GASCON, *Grand commerce et vie urbaine au XVIe siècle. Lyon et ses marchands (environs de 1520 - environs de 1580)*, 2 voll., Paris - Den Haag 1971.

48 Cfr. A. ORLANDI, *«Le grand parti». Fiorentini a Lione e il debito pubblico francese nel XVI secolo*, Firenze 2002, che fa cenno ad alcune note firme lucchesi (Buonvisi, Burlamacchi e Franciotti, Bernardini e Spada, Cenami) che acquistarono obbligazioni a Lione.

49 AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 552, p. 228.

50 AS, Lucca, *Capitoli*, vol. 44, pp. 616-620.

51 AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 458, 11 marzo 1555.

concittadino ben addentro negli affari della corte francese per assicurarsi il favore della futura granduchessa. Toccava a Scipione Sardini, divenuto ricco e potente in terra di Francia, raccomandare «la città e cose nostre» a Cristina di Lorena, prima che la giovane sposa lasciasse Blois (marzo 1589) per mettersi in viaggio alla volta di Firenze[52].

Del resto, i Lucchesi a Lione sembrano aver avuto buon gioco a resistere più a lungo, e forse meglio, degli stessi Fiorentini, e bisognerà arrivare al fallimento del 1629 perché la più illustre e ricca famiglia della Repubblica, quella dei Buonvisi, dopo un secolo e mezzo – poco più, poco meno – che vi era, abbandonasse la piazza francese. Ma la fortuna dei Lucchesi in Francia andava ben oltre. Com'è noto i Cenami, e altri meno famosi ma non meno ricchi e potenti (Cantarini e Serantoni), furono fino alla Fronda i banchieri di fiducia, e in qualche caso i prestanome, del cardinal Mazzarino.

5. «*Debajo de las alas del Imperio y de España*»

Uscita indenne dagli sconvolgimenti delle guerre d'Italia, Lucca trovava un suo equilibrio nell'area di influenza ispano-imperiale, e non a caso nel 1559 decideva di tenere alla corte cattolica non più un agente, bensì un ambasciatore residente. All'indomani della pace di Cateau-Cambrésis, la corte di Filippo II si andava rapidamente trasformando nella corte per eccellenza, quella che – finalmente stabile (a partire dal 1561) e non più itinerante come era stata la corte di Carlo V – accoglieva i rappresentanti di piccoli e grandi Stati d'Europa; e se è vero che nel nuovo clima diveniva «improrogabile per gli stati [italiani] tessere con Madrid una trama di rapporti meno occasionali»[53], più che mai questa esigenza era sentita dal governo lucchese. Anche in questo caso si avverte tutto il peso di quella sorta di tradizione che si era venuta a creare all'ombra del potere di Carlo V, e di cui si è detto a proposito di Ferrante Gonzaga, di rapporti personali attentamente coltivati con figure di spicco dell'*entourage* imperiale. Nel disegnare i nuovi contorni dell'ambasceria di Andrea de Nobili in Spagna

[52] Matteo Balbani e Giuseppe Arnolfini, da Lione, agli Anziani, 27 dicembre 1588, e Scipione Sardini, da Blois, 27 febbraio 1589; AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Lettere originali, 474.

[53] D. FRIGO, *Politica estera e diplomazia: figure, problemi e apparati*, in G. GRECO - M. ROSA (edd), *Storia degli antichi stati italiani*, Roma - Bari 1996, p. 134. A proposito degli ambasciatori alla corte di Filippo II, si vedano anche le considerazioni di S. VERONELLI, *Al servizio del signore e dell'onore: l'ambasciatore imperiale Hans Khevenhüller alla corte di Filippo II*, in D. FRIGO (ed), *Ambasciatori e nunzi. Figure della diplomazia*, cit., pp. 144-151.

nell'ottobre del 1559, entravano infatti ampiamente le molte sollecitazioni ricevute in tal senso di recente da più parti, nel passaggio di consegne da Carlo V a Filippo II: «A multis amicis civitatis iudicatur necessarium retinere apud Maiestatem praefatam oratorem pro aliquo tempore»[54].

Quanto importante fosse per la piccola Repubblica aver modo di far giungere la sua voce a Filippo II lo si era già visto nel 1557, in quei difficili giorni in cui tanto aveva contato l'appoggio del Gonzaga (non a caso, proprio quell'estate, era stato concesso il prestito sopra ricordato di 12.000 scudi al cardinale di Trento, governatore di Milano). Si erano allora sì dovute fronteggiare le mire dei due Carafa, ma si era posta anche l'emergenza delle truppe al soldo spagnolo accampate in territorio lucchese. Inviando prontamente «un nostro secretario alla sacra Maestà del Re Cattolico»[55], gli Anziani ne avevano ottenuto il ritiro. Scriveva Filippo II al duca Ottavio Farnese ai primi di ottobre del 1557:

«La republica de Luca me ha hecho entender por un su secretario, que ha venido aquí para este effecto, el grande daño que se les ha seguido de estar alojada tantos días en sus tierras la cavallería y infantería que salió de Sena, pidiendome con instancia lo mandasse remediar, porque si allí estuviesse más tiempo sería la total ruina de aquella ciudad y dominio a causa de ser tan falta de mantenimientos, como sabéis. Y porque por la grande affición que los de aquella Republica han siempre tenido y tienen al servicio de su Magestad y mio, desseo yo favorescer sus cosas, y que sean tratadas como las proprias. Affectuosamente os ruego que si a caso, quando esta recibieredes, estuviere todavía alojada en sus tierras la dicha gente déis orden que passe a otra parte, y que no buelva más allí, y que assí en esto como en lo que más les tocare se les haga todo el favor y buen tratamiento que ser pudiere»[56].

Che a garantirne la sicurezza, dopo l'insediamento spagnolo a Milano e a Napoli, e la caduta di Siena, fosse il suo inserimento nel quadro del sistema europeo dominato dalle grandi monarchie e dall'Impero non poteva sfuggire a nessuno che avesse responsabilità di governo; e di questa consapevolezza sono piene le carte ufficiali. Così ci sembrano significative le disposizioni che gli Anziani inviavano ai due mercanti di Anversa incaricati nel 1570

[54] AS, Lucca, *Consiglio generale*, Riformagioni pubbliche, vol. 49, c. 131v. L'importanza del fatto non sfugge al Sanminiati, che ne fa menzione nella sua *Cronica di Lucca*, cit., III (AS, Lucca, *Biblioteca manoscritti*, ms 17, cc. n.n., *ad annum*): «Adì 10 d'ottobre fu delibberato che, invece dello agente si teneva alla corte cattolica, si devessi nell'avvenire tenere uno ambasciatore residente per honorare quella sacra Maestà, singolare protettore di questa repubblica, come pareva conveniente, e per esequire di tempo in tempo le commissioni che occorresse darli».

[55] Gli Anziani al duca di Parma, 23 ottobre 1557; AS, Parma, *Carteggio farnesiano estero*, Lucca, b. 260 (già 160).

[56] Filippo II al duca di Parma, 7 ottobre 1557; AS, Parma, *Carteggio farnesiano estero*, Lucca, b. 260 (già 160).

di rendere omaggio ad Anna d'Austria, che in viaggio verso la Spagna per raggiungere Filippo II, alla via di Milano e Genova all'ultimo aveva preferito quella delle Fiandre. I due – che abbiamo visto costretti a provvedersi di ricche vesti adatte all'occasione – erano esortati a raccomandare alla nuova regina

«la città et repubblica nostra, come quei veri et fedeli servitori che siamo stati alla serenissima casa d'Austria et particolarmente poi della Maestà cesarea et cattolica, ... mostrandole la fedel servitù nostra et la ferma speranza di viver nella nostra quiete et libertà, sotto la felicissima ombra delle Maestà loro»[57].

Ben a ragione la politica estera della Repubblica può essere definita «politica spagnuola»[58]. In effetti a Lucca si respirava poco lo spirito antispagnolo; lì – scrive Cervantes nella novella *El licenciado Vidriera* (1604) – «mejor que en otras partes de Italia son bien vistos y agasajados los españoles»[59]. Dal momento che non risultano esserci stati contatti diretti tra Cervantes – il quale pure trascorse in Italia circa sei anni, dal 1569 al 1575 – e Lucca, si può ritenere che lo scrittore facesse suo quello che poteva essere un sentire comune nell'Italia da lui conosciuta nella giovinezza, offrendo un'immagine della città che peraltro avrebbe ripreso anche nell'ultima opera, il *Persiles*, ove la dipinge come

«ciudad pequeña, pero hermosa y libre, que debajo de las alas del Imperio y de España se descuella, y mira esenta a las ciudades de los príncipes que la desean; allí, mejor que en otra parte ninguna, son bien vistos y recebidos los españoles, y es la causa que en ella no mandan ellos, sino ruegan, y como en ella no hacen estancia de más de un día, no dan lugar a mostrar su condición, tenida por arrogante»[60].

[57] AS, Lucca, *Anziani al tempo della libertà*, Copiari lettere, vol. 553, pp. 308-309. «Acá se aguarda por el mes que viene nuestra Reyna», scrivono il 20 luglio i Buonvisi di Anversa a Simón Ruiz di Medina del Campo. E il 4 settembre: «La Reyna nuestra señora está sperando el buen tiempo para partir»; V. VAZQUEZ DE PRADA, *Lettres marchandes d'Anvers*, 4 voll., Paris 1960, II, pp. 61-62.

[58] A. PELLEGRINI, *Relazioni inedite di ambasciatori lucchesi*, cit., p. 7.

[59] M. DE CERVANTES, *El licenciado Vidriera*, in *Novelas ejemplares*, 2 voll., Madrid 1917, II, p. 26.

[60] M. DE CERVANTES, *Los trabajos de Persiles y Sigismunda*, edición, introducción y notas de F. SEVILLA ARROYO - A. REY HAZAS, Madrid 1999, p. 404. Per i rapporti fra Cervantes e l'Italia, cfr. F. MEREGALLI, *Introduzione a Cervantes*, Roma - Bari 1991, pp. 9-19. Non sembra un caso che nella biblioteca di un mercante lucchese che fece straordinaria fortuna nella Polonia del Seicento fosse ampiamente rappresentata la letteratura spagnola. Cfr. M. BRAHMER, *La biblioteca dei Pinocci. Un episodio nella storia degli italiani in Polonia*, Roma 1959, pp. 9-10.

Reichsitalien als Thema in den Beziehungen zwischen Kaiser und Papst

Der Fall Borgo Val di Taro

von *Alexander Koller*

Arnold Esch zum 70. Geburtstag

1. *Die Nuntiaturberichte*

Das Verhältnis zwischen Kaiser und Papst in der Frühen Neuzeit war gerade hinsichtlich Reichsitaliens von Spannungen gekennzeichnet, vor allem dann, wenn die Interessen des Hl. Stuhls direkt berührt waren. Neben größeren Territorien wie z.B. bei den Herzogtümern Parma und Piacenza konnten sich auch an mittleren und kleineren Herrschaften wie etwa Comacchio oder vor allem Borgo Val di Taro größere Konflikte entzünden. Für die Bearbeitung eines solchen päpstlich-kaiserlichen Streitfalles ist unabdingbar, auf vatikanische Quellen zurückzugreifen. Gerade im Fall von Borgo Val di Taro hält die römische Überlieferung eine Fülle von Material bereit[1]. Bei den relevanten Archivalien kommt wiederum der Quellengattung der Nuntiaturberichte ein besonderer Stellenwert zu, wobei in unserem Fall die Akten der Nuntiatur am Kaiserhof, gleichbedeutend mit der *Nunziatura di Germania*, einschlägig sind. Die editorische Aufarbeitung dieser päpstlichen Vertretung zählt zu den traditionellen Projekten des Deutschen Historischen Instituts in Rom[2]. Zur Zeit sind die den Kaiserhof betreffenden Berichte und Instruktionen aus dem Pontifikat Gregors XIII. (1572-1585) in Bearbeitung. Der zuletzt erschienene Band enthält die Korrespondenz der päpstlichen Nuntien vom Kaiserhof während der Anfangsphase der Regierung Rudolfs II.[3].

[1] Einen wichtigen Zugriff auf die vatikanischen Dokumente liefert A. SAMORÉ, *Documenti dell'Archivio Segreto Vaticano e della Biblioteca Apostolica Vaticana su lo Stato Landi* (Collectanea Archivi Vaticani, 16), Città del Vaticano 1983.

[2] Vgl. A. KOLLER, *Le nunziature di Germania e la loro edizione*, in M. SANFILIPPO - G. PIZZORUSSO (Hrsg.), *Gli archivi della Santa Sede come fonte per la storia moderna e contemporanea*, Viterbo 2001, S. 109-131.

[3] *Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken*, III. Abteilung: *1572-1585*, Bd. 9: *Die Nuntiaturen des Giovanni Delfino und des Bartolomeo Portia*, bearb. von A. KOLLER, Tübingen 2003.

Grundsätzlich läßt sich zunächst feststellen, daß lehnsrechtliche Fragen in der Nuntiaturkorrespondenz von 1577/78 im Vergleich zu den großen politischen und konfessionellen Themen der Zeit nur eine Marginalie bilden. Hierzu einige Beispiele aus dem vor kurzem veröffentlichten Material: Größere Belehnungen, wie etwa Modena (an Alfonso II. d'Este)[4], Mantua (an Guglielmo Gonzaga)[5], Sabbioneta (an Vespasiano Gonzaga mit gleichzeitiger Erhebung zum Herzog)[6], werden kurz berichtet. Auch in der Finale-Frage gibt der Nuntius nur knappe Beobachtungen und Informationen weiter[7]. Lediglich bei zwei reichsitalienischen Themen intervenieren die Nuntien nach Ausweis ihrer offiziellen Korrespondenz mit dem Hl. Stuhl. Dies ist zum einen die Causa Correggio[8], bei der sich die Familienmitglieder Camillo und Alessandro mit ihren Ansprüchen auf das Reichslehen gegenüberstehen. Der Streit endet 1580 mit der Belehnung Camillos, während Alessandro da Correggio, für den sich mehrere Kardinäle (unter anderem Tolomeo Gallio, Gianfrancesco Gambara und Alfonso Gesualdo) stark machen, den kürzeren zieht. Der andere Fall ist Borgo Val di Taro, der Gegenstand dieses Beitrags sein soll. Er nimmt von allen reichsitalienischen Themen in den Akten der Kaiserhofnuntiatur den größten Raum ein. Hier kommt es zu intensiven Verhandlungen zwischen den päpstlichen Vertretern am habsburgischen Kaiserhof und dem Kaiser bzw. dessen engsten Mitarbeitern. Vor einer näheren Betrachtung dieser Diskussionen sollten allerdings zunächst das Gebiet Borgo Val di Taro selbst bzw. Genese und Verlauf des Streits um das Territorium in ihren Grundzügen aufgezeigt werden.

2. *Der Grundkonflikt*

Borgo Val di Taro war einer der Hauptorte des Herrschaftsbereichs der Familie Landi, der sich im 16. und 17. Jahrhundert entlang des oberen Taro und des oberen und mittleren Ceno am Nordhang des Apennins (heute Teil der Region Emilia-Romagna bzw. der Provinz Parma) erstreckte[9]. Neben

[4] *Ibidem*, S. 36.

[5] *Ibidem*, S. 177.

[6] *Ibidem*, S. 282 f.

[7] *Ibidem*, S. 83, 168, 260 f., 276.

[8] *Ibidem*, S. 12 f., 37, 66, 72, 97, 109, 202, 245, 313, 330.

[9] Zu Topographie, Wirtschaft und den politischen Verhältnissen äußert sich G. Tocci, *Le terre traverse. Poteri e territori nei ducati di Parma e Piacenza tra Sei e Settecento*, Bologna 1985, S. 47-58.

Borgo Val di Taro sind Bardi und Compiano als wichtige Zentren des *Stato Landi* zu nennen (siehe Abb. 1 und 2). Das Territorium war insgesamt nicht besonders groß, hatte aber eine gewisse strategische Bedeutung, da es am Kreuzungspunkt zweier wichtiger Straßen die Verbindung von Genua nach Piacenza und Bologna bzw. von Mailand über den Passo di Brattello in die Lunigiana und damit in die Toskana kontrollierte. Folglich waren auch die Interessen der benachbarten Staaten, vor allem des Herzogtums Parma und Piacenza, des Herzogtums (später Großherzogtums) Toskana, der Republik Genua, aber auch des Herzogtums Mailand berührt[10].

Für unsere Fragestellung interessiert weniger die mittelalterliche Situation, weshalb hier auf die politischen Rahmenbedingungen vor 1500 nicht weiter eingegangen werden soll. Die Quellen hierzu liegen im Familienarchiv der Landi, das in Folge des Verkaufs der Familiengüter durch Gian Andrea III. Doria an Ranuccio II. Farnese 1682 in den Palazzo Doria-Pamphili nach Rom verbracht wurde (das Archiv führt im übrigen noch heute den Namen Landi im Titel)[11].

Der neuzeitliche Konflikt zwischen Kaiser und Papst um Borgo Val di Taro enthält im Kern einen über mehrere Generationen sich hinziehenden, höchst spannungsreichen Antagonismus zwischen den Hauptkontrahenten vor Ort, den Landi und den Farnese, angereichert durch spektakuläre Komplotte, Mordanschläge, Revolten und Prozesse.

Die Weichen für diesen Gegensatz wurden gestellt in den 30er und 40er Jahren des 16. Jahrhunderts durch Belehnungen Kaiser Karls V.[12] bzw. Papst Pauls III. Die untere Protagonistenebene der ersten Konfliktgeneration wurde gebildet durch Agostino Landi und Pier Luigi Farnese.

[10] Vgl. hierzu zu die Reflexionen von C. MAGNI, *I feudi imperiali rurali della Lunigiana nei secoli XVI-XVIII*, in *Studi di storia e diritto in onore di Enrico Besta per il XL anno del suo insegnamento*, Bd. 3, Milano 1939, S. 45-70, hier S. 47 bezüglich der Expansionsgelüste von größeren Städten und Fürstentümern gegenüber kleineren Territorien am Beispiel der Lehen in der Lunigiana. Vgl. auch M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien in der Frühen Neuzeit. Ein institutionengeschichtlicher Überblick*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 79, 1999, S. 344-420, hier S. 355.

[11] Als Archivbehelfe stehen zur Verfügung: R. VIGNODELLI RUBRICHI (Hrsg.), *Fondo Landi, Archivio Doria Landi Pamphilj, Regesti delle pergamene dal 865 al 1250* (Fonti e Studi. I serie, 2), Parma 1968; DERS. (Hrsg.), *Fondo Landi, Archivio Doria Landi Pamphilj, Carteggio* (Fonti e Studi. I serie, 7), Parma 1974; DERS. (Hrsg.), *Fondo della famiglia Landi, Archivio Doria Landi Pamphilj. Regesti delle pergamene dal 865 al 1625* (Fonti e Studi. I serie, 12), Parma 1984.

[12] Zur Aufwertung der Reichslehen in Italien durch Karl V. vgl. C. MAGNI, *Feudi imperiali*, S. 45 und 51.

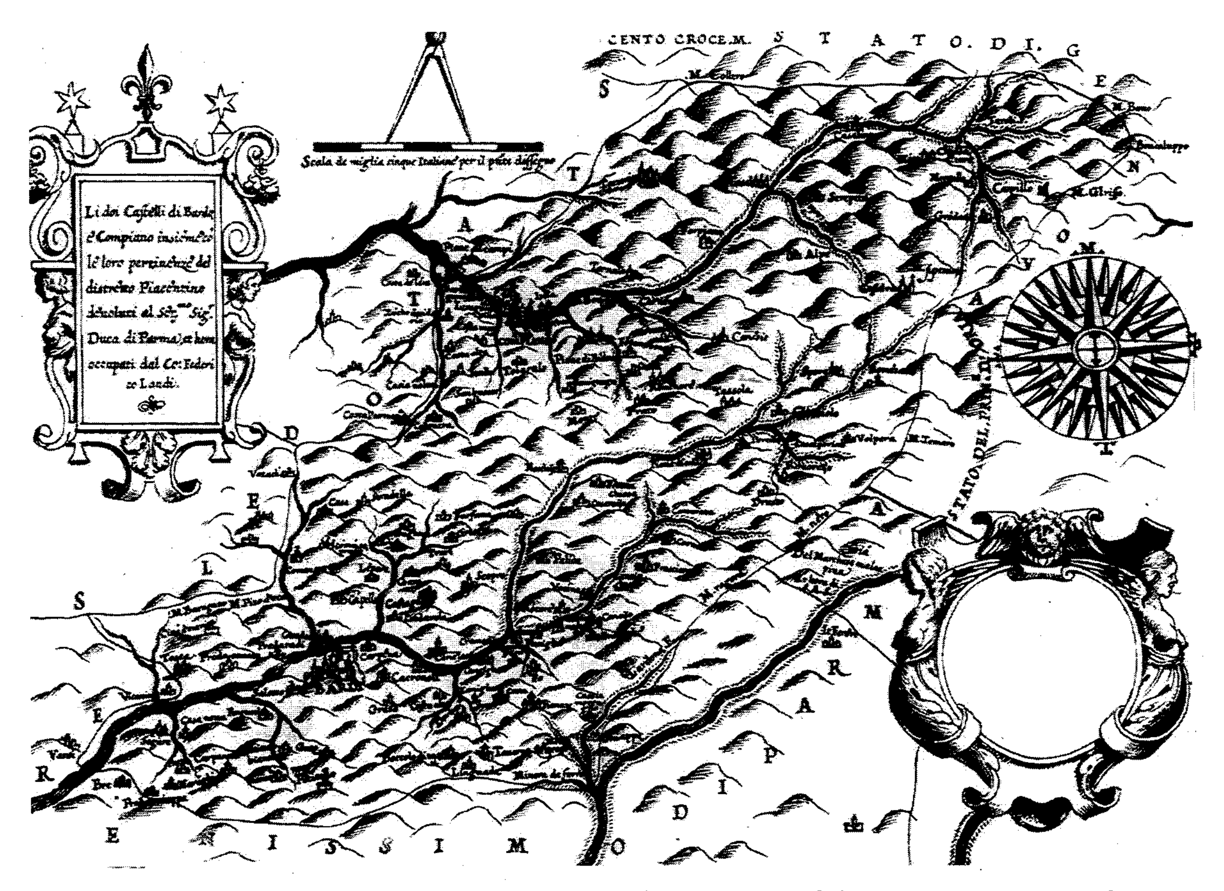


Abb. 1. Biblioteca Apostolica Vaticana, *Barb. Lat.* 2329, *Compendium Iurium, quae habet Ser.mus Dux Parmae et Placentiae uti S.R.E. Feudatarius in Castris Bardi et Complani, Districtus Placentiae*, Kartenbeilage: Herrschaften Bardi und Compiano.

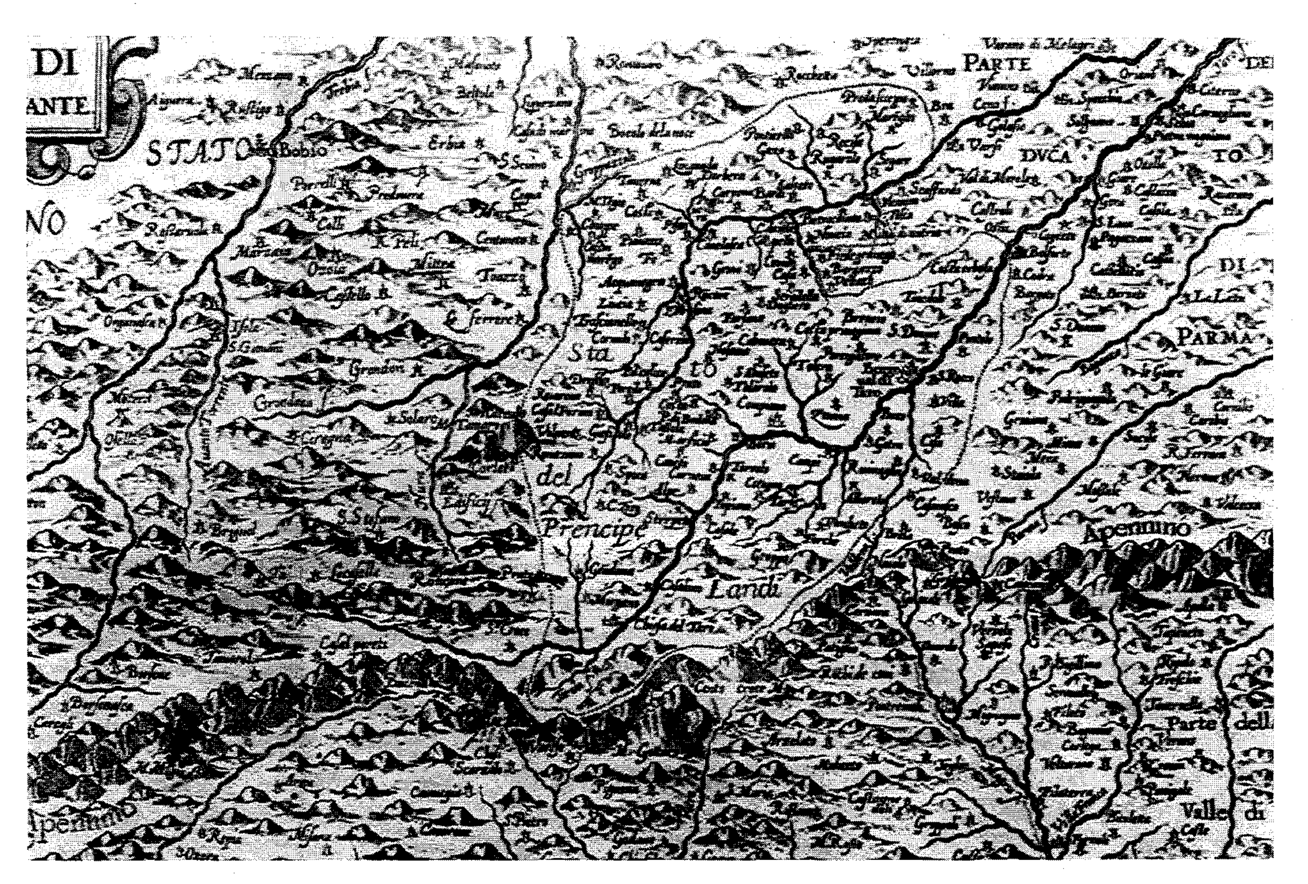


Abb. 2. Biblioteca Apostolica Vaticana, R.G. Geogr. S 59, *Italia di Gio. Ant. Magini, data in luce da Fabio suo figliolo al serenissimo Ferdinando Gonzaga, Duca di Mantova e di Monferrato etc.*, Bononiae 1620, fol. 9, Detail von Karte 8: Staat des Fürsten Landi.

Unter Agostino erreichte der Einfluß der Familie Landi an Taro und Ceno seinen Höhepunkt dank einer Heirat, wodurch Agostino wieder in den Besitz des durch Erbteilung verlorengegangenen Compiano gelangte, vor allem aber durch die Protektion Karls V., der Agostino 1536 zum ersten Mal investierte[13]. Das persönliche Verhältnis wird durch zwei Begegnungen unterstrichen: Agostino gewährte 1529 dem Kaiser seine Gastfreundschaft, während Karl V. seinerseits Agostino ein Jahr später zu den Krönungsfeierlichkeiten nach Bologna einlud, bei welchen Agostino assistierte. Nun die Gegenseite: 1545 erfolgte bekanntlich die Verleihung der Herzogtümer Parma und Piacenza an Pier Luigi Farnese durch Papst Paul III. Anfang 1547 besetzte Pier Luigi unmittelbar nach dem Scheitern der sogenannten «Fieschi-Verschwörung» in Genua Borgo Val di Taro[14], bis zu diesem Zeitpunkt im Besitz von Gian Luigi II. Fieschi, der im Zuge der Verschwörung Anfang Januar 1547 im Hafen von Genua zu Tode gekommen war[15]. Noch im selben Jahr wurde der Herzog von Parma und Piacenza Opfer eines Attentats, an dessen Vorbereitung und Durchführung neben dem Gouverneur des Herzogtums Mailand, Ferrante Gonzaga, auch Agostino Landi führend beteiligt war[16]. Seitdem waren die Landi und die Farnese Todfeinde. Agostino, weiterhin in der Gunst Karls V., erhielt 1551 den traditionell von den Landi beanspruchten Borgo Val di Taro zugesprochen, der zusammen mit der Markgrafschaft Bardi, der Grafschaft Compiano, der Baronie Pieve di Bedonia und anderen Besitzungen in den Rang eines Fürstentums erhoben wurde.

In den 70er Jahren sollten sich die Ereignisse in der nächsten Konfliktgeneration (Claudio Landi gegen Ottavio Farnese) wiederholen. Claudio betrieb eine Konspiration gegen Ottavio (allerdings nicht mit gleichem Erfolg wie sein Vater: der Herzog von Parma kommt mit dem Leben

13 G. FIORI u.a. (Hrsg.), *Le antiche famiglie di Piacenza e i loro stemmi*, Piacenza 1979, S. 253.

14 E. NASALLI ROCCA, *Borgotaro e i Fieschi*, in «Archivio Storico per le Province Parmensi», 4. Folge, 14, 1962, S. 63-82, hier S. 80.

15 Zu Gian Luigi II. Fieschi vgl. den Artikel von O. RAGGIO, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, Bd. 47, Roma 1997, S. 462-464, hier S. 463.

16 Vgl. G.L. PODESTÀ, *Dal delitto politico alla politica del delitto. Finanza pubblica e congiure contro i Farnese nel Ducato di Parma e Piacenza dal 1545 al 1622*, Milano 1995, S. 59-103. Vgl. auch DERS., *I Farnese e il mestiere di principe (1545-1611)*, in A. BILOTTO - P. DEL NEGRO - C. MOZZARELLI (Hrsg.), *I Farnese. Corti, guerra e nobiltà in antico regime* («Europa delle Corti». Centro studi sulle società di antico regime. Biblioteca del Cinquecento, 76), Roma 1997, S. 93-116, hier S. 57 f.

davon)[17]. Allerdings kam es im Januar 1578 zur Ermordung des herzoglichen Hauptmanns Camillo Anguissola[18] auf Betreiben Claudios. Dieser verlor daraufhin seine zahlreichen Besitzungen im Piacentino durch Konfiskation und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Für Ottavio Farnese bot sich vor diesem Hintergrund eine willkommene Gelegenheit, sich des *Stato Landi* ganz oder teilweise zu bemächtigen[19], den er – auf dem Gebiet des eigenen Territoriums liegend – als «una spina nel cuore»[20] empfand. Wenige Monate nach dem Tod Anguissolas besetzte der Herzog von Parma und Piacenza in Absprache mit dem Hl. Stuhl Borgo Val di Taro[21], wo Claudio zuvor mit kaiserlichem Einverständnis neue Steuern eingeführt und damit bei den ohnedies von ihrer Natur her tumultuösen und wilden Borghesi, wie der Piacentiner Lokalhistoriker Poggiali sie charakterisiert[22], eine Revolte ausgelöst hatte. Ottavio Farnese hatte ein übriges getan, um die erhitzten Gemüter in Borgo Val di Taro entsprechend gegen ihren Landesherrn zu stimulieren. Claudio Landi verlor Borgo definitiv, konnte sich aber in Compiano und Bardi behaupten, wo er 1589 starb[23]. Die dritte Generation (Federico Landi und Ranuccio I. Farnese) kann hier übergangen werden. Das Konfliktschema ist ähnlich wie in der voraufgegangenen Zeit (Gewalttat von seiten des Fürsten Landi – es fließt wieder Blut – beantwortet durch ein Todesurteil *in contumacia* durch den Herzog von Parma).

In der nächsten Generation finden wir keinen männlichen Landi mehr. Maria Polissena Landi, die einzige Tochter Federico Landis, konnte zwar die kaiserliche Bestätigung ihrer Besitzungen erhalten[24], ihr Sohn, Gian

[17] Vgl. G.L. PODESTÀ, *Delitto politico*, S. 193-203; G. TOCCI, *Terre traverse*, S. 58-68.

[18] Nach C. POGGIALI, *Memorie storiche di Piacenza*, Bd. 10, Piacenza 1761, S. 178, wurde Camillo Anguissola am 1. Januar 1578 ermordet. Vgl. auch den Bericht des venezianischen Gesandten am Kaiserhof Sigismondo Cavalli zitiert bei A. KOLLER, *Nuntiaturberichte*, S. 390, Anm. 7. Fehlerhaft G. DREI, *I Farnese. Grandezza e decadenza di una dinastia italiana*, hrsg. von G. ALLEGRI TASSONI, Roma 1954, S. 121, bzw. G. FIORI, *Antiche famiglie*, S. 253 (mit der Jahresangabe 1579 bzw. 1581 für den Anschlag auf Anguissola).

[19] Vgl. die Bemerkungen von C. MAGNI, *Feudi imperiali*, S. 46, zur allgemeinen Tendenz größerer Fürstentümer, ihr eigenes Herrschaftsgebiet durch die Einnahme kleinerer Territorien zu arrondieren.

[20] G. DREI, *I Farnese*, S. 122.

[21] Anfang Juni 1578 nach C. POGGIALI, *Memorie storiche*, S. 176 f.

[22] *Ibidem*, S. 168.

[23] G. FIORI, *Antiche famiglie*, S. 254.

[24] Zum Problem der weiblichen Erbfolge, vgl. Archivio Segreto Vaticano (künftig ASV), Segr. Stato, *Spagna*, 66, Francesco Barberini an Giovanni Battista Pamfili, Rom, 1627 V 31,

Andrea III. Doria, verkaufte diese jedoch schließlich 1682 für 700.000 Scudi d'oro und mit dem Einverständnis des Kaisers an Ranuccio II. Farnese, nachdem bereits Ranuccio I. 1614 gegen Geldzahlungen für den Türkenkrieg von Kaiser Matthias den Verzicht der kaiserlichen Ansprüche auf Borgo erreicht hatte[25]. Soweit der Konflikt in seinen Grundlinien.

3. *Die Ansprüche des Hl. Stuhls zu Beginn der Regierung Rudolfs II.*

Nun aber zur Politik der Päpste und ihrer Vertreter am Kaiserhof. Der Hl. Stuhl hat immer wieder im Verlauf des 16. und zu Beginn des darauffolgenden Jahrhunderts Borgo Val di Taro als Lehen der Kirche bezeichnet und gegenüber dem Reich die eigene Zuständigkeit in lehensrechtlichen Belangen reklamiert. Ein besonderes Interesse an dieser Thematik von seiten Roms ist unter dem Pontifikat Gregors XIII. Boncompagni (1572-1585) zu erkennen, der weitgehend zusammenfällt mit der zweiten Konfliktkonfiguration (also Claudio Landi contra Ottavio Farnese). Spätestens zur Jahreswende 1577/78 tritt der Konflikt um Borgo Val di Taro in den Gesichtskreis der päpstlichen Nuntien am Kaiserhof (unter anderem berichten sie über die Zustimmung Rudolfs II. zur Einführung neuer Steuern in Borgo Val di Taro durch Claudio Landi[26], die Kritik des Genueser Agenten bei Rudolf II. im Namen der Republik und im Namen des Herzogs von Parma[27], die Ankunft des Fürsten Landi am Kaiserhof[28], die Überlegungen zu einer provisorischen Verwaltung[29] und die Mission von Antonio d'Arco[30]). Im Mai 1578

fol. 144r-146v, Dechiffrat: «hora essendo chiaro che i detti due luoghi di Bardi e Compiano sono membri del Piacentino et in conseguenza di dominio diretto e sovranità della Sede Apostolica, benché riconoscenti il Sig.r Duca di Parma feudatario di essa, e non spettano in conto veruno all'Imp.re, come evidentemente consta per realtà e per scritture, quindi è che, udita N.S. la sud.a risolutione, vi scorse due gravi pregiuditii della S.ta Sede, l'uno che il decretare, statuire o dichiarare l'essere, la natura e la circostanza de d.i feudi spetta alla med.a Sede Ap.lica, padrona diretta e sovrana, e non da altro tribunale, e tanto più trattandosi di cosa appartenente alla Chiesa Romana; l'altro ch'il dilatare la successione del feudo anco alle femine va in danno del diretto padrone, a cui, finita la linea masculina, potrebbe devolversi».

[25] G. Drei, *I Farnese*, S. 126.

[26] A. Koller, *Nuntiaturberichte*, S. 318.

[27] *Ibidem*.

[28] *Ibidem*, S. 390.

[29] *Ibidem*, S. 437 f.

[30] *Ibidem*.

erhielt Nuntius Bartolomeo Portia[31] eine Instruktion des Kardinals Gallio, deren Hauptpunkte kurz vorgestellt werden sollen: Zunächst wird darauf verwiesen, daß Borgo Val di Taro von alters her («anticamente») und von Rechts wegen («legitimamente») als Lehen des Apostolischen Stuhls zu betrachten sei. Als Bezugspunkt dient dem für die auswärtigen Beziehungen zuständigen Sekretär Gregors XIII. die Investitur der Genueser Familie Fieschi mit dem Territorium, wobei allerdings der sonst sehr penible Gallio Papst Johannes XXII. (Jacques Duèse, 1316-1334) mit Johannes XXIII. (Baldassare Cossa, 1410-1415) verwechselt[32]. Dieser Tatbestand, also die Zuständigkeit des Hl. Stuhls, sowie die Klagen der Borghigiani über die Einführung neuer Steuern (sie hatten sich mit einer Supplik an den Hl. Stuhl gewandt) hätten den Papst zu einer Démarche bei Rudolf II. bewogen, um ihm zu vergegenwärtigen, daß die Belehnungen Karls V. an Agostino Landi rechtswidrig seien. Offensichtlich sollte der Nuntius am Kaiserhof mit Argumenten versorgt werden für die Bewältigung des laufenden Konflikts, der sich in Kürze weiter zuspitzen sollte. Bereits einen Monat später schuf Ottavio Farnese mit der Besetzung von Borgo Val di Taro ein *fait accompli*. Die Nachricht über diese Militäraktion erreichte den Kaiserhof während des oberösterreichischen Landtags in Linz Mitte Juli 1578[33].

Dies mag zur Illustration des kurialen Standpunkts vorerst genügen. Das Thema Borgo Val di Taro wird jedenfalls mit wechselnder Intensität bis zum Ende des Pontifikats Gregors XIII. (1585) in den Berichten der Kurienvertreter präsent bleiben, wobei zeitweise ein starkes Engagement des Papstes selbst durchscheint.

4. *Ein Papstsohn als potentieller Käufer*

Unter den zahlreichen im Vatikan überlieferten einschlägigen Texten verdient ein Dokument besondere Aufmerksamkeit. Es zeigt mit aller Deutlichkeit, weshalb Gregor XIII. an Borgo Val di Taro ein Interesse entwickelte, das weit über alle Anstrengungen zur Wahrung der Rechte des Hl. Stuhls im Zusammenhang mit dem Territorium hinausging. Kurz, es ging um die Versorgung der eigenen Familie. Es handelt sich bei diesem Schriftstück um einen anonymen und nicht datierten Brief an Giacomo Boncompagni,

[31] *Ibidem*, S. 411 f.

[32] Richtig unter anderem in der Weisung Gallios an Malaspina, ASV, Segr. Stato, *Germania*, 11, Rom, 1579 VIII 1, fol. 81r-82v, hier fol. 81v, Konz.

[33] A. KOLLER, *Nuntiaturberichte*, S. 478 f.

in welchem dieser aufgefordert wird, sich in den Besitz von Borgo Val di Taro, Bardi und Compiano zu setzen[34].

Zunächst zur Person Giacomo Boncompagnis: Giacomo war ein natürlicher Sohn des Papstes (geboren 1548; Ugo Boncompagni, der spätere Papst Gregor XIII., war damals bereits zehn Jahre Priester![35]). Er zählte neben den Neffen Filippo Boncompagni (1572 zum Kardinal erhoben) und Filippo Guastavillani (Kardinal 1574) zu den von Gregor XIII. am meisten geförderten Verwandten. Gleich zu Pontifikatsbeginn erhielt Giacomo das für den weltlichen Nepoten üblicherweise reservierte Amt des Kastellans der Engelsburg, 1573 folgte die Ernennung zum Befehlshaber der päpstlichen Truppen. Mit dem Erwerb von Ländereien für Giacomo zur längerfristigen finanziellen Absicherung der Familie über den Pontifikat hinaus hielt sich Gregor zunächst zurück. Das Heilige Jahr 1575 stand bevor, und offensichtlich wollte man einen Skandal vermeiden[36]. Nach dem Jubiläum ändert sich die Situation schlagartig. 1576 kommt die Ehe Giacomos mit der reichen Costanza Sforza dei conti di Santa Fiora zustande. Im Jahr darauf scheitert zwar die Inbesitznahme der Markgrafschaft Saluzzo durch Giacomo, dafür können jeweils für beträchtliche Summen die im Herzogtum Modena gelegene Markgrafschaft Vignola und das Herzogtum Sora im Regno di Napoli erworben werden. Der Papstsohn, der 1583 seinen Besitz auch noch um die Grafschaften Aquino und Arpino erweiterte, galt gegen Ende des Pontifikats als einer der reichsten Vertreter der römischen Aristokratie[37].

Hält man allerdings die einschlägige Literatur zu Papst Gregor XIII. dagegen, so könnte man den Eindruck gewinnen, als hätte der Nepotismus von 1572 bis 1585 pausiert. So ist Gregor bei Ranke alles andere als ein die

[34] *Epistola ad Jacobum Boncompagnum, ubi persuadetur ad recuperationem Burgi Vallis Tari et Castrorum Bardi et Complani olim de Dominio S. Sedis.* Das Schriftstück findet sich abgelegt zusammen mit mehreren zum Lehen Borgo Val di Taro einschlägigen Stücken im *Fondo Archivum Arcis* (genaue Signatur: ASV, A. A. Arm. I-XVIII, 4728), weitere Abschrift: *Albani*, 44, fol. 384v-393r. Vgl. den Abdruck des vollständigen Textes im Anhang dieses Beitrags.

[35] L. VON PASTOR, *Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters*, Bd. 9: *Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Reformation und Restauration. Gregor XIII. (1572-1585)*, Freiburg i.Br. 1925, S. 23; die Mutter Giacomos war Madalena da Carpi, «dona soluta», vgl. U. COLDAGELLI, Art. *Boncompagni, Giacomo*, in *Dizionaro biografico degli Italiani*, Bd. 11, Roma 1969, S. 689-692, hier S. 689.

[36] Vgl. U. COLDAGELLI, *Boncompagni, Giacomo*, S. 690.

[37] *Ibidem*, S. 691.

Familie begünstigender Papst[38], bei Pastor kommt es im Boncompagni-Pontifikat (unter Berufung auf den Zeitzeugen Montaigne) zur «Enthaltung von jeglicher ungehörigen Nepotenwirtschaft»[39]. Selbst im jüngsten Artikel zu Gregor XIII. in der im Jahr 2000 erschienenen *Enciclopedia dei papi* (jetzt auch als Eintrag im *Dizionario biografico degli Italiani*) wird – allerdings mit gewissen Einschränkungen – von Gregor XIII. als «poco incline a favorire i nipoti»[40] gesprochen.

Doch zurück zur *Epistola ad Jacobum Boncompagnum* und zum Plan des Erwerbs der Landi-Lehen durch den Papstsohn, einem Vorhaben, das bislang in der Forschung keine Erwähnung findet. Auch bei diesem höchst bemerkenswerten Schriftstück sollen nur die wichtigsten Grundlinien der Argumentation vor Augen geführt werden.

Aus dem Erwerb der Landi-Territorien würde sich, so der anonyme Autor gegenüber seinem Adressaten, ein doppelter Vorteil ergeben. Zum einen würde der Hl. Stuhl auf bequeme Weise seit langem reklamierte Länder zurückerhalten. Zum anderen würde Giacomo Boncompagni Fürst eines Staates, welcher sich durch die hohe Zahl seiner Vasallen, Qualität und Schönheit der Orte und nicht zuletzt durch jährliche Einkünfte in Höhe von 12.000 Scudi auszeichne. Dabei wird betont, daß es sich bei Borgo Val di Taro um ein päpstliches Lehen handle, während Bardi und Compiano immer verliehen wurden «da quelli che sono stati padroni di Piacenza» (hier wird eine Linie konstruiert von den früheren Lehnsherrn, der Kommune bzw. dem Bischof von Piacenza, bis zum regierenden Herzog von Parma und Piacenza). Das Problem sei weniger das Territorium von Borgo, das Ottavio Farnese nunmehr kontrolliere (das Dokument datiert also nach der Okkupation von 1578), als vielmehr Bardi und Compiano, wo die Landi immer noch die Herrschaft ausübten (dies ohne Unterbrechung seit Mitte des 13. Jahrhunderts, als Ubertino Landi, das Haupt der Ghibellinen in Piacenza, sich dort festsetzte[41]). Claudio Landi solle deshalb mit der Zahlung einer entsprechenden Summe zum Verkauf bewegt werden, wobei Giacomo Boncompagni die Mittel dazu aus den zwischenzeitlich konfiszierten Gütern des Fürsten Landi im Piacentino ziehen könnte. Zur Überlassung dieser

38 L. von Ranke, *Die römischen Päpste in den letzten vier Jahrhunderten*, Bd. 1, Leipzig 1907[11], S. 274 f.

39 L. von Pastor, *Geschichte der Päpste*, Bd. 9, S. 26.

40 Vgl. A. Borromeo, Art. *Gregorio XIII*, in *Enciclopedia dei papi*, Bd. 3, 2000, S. 180-202, hier S. 183.

41 G. Fiori, *Antiche famiglie*, S. 251.

Besitzungen sei Ottavio Farnese bereit, wenn er andererseits die Oberhoheit («superioritá») über alle Landi-Territorien erhalte.

Das Geschäft sei auch für den Fürsten Landi äußerst vorteilhaft, denn dieser sei chancenlos, Borgo zurückzuerlangen, und würde außerdem eine finanzielle Kompensation für seine Ansprüche auf die Territorien Bardi und Compiano erhalten, die er bereits verwirkt habe und zwar aus folgenden vier Gründen:

- wegen der Verbrechen des Vaters,
- wegen der Investitur durch einen nicht zuständigen Fürsten (Rudolf II. hatte zu Regierungsbeginn die Investituren seiner Vorgänger erneuert),
- wegen der eigenen Exzesse (angespielt wird auf die Einführung der jüngsten Steuern) und
- wegen der zuletzt von ihm begangenen Bluttat (gemeint ist die Ermordung Anguissolas).

Gefahr für dieses Unternehmen könnte allerdings vom Großherzog der Toskana drohen. In der Tat stand Francesco I. de' Medici auf der Seite des Kaisers und damit auch des Fürsten und Ritters des toskanischen St.-Stephanus-Ordens[42], Claudio Landi. Sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit des Großherzogs zum kaiserlichen Lager war die toskanische Besatzung in den Festungen von Bardi und Compiano[43]. Allerdings rechnet unser Anonymus nicht mit einem offenen Vorgehen des Großherzogs. Drei mögliche Varianten einer den Boncompagni-Kaufplan konterkarrierenden Politik werden aufgezeigt:

- der Vorschlag einer treuhänderischen Verwaltung von Borgo Val di Taro durch den Papst,
- der Vorschlag einer Investitur Giacomos durch den Kaiser und
- der Vorschlag einer Intervention des Königs von Spanien.

Es müsse deshalb nach dem zu erwartenden Ankauf der Territorien durch eine Verleihung derselben durch den Herzog von Parma schnell ein *fait accompli* geschaffen werden, bevor eine Behinderung von seiten der Toskana wirksam werden könnte. Sollte auf Wunsch des Papstes die Investitur

[42] *Ibidem*, S. 253.

[43] Vgl. G. DREI, *I Farnese*, S. 124 und 126, sowie G.L. PODESTÀ, *Delitto politico*, S. 202 mit Anm. 66.

zunächst geheim erfolgen, könnte Giacomo zum Schein als Oberbefehlshaber der Kirche das Regiment in Borgo und Bardi übernehmen. Hilfreich wäre ein begleitendes päpstliches Breve, in welchem die Aktion als Maßnahme «ad evitanda scandala et pro bono pacis» ausgegeben würde.

Soviel zu den Hauptaussagen dieser Schrift.

Die Vorteile, die sich aus diesem Kaufgeschäft für die Familie Farnese ergeben hätten, legen eine Verortung des Autors der *Epistula* im Umfeld des Hofes von Parma nahe. Der Verfasser könnte freilich auch ein Vertreter der Kurie sein. In jedem Fall war er mit der Materie bestens vertraut und verfügte über zuverlässige Informationen. Zeitlich dürfte die Schrift zwischen 1578 (die Besetzung Borgo Val di Taros und die Konfiszierung der Landi-Güter im Piacentino 1578 bilden den *terminus post quem*) und den Augsburger Reichstag von 1582 fallen, wobei vieles für 1579 als Jahr der Abfassung des Memorandums spricht.

Dieser anonyme und undatierte Brief kann natürlich wegen seines offiziösen Charakters keinen hohen Quellenwert beanspruchen. Hier stellt sich nun die Frage: Gibt es weitere Quellen, die für das Interesse der Familie Boncompagni am Erwerb der Landi-Lehen im Taro- und Cenotal sprechen?

5. *Das Scheitern des Kaufplans*

Die Akten der Nuntiaturen von Giovanni Delfino und Bartolomeo Portia lieferten keinen in diese Richtung weisenden Beleg. Dies ist an sich bei dem offiziellen Charakter der Relationen und Instruktionen auch nicht zu erwarten, waren doch die Nuntien die Vertreter des Hl. Stuhls und nicht der Familie des regierenden Papstes. Zudem erforderte ein Unternehmen wie der Ankauf eines Territoriums für ein Mitglied der Papstfamilie eine gewisse Diskretion und Geheimhaltung. Eine Durchsicht der demnächst zu bearbeitenden Korrespondenz des Nuntius Orazio Malaspina (er hielt sich von Herbst 1578 bis zum Frühjahr 1581 am Prager Kaiserhof auf) erbrachte jedoch interessante Hinweise zum Thema Borgo Val di Taro.

Zunächst sind bei der Nuntiatur Malaspina zwei grundsätzliche Unterschiede gegenüber den früheren Nuntiaturen hervorzuheben: zum einen haben wir in der Person des Nuntius dieses Mal einen Vertreter des Papstes am Kaiserhof, der schon von seiner Provenienz her (die Malaspina waren seit alters in der Lunigiana begütert)[44] im Gegensatz zu seinen beiden

[44] Vgl. C. MAGNI, *Feudi imperiali*, S. 48.

Vorgängern bestens mit den Verhältnissen vor Ort vertraut ist (Delfino war Venezianer; Portia stammte aus der Gegend von Pordenone). Er spricht dies selbst an einer Stelle an: «... la qual'cosa [die Angelegenheit Borgo Val di Taro] potevo molto ben' fare, perch'ero vicino con li miei feudi a quelli del Conte da Landi»[45].

Der zweite Unterschied: zum ersten Mal werden Bardi und Compiano in den Nuntiaturberichten erwähnt[46]. Die Komplexe Borgo Val di Taro und Bardi-Compiano werden freilich in den Verhandlungen mit der kaiserlichen Seite getrennt behandelt, obwohl der Hl. Stuhl über alle Territorien der Landi lehnsrechtlich die Oberhoheit beanspruchte. Offensichtlich bewegte man sich bei Borgo auf sichererem Boden.

Bei Borgo werden Malaspina dieselben Argumente an die Hand gegeben, die bereits in der Instruktion an Portia enthalten waren. Als einziger neuer Aspekt kommt hinzu, daß sich die kaiserliche Seite nunmehr auf eine Investitur der Landi durch Heinrich VII. 1312 bzw. Ludwig den Bayern im Jahr 1327 bezieht. Der Hl. Stuhl hält dem entgegen, daß die Investitur Heinrichs (überliefert lediglich inseriert im Diplom Karls V.) nur *ad personam* (also nur für Ubertino II. Landi und nicht auch für dessen Erben) zu verstehen sei, für die Investitur Ludwigs des Bayern keine authentische Abschrift vorliege, wohingegen die Verleihung durch Papst Johannes XXIII. eindeutig zu belegen sei[47]. Papst Gregor XIII. wandte sich im übrigen auch persönlich in einem Breve an Rudolf II., in dem er die *iura Sanctae Sedis* verteidigte[48] (Gregor XIII. verstand bekanntlich etwas von Recht, galt doch Ugo Boncompagni vor seiner Wahl zum Papst als berühmter Kanonist und Professor für Rechtswissenschaft an der Universität seiner Heimatstadt Bologna).

Viel interessanter nun aber der Fall Bardi-Compiano, der abgekoppelt von Borgo Val di Taro offensichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1579 intensiv

[45] ASV, Segr. Stato, *Germania*, 99, Malaspina an Gallio, Prag, 1578 X 18, fol. 12r-17r, hier fol. 15r, Or. Orazio Malaspina war Marchese di Villafranca, vgl. E. GERINI, *Memorie storiche d'illustri scrittori e di uomini insigni dell'antica e moderna Lunigiana*, Bd. 2, Massa 1829, S. 75; der Ort Villafranca liegt in der oberen Lunigiana auf halber Strecke zwischen Aulla und Pontremoli.

[46] *Ibidem* in derselben Relation Malaspinas.

[47] ASV, Segr. Stato, *Germania*, 11, Gallio an Malaspina, Rom, o.D., fol. 181r-182r, hier fol. 181r, Minute (ASV, Fondo Pio 127, fol 346r-348v, Kop.). Vgl. auch ASV, Segr. Stato, *Germania*, 11, Gallio an Malaspina, Rom, 1579 VIII 1, fol. 81r-82v, hier fol. 81v, Minute; vgl. auch G. FIORI, *Antiche famiglie*, S. 252.

[48] ASV, Fondo Pio 127, fol. 345r-346r.

am Kaiserhof diskutiert wurde. Den Gegenstand der Gespräche bildete der Ankauf der Herrschaften für den Sohn Gregors XIII. Die wichtigste Kontaktperson war für Malaspina dabei der kaiserliche Oberststallmeister und Cousin Claudio Landis, Graf Claudio Trivulzio. Freilich agiert der Nuntius bei seinen Verhandlungen über das Kaufgeschäft (die *prattica di vendita*) nicht im Auftrag seines obersten Dienstherrn, des Papstes, sondern quasi als Privatperson Malaspina für Giacomo Boncompagni. Bemerkenswert ist, daß Malaspina in der offiziellen Nuntiaturkorrespondenz darüber berichtet und auch der Name Giacomo Boncompagni explizit erscheint. Dies geschieht allerdings dadurch, daß der Nuntius für einen bestimmten Moment seine Rolle als offizieller Vertreter und Berichterstatter des Papstes aufgibt, wobei er diesen Perspektivenwechsel sprachlich genau markiert:

«Restami dire à V. S. Ill.ma che tutto questo negotio, così con S. M.tà come con ogni altro di Corte, ho detto sempre trattarle da me, come servitore dell'Ill.mo Signor Giacomo et per ricordi datimi da Roma da amici di detto Ill.mo Signore senza nominar punto S. S.tà né V. S. Ill.ma in questo caso, et questo l'ho fatto per buoni rispetti, credendomi di far meglio»[49].

Auch an den anderen einschlägigen Stellen, wenn es um das Kaufgeschäft geht, begegnet jeweils die Formulierung «come de me» bzw. «come da sé» in den Instruktionen des Kardinals Gallio (z. B. «Per conto de la compra di Bardi et Campiano S. S.tà dice che V. S. ha fatto bene a trattar questo negotio come da sé, et così potrà continuar di fare sempre che ne haverà da parlare ...»)[50]. Im übrigen wird dem Nuntius von seiten Gallios die hohe Bedeutung des Geschäfts vor Augen geführt[51], bei dem sich Malaspina langfristig die Dankbarkeit und Zuneigung des Papstes sichern könne[52].

[49] ASV, Segr. Stato, *Germania*, 99, Malaspina an Gallio, Prag, 1579 IX 14, fol. 144r-147v, hier fol. 146r, Or.; vgl. auch ASV, Segr. Stato, *Germania*, 99, Relation Malaspinas, Prag, 1579 X 27, fol. 164r-168v, fol. 167r, Or.: «parlando sempre come da me».

[50] ASV, Segr. Stato, *Germania*, 11, Gallio an Malaspina, Rom, 1579 X 10, fol. 97r-v, hier fol. 97r, Minute.

[51] ASV, Segr. Stato, *Germania*, 11, Gallio an Malaspina, Rom, 1579 VIII 1, fol. 81r-82v, hier fol. 82r, Minute: «nel negotio, il quale so che non occorre raccomandar a V.S., sapendo lei quanto importa per tutti li rispetti».

[52] ASV, Segr. Stato, *Germania*, 11, Gallio an Malaspina, Rom, 1579 X 10, fol. 97r-v, hier fol. 97v, Minute: «... V. S. tien per certo che S.B. tenerà grata et amorevole memoria». Ein ähnlicher Fall begegnet ca. 30 Jahre später während des Pontifikats Pauls V., als die Nuntien Decio Carafa (Spanien) bzw. Guglielmo Bastoni und Valeriano Muti (Neapel) beauftragt wurden, sich für den Erwerb des Fürstentums Sulmona zugunsten des Papstbruders Giovanni Battista Borghese einzusetzen. Der Kauf des Abruzzen-Territoriums gelang. Principe di Sulmona wurde allerdings nach dem Tod seines Vaters der Papstneffe Marcantonio Borghese, vgl. G. METZLER, *Die doppelte Peripherie. Neapel als römische Kolonie und spanische Provinz*,

Gegen Ende des Jahres 1579 stehen die Zeichen gut. Der Nuntius weiß zu berichten, daß Claudio Landi sich bereit erklärt (offensichtlich mit der Zustimmung des Kaisers), seine Territorien (übrigens auch Borgo Val di Taro: hier laufen nun die beiden Stränge zusammen) an Giacomo Boncompagni zu verkaufen. Dieser solle zur Abstimmung über die Details Prokuratoren zum Fürsten Landi nach Mailand bzw. an den Kaiserhof entsenden.

Zur Ausführung des Kaufgeschäfts im Sinne des Papstes und dessen Sohnes kam es allerdings nicht. Über das Scheitern können nur Vermutungen angestellt werden. Offensichtlich brachten die ungeklärten lehnsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der geplanten Erwerbung den Papst in arge Bedrängnis. Der ehemalige Professor der Rechtswissenschaften Ugo Boncompagni mußte sich im klaren sein, daß weder eine Belehnung durch den Kaiser noch die kirchliche Belehnung (jeweils zugunsten des eigenen Sohnes!) mit seinem Papstamt vereinbar waren. Im einen Fall hätte er die bis zuletzt nachhaltig vertretenen Ansprüche des Hl. Stuhls aufgegeben, im anderen hätte er gegen die Bestimmungen der Bulle Pius' V. verstoßen, die die Veräußerung und Belehnung von Kirchengut mißbilligte und verbot[53].

Ab 1580 ist das Thema jedenfalls nicht mehr präsent in den Nuntiaturberichten. Das Kaufgeschäft! Anders Borgo Val di Taro. Dieser Konflikt beschäftigt weiterhin die Nuntien am Kaiserhof, so den unmittelbaren Nachfolger von Orazio Malaspina, Giovanni Francesco Bonomi, der 1583 bei einem Besuch in Namur die Statthalterin der Niederlande Margarete um Vermittlung bei ihrem Mann Ottavio bittet[54]. Ein Jahr zuvor spielte Borgo eine Rolle auf dem Reichstag von Augsburg. Gregor XIII. hatte zu dieser Reichsversammlung Kardinal Ludovico Madruzzo, Bischof von Trient, als Legaten entsandt. Die Interessenvertretung des Hl. Stuhls im Hinblick auf Borgo Val di Taro bildete einen eigenen Punkt in der Instruktion für den

in W. REINHARD (Hrsg.), *Römische Mikropolitik unter Papst Paul V. Borghese (1605-1621) zwischen Spanien, Neapel, Mailand und Genua* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 107), Tübingen 2004, S. 179-334, hier S. 226-233.

[53] *Prohibitio alienandi et infeudandi civitates et loca S. R. E.*, 1567 III 29, Bullarium diplomatum et privilegiorum sanctorum Romanorum pontificum Taurinensis editio, tom. VII, Neapoli 1882, S. 560-564. Vgl. zu dieser für die Zentralisierungstendenzen des Hl. Stuhls bedeutenden Konstitution Pius' V.M. CARAVALE - A. CARACCIOLO, *Lo Stato pontificio da Martino V a Pio IX*, Torino 1978, S. 327.

[54] *Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken*, III. Abteilung: *1572-1585*, Bd. 1: *Der Kampf um Köln (1576-1584)*, bearb. von J. HANSEN, Berlin 1892, S. 684.

Kardinallegaten[55]. Dieser Umstand entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, da der Kardinal zuvor (seit 1573) als Protektor Deutschlands und offizieller Vertreter des Kaisers (es gab zu dieser Zeit keinen ständigen Botschafter des Kaisers am römischen Hof) die *iura imperii* auch im Hinblick auf Borgo an der Kurie zu vertreten hatte[56]. Der Reichstag von Augsburg endete nach einer Proposition der Kurfürsten und einer entsprechenden Antwort des Kaisers mit einem positiven Votum für den Fürsten Landi[57], der im übrigen selbst anwesend war[58]. In diesem Votum wird der Herzog von Parma nochmals nachdrücklich aufgefordert, das Lehen dem Fürsten Landi zu restituieren. Sollte er dies innerhalb einer bestimmten Frist nicht tun, drohe ihm der Bann. 1583 sprach Rudolf II. Claudio Landi vom Vorwurf der Konspiration gegen Ottavio Farnese frei[59].

6. *Abschließende Beobachtungen*

Die Aussagen der verfügbaren Quellen lassen sich thesenhaft zu folgenden fünf Punkten zusammenführen:

- Ab 1577, also in der mittleren Phase des Pontifikats Gregors XIII., erlebte die Kontroverse zwischen dem Kaiserhof und dem Hl. Stuhl um die lehensrechtliche Abhängigkeit des Territoriums Borgo Val di Taro (in Zusammenhang mit den Herrschaften Bardi und Compiano) auf Grund der politischen Lage einen neuerlichen Höhepunkt.
- Gregor XIII. verfolgte bei diesem Streit zwei Ziele: Neben der Zurückweisung der Ansprüche des Kaisers bzw. des Reichs auf Borgo Val di Taro (dies kennen wir auch aus anderen Pontifikaten) sollte das Gebiet

[55] *Nuntiaturberichte aus Deutschland nebst ergänzenden Aktenstücken*, III. Abteilung: *1572-1585*, Bd. 2: *Der Reichstag zu Regensburg 1576. Der Pacificationstag zu Köln 1579. Der Reichstag zu Augsburg 1582*, bearb. von J. HANSEN, Berlin 1894, S. 395.

[56] Vgl. S. VARESCHI, *La legazione del Cardinale Ludovico Madruzzo alla Dieta Imperiale di Augusta 1582. Chiesa, Papato e Impero nella seconda metà del secolo XVI*, Trento 1990, S. 250 f.

[57] Abschriften dieser Dokumente im Vatikan: ASV, *A.A. Arm.* I-XVIII 948-950.

[58] Zusammen mit seinem Agenten Eleonorus Tinellus, vgl. P. FLEISCHMANN, *Etwas geenderte und verbesserte Description des ... Herrn Rudolfen des andern ... erstgehaltenen Reichstag zu Augspurg ...*, Augsburg 1582, S. 221 (benutzt. Exemplar: Biblioteca Apostolica Vaticana, Palatina.IV.210).

[59] Wien, 1583 IX 27, Or., Rom, Archvio Doria Landi Pamphilj, vgl. R. VIGNODELLI RUBRICHI (Hrsg.), *Fondo della famiglia Landi, Archivio Doria Landi Pamphilj. Regesti delle pergamene dal 865 al 1625*, Nr. 3188.

(nebst Bardi und Compiano) durch Kauf an den Papstsohn Giacomo Boncompagni gelangen. Es verband sich also mit dem Staatsinteresse ein familiäres Interesse.

- Beide Aspekte (Wahrung der lehnsrechtlichen Ansprüche des Apostolischen Stuhls wie Versorgung der Familie Boncompagni) fanden ab dem Herbst 1578 ihren Niederschlag in der offiziellen Nuntiaturkorrespondenz.
- Die Biographie Giacomo Boncompagnis ist neben der Markgrafschaft Saluzzo um ein weiteres Territorium zu ergänzen, dessen Ankauf angestrebt wurde, sich letztendlich aber nicht realisieren ließ.
- Die Forschung sollte bei der Beurteilung Gregors XIII. stärker als bisher der Tatsache Rechnung tragen, daß auch dieser Papst die Förderung der eigenen Familie unter Ausnutzung der Möglichkeiten des kurialen Apparats intensiv betrieb.

Epistola ad Jacobum Boncompagnum, ubi persuadetur ad recuperationem Burgi Vallis Tari et Castrorum Bardi et Complani olim de Dominio S. Sedis

ASV, *A.A. Arm.* I-XVIII 4728; Albani 44, fol. 384v-393r.

Ill.mo et Ecc.mo Sig.re

In questo negotio di Borgo Val di Taro, che facilmente è il maggiore che si sia offerto a V.E., mi par di porli in considerazione, che siccome è cosa da Sig.ri prudenti il congiunger, quando si può, col ben publico il privato, così, quando per timor di apparenza, che si attenda al privato, si lascia il benefitio publico e di questa S. Sede, si può credere che dispiaccia a Dio e meriti biasimo appresso gl'uomini.

Il Sig.r Duca di Parma[1], al quale, come a Sig.r di Piacenza senza alcun dubbio appartiene il dominio di Borgo di Val di Taro, ch'è in quel territorio e diocesi, e del quale hanno fatto investiture i pontefici et i legati di Piacenza, e tutti quelli che hanno posseduto quella città di Piacenza, e ch'è stato posseduto prima dal Duca Pier Luigi[2] doppo la morte del Conte di Flisco[3], e poi alcuni mesi anche dal Duca presente, avendone ora ricuperato il possesso libero, si contenta di investirne V.E. con quei privilegii che restaranno insieme d'accordo. Et avendo sopra Bardi e Compiano, luoghi della diocesi e territorio di Piacenza, le raggioni chiarissime, come di feudi, de quali i baroni sono stati sempre rinvestiti da quelli che sono stati padroni di Piacenza, e come tali posseduti sino alla morte del Duca Pier Luigi, e come di feudi decaduti per molti capi, se ben' oggi non ha il possesso, si contenta similmente di cedere a V.E. tutte le ragioni ch'egli ha sopra questi due castelli, et investirnela, sicome sono stati investiti i baroni di quelli dai Sig.ri di Piacenza.

E perché per havergli bisognerà a V.E. fare sborso di denari per dar ricompensa al Conte Claudio Landi, acciocché V.E. possa farlo con minor suo incommodo, il Duca si contenta di concederli tutti gl'altri beni confiscati nel Piacentino, a' quali oggi possiede senza contrasto, e non hanno alcuna difficoltà et importano circa scudi 7000[4] d'entrata insieme con una bellissima casa in Piacenza degna d'un Sig.re di tanto Stato.

[1] Ottavio Farnese (1524-1586), Herzog von Parma und Piacenza.

[2] Pierluigi Farnese (1503-1547), Herzog von Parma und Piacenza.

[3] Gian Luigi II. Fieschi (1522-1547).

[4] Fondo Albani enthält die Zahlenangabe 2000.

La quale offerta è così grande, che ragionevolmente potria parar sproporzionata, e che eccedesse la fortuna del Duca, se di questo non risultasse anche qualch'incommodo a S.E., ma considerando, come principi prudenti, che nelle cose di Stato bisogna contentarsi d'un partito raggionevole, senza assortigliarsi mercantilmente a tutti gl'utili, si contenta di venire a questa risolutione, bastandogli di recuperare la superiorità sopra tutti quelli luoghi usurpatagli già molti anni, et in cambio di una persona tanto diffidente, come era il Conte Claudio, avere un Signore et amico tanto confidente, et al quale ha sempre desiderato di servire come a V.E., e poter' anche in un tempo servire a S.B.ne, suo supremo Signore.

A questa S. Sede ne risulta questo commodo, che per questa via verrà a ricuperare il supremo dominio non solo di Borgo, ma anche di Bardi e Compiano, il quale Dio sa quando, e se per altra via saria per recuperarsi.

Et quanto all'utile di V.E., se ella considererà il numero de vasalli, la qualità e bellezza de luoghi e degli edifitii, così del Pian di Piacenza, come del resto, e li opportunità de siti, trovarà che non li potrebbe venire occasione di avere uno Stato così bello e di tanta utilità, importando da 12.000 scudi d'entrata, de quali gliene verranno almeno nove o dieci netti in mano, con metter fuora così poca somma di denaro, e non solo senza diminuir cosa alcuna dello Stato Eccl.ico, ma con ampliarlo e ricuperare a questa S. Sede quel che già l'era stato usurpato.

A che si aggionge ch'il med.o ragionevolmente deve piacere, e mette conto anche al Landi, il quale de beni che sono nel Piacentino è fuor d'ogni speranza, e con pochissima di riaver mai Borgo, et essendogli pagati i beni di Bardi e Compiano, viene ad assicurarsene, dove che in ogni tempo correria manifesto pericolo d'esserne privato, senza alcuna ricompensa, così per li delitti paterni[5], e per aver preso investitura d'altro prencipe[6], come per gl'eccessi proprii[7], e per questo'ultimo omicidio commesso da lui[8]; e già di Corte Cesarea V.E. harà inteso per lettere del Nuntio[9] l'animo suo di vendere, se non sarà impedito.

Concludo adunque che questo negotio è per riuscire facilissimamente con grandi onori e gloria di N.ro Sig.re et utile di V. E., non solo essendo accettato, ma anche se non sarà impedito dal Gran Duca di Toscana[10], il quale si può dubitare che sia per difficultarlo, non per dispiacere che avesse del commodo di V.E., ma perché il Duca di Parma et il Cardinal Farnese[11] non abbino questa occasione di servire

[5] Beteiligung von Agostino Landi an der Konspiration gegen Pierluigi Farnese.

[6] Anspielung auf die Investitur durch den Kaiser.

[7] Die Auspressung der Untertanen durch die Einführung neuer Steuern.

[8] Die Ermordung des Grafen Camillo Anguissola, der als Hauptmann in den Diensten Ottavio Farneses stand.

[9] Wohl Orazio Malaspina, Nuntius bei Kaiser Rudolf II. von 1578 bis 1581.

[10] Francesco I. de' Medici (1541-1587), Großherzog der Toskana.

[11] Alessandro Farnese (1520-1589), Kardinal.

a S.S.tà et a V.E., come si può comprendere da quello che operorno, acciò che non seguisse la compra di Vignola[12].

E perché non può essere che non conoscano quanta ragione haria Nostro Signore di restar sempre mal sodisfatto di S.A., se per sua causa si levasse tanto bene a V.E., sapendosi che il Landi dipende in tutto dal favor di S.A., è da credere che non l'impediranno alla scoperta, ma per vie indirette cercaranno di far che l'effetto non segua.

La prima via d'impedire sarà di procurare che Nostro Signore domandi che Borgo si depositi in man sua per disporne secondo che giudicherà che sia di giustitia, la qual non si potendo diffinir senza lunghezza di tempo; chi cerca d'impedir, harà l'intento e goderà il benefitio del tempo, che in materia di Stato è il principale refugio nelle cose che non piacciono, e con questa longhezza si darà commodità intanto a varii accidenti che possono impedire la risolutione, potendosi mandare corrieri innanzi et indietro, e procurar che gl'altri si oppongano per il loro interesse, et in somma in quel mezzo non si trattarà di Bardi e Compiano. Possono anche sperare che a Nostro Signore paia che Borgo sia della Chiesa immediate, e conseguentemente abbia luogo la bolla di Pio V.o[13] e così l'impedimento nasca dalla cosa, e non dalle persone, che 'l procurano.

L'altra via sarà di mostrar di dar a V.E. più che non l'è offerto dal Duca, contentandosi di vendere, purché si pigli l'investitura dall'Imperatore come feudi imperiali, e non si riconosca il Duca acciò che egli non habbia a consentire, e N.ro Signore in cambio di avergli obbligo, resti mal sodisfatto di lui, parendo che da lui venga l'impedimento.

A questo partito non si ha da credere che in modo alcuno N.ro Sig.re sia per condescendere, non potendo farsi risolutione più di diretto contraria all'obietto di S. B.ne, il quale è stato sempre d'accrescere e non diminuire le ragioni di questa S. Sede, e con questa via si levarebbe alla Chiesa tutto e per tutto il supremo dominio sopra quei luoghi, che col mezzo del Duca si viene a ricuperare.

E perché bisogna far il conto degli altri ancora, non deve il Duca in modo alcuno consentire a questo partito, perché si spogliarebbe delle raggioni chiarissime per il possesso, nel quale si trovano i Signori di Piacenza di tutti questi luoghi, onde più tosto che consentir a quanto gli metteria conto che tornassero in mano del med. o Landi, con tener' intanto i scudi 7.000[14], perché avendo tante buone raggioni, potria esser certo d'avergli a ricuperare in altro tempo, e potriano venir tempi che i medesimi Principi di Sora l'impediscano gli dariano aiuto, e quei luoghi non sono di tanta importanza alla somma delle cose, nella persona del Landi è tale che possa dargli gelosia. E quando pur il ducato condiscendesse, non metteria conto a V.E.

[12] Der Kauf der Markgrafschaft Vignola für Giacomo Boncompagni erfolgte 1577.

[13] *Prohibitio alienandi et infeudandi civitates et loca S.R.E.*, 1567 III 29.

[14] Fondo Albani enthält die Zahlenangabe 2000.

d'avergli dall'Imperatore, non potendo il Duca far cosa di tanto pregiuditio a' suoi figlioli, né finalmente la volontá del Duca merita che V.E., quando anche potesse farlo, recusasse di haverlo per superiore. E quanto alla difficoltà dell'Imperatore si sa bene che come il Landi si queti, il che sarà ogni volta che il Gran Duca non lo fomenti, l'Imperatore non è per parlarne.

La 3.a via d'impedire è procurare che il Re Cattolico[15] entri di mezzo e faccia intendere al Duca di Parma che si vuol pigliar cura di terminar queste cose, onde seguitarebbe che e N.re Sig.re et il Duca di Parma e V. E. ne restarebbero esclusi, poiché l'autorità del Re è tanta che il Duca non può pensare di non obbedirlo, e che si tenti questa via, può esserne inditio il vedersi che già l'hanno fatto penetrare alla notitia de ministri di S.M. a' quali anche si cercò di persuadere che impedissero la compra di Vignola, e le parole dette da Mons.r Ill.mo de Medici[16] al Cardinale Farnese, al qual disse faremo tanto che il Re di Spagna entrarà in quei luoghi, e finalmente l'offerta così larga e così affettuosa che il medesimo Signore ha fatta al Cardinal di Gambara[17] di voler' aiutar V.E. ad havere quei castelli dal Gran Duca, la qual non è da credere ch'egli havesse fatta così affettuosamente se non sperasse che qualche impedimento l'havesse a cavar d'obbligo, e forsi hanno già espedito in Corte di S.M. Catt.ca, oltre a quella che qui devono haver detto alli ministri.

Il modo adunque di levar tutte queste difficoltà farebbe che prima che possa venir in impedimento V.E. pigliasse l'investitura di Borgo dal Sig.r Duca, e se a N.ro Sig.re non paresse per ora di publicarla, si potrebbe fare che in apparenza V.E. andasse a pigliare il possesso come governatore di S. Chiesa, e per un breve dichiarar che questo si fa *ad evitanda scandala et pro bono pacis*, ma S.S.tà intende che l'investitura abbia eff.o et in virtù di quella V.E. sia padrona di Borgo e nel medesimo tempo stringer col Gran Duca la compra di Bardi e Compiano con dar ricompensa al Landi, e per levare il pretesto dell'Imperatore, quando V.E. fosse d'accordo del prezzo, si potria fare che il S.e Duca comprasse dal Landi senza pregiuditio delle ragioni della Chiesa e sue, et poi facesse l'investitura a V.E., oltre a che S.S.tà e V.E. possono esser certe che, come il Landi non sia più fomentato dal Gran Duca, l'Imperatore non è per far mai più parola di simili pretensioni. Col Gran Duca non bisogneria lasciare alcuna sorte di uffitio e con lettere e con mandar' uomini, per mostrare a S.A. il gran obligo che N.ro Sig.re e V.E. son per averle, seguendo l'effetto, poiché molto ben conoscano ch'è forza che l'abbiano dalle sue mani, e che volendo può impedirlo. E dall'altra banda saria necessario che N. Sig.re si lasciasse intendere apertamente da qualche confidente del Gran Duca e che glie l'havesse a far sapere che se S.A. attraverso questo negotio conosce bene che lo fa solamente a fine che S.S.tà non habbia obligo al Duca di Parma et al Cardinal Farnese, ma con tutto ciò non conseguirà l'intento, anzi farà effetto contrario, perché ai detti Signori S.S.tà è per avere il med.o obligo, come se l'effetto

[15] Philipp II. (1527-1598), König von Spanien.

[16] Ferdinando de' Medici (1549-1609), Kardinal.

[17] Gian Francesco Gambara (1533-1587), Kardinal.

fosse seguito e risultarà loro quest'utile, che avvanzaranno 7.000 scudi d'entrata che il S.ig.r Duca crederebbe, concludendosi, ma riconoscerà ben dal Gran Duca tanta perdita e farà forzata a restar per sempre mal sodisfatta di S.A.

Tenendosi questa via et usandosi quella prestezza et diligenza che merita l'importanza del negotio, spero che S.S.tà troncarà tutte le difficoltà e con molta gloria sua e pochissima spesa provederà in un tempo alla quiete publica, al benefitio di questa S. Sede et al maggiore e più certo stabilimento di V.E. e della Casa sua di quanto a mio giuditio si siano presentati sin' a quest'ora.

Finalmente considerato il sito di Borgo separato da tutte l'altre terre immediate subiette alla Chiesa per la qual raggione bisogna che dipenda o dal ducato di Milano, dal Duca di Piacenza o da Genovesi o dal Gran Duca di Toscana, non so se mettesse conto, quando anche a rigore si potesse fare, ridurlo sotto la Chiesa immediate, e non contentandosi dell'ultimo Stato, ch'è chiaro per il possesso del Duca Pierluigi et il Duca presente, il quale per la giustitia e per la coscienza deve bastare andare investigando sotto il mente l'investiture antiche, per le quali per avventura si trovariano più dubbie le raggioni della Sede Ap.lica, e quando anche fossino chiare, si staria a discrettione di chi volesse occuparlo, non avendo a difesa vicina d'un feudatario di questa S. Sede, per la quale, quando Sua S.tà mostrasse haver' animo di tenerlo, haverà tutti li prencipi che li daranno impedimento, ma per V.E. coll'interesse del Duca di Piacenza non si troverà persona, che se ben non li piacesse, non sia per far professione di aiutarla, e doveria più tosto voler Sua S.tà che la conclusione dell'effetto fosse con servitio della Sede Ap.lica, che voler l'apparenza sola, senza che ne riesca buon'effetto.

Savoyen-Piemonts Verhältnis zum Reich 1536 bis 1618

Zwischen ständischer Reichspolitik und absolutistischer Außenpolitik

von *Cornel Zwierlein*

1. *Zur Einführung*

Karl Otmar von Aretin lenkte den Blick der neueren Forschung wieder auf den Komplex «Reichsitalien», insbesondere auf das Weiterbestehen der kaiserlichen Lehensordnung[1]. Friedrich Edelmayer und nun insbesondere Matthias Schnettger haben sich das nur erst in Umrissen erkennbare, transnationale Forschungsfeld zu eigen gemacht[2].

Aretin wandte sich bei der Neubesinnung auf die Kontinuität dessen, was «das Reich» für Italien in der Frühen Neuzeit, gerade auch noch im 18. Jahrhundert bedeutete, gegen Jacob Burckhardts Einschätzung in seinem klassischen Buch *Die Cultur der Renaissance in Italien*, wonach der Feudalismus in Italien schon im 15. Jahrhundert aufgehört habe, die politische

Der Text verdankt viel einer eingehenden Lektüre und Kritik von Matthias Schnettger. Für die Beschaffung einiger Archivalien-Reproduktionen danke ich herzlich dott.ssa Daniela Cereia vom Archivio di Stato di Torino. Es werden folgende Abkürzungen benutzt: ASTo = Archivio di Stato di Torino (Sede Corte [Palazzo], Sede Camerale [via Piave]); *LmA* = Materie per rapporto all'estero, *Lettere ministri Austria*; *MI* = Materie per rapporto all'estero, *Materie d'Impero*; HStAMü = Bayerisches Hauptstaatsarchiv München; KUÄA = Kurbayern, Äußeres Archiv; Kbl. = Kasten blau.

[1] Vgl. insbesondere K.O. von Aretin, *Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648-1806*, Stuttgart 1986, S. 76-166, S. 241-254.

[2] F. Edelmayer, *Maximilian II., Philipp II. und Reichsitalien. Die Auseinandersetzungen um das Reichslehen Finale in Ligurien*, Stuttgart 1988; M. Schnettger, *Das Alte Reich und Italien in der Frühen Neuzeit. Ein institutionengeschichtlicher Überblick*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 70, 1999, S. 344-382; ders., *'Impero romano – Impero germanico'. Italienische Perspektiven auf das Reich in der Frühen Neuzeit*, in ders. (Hrsg.), *Imperium Romanum – Irregulare Corpus – Teutscher Reichs-Staat: das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, Mainz 2002, S. 33-75, dort auch umfassende bibliographische Nachweise zum Thema.

Kultur zu bestimmen[3]. In gewisser Weise eignet dem Forschungsfeld also eine Heuristik, die die Kontinuität des Alten im Neuen betont. Italien soll nicht nur als symbolischer, welthistorischer Ort der Genese von Neuzeitlichem oder gar von Westlich-Frühmodernem gesehen werden, wofür es unter den Stichwörtern von Renaissance, Humanismus und Republikkultur des Quattro- und Cinquecento nicht nur bei Burckhardt, sondern aktueller ja auch vor allem in der angloamerikanischen Forschung steht – man denke nur an Hans Barons «civic humanism» und seine Folgen. Dies ist, als Gegengewicht zur genannten, vorherrschenden Sicht auf Italien, eine sehr anregende Perspektive, die grundsätzlich auch in diesem Beitrag zu den Beziehungen Savoyen-Piemonts zum Reich eingenommen werden soll. Allerdings gehe ich davon aus, daß, um der Komplexität der typischen Gemengelage von Neuem und Altem in der Frühen Neuzeit gerecht zu werden, es sinnvoll ist, die eine Heuristik um die jeweils andere zu ergänzen – d.h., es lohnt auch immer, nach dem Neuen im Alten zu suchen, also auch nach Phänomenen, Denkrahmen oder institutionellen Handlungsmustern, die tendenziell schon quer zu einer einfachen «Kontinuität» der Lehensordnung und der Reichsvorstellung in Italien stehen. Es ist ja zu vermuten – und auch in den Forschungen Giovanni Tabaccos, Gerhard Rills oder Schnettgers nachgewiesen –, daß, auch wenn manche Verfahrensformen, Verfassungsbegriffe und Namen scheinbar unverändert vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert bestehen, sie neue Funktionen in gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Kommunikationsverhältnissen annehmen, die selbst vielleicht noch keinen Namen haben.

Die Beziehungen Savoyen-Piemonts zum Reich sind einerseits, insbesondere aufgrund der Monographie Giovanni Tabaccos aus dem Jahre 1939, die am besten untersuchten in der Forschung zu Reichsitalien, was auch der besonderen Bedeutung des Territoriums und seiner Sonderstellung als (zumindest teilweise) zum *Regnum Germaniae* zugehörig und also als 'echter' Reichsstand entspricht[4]. Andererseits aber spielen in der neuesten, sehr regen, italienischen, französischsprachigen, deutschen und anglo-amerikanischen Forschung zu Savoyen-Piemont diese Beziehungen zum Reich nahezu gar keine Rolle. «Deutschland», die Kaiser und selten auch einige Reichsfürsten kommen hier nur als Gebiete, als Dynastien (Habsburg, «Austria») oder als Personenverbindungen vor, die ganze Komplexität der

[3] K.O. von Aretin, *Das Reich*, S. 77.

[4] Vgl. insbesondere S. Pugliese, *Le prime strette dell'Austria in Italia*, Milano - Roma 1932, S. 34-39, 64, 68 f., 79-84, 92, 100, 112-115; G. Tabacco, *Lo stato sabaudo nel Sacro Romano Impero*, Torino u.a. 1939, für das 16. Jahrhundert S. 59-121.

Reichsnormativität, die ein deutschsprachiger Frühneuzeitforscher aufgrund der reichen Forschung vor allem der Nachkriegszeit im Hinterkopf hat[5], wenn er an «das Alte Reich» denkt, ist nicht präsent[6].

Insofern ist es angebracht, gerade für die Übergangszeit des langen 16. Jahrhunderts, die Beziehungen Savoyen-Piemonts zum Reich aus den genannten zwei Perspektiven erneut zu betrachten. Dabei werde ich in drei Schritten zunächst (Abschn. 2) einige allgemeine Punkte (zur Stellung als Reichsstand, zur Konfessionspolitik, zur Verbindung mit Sachsen) anschneiden, dann zwei wichtige, auch bislang schon stark beachtete Spezialthemen, die Kontributionenfrage (Abschn. 3) und die Bedeutung des Reichsvikariats im 16. Jahrhundert (Abschn. 4) behandeln, um mit einer Dimension der savoyischen Politik zu schließen, die kaum mehr als Reichspolitik, sondern nur noch als absolutistische, auf die Räson des eigenen, durch die Terri-

[5] Man denke insbesondere an die Forschungen von Volker Press, Maximilian Lanzinner, Albrecht P. Luttenberger, Georg Schmidt, Helmut Neuhaus, Axel Gotthard.

[6] Forschungsüberblick zur Territorialgeschichte: G. RICUPERATI, *Lo Stato sabaudo e la storia da Emanuele Filiberto a Vittorio Amedeo II. Bilancio di studi e prospettive di ricerca* (1979[1]), in DERS., *I volti della pubblica felicità. Storiografia e politica nel Piemonte settecentesco*, Torino 1989, S. 5-58; *Bibliographie raisonnée* von Claudio Rosso zum 16. und 17. Jahrhundert in P. MERLIN et al., *Il Piemonte sabaudo. Stato e territori in età moderna*, Torino 1994, S. 834-859; für das 16. und den Anfang des 17. Jahrhunderts – und ich beschränke mich hier auf diese Zeit betreffende Literaturangaben – sind folgende Arbeiten wichtig: C. ROSSO, *Una burocrazia di Antico Regime: I segretari di stato dei Duchi di Savoia: 1559-1637*, Torino 1992; P. MERLIN, *Tra guerre e tornei. La corte sabauda nell'età di Carlo Emanuele I*, Torino 1992; DERS., *Il Cinquecento*, in P. MERLIN et al., *Il Piemonte sabaudo*, S. 3-170; P. MERLIN, *Emanuele Filiberto. Un principe tra il Piemonte e l'Europa*, Torino 1995; G. RICUPERATI (Hrsg.), *Storia di Torino*, Bd. 3: *Dalla dominazione francese alla ricomposizione dello Stato (1536-1630)*, Torino 1998; M. MASOERO et al. (Hrsg.), *Politica e cultura nell'età di Carlo Emanuele I. Torino, Parigi, Madrid*, Firenze 1999; P. BIANCHI - A. MERLOTTI, *Cuneo in età moderna: città e stato nel Piemonte d'antico regime*, Milano 2002; R. DEVOS - B. GROSPERRIN, *La Savoie de la Réforme à la Révolution française*, Rennes 1985; L. CRAMER, *La Seigneurie de Genève et la Maison de Savoie de 1559-1605*, Bd. 1 und 2: *Le règne d'Emmanuel-Philibert (1559-1580)*, Genève - Paris 1912; Bd. 3: *Les projets d'entreprises de Charles-Emmanuel Ier sur Genève, 1580-1588*, Genève 1950; Bd. 4: A. DUFOUR, *La guerre de 1589-1593*, Genève 1958; M. VESTER, *Territorial Politics in the Savoyard Domains, 1536-1580*, Dissertation Los Angeles, 1997; DERS., *Fiscal Commissions, Consensus, and Informal Representation: Taxation in the Savoyard Domains, 1559-1580*, in «Parliaments, Estates & Representation», 20, 2000, S. 59-74; DERS., *Territorial Politics and Early Modern «Fiscal Policy»: Taxation in Savoy, 1559-1580*, in «Viator», 32, 2001, S. 279-302; T. OSBORNE, *Dynasty and Diplomacy in the Court of Savoy. Political Culture and the Thirty Years' War*, Cambridge 2002; T. MÖRSCHEL, *Buona amicitia? Die römisch-savoyischen Beziehungen unter Paul V. (1605-1621). Studien zur frühneuzeitlichen Mikropolitik in Italien*, Mainz 2002; bei einigen Überschneidungsfragen auch für Savoyen-Piemont wichtig B.A. RAVIOLA, *Il Monferrato gonzaghesco. Istituzioni ed élites di un micro-stato (1536-1708)*, Firenze 2003.

torialgrenzen abgezirkelten Staates bestimmte Außenpolitik bezeichnet werden kann (Abschn. 5).

2. *«ain gehorsamb Mitglide des hailigen Römischen Reichs»?*[7]

Wenn in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und am Anfang des 16. – gerade in der Zeit der Reichsreformbewegungen – die Verbindungen Savoyen-Piemonts zum Reich etwas loser geworden waren, erzwang 1536 die *necessitas*, daß die Savoyer sich nahezu rückhaltlos an das Reich und Kaiser Karl V. anschließen mußten: François I. hatte das Territorium fast komplett besetzt (mit der Ausnahme von Nizza, einigen Gebieten des Piemont, dem neutral verbleibenden Aosta-Tal). Die einzige Chance, wieder in den Besitz der Herrschaft zu gelangen, lag also in einer engen Zusammenarbeit mit Karl V. Der einzige Erbprinz des entmachteten Herzogs Carlo III., Emanuele Filiberto, begab sich 1545 zum Reichstag nach Worms und zog von da ab stets in Karls Hof mit[8]. Um die Zugehörigkeit zur kaiserlichen Partei nachhaltig zu demonstrieren, investierte man mit letzten Kräften in ein Truppenkontingent, das Emanuele Filiberto ab 1547 im Schmalkaldischen Krieg führte. Wenn die Franzosen im langen kriegerischen Hin und Her zwischen Karl und Frankreich einmal versuchten, die Savoyer auf ihre Seite zu ziehen, indem sie Emanuele Filiberto mit einer französischen Partie verheiraten wollten, versicherte der Prinz seinem Onkel Karl, daß er hierauf nicht eingehen werde: «Vostra M.ta s'asicuri che li faremo sempre deuotissimi Vassali et seruitori»[9]. Die Savoyer Politik nahm hier also explizit das Schutz- und Schirmverhältnis mit der reziproken Treuepflicht als kaiserliche Vasallen in Anspruch. Dies blieb die stete Linie mindestens bis zum Vertrag von Cateau-Cambrésis 1559. Emanuele Filiberto, seit dem Tod seines Vaters (1553) selbst Nachfolger in der Regierung Savoyen-Piemonts und als Sieger der Schlacht von Saint-Quentin 1557 auch gegenüber dem Kaiser in einer starken Position, wurde kurzzeitig Gouverneur der Niederlande (1557-1559), um dann wieder sein Territorium in Besitz zu nehmen. Stets

[7] HStAMü, *KUÄA*, 4577, fol. 356r, Selbstbezeichnung von Herzog Emanuele Filiberto von Savoyen gegenüber Herzog Albrecht von Bayern, Brüssel, 10. April 1559.

[8] L. VACCARONE, *Emanuele Filiberto, principe di Piemonte, alla corte cesarea di Carlo V imperatore (1545-1551)*, in «Miscellanea di Storia italiana», 3. Folge, 5, 1900, S. 277-318.

[9] ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, fol. 76-79, hier fol. 77r, Emanuele Filiberto im Gespräch zu Karl V., berichtet vom savoyischen Gesandten Giovanni Tommaso di Stroppiana an den Herzog, Augsburg, 17. September 1547.

bezeichnete er sich in dieser Zeit als «ain gehorsamb Mitglide des hailigen Römischen Reichs»[10].

Die Savoyer waren sich einerseits ihrer besonderen Stellung als Angehörige des «Jmperio della natione Germanica» und damit als Reichsfürsten mit Sitz und Stimme im Reichstag und im Oberrheinischen Reichskreis bewußt, die sie von dem größten Teil der übrigen, geographisch in Italien situierten Reichsvasallen unterschied. Seit 1541 und bis 1613 nahmen die Herzöge auch an nahezu jedem Reichstag entweder persönlich teil oder schickten Gesandte[11]. Andererseits tendierten die Savoyer dazu, die Verbindung zum Reich doch als eine eher personale Lehensbeziehung zum Kaiser zu interpretieren, indem sie stets diesem, für die Investituren wichtigen Verhältnis den Vorrang gegenüber einer am Stände-corpus orientierten Politik gaben, wie sich insbesondere am Verhalten in der Kontributionenfrage und an der konstanten Inaktivität im Zusammenhang des Reichskreises erweisen wird (siehe unten, Abschn. 3). Selbstverständlich suchten sie immer um die Investitur bei den Kaisern nach, diese nutzten solche und andere innen- wie außenpolitisch motivierte Momente der Bittsteller-Position der Savoyer aus, um Beiträge für die Türkenkriege (1566 in Truppenform, 1588 in Form einer direkten Einzahlung in der böhmischen Kanzlei, vgl. unten) zu erlangen. Zwischen Emanuele Filiberto und Maximilian II. bestand wohl auch ein etwas engeres Vertrauensverhältnis; der Kaiser war dem Jugendgefährten bei Suppliken stets aufgeschlossen, und wenn diese dann im weiteren Verlauf nicht erfolgreich waren, hat man deutlich den Eindruck, daß es eher die Reichsbeamten waren (der Reichsvizekanzler und seine Zuarbeiter), die eine transpersonale, normativ geprägte Vorstellung hatten von dem, was

[10] Vgl. oben, Anm. 7; genauso schon im Kredenzsschreiben für Christoph Haller von Hallerstein, Reichstagsgesandten Emanuele Filibertos, Brüssel, 14. März, 1557, HStaMü, *KUÄA*, 4577, fol. 353r.

[11] Die Übersicht bei R. AULINGER, *Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert. Beiträge zu einer typologischen Analyse schriftlicher und bildlicher Quellen*, Göttingen 1980, S. 367 ist dahingehend zu korrigieren, daß die Savoyer auch 1542, 1545, 1557, sowie 1594, 1608 und 1613 auf den Reichstagen vertreten waren (vgl. G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 79, sowie hier Anm. 10; ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, n. 35, Vermerk der Anwesenheit Stroppianas auf dem Reichstag Worms 1545 bei La Ravoyre an den Herzog, Speyer, 15. November 1570; ASTo, Corte, *MI IIIa Cat.*, m. 1, n. 20, Plenipotenzbrief für Balthazar de La Ravoyre für die «dieta» (Reichskreistag Erfurt?) 1567, 1. August, 1567; für die späteren Reichstage vgl. ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, n. 32. 33). Nicht immer ist deutlich, inwieweit die Gesandten dann in vollem Umfang als Reichstagsgesandte akkreditiert waren oder ob es sich teilweise nur um Sendungen «anläßlich» des Reichstages handelte. Der Bearbeiter der Reichstagsaktenedition für 1567, Dr. Wolfgang Wagner, Universität Bonn, teilte mir auf Anfrage freundlicherweise mit, daß 1567 kein offizieller savoyischer Gesandter beim Reichstag zu Regensburg (April/Mai) anwesend war.

«Reich», «Reichspflichten» und «Reichsrechte» waren, welche dann die Prozeduren verschleppten und schließlich ein für die Savoyer negatives Ergebnis herbeiführten[12]. Wenn dann die Savoyer umgekehrt ausnahmsweise die Differenz zu den anderen italienischen Reichslehen des *Jmperio Italico* und ihre Zugehörigkeit doch zum transpersonalen Reichsganzen betonten, dann taten sie dies, um wiederum die stärkere Stellung eines Reichsstandes im *corpus Imperii* gegenüber dem Kaiser zu betonen[13].

Die Tendenz bei diesem Ausspielen des einen «reichs-italienischen» oder des anderen «reichs-deutschen» Verhaltensmusters war also, aus beiden Positionen die größten Vorteile und die größtmögliche Unabhängigkeit zu gewinnen.

In diese Linie gehört auch die Politik, die die Savoyer bei ihren Beziehungen zu anderen Reichsständen verfolgten. Wenn im 17. und 18. Jahrhundert hier zweifelsohne die Verbindungen zu Bayern den größten Stellenwert hatten, waren es im 16. Jahrhundert die Verbindungen zu Sachsen. Es ist bekannt, daß der savoyische Gesandte Stroppiana sich mehrfach auf den Reichstagen mit den sächsischen Gesandten austauschte, auch genealogisches Material von Georg Agricola und Christoph von Carlowitz sowie andere historische Argumentationshilfen bekam, um die Abstammung des savoyischen Hauses vom Sachsen Witekind zu beweisen, was vorderhand die Funktion hatte, die Session der Savoyer auf den Reichstagen direkt hinter den Herzögen von Braunschweig zu sichern[14]. Die Annäherung an Sachsen ging aber weiter: Auf den Reichstagen waren die sächsischen Räte und Gesandten, insbesondere Christoph von Carlowitz, Georg Cracow und Eilenbeck über

12 Vgl. etwa die von La Ravoyre berichtete wörtliche Rede Maximilians mit Bezug auf die Finale-Frage: «Mi rispose le formate parole 'Jl S.r Ducca et io siamo alleuati insieme, e non s'inganna ponto ch'io ami le cose sue come le mie ...'» (ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, aus Linz, 8. Januar 1566); in Augsburg ebenso (wieder wörtlich Maximilian:) «Ma assicurate sua Ecc.a ch'io la tengo per Fratello ...» (ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, 13. April). Natürlich sind das in gewisser Hinsicht höfische Floskeln.

13 Vgl. ASTo, Corte, *LmA*, m. 4, n. 22, die Stroppianas an Balthazar de La Ravoyre, Turin, 24. April 1566: «et perche parera strana la differentia qual ho fatto dal Jmperio della natione Germanica e italica, V.S. ha da sapere che ui he certa e indubbitata Nam Caesar in ijs quae sunt de Jmperio Jtalico solus habet absolutam potestatem, jn ijs uero quae sunt de Germanico nichil potest absque Principibus electoribus, alijsque Principibus et non est absolute dominus, sed est tamquam caput ad membra».

14 Vgl. entsprechende Erwähnungen immer wieder in den Briefen Stroppianas an Herzog Carlo III., von 1547 bis 1551, in ASTo, Corte, *LmA*, m. 2, n. 10, 19, 57, 66. Vgl. zu dem Problem generell H. NEUHAUS, *Der Streit um den richtigen Platz. Ein Beitrag zu reichsständischen Verfahrensformen in der Frühen Neuzeit*, in B. STOLLBERG-RILINGER (Hrsg.), *Vormoderne politische Verfahren*, Berlin 2001, S. 281-302.

mehrere Jahrzehnte hinweg stets die wichtigsten Ansprechpartner für die Savoyer, die hier oft das Know-how des *procedere* im Reich erfragten oder um Beistand für bestimmte Anliegen im Kurfürstenkollegium baten. Schließlich war man 1566 wohl sogar ernsthaft in Verhandlungen über einen reziproken Erbsukzessionsvertrag für den Fall des Mangels männlicher Erben[15]: Emanuele Filiberto hatte mit Marguerite de France, die zum Zeitalter ihrer Hochzeit 1559 schon 36 Jahre alt war, nur den einen Sohn Carlo Emanuele gezeugt (geb. 12. Januar 1562). Es war ein durchsichtiger Hintergedanke von Henri II. gewesen, Emanuele Filiberto nur mit seiner Schwester, nicht mit der jungen Tochter zu verheiraten; denn bei Ausbleiben eines Erben, was angesichts des hohen Alters Marguerites nicht unwahrscheinlich war, wäre der Vertreter der Nebenlinie, Jacques de Savoie-Nemours (1531-1585), französischer Vasall, Erbe gewesen[16]. Hier scheint Emanuele Filiberto angesichts eines in der Kindheit eher schwächlichen Erbprinzen Carlo Emanuele an eine Ausweichlösung gedacht zu haben: Statt Jacques de Savoie-Nemours hätte ein Sachse geerbt? – Außer den Erwähnungen zu diesem *negozio* in den *dispacci* des savoyischen Gesandten wissen wir nichts Genaues, der Vertrag scheint dann auch nicht zustande gekommen zu sein, vielleicht weil der 1567 getaufte Carlo Emanuele inzwischen doch wieder Hoffnungen auf eine ganz unproblematische Erbfolge gab. Aber die Konstellation zeigt deutlich, wie sich als Konstante der savoyischen Politik hier die Ausbalancierung von Frankreich und Habsburg zugunsten einer möglichst großen eigenen Unabhängigkeit erweist; man wählte den stärksten nicht habsburgischen Reichsfürsten als Allianzpartner – und eben nicht den Kaiser selbst; man wählte aber einen «Reichs»-Fürsten eher als einen «Frankreich» eng verbundenen Verwandten.

Den Verbindungen mit Sachsen, die in der Forschung als so selbstverständlich erwähnt werden, eignete immerhin auch ein konfessionspolitisch

[15] ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, n. 7, La Ravoyre an Emanuele Filiberto vom Reichstag, Augsburg, 13. April 1566: «Jl S.r Ducca di Sassonia due uolte in presenza dil S.r Haller mi hà fatto dimandar se haueuo nuoue et risposta da V.A. perche dice che non douendossi fermar molto quiui, desideraua che si ultimassero quei neg<ozi>i che V.A. mi comandò di trattar seco, massime quello della reciproca successione, la quale dice che si contenta molto di fare, et hà comandato che mi siano date nelle mani le sue Jnuestiture ... [... bittet um Anweisungen, was er Sachsen gegenüber machen soll ...] Et fatto questo habbiamo risoluto di parlarne a Sua M.tà giontamente et supplicarla per la confirmatione ... dal S.r Amba. re Haller hò inteso ch'esso Ducca deue hauer fatto simili contratti con altri Principi, però non ne è sicuro, il che è degno di buona consideratione ancor che si puotrà ben metter' nel contratto tal clausula, et patto che rimediarà a questo, almeno che V.A. non resti più di lui ligata».

[16] Vgl. dazu M. VESTER, *Territorial Politics*, S. 167-170.

brisanter Beigeschmack: der Herzog von Savoyen, der sich zumindest nach außen hin stets als *principe catolico* stilisierte und gegenreformatorische Aktivitäten der Jesuiten und Bischöfe in seinem Territorium oft förderte, arbeitete hier ohne jede Berührungsscheu mit dem Geburtsland des Protestantismus zusammen. Emanuele Filiberto, selbst Truppenführer im Schmalkaldischen Krieg auf Seiten des Kaisers, traf sich und dinierte 1547 ohne weiteres sowohl mit dem besiegten und gefangenen «Rebellen» Johann Friedrich von Sachsen als auch mit dem neuen Kurfürsten Moritz[17]. Bezeichnend für diese Kommunikationen jenseits von Konfessionalismus ist auch, daß ein Gesandter wie La Ravoyre vielleicht auch deshalb so gut seit 1566 auf Reichstagen und am Kaiserhof mit den Sachsen kooperierte, weil er selbst im Geheimen konfessionell unorthodoxe Ansichten hatte: Die Genfer Geschichtsforschung vermutet in ihm einen Kryptocalvinisten[18]. Ähnlich sieht die Situation 1579 aus: Emanuele Filiberto schickte Filiberto Lovencito zunächst nach Dresden, um vom sächsischen Kurfürsten August Fürsprache im Präzedenzstreit mit dem 1569 zum Großherzog ernannten Cosimo I. de' Medici wegen des Platzes der Gesandten in der kaiserlichen Hofkapelle zu erhalten. Er wurde mit allen Ehren vom Kurfürsten mit dem ganzen Hofstaat empfangen und August erinnerte sich an Emanuele Filiberto als an einen Jugendgefährten aus der Zeit des Schmalkaldischen Krieges, ganz ohne Andeutungen von Konfessionsdifferenzen[19]. Der wichtigste Ansprechpartner Lovencitos am Hof und Beförderer der savoyischen Sache wurde der calvinistische, mit einer Metzer Hugenottin verheiratete Graf Rocco de' Linari (1525-1596), der, aus der Toskana stammend, auch aus Religionsgründen ein eingeschworener Feind des Großherzogs war. Er war Generalfestungsbaumeister des Kurfürsten, 1579 allerdings fast öfter am Brandenburgischen Hof tätig, wo er die Spandauer Festung baute[20]. In der Verhandlung über die Florentiner Präzedenzangelegenheit, insbesondere die Anerkennung des Großherzogtitels durch Maximilian II., und der Erregung über die schleichende Selbsterhöhung der Florentiner bis hin zur Einforderung von «ceremonie regali» stieß Lovencito auf offene Ohren: Der Kurfürst wußte selbst, daß dies nur «per pecuniam facta» sei,

17 Mit dem ersteren: Bericht von Stroppiana, Augsburg, 26. August 1547; mit dem zweiten mehrfach, etwa 22. November 1547, in ASTo, Corte, *LmA*, m. 2, n. 17, n. 19, n. 29.

18 H. MEYLAN - A. DUFOUR - A. DE HENSELER (Hrsg.), *Correspondance de Théodore de Bèze*, Bd. 6 (1565), Genève 1970, S. 186 f.

19 ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, Lovencito an Emanuele Filiberto, Prag, 9. Juni 1579.

20 Vgl. B. NICOLLIER-DE WECK, *Hubert Languet (1518-1581). Un réseau politique international de Mélanchthon à Guillaume d'Orange*, Genève 1995, S. 289-292 mit der älteren Literatur.

und Linari flocht in Lovencitos Vortrag bestätigende Schmähungen des Papstes und des Hauses Medici ein; Linari hilft «ad accender il fuoco contra Fiorenza», und Lovencito empfahl ihn nachdrücklich der Gunst Emanuele Filibertos[21]. Schon 1579 erreichte Lovencito so eine gemeinsame Erklärung der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen zugunsten Savoyens[22], und letztlich ging auf diese Zusammenarbeit und die sächsische Fürsprache dann die berüchtigte Erklärung des Kurfürstenkollegs auf dem Augsburger Reichstag von 1582 zurück, in der Carlo Emanuele als Reichsvikar «per Italiam» bezeichnet wurde (vgl. unten, Abschn. 4). Die Verbindungen mit dem Calvinisten Linari bestanden dabei auf Mikroebene mindestens schon seit 1572, als dieser selbst im Piemont war und, nach Sachsen zurückgekehrt, dem Savoyer auch eigens drei sächsische Geschützmeister vermittelte[23], die ab dieser Zeit in den Rechnungsbüchern der Militärschatzmeister auftauchen und doppelt so gut bezahlt wurden wie italienische *bombardieri*.

Betrachtet man diese zwischen-ständischen Operationen über die Konfessionsgrenzen im Reich hinweg, liegt es nahe zu fragen, inwiefern die Konfessionspolitik der Savoyer im Inneren, insbesondere gegenüber der kleinen, aber durch die geopolitische Stärke ihrer Ansiedlung in den Alpentälern letztlich nicht bezwingbaren konfessionellen Minderheit der Waldenser, die seit 1531 als Reformierte Genfer Prägung angesehen werden müssen, der Konfessionspolitik des Reiches entsprach. Emanuele Filiberto war immerhin auf dem Reichstag von Augsburg 1555 persönlich anwesend, und insofern läge es nicht ganz fern zu vermuten, daß er bei der Rückkehr in sein Territorium 1559/60 die Konfessionsfrage nach dem reichsrechtlichen «cuius regio, eius religio» lösen wollte. Tatsächlich läßt sich seine 1560/61 unter Einsatz eines kleinen Heeres von 2.000 Soldaten gegen die Waldenser geführte *guerra* als ein solcher Unifizierungsversuch in Sachen Konfession interpretieren. Da der Plan der gewaltsamen Vereinheitlichung der Konfession im Territorium aber scheiterte und 1561 die Pace di Cavour abgeschlossen wurde, erweist sich Savoyen-Piemont vielmehr als ein Ort der Aushandlung der zwei frühneuzeitlichen «Toleranz»-Konzepte, der – die Regelung zu den gemischtkonfessionellen Reichsstädten einmal außen vor gelassen – weitgehend «außenpluralen» Konzeption des Augsburger

21 ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, Lovencito an Emanuele Filiberto, Prag, 9. Juni 1579.

22 Vgl. ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, n. 5.

23 ASTo, Corte, *Lettere particolari*, L 72, April-Oktober 1572, Briefe Linaris an Emanuele Filiberto aus Vercelli, Mailand und Augustusburg; Die Bombardieri Balthasar Widmann aus Nördlingen und David Waitzer sind hier genannt, neben ihnen taucht dann in den Rechnungsbüchern (ASTo, Camerale, *Camera Piemonte,* Art. 168, anni 1574 ff.) auch ein Valentin Fabricius aus Deutschland auf.

Religionsfriedens und der «binnenpluralen» Konzeption der französischen Toleranzedikte, vom Januaredikt 1562 bis zum Edikt von Nantes 1598: Wenn Savoyen-Piemont mit der reichsrechtlichen Lösung beginnt, die die Pluralität der Konfessionen mit der Pluralität der Territorien überblendet und tendenziell nur innerhalb des Reiches, nicht innerhalb eines Territoriums mehrere Konfessionen zulassen will, entsteht letztlich, in Vorwegnahme des französischen Toleranzedikts de l'Hospitals von 1562, mit der Pace di Cavour eine binnenplurale Lösung innerhalb eines Territoriums: Seit 1561 gab es in Savoyen-Piemont immer diese Koexistenz der Konfessionen – freilich kaum im Sinne einer aufklärerischen Toleranzprogrammatik, sondern als Not-Lösung; aber als solche verfestigte sie sich doch und war letztlich stabiler als in Frankreich. Man kann sogar Anzeichen für eine Ausdifferenzierung einer Vorstellung von Neutralität der politischen Arkansphäre des Fürsten gegenüber dem Konfessionellen ausmachen. Hier ist also weniger von einer «Verrechtlichung» der Pluralität wie im Reich zu sprechen, sondern tatsächlich von einer Differenzierung einer Sphäre des Politischen von der Sphäre des Religiösen. Auch diese Entwicklung der Ersetzung der reichsrechtlichen durch die später «französische» Lösung kann als eine Wegbewegung Savoyen-Piemonts von der «Verfassungskultur» der Reichsnormativität gelesen werden[24].

3. *Savoyen-Piemont und die Reichskontributionen*

Man kann die Frage nach Savoyens Kontributionen zu den Reichshilfen im 16. Jahrhundert gemäß der Reichsmatrikel und den jeweils im Reichstag beschlossenen Römermonaten von hinten lesen, d.h., vom Ergebnis her, daß unter Carlo III. und Emanuele Filiberto effektiv nie gezahlt wurde und daß Carlo Emanuele I. sich erheblich sträubte, bis er endlich 1588 eine vergleichsweise geringe Abschlagszahlung leistete[25], wohl primär, um sich außenpolitisch abzusichern.

[24] Zu dieser Interpretation der Konfessionspolitik Savoyen-Piemonts vgl. meine Dissertation *Discorso und Lex. Die Entstehung neuer Denkrahmen im 16. Jahrhundert und die Wahrnehmung der französischen Religionskriege in Italien und Deutschland, 1559-1598*, München - Tours, 2003 (im Druck).

[25] Das ist der Tenor schon bei S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 79-84; G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 102-105, S. 117-120 und jetzt wieder von J.-P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte und der 'Lange Türkenkrieg' Kaiser Rudolfs II. (1593-1606)*, Wien 1993, S. 438-444, hier S. 438. Im Hintergrund steht das *Memoriale delle contributioni Jmperiali* von ca. 1580, in ASTo, Corte, *MI IVa Cat.*, m. 2, n. 4, das einen entsprechenden retrospektiven Überblick bietet.

Interessanter als dieses Faktum dürften vielleicht die Gründe des Nicht-Zahlens, die Argumentationsweise der Herzöge, warum sie nicht zahlen wollten, und überhaupt die savoyische Wahrnehmung dieser Verpflichtung sein.

In der Wormser Matrikel von 1521[26] ist Savoyen – also das westlich der Alpen gelegene französischsprachige Kerngebiet, das sicher zum *Regnum Germaniae* gehörte, während die Lage bei den östlich der Alpen gelegenen, italienischen Gebieten unklarer war – mit einem Kurfürstenanschlag von 60 zu Roß und 277 zu Fuß, das heißt 1.828 fl., verzeichnet. Wenn die mangelnde Zahlungsmoral in der Forschung vermerkt wird, so ist zunächst festzustellen, daß gerade in der Zeit, als sich im Reich überhaupt die Kontributionsforderungen im Hinblick auf die Türkenkriege verregelmäßigten, also ab den 1530ern und 1540ern, Savoyen-Piemont ja seit 1536 französich besetzt war. Auf den Reichstagen 1543, 1547/48 und – mit einigen Problemen – 1551 erlangte der savoyische Gesandte Stroppiana daher immer wieder eine Exemtion von den Kontributionen. 1559 wurde die rückwirkende Befreiung von allen bisherigen Kontributionen, für diejenigen der nächsten zwei Jahre sowie die Reduzierung der Kontributionen 1561-1567 auf die Hälfte des Anschlags gewährt[27].

1566 schickte Emanuele Filiberto, statt die geschuldeten Römermonate zu zahlen, eine kleine Truppe seiner gerade neu errichteten Untertanenmiliz Maximilian II. zu Hilfe[28], und die Savoyer, die die Ausgaben für diese Hilfe mit 36.000 Scudi d'oro bezifferten[29], behaupteten, daß damit auch alle

[26] Vgl. T. OTT - W. SCHULZE, *Wormser Matrikel, Reichsmatrikel*, in A. ERLER et al. (Hrsg.), *Handwörterbuch für Rechtsgeschichte*, Bd. 5, 1996, Sp. 1530-1536.

[27] Vgl. die Briefe Stroppianas an den Herzog, in ASTo, Corte, *LmA*, m. 2, n. 6, n. 18, n. 54, n. 65, datiert 28. Juli 1546, 31. August 1547, 31. Juli 1550, 8. Februar 1551; ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 2, n. 15, Dekret vom 19. Dezember 1550; Verhandlungen 1559: *Deutsche Reichstagsakten. Reichsversammlungen 1556-1662. Der Kurfürstentag zu Frankfurt 1558 und der Reichstag zu Augsburg 1559* (künftig *RTA 1558/1559*), hrsg. von J. LEEB, 3 Bde., Göttingen 1999, Nr. 774, S. 1922 f. ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 17 und 18, Ausfertigungen für den Herzog; Vgl. J. MÜLLER, *Veränderungen im Reichsmatrikelwesen um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts*, in «Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg», 23, 1896, S. 115-176, hier S. 131 zu Savoyen. Vgl. zu den Moderationstagen H. NEUHAUS, *Reichsständische Repräsentationsformen im 16. Jh. Reichstag – Reichskreistag – Reichsdeputationstag*, Berlin 1982, S. 317-359.

[28] Vgl. die Rechnungsbücher des Zuges in ASTo, Camerale, *Camera Piemonte*, Art. 177/17 und 439/18.

[29] La Ravoyre an Emanuele Filiberto, Wien, 6. Novembre 1567, ASTo, Corte, *LmA*, m. 3. Das wären knapp 55.200 fl. rh. (vgl. Anm. 47).

1566/67 beschlossenen Kontributionen abgegolten seien[30]. Vielleicht hätte man noch argumentieren können, daß die 1566er-Kontribution auf einer Forderung des Kaisers an die Reichsstände für den Türkenkrieg beruhte, er also selbst entscheiden mochte, ob er von einem Reichsstand statt dessen eine Unterstützung in Form eines kleinen Truppenkontingents akzeptierte. Das war aber jedenfalls nicht die Rechtsauffassung der Reichsstände: schon auf dem Speyerer Reichstag 1570 wurde Savoyen als der 1566er-Türkenhilfe schuldig in der Restantenliste vermerkt[31]. Seit 1568 (angedroht schon 1567) war ein Fiskalprozeß am Reichskammergericht (RKG) Speyer gegen den Herzog «usque ad sententiam banni»[32] anhängig, in dem aber zunächst auf Geheiß des Kaisers eine Aussetzung erreicht wurde[33]. Die Stände lehnten eine Befreiung von allen bis 1570 ausstehenden Kontributionen und erst recht eine Exemtion für weitere 24 Jahre – also bis 1594 – ab, wie es Stroppianas und La Ravoyres Plan war: sie hatten argumentiert, daß das Territorium 24 Jahre besetzt gewesen sei und also nun auch 24 Jahre Kontributions-Pause benötige, um sich wieder zu erholen – eine relativ durchsichtige Scheinlogik; weitere Argumente waren die nach wie vor bestehende Besetzung von sieben Festungen durch Frankreich und Spanien sowie insbesondere die erhöhten Defensionskosten wegen der in unmittelbarer Nachbarschaft wütenden französischen Religionskriege[34]. Für die Frage einer eventuellen Minderung des Matrikelanschlags verwies man den Herzog also auf den Moderationstag 1571[35], zu welchem er auch einen Gesandten (Filiberto Lovencito) nach Frankfurt schickte. Aber damit zeigt sich, daß man in Turin die komplexen Prozeduren des Reiches nicht mehr recht überblickte: 1551 wußte Stroppiana noch, daß die einzelnen Stände ihre Moderationsforderungen nur auf den die Moderationstage vorbereitenden Kreistagen einbringen konnten, während die Moderationstage sich dann aus Kreisdeputierten und Kommissaren zusammensetzten, dort aber

[30] So etwa in La Ravoyres Eingabe beim Reichstag in Speyer 1570, *Deutsche Reichstagsakten. Der Reichstag zu Speyer 1570* (künftig *RTA 1570*), hrsg. von M. Lanzinner, 2 Bde., Göttingen 1988, Nr. 529, S. 1106 f.

[31] *RTA 1570*, Nr. 339, S. 773 und S. 791: 21.936 + 10.968 fl. (eilende u. beharrliche Türkenhilfe; die Minderung von 1559 ist eingerechnet).

[32] Vgl. Besprechung im Kurfürstenrat am 8. November 1570, *RTA 1570*, Nr. 90, S. 358 [Kurpfälzer Protokoll].

[33] Vgl. schon den Brief La Ravoyres vom 6. November 1567 (Anm. 29): Zusage des Kaisers für dieses Aussetzungsmandat.

[34] ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 25, Eingabe La Ravoyres auf dem RT Speyer 1570, 8. Dezember.

[35] *RTA 1570*, I, Nr. 529, S. 1106.

einzelne Reichsstände nicht als solche vertreten waren[36]. 1571 erinnerte man sich nicht mehr an dieses komplizierte Verfahren. Entsprechend holte man sich eine Abfuhr: Lovencito wurde in Frankfurt nicht zu den Verhandlungen zugelassen[37]. Der Reichsfiskal bombadierte den Herzog mit gedruckten Mahnbriefen in mehreren Ausfertigungen (1569, 1571, 1573), die immer durch den Reichskammergerichtsboten Peter Lhon überstellt wurden und dem Herzog wohl unangenehm waren[38]. Jedenfalls schickte er 1574 wieder Lovencito über die Alpen nach Speyer, um eine Einstellung des Verfahrens zu erwirken[39].

Abgesehen vom üblichen Verweis auf die hohen Landesdefensionskosten in Savoyen forderte Lovencito auf einer abstrakteren Argumentationsebene die *aequitas* im Rahmen einer föderalen *societas* ein – denn das sei doch einst überhaupt der Grund gewesen, daß die Föderationen und Bündnisse der Fürsten mit dem Reich begründet worden war: daß jedem einzelnen *membrum*, wenn es Hilfe bedürfe, diese von der ganzen *societas* zugeführt werden könne. So müsse aber doch bei der auf diesem Gedanken aufbauenden Kontributionspflicht die *aequitas* eingehalten werden: es sei unbillig, vom *membrum* Savoyen die ganzen Ungarn- und Gotha-Exekutionskosten einzufordern, wenn dieses *societas*-Mitglied doch seinen Beitrag schon selbst an der Westgrenze des Reiches zur Genüge leiste[40]. Ganz ähnlich schickte

[36] Am 7. März 1551 schrieb er an die kreisausschreibenden Fürsten Pfalzgraf Johann von Sponheim und den Bischof von Worms und instruiert den Advokat der Savoyer am RKG, Leopold Dick, ausführlich für die Moderationsverhandlungen beim vorbereitenden Kreistag, in ASTo, Corte, *LmA*, m. 2, n. 67, Augsburg, 7. März 1551.

[37] ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 1, n. 22, Bescheid des Moderationstags vom 18. September 1571.

[38] ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 1, n. 23, n. 24.

[39] ASTo, Corte, *MI IVa Cat.*, m. 1, n. 29, Konzept der Eingabe Lovencitos beim RKG, o.D. [April 1574]. Zu den Reichskammergerichtsboten vgl. Nun E.O. MADER, *«Soldateske» des Reichskammergerichts. Das kammergerichtliche Botenwesen am Ende des Alten Reichs*, in A. BAUMANN - P. OESTMANN - St. WENDEHORST - S. WESTPHAL (Hrsg.), *Reichspersonal. Funktionsträger für Kaiser und Reich*, Köln u.a. 2003, S. 265-290.

[40] ASTo, Corte, *MI IVa Cat.*, m. 1, n. 29, Konzept der Eingabe Lovencitos beim RKG, o.D. [April 1574]: «Mutuae enim beneuolentiae et communicandorum beneficiorum causa he *foederationes et principum cum sacro imperio societates* fuerunt constitutae, ut cum ueluti unius corporis partibus, si quae laborauerint communi Consilio et impensa succurritur, totum ipsum imperium facilius regatur uiribusque in dies augeatur semperque ualidius et florentius sit sed huius optimi et sanctissimi instituti conuersam rationem quod ad praedictum Ducem meum pertinet Dominum meum gratiosissimum conqueri cogor ... Et tamen in cunctis maxime uero in Collationibus tributorum, et ratio distribuendorum omnium et commodorum equalitas seruanda est, quae certa accipiendi et reddendi beneficij uicissitudine

der Herzog ein Jahr später schon wieder Lovencito nach Speyer: wenn gegen die obige Argumentation eingewandt würde, daß die Defensionskosten des Herzogs seine eigene Sache, nicht die des Reiches seien, denn die dort angesprochenen Gefahren seien solche, die den übrigen Reichsständen ferne stünden, so habe Lovencito einzuwenden, daß das gleiche Argument sich umdrehen lasse zugunsten Savoyens: die Gefahren – sprich hier: die Türkengefahr – der anderen Stände seien eben für Savoyen fern. Bei einer Besinnung auf das Essentielle des Reichs möge man sich vergegenwärtigen, daß eine Union ohne *aequalitas* keine Union mehr sei. In einem so großen Reich wie diesem läge der Akzent nicht auf der *utilitas*, sondern auf der Größe und Weite des Reiches – um so mehr müsse man auf die fernen Stände Rücksicht nehmen[41].

Das klar auf der Hand liegende Eigeninteresse Savoyens muß nicht dazu führen, daß man diese Reflexionen auf die Stellung der fernen Stände zum Reich von vorneherein als wertlose oder persuasionsrhetorisch geformte Texte beiseite schiebt. Beachtenswert ist jedenfalls die anklingende, leicht aristotelisierende Vorstellung einer historischen Konstitution des Reiches als Föderation und *societas* von Fürsten «mit dem Reich». Die Fürsten sind vorgängig, erst dann entschließt man sich, aus bestimmten (vor allem militärischen) Interessen heraus, die Kräfte zu vereinigen. Das ist eine föderale Konzeption, wie man sie später in ganz anderen Zusammenhängen und natürlich auf hoch-theoretischer Ebene und unter Rückgriff auf verschiedenste Traditionen elaboriert bei Althusius findet[42]. Bezeichnend ist aber,

conciliati et conseruatur sine qua equalitate inane esset nomen foederis et societatis reque ipsa inhumanitatis plena a qua quot duci meo est persuasum longe Caesarem optimum et iustissimum Principesque electores et caeteros Principes et status germaniae aequitatis semper obseruantissimos abesse vos amplissimos et Jllustres Patres eius nomine obnexe rogo et deprecor».

41 ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 31, Instruktion Emanuele Filibertos für Lovencito, 12. August 1575: «Se in questo vi risponderanno che li stati nostri siano lontani dalla germania che poco importa all'Jmperio et che toccano a noi stessi le spese a cui si conserueno li stati, et non al stato Jmperiale, ne perciò douer esser escusato dalle dette contributioni, gli potrete replicare che l'istessa ragione (se di ragione hauesse pur loco) milita per noi verso gl'altri stati dell'Jmpero: per che se uorrano dire che noi siamo lontani da loro et i pericoli loro sono anco lontani da noi, et se nelle società et unione si serua inequalità non pò piu dirsi vnione, ancor che nel regimento delle grandi Jmperij come è questo, non tutto stà nella vtilita, ma nella grandezza et ampiezza de Regni, et tanto più si deue hauere cura delli stati lontani quanto che sono piu sottoposti alle forze di esterni Jnimici et perdendosi, resta la Corona Jmperiale senza quella splendore che piu la fanno uedere di lontano et occupare li stati lontani, con il tempo poi si togliano li vicini come si è visto per esperienza ...».

42 Zum zentralen «consociatio»-Begriff, der die Grundlage für die Föderalismus-Systematik des Althusius ist vgl. C. ZWIERLEIN, *Reformierte Theorien der Vergesellschaftung: Römisches*

daß, wie wahrscheinlich immer bei Überbetonung des Föderalistischen im Föderalismus, mit dieser Argumentation die Akzeptanz von Pflichten, die das Reich als Ganzes von Savoyen-Piemont einfordern dürfte, eigentlich ganz gegen Null tendiert.

1576 zum Reichstag von Regensburg setzte der Herzog seine Anstrengungen, eine Anschlagsexemtion oder -minderung zu erreichen, fort. Den Kaiser versuchte er milde zu stimmen, indem er ihm 30.000 Scudi als Beihilfe zu den Aufwendungen versprach, die die habsburgische Bewerbung um die polnische Krone mit sich brachten[43]. Weit interessanter noch ist, wie Emanuele Filiberto seine Argumentation empirisch zu unterfüttern versuchte: Schon 1574 hatte er angeboten, daß Kommissare in seine Gebiete kommen möchten, um seine Aussagen über die Ausgezehrtheit der Länder zu überprüfen[44]. Nun ließ er seine Reichstagsgesandten eine Sammlung von Zeugnissen der 10 Erzbischöfe und Bischöfe der Gebiete, in denen er direkte oder indirekte territoriale Herrschaftsrechte hatte, sowie des Nuntius einreichen.

Diese Textsammlung war entstanden, indem der herzogliche Patrimonialadvokat Gianbattista Surdi von Anfang Januar bis Ende April 1576 zu allen Bischofssitzen gereist war und dort die entsprechenden *testimonia* von den Bischöfen oder ihren Vikaren verfassen und ausfertigen ließ. Daß er dabei selbst tatkräftige Unterstützung gab, wahrscheinlich sogar eine Art Mustertext vorschlug, der dann nur unterschrieben zu werden brauchte, legen die weitgehend ähnlichen Formulierungen dieser Zeugnisse nahe. Wenn etwa Giovanni Antonio Castruccio, der Vikar des Bischofs von Mondovi, Zahlen von Defensionskosten und Soldatengehältern bezeugte, so bezog er sich auf Informationen, «quantum ab expertis qui scire possunt habuimus» – woher sollte auch der bischöfliche Vikar einen Überblick über die Militärausgaben des Herzogs haben? Trotzdem gaben die Bischöfe zum Teil präzise Summen, zum Teil zumindest Größenordnungen an: Jean Godefroy, Bischof von Belley, bezeugte, daß in den Festungsbau von Montmélian, Miolans, Bourg-St. Maurice und L'Annonciade seit 1560 ca. 600.000 Dukaten investiert worden seien; Giuseppe Parpaglia, Erzbischof von Tarantaise, gab 500.000 Dukaten bislang für Festungsbaukosten, 40.000 jährlich für die Gehälter der Soldaten, 100.000 bislang für die Sali-

Recht, föderal-theologische «choinonia» und die consociatio des Althusius, in F.S. CARNEY - H. SCHILLING - D. WYDUCKEL (Hrsg.), *Jurisprudenz, politische Theorie und politische Theologie*, Berlin 2004, S. 191-223.

43 ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 1, n. 36, 19. Cal. April 1576.

44 Am Ende der in Anm. 39 und 40 zitierten Eingabe.

neninstandsetzung an; François Lambert, Bischof von Nizza, gibt 1 Mio. Dukaten für Festungsbaukosten, 15.000 für den Galeerenbau, 50.000 für Soldatengehälter an[45]. Diese großen Summen sind durchaus nicht ganz und gar unrealistisch. Die Rechnungsbücher mit den Militärausgaben sind für Savoyen und Piemont seit der Regierungszeit Emanuele Filibertos ja komplett überliefert, und nach ihnen gab der Herzog für den Piemont 3.433.242 piemontesische Lire (die Rechnungswährung der beiden herzoglichen Kammern in Torino und Chambéry seit der Währungsreform von 1562) und für Savoyen 690.529 Lire zwischen 1562 und 1576 aus, wobei Bresse und Bugey wohl und der Contado di Nizza sicher nicht in diesen Rechnungsbüchern erfaßt sind, auch die Erfassung des Herzogtums Aosta ist nicht immer deutlich[46]. Setzt man also grob 4 Mio. piemontesische Lire an, so entspricht das etwa 1,3 Mio. Scudi d'oro d'Italia und also etwa 2,04 Mio. fl. rh. in 15 Jahren[47]. Wie sehr auch immer die Zeugnisse der Bischöfe zugunsten des Herzogs 'verfälscht' sein mögen – daß der Herzog tatsächlich im Vergleich etwa zu anderen Ständen des Oberrheinischen Reichskreises enorme Militärausgaben tätigte (allerdings aber eben auch tätigen konnte, also keinesfalls so bettelarm war, wie er es darstellte), trifft durchaus zu.

Der Regensburger Reichstag wollte aber, wie immer, in Moderationsfragen nichts entscheiden, sondern überwies diese Problematik einmal mehr auf einen Moderationstag in Frankfurt für den Oktober 1577. Wieder zeigten die Savoyer eine gewisse Unbeholfenheit mit den Reichsverfahren: den vorbereitenden Kreistag (10. Februar)[48] verpaßte der Gesandte Lovencito, wohl, weil ihm unklar war, daß ein Kreistag selten länger als acht Tage (wie hier) dauerte im Gegensatz zu Reichstagen, wo man sich mit der Ankunft

45 ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 35.

46 Angaben nach den Rechnungsbüchern der Militärschatzmeister in ASTo, Camerale, *Camera Piemonte*, Art. 168, sowie *Camera Savoia*, Inv. 29. Details zur piemontesischen und savoyischen Militärverwaltung bei W. Barberis, *Le armi del Principe. La tradizione militare sabauda*, Torino 1988; C. De Consoli, *Al soldo del duca. L'amministrazione delle armate sabaude, 1560-1630*, Torino 1999; zu den Finanzen und allen Problemen, die Gesamtangaben erschweren bzw. eigentlich fast verunmöglichen, E. Stumpo, *Finanza e stato moderno nel Piemonte del Seicento*, Roma 1979; A.G. Canina, *La finanza del Piemonte nella seconda metà del XVI secolo*, in ders., *Scritti di storia economica e finanziaria*, Torino 1961, S. 50-233.

47 Bei 1 Scudo d'oro d'Italia à 23 Batzen und 1 rheinischer Gulden à 15 Batzen; diese Währungsrelation legt etwa der Advokat Savoyens am RKG, Leopold Dick, 1567 zugrunde, um die ausstehenden Kammerzieler umzurechnen, ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 20.

48 Pfalzgraf Reichard von Simmern und Dietrich, Bischof von Worms, an Emanuele Filiberto, 10. November 1576, Einberufung zum Kreistag nach Worms, 10. Februar 1577.

etwas Zeit lassen konnte[49]. Lovencito versuchte, nun wenigstens die Moderationskommissare des Kreises, Martin Hauck und David Rueff, zu einer Inquisition in den savoyischen Gebieten zu bewegen. Diese reisten auch bis Basel, dann aber, unter Angabe nicht ganz zwingender Gründe, nicht weiter, und auch der nach Basel und dann nach Frankfurt gesandte savoyische Generalfiskal Bernard Cavet erreichte nichts mehr bei ihnen. Letztlich blieb der Moderationstag 1577 auch diesmal für Savoyen ergebnislos[50]. Die Verzögerungen und Probleme mögen sicher auch deshalb aufgetreten sein, weil aus der Perspektive des Kreises die Motivation, ausgerechnet für die Verringerung der Anschläge eines Standes, der sich hier erstmals überhaupt in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Kreiszusammenhang meldete, besonders aktiv zu werden, verständlicherweise gering war. In den Retardatenverzeichnissen von 1572, 1577, 1579 und 1588 wurde Savoyen gar nicht eigens aufgeführt, sondern als «ungewisser Stand» verbucht; erst im letzten Retardatenverzeichnis des Kreises von 1595, als dieser im Grunde schon im Prozeß des Auseinanderfallens begriffen war, wurden einmal die gesamten Kreisschulden Savoyens mit 14.614 fl. (= ca. 8 Römermonate) beziffert – kein anderer Kreisstand schuldete mehr[51].

Auf Reichsebene stellte 1579 die Erzkanzlei dem Herzog die stolze Schuldensumme von 191.490 fl. auf, in der, entgegen der savoyischen Sicht, sehr wohl Kontributionen von 1548-1566, die von Kurfürst August verfolgten Kosten für die Gothaer Exekution gegen Grumbach sowie Legationskosten (auch die französische von 1559) aufgeführt wurden.

[49] ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 40, Lovencito an den Herzog, Speyer, 28. März 1577, dort auch die an sich rechtzeitig ausgestellte Instruktion Emanuele Filibertos (Nizza, 22. Januar). ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 38, ein hierhin gehörendes Memorial, das eigentlich zum Vortrag auf dem Kreistag vorgesehen war, und in dem – konträr zum eigentlichen steten Anwachsen der Savoyer Gebiete – die ständigen Gebietsverluste der Herzöge seit dem 13. Jahrhundert aufgeführt sind als Begründung für die Anschlagsminderung. Das undatierte Stück ist von G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 104 mit Anm. 5 nach S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 83 fälschlich auf 1567 angesetzt.

[50] Cavet an Emanuele Filiberto, Basel, 14. Juni 1576 (dabei Memorial der Kommissare Hauck und Rueff über ihre fruchtlose Reise nach Basel, 21. Mai); ASTo, Corte, *LmA*, m. 4, Frankfurt, 25. Juli 1576, Bericht vom Ende des Moderationstags am 22.; ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 44, Memorial Cavets und temporisierende Antwort von Hauck und Rueff, Worms 26. Juni 1577.

[51] HStAMü, Kbl. 110/6c, unfol., Retardatenverzeichnis vom 21. November 1572; HStAMü, Kbl. 111/1, f. 33-59, 51-55, vom 10. Februar 1577, dem Kreisabschied angehängt; HStAMü, Kbl. 112/1, fol 1237-1256, 1252 f., vom 8. Mai 1579, dem Kreisabschied angehängt; HStAMü, Kbl. 114/2 I, fol. 145-149, für den Probationstag zum 1. Mai 1588 (das undatierte Verzeichnis HStAMü, Kbl. 114/2 I, fol. 64-67, dürfte eine unkorrigierte Vorstufe sein); von Februar 1595 bei T. MALZAN, *Geschichte und Verfassung des Oberrheinischen Kreises von*

Tab. 1. *Reichsschulden Savoyens 1579*

1548	5 Römermonate	7.500 fl.[52]
1557	10 Römermonate	11.000 fl.[53]
1559-1566 abzügl. aller Reduktionen	12 Römermonate	21.936 fl.
1567	12 Römermonate	21.936 fl.
1568 und 1569	12 Römermonate	21.936 fl.
1570	12 Römermonate	21.936 fl.
1576	24 Römermonate	54.840 fl.
1567	Gotha	18.280 fl.
Legationen		3.656 fl.
		+ 4.570 fl.
Summe		191.490 fl.[54]

Diese Summe erhöhte sich nach Fristablauf um noch weitere 54.840 fl. vom Regensburger Reichstag sowie 1582 auf dem Augsburger Reichstag um weitere 73.120 fl., also auf 319.450 fl. Man sieht aber aus der Aufstellung, daß das Reichsfiskalat als Gläubiger wohl genauso mit Halbwahrheiten operierte wie die Schuldner, denn tatsächlich dürften mindestens bis 1561 keine Schulden aufgeführt sein. 1559 gingen jedenfalls auch die Reichsfinanzbeamten von einem vollständigen Schuldenerlaß bis zu diesem Jahr aus[55]. Noch 1570 hatte man auf dem Reichstag für die beharrliche Türkenhilfe 1566/67 die Minderung um die Hälfte gemäß der 1559er-Bestimmung anerkannt[56]. Noch 1603 wußte Zacharias Geizkofler genauso wie die Savoyer von der Minderung des Anschlags auf dem Moderationstag 1567 auf ein Drittel, an die man sich hier 1579, etwa für die 1570 beschlossenen Kontributionen, nicht 'erinnerte'[57].

den Anfängen bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges, phil. Dissertation Mainz, 1952, S. 251 f.

52 *RTA 1558/1559*, Nr. 669, S. 1761; vgl. dann Nr. 774, S. 1922 f.

53 10 Römermonate wären eigentlich 18.280 fl. 1559 wurde in der Restantenliste vermerkt: «Hertzog zu Sophoien, gantze anlag: fl. 29.248. Doch soll er mitler weil, bis er wider zu seinen landen kombt, nit mer dann 20 zu roß unnd 92 zu fuß raichen unnd geben. Das thut an gelt fl. 9728», *RTA 1558/1559*, Nr. 644, S. 1641.

54 ASTo, Corte, MI, IVa Cat., m. 2, n. 2, Rudolf II. an Emanuele Filiberto, Prag, 24. Juli 1579.

55 *RTA 1558/1559*, Nr. 669, S. 1761; vgl. dann Nr. 774, S. 1922 f.

56 *RTA 1570*, Nr. 339, S. 773 und S. 791: 21.936 + 10.968 fl. (eilende u. beharrliche Türkenhilfe; die Minderung von 1559 ist eingerechnet).

57 Vgl. den Abdruck des Kommentars in A. CORTREJUS, *Corpus Juris publicus sacri Romani Imperii germanici*, I, pars V., Frankfurt a.M. 1707, S. 49-110, hier S. 63; genauso in der

Wenn am 28. Juli 1588 Carlo Emanuele I. über seinen Gesandten Claude de Challant zur Erwirkung seiner Belehnung[58] dann ein Viertel der nach dem Reichstagsbeschluß von 1582 geschuldeten Summe (40 Römermonate = 73.120 fl.) in der böhmischen Kanzlei auf dem Hradschin – nicht etwa in einer der Legstädte – einzahlt (18.280 fl.) und die Restschuld am 8. Januar 1590 an den seit 1578[59] zwischen dem Kaiserhof und Torino hin- und herreisenden Kammerherrn des Kaisers Costantino Magno zediert wird[60], wird einmal mehr eine auf Liquidität der eigenen Kassen bedachte Facette der kaiserlichen Politik und die Differenz zwischen der ständi-

Synopse der Matrikelmoderationen 1521, 1545, 1551, 1557, 1571 und 1577, in ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 1, n. 41, wo in der Rubrik «Principi d'Jtalia» der «Duca della Massa» und «Duca Emanuele Filberto di Sauoia» eingetragen sind mit dem Kommentar «Anno 51. 57. e 71 non deue però fra tanto sin che sia rimesso nelli suoi paesi dare più di 20 à cauallo, e 92 à piedi, e se li ricupera, come nel tempo d'hoggi è seguito in buona parte, tornarà à pagare, com'egli stesso si è essibito, la uecchia quota. Sauoia concorda l'anno 77 con l'anno 71».

58 Tatsächlich hatte der Herzog selbst, wegen seines Unwillens über die kaiserliche Haltung in der Präzedenzfrage 1582, sechs Jahre lang auf eine Investitur verzichtet, vgl. G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 107 f. Konnte er sich dies bis dahin aus einer Position der Stärke leisten, ist die Zahlung 1588 ein Anzeichen für eine Verschiebung der Gewichte. Sicherlich lag dies auch daran, daß Carlo Emanuele seine Position gegenüber den Habsburgern sichern wollte, bevor er das gewagte Spiel der Eroberung Saluzzos (Ende September 1588) unternahm. Die Planung zu dieser Eroberung liefen am savoyischen Hof im Grunde seit Bekanntwerden der *Journée des barricades* in Paris (12. Mai 1588), und die öffentlichen *avvisi* wissen schon Anfang August von den Planungen.

59 Costantino Magno war 1578 von der verwitweten französischen Königin und Kaisertochter Elisabeth dem Herzog empfohlen worden mit Verweis auf den Bruder Aloys, der in diesem Jahr zur Beitreibung der 1576 Maximilian versprochenen 30.000 Dukaten nach Turin reiste, siehe ASTo, Corte, *Materie politiche per rapporto all'interno, Lettere principi forestieri*, m. 31, Kredenzbrief, Prag, 18. Juni 1578.

60 Original-Einzahlungsquittung vor vier adligen Beamten und fünf Zeugen in der Kanzlei in ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 2, n. 6. Die Darstellung bei J.-P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte*, S. 439 nach G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 108 f., 118 f.; S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 81, sowie bei B. ERDMANNSDÖRFFER, *Herzog Karl Emanuel I. von Savoyen und die deutsche Kaiserwahl von 1619. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des dreissigjährigen Krieges*, Leipzig 1862, S. 84 ist irreführend: die Summe von 40 Römermonaten wurde nicht um ein Viertel reduziert, sondern Challant zahlte erst einmal ein Viertel. Zediert wurde nicht der ganze, etwa reduzierte Anspruch, sondern der verbleibende Rest von ¾, Zessionsurkunde vom 5. Januar 1590, ASTo, Corte, *MI*, IVa Cat., m. 2, n. 8. Daß die Rechnungszettel und -notizen bezüglich der Eintreibung dieser Restschuld vom Herzog zwischen 1585 und 1595 im Turiner und nicht im Wiener Archiv gelandet sind (ASTo, Camerale, *Camera Piemonte*, Art. 250, n. 6) zeigt, daß Geizkoflers Mißtrauen gegenüber Magno, als dieser sich 1601 anbot, die geschuldeten Kontributionen von 1594 und 1598 einzutreiben (vgl. J.-P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte*, S. 440 f.), wahrscheinlich nicht unbegründet war: Magno scheint ein wenig «Diener zweier Herren» gewesen zu sein.

schen und kaiserlichen Auffassung der Reichsfinanzen relativ deutlich: Während der Kaiser dazu tendierte, Zahlungen von persönlich abhängigen Klientelen entgegenzunehmen, pochten die Stände auf ein dem Reich als transpersonaler Instanz entsprechenden, normativ-ständisch geregelten Finanzgebahren[61].

Zusammenfassend kann man auf den Ausgangspunkt zurückkommen, daß Savoyen-Piemont nahezu nie die Reichskontributionen als solche zahlte. Im Zahlungsverhalten zeigt sich vielmehr wieder die schon (Abschn. 2) erwähnte Tendenz, trotz der Sonderstellung als Reichsfürst mit Sitz und Stimme auf dem Reichstag, die Beziehung zum Reich vor allem als eine eher personale Lehensbeziehung zum Kaiser zu interpretieren, hier eben doch nicht unähnlich zu den übrigen italienischen Lehensträgern: Wenn Geld von Turin ins Reich floß, dann direkt in kaiserliche Kassen, nicht in «Reichskassen». Darüber hinaus ist bemerkenswert, wie die savoyische Verwaltung eine zunehmend abstrahierende Argumentation bei der Interpretation der Kontributionspflichten bemühte, die eine gewisse Ferne von einer Vorstellung aufzeigt, in der «Reich» und «Reichszugehörigkeit» Selbstverständlichkeiten waren, die nicht definiert, hinterfragt und analysiert zu werden braucht. Die Wahl der Beweismittel 1576 (*testimonia* der Bischöfe im Gesamtterritorium) verrät einen Zug zu einem neuzeitlichen Empirie- und Budgetverständnis, das tatsächlich in der Piemonteser Finanzverwaltung für den eigenen Bedarf nachweisbar ist[62], wenngleich in diesem Fall natürlich der persuasive Zweck eine etwa 'wahrheitsgerechte' Ermittlung der getätigten Ausgaben überlagerte. Die Indienstnahme dieses protostatistischen Materials in den Moderationsverhandlungen zeugen von einem sehr viel selbstverständlicher 'neuzeitlichem' Staatsfinanzverständnis in Savoyen-Piemont als wohl in den meisten anderen Reichsterritorien.

61 Die von J.-P. NIEDERKORN, *Die europäischen Mächte*, S. 441 f. beschriebenen Verhandlungen über die Kontributionen für die Türkenhilfe 1594, 1598 und 1603, in denen Carlo Emanuele I. die eigentliche Schuld von 431.408 fl. auf 75.000 fl. herunterhandelte, um schließlich selbst diese nicht zu zahlen, sind nicht unbedingt ein Ausnahmefall, der auf die Sonderstellung des Herzogs als italienischer Fürst zurückzuführen wäre (im Sinne einer Ausnutzung der Reichsferne). Auch für den Kurfürsten von Köln sind ähnliche Zahlen überliefert. Dieser zahlte (dies aber immerhin) nur 27.420 fl. von schuldigen 438.720 fl., vgl. W. SCHULZE, *Reich und Türkengefahr*, S. 342.

62 Vgl. dazu meine Dissertation, Discorso und Lex.

4. *Das Reichsvikariat im 16. Jahrhundert*

Das savoyische Reichsvikariat, in der Mediävistik zuletzt gegenüber anderen Reichsvikariatstiteln, etwa Mailands und Mantuas, vernachlässigt[63], hatte Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts. eine besondere Qualität[64]. Die Savoyer wurden investiert und verstanden sich als «vicarius generalis imperii» 'exklusiv' gegenüber anderen Anwärtern für ganz Reichsitalien. Pugliese, Tabacco, Rill und Schnettger haben eingehend zum savoyischen Reichsvikariat geschrieben. Hier gilt es zu zeigen, daß der Begriff des Reichsvikariats für die Savoyer ab dem 17. Jahrhundert ein Element oder in gewisser Weise der Schlußstein zur am Hof gepflegten Theorie der Souveränität der Herzöge im europäischen Staatensystem war (a). Erst im Kontrast zu dieser Entwicklung ist nach den Verwendungskontexten des enger territorial radizierten Vikariatsinstituts im 16. Jahrhundert zu fragen (b), um dann wieder den Beginn der Loslösung von dieser älteren Konzeption festzumachen (c).

a. Reichsvikariat

Tabacco hat herausgearbeitet, wie die auf ganz Italien bezogene Exklusivität des savoyischen Reichsvikariats auf ein Versehen der Mainzer Erzkanzlei von 1582 zurückgeht[65]. Diese hatte am 23. August auf dem Augsburger Reichstag auf die Anfrage Herzog Carlo Emanueles ein Schreiben des Kurfürstenkollegs an den Kaiser ausgestellt, in welchem es dem Kaiser nahelegte, den Herzog in die Reservation ihrer Präzedenzrechte einzuschließen, die sich die Kurfürsten gegenüber dem Großherzog von Florenz (von der Toskana) ausbedungen hatten, als der Kaiser diesem die päpstliche Erhebung in den neuen Rang bestätigte. Aktuell hatte sich der Präzedenzstreit zwischen Savoyen und Florenz schon Ende der 1570er an der Frage entzündet, wem der Vorrang in der kaiserlichen Hofkapelle gebühre (siehe oben, Abschn. 2). In dem Schreiben der Kurfürsten wurde Savoyen der Vorrang eingeräumt, jeweils mit Bezugnahme auf sein Reichsvikariat «per Italiam»:

[63] M.-L. Favreau-Lilie, *Reichsherrschaft im spätmittelalterlichen Italien. Zur Handhabung des Reichsvikariates im 14./15. Jahrhundert*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 80, 2000, S. 53-116: keine Erwähnung Savoyen-Piemonts.

[64] Vgl. zum Reichsvikariat für die Frühe Neuzeit im Überblick M. Schnettger, *Altes Reich und Italien*, S. 381-387, sowie G. Rill, *Reichsvikar und Kommissar. Zur Geschichte der Verwaltung Reichsitaliens im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit*, in «Annali della fondazione italiana per la storia amministrativa», 2, 1965, S. 173-198.

[65] Vgl. G. Tabacco, *Lo stato sabaudo*, S. 114 f.; M. Schnettger, *Altes Reich und Italien*, S. 384 f.

«*Quod Dux Sabaudiae sit Princeps, Sacri Imperii ex sanguine Germano Ducum Saxoniae oriundus, quodque sit Vicarius Imperii per Italiam*, ideo sentiunt [i.e. electores] justum, & aequum esse quod idem Dux, etiam in dicta Caesarea reservatione [i.e. der Bestätigung des Kaisers für die Kurfürsten, daß sie weiterhin im Rang über dem Großherzog, zumindest im Reich gälten] sit comprehensus, atque ideo praecedentia ante Magnum Ducem Florentiae in Caesarea Capella, & omnibus aliis locis, eidem Duci Sabaudiae competat, & ad eam admitti debeat; Quapropter ipsi praesentes Principes Electores, & aliorum Consiliarii Caesaream Majestatem humillime rogant, *ut dicto Duci Sabaudiae tanquam sacri Imperii Principi praecedentiam vigore praefatae reservationis ante Magnum Ducem Florentiae in sua Caesarea Capella clementissime permittat, sicuti quoque ille tanquam a Germano Principum sanguine natus Princeps, & Vicarius sacri Imperii per Italiam praecedentiam ante omnes Italiae Principes in Caesareae Majestatis Aula, & Capella perinde in Italia, atque in Germania semper habuit & adhuc vigore dictae reservationis habere, & retinere debet*»[66].

Tabacco erwähnte aber nicht, daß dieser Brief an sich natürlich keinerlei Rechtskraft gehabt hatte, eine aus einer bestimmten Stellung im Reich herfließende italienische Suprematie der Savoyer zu begründen, denn Rudolf II. reagierte auf das Schreiben der Kurfürsten nur mit ausweichenden und aufschiebenden Worten[67], um schließlich die Sache, zurückgekehrt nach Wien und trotz weiterer Sollizitierung seitens der Savoyen unterstützenden sächsischen Gesandten (Andreas Paull und Eilenbeck), überhaupt nicht weiter zu behandeln, sehr zum Ärger von Carlo Emanueles Gesandten am Kaiserhof, Filiberto Lovencito[68]. Die savoyischen Vorstöße 1582 zeigen zunächst einmal nur 'ihre' Position und Perspektive, von einer allgemeinen reichsrechtlichen, zumal kaiserlichen Anerkennung dieses höchst allgemeinen italienischen Reichsvikartitels kann keine Rede sein. Zudem ist in diesem Zusammenhang ja ganz unklar, was denn ein Reichsvikar «per Italiam» für Machtpositionen und Rechte hätte.

Seine eigentliche Bedeutung erhielt der Kurfürstenbrief von 1582 erst ein Dreivierteljahrhundert später: Im Westfälischen Frieden war der an sich schon im Regensburger Frieden (13. Oktober 1630) und den Ausfüh-

66 ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 1, n. 28, gedruckt bei S. GUICHENON, *Histoire généalogique de la Royale Maison de Savoie*, 2 Bde., Torino 1778-1780² (1660¹), hier Bd. 2, B. 6, S. 593. Die Kursivierung stammt von Guichenon.

67 ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 1, n. 29, Rudolf II. an die Kurfürsten, 26. September 1582.

68 ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, n. 70, Filippo Lovencito an Carlo Emanuele I., Wien, 20. November 1582: «Tiene detto S.or Eilenbechio ordine da Sua Ellett.le Alt.za [= Kurfürst August von Sachsen] de far noua Jnstanza che Sua Ma.tà si rissolua del luogo Jn Capella, et se bene si uede che l'opera è gettata, si farà per tenere la cosa jn reputatione, et per mostrare al mondo, che qualche sia deliberatione che V. Alt.a fosse per fare, tiene fondamento di giusto sdegno».

rungsbestimmungen des Vertrags von Cherasco (16. April 1631) erfolgte Zuspruch von Teilen des Herzogtums Monferrato an Savoyen-Piemont bestätigt worden[69]. Die Gonzaga von Mantova waren aber über Eleonore Gonzaga verschwägert mit Kaiser Ferdinand III., der entsprechend Carlo Emanuele II. die Investitur dieser Monferrato-Teile mit Verweis auf die von Frankreich im Bezug hierauf versprochene und noch nicht gezahlte Auslösesumme von 494.000 Scudi d'oro verweigerte[70].

Am 18. Februar 1657 hatte der Kaiser den Herzog von Mantova zum Kommandeur der Reichstruppen in Italien mit der Titelverleihung eines Generalreichsvikars in Italien ernannt[71]. Als aber Ferdinand III. starb, setzte Mazarins starke und zu guten Teilen erfolgreiche Einflußnahme auf das Kurfürstenkollegium ein, in die das zu dieser Zeit profranzösische Savoyen eingebunden war[72]. Indem Mazarin zunächst Ludwig XIV., dann den bayerischen Kurfürsten zum Kaiser gewählt sehen, bei Unvermeidbarkeit der Wahl Leopolds aber jedenfalls über stark bindende Wahlkapitulationen eine Schwächung des Habsburgers erreichen wollte, ergab sich für die Savoyer die entscheidende Gelegenheit, ihre Ansprüche auf Monferrato und ihre eigene Stellung gegenüber dem Kaiser als Trittbrettfahrer der französischen Politik zu stärken[73]. Entscheidend war hierbei auch die dynastische Beziehung zwischen Savoyen und Bayern, die seit der, wieder durch Mazarin angeregten, Heirat von Kurfürst Ferdinand Maria und Henriette Adelaide von Savoyen (1652) bestand. Der savoyische Gesandte Biglior di

[69] Der Vertrag und die Zusatzbestimmungen mit den Namen der einzelnen Orte in Monferrato sind abgedruckt bei J.C. Lünig (Hrsg.), *Codex Italiae diplomaticus ...*, 4 Bde., Frankfurt a.M. 1725-1735, Bd. 1, Sp. 201-214. Vgl. zum Komplex S. Externbrink, *Le cœur du monde: Frankreich und die norditalienischen Staaten (Mantua, Parma, Savoyen) im Zeitalter Richelieus, 1624-1635*, Münster 1999.

[70] ASTo, Corte, *MI Ia Cat.*, m. 1, n. 24, Schreiben Ferdinands III. vom 6. September und 12. Januar 1651/2.

[71] Kopie hiervon in ASTo, Corte, *MI*, IIa Cat., m. 1, n. 6.

[72] ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 2., n. 1, Instruktion Carlo Emanueles II. für Biglior di Luserna, um bei der Kaiserwahl im Kurfürstenkollegium die Interessen Savoyens zu vertreten, 1657.

[73] Vgl. G.F. Preuss, *Mazarin und die Bewerbung Ludwigs XIV. um die deutsche Kaiserkrone 1657*, in «Historische Vierteljahrschrift», 7, 1904, S. 488-518; M. Hintereicher, *Der Rheinbund von 1658 und die französische Reichspolitik in einer internen Darstellung des Versailler Außenministeriums des 18. Jahrhunderts*, in «Francia», 13, 1985, S. 257-270, hier S. 251-254. Zum Kaiser-Traum der französischen Könige in der Frühen Neuzeit zuletzt A.Y. Haran, *Le lys et le globe. Messianisme dynastique et rêve impérial en France aux XVIe et XVIIe siècles*, Paris 2000.

Luserna[74] und die agile savoyisch-bayerische Kurfürstin, die an sich ihren Ehegatten als Kaiser sehen wollte, erreichten zumindest, daß Bayern im Kurfürstenkolleg in der Reichsvikar- und in der Monferrato-Frage für Savoyen tätig wurde. Für Bayern, das selbst mit Kurpfalz in der Reichsvikarsfrage im Streit lag (hing das Reichsvikariat an der auf Bayern übergegangenen Kurwürde oder am pfälzischen Territorium?), war die Abstimmung mit dem Vikar-Schwager in Italien hier im eigenen Interesse[75]. Das Kurfürstenkolleg annulliert am 4. Juni 1658 ausdrücklich das Vikariatsprivileg für den Herzog von Mantova[76]. Im Art. 4 von Leopolds Wahlkapitulation vom 18. Juli 1658 wurde dann die Verpflichtung zur Investitur des Savoyers mit den Monferrato-Teilen festgeschrieben, und hier ist nun auch ein Generalreichsvikariat der Herzöge von Savoyen in Italien festgehalten, das explizit exklusiv gegenüber allen anderen italienischen Fürsten gilt – insbesondere natürlich gegenüber den Gonzaga[77]. Zwei Jahre später erschien die monumentale *Histoire généalogique de la Royale Maison de Savoie* von Samuel Guichenon. In dieser ist nun für die Regierungszeit Carlo Emanueles I. zum Jahr 1582 vermerkt:

«En ce même tems les Electeurs de l'Empire firent déclaration que le Duc en qualité de Prince & de Vicaire du S. Empire, & déscendu de la Maison de Saxe, devait précéder en la Cour de l'Empereur & ailleurs tous les Princes d'Italie»[78].

Wohlbemerkt wird der Kontext des kurfürstlichen Schreibens von 1582, der Präzedenzstreit mit Florenz, der zudem vor dem Kaiser erfolglos ausging,

[74] ASTo, Corte, *MI*, IIIa Cat., m. 2., n. 1, Instruktion Carlo Emanueles II. für Biglior di Luserna, um bei der Kaiserwahl im Kurfürstenkollegium die Interessen Savoyens zu vertreten, 1657.

[75] Vgl. C. MERKEL, *Adelaide di Savoia. Elettrice di Baviera. Contributo alla storia civile e politica del Milleseicento*, Torino 1892, S. 200-256, insbesondere S. 208, S. 213 mit Anm. 1, S. 219 f., S. 238 mit Anm. 2; G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 133-137; zu den savoyisch-bayerisch-französischen Beziehungen bei der Kaiserwahl 1657/58 vgl. G.F. PREUSS, *Kurfürstin Adelheid von Bayern, Ludwig XIV. und Lionne*, in Th. BITTERAUF et al., *Festgabe Karl Theodor von Heigel: zur Vollendung seines sechzigsten Lebensjahres*, München 1903, S. 324-360; M. BRAUBACH, *Wilhem v. Fürstenberg (1629-1704) und die französische Politik im Zeitalter Ludwigs XIV.*, Bonn 1972, S. 31-48; R. VON BARY, *Henriette Adelaide, Kurfürstin von Bayern*, München 1980.

[76] ASTo, Corte, *MI*, IIa Cat., m. 1, n. 7.

[77] Auszugsweise Kopie in ASTo, Corte, *MI*, VIa Cat., m. 1, n. 10. Die Bestimmung wurde in der Wahlkapitulation Josefs I. von 1690 und Karls VI. vom 12. Oktober 1711 wiederholt bzw. im Hinblick auf Monferrato erweitert, siehe ASTo, Corte, *MI*, VIa Cat., m. 1, n. 11; m. 2, n. 5.

[78] S. GUICHENON, *Histoire généalogique*, Bd. 1, B. 2, S. 283.

nicht erwähnt. Vielmehr wird hier wie in den Verhandlungen di Lusernas mit den Kurfürsten 1657/58 das Schreiben entkontextualisiert[79]. So ist auch verständlich, warum das Schreiben, obwohl nur von den Kurfürsten, nicht vom Kaiser gezeichnet, einen solchen Stellenwert haben sollte: seine Aufwertung und sein generalisierender Einsatz erfolgte seitens Savoyens zum Zeitpunkt der Vakanz des Kaiserthrons nach dem Tod Ferdinands III. und war erneut an das Kurfürstenkollegium adressiert. Der narrative Gestus Guichenons für die entsprechenden, seinem Schreibzeitpunkt unmittelbar vorausgehenden Verhandlungen bei der Kaiserwahl 1657/58 zeigen, wie man am savoyischen Hof die Strategie der Sicherung der eigenen Interessen über die Zusammenarbeit mit dem Kurfürstenkollegium und über die Wahlkapitulation verfolgte und hierfür gegenüber Mazarin sogar die Initiative ergriffen zu haben sich rühmte[80].

Aus dem politischen Wahrnehmungshorizont am Turiner Hof im Jahre 1660 heraus ging es bei dem Reichsvikariatstitel kaum um spezifische kleinschrittige Rechtsansprüche, sondern in dem Titel wurde semantisch der Anspruch auf eine Suprematie in Italien im Sinne eines Ranges im europäischen Staatensystem kondensiert. Er wurde zudem eine Ingredienz des savoyischen Souveränitätsbegriffs: Im systematischen Einleitungsteil von Guichenons dynastiehistorischem Werk taucht der Reichsvikariatstitel nämlich unter der Rubrik «De la souveraineté des Ducs de Savoie» auf: Es wird festgestellt, daß die Verleihung des Reichsvikariatstitel durch den Kaiser nicht etwa im Gegensatz zu der hier behaupteten vollkommenen Souveränität des königlichen Herzoghauses stehe. Mit einem *jeu d'esprit* von einiger Spitzfindigkeit wird darauf hingewiesen, daß umgekehrt der Reichsvikartitel sogar nahelege, daß die Huldigung, die die Herzöge gegenüber dem Kaiser abzulegen pflegen, nicht im Sinne einer Unterwerfung oder Unterordnung zu verstehen sein könne – denn ein «Vicaire» müsse als Vertreter immer die «puissance absolue» haben und könne nicht dem Vertretenen unterworfen sein. Das Vikariat, das der Kaiser verleiht, wird also mittels eines Analogiebezugs auf ein Vertretungsgeschäft zwischen Privatrechtssubjekten mit der gleichen Rechtsfähigkeit interpretiert als eine Beziehung zwischen gleichgestellten Potentaten im Staatensystem, die – so könnte man die Analogie ausführen – im Hinblick auf das Völkerrecht genauso gleichberechtigt und gleichverpflichtet stehen, wie die Privatrechtssubjekte im Hinblick auf das Zivilrecht. Bestünde sowohl

[79] Die bewußte Funktionalisierung zeigt sich auch am Abdruck bei Guichenon unter Hervorhebung der interessierenden Stellen; vgl. oben, Anm. 66.

[80] S. GUICHENON, *Histoire généalogique*, Bd. 1, B. 3, S. 151 f., S. 157.

die Unterordnung im Sinne des Lehnsrechts als auch die Vertreterschaft, ergäbe sich, so Guichenon, die logisch absurde Situation, daß der Herzog sich selbst den Huldigungseid abnehmen könne[81].

Der Kurfürstenbrief von 1582 ist nur durch den Filter der retrospektiven Funktionalisierung von Geschichte als Argumentationsmaterial, wie er 1657-1660 der Savoyer Linie entsprach, um in Allianz mit Frankreich und dem aktuellen Kurfürstenkollegium seine Stellung gegenüber den Habsburgern als souveränes Herzogtum auszubauen, ein entscheidendes Dokument der Qualitätsänderung des Reichsvikariatsbegriffs. Seine Stellung als quasi anspruchsbegründendes Dokument wurde weiter dadurch verfestigt, daß Guichenon aufgrund seines sorgfältigen Quellenanhangs für die Reichspublizistik des 18. Jahrhunderts insbesondere seit Gerlach von Münchhausens grundlegender Dissertation für die Behandlung einer verwandten Frage, nämlich der, wie sich der savoyische Reichsvikariatstitel für Italien zum in der Goldenen Bulle verankerten pfälzischen und zum sächsischen Reichsvikariat verhalte, stets direkt oder über Münchhausen indirekt als historiographische Grundlage gedient hatte[82]. Im *Codex Italiae diplomaticus* ist die vom Mainzer Rat und Sekretär Petrus Kraych in der Erzkanzlei ausgestellte Supplik des Kurfürstenkollegs an Rudolf II. dann tatsächlich auch falsch betitelt als «Decretum *Rudolphi II. Roman. Imperatoris*, quo Duci Sabaudiae locum priorem in Caesarea Capella, & in omnibus aliis locis, prae Magno Duce Etruriae competere *declarat*, d. d. 23. Aug. An. 1582», obwohl der Text eindeutig das Kurfürstenkolleg als Textautoren ausweist und von einem «Dekret» schon überhaupt keine Rede sein kann[83]. Dieser Reichsvikariatstitel ist semantisch also durch seine Verwendung in den Strategien absolutistischer Außenpolitik im frühneuzeitlichen Staatensystem und teilweise explizit jenseits der

81 *Ibidem*, Bd. 1, B. 1, S. 83. Nach Bodin (*Les six livres de la République*, B. 1, Kap. 9) wäre das die Perfektionierung einer schon traditionellen Argumentation der Savoyer, die Bodin selbst dann unter seinen Souveränitätsbegriff subsumierte.

82 Guichenons Werk bildet die Quellengrundlage für nahezu alle auf Savoyen bezogenen Exzerpte bei G.A. VON MÜNCHHAUSEN, *Dissertatio juris publici de Vicariatu italico* ... [Jena, September 1712], Halle 1738²; die handschriftlichen Gutachten zur Frage der Reichweite des savoyischen Reichsvikariats (ASTo, Corte, *MI*, IIa Cat., m. 1, n. 19 und 20) wären als Gegenstücke zu Münchhausens Arbeit zu lesen. Münchhausen bildet dann z.B. die Grundlage für J.C. KOENIG, *Programma de Vicaria potestate in partibus regni Arelatensis et Italiae* ..., Marburg 1742, sowie DERS., *Erste Abhandlung derer hohen Reichs=Vicariats= Gerechtsamen* ..., Marburg 1743².

83 J.C. LÜNIG (Hrsg.), *Codex Italiae diplomaticus*, Bd. 1, Sp. 1313 f. Meine Hervorhebung.

Reichslehensordnung geprägt und steht daher tatsächlich kaum mehr in Tradition mit der mittelalterlichen Situation[84]. Daneben existierte weiter der gerade auch im 16. Jahrhundert entscheidende Vikariatsbegriff, mit dem in Vertretung des Kaisers die Lehenshoheit im Sinne der Ausübung aller Rechte, die dem Inhaber des *dominium directum* zukämen, in einem präzise bestimmten Reichslehen oder Reichslehensgebiet eingeschlossen war. Reichsvikar zu sein, bedeutete in Italien in etwa soviel wie nördlich der Alpen die Reichsunmittelbarkeit.

b. Verwendungskontexte

Drei Konflikte im 16. Jahrhundert sind zu nennen, die sukzessive am Kaiserhof vorgebracht wurden und die die Füllung dieses Reichsvikariatsbegriffes verdeutlichen: Der Konflikt zwischen Giovanni Andrea Tizzoni, conte di Crescentino, und dem Herzog über den Festungsbau in Crescentino 1546/47; der Konflikt um die Markgrafschaft Finale, in den der Herzog ab 1566 stark involviert war; der Konflikt noch einmal mit den Tizzoni, nun mit dem Conte Delfino Maria, über die Investitur und das Reichsvikariat im Reichslehen Desana, 1582/83.

[84] Dies muß nicht in dem Sinne verstanden werden, daß danach, in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert, nicht auch weiter Auseinandersetzungen mit der Reichsnormativität erfolgen. Man beherrschte in Turin sowohl die französische Perspektive («Souveränitätsdoktrin») als auch die reichspublizistische («Territorialoberhoheit»). Z.B. dürfte gleichzeitig (*terminus post quem*: 1657) zu Guichenons Ausführungen zur Souveränität die anonyme, undatierte Zusammenstellung von Exzerpten aus der frühen Reichspublizistik und -jurisprudenz zu verorten sein, die sich in ASTo, Corte, *MI*, IIa Cat., m. 1, n. 3 findet: Mit Zitaten aus T. von Reinkingk, *De regimine seculari et ecclesiastico S. Imperii Romano-Germanici*, Gießen 1619; P. Knipschildt, *Tractatus politico-historico-juridicus de juribus et privilegiis civitatum imperialium*, Ulm 1657; C. Klock, *Consilia*, Frankfurt 1649; M. Coler, *Practica universalis de processibus executivis*, Frankfurt 1651 wird die Oberhoheit des Savoyers in seinem Territorium untermauert: selbst wenn der Kaiser im Herzogtum wäre, würde die Jurisdiktionsgewalt beim Herzog verbleiben. Montagnini bemerkte, daß die französische Politik immer auf eine Herauslösung Savoyen-Piemonts aus dem Reichszusammenhang zielte und daher eine savoyische Theorie der Souveränität förderte, die nichts mit dem Reich zu tun hatte, wie wir sie hier 1660 bei dem frankophonen, konvertierten, ehemaligen Hugenotten und in Bourg-en-Bresse schreibenden Guichenon vorfanden, vgl. L. Bulferetti, *Il principio della 'superiorità territoriale' nella memorialistica piemontese del secolo XVIII. Carlo Ignazio Montagnini di Mirabello*, in *Studi in memoria di Gioele Solari dei discepoli*, Torino 1954, S. 153-218, hier S. 218. Es sind im Grunde (mindestens) zwei Sprachen oder kulturelle Muster, mit denen man in Turin die größtmögliche Unabhängigkeit der Herrschaftsgebiete des Herzogs beschreiben konnte. Wichtig erscheint aber dann gerade diese Fähigkeit des adressatenbezogenen Wechsels zwischen diesen Registern, die zugleich eine gewisse Freiheit von ihnen impliziert.

– Der von Tabacco schon ausführlich nach der Hauptquelle, dem *dispaccio* Stroppianas vom 13. Juli 1546 an den Herzog, dargestellte Crescentino-Konflikt[85] soll hier nur im Hinblick darauf interessieren, wie der Reichsvikariatstitel eingebracht und verhandelt wurde. Giovanni Andrea Tizzoni wollte eine neue Festung am Stadttor von Crescentino bauen, um sich gegenüber den Untertanen zu sichern, die schon 1529 einen blutigen Aufstand entfesselt und dabei den damaligen Grafen und seine ganze Familie niedergemetzelt hatten[86]. Tizzoni hatte dies, trotz einer Begnadigung der unschuldigen Menge durch den Herzog, in Rachefeldzügen gegen die Untertanen geahndet und fühlte sich entsprechend nicht ganz ohne Grund unsicher ohne eine neue Festung. Der herzogliche Fiskal hatte diesen Festungsbau aber verboten, juristisch mit der Begründung, daß der anvisierte Ort am Stadttor «publico» sei, und ein «privato», und sei es der Inhaber des Nießbrauchrechts (*usufructus*), hier nicht gegen die Prärogative des Inhabers des *dominium directum* durchdringe. Politisch ging es darum, daß die herzoglichen Beamten Sorge hatten, daß die Tizzoni, in diesem Punkt unsichere Kandidaten, die einmal erbaute Festung nicht noch den Franzosen übergeben und so deren Besetzung des Piemont weiter stärken würden. Dieses Verbot war vom kaiserlichen Senat von Mailand bestätigt worden. Der Graf kam nun bei Karl V. persönlich um eine Aufhebung des Verbots ein, der die Frage an Granvelle und den *consiglio* weitergab. Unbestritten war offensichtlich, daß die Tizzoni von Crescentino inzwischen Vasallen des Herzogs waren. Trotzdem brachte Tizzoni Privilegien aus der Zeit Karls IV. und Sigismunds ins Spiel, in denen seiner Familie das Reichsvikariat über Crescentino erteilt worden war. Stroppiana führte dagegen an, daß inzwischen das Reichsvikariat, mindestens durch das entsprechende Privileg Maximilians I. von 1503 und jenes von Karl V. (1531), umfassend für alle kirchlichen und weltlichen Reichslehen im Bereich der Diözese von Vercelli verliehen worden und also die älteren Rechte der Tizzoni ausgelöscht worden seien[87]. Schließlich forderte der Graf das Recht auf Appellation ein, denn auch der Herzog könne Unrecht sprechen. Dagegen wandte Stroppiana, wieder mit Verweis auf das Reichsvikariatsprivileg von Karl V. ein, daß eine Appellation an den Kaiser damit ausgeschlossen sei. Bei einem Richtspruch des Kaisers gäbe es schließlich auch keine Appellation, denn

[85] Ausführlich behandelt bei G. Tabacco, *Lo stato sabaudo*, S. 66-73.

[86] Vgl. R. Ordano, *Castelli e torri del Vercellese*, Vercelli 1985, S. 115-120; für die ganze Periode M. Ogliaro, *Crescentino sotto il dominio dei Tizzoni, 1315-1613*, Crescentino 1992.

[87] Gedruckt bei S. Guichenon, *Histoire généalogique*, Bd. 2, B. 6, S. 495 f.

dieser «non habet nisi solum deum altiorem»; nach der die Appellation ausschließenden Reichsvikariatsverleihung gelte dann auch

«che similmente un ducca non habeat alium altiorem nisi eundem deum. et ille qui est vicarius et habet omnimodas vices imperiales in dominio suo cosi come e il S.r mio patrone, potest illa omnia in suo dominio quae potest cesar in imperio».

Gegenüber Granvelle, der zunächst ein wenig zögerte, führte Stroppiana noch einmal aus, daß

«per li priuilleggij di vicariato che il S.r mio patrone tene quali expressamente uoleno che tute le appellatione de li suoi stati che si soleuano altre uolte interponere et introdure al imperatore si debbano dedure da mo auanti inanzi li ducci di Sauoya dandoli in tal cause de appellatione ogni authorita imperiale»[88].

Die Reichsvikariatsprivilegien Karls IV., Maximilians I. und Karls V. von 1356 bis 1531 sind die steten Waffen, mit denen Stroppiana argumentiert und die er immer wieder zitiert – hier mit einer Formulierung, die an das berühmte «rex Franciae imperator est in suo regno» erinnert: Das Reichsvikariat macht den Herzog ebenso zum «quasi imperator in suo dominio». Wenn Tizzoni behauptet, diese Privilegien seien von den Kaisern «ad beneplacitum» verliehen und also vom aktuellen Kaiser frei widerrufbar, widerspricht Stroppiana heftig und macht hierfür die Formulierungen «volentes tibi et tuis perpetuo successoribus» und «Vicarios perpetuos» geltend[89]. Am Ende bei der Schlichtung durch die Genueser Vertreter des Kaisers (Doria und Figeroa)[90] verlor der Graf auf ganzer Linie. Die Annahme der Appellation durch den Kaiser wurde für unzulässig erklärt, und der Herzog erhielt auf dem geharnischten Reichstag von Augsburg eine Bestätigung seiner Privilegien ausgestellt, welche in der Folgezeit seitens der Savoyer als ein umfassendes «privilegium de non appellando» den Reichsvikariatsprivilegien zur Seite gestellt wurde[91]. Dieses Appellationsprivileg

[88] ASTo, Corte, *LmA*, m. 2, n. 4, Stroppiana an Carlo III., Regensburg, 13. Juli 1546.

[89] ASTo, Corte, *LmA*, m. 2, n. 4, Stroppiana an Carlo III., Regensburg, 13. Juli 1546; die Formulierungen in den Urkunden bei S. GUICHENON, *Histoire généalogique*, Bd. 2, B. 6, S. 468 f. und S. 495 f.

[90] Zu dessen Stellung vgl. G. RILL, *Reichsvikar und Kommissar*, S. 193.

[91] Urkunde vom 10. Oktober 1547, Abdruck in S. GUICHENON, *Histoire généalogique*, Bd. 2, B. 6, S. 500 f. Stroppiana erinnerte sich noch gut 20 Jahre später mit Stolz, daß er dieses Privileg gegen den Widerstand des zähen Prozedierens am Kaiserhof 'erkämpft' hatte, siehe ASTo, Corte, *LmA*, m. 4, Stroppiana an La Ravoyre, Turin, 24. April 1566. Ähnlich ist für den *presidente* von Asti, Giovanni Francesco di Osasco, 1559 bei den Diskussionen um die Justizreform der Crescentino-Streit ein Argument für die Beibehaltung eines zentralen Consiglio als Appellationsinstanz im Territorium, weil nur bei seiner Existenz ein guter

verstand sich also als Ausfluß aus der Reichsvikarsstellung, die selbst wiederum vor allem als Lehensoberhoheit begriffen wurde. Wolfgang Sellert hat festgestellt, daß das Reichskammergericht für das Herzogtum Savoyen (wohl einschließlich Bresse, Bugey, Gex, Génévois) als Teil des *Regnum Germaniae*, nicht etwa für andere Gebiete des Herzogs zuständig war – im Unterschied zu den übrigen italienischen Reichslehen des *Regnum Italicum*, in denen die ausschließliche Zuständigkeit seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts beim Reichshofrat lag. Sellert zeigte, daß um 1600 Savoyen sowohl als Beklagter, dann auch als Kläger am RKG belangt wurde und also die Zuständigkeit des Gerichts anerkannte[92]. Hierzu ist mit Verweis auf die Begebenheiten und dann das an die Vikariatsstellung geknüpfte Appellationsprivileg von 1546/47 ergänzend festzustellen, daß das RKG aber nur in Streitigkeiten zwischen anderen (deutschen) Reichsangehörigen und dem Herzog, nicht aber in Streitigkeiten zwischen dem Herzog und seinen eigenen Untertanen und Vasallen zuständig war[93].

– Wesentlich bekannter als der vorhergehende Fall, strukturell aber an sich ganz ähnlich, ist der Konflikt um die Markgrafschaft Finale 1566-1571, der freilich durch den Einmarsch der Spanier 1571 und einen insbesondere von Savoyen befürchteten französischen Gegenschlag sowie durch die diplomatische Beteiligung von Kaiser und Papst, ganz andere europäische Dimensionen hatte und entsprechend auch schon eingehende Beachtung in der Literatur gefunden hat[94]. Ich verzichte hier daher auf eine nähere

Grund zur Ablehnung von Appellationen an den Kaiserhof bestünde, vgl. Biblioteca Reale Torino, Mss. Misc. 101, n. 21.

92 W. SELLERT, *Über die Zuständigkeitsabgrenzung von Reichshofrat und Reichskammergericht*, Aalen 1965, S. 15-22, hier S. 19-22.

93 Dies trifft dann auch auf die bei Sellert angeführten Prozesse zu. Als Randnotiz kann man auch noch festhalten, daß die Anerkennung des RKG seitens Savoyens soweit ging, daß Stroppiana sogar im Streit mit Mantua um die Monferrato-Angelegenheit das RKG herangezogen wissen wollte: Zwar hätten die «Principi italiani ... priuilegio di non essere tirrati fuori de Italia et di non essere conuenuti in detta Camera ... li principi Jtaliani qui subsunt imperio non sint de Jmperio nationis Germanicae, et consequentemente non siano obligati a mantenire & contribuire a detta Camera, come he sua altezza qual he de predicto Jmperio Germanico». Nichtsdestoweniger könnten die italienischen Fürsten aber «ex delegatione sua Caesaris Maiestatis essere tirrati iui come la potrebbe comettere altroue», ASTo, Corte, *LmA*, m. 4, n. 22, Stroppiana an La Ravoyre, Turin, 24. April 1566. Die Jurisdiktionsdelegation an das RKG war ein Plan, von dem man sich vielleicht versprach, daß neue Richter ein anderes Urteil fällen möchten – denn am Reichshofrat wich man nicht von der für Mantua günstigen Linie ab. Eine solche Delegation erfolgte aber nie.

94 M. GASPARINI, *La Spagna e il Finale dal 1567 al 1619*, Bordighera 1958; G.A. SILLA, *Storia del Finale*, 2 Bde., Savona 1950^{2}; F. EDELMAYER, *Finale*. Edelmayer konzentriert sich

Darlegung, erinnert sei aber daran, daß aus savoyischer Perspektive die Finale-Frage auch ein Konflikt zwischen zwei Reichsvikaren war: Emanuele Filiberto erhob Ansprüche auf die Reichlehen Murialdo, Saliceto in der Val Bormida und Paroldo in der Alta Val Tanaro und hatte sie mit einer Direktsteuer belangt. Am Reichshofrat und beim Kaiser war ein juristischer und diplomatischer Dauerstreit zwischen den beiden Vikaren letztlich im Hinblick auf die Verleihung des Generalreichsvikariats an Alfonso II. del Carretto über diese Lehen im Gange[95]. Es gibt sichere Hinweise dafür, daß der zweite Aufstand der Finalesen 1566 von Emanuele Filiberto begünstigt, wenn nicht sogar geschürt worden war, so wie der erste 1558 von Genua. Hier stand die Konkurrenz von territorial umrissenen und beschränkten Reichsvikariaten, wie im Spätmittelalter, im Verbund mit zäher, kleinschrittiger Machtpolitik der Territorialarrondierung.

– Schon 1565 wollte Emanuele Filiberto die Erweiterung des territorial begrenzt verstandenen Reichsvikariats über verschiedene Lehen, darunter auch jenes von Desana, erreichen[96]. 1568 übersandte man dem Gesandten La Ravoyre zur Unterstützung des Ausdehnungs-Ansuchens im Hinblick auf Desana etliche Beweisstücke für «insolennze & cose», die der Conte Agostino dei Tizzoni dem Herzog gegenüber begangen habe, obwohl er «nostro suddito originario, et desana feudo dell'Jmperio», sei[97]. Am Kaiserhof aber sperrte man sich gegen eine solche Ausweitung zugunsten des mächtigsten der Reichsvasallen im italienischen Nordwesten, wie La Ravoyre vom Speyerer Reichstag berichtete[98]. 14 Jahre später war dem agilen Savoyer Agenten Filippo Lovencito am Kaiserhof wieder Desana ein Dorn im Auge, dessen Herr nun der Conte Delfino Tizzoni war († 1622). In den Schreiben Lovencitos an seinen Herrn Carlo Emanuele I. offenbart sich eine zunehmende Loslösung von einer althergekommenen semantischen Füllung des Vikariatsbegriffs. Er wird zu einem formbaren Instru-

«vor allem auf den Aspekt des Verhältnisses zwischen den beiden habsburgischen Linien», wie M. SCHNETTGER, *Impero romano – Impero germanico,* S. 54 Anm. 4 zutreffend urteilt.

[95] Zum juristischen Streit, der bei Edelmayer weitgehend vernachlässigt ist, vgl. G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 91-99.

[96] ASTo, Corte, *MI*, Ia Cat., m. 1, n. 9, Instruktion vom 17. Dezember 1565.

[97] ASTo, Corte, *LmA*, m. 4, n. 16, Emanuele Filiberto an La Ravoyre, Turin, 8. Januar 1568.

[98] Ohne die Übersendung einer kompletten Liste der Reichslehen in den entsprechenden Gebieten würde die Kanzlei überhaupt nicht handeln, ASTo, Corte, *LmA*, m. 4, n. 32, La Ravoyre an Emanuele Filiberto, Speyer, 26. Oktober 1570. Zu ähnlichen Ausweitungsgesuchen 1603 vgl. G. RILL, *Reichsvikar*, S. 197 Anm. 123.

ment der Machtvergrößerung, nicht, wie es schon stets der Fall gewesen war, in einem intuitiv-praktischen, sondern in einem reflexiv-planerischen Sinne. Der Vikariatstitel bedeute, daß der Herzog «signore et jn luogo dell'Jmperatore» in allen kirchlichen und weltlichen Lehen in allen Diözesen seines Gebietes sei. Ungünstig sei nur, daß im Hinblick auf die Durchsetzung (Vollstreckung) dieser Rechte nur eine Fiskalstrafe von 100 Goldmark bei Ungehorsam auferlegt sei, weshalb Lovencito vorschlägt, beim Kaiser um ein Vollstreckungsprivileg zur Exekution «sin' al fine» anzuhalten. Im Hinblick auf Desana müsse man verhindern, daß Tizzoni die Investitur vom Kaiser erhalte, vielmehr müsse er sie vom Herzog erhalten als Afterlehen. Daß die Tizzoni von Desana auch Reichsvikariatsprivilegien besäßen, sei unbeachtlich, denn der Titel des «Vicario Jmperiale generale» des Herzogs würde alle «Vicariati particolari» in seinem Herrschaftsgebiet aufheben[99]. Den kaiserlichen Beamten wird eine ganz durchsichtige Konstruktion nahegelegt: für den Kaiser sei es doch besser, die kleinen Vasallen alle unter einem mächtigen und sicheren Haupt zu vereinen, anstatt die Vielzahl unverbundener unmittelbarer Vasallen aufrechtzuerhalten, die dem Kaiser nichts nützten und die für eine effektive Verwaltung und Rechtsprechung zu weit entfernt vom Kaiserhof seien[100]. Aber hier bissen die Savoyer wohl erst einmal auf Granit, auch hinzugezogene Dritte – die Rechtsgelehrten Gratiano und Selvadego, die für die Republik von Venedig beim Reichshofrat wegen Grenzstreitigkeiten vorstellig waren, sahen letztlich die immediate Stellung der Tizzoni von Desana als unanfechtbar an[101]. Das Reichsvikarverständnis, das auf Seiten der Savoyer aber hier hinter den Bemühungen stand, war zunehmend von einer traditionell lehensrechtlichen Normativität losgelöst: Wenn es um eine «Exekution bis zum Ende» geht, ist, in nicht

[99] ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, o.Nr., Filippo Lovencito an Carlo Emanuele I., Wien, 24. Februar 1583.

[100] ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, o.Nr., Kopie des Memorials Lovencitos «al signore Romff [Wolfgang Sigmund Rumpf]», Wien, 13. Mai 1583, geschickt mit *dispaccio* vom 20. Mai.

[101] Selvadego verweigerte eine schriftliche Stellungnahme, ging aber mündlich die Angelegenheit im Gutachtenstil durch: 1503 habe Maximilian das Vikariat «in generale» an den Herzog, 1510 «in spetie» an die Grafen verliehen, daran hätten auch die nachfolgenden Privilegien für die Herzöge nichts geändert. Man könnte einzig überlegen, ob der in der Belehnungsurkunde 1510 behauptete Heimfall des Lehens an die kaiserliche Kammer richtig gewesen sei, oder ob nicht aufgrund des Vikariatsrechts von 1503 der Heimfall an den Herzog hätte erfolgen müssen. Da aber die Savoyer nunmehr seit 73 Jahren hiergegen keinen Einwand erhoben hätten, sei das Einspruchsrecht verjährt und der Rechtsbesitz seitens der Grafen ersessen; nur dem Kaiser [wie übrigens auch der Kirche] stünde nach römischem Recht das Privileg der 100jährigen Verjährungsfrist zu, siehe ASTo, Corte, *LmA*, m. 5, o.D., n. 96.

ganz klarer Weise, aber doch unmißverständlich, an ein Herrschaftsinstrument gedacht, das eher der absoluten Oberhoheit gegenüber Untertanen als gegenüber Vasallen entspricht.

c. Loslösung

Wenn oben (a) dargelegt wurde, daß der Einschnitt im Bedeutungswandel des Vikariatsverständnisses auf 1582 nur aus der Wunschperspektive der Savoyer selbst festgelegt werden kann, der Kurfürstenbrief aus diesem Jahr aber eigentlich erst 1657/58 seine grundlegende Bedeutung erhielt, ist umgekehrt nicht von der Hand zu weisen, daß der Regierungsantritt Carlo Emanueles einen neuen Ton in das Verhältnis der Herzöge zum Reich hineinbringt – oder vielleicht eher die bewußte Akzentuierung eines schon lange, jedenfalls schon unter Emanuele Filiberto angeschlagenen Tons: Es ist die distanziert-reflexive Betrachtung der Reichsinstitutionen aus dem Gesichtspunkt einer Hermeneutik politischer Entscheidungsfindung, die als Methodisierung von Empirie umrissen werden kann. Man denkt nicht mehr fraglos in der Logik der Reichsnormativität, sondern man blickt von außen, mit einer gewissen Fremdheit auf sie.

Bezeichnend für diese neue Form der Wahrnehmung ist der Modus der verschriftlichten, empirisch-methodischen Entscheidungsfindung, wie er uns in einem unbetitelten *Discorso* des herzoglichen Archivars Giovanni Ludovico Bagnasacco vom 30. Dezember 1582 entgegentritt, in dem er Carlo Emanuele in der zentralen Frage berät, welche dynastische Heirat die vorteilhafteste sei[102]. Die Methode, mit der die Antwort auf diese Frage gesucht wird, ist das, was man nach zeitgenössischem Sprachgebrauch einen «Discorso der Geschichte» nennen muß, d.h., einen empirischen Durchgang der Geschichte, verstanden als ein Materialbecken von Handlungsabläufen und Kausalitäten, aus dem man abstrahierend Regelmäßigkeitsannahmen («Sozial- oder Naturgesetze» im frühneuzeitlichen, noch nicht gänzlich ausdifferenzierten Sinne) gewinnen kann. Der Archivar sammelt hier alle ihm irgend zugänglichen Beweisstücke von Handlungen, Zuwendungen, Privilegien etc., die im Verlauf der Geschichte die Kaiser oder die französischen Könige den Herzögen von Savoyen verliehen haben, um unter Anwendung eines quantitativ-relativen Wahrheitsbegriffes (im Gegensatz zum älteren normativ-absoluten) die statistisch am ehesten gültige Gesetzmäßigkeit zu erhalten, welche dynastische oder allgemein politische Allianz im Durchschnitt bislang günstiger gewesen ist, um aufgrund dieses Werts

102 ASTo, Corte, *Casa Reale*, Matrimonii, m. 20, n. 2.

eine Handlungsanleitung für die jetzt zu bewältigende Zukunft Carlo Emanueles zu gewinnen. Im Abwägen Frankreichs und der Kaiser (als deren gegenwärtige Repräsentanten für die jüngere Zeit zusammenfassend die österreichischen wie die spanischen Habsburger behandelt werden) obsiegt statistisch die Verbindung zum Kaisertum, woraus Bagnasacco schließt, daß Carlo Emanuele am ehesten eine Habsburger-Tochter ehelichen soll – gleich, ob eine aus der kaiserlichen oder aus der spanischen Linie.

Was im vorliegenden Zusammenhang an diesem Entscheidungsfindungstext interessiert, ist, wie und welche Verleihung des Reichsvikariats als Gewicht zugunsten der Habsburger in die historisch-abstrahierende Wägschale gelegt wird: Bagnasacco findet bei «Cronograffi» ein Privileg Heinrichs VII. von 1311 erwähnt, dessen Original er allerdings vergeblich in den ihm unterstellten Archiven gesucht hatte, in dem der Kaiser den Grafen Amedeo V. zum «Vicario Jmperiale in tutta la Lombardia» ernannte. Die Faszination, die dieses Privileg auf den Archivar und nach seiner Einschätzung wohl auch auf den Herzog ausüben mochte, wird an der – gegenüber den übrigen nur ganz en passant erwähnten Privilegien – ausführlichen Zitierung in dem Heiratswahl-Discorso deutlich: zur Umsetzung dieses Vikariats hätten nämlich 54 Städte, Grafen und Herren in der «Lombardei» von Mailand bis Venedig Spezial-Prokuratoren nach Mailand entsandt, wo sie sich verpflichteten, alle drei Monate an den Grafen Amedeo di Sauoia als Reichsvikar genau spezifizierte Guldensummen zu entrichten, die insgesamt alle drei Monate 78.136, jährlich also 312.544 fl. ausgemacht hätten. Bagnasacco zitiert hier die «Promissio civitatum et nobilium de subsidio solvendo», die Kaiser (König) Heinrich VII. von 16 Prokuratoren der lombardischen Städte in Mailand gegenüber dem Conte Amedeo V. am 8. Februar 1311 abgeben ließ, offenbar nach einer von der seit dem 19. Jahrhundert in der mediävistischen Forschung edierten leicht abweichenden Version[103]. Mindestens ebenso wichtig ist, was Bagnasacco 'nicht' zitiert, und wie er entsprechend das Privileg entkontextualisiert: Die Beträge der

[103] *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum inde ab a. MCCXCVIII usque ad a. MCCCXIII (1298-1313)*, hrsg. von J. Schwalm, Tl. 1 (MGH, *Constitutiones et Acta publica imperatorum et regum*, 4), Hannover - Leipzig 1906, Nr. 553, S. 507-511, erwähnt bei R. PAULER, *Die deutschen Könige und Italien im 14. Jahrhundert. Von Heinrich VII. bis Karl IV.*, Darmstadt 1997, S. 70 (mit falscher Guldenzahl für Mailand). Die dortige Edition folgt der Version ASTo, Corte, *Diplomi Imperiali*, m. 3, n. 8. Eine weitere Abschrift der Syndici von Ivrea, die in Mailand anwesend waren, findet sich in ASTo, Corte, *Provincia d'Ivrea*, m. 1, n. 1. Schon die Zeitgenossen des 14. Jahrhunderts verrechneten sich um 6 Gulden (nach *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum*, S. 509 wäre die Gesamtsumme 72.912 Gulden, es sind aber nur 72.906). Bagnasacco hatte eine andere Version vor Augen, in der z.T. andere Zahlen und ein Beiträger mehr auftauchen.

lombardischen Städte und Signori waren 1311 von Heinrich VII. nur «dum dictus presidiatus sive vicariatus duraverit» an Amedeo zu zahlen und nur mit der spezifischen Zweckbindung der Unterhaltung eines kleinen Heeres von 1.500 berittenen Söldnern und 600 Fußsoldaten sowie von 7 Richtern zur Befriedung der Lombardei. Dem Generalvikar selbst standen für seine persönlichen Ausgaben nur 60 fl. zu[104]. Zudem kann das Vikariat nur wenige Monate gedauert haben, denn 1312 zog Amedeo mit Heinrich VII. nach Rom zum Kaiserkrönungsversuch, und das Vikariat wurde Werner von Homberg übertragen. Jedenfalls war es also ein zeitlich begrenztes, im Hinblick auf eine präzise umrissene Aufgabenerfüllung verliehenes Amt, keine unbegrenzte Würde oder Oberhoheit von Dauer[105].

270 Jahre später in Bagnasaccos Zitat wirkt es dagegen so, als ob die Vikariatswürde die Berechtigung zum zweckungebundenen Einzug nicht von 60 Gulden *ad personam*, sondern von Steuern aus den Territorien ganz Oberitaliens von Venedig bis Mailand in einer Höhe beinhalte, die im Jahre 1582 ungefähr den kompletten Kammereinkünften eines Territoriums wie Bayern entsprachen. Was für eine Vorstellung Bagnasacco zum Eintritt des Vikariatsfalles hatte, können wir nicht genau wissen.

Nach diesem Privileg Heinrichs VII., dessen Text er immerhin vor Augen hatte, zitiert Bagnasacco dann noch ein Privileg Karls IV. für Amedeo VI., in dem diesem der «Vicariato Jmperiale in tutta Jtalia» erteilt worden wäre, das er nicht einmal im Archiv gefunden hätte («da me però sin qui non ueduto»). Diese Privilegien seien von allen Kaisern seither immer bestätigt worden.

Tatsächlich hatte Karl IV. dem Graf Amedeo VI. am 23. November 1372 eine umfassende Vikarsstellung «in omnibus partibus totius Italiae quae Nos et Sacrum Romanum Imperium jure vel consuetudine seu quavis ratione conspiciunt» verliehen[106]. Dieser Titel war aber wieder eine auf die aktuelle Politik bezogene Verleihung von Exekutionsgewalt: Es ging um die Entmachtung der Visconti, und Karl IV. ernannte den militärisch wichtigsten Führer in der antivisconteischen Liga zum kaiserlichen Gene-

[104] *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum*, S. 508-509, vgl. R. PAULER, *Die deutschen Könige*, S. 69 f.

[105] Vgl. für das Vikariatssystem unter Heinrich VII. W.M. BOWSKY, *Henry VII in Italy. The Conflict of Empire and City State 1310-1313*, New York 1960, S. 90 ff.; F. COGNASSO, *Arrigo VII*, Milano 1973, S. 155-158; R. PAULER, *Die deutschen Könige*, S. 69 f.; G. TABACCO, *Lo stato sabaudo*, S. 17 f.

[106] J.C. LÜNIG (Hrsg.), *Codex diplomaticus Italie*, Bd. 3, Sp. 1057.

ralhauptmann – denn der Generalvikarsbegriff taucht hier immer in einem Atemzug mit dem des «capitaneus generalis» auf[107]; es ging tatsächlich um die Stellung eines vom Kaiser anerkannten Oberbefehlshabers einer Armee. Genauso, auch damals schon gegen die Visconti gerichtet, hatte Karl schon 1356 den Bischof von Augsburg, Markward von Randeck, zum «pro maiestate nostra imperiali totius Ytalie locumtenen[s] et capitane[us] generali[s]» ernannt[108]. Auch damals geschah dies unmittelbar vor der Sammlung eines antivisconteischen Heers und in Abwesenheit des Kaisers von Italien[109]. Die semantische Füllung dieses auf Gesamtitalien bezogenen Vikarsbegriffes meint also nur die militärische Oberbefehlshaberschaft im Heer der Liga[110]. Ein zweites, nur 16 Tage später 1372 im gleichen Zusammenhang für Amedeo ausgestelltes Vikarprivileg bezieht sich dann wieder auf ein Territorium: nämlich auf das der Visconti, über das Amedeo die Oberhoheit erhält[111].

Nach dem Tod von Karl IV. und Amedeo VI. wurden jedenfalls alle Privilegien ganz traditionell wie jenes, das Karl dem Graf in Chambéry 1365 anläßlich seines Besuches in Avignon ausgestellt hatte, nur für das Generalreichsvikariat über die Reichslehen im Bereich der neun Diözesen des genuinen savoyischen Herrschaftsbereiches diesseits und jenseits der Alpen sowie über die wenigen versprengten Reichslehen in den Diözesen Lyon, Grenoble und Mâcon übertragen – von «tutta Jtalia» ist in diesem

[107] Am 3. August 1372 hatte Karl IV. die Entsetzung Bernabòs de' Visconti von seinem Vikariat und seine Ächtung verkündet, vgl. E. WINKELMANN: *Acta imperii inedita*, Nr. 938, S. 612; F. ZIMMERMANN (Hrsg.), *Acta Karoli IV. Imperatoris inedita*, Innsbruck 1891, Nr. 70, S. 141-147. Vgl. F. COGNASSO, *L'unificazione della Lombardia sotto Milano*, in *Storia di Milano*, Bd. 5, Tl. 1, S. 1-567, hier S. 468-476, insbesondere S. 473.

[108] Vgl. die in Prag, 25. Juli 1356, ausgestellte Urkunde bei E. WINKELMANN (Hrsg.), *Acta imperii inedita seculi XIII. et XIV.*, Bd. 2, Innsbruck 1885, Nr. 814, S. 513-515, hier S. 513 Zl. 43 f.

[109] Vgl. E. WIDDER, *Itinerar und Politik. Studien zur Reiseherrschaft Karls IV. südlich der Alpen*, Köln et al. 1993, S. 266 f. mit der älteren Literatur.

[110] R. PAULER, *Die deutschen Könige*, S. 223 übersieht diesen ganz auf die militärische Tagespolitik bezogenen Charakter des «totius Italiae».

[111] S. PUGLIESE, *Le prime strette*, S. 37. Das Privileg ist insofern nicht ein Widerruf des Privilegs als Oberbefehlshaber «totius Italiae», sondern eine zusätzliche Verleihung der jurisdiktionell-lehensrechtlichen Oberhoheit über das visconteische Territorium. *E contrario* kann man schließen, daß eine solche Kompetenz im 'totius-Italiae'-Privileg eben nicht bzw. nur im Militärzusammenhang enthalten war. Vgl. die Regesten bei J.F. BÖHMER, *Regesta Imperii VIII: Die Regesten des Kaiserreichs unter Kaiser Karl IV. 1346-1378*, hrsg. von ALFONS HUBER, Innsbruck 1874-1889, Nr. 5155 f.

Privileg[112], das außerdem 1366 schon wieder widerrufen wurde[113], wie auch in den folgenden seit jenem Sigismunds von 1412 bis zu Leopolds Wahlkapitulation 1658 keine Rede[114]. Eine Verstetigung des Reichsvikariatstitels ist, nimmt man den Widerruf von 1366 ernst, ohnehin erst ab dem 15. Jahrhundert gegeben. In die Urkundeneditionen des 17. und 18. Jahrhunderts – also insbesondere in die von Guichenons *Histoire généalogique* abhängigen – fand die offenbar schon im 16. Jahrhundert schwer auffindbare Urkunde von 1311 keinen Eingang, und auch die von 1372 wurde nicht im ersten Band des *Codex Italiae diplomaticus*, bei den sonstigen Vikariatsprivilegien und Investituren abgedruckt, sondern im dritten, bei den stärker auf die Dynastiepolitik bezogenen.

Bagnasaccos ganz freies, ungenaues und entkontextualisiertes Anzitieren dieser die ganze Lombardei bzw. ganz Italien erfassenden Vikariatsstellung 1582 mit der Behauptung, daß auch diese in die späteren Privilegien der Kaiser, die die vorherigen jeweils bestätigten, aufgenommen wurden, ist also wieder – ob bewußt oder unbewußt – verfälschend: denn beide Titel und Befugnisübertragungen waren kurzfristig konzipierte, militärisch-exekutive Instrumente der jeweiligen aktuellen Italienpolitik der Kaiser in Momenten, da sie selbst nicht vor Ort waren – keine Verleihungen eines längerfristigen Status im Sinne einer jurisdiktionell-politischen Oberhoheit. In seinen Zitaten wird das Vikariat nicht nur zu einem Synonym für Souveränität, wie später bei Guichenon – eine selbst schon exzeptionelle Verschiebung –, sondern es wird zu einem willkürlich-legitimistischen Element einer expansiv-universalistischen Machtpolitik, die Carlo Emanuele tatsächlich nicht fern war. Insofern ist – hier nun die Ausführungen von (2) und (4) zusammennehmend – zwar nicht auf Seiten der Reichszentrale, aber wohl aus der Perspektive Savoyens, tatsächlich mit Herrschaftsantritt des neuen Herzogs in den 1580ern im Reichsvikariatsverständnis ein Wandel anzusetzen. Die Hermeneutik oder der Denkrahmen, in die Bagnasaccos

112 Abdruck der Urkunde etwa bei S. GUICHENON, *Histoire généalogique*, Bd. 2, B. 6, S. 207 f.

113 Frankfurt, 13. September 1366, J.C. LÜNIG (Hrsg.), *Codex Italiae diplomaticus*, Bd. 1, Sp. 2445-2448 [fälschlich auf 1373 datiert]; vgl. J.F. BÖHMER, *Regesta Imperii*, Nr. 4363.

114 Dies ist das Privileg, auf das man sich 1503, 1508, 1528, 1530, 1562, 1579, 1588, 1613, 1621 und 1632 als grundlegend bezog – nicht etwa auf die Urkunden von 1311 oder 1372; vgl. den Abdruck der entsprechenden Kopie von 1632 bei F. MUGNIER, *Diplomes de Vicaire du Saint-Empire accordés aux comtes et ducs de Savoie (1365, 1572)*, in «Mémoires et documents de la société savoisienne d'histoire et d'archéologie», 39, 1900, S. LXXV-LXXXIII, hier S. LXXVI-LXXIX.

Ausführungen eingelassen sind, sind die eines neuzeitlichen Entscheidungsfindungs-Discorso, der empirisch aus der Vergangenheit Regeln herausdestillieren will, die die Planung der Zukunft prognostizierbarer machen. Der Vikarstitel ist hier nicht mehr ein überkommenes, traditionell gepflegtes und erinnertes Element einer normativen Weltordnung, sondern es ist ein in juristischer Hinsicht uninteressantes, vielmehr sofort auf meßbare Geldwerte umgerechnetes, nach dem *utilitas*-Kalkül abgewogenes Element von Machtvorteilen, die die Kaiser im Verlauf der Geschichte den Savoyern zugeteilt hätten.

5. *Absolutistische Außenpolitik – Schluß*

Ende Juli oder Anfang August 1618 gelangte Ernst von Mansfeld an den Kurpfälzer Hof nach Heidelberg mit einer Denkschrift Carlo Emanueles, deren erste Konzeptfassung in der Turiner Kanzlei den Titel: *Discorso, indem gezeigt wird, daß die Kurfürsten des Reiches jemand anderes als das Haus Österreich erwählen müssen, um ihre Autorität und die des Reiches zu erhalten – und daß diese Wahl auf das Haus Savoyen fallen müsse* trug.

Darin wird ausgeführt, daß die Kaiserwürde schon so lange in der Casa d'Austria gewesen sei, daß diese sich bald auf die Verjährung des Wahlrechts der Kurfürsten berufen könnte und so aus der Wahlmonarchie eine Erbmonarchie würde. Das wäre dann wie in Italien bei der Wahl des Papstes, wo der größte Teil der Christenheit keine Chance hätte, gewählt zu werden «propter peccatum originale, pour n'être pas nez en Jtalie». Ein Kaiser sei nichts anderes als ein General der Armee der Christenheit. Mit der Würde seien nur die Finanzierung einer angemessenen Hofhaltung, aber keine Domänen verbunden. Von zwei exemplarischen Aussagen – Alexanders des Großen und des Augustus – wird die Regel abgeleitet, daß nicht automatisch der blutmäßig Verwandte, sondern der Würdigste Kaiser sein müsse. «Detur dignissimo» habe Augustus gesagt. «[S]i meruerit» habe Alexander geantwortet, als er gefragt wurde, ob angesichts der schwangeren Roxane sein Sohn ihm in der Herrschaft nachfolgen solle. Die bisherigen Vertreter des Hauses Österreich hätten diese Regel immer erfüllt, so daß zwischen Wahl und blutmäßiger Nachfolge kein Widerspruch bestand. Wenn man aber die jetzigen Vertreter des Hauses anschaue, so hätten sie kaum eigene Verdienste, hätten nur von denen ihrer Voreltern gelebt und seien daher jetzt «banquerotiens en réputation».

Daher müßten nun die Kurfürsten – die Carlo Emanuele als «princes souverains» bezeichnet – jemand anderen als einen Habsburger wählen.

Sie würden so «un grand avantage à l'égard de leur particulier» gewinnen, denn «ils se feront connoître pour vrais Electeurs du Roy des Romains, et non pour Confirmateurs d'une Nomination que le Pere fait de son fils ou un Parent de l'autre». Man vermeide so auch, daß das Reich durch Spanien regiert würde, so daß dem Kaiser «le seul nom, et tître» bleiben würde.

Wen aber solle man wählen? «Des Princes Protestants il n'y faut pas penser pour le présent, car ce seroit allumer une guerre de Réligion en Allemagne, et par consequent déchirer l'Empire». Der Herzog von Bayern käme von den katholischen Reichsfürsten am ehesten in Frage, aber dieser werde sich nicht Österreich widersetzen, und außerdem lasse er sich «tellement gouverner des Jesuites», daß die Protestanten wenig von seiner Wahl im Vergleich zu Österreich gewinnen würden. Es bleibe also kein anderer als der Herzog von Savoyen, der Reichsfürst und deutscher Abstammung aus dem Hause Sachsen sei. Auch sei er begabt mit allen erforderlichen Fähigkeiten und würde den Ruhm des Reiches heben wie keiner der bisherigen «Grands Charles». Zur Zeit sei er der einzige «père des Soldats, et le plus grand Capitaine qui soit aujourd'hui en la Chrêtienté». Allein sein Rénommée würde Europa vor dem Einfall des Türken bewahren. Die Protestanten würden mit ihm gut beraten sein, denn er sei zwar katholisch und würde so von den katholischen Ständen akzeptiert werden, aber «les Jesuites n'ont pas trop de crédit auprès de lui». Es wäre für die protestantischen Fürsten also «un grand coup», den Savoyer zum Kaiser zu wählen, denn dieser würde dann dankbar die Gewissensfreiheit und ihre Privilegien garantieren, das Reichskammergericht reformieren und alle Gravamina endlich beseitigen. Frankreich müßte sehr zufrieden sein mit dieser Wahl, denn Carlo Emanuele habe dem letzten König (Henri IV.) so viele Dienste erwiesen, daß er geradezu ein «Martir de la France» zu nennen sei. Auch der König von England würde sich sofort gewogen erweisen und schließlich würde auch die Serenissima von Venedig ihren Beistand zu diesem Schritt leisten – dies nicht nur aufgrund der Allianz, die zwischen Savoyen und Venedig bestehe, sondern auch «pour raison d'Etat», welche die Venezianer sehr gut verstünden[115].

[115] ASTo, Corte, *MI*, VIa Cat., m. 1, n. 6 (o.D.); *Archivium Unito-Protestantium*, o.O. 1628, Appendix, S. 297 f.; B. ERDMANNSDÖRFFER, *Herzog Karl Emanuel I. von Savoyen*, S. 103 f.; R. KLEINMAN, *Charles-Emmanuel I of Savoy and the Bohemian Election of 1619*, in «European Studies Review», 5, 1975, S. 3-29. Vgl. auch den Bericht an Jakob I. von England mit detaillierter Erzählung der ersten Kontakte seit 1615, als Mansfeld und Sigismund von Brandenburg ihn in Lyon zum ersten Mal baten, sich zum römischen König wählen zu lassen, in ASTo, Corte, *Materie politiche*, Negoziazioni coll'Jnghilterra, 2a add., m. 3, n. 9, Turin, 27. November 1618. Tatsächlich scheint 1615 Carlo Emanuele selbst als

Die Zusammenarbeit Savoyen-Piemonts und der Kurpfalz kurz vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges ist bekannt. Der Söldnerführer Ernst von Mansfeld hatte schon 1615 dem Herzog 4.000 Mann Fußvolk und 500 Reiter zugeführt, die dem Savoyer im ersten Krieg von Monferrato gegen den Gouverneur von Mailand dienten, und die Ende 1617 für vier Monate von den Generalstaaten der Niederlande bezahlt wurden[116]. Die Auseinandersetzung zog sich bis 1617 hin und endete in einer Patt-Situation. Mansfelds Truppen wurden aber nicht sofort entlassen, und so konnte der Herzog sie 1618, als Pfalzgraf Friedrich V. von den Böhmischen Ständen zum König gewählt wurde, diesem zur freien Verfügung zuschicken. Merkwürdigerweise waren, da England, Frankreich und die Niederlande aus unterschiedlichen Gründen eine Unterstützung versagten und die Fürsten der Protestantischen Union im Reich zögerten, diese Truppen Mansfelds die einzigen, die außer dem ständischen Heer in Böhmen vor der Schlacht am Weißen Berg für Friedrich präsent waren und unter anderem das katholische Pilsen einnahmen. Als die Pfälzer dann geschlagen wurden und die Kaiserlichen in der Feldkanzlei Christian von Anhalts den oben zitierten *Discorso* Carlo Emanueles als Auftakt zu den Verhandlungen zwischen den protestantischen Fürsten und Savoyen fanden, zog sich der Herzog rasch zurück und fertigte einen Botschafter, den Marchese Bagnascco ab, der den Kaiser besänftigen sollte. Der Plan, die Kaiserkrone zu erwerben, sei von Anhalt ausgegangen und nicht gegen Ferdinand persönlich gerichtet gewesen. Es sei allerdings durchaus rechtmäßig, daß, wenn man ihn so dränge und die Kurfürsten jemand anderes als einen Habsburger wählen wollten, er nicht ablehne. Nun sei die Wahl aber ja zugunsten Ferdinands entschieden. Er biete nun eine Heirat zwischen Savoyen und Österreich an sowie ein Heer von 10.000 Mann Fußvolk und 2.000 Reitern unter seiner persönlichen Führung zugunsten Ferdinands und gegen die Protestanten, sofern ihm dieser einen Königstitel verleihe. Wenn der Kurfürst von Köln vielleicht demnächst auf sein geistliches Amt verzichten wolle (weil er eventuell neuer Kurfürst von der Pfalz werde), so biete er eine

erster Kontakt aufgenommen zu haben, vgl. die Instruktion für Biandrà zu Verhandlungen mit Christian von Anhalt und Ernst von Mansfeld über Beitritt zur Union 1615 (ohne genaues Datum), ASTo, Corte, *MI*, VIa Cat., m. 1, n. 4; vgl. ASTo, Corte, *Materie Militari*, Levate truppe forestiere, m. 1, n. 6, Bedingungen Mansfelds für seine Bestallung, Ansbach, 23. März 1615.

116 ASTo, Corte, *Materie Politiche Olanda*, add. 3, m. 1, n. 1, Zusage der Generalstaaten, 12. Juli 1617. Zu dem Kriegszug vgl. nun auch die Edition eines Ego-Dokuments: H.Th. GRÄF (Hrsg.), *Söldnerleben am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges. Lebenslauf und Kriegstagebuch 1617 des hessischen Obristen Caspar von Widmarckter*, Marburg 2000 – dort auch eine kleine Einführung in die politische Vorgeschichte von Sven Externbrinck.

seiner Töchter zur Heirat an, sofern sein Sohn Nachfolger als Kurfürst von Köln werde[117].

Wenn die Beziehungen Savoyen-Piemonts zum Reich im langen 16. Jahrhundert Gegenstand dieses Beitrags waren, so ist es angebracht, diese kühnen und verblüffenden Pläne Carlo Emanueles an das Ende zu stellen: Hier zeigt sich eine Politik, die man nicht mehr sinnvoll als Reichspolitik bezeichnen kann, sondern in der der Blick auf das Reich dem einer absolutistischen Außenpolitik entspricht. Das Reich ist nur ein Konglomerat von Machtpositionen, die dem Herzog frei besetzbar erscheinen, vom Kaiser bis zum Kurfürsten, wo er profitieren will. Der dichtende, philosophisch und politisch räsonierende, hoch intelligente Herzog Carlo Emanuele war von einer gewissen «Staatsräsonneurose» geplagt, die ihn ständig nach Gelegenheiten der Machterweiterung planerisch Ausschau halten ließ. Mit seiner «rastlos arbeitende[n] Projektensucht», wie es Moriz Ritter formulierte[118], hatte er 1580 Ansprüche auf den portugiesischen Königsthron erhoben sowie in den 1580ern, insbesondere 1593, angestrebt, französischer König zu werden; dann spielte er kurz nach 1600 nacheinander mit Projekten, König des wiederbelebten Königtums Arelatense und König eines zu erobernden Gebietes im Balkan zu werden, dessen Bewohner gegen die türkische Herrschaft rebellierten und über den Patriarch von Serbien den Herzog zu Hilfe riefen (Makedonien, Albanien, Serbien, Bosnien, Bulgarien, selbst Rhodos waren im Gespräch), oder die Ansprüche auf das Königtum von Zypern zu realisieren. 1617/1619 hoffte er, wie gesehen, auf die böhmische und/oder die Kaiserkrone[119]. Der falsche Ansatz wäre es, angesichts dieser

[117] Das Konzept der Instruktion an den Marchese Bagnasco in ASTo, Corte, *Materie Politiche*, Negoziazioni con Austria, m. 1, n. 28 (o.D.).

[118] M. RITTER, *Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges (1555-1648)*, 3 Bde., Stuttgart - Berlin 1889-1908, 3, S. 16.

[119] A. TAMBORRA, *Gli stati italiani, l'Europa e il problema turco dopo Lepanto*, Firenze 1961, S. 21-49, S. 40-42: der berühmte Brief des serbischen Patriarchen Jovan, in dem er mit den Woywoden Carlo Emanuele die Krönung als König über die fünf Königreiche verspricht, für deren geistliche Herrschaft er zuständig war. P. BARTL, *Der Westbalkan zwischen spanischer Monarchie und osmanischem Reich. Zur Türkenkriegsproblematik an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert*, Wiesbaden 1974, S. 61-67; DERS., *Il disegno macedone del Duca Carlo Emanuele I di Savoia*, in «Rivista storica del Mezzogiorno», 21/22, 1986/87, S. 121-132; E. RIGNON, *Carlo Emanuele I e la Macedonia* in «Nuova Antologia di lettere, scienze ed arti», 4. Folge, 39, 114, 1904, 791, S. 468-492; R. QUAZZA, *Savoia e Albania – l'offerta di una corona (1607-1609)*, in «Nuova Antologia», 74, 403, 1939, 1612 , S. 134-148; G. SFORZA, *I negoziati di Carlo Emanuele I per farsi re di Cipro*, in «Atti dell'Accademia delle scienze Torino», 53, 1917/18, S. 329-342 und 377 ff. Für die Aspiration auf die französische Krone vgl. den Traktat A. BAGNASACCO, *De svccessione regni Galliae, Tractatvs* [...], Torino 1593,

täglich wechselnden Projekte auf den Realitätsverlust des Herzogs abzuheben und ihn schlicht als größenwahnsinnig abzustempeln. Vielmehr müßte man die Projekte und ihre methodische Form selbst zum Thema machen und fragen, was für eine neue Weltsicht hinter ihnen steht: wie und warum veränderte sich der Blick auf Europa dergestalt, daß nun der Austausch von Herrscherpositionen auf einem Tableau von Machtdistrikten wie der von Figuren auf einem Schachbrett erschien? Inwiefern beginnt die politische Zukunft sich als ein höchst variabler Möglichkeitshorizont zu erweisen, den man planerisch 'heran-schreiben' zu können glaubt? Die Antwort auf diese Frage würde eine Art wahrnehmungsgeschichtliche Erklärung von dem, was «Absolutismus» als Regierungsform meint, bedeuten[120].

Zugleich ist dies aber der Punkt, wo – im Rückbezug zu den einleitenden Bemerkungen – das Neue im und neben dem Alten zu berücksichtigen ist. Savoyen-Piemont vermag noch bis zum Untergang des Alten Reiches die Klaviatur der (sich selbst auch wandelnden) Reichsnormativität zu bedienen. Es bemüht sich auch im 18. Jahrhundert um seine Investitur beim Kaiser. Diese Klaviatur wird als eine bedingende und beschränkende Realität von Politik wahrgenommen. Man hält sich, mit erheblichem Aufwand, auf dem laufenden über die aktuelle Reichspublizistik und nimmt an ihr, allerdings meist nur in handschriftlicher Form, selbst teil: Allermeist geht es dabei darum, in der Sprache des Reiches gerade die möglichst große Unabhängigkeit von eben demselben über die Chiffren der Territorial-Oberhoheit,

der die argumentative Grundlage für den Wahlvorschlag auf den États généraux der Ligue von 1593 lieferte; P. MERLIN, *Tra guerre e tornei*, S. 29 f.; R. ORESKO, *The House of Savoy in Search for a Royal Crown in the Seventeenth Century*, in R. ORESKO - G.C. GIBBS - H.M. SCOTT (Hrsg.), *Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe. Essays in Memory of Ragnhild Hatton*, Cambridge 1997, S. 272-350, hier S. 287 f. (Portugal, Arelatense), S. 289 Anm. 32 f. zur Zypern-Frage in der Zeit von Carlo Emanuele I. Zu Oreskos Ausführungen ist zu ergänzen, daß schon am 15. November 1570 La Ravoyre im Hinblick auf den gerade aktuell werdenden Präzedenzstreit mit Florenz gegenüber Emanuele Filiberto auf die «dignità regia» wegen des zypriotischen Erbes hinweist (ASTo, Corte, *LmA*, m. 3, n. 36); zusammenfassend zu den Bemühungen Carlo Emanueles um die verschiedenen Kronen vgl. T. MÖRSCHEL, *Buona amicitia?*, S. 328-336.

[120] Zur Diskussion nach Henshall vgl. nur die Überblicke W. SCHMALE, *The Future of 'Absolutism' in Historiography: Recent Tendencies*, in «Journal of Early Modern History», 2, 1998, S. 192-202; P. BAUMGART, *Absolutismus ein Mythos? Aufgeklärter Absolutismus ein Widerspruch? Reflexionen zu einem kontroversen Thema gegenwärtiger Frühneuzeitforschung*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 27, 2000, S. 573-590; H. DUCHHARDT, *Die Absolutismusdebatte – eine Antipolemik*, in «Historische Zeitschrift», 275, 2002, S. 323-332; luzide F. COSANDEY - R. DESCIMON, *L'absolutisme en France. Histoire et historiographie*, Paris 2002, S. 189-297. Ein wahrnehmungsgeschichtlicher Ansatz im genannten Sinne wird in meiner Dissertation verfolgt.

der Befreiung von Kontributionen und des Reichsvikariats zu legitimieren. Man spricht die fremde Sprache des Reiches gleichsam noch, um von denen, die sie als «Muttersprache» pflegen, verstanden zu werden, wenn man sagt: «Wir gehören zwar zum Reich, aber ...»[121]. Denn zunehmend ist das Spielen auf dieser Klaviatur nicht mehr die einzige, rasch wohl nicht einmal mehr die vorherrschende Form von Weltwahrnehmung und Politikgestaltung in den Regierungskreisen. Während man im 14. Jahrhundert vielleicht ausschließlich im Rahmen der Logik dieser Normativitäten, der Rechte, Privilegien und Pflichten dachte und denken konnte, erscheint das Prozedieren in dieser Normativität seit Ende des 16. Jahrhunderts zumindest für Savoyen-Piemont eher wie das rational gesteuerte Einfühlen und Anschmiegen an die Sprache 'der anderen', damit man seine Ziele erreicht, damit man verstanden wird, obwohl man selbst eigentlich schon gewohnt ist, eher den Entscheidungsfindungsmodus methodisierter Empirie zu bemühen. Es gibt Spezialisten am Hof, die die «Reichssprache» beherrschen und die für diese Kommunikationen herangezogen werden, aber es ist dann nur noch eine Sprache unter mehreren, die man in Turin beherrschen muß. Wahrscheinlich gibt es aber bei dieser «Reichsnähe» und «Reichsferne» in einem wahrnehmungsgeschichtlichen Sinne auch Konjunkturen, die nicht dem einfachen, linearen Bild eines steten Abnehmens der 'Reichsverbundenheit' seit dem Spätmittelalter entsprechen. Für das 16. Jahrhundert ist aber wohl festzustellen, daß eine relativ stark wachsende Distanz spätestens mit Carlo Emanueles Regierungsantritt spürbar wird.

121 L. BULFERETTI, *Il principio della 'superiorità territoriale'*, insbesondere S. 206 Anm. 55 und S. 209 Anm. 57: Listen von deutschen Reichspublizistik-Texten, die in Savoyen-Piemont nachweislich bekannt waren bzw. noch heute im ASTo, Biblioteca Antica aufbewahrt sind.

III

Le immagini dell'Impero: cultura, dottrine, iconografia / Die Bilder des Reiches: Kultur, Theorien, Ikonographie

L'Impero e la cultura politica italiana nel primo Cinquecento

di *Giovanni Cipriani*

Nella notte fra il 19 e il 20 agosto 1493 moriva l'imperatore Federigo III d'Asburgo[1], suo figlio Massimiliano, in qualità di re dei Romani, ne raccolse l'eredità politica e si preparò ad affrontare una lunga fase di interregno[2]. Vedovo di Maria di Borgogna dal 1482[3], desideroso di nuove alleanze e di cospicui vantaggi economici, Massimiliano aveva iniziato trattative matrimoniali con Maria di Bretagna, giungendo a un accordo con il giovane e potente sovrano francese Carlo VIII Valois. Massimiliano avrebbe sposato Maria di Bretagna e Carlo Margherita d'Asburgo, figlia dello stesso Massimiliano. Carlo, a titolo di dote, giunse a occupare Noyers e infine, rotto ogni accordo, sposò Anna di Bretagna, aprendo le ostilità con l'Impero. Quasi contemporaneamente si inserì nel delicato contesto internazionale Lodovico Sforza, detto il Moro, che, per rafforzare la propria posizione a Milano e per togliere ogni diritto sul ducato al nipote Gian Galeazzo, cercò in ogni modo l'alleanza con Massimiliano.

Al re dei romani, il Moro offrì la mano di sua nipote Bianca Maria Sforza, con la ricchissima dote di 400.000 ducati. Il matrimonio fu celebrato a Milano il I dicembre 1493 e Lodovico Sforza ebbe segretamente l'investitura ufficiale a duca di Milano[4]. Il Moro, per privare in modo definitivo del trono il nipote Gian Galeazzo, non ritenendo sufficiente l'appoggio

1 L.A. MURATORI, *Annali d'Italia dal principio dell'era volgare sino all'anno 1750, compilati da L.A. Muratori e continuati sino ai giorni nostri*, VI, Venezia 1846, col. 114.

2 Sulla figura di Massimiliano si veda H. ULMANN, *Kaiser Maximilian I*, Stuttgart 1884-1891; E. HEYCK, *Kaiser Maximilian I*, Leipzig 1898; M. JANSEN, *Aufloesung des Reiches. Neues Kulturleben. Kaiser Maximilian I*, München 1905.

3 Maria morì il 27 marzo 1482, a venticinque anni, a causa di una caduta da cavallo durante una battuta di caccia. Cfr. G. BRUFIERE DE BARANTE, *Histoire des Ducs de Bourgogne*, XII, Paris 1824-1826, p. 237.

4 Cfr. H. ANGERMEIER, *Die Sforza und das Reich*, in *Gli Sforza a Milano e in Lombardia e i loro rapporti con gli stati italiani ed europei (1450-1535)*, Atti del convegno, Milano 1982, pp. 165-191.

imperiale, aveva già iniziato un'accorta politica di avvicinamento alla Francia. Carlo VIII con un suo intervento in Italia avrebbe potuto favorire il desiderato mutamento politico a Milano e, per incoraggiare il sovrano francese, lo Sforza non esitò a invitarlo a rivendicare i diritti angioini su Napoli offrendogli ogni appoggio militare.

Su questo sfondo prendeva dunque forma la celebre discesa di Carlo VIII nel 1494[5] che avrebbe sconvolto ogni equilibrio nella penisola italiana e creato le premesse per anni di profonda instabilità. Massimiliano d'Asburgo, in un primo momento, attese lo svolgersi degli eventi traendo da essi il massimo vantaggio. Il matrimonio con Bianca Maria Sforza aveva accresciuto le sue disponibilità economiche e cementato il suo peso in uno degli stati più importanti del Nord Italia e lo stesso Carlo VIII, prima di affrontare le insidie di una campagna militare, aveva raggiunto un accordo proprio con il re dei Romani a Senlis, restituendo di fatto la signoria di Noyers e cedendo le contee di Artois e di Borgogna. L'impresa di Carlo VIII ebbe successo ma la conquista di Napoli e la fine del potere mediceo a Firenze crearono il massimo allarme negli Stati italiani tanto che il 31 marzo 1495 si giunse alla formazione di una lega contro il sovrano francese[6]. Ad essa aderirono il papa Alessandro VI Borgia, Venezia, Lodovico il Moro, che mutò atteggiamento, Massimiliano d'Asburgo, Ferdinando d'Aragona e Isabella di Castiglia. Come riferisce Philippe de Comines:

«Mi disse il Doge che in onore della Santa Trinità aveva formata una lega col nostro Santo Padre il Papa, col Re dei Romani e con quello di Castiglia e col Duca di Milano a tre fini. Primieramente cioè per difendere la cristianità contro il Turco, in secondo luogo per la difesa dell'Italia, in terzo luogo per la preservazione dei loro stati»[7].

L'Impero era dunque sempre più coinvolto nelle vicende italiane. Gli alleati dovevano

«fra tutti mettere in piedi 34.000 cavalli e 20.000 fanti, cioè il Papa 4.000 cavalli, Massimiliano 6.000, il Re di Spagna, la Repubblica di Venezia e il Duca di Milano 8.000 ciascuno.

5 Si veda in proposito *La tres curieuse et chevaleresque hystoire de la conqueste de Naples par Charles VIII. Comment le tres chrestien et tres victorieux Roy Charles huictiesme de ce nom, a banniere deployee, passa et repassa de journee en journee de Lyon jusques a Naples et de Naples jusques a Lyon*, publiée par P.M. Gonon, Lyon 1842.

6 Cfr. in proposito L.A. MURATORI, *Annali*, cit., VI, coll. 150-151.

7 Ph. DE COMINES, *Le memorie di Filippo di Comines, Cavaliero e Signore di Argentone, intorno alle azioni principali di due de' Re di Francia, Ludovico XI e Carlo VIII, dove oltre l'eccellenza dell'istoria si comprendono diversissime sentenze politiche appartenenti ad ogni particolar trattamento civile e morale*, trad. it., Brescia 1613, lib. VII, cap. XX, p. 254. Cfr. inoltre in proposito R. FUBINI, *Italia quattrocentesca. Politica e diplomazia nell'età di Lorenzo il Magnifico*, Milano 1994, p. 219.

Ognuno dei confederati doveva somministrare 4.000 pedoni. Coloro che non avrebbero dato tutto il contingente dovevano supplire col denaro»[8].

Massimiliano non aveva però un potere reale. Come erede dell'Impero Romano-Germanico, «universale» ed «eterno», la sua *auctoritas* era molto relativa e «non implicante più alcun vero e proprio esercizio di autorità politica»[9]. Inoltre

«egli non sapeva porre alcun ordine, né modo nell'amministrazione de' suoi stati ereditarii e non poteva ottenere dall'Imperio né uomini, né danari ... di modo che, in cambio de' 6.000 cavalli e 4.000 fanti promessi, appena poté assoldare 3.000 uomini»[10].

La battaglia di Fornovo, il 6 luglio 1495, pose un freno alle ambizioni di Carlo VIII ma rafforzò anche Massimiliano d'Asburgo che era intervenuto da protagonista nelle complesse vicende italiane. Non a caso Lodovico il Moro si rivolse al re dei Romani, nell'estate del 1496, per emergere, ancora una volta, sugli altri Stati italiani e stabilire una ferrea alleanza con il Sacro Romano Impero. Massimiliano fu invitato a scendere personalmente nella penisola per cingere a Milano la corona di Lombardia e a Roma quella imperiale.

L'autorità dell'Impero doveva essere ripristinata per impedire ogni minaccia francese e Lodovico Sforza si offrì come garante per la temeraria operazione, che fu sostanzialmente assecondata da Alessandro VI Borgia e da Venezia. Massimiliano avanzò fino a Manshut, ai confini del Tirolo e della Valtellina, dove fu raggiunto da Lodovico Sforza e dagli ambasciatori del papa e della Serenissima. Pretese per il suo intervento alla guida di un'armata 40.000 ducati al mese per tre mesi che sarebbero stati così pagati: «I Veneziani 16.000, Lodovico 16.000 ed il papa 8.000»[11].

Il peso politico imperiale stava divenendo sempre più tangibile e il 19 agosto 1496, due ambasciatori di Massimiliano: Ludovico Bruno e Gualtiero di Stadion, si presentarono a Firenze per far pesare sulla Repubblica l'autorità asburgica e far cessare ogni atteggiamento filofrancese. L'argomentazione dei due inviati fu molto precisa. Massimiliano, in sostanza, si meravigliava che i Fiorentini, «Qui ex antiquo imperialis iuris sunt, ita assistant his malignis incoeptis Franciae contra salutem totius Italiae, imo etiam contra

[8] J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane dei secoli di mezzo*, trad. it., Capolago 1832, XII, cap. XCV, p. 243.

[9] F. ERCOLE, *Dal Comune al Principato*, Firenze 1928, p. 206.

[10] J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XII, cap. XCV, p. 243.

[11] *Ibidem*, p. 371.

suam propriam utilitatem et commodum»[12]. Dovevano ben sapere infatti «Sua omnia privilegia non a Regibus Franciae sed a veris Romanorum Imperatoribus in Germania natis, concessa fuisse»[13].

Parole più chiare non potevano essere pronunciate per mettere in risalto la dipendenza, «de iure», della Repubblica alla autorità imperiale. Infatti Firenze per ottenere il riconoscimento della propria libertà e della propria sovranità aveva dovuto stipulare precisi trattati con l'Impero, in particolare nel 1355 con Carlo IV di Boemia e nel 1401 con Roberto di Baviera. Dal momento che il Vicariato Imperiale, ottenuto nel 1355, poteva essere revocato per atti di ribellione e generalmente aveva validità per la «sola vita dell'imperatore concedente»[14] e per «il territorio ... per cui era stato concesso, né poteva estendersi ad altro senza il consenso dell'autorità imperiale»[15], Firenze si preoccupò costantemente di ottenere la conferma del diploma e la sua estensione alle località via via conquistate, dato che l'imperatore avrebbe potuto dichiarare l'illegalità di ogni nuova acquisizione.

Il precedente di Pisa, dal 1406 sotto il dominio fiorentino, era stato esplicito in tal senso. L'imperatore Sigismondo non aveva infatti confermato quel possesso chiedendo nel 1432 che la città gli venisse addirittura restituita. I fiorentini avevano reagito con fermezza in quella circostanza, rifiutando l'ingresso in città allo stesso imperatore[16] ma la tensione era stata estrema e politicamente non opportuna. La Repubblica, nei confronti di Massimiliano, doveva perciò decidere se onorare un preciso precedente giuridico o mostrare un atteggiamento ribelle.

«Ideo Caesarea Maiestas mittit ipsos oratores ad sciendum eorum animos et ad illos illuminandos, si lucem velint inspicere, et ad cognoscendum an cum Sua Maiestate ad Italiae salutem laborare et intendere velint, an vero malint esse contrarii Suae Maiestati ut, secundum eorum responsa, Caesarea Maiestas deliberet quid agendum sit»[17].

Il governo fiorentino, tramite il suo maggior rappresentante, il gonfaloniere Tommaso Antinori, assunse un atteggiamento interlocutorio perché «tal

[12] M. SANUDO, *I Diarii*, editi dalla R. Deputazione Veneta di Storia Patria, a cura di N. BAROZZI et al., Venezia 1879-1903, I, col. 250.

[13] *Ibidem*, coll. 250-251.

[14] F. ERCOLE, *Dal Comune al Principato*, cit., p. 291.

[15] *Ibidem*, pp. 293-294.

[16] Cfr. N. RUBINSTEIN, *The Place of the Empire in Fifteenth Century Florentine Political Opinion and Diplomacy*, in «Bulletin of Historical Research», 20, 1957, p. 129.

[17] M. SANUDO, *I Diarii*, cit., col. 251.

materia bisogno havea di consultatione»[18], pur mostrando ogni considerazione nei confronti della figura dell'imperatore. Una apposita «Pratica» fu convocata il 21 agosto per risolvere la delicata questione. Giovanni Canacci propose di seguire la stessa prassi di Massimiliano: due incaricati della Signoria lo avrebbero raggiunto, non appena fosse arrivato in Italia, per comunicargli verbalmente la posizione fiorentina.

Nel *Disegno di risposta da farsi a' magnifici ambasciatori di Massimiliano,* che fu elaborato, non si mancò di esprimere la massima deferenza nei confronti «della Cesarea Maestà di Maximiliano Re dei Romani, perpetuo padre et benefactore singularissimo di questa città et di questo populo»[19]. Firenze volle mettere subito in risalto la sua

«inverso la ... Cesarea Maestà constantissima fede et observanza. Et havendo inteso quello che è stato el suo divino proposito et nel concludere la pace col Christianissimo Re di Francia et di poi in ogni sua operatione insino in questo tempo ... [non poteva] fare altro che laudare et admirari la sua Cesarea Maestà perché veramente ci pare che la sua intentione et il suo studio sia degno del suo augustale et cesareo offitio. Né cosa alcuna, per antica nostra natura, possiamo udire che più sia secondo el cuore et desiderio nostro, per lo interesse principalmente della Christiana Repubblica»[20].

Le parole si perdevano nel più vago irenismo, senza entrare nel merito della realtà contingente. In un punto però la Signoria fu esplicita. Ludovico Bruno e Gualtiero di Stadion avevano ricordato i debiti storici che gravavano ineluttabilmente su Firenze con tutto il loro peso giuridico, dato che tutti i suoi «privilegia» erano stati unicamente concessi «a veris Romanorum Imperatoribus in Germania natis»[21] e nessun dubbio poteva sussistere al riguardo.

«Habbiamo udito dalle Vostre Magnificentie et Signorie, con elegantia di parlare et notitia delle cose, richordarci la nostra origine da' Romani et l'obligationi più tosto col Re dei Romani che con altra persona, dichiarando anchora che e benefitii ricevuti da Carlo Magno non debbino muovere la cictà nostra in favore del presente regio stato di Francia, reducendo la origine sua a Germani, non a Francesi. In questa parte noi useremo poche parole perché non paiono molto necessarie. Solamente diremo questo, che sempre che habbiamo potuto ci siamo richordati della nostra origine et siamo stati devotissimi et deditissimi alla Cesarea

[18] Biblioteca Nazionale Centrale, Firenze, P. Di Marco Parenti, *Storia Fiorentina*, II.II.130. c. 43r. Si veda inoltre, dello stesso autore, *Storia Fiorentina*, I, *1476-1478; 1492-1496*, a cura di A. Matucci, Firenze 1994.

[19] Archivio di Stato di Firenze (d'ora in poi ASF), *Signori, Dieci di Balia, Otto di Pratica. Legazioni e Commissarie, missive e responsive*, n. 77, c. 378r.

[20] ASF, *Signori, Dieci di Balia, Otto di Pratica. Legazioni e Commissarie, missive e responsive*, n. 77, c. 378r.

[21] M. Sanudo, *I Diarii*, cit., coll. 250-251.

Imperiale Maestà de' Romani, come è offitio d'ogni buono christiano. Né mai ci ha tirato in parte, se non iusta, alcuno benefitio ricevuto, come questa città ne ha pure ricevuti molti da questa regale, christianissima Casa di Francia»[22].

La posizione di Massimiliano d'Asburgo appariva estremamente chiara. Il potere imperiale derivava direttamente da quello romano. Il Sacro Romano Impero non era altro che la tangibile continuità di una istituzione millenaria che a Roma il 25 dicembre 800 papa Leone aveva reso di nuovo visibile conferendo il titolo di imperatore e di Augusto a Carlo Magno[23]. Tale dignità non aveva però alcun legame con la Francia, per la stessa origine germanica dei Franchi e dei Merovingi, alla cui casata apparteneva Carlo. La successiva storia del titolo imperiale confermava pienamente la sua tradizione germanica e la linea di discendenza che conduceva alla «Cesarea Maestà» di Massimiliano d'Asburgo non poneva alcun dubbio al riguardo.

Massimiliano scese in Italia nell'agosto 1496 con un debolissimo esercito, composto da 300 cavalieri e 1.500 fanti, fermandosi a Vigevano. Suo obiettivo era imporre la propria autorità ai principi e ai feudatari dell'Impero ma né il duca di Savoia, né quello di Ferrara, né il marchese del Monferrato mostrarono particolare timore e, di fatto, non si presentarono a rendergli omaggio, «essendo le forze sue da disprezzare, né corrispondendo gli effetti alla autorità del nome imperiale»[24].

Massimiliano si trattenne a Vigevano dai primi di settembre fino al 23, quindi attraverso Tortona si trasferì a San Pier d'Arena, non lontano da Genova, dove fu raggiunto dagli ambasciatori fiorentini: Cosimo de' Pazzi, vescovo di Arezzo e Francesco Pepi. Li ricevette, ma deluso dalla posizione del governo della Repubblica di Firenze, che non mostrava alcuna intenzione di entrare nella Lega, li congedò senza dar loro alcuna risposta definitiva.

A Genova l'imperatore trovò ad attenderlo sei galere veneziane, dove furono imbarcati 1.000 fanti tedeschi e con essi salpò l'8 ottobre 1496 per raggiungere Pisa. I Dieci Anziani della Repubblica e i procuratori di San Marco che risiedevano in città come rappresentanti di Venezia, accolsero

22 ASF, *Signori, Dieci di Balia, Otto di Pratica. Legazioni e Commissarie, missive e responsive*, n. 77, c. 378v.

23 EGINARDO, *Vita Karoli Magni - Das Leben Karls des Grossen*, traduzione e cura di E. SCHERABON FIRCHOW, Stuttgart 1996, XXVIII, p. 52.

24 F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia di Messer Francesco Guicciardini*, edizione eseguita su quella ridotta a miglior lezione dal prof. Giovanni Rosini, I, Livorno 1832, lib. III, p. 532.

l'imperatore alle porte della città il 21 ottobre. Fu salutato con solenni festeggiamenti e lo stemma in marmo con i fiordalisi d'oro che era stato posto sul ponte sull'Arno, in onore di Carlo VIII Valois, fu gettato nel fiume per far posto alle insegne asburgiche.

Massimiliano, che veniva «con genti più tosto da condottiere che da imperatore»[25], volle dare una dimostrazione di forza ai fiorentini e attaccò il piccolo centro costiero di Livorno mentre altre forze asburgiche si dirigevano a Bolgheri, che fu devastata con inaudita violenza[26]. La notte fra il 14 ed il 15 novembre una tempesta colse all'improvviso la flotta che assediava Livorno e Massimiliano fu costretto a desistere. I fiorentini, che si erano rivolti con fervore alla Madonna dell'Impruneta, celebrarono l'evento come un vero e proprio miracolo, non inferiore a «quegli del Testamento Vecchio», perché l'imperatore «s'andò con Dio e lasciò tale impresa, ch'era venuto insino dalla Magna per insignorirsi di Pisa, ch'e Pisani gliene davano. E in un dì fu spento un tale fuoco»[27]. Dopo un nuovo spostamento in direzione di Lucca, senza ricevere vettovaglie dal governo di quella Repubblica che fece addirittura bandire: «Pena la testa chi gli dava niente»[28], nei pressi di Montecarlo l'imperatore curiosamente si ritirò, dirigendosi verso Sarzana. Voci di consistenti forze avversarie, o forse la reale situazione dell'esercito, privo di rifornimenti con l'inverno alla porte, spinsero Massimiliano a prendere questa decisione.

Lui stesso dichiarò i motivi della frettolosa partenza. Era necessario raggiungere la Germania al più presto, per «essere a una dieta dove si doveva ritrovar suo fiol Archiducha di Bergogna et li Electori de l'imperio. Perché a Lindò nulla havea facto sin questo zorno»[29].

Attraverso Pontremoli l'Asburgo raggiunse la Lombardia e si fermò a Pavia. Dopo nuove richieste di danaro: 22.000 fiorini del Reno al mese[30], che anche i veneziani si mostrarono disposti ad accettare, senza raggiun-

25 S. Ammirato, *Istorie Fiorentine di Scipione Ammirato con l'aggiunte di Scipione Ammirato il Giovane*, IX, Firenze 1826, lib. XXVII, p. 31.

26 Scrive l'Ammirato: «Nel qual luogo usarono infinitissime crudeltà scannando infino a piè degli altari le donne e i fanciulli che nelle chiese erano fuggiti»; *ibidem*, p. 33.

27 L. Landucci, *Diario Fiorentino dal 1450 al 1516, continuato da un anonimo fino al 1542, Pubblicato sui codici della Comunale di Siena e della Marucelliana con annotazioni da Iodoco del Badia*, Firenze 1969, p 140.

28 *Ibidem*, p. 141.

29 M. Sanudo, *I Diarii*, cit., col. 397.

30 J.C.L.S. Sismondi, *Storia delle Repubbliche Italiane*, XII, cap. XCVIII, p. 384.

gere un vero accordo con gli ambasciatori della Lega, che lo pregavano di restare in Italia, riprese la strada. Invece di recarsi a Milano, dove era atteso con impazienza da Lodovico il Moro, si diresse a Como e varcò il confine «avendo, con pochissima dignità del nome imperiale, dimostrata la sua debolezza a Italia, che già lungo tempo non avea veduti imperatori armati»[31].

La «mala opinione» suscitata da Massimiliano rafforzò Alessandro VI Borgia. Il pontefice, deciso a creare uno stato per il figlio Cesare, iniziò a consolidare a Firenze il proprio prestigio e la propria autorità. Le sue pressioni per porre fine all'esperienza savonaroliana ebbero un risultato concreto e, dopo il trionfo degli Arrabbiati al governo della città, la fine del domenicano ferrarese apparve segnata. Il 7 aprile 1498, proprio mentre scompariva prematuramente Carlo VIII Valois, Savonarola fu sfidato a dimostrare la verità delle proprie tesi attraverso una pubblica prova del fuoco[32]. Il fallimento del giudizio di Dio inferse un durissimo colpo al prestigio del domenicano. L'8 aprile una folla inferocita assalì San Marco saccheggiando e distruggendo. La Signoria era ormai nelle mani dei nemici di Savonarola e il predicatore fu tratto in arresto insieme ai seguaci più fedeli[33].

La sua fine era già stata decretata e dopo interminabili interrogatori fu condannato a morte come eretico e scismatico, assieme a fra Domenico Bonvicini e a fra Silvestro Maruffi. Il 23 maggio 1498

«sulla Piazza de' Signori vi furono di poi impiccati ed arsi, con tanto concorso di popolo quanto non soleva essere alla predicazione. E fu giudicato cosa mirabile che nessuno di loro, massime Fra Ieronimo, non dicessi in tanto caso nulla pubblicamente, o in accusazione o in escusazione sua»[34].

Il trionfo politico di Alessandro VI fu accompagnato da una raffinatissima offensiva nei confronti dell'autorità imperiale che fu attaccata nei propri presupposti giuridici e ideologici. Artefice di questa dirompente operazione culturale fu il domenicano Giovanni Nanni, più noto come Annio da Viterbo, il più celebre falsario dell'età umanistica.

Come abbiamo visto nello specifico intervento di Massimiliano d'Asburgo contro Firenze, l'autorità del Sacro Romano Impero veniva fondata sulla

[31] F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., I, lib. III, p. 556.

[32] Cfr. G. SCHNITZER, *Savonarola*, trad. it., Milano 1931, II, pp. 55 ss.

[33] Cfr. R. RIDOLFI, *Vita di Girolamo Savonarola*, I, Roma 1952, pp. 365 ss.

[34] F. GUICCIARDINI, *Storie Fiorentine dal 1378 al 1509*, a cura di R. PALMAROCCHI, Bari 1968, p. 156.

diretta trasmissione del potere dei Cesari e sulla assunzione di una dignità che papa Leone aveva ripristinato il 25 dicembre dell'anno 800 radicandola nel contesto germanico. I diretti ascendenti di Massimiliano erano dunque Giulio Cesare e Ottaviano Augusto e proprio questi nomi erano connessi alla sua stessa persona.

Gli oratori dell'Asburgo erano stati chiari nella loro argomentazione, ma se all'origine del potere statuale fosse stata presente una tradizione più antica di quella romana? Se i presupposti della *auctoritas* fossero stati connessi ai primordi dell'umanità e soprattutto a quel vincolo che aveva unito il genere umano a Dio all'indomani del diluvio universale, in cui Noè era stato l'artefice della salvezza della vita sulla terra, lo stesso potere imperiale sarebbe impallidito e sarebbe stato svuotato di ogni contenuto giuridico.

Noè era stato il primo legislatore del mondo. A lui si doveva addirittura la creazione del simbolo estrinseco per eccellenza dell'autorità monarchica: la corona e il suo stesso sepolcro stava a indicare la vera sede dell'Impero universale. Ma qual'era stato l'itinerario di Noè dopo il diluvio? Dove si era recato e soprattutto dove era morto? A queste difficili domande rispose senza esitazioni Annio da Viterbo, grazie alla testimonianza di autori di un remoto passato: Manetone Egizio, Metastene Persiano, Mirsilo di Lesbo, Beroso Caldeo, Fabio Pittore, Catone, Properzio e Senofonte. Noè, uscito dall'arca sul monte Ararat, era venuto direttamente in Italia dove aveva fissato la sua dimora fondando in Etruria, fra la Toscana e il Lazio, dodici città.

«Posuit colonias ad ripas ... tyberinas Ianiculum et Arin Ianum; ad ripas Arni totidem Phesulas et ididem Arin Ianum. Ad littus etruscum quattuor: Pheregenae, Volcae, Volaterra, Cariara, quae et latine Luna. In Mediterraneis quattuor: Ogygianum, Aretium, Rosellas, Volsinium»[35].

Ovunque erano state piantate vigne per produrre un delizioso nettare. Da quest'ultimo aspetto derivava l'appellativo italico di Noè: Giano, dall'ebraico iain, vino:

«Fabius Pictor ait principio Ianum invenisse vinum et far ad religionem ... addit autem Berosus quod ipse dictus est a Scythis, lingua eorum, Ianus quia primus in Armenia invenit vinum. Aramea enim et Hebrea lingua iain vinum dicitur, a quo Ianus Vinifer derivatur. Ergo aramee Ianus dicitur et graece Oenotrius et latine Vinifer»[36].

[35] ANNIO DA VITERBO, *Commentaria Fratris Ioannis Annii Viterbensis, Ordinis Praedicatorum, Theologiae Professoris, super opera diversorum auctorum de antiquitatibus loquentium*, Roma, Euchario Silber, 1498, lib.VII, *Commentaria super duo et viginti fragmenta Catonis*, c. 59v.

[36] ANNIO DA VITERBO, *Commentaria*, cit., *Commentaria super Myrsilum Lesbium, De origine Italiae ac Turrenae*, lib. VI, c. 52v.

L'Etruria, prima terra abitata dopo il diluvio universale, aveva quindi visto fiorire una civiltà e Noè-Giano era stato l'artefice della miglior forma di governo: quella monarchica confederata, ereditata poi dal mondo etrusco.

«Erant enim in dinastia, sive potentatu Etruriae XII Lucumones in Vetulonia residentes, XII reges quibus unus preerat ... Hic supremus Larth, vocabulo etrusco, id est Regum maximus dicebatur, non solum quia caeteris praeerat, verum etiam quia anniversarie, caeteris duodecim revocatis, ipse per vitam totam perseverabat»[37].

Da questo nucleo originario la cultura occidentale attraverso i tre Saturni, discendenti di Noè: Iubal, Samothes e Tuyscon si era irradiata in Europa[38]. Iubal aveva infatti raggiunto la Spagna, Samothes la Gallia e Tuyscon la Germania.

«In Europa Regem Sarmatiae fecit Tuysconem, a Tanai ad Rhenum ... Italiam tenuit Comerus Gallus, Samothes possedit Celtas et Iubal occupavit Celtiberos»[39].

Noè-Giano, fissata la sua ultima dimora a Roma, aveva vissuto nell'area che avrebbe poi assunto il nome di Vaticano:

«Venisse Ianum ... rateque cum colonis per Tyberim vectum ad laevum Tyberis Etruriam tenuisse locum ... et ipsum Deum simul Vaticanum habitum dictumque fuisse. Et regionem Vaticanam, id est Vagicanam dictamque quod ibi Ianus, quasi in cunis natam primumque vagientem Italiam exceperit»[40].

Proprio a Roma Noè-Giano aveva esalato l'ultimo respiro e la sua tomba si trovava sul colle che da lui avrebbe tratto il proprio nome: Gianicolo, non lontano dal luogo in cui san Pietro sarebbe stato crocifisso. Roma, «caput mundi», era dunque la vera sede dell'Impero universale, l'unico spazio in cui l'antica e la nuova redenzione dell'umanità fossero tangibilmente presenti. Noè-Giano testimoniava il patto primigenio che univa Dio e gli uomini. Pietro, vicario di Cristo, mostrava con il suo stesso sacrificio l'estensione della veste inconsutile di Gesù e fondava proprio sull'area vaticana una istituzione spirituale dal perenne retaggio, in grado di riunire in un unico momento il passato e il presente dell'umanità.

I *Commentaria* di Annio furono stampati per la prima volta a Roma il 3 agosto 1498, impressi dai torchi di Eucario Silber grazie al contributo

[37] *Ibidem*, *Commentaria super Manethonis supplementum pro Beroso*, lib. XVI, c. 148r.

[38] Cfr. in proposito R. Fubini, *Gli storici nei nascenti stati regionali italiani*, in *Il ruolo della storia e degli storici nelle civiltà*, Atti del convegno della Società degli storici italiani, Macerata 12-14 settembre 1979, Messina 1982, p. 242.

[39] Annio da Viterbo, *Commentaria*, cit., *Commentaria super Berosum*, lib. XV, c. 107v.

[40] *Ibidem*, *Commentaria super fragmenta Catonis*, lib. VII, c. 59r.

economico dell'ambasciatore spagnolo presso la Santa Sede Garcilaso de la Vega. L'opera fu dedicata infatti a Ferdinando d'Aragona e a Isabella di Castiglia, «Christianissimos Hispaniarum Reges». Annio aveva realizzato un'impresa mirabile. Creando con la sua inesauribile fantasia fonti storiche inesistenti era, di fatto, riuscito a collegare indissolubilmente la tradizione biblica veterotestamentaria con la civiltà occidentale, rendendo quest'ultima antichissima e di gran lunga anteriore a quella fenicia, a quella egizia e a quella greca. Soprattutto l'Italia emergeva nei testi del viterbese come culla della vita civile e religiosa dell'intera Europa

Il riconoscimento della *dignitas* originaria, noaica della cultura occidentale, consentiva alle singole unità statuali di dar corpo a ideologie a carattere nazionale destinate a contrapporsi violentemente a quell'organismo che per secoli aveva invece rappresentato l'unità e la civiltà dell'Occidente: l'Impero di Roma, ancora vivo nella sua sacrale riesumazione carolingia.

Non greci, non romani erano dunque i principi giuridici, politici e religiosi posti alla base della vita associata, ma noaici e quindi i greci prima e i romani dopo, avevano falsamente attribuito alla loro cultura, trasformandolo e alterandolo nell'intrinseca sostanza, ciò che era di gran lunga preesistente, imponendosi come unici depositari della civiltà e schiacciando popoli di antichissima tradizione[41]. Le tesi anniane non potevano che avere un effetto dirompente. Stati e città videro nell'apocrifa silloge del viterbese il testo che legittimava le loro mire autonomistiche, soprattutto nei confronti del Sacro Romano Impero. Alessandro VI Borgia, grazie alla fervida creatività di Annio, riuscì addirittura a collegare la propria stirpe a Osiride e a identificare nel bue Api il toro che costituiva l'insegna araldica di famiglia.

Il Pinturicchio provvide a rendere immortale tale genealogia negli stessi appartamenti pontifici in Vaticano, dove ancor oggi può essere ammirata in tutto il suo splendore. Nel ciclo di affreschi realizzato compaiono infatti, con vivo cromatismo, Iside, Osiride, Horus, Api e i simboli più cari al paganesimo egizio, con espliciti richiami al mondo cristiano[42]. Di fronte a un'antichità senza confini gli «Jura» imperiali apparivano destituiti di fondamento e, se

[41] Cfr. in proposito E.J. BICKERMANN, *Origines gentium*, in «Classical Philology», 47, 1952, pp. 65-81; E.N. TIGERSTEDT, *Joannes Annius and «Graecia mendax»*, in *Classical, Mediaeval and Renaissance Studies in Honor of B. L. Ullman*, 2 voll., Roma 1964, II, pp. 293-309; A. MOMIGLIANO, *Saggezza straniera. L'Ellenismo e le altre culture*, Torino 1980, pp. 96 ss.

[42] Cfr. P. MATTIANGELI, *Annio da Viterbo ispiratore di cicli pittorici*, in *Annio da Viterbo. Documenti e Ricerche. I*, Roma 1981, pp. 257-303; R. BIZZOCCHI, *Genealogie incredibili. Scritti di storia dell'Europa Moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 22), Bologna 1995, pp. 26-29.

a questa operazione culturale si affiancava una palese debolezza militare e finanziaria, ecco che Massimiliano d'Asburgo non poteva che veder vacillare il proprio prestigio e la propria autorità. Non a caso Alessandro VI iniziò una mirata offensiva per creare un forte stato nell'Italia centrale governato da suo figlio Cesare Borgia e l'inizio del Cinquecento è proprio caratterizzato in Italia da un nuovo assetto politico[43]. Colto, raffinato, astutissimo e spietato, il Valentino s'impose rapidamente come modello pragmatico tanto che lo stesso Niccolò Machiavelli non poté non subirne il fascino.

Il legame fra il papa, Venezia e il giovane sovrano francese Luigi XII fu fatale per Milano. Lodovico il Moro tentò ancora una volta di fare appello a Massimiliano ma l'imperatore, impegnato in un conflitto contro gli svizzeri, non poté intervenire di nuovo in Italia. Sconfitto, lo Sforza abbandonò Milano nel settembre 1499, poco dopo Luigi XII vi fece un ingresso trionfale. Alessandro VI Borgia e suo figlio Cesare occuparono fra il 1499 e il 1501 le principali città dell'Emilia-Romagna: Imola, Forlì, Faenza caddero nelle loro mani. L'alleanza con la Francia stava disegnando una nuova realtà politica e, per mostrare rispetto nei confronti dei diritti imperiali, Luigi XII chiese allo stesso Massimiliano l'investitura del ducato di Milano. L'Asburgo rifiutò ma, con i buoni uffici del cardinale di Amboise, si giunse in un incontro a Trento a ipotizzare il futuro matrimonio fra la figlia del sovrano francese, Claudia con Carlo, il nipote dell'imperatore, nato appena nel 1500 da Filippo d'Asburgo e da Giovanna di Castiglia[44]. I due sposi fanciulli avrebbero avuto in appannaggio il ducato di Milano ma l'accordo non fu perfezionato.

Il potere di Cesare Borgia si rafforzava costantemente. La stessa Firenze venne minacciata e la Repubblica, che nel 1502 aveva creato gonfaloniere perpetuo Piero Soderini, trovò in Niccolò Machiavelli un perfetto ambasciatore. La morte di Alessandro VI, il 18 agosto 1503, fu fatale per suo figlio Cesare. Privo del sostegno di Roma e con i popoli della Romagna in rivolta, il Valentino comprese che il suo disegno egemonico stava per crollare quando Giulio II della Rovere salì sul soglio di Pietro. Il nuovo pontefice, deciso a sottomettere la Romagna, distrusse rapidamente il potere borgiano. Massimiliano seguiva da lontano gli eventi italiani ma nel 1504 le trattative interrotte per il futuro matrimonio fra Carlo d'Asburgo

43 Cfr. in proposito M. MALLETT, *The Borgias. The Rise and Fall of a Renaissance Dynasty*, London 1969.

44 Cfr. in proposito J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIII, cap. CI, p. 135; K. BRANDI, *Carlo V*, trad. it., Torino 1961, pp. 39-40.

e Claudia di Francia furono riprese fino all'accordo finale. Il destino del principe fanciullo, il futuro imperatore Carlo V, fu segnato a Blois il 22 settembre 1504. Ritenendo di aver maggior prestigio politico dopo il felice accordo, Massimiliano fece solennemente bandire che si sarebbe recato a Roma per ricevere dalle mani del papa la corona imperiale[45]. Era infatti ancora solo re dei romani e desiderava da tempo che quel titolo passasse a suo figlio Filippo.

Luigi XII non poteva assecondare un rafforzamento degli Asburgo e, segretamente, fece di tutto per far fallire l'incoronazione che venne infatti rinviata. L'Impero mostrava ancora una volta tutta la sua debolezza. La mancanza di un vero peso economico e militare appariva sempre più determinante nell'intero contesto europeo. La sollevazione di Genova nel 1506 riaprì ogni questione. Massimiliano intervenne direttamente per tutelare i Genovesi,

> «sempre apparecchiato a tutto intraprendere ma sempre incapace del pari di condurre a fine verun suo disegno e compromettendo ognora in tale guisa la sua dignità imperiale col suo ardore di voler far rivivere certi diritti dell'Impero andati in desuetudine»[46].

Luigi XII voleva controllare Genova a ogni costo e, incurante delle proteste imperiali, non esitò a occupare personalmente la città il 29 aprile 1507. Massimiliano, alla dieta di Costanza, attaccò duramente la Francia e insistette con i principi tedeschi perché fosse allestito un esercito per occupare Milano e scendere fino a Roma in modo da ottenere dal papa la corona imperiale. Luigi XII temeva un intervento armato e provvide per tempo a indebolire l'Asburgo, inviando ai principi tedeschi, membri della dieta, propri inviati con doni particolari e «insinuando loro che Massimiliano cercava sotto vani pretesti di disporre di tutte le loro forze per ridurli in schiavitù»[47]. Molti iniziarono a nutrire sospetti e l'impresa prese forma in tono minore. La dieta accordò all'imperatore un'armata di 8.000 cavalli e di 22.000 fanti, pagati per sei mesi e inoltre un sussidio di 120.000 fiorini per l'artiglieria e le spese straordinarie.

Prima di scendere nuovamente in Italia per una spedizione militare, Massimiliano volle negoziare con la Repubblica di Venezia, non solo per ottenere libertà di transito per le proprie truppe ma anche per proporre una

[45] Cfr. J. Nardi, *Istorie della città di Firenze di Jacopo Nardi, ridotte alla lezione de' codici originali con l'aggiunta del decimo libro inedito e con annotazioni, per cura e opera di Lelio Arbib*, I, Firenze 1838-1841, lib. IV, pp. 331-332.

[46] J.C.L.S. Sismondi, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIII, cap. CIV, p. 325.

[47] *Ibidem*, p. 341.

alleanza e, di fatto, la spartizione dello Stato di Milano all'indomani della vittoria[48]. Luigi XII, che spiava le mosse dell'imperatore, agì nella stessa direzione garantendo alla Repubblica la perpetua salvaguardia dei suoi stati di terraferma, a condizione che negasse il passo agli imperiali. Venezia non si fidava, in realtà, né delle promesse di Massimiliano, né di quelle di Luigi XII ma decise di appoggiare il sovrano francese con il quale era, del resto, unita da precisi accordi[49]. Il dibattito che ebbe luogo prima al Senato della Serenissima e poi al Consiglio dei Pregadi, sulla complessa questione, è di estremo interesse per ricostruire la percezione che si aveva in quel momento dell'Impero e non a caso Francesco Guicciardini, nella sua *Istoria d'Italia*, volle dare a esso il massimo risalto. Niccolò Foscari ribadì che

«la principal ragione in sulla quale abbiamo a fondare la nostra deliberazione sia il fermare una volta in noi medesimi, se noi crediamo che tra il Re di Francia e il Re dei Romani (disperato che sarà dell'amicizia nostra) sia per nascere unione, o se pur la inimicizia che è tra loro sia sì potente e sì ferma che impedisca non si congiungano. Perché, quando fossimo sicuri di questo pericolo, io senza dubbio approverei il non partir dall'amicizia del Re di Francia ... ma quando si presupponesse pericolo di questa unione, non credo che sia niuno che negasse che fosse da prevenire, perché sarebbe senza comparazione più utile unirsi col Re dei Romani, contro el Re di Francia, che aspettare che l'uno e l'altro si unisse contro a noi»[50].

Andrea Gritti sottolineò invece che non era a suo parere verisimile

«che il Re di Francia ... si accordi col Re dei Romani a farlo passare in Italia contro a noi perché i pericoli e i danni che gliene seguiterebbero sono senza dubbio maggiori e più manifesti che non è il pericolo che noi ci uniamo con Cesare ... Però, che il Re di Francia chiami in Italia il Re dei Romani non vuol dire altro che in luogo di una Repubblica quieta e stata sempre in pace seco e che non pretende con lui alcuna differenza, volere per vicino un Re ingiuriato, inquietissimo e che ha mille cause di contendere seco di autorità, di stato e di vendetta, né sia chi dica che per essere il Re dei Romani povero, disordinato e mal fortunato, non sarà temuta dal Re di Francia la sua vicinità»[51].

A suo giudizio, Massimiliano non doveva avere domini stabili in Italia,

«perché niuna cosa ci sarebbe più perniciosa che l'avere il Re dei Romani stato in Italia, sì per l'autorità dell'Imperio (l'aumento del quale ci ha sempre a essere sospetto), sì per conto della casa d'Austria che pretende ragione in molte terre nostre, sì per la vicinità della Germania»[52].

[48] Cfr. S. ROMANIN, *Storia documentata di Venezia*, V, Venezia 1853-1861, p. 180.

[49] Cfr. in proposito P. DARU, *Storia della Repubblica di Venezia*, trad. it., Capolago 1832-1834, IV, lib. XXI, p. 341.

[50] F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., V, lib. VII, p. 434.

[51] *Ibidem*, p. 442.

[52] *Ibidem*, p. 445.

Non era perciò opportuno lasciare l'alleanza con la Francia e la Repubblica di Venezia negò alle truppe imperiali ogni libertà di transito, precisando però con cura

«che, se l'Imperatore voleva pacificamente scendere in Italia per ricevere a Roma la corona d'oro, l'avrebbero accolto ... con tutti gli onori che la Repubblica aveva in ogni tempo renduti al capo dell'Imperio»[53].

Andrea Gritti aveva steso un profilo davvero poco lusinghiero dell'imperatore, presentato come «ingiuriato, irrequietissimo, povero, disordinato e mal fortunato»[54], pronto a ricorrere ad ogni mezzo pur di ottenere un'affermazione personale. Ecco dunque l'immagine di Massimiliano che prevaleva nel governo veneziano e l'Asburgo accolse con irritazione la risposta della Serenissima.

La situazione stava divenendo sempre più sfavorevole. I denari stanziati dalla dieta si dimostrarono insufficienti per l'Armata e, nonostante reiterate pressioni, gli Stati italiani non concessero a Massimiliano alcun sostegno economico di rilievo. Il re dei romani giunse a Bolzano all'inizio di gennaio del 1508. Lì il giorno 11 lo raggiunse Niccolò Machiavelli, inviato dalla signoria fiorentina per conoscere quanto fosse reale la volontà dell'Asburgo di scendere fino a Roma per cingere la corona imperiale[55].

Firenze non voleva procedere ad alcun pagamento prima di appurare se ciò fosse stato realmente necessario e Machiavelli doveva riferire nel modo più esatto la situazione. A Bolzano e nei luoghi vicini, in quei giorni, si stavano radunando le truppe che la dieta di Costanza aveva accordato a Massimiliano e niente di più interessante poteva essere offerto agli occhi di un fine diplomatico. Machiavelli incontrò il re dei romani e nacque così, alcuni mesi dopo, il 17 giugno 1508, quel *Rapporto delle cose della Magna* che costituisce il primo contributo organico del «segretario» fiorentino sulla realtà tedesca e sulla figura di Massimiliano. Machiavelli delinea dell'Asburgo un vivace quadro psicologico, valorizzando ogni voce, ogni immagine, ogni evento.

«L'Imperatore non chiede consiglio a persona ed è consigliato da ciascuno. Vuol fare ogni cosa da sé e nulla fa a suo modo perché non ostante che non iscuopra mai i suoi segreti ad alcuno sponte, come la materia gli scuopre, lui è svolto da quelli ch'egli ha intorno e

[53] J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIII, cap. CIV, p. 344. Cfr. inoltre in proposito S. ROMANIN, *Storia documentata di Venezia*, cit., V, p. 182.

[54] F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., V, lib. VII, p. 434.

[55] Cfr. in proposito H.C. BUTTERS, *Governors and Government in Early Sixteenth Century Florence 1502-1519*, Oxford 1985, pp. 115 ss.

ritirato da quel suo primo ordine: e queste due parti, la liberalità e la facilità, che lo fanno laudare a molti, sono quelle che lo ruinano»[56].

Massimiliano inoltre non aveva «mai un soldo e che è peggio, e non si vede dove e' se ne vadano»[57]. I suoi sudditi tedeschi, parchi e frugali[58], conducevano una vita «rozza e libera» ma non volevano «ire alla guerra se tu non gli soprappaghi»[59], per questo il re dei Romani aveva costanti e impellenti necessità di denaro. La «facile e buona natura» lo portava a essere ingannato. Nota Machiavelli:

«Ha infinite virtù, egli è perfetto capitano, tiene il suo paese con giustizia grande, facile nelle udienze e grato, e molte altre parti da ottimo principe»[60].

L'Asburgo era dunque volubile, incostante e soprattutto debole per croniche difficoltà economiche e l'andamento delle operazioni militari che stava per compiere sul suolo italiano lo avrebbe messo in luce con palese evidenza. Massimiliano si mosse da Trento con 1.500 cavalli e 4.000 fanti mentre il marchese di Brandeburgo con 500 cavalli e 2.000 fanti avanzava verso Rovereto. Le truppe si concentrarono sul Cadore ma, alla fine del febbraio 1508, l'Asburgo, ormai fregiandosi del titolo di imperatore[61], fece improvvisamente ritorno a Innsbruck per impegnare tutti i suoi gioielli non avendo più denaro contante.

I veneziani, grazie all'abilità del loro comandante Bartolommeo d'Alviano, contrattaccarono[62]. Le forze asburgiche, ancora presenti in Cadore, furono sconfitte e furono addirittura occupate importanti città dell'Impero, come Gorizia, Trieste, Pordenone e Fiume. L'avventura di Massimiliano volgeva

[56] N. MACHIAVELLI, *Rapporto delle cose della Magna*, in N. MACHIAVELLI, *Arte della Guerra e scritti politici minori*, a cura di S. BERTELLI, Milano 1961, p. 200.

[57] *Ibidem.*

[58] «Spendonsi indosso due fiorini in dieci anni ed ognuno vive secondo il grado suo a questa proporzione e nessuno fa conto di quello che gli manca ma di quello che ha di necessità e le loro necessità sono assai minori che le nostre»; *ibidem*, p. 202.

[59] *Ibidem.*

[60] *Ibidem.*

[61] Come ricorda Carlo Denina «Giulio II, a cui non piaceva più che a' Veneziani di vedere un Re dei Romani armato in Italia, benché ... avesse sollecitato Massimiliano a venirvi, lo dissuase poi e troppo volentieri gli spedì una Bolla espressamente, con cui lo autorizzava a prendere il titolo di Imperatore ... Bastò quell'esempio a fare che d'allora in poi il capo dell'Imperio germanico prendesse titolo d'imperatore anche senza andar a ricevere in Roma la corona»; C. DENINA, *Rivoluzioni della Germania*, IV, Firenze 1804, pp. 26-27.

[62] Cfr. S. ROMANIN, *Storia documentata di Venezia*, cit., V, p. 185.

al termine e, vista la situazione, con la mediazione dell'inviato imperiale Luca Renaldi, fu raggiunta una tregua triennale nel giugno di quello stesso 1508.

Il trionfo veneziano fu duramente pagato. Massimiliano, Luigi XII e Giulio II della Rovere raggiunsero a Cambrai, nel dicembre di quello stesso anno, un accordo per arginare la potenza della Serenissima e far valere gli antichi confini. Soprattutto Massimiliano:

«Si risguardava come il legittimo successore non solo de' più potenti monarchi germanici ma anche degli imperatori romani, perciò credevasi in ragione di ricuperare tutti i diritti esercitati un tempo da Federico Barbarossa e da Ottone il Grande e forse anco da Traiano ed Augusto. Parevagli che la Repubblica di Venezia si fosse innalzata sulle ruine dell'Imperio e credevasi destinato a spogliarla di queste antiche usurpazioni. A detta sua Treviso, Padova, Verona, Vicenza erano sempre state terre dell'Imperio e questa opinione, spalleggiata dalla autorità degli antiquarii, era in allora generalmente ricevuta»[63].

L'imperatore, Luigi XII e il pontefice Giulio II della Rovere erano, del resto, concordi nel

«far cessare le perdite, le ingiurie, le rapine, i danni che i Veneziani hanno arrecato non solo alla Santa Sede Apostolica ma al Santo Romano Imperio, alla Casa d'Austria, ai Duchi di Milano, ai Re di Napoli ed a molti altri principi, occupando e tirannicamente usurpando i loro beni, i loro possedimenti, le loro città e castella, come se cospirato avessero per il male di tutti»[64].

Essi dovevano restituire alla Santa Sede: Ravenna, Cervia, Faenza, Rimini, Imola e Cesena. All'Impero: Padova, Vicenza e Verona. Alla Casa d'Austria: Rovereto, Treviso e il Friuli. Al re di Francia: Brescia, Bergamo, Crema, Cremona, la Ghiara d'Adda e tutte le dipendenze del Ducato di Milano. Al re di Spagna e di Napoli: Trani, Brindisi, Otranto, Gallipoli, Mola e Polignano. Al re d'Ungheria, se fosse entrato nell'alleanza, tutte le città della Dalmazia e della Schiavonia. Al duca di Savoia: il Regno di Cipro e alle Case d'Este e Gonzaga: i possessi che la Repubblica lagunare aveva conquistato a danno dei loro antenati.

Inutilmente i veneziani cercarono di mettere insieme una poderosa armata, ricca di «3.000 uomini d'arme, 4.000 cavalleggeri ... 18.000 fanti italiani, 2.000 arcieri di Candia o della Morea»[65]. Vari scontri indebolirono lo schieramento della Serenissima, costretta ad affrontare, con risorse limitate, nemici temibili e la clamorosa sconfitta di Agnadello, il 14 maggio

[63] J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIII, cap. CV, p. 373.

[64] *Ibidem*, p. 381. Manifesto di Massimiliano in data 6 gennaio 1509.

[65] P. DARU, *Storia della Repubblica di Venezia*, cit., V, lib. XXII, pp. 35-36.

1509, inferse un colpo mortale alla Repubblica[66]. Era necessario trattare e Venezia, non vedendo altre vie d'uscita, inviò Antonio Giustiniani presso l'imperatore per giungere a un accordo[67].

Era il trionfo di Massimiliano e l'Asburgo accolse con calcolato distacco il diplomatico che parlò nella maniera più umile e sottomessa:

«Tornino, con nostro consenso, a Te, vero e legittimo Signore, tutte le cose che i nostri maggiori tolsero al Sacro Imperio ed al Ducato d'Austria. Alle quali cose, perché vengano più convenientemente, aggiugniamo tutto quello che possediamo in terra ferma, alle ragioni delle quali, in qualunque modo siano acquistate, rinunziamo. Pagheremo oltre a questo, ogni anno alla Maestà Tua ed ai successori legittimi dell'Imperio, in perpetuo, ducati 50.000. Ubbidiremo volentieri ai tuoi comandamenti, decreti, leggi, precetti»[68].

Massimiliano non si piegò ma Venezia, dopo aver abilmente attenuato l'atteggiamento intransigente assunto dal re d'Aragona e dal papa all'indomani di Agnadello, passò di sorpresa al contrattacco, occupando di nuovo Treviso e Padova[69]. Massimiliano reagì inviando numerosi armati al comando di Rodolfo di Anhalt. Padova doveva essere riconquistata e lo stesso imperatore raggiunse il suo esercito mentre la Serenissima rafforzava in ogni modo la mitica città di Antenore, murando «le porte di Codalunga e Pontecorvo, ridottovi il maggior numero di truppe che fosse stato possibile, copiose e buone artiglierie, viveri e denaro»[70].

Il doge Leonardo Loredan aveva ben compreso che «nella conservazione della città di Padova» era racchiusa «non solamente ogni speranza di potere mai recuperare il nostro imperio, ma ancora di conservare la nostra libertà»[71]. Massimiliano tentò inutilmente di espugnare la città nel settembre 1509. Gli assalitori riuscirono a penetrare in una breccia delle mura ma furono fatti saltare in aria con potentissime mine. L'alto numero di morti e la strategia dei Veneziani sconcertarono l'imperatore che poco dopo decise di ritirarsi[72].

66 Cfr. S. ROMANIN, *Storia documentata di Venezia*, cit., V, pp. 207 ss.

67 Cfr. in proposito G. CAPPELLETTI, *Storia della Repubblica di Venezia dal suo principio sino al giorno d'oggi, opera originale del prete veneziano Giuseppe Cappelletti*, VII, Venezia 1848-1855, pp. 579 ss.

68 F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., V, lib. VIII, pp. 553-554.

69 Cfr. F. ZANOTTO, *Storia della Repubblica di Venezia*, II, Venezia 1864, pp. 23-25.

70 S. ROMANIN, *Storia documentata di Venezia*, cit., V, p. 228.

71 F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., V, lib. VIII, p. 593.

72 Cfr. in proposito P. DARU, *Storia della Repubblica di Venezia*, cit., V, lib. XXII, pp. 84-85.

Padova era salva e «con questo infruttuoso tentativo Massimiliano perdette la gran parte della sua reputazione e delle sue speranze»[73]. L'imperatore lasciava ancora una volta, clamorosamente, il teatro di un conflitto che sembrava in procinto di consacrarne la supremazia. La cronica mancanza di denaro, la perenne politica oscillante, non in grado di cogliere a fondo ogni occasione favorevole, avevano avuto un peso determinante nel capovolgimento della situazione.

Del resto, proprio in quel fatidico 1509, Niccolò Machiavelli, stendendo il suo *Discorso sopra le cose della Magna,* si era soffermato a lungo sulle caratteristiche di Massimiliano:

«Dirò ... di nuovo della natura dell'Imperatore quale è uomo gittatore del suo sopra tutti gli altri che a' nostri tempi, o prima, sono stati; il che fa che sempre ha bisogno, né somma alcuna è per bastargli in qualunque grado o fortuna si trovi. È vario perché oggi vuole una cosa e domani no. Non si consiglia con persona e crede ad ognuno. Vuole le cose che non può avere e da quelle che può avere si discosta e per questo piglia sempre i partiti al contrario. È da altra banda uomo bellicosissimo: tiene e conduce bene un esercito, con giustizia e con ordine. È sopportatore di ogni fatica ... animoso ne' pericoli ... È umano quando dà udienza ma la vuole dare a sua posta, né vuole essere corteggiato dagli ambasciatori se non quando egli manda per loro. È segretissimo. Sta sempre in continue agitazioni d'animo e di corpo ma spesso disfà la sera quello conclude la mattina»[74].

Machiavelli, fine conoscitore dell'animo umano, ben delineava i caratteri di fondo dell'Asburgo enucleandone pregi e difetti. In quel delicato momento, in modo particolare, Massimiliano aveva un disperato bisogno di denaro per retribuire le truppe che erano state al suo fianco nella speranza di saccheggiare Padova e, per 40.000 fiorini,

«assolse i Fiorentini da tutti i censi non pagati e da tutte le investiture di cui potessero andargli debitori. Riconfermò i loro privilegi e diritti sopra tutti i feudi imperiali ch'essi possedevano ed inoltre si obbligò a non turbare né offendere giammai il loro governo»[75].

La somma fu versata in quattro rate e il primo pagamento fu effettuato subito, nel mese di ottobre. L'Asburgo, messa da parte la propria dignità, accolse gli incaricati con parole estremamente chiare, che svelavano il proprio stato d'animo ma che erano politicamente inopportune: «Qua non si vive senza denari»[76].

[73] J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIV, cap. CVI, p. 28.

[74] N. MACHIAVELLI, *Discorso sopra le cose della Magna e sopra l'Imperatore*, in N. MACHIAVELLI, *Arte della Guerra*, cit., p. 207.

[75] J.C.L.S. SISMONDI, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIV, cap. CVI, p. 31. Cfr inoltre in proposito J. NARDI, *Istorie della città di Firenze di Jacopo Nardi*, cit., I, lib. V, p. 379.

[76] R. RIDOLFI, *Vita di Niccolò Machiavelli*, Roma 1954, p. 167.

La fragilità di Massimiliano non poteva non apparire in tutta la sua drammatica evidenza e Giulio II della Rovere fu pronto a manifestare nei confronti dell'imperatore il massimo disprezzo. Il papa si sentiva ora il vero protagonista della politica italiana e, con mirate azioni militari, riuscì a ottenere un potere territoriale sempre più esteso. Venezia che, come Firenze, aveva ben compreso che il denaro poteva risolvere ogni vertenza con Massimiliano, giunse, a Bologna, a un accordo nel marzo del 1511. In cambio di 200.000 ducati e dell'annuo tributo di 50.000 uguali monete la Serenissima iniziò la trattativa per ottenere l'investitura di Padova e di Treviso[77].

Ogni conflitto si stava gradualmente attenuando. A breve distanza Massimiliano e Luigi XII iniziarono a premere su Giulio II perché fosse convocato un concilio. Il papa non rispose e i due sovrani si rivolsero senza esitazione ad alcuni cardinali che, dissentendo dalla linea assunta dal pontefice, si erano ritirati a Milano. Apparve difficile la scelta della città in cui avrebbero potuto aver luogo le sessioni del concilio. Massimiliano aveva proposto Costanza, Luigi XII, Lione, ma i prelati insistettero che mai avrebbero lasciato l'Italia e decisero di incontrarsi a Pisa.

Giulio II reagì nella maniera più decisa. Con una bolla del 18 luglio 1511, indisse lui stesso un concilio, in San Giovanni in Laterano, per il 19 aprile dell'anno successivo e pubblicò contemporaneamente un monitorio contro i prelati ribelli per privarli del cappello cardinalizio e di ogni beneficio ecclesiastico se, entro sessantacinque giorni, non si fossero presentati davanti a lui per giustificarsi[78]. Il contrasto fra Massimiliano e Giulio II non poteva assumere forme più dirompenti. La frattura era insanabile e il 24 ottobre 1511 il pontefice «dichiarò i Cardinali di Santa Croce, di San Malò, di Cosenza e quel di Boiosa, esser caduti dalla dignità del cardinalato ed incorsi in tutte le pene alle quali sono sottoposti gli eretici e gli scismatici»[79].

Anche i fiorentini, che avevano acconsentito a far tenere a Pisa il concilio, ricevettero l'interdetto. Giulio II era deciso a punire la Repubblica fiorentina in modo esemplare favorendo il ritorno dei Medici al potere e Massimiliano non si mosse. L'imperatore stava infatti lentamente riavvicinandosi al papato, rompendo, di fatto, l'alleanza con Luigi XII, sul quale aveva fatto gravare tutto il peso del concilio scismatico. Per Massimiliano era sempre naturale mutare orientamento secondo il vento più favorevole. Machiavelli lo aveva sostenuto con estrema chiarezza e, proprio ai danni dei

[77] Cfr. F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., VI, lib. IX, pp. 830-832.

[78] *Ibidem*, lib. X, p. 871.

[79] *Ibidem*, lib. X, pp. 909-910.

Fiorentini, l'Asburgo e Giulio II ebbero un contemporaneo atteggiamento di coesione, nell'estate del 1512.

Per Firenze ebbe un peso negativo il rifiuto di pagare 40.000 fiorini per onorare l'imperatore[80] e un'armata spagnola e papalina, al comando di Raimondo di Cardona, si avvicinò minacciosamente alla Toscana. L'efferato saccheggio di Prato, fra il 29 e il 30 agosto, «con occisione grandissima di terrazzani e de' soldati e con tanta crudeltà de' vincitori»[81], diffuse il terrore e Firenze si arrese senza opporre resistenza, consentendo ai Medici di tornare al potere.

Giulio II non dimenticò Massimiliano e il suo atteggiamento conciliante. Il 18 dicembre 1512 Matteo Lang, Vescovo di Gurck e «intimus consiliarius» dell'Asburgo, «vir singularis prudentiae et doctrinae»[82], fu creato cardinale. Il pontefice e l'imperatore erano ormai alleati ma l'inaspettata morte di Giulio II riaprì ogni questione. Leone X Medici, ora sul soglio di Pietro, desiderava la pace e cercò subito di giungere a un nuovo equilibrio fra gli stati italiani. Il pontefice mirava a un accordo fra l'imperatore e Venezia ma la proposta incontrò la netta ostilità sia di Massimiliano che del cardinale Lang.

La morte di Luigi XII e la successione di Francesco I Valois sul trono di Francia, il 1 febbraio 1515, non mutò la situazione e la guerra fu proseguita a oltranza. La cruenta battaglia di Marignano, fra il 13 e il 14 settembre 1515, in cui perirono circa 20.000 combattenti fra i due opposti schieramenti, mise in chiara evidenza l'estrema durezza dello scontro per il controllo della Lombardia. Massimiliano Sforza, nettamente sconfitto, si rassegnò alla perdita di Milano. L'imperatore non poteva più esitare a contrastare il crescente trionfo della Francia e, ottenuti finanziamenti dagli Sforza e da Ferdinando d'Aragona, si preparò a intervenire riunendo sotto le sue bandiere «5.000 Tedeschi, 15.000 Svizzeri e 10.000 fanti italiani e Spagnoli»[83].

80 S. Ammirato, *Istorie Fiorentine di Scipione Ammirato*, cit., IX, lib. XXVIII, p. 212.

81 J. Nardi, *Istorie della città di Firenze di Jacopo Nardi*, cit., I, lib. V, p. 445.

82 A. Chacon (Ciaconius), *Vitae et res gestae Pontificum Romanorum et S.R.E. Cardinalium ab initio nascentis ecclesiae usque ad Clementem IX P. O. M. Alphonsii Ciaconii Ordinis Praedicatorum et aliorum opera descriptae, cum uberrimis notis ab Augustino Oldoino Societatis Iesu recognitae et ad quatuor tomos ingenti ubique rerum accessione productae. Additis Pontificum recentiorum imaginibus et Cardinalium insignibus plurimisque aeneis figuris, cum indicibus locupletissimis*, III, Roma 1677, coll. 299-306.

83 J.C.L.S. Sismondi, *Storia delle Repubbliche Italiane*, cit., XIV, cap. CXII, pp. 353-354.

Sceso nuovamente in Italia, l'Asburgo, dopo aver perduto alcuni giorni preziosi nell'assedio del castello di Asola sul fiume Chiesa, valorosamente difeso da Francesco Contarini, si diresse verso Milano. Giunto vicino alla città, Massimiliano

«a poche miglia mandò un araldo a dimandare la terra, minacciando i Milanesi che se fra tre dì non cacciavano l'esercito franzese, farebbe peggio a quella città che non aveva fatto Federigo Barbarossa, suo antecessore, il quale non contento d'averla abbruciata e disfatta, vi fece, per memoria della sua ira e della loro ribellione, seminare il sale»[84].

L'imperatore aveva assoldato numerosi svizzeri, i francesi avevano fatto altrettanto e i due schieramenti mercenari esitavano a scontrarsi in una battaglia fratricida. Massimiliano iniziò a nutrire sospetti e ancora una volta, secondo una prassi consolidata, si ritirò precipitosamente in direzione di Trento, accompagnato da 200 cavalieri.

Nel corso del breve viaggio, l'imperatore riuscì a estorcere 16.000 ducati a Bergamo e ne ricevette successivamente 30.000 dal re d'Inghilterra Enrico VIII Tudor. La sua fuga era ormai palese e, nonostante l'invio di denaro, l'armata saccheggiò Lodi e Sant'Angelo per ottenere le paghe stabilite in precedenza. La situazione stava mutando rapidamente. Carlo d'Asburgo, nipote di Massimiliano, divenuto re di Spagna, concluse a Noyon un accordo con Francesco I Valois e anche Massimiliano, il 4 dicembre 1516, accettò i termini di quel trattato, ponendo fine alle ostilità.

Verona fu restituita ai veneziani e la pace, dopo tanti contrasti, tornò finalmente in Italia. La tregua che Venezia e Massimiliano avevano stipulato fu prorogata nell'agosto 1518 per altri cinque anni. Le antiche rivalità si stavano sempre più attenuando e l'Asburgo, per consacrare la propria figura e ribadire il proprio ruolo di supremo mediatore, dette nuovo corpo all'antico progetto di una incoronazione ufficiale. Nessun pontefice aveva infatti posto sulla sua testa la corona d'oro dei Cesari, tanto da esser considerato solo «imperatore eletto»[85] e concrete trattative furono avviate in tal senso con Leone X[86].

84 F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., VIII, lib. XII, p. 427.

85 Osserva infatti William Robertson: «Non essendo mai stato coronato dal papa, cerimonia che allora riguardavasi come essenziale, non era considerato se non come Imperatore eletto». G. ROBERTSON, *Storia del Regno dell'Imperatore Carlo V*, trad. it., Milano 1820, II, lib. I, p. 67.

86 Cfr. in proposito W. ROSCOE, *The Life and Pontificate of Leo the Tenth, Revised by his son Thomas Roscoe*, II, London 1846, p. 197.

Tutto fu bruscamente interrotto il 12 gennaio 1519 a Linz. Massimiliano, «intento come sempre alle cacce delle fiere»[87], morì per l'esito di una febbre, di probabile origine reumatica e «d'una dissenteria che gli sopravvenne»[88]. Con lui non si chiudeva un'epoca. Poco dopo suo nipote Carlo, divenuto Carlo V, avrebbe dato all'Impero quel prestigio, quel potere militare e quella dignità che inutilmente Massimiliano aveva tanto a lungo cercato.

87 F. GUICCIARDINI, *Istoria d'Italia*, cit., VIII, lib. XIII, p. 563.

88 A. ULLOA, *Vita dell'invittissimo e sacratissimo imperator Carlo V descritta dal signor Alfonso Ulloa con l'aggionta di molte cose utili all'historia che nelle altre impressioni mancavano, nella quale si comprendono le cose più notabili occorse al suo tempo e incominciando dall'anno MD insino al MDLX, di nuovo ristampata et con molta diligenza ricorretta, con una copiosissima tavola delle cose principali che nell'opera si contengono*, Venezia 1575, c. 62v.

La concessione del titolo di granduca e la «coronazione» di Cosimo I fra papato e Impero (1569-1572)

di *Alessandra Contini*

«Non havea passato negotio con tanta alteratione et sospetto quanto questo del titolo [di granduca a Cosimo I], non per quello che importasse il proprio titolo, che al fine non è cosa di momento per se stesso, ma per quel misterio che si presupponea et che veniva scritto da tutto il mondo che si nascondea sott'a questo titolo ... D'Italia piovevano i sospetti, di Francia veniano scritte le pratiche segrete e li spessi corrieri che andavano e venivono di Fiorenza, li favori et le carezze della regina madre e del re Christianissimo; l'Imperator di fuoco in volere scoprir questa matassa et gridare li pregiudicii dell'Imperio, rimprovevar l'ingratitudine del duca col re di Spagna et il disprezzo dell'uno e dell'altro, con affermar assolutamente che non per aqquistar il nome di grande, ma a camino di far lo stato grande caminava il duca»[1].

Erano queste le parole di uno dei più influenti consiglieri di Filippo II, Ruy Gomez de Silva riportate dall'ambasciatore fiorentino de Nobili, in una lettera del dicembre 1571, in merito a quello che ormai si configurava, agli occhi dei gabinetti e della opinione politica e giuridica delle corti europee come un vero e proprio *affaire*. A due anni dalla concessione del titolo di granduca a Cosimo I de Medici, da parte di Pio V, c'era nella secca robustezza della prosa di questo passaggio tutta intera la complessità di questo *affaire*.

In primo luogo la segretezza e il mistero che sembravano aver avvolto una questione di per sé non così rilevante («quel misterio che si presupponeva»); in secondo luogo l'assoluto rilievo che la questione aveva assunto nella cassa di risonanza dei circuiti segreti e diplomatici («le pratiche segrete e li spessi corrieri»); in terzo luogo l'individuazione precisa dei due protagonisti maggiori dello scontento per la concessone unilaterale del titolo papale

1 Archivio di Stato di Firenze (d'ora in poi ASF), *Mediceo del Principato*, 4903, cc. n.n., Leonardo de Nobili a Francesco de Medici, 24 dicembre 1571. Sul tema della reazione spagnola alla concessione del titolo, con ampli riferimenti alle fonti diplomatiche del periodo, si rimanda a E. PANICUCCI, *La questione del titolo granducale: il carteggio diplomatico fra Firenze e Madrid*, in *Toscana e Spagna nel secolo XVI. Miscellanea di studi storici*, Pisa 1996, pp. 7-58.

del 1569: il re spagnolo Filippo II e soprattutto l'imperatore Massimiliano («imperator di fuoco» che gridava li «pregiudicii dell'Imperio»), ormai convinto, pareva, che sulla questione del titolo granducale a Cosimo I si giocasse una più ampia partita di resistenza alle volontà di un papato, come quello del Ghislieri, che tendeva a dettare anche le ragioni del governo temporale, ledendo, su questa strada, i diritti universali dell'Impero[2].

Ma che senso può avere il ritornare su una questione che già nei primi anni del secolo XX e, dopo un lungo silenzio, anche recentemente è stata al centro, direttamente o indirettamente, di attenzione storiografica e considerata come uno dei momenti non irrilevanti degli scontri giuridico diplomatici del XVI secolo? Si pensi alle ormai datate, ricerche di Gribaudi, Mondaini, Carcereri, Maffei[3], ma anche alla puntuale ricerca di Bibl[4], tutte interessate in modo diverso alla anomalia di questa grande questione giuridico-diplomatica e alla ricaduta massiccia sui giochi della etichetta e dei cerimoniali, che, all'epoca di questi primi scritti sul tema, venne considerata quasi frutto paradossale di incomprensibili giochi formali e che solo di recente ha invece riacquistato una sua centralità storiografica, all'interno di un più ampio ritorno di attenzione al valore simbolico politico dei cerimoniali nelle società europea dell'età moderna[5]. Si ricordino

[2] Su Pio V e la sua politica nei confronti dell'autorità imperiale si veda, per ultima, S. FECI, *ad vocem*, in *Enciclopedia dei Papi*, Roma 2000, III, pp. 160-180.

[3] P. GRIBAUDI, *Questioni di precedenza fra le corti italiane nel secolo XVI. Contributo alla storia della diplomazia italiana*, in «Rivista di scienze storiche», 1, 1904, 9, pp. 164-177; 10, pp. 278-285; 11, pp. 374-356; 2, 1905, 2, pp. 87-94; 3, pp. 205-216; 6, pp. 475-485; 7, pp. 29-38; 8, pp. 126-141; V. MAFFEI, *Dal titolo di duca di Firenze e Siena a Granduca di Toscana*, Firenze 1905; G. MONDAINI, *La questione di precedenza tra il duca Cosimo I de' Medici e Alfonso II d'Este*, Firenze 1898. Il più ricco e utile studio è a tutt'oggi L. CARCERERI, *Cosimo Primo granduca*, 2 voll., Verona 1926.

[4] V. BIBL, *Die Erhebung Herzog Cosimos von Medici zum Grossherzog von Toscana und die kaiserliche Anerkennung (1569-1576)*, in «Archiv für Österrechische Geschichte», 103, 1911, 1.

[5] Cfr. M.A. VISCEGLIA, *Roma città rituale*, Roma 2003, in particolare la densa e ricca introduzione storiografica; D. FRIGO - A. MORTARI, *Nobiltà, diplomazia e cerimoniale alla Corte di Mantova*, in C. MOZZARELLI - R. ORESKO - L. VENTURA (edd), *La corte di Mantova nell'età di Andrea Mantegna 1450-1550*, Roma 1997, pp. 125-143; in area tedesca, sull'importanza del cerimoniale e del gioco del conflitto delle precedenze quali fondamentali «capitali simbolici» dell'età moderna, importanti gli studi di B. STOLLBERG-RILINGER, *Zeremoniell als politisches Verfahren. Rangordnug und Rangstreit als Strukturmerkmale des frühneuzeitlichen Reichsgabe*, in J. KUNISCH (ed), *Neue Studien zur frühneuzeitlichen Reichsgeschichte* («Zeitschrift für historische Forschung», Suppl. 19), Berlin 1997, pp. 91-132; B. STOLLBERG-RILINGER, *Rang vor Gerichte. Zur Verreichtlichung sozialer Rangkonflikte in der frühen Neuzeit*, in «Zeitschrift für historische Forschung», 28, 2001, pp. 385-418.

i saggi di Giovanni Cipriani sull'incoronazione del 1570[6], l'attenzione ai risvolti giuridici della legittimazione politica della dinastia nel volume di Luca Mannori[7] e le pagine molto belle di Maria Antonietta Visceglia sulla solenne incoronazione di Cosimo nella cappella Sistina nel marzo 1570, e sulla complessità dei rituali elaborati per il grande cerimoniale della rosa, utilizzato in quella occasione[8]. Ma si pensi anche alle recenti considerazioni di Elena Fasano sui circuiti Firenze-Roma, che videro per un certo periodo al centro dei giochi politici e informativi proprio questo affare[9]; e ancora si ritorni agli spunti di ricerca sul tema di Daniela Frigo[10] o di chi scrive[11]. In sostanza quale spazio storiografico ci può ancora essere nel ritornare su questo *affaire*?

L'idea che mi ha mossa è quello di provare a rimontare le fasi di quella che appare come una vera e propria costruzione pubblicistica, puntando l'attenzione sulla fitta rete dei sistemi dell'informazione e della comunica-

6 Basati su fonti memorialistiche le ricerche di G. CIPRIANI, *Pio V e l'incoronazione romana di Cosimo I de' Medici nel 1570*, in «Studi e ricerche», 1983, 2, pp. 263-273; ma anche sul valore ideologico della corona e sulla complessa simbologia politica G. CIPRIANI, *La corona granducale medicea: araldica e filologia nella Toscana del Cinquecento*, in *L'araldica. Fonti e problemi*, Firenze 1989, pp. 40-43. Si veda il recente M. SFRAMELI (ed), *I gioielli dei Medici, dal vero e nel ritratto*, Catalogo della mostra, Firenze 12 settembre 2003 - 2 febbraio 2004, Livorno 2003, in particolare la sezione dedicata all'incoronazione di Cosimo e alla costruzione della corona ducale, pp. 59 ss.

7 L. MANNORI, *Il sovrano tutore: pluralismo istituzionale e accentramento amministrativo nel principato dei Medici (secc. XVI-XVIII)*, Milano 1994, pp. 75 ss.

8 M.A. VISCEGLIA, *Il cerimoniale come linguaggio. Su alcuni conflitti di precedenza alla Corte di Roma tra Cinquecento e Seicento*, in M.A. VISCEGLIA - C. BRICE (edd), *Cérémonial et rituel à Rome (XVI-XIX siécle)*, Roma 1997, in particolare pp. 120-122.

9 E. FASANO GUARINI, *«Roma officina di tutte le pratiche del mondo»: dalle lettere del cardinale Ferdinando de' Medici a Cosimo I e a Francesco I*, in M.A.VISCEGLIA - G.V. SIGNOROTTO (edd), *La corte di Roma fra Cinque e Seicento, «teatro» della politica europea*, Roma 1998, pp. 265-297; E. FASANO, *Ferdinando de Medici*, in *Dizionario Biografico degli Italiani* (d'ora in poi *DBI*), 46, pp. 258-278.

10 D. FRIGO, *L'etichetta al servizio del principe: corte sabauda e cerimoniale diplomatico fra Sei e Settecento*, relazione al convegno «Il linguaggio e l'etichetta» al Centro internazionale di Semiotica e linguistica, Urbino, 11-14 luglio 1991; della stessa autrice, *Nobiltà, diplomazia e cerimoniale alla corte di Mantova*, in C. MOZZARELLI - R. ORESKO - A. VENTURA (edd), *La corte di Mantova nell'età di Andrea Mantegna: 1450-1550*, cit., pp. 125-143.

11 A. CONTINI, *Aspects of Medicean Diplomacy in the 16yh Century*, in D. FRIGO (ed), *Politics and Diplomacy in Early Modern Italy. The Structure of Diplomatic Practice, 1450-1800*, Cambridge 2000; A. CONTINI, *Dinastia, patriziato e politica estera: ambasciatori e segretari medicei nel Cinquecento*, in D. FRIGO (ed), *Ambasciatori e nunzi. Figure della diplomazia in età moderna* («Cheiron», 30, 1998), Roma 1999, pp. 57-131.

zione («le pratiche segrete e li spessi corrieri») che contribuirono a veicolare quell'immagine di mistero rischioso, in cui l'affare restò avvolto. In sostanza si tratta non tanto di prestare attenzione, secondo la consueta tradizione, allo scambio di informazioni fra un sistema diplomatico di uno stato o di diversi stati con gli altri, ma tentare invece di ricostruire la rete e le interazione nella costruzione della informazione e della circolazione della decisione politica a livello europeo, partendo da questo tema particolare[12].

Insomma non ci interessa tanto, in questa sede, come Cosimo abbia costruito la sua strategia di legittimazione, attraverso la richiesta di un riconoscimento che lo ponesse al di sopra della gran parte delle sovranità italiane nell'arena delle legittimazioni simboliche, ma più ancora come il mistero di cui lo stesso Cosimo aveva avvolto l'affare nella sua prima fase, fino alla concessione della bolla del 1569, sia poi divenuto uno dei motivi ricorrenti del sospetto incrociato che avviluppò la questione del controverso riconoscimento del titolo da parte dei più forti potentati europei. E in primo luogo da parte di Massimiliano che vide nel titolo papale un simbolo pericolosissimo, e da osteggiare, di erosione dello stesso spazio giurisdizionale, politico e universalistico dell'Impero. Un conflitto che pose al centro una difficile partita di concorrenza per il rispetto delle «reputazioni»[13].

L'intervallo preso in esame, attraverso l'analisi di fonti diplomatiche ufficiali soprattutto di parte fiorentina[14], ma anche attraverso l'esame dei sistemi informativi segreti, non senza una prima attenzione (da approfondire) agli esiti giuspubblicistici della questione, è quello che separa la bolla di Pio V, pubblicata in grande segretezza nell'estate del 1569[15], dal diploma

[12] Sul tema cfr. E. FASANO GUARINI - M. ROSA (edd), *L'informazione politica in Italia (secoli XVI-XVII)*, Atti del seminario, Pisa 24-25 giugno 1997, Pisa 2001, *passim.*

[13] Il tema della «reputazione» è una fondamentale chiave di lettura dei rapporti nello spazio riconosciuto della gerarchia delle teste coronate e non, nel Cinquecento; F. CHABOD, *Carlo V e il suo impero*, Torino 1985, p. 200.

[14] In particolare sono state utilizzate le corrispondenze diplomatiche dall'Impero e dalla Spagna, conservate nel grande arsenale mediceo: per il carteggio dalla corte imperiale si veda ASF, *Mediceo del Principato*, 4329, 4329a, 4330, 4330a, 4331, 4332; per la Spagna si veda il citato saggio di Panicucci, *supra*, nota 1. Ma si vedano anche le istruzioni agli ambasciatori di prossima pubblicazione, A. CONTINI - P. VOLPINI (edd), *Istruzioni agli ambasciatori, segretari di ambasciata, ed altri rappresentanti relative ai rapporti diplomatici fra la Toscana Medicea e la monarchia spagnola*, in corso di stampa.

[15] La bolla papale fu pubblicata con bando il 9 dicembre 1569: la si veda in L. CANTINI, *Legislazione Toscana*, 32 voll., Firenze, St. Albizziniana, 1800-1808, VII, pp. 125-132. Si veda anche L. CARCERERI, *Cosimo I*, cit., I, pp. 1-10, II, pp. 169- 247.

dell'imperatore Massimiliano, pubblicato a Vienna il 26 gennaio 1576[16]. Un diploma, quest'ultimo, che non riconobbe significativamente – come sappiamo – il titolo del breve papale, ma riscrisse *ex novo,* ignorando l'atto papale, la concessione di un titolo di granduca per il successore di Cosimo, Francesco, ponendo, alla fine di una lunga vicenda, il granduca e i suoi eredi nell'*ordo regum et principum*, secondi soli a Venezia[17].

In questo intervallo – e soprattutto fra il 1569 e il 1572 – si sviluppa un clima pesante, di sospetto, di tensione internazionale che non escluse, in alcuni casi, la minaccia incrociata di azioni militari[18]. Firenze, Roma e l'Impero, quindi[19], ma anche la Francia e, soprattutto, dietro le quinte freneticamente impegnati il duca d'Este, la sua diplomazia e il grande cardinale Ippolito, i Savoia, le corse alla successione sul soglio pontificio di Alessandro Farnese[20], la sua sconfitta del 1572. La questione del titolo faceva vacillare gli equilibri fra potentati ancora vissuti – a un lungo intervallo dalla pace di Cateau-Cambrésis del 1559 – come assolutamente instabili in questi primi anni Settanta. Equilibri incerti, diplomaticamente ridefinibili, che vennero spiati e controllati dalla intensa e variegata attività dei Medici, tenuta in mano nelle sue leve di decisione e di informazione da due poli. Cosimo a Firenze, con il suo cantiere politico giuridico (composto dalle più significative figure dei giureconsulti provinciali al servizio della dinastia: dal Torelli al Concini[21]) e, sulla sponda romana, il secondo polo: una schiera

[16] L. CANTINI, *Legislazione Toscana*, cit., pp. 142 ss.

[17] M.A. VISCEGLIA - C. BRICE (edd), *Cérémonial et rituel à Rome*, cit., in particolare l'*Introduzione* a cura delle due curatrici, pp. 1-26.

[18] Questa complessa situazione ben emerge ad esempio nell'ancora fondamentale lavoro di Pastor (L. VON PASTOR, *Storia dei papi*, VIII: *Storia dei papi nel periodo della riforma e restaurazione cattolica, Pio V [1566-1572]*, Roma 1942, pp. 454 ss.) e nei carteggio dei nunzi papali presso la corte imperiale del periodo: si veda *Nuntiaturberichte aus Deutschland, III, Abteilung 1572-1785*, VI: H. GOETZ (ed), *Nuntiatur Giovanni Delfinos (1572-1573)*, Tübingen 1982.

[19] Sullo sfondo l'intransigenza di Pio V verso la stessa autorità degli stati europei in una fase in cui politica militare e ragioni della Chiesa coincidevano con forza, portando alle azioni contro gli Ugonotti e allo stringersi della morsa nei domini imperali: sulle strette del sovrano inquisitore e la loro valenza politica si veda G. FRAGNITO, *La Bibbia al rogo. La censura ecclesiastica e i volgarizzamenti della Scrittura (1471-1605)*, Bologna 1997, *passim*; A. PROSPERI, *Tribunali della coscienza. Inquisitori, confessori, missionari*, Torino 1996.

[20] Si veda la ricca e bella voce di S. ANDRETTA, in *DBI*, 45, pp. 52-65.

[21] Il *motuproprio* fu preparato da Torelli a Firenze si veda L. CARCERERI, *Cosimo I*, cit., II, pp. 216-217; sul punto è tornata E. PANICUCCI, *La questione del titolo granducale*, cit., pp. 8 e 9; su Torelli si veda G. PANSINI, *Le segreterie nel principato mediceo*, in A BELLINAZZI - C.

di giureconsulti legati alla Curia e soprattutto il giovane rampollo della dinastia, ovvero il cardinale Ferdinando de Medici, che, arrivato a Roma nel 1569, riuscì con intelligenza a inserirsi nei giochi della politica, divenendo rapidamente puntello delle strategie della dinastia anche sul terreno della difesa del titolo granducale[22].

Cercherò in sostanza di ricostruire come, per un'onda montante e per così dire a sciame sismico, la questione della concessione di un titolo pur di prestigio a un recente principe italiano, sia diventata una questione europea fino ad assumere i toni di una controversia discussa di fronte alla Dieta imperiale: una questione che ebbe come protagonisti, attori e spettatori, papa e imperatore, sovrani e repubbliche, principi e nobili di tutta Europa.

Partiamo dal polo fiorentino Alcune avvertenze e punti di riferimento periodizzanti, vanno ricordati sia pur a tappe forzate.

Il primo dato è il discusso livello di dipendenza dall'Impero di Firenze e poi degli stati di Firenze e Siena (Siena venne annessa ai possessi medicei, come stato nuovo, subinfeudato dalla Spagna nel 1557). La questione del titolo è infatti soprattutto involta nella questione della libertà di Firenze. Il titolo papale del 1569 è l'esito di una lunga partita di tentativi di emancipazione dei domini toscani dalla dipendenza imperiale. Una partita, come vedremo, che la stessa bolla lascerà aperta. Se infatti in testi come quelli di Rubinstein si è molto parlato di una tradizione della *libertas* fiorentina coincidente, nella pubblicistica fra Quattro- e Cinquecento, con la difesa

LAMIONI (edd), *Carteggio Universale di Cosimo I de' Medici*, I, Firenze 1982, pp. IX-XLIX, in particolare p. XXIV; bella e completa la voce dedicata a Concini da P. MALANIMA in *DBI*, 27, pp. 722-725. Sull'ascesa sociale dei segretari medicei di questa fase cfr. F. ANGIOLINI - P. MALANIMA, *Problemi della mobilità sociale a Firenze tra metà del Cinquecento e i primi decenni del Seicento*, in «Società e Storia», 4, 1979, pp. 17-47, in particolare pp. 40 ss.; F. ANGIOLINI, *Dai segretari alle «segreterie». Uomini ed apparati di governo nella Toscana medicea (metà XVI-metà XVII secolo)*, in «Società e Storia», 15, 1992, 58, pp. 701-720.

22 Su Ferdinando de Medici, e in particolare sulla fase del cardinalato, sono ora fondamentali le considerazioni di E. FASANO GUARINI, nella voce curata per il *DBI*, XLVI, pp. 258-278. Si vedano anche i saggi di S. CALONACI, *Ferdinando dei Medici: la formazione di un cardinale principe (1563-72)* in «Archivio storico italiano», 154, 1996, pp. 635-690; dello stesso autore *«Accorda lo spirito col mondo». Il cardinal Ferdinando de Medici a Roma negli anni di Pio V e Gregorio XIII*, in «Rivista Storica Italiana», 106, 1, pp. 5-74; è ora in pubblicazione, per conto dell'Istituto italiano per l'età moderna e contemporanea con la collaborazione dell'Archivio di Stato e dell'Università degli Studi di Pisa, sotto la direzione di Elena Fasano, l'edizione delle lettere di Ferdinando da Roma, nella fase del cardinalato, di cui il primo volume sarà curato da G. Fragnito e da chi scrive, con note storiche e trascrizione curata da S. Calonaci; per il progetto nel suo complesso si veda il sito web: http.//www.archiviodistato.firenze.it/progetti/attivite.htm#lettere.

della forma civile e repubblicana del governo interno, e se ancora in Rudolf von Albertini il tema della *libertas* recuperava, negli scritti degli esuli repubblicani la matrice antidispotica e antimedicea cinquecentesca[23], è altrettanto certo che il tema della *libertas* venne assumendo con Cosimo, a partire dal 1537, perso ogni riferimento alla difesa della forma costituzionale del governo interno, tutta la sua valenza di rivendicazione dell'indipendenza dei nuovi possessi dall'ipoteca imperiale.

«Cosimo I, che portò a compimento la dissoluzione della libertà repubblicana di Firenze, doveva allo stesso tempo rivestire il ruolo di campione dell'indipendenza della città da ogni forma di dominio straniero, ivi compreso quello dell'Impero»[24].

Libertas divenne sinonimo, nell'armamentario giuridico che il duca si premunì di allestire negli anni, soprattutto tramite il linguaggio della sua diplomazia, sinonimo di indipendenza dal servaggio imperiale, in una sottile miscela che fu sempre espressione di fedeltà politica al potente protettore asburgico e contemporaneamente di rivendicazione *ab immemorabili* della libertà del proprio possesso territoriale[25]. Il linguaggio della fedeltà che connota le bellissime istruzioni di Cosimo agli ambasciatori che andavano alla corte dell'imperatore Carlo V (dal 1537 all'abdicazione di quest'ultimo), sono una sottile e misurata miscela dei due elementi: fedeltà e libertà[26]. Questa attenzione al tema della libertà si dimostrò presente significativamente nello spingere i suoi dignitari diplomatici a misurare sempre le parole, formulando la loro reverenza all'imperatore con formule di ossequio che non involvessero alcun riconoscimento di soggezione; come in quella ricorrentissima e quasi machiavelliana e ritornante nelle istruzioni, del «correre la fortuna di Cesare»[27]. Senza accennare alla «dipendentia» imperiale, gli

[23] R. von Albertini, *Firenze dalla Repubblica al Principato, Storia e coscienza politica*, trad. it., Torino 1970 (ed. orig. Bern 1955).

[24] N. Rubinstein, *Dalla Repubblica al Principato*, in *Firenze e la Toscana nell'Europa del Cinquecento*, 3 voll., Firenze 1983, I, pp. 155-176.

[25] Ricchissima la stampa, nel secondo Cinquecento, di parei e *consilia* prodotti dai più eminenti giuristi dei secoli precedenti nei quali era sostenuta *ab immemorabili* la libertà di Firenze dalla dipendenza imperiale: da Piero d'Ancarano (i cui *Consilia* furono stampati nel 1574) a Raffaele Fulgosio (*Consilia*, editi nel 1576), a Paolo di Castro (*Consilia* editi nel 1571) ad altri, editi alla fine del secolo. Cfr. D. Marrara, *I rapporti giuridici tra la Toscana e l'Impero (1530-1576)*, in *Firenze e la Toscana nell'Europa del Cinquecento*, cit., I, pp. 217-227, in particolare pp. 217-219.

[26] Per le istruzioni di prossima edizione si veda *supra*, nota 14.

[27] A. Contini, *«Correre la fortuna di Cesare. Instabilità, diplomazia ed informazione politica*, in *L'Italia di Carlo V. Guerra, religione e politica nel primo Cinquecento*, Atti del convegno, Roma 5-7 aprile 2001, Roma 2003, pp. 391-410.

ambasciatori a Carlo dovevano cioè puntare sul dato di deferenza pattizia fra il potente imperatore e il fedele duca di Fiorenza, capace di garantire la complessa tenuta del sistema imperiale in Italia.

Ma perché tanta sottile attenzione in Cosimo e nella sua diplomazia al linguaggio della dipendenza? Il perché è, come sappiamo, insito nello stesso atto originario che stabilì la dinastia medicea al potere, ovvero il diploma solenne con il quale Carlo V, il 28 ottobre 1530[28], in accordo con Clemente VII Medici, dopo aver abbattuta, con il suo esercito, la repubblica popolare di Firenze, aveva nominato Alessandro de Medici a capo di un regime ancora costituzionalmente repubblicano, con la formula «salva libertate antiqua». In realtà in questo atto, come ben seppe argomentare, da allora in avanti, una lunga e agguerrita tradizione filo-imperiale, molti erano i riferimenti alla condizione feudale di Firenze: basti qui citare non solo l'accenno alla possibilità che una nuova rivolta potesse determinare una devoluzione all'Impero («universum eius dominium ad nos et ipsum romanum Imperium devolutum censeatur»[29]) ma anche la formula con cui veniva sancito il nuovo governo della città di Firenze che stabiliva «in nostra et Romani Imperii fide ac devotione»[30]. L'anima bifronte del documento o meglio la lettura bifrontale (di parte fiorentina e/o di parte imperiale) a cui si prestava, inauguravano una lunga fortuna della doppia lettura che arriverà ben oltre il XVI secolo: due tradizioni che alimentarono scritti di deduzioni e contro deduzioni da parte dei potenti gabinetti imperiali e degli accorti gabinetti fiorentini e che ebbero la caratteristica di giungere fino al pieno XVIII secolo. Quando Carlo VI, ignorando ogni coeva difesa della rinnovata tradizione della *libertas* fiorentina, rivendicata come sappiamo nell'ampia pubblicistica dei primi decenni del Settecento, emise, il 24 gennaio 1737, un solenne diploma di investitura eventuale con il quale alla estinzione della dinastia dei Medici era l'imperatore che chiamava alla successione Francesco Stefano di Lorena e i suoi successori[31].

[28] ASF, *Diplomatico. Riformagioni. Atti pubblici*, 1530 ottobre 28, Bolle d'oro, 6. La cosa è ben ricostruita da Marrana e Panicucci (pp. 48 ss.); il diploma è pubblicato in L. CANTINI, *Legislazione toscana*, cit., I, pp. 35- 37.

[29] *Ibidem*, p. 37 col. I.

[30] *Ibidem*, p. 36 col. I.

[31] M. VERGA, *Da «cittadini» a «nobili». Lotta politica e riforma delle istituzioni nella Toscana di Francesco Stefano*, Milano 1990, pp. 91 ss. Ampia la bibliografia sul tema: si veda quanto meno l'edizione del diploma in L. CANTINI, *Legislazione toscana*, cit., XXIV, pp. 7-40 e ora la riedizione con note di contesto e storiografiche in A. CONTINI, *La Reggenza lorenese fra Firenze e Vienna. Logiche dinastiche, uomini e governo, 1737-1766*, Firenze 2002, pp. 337-351.

L'anima bifronte dell'atto del 1530 costituì, d'altra parte, sia una pecca originaria al pieno e libero possesso dello stato fiorentino da parte del duca, che una formidabile garanzia. Non è un caso che Cosimo, immediatamente dopo la sua nomina, nel gennaio del 1537, a capo del governo fiorentino avesse subito premuto per ottenere un privilegio imperiale – 30 settembre 1537 – che lo legittimasse alla testa del governo[32].

Gli anni successivi furono gli anni del rafforzamento di Cosimo e dell'intensa collaborazione con Carlo V, e con l'asse imperiale e trilediano, per la difesa dei domini imperiali in Italia[33]. Anni determinanti per giocare alla riconferma della libertà e della fedeltà all'imperatore, come si è già accennato. Cresceva così la reputazione di Cosimo quale fedele della parte imperiale ma anche di duca nuovo e libero, che sapeva giocare con determinazione le proprie forze diplomatiche e la risorsa delle armi sul piatto dell'accrescimento del proprio spazio nell'arena delle legittimazioni europee[34].

Una volta accresciuto e consolidato il controllo sullo stato fiorentino, un'altra svolta si ebbe con la subinfeudazione di Siena del 1557, alla cui conquista

[32] Se ne veda copia in L. CANTINI, *Legislazione toscana*, cit., I, pp. 147 148; il diploma era stato richiesto tramite la sua diplomazia in corte imperiale nei mesi precedenti si veda, ad esempio, istruzione di Cosimo I ad Averardo Serristori, suo ambasciatore in corte imperiale, dell'agosto 1537 nella quale si scriveva «Direte a sua maestà [con la debita] reverentia, et humiltà [co]me dal signor conte di Sifuontes [quella har]à inteso, qua[nto.. a] sua excellentia, come procuratore di sua maestà è parso di declarare, et approvare sopra li interessi mia particulari, che insomma et quel tanto che voi vederete, per la copia del suo privilegio, quale vi si darà per vostra informatione, non // perché voi ve ne serviate in mostrarla o produrla in proposito alcuno o pure facciate segno di haverla con voi perché così si è promesso al signor conte di far, insino tanto che si intenda sopra di ciò la mente et voler di sua maestà; et a quella supplicherete in nome nostro che si degni di confermare tal declaratione et concessione che et mentre che lo stare mio qui sarà a satisfattione et servitio di sua maestà, et in ogni grado che a quella parrà, et piacerà, intendo di starci, et non altrimenti «ASF, *Mediceo del Principato*, f. 2634, P. I, cc. 13r-16r, qui c. 14r-v.

[33] Sul ruolo determinate del parentado Toledo, stretto attraverso il matrimonio con Eleonora, figlia di Don Pedro, viceré di Napoli, nel cementare il potere di Cosimo e sul ruolo politico militare di quest'ultimo nel garantire stabilità all'asse imperiale, sorretto dai Toledo e dal Doria al centro della penisola, negli anni Quaranta e Cinquanta, si veda: C.J. HERNADO SÁNCHEZ, *Castilla y Nápoles en el siglo XVI. El virrey Pedro de Toledo. Linaje, Estado, y cultura (1532.1553)*, Salamanca 1994. Sul ruolo fondamentale delle stategie dinastiche nella costruzione di percorsi politici in antico regime, con molti riferimenti anche al caso fiorentino cinquecentesco, si veda: A. SPAGNOLETTI, *Le dinastie italiane nella prima età moderna*, Bologna 2003.

[34] G. SPINI, *Cosimo I e l'indipendenza del Principato I*, nuova ed. riveduta e corretta, Firenze 1980; dello stesso autore, *Il Principato dei Medici e il sistema degli Stati europei del Cinquecento*, in *Firenze e la Toscana nell'Europa del Cinquecento*, 3 voll., Firenze 1983, I, pp. 177-216.

Cosimo aveva contribuito, come sappiamo, in modo determinante. Con essa il duca di Firenze, diventava *ipso facto* anche titolare del controllo senese, ma con una esplicita e non controvertibile dipendenza feudale. La cosa era resa più complessa dal fatto che ora le dipendenze si raddoppiavano; alla controversa dipendenza-legame con l'Impero si assommava quella alla corona spagnola di Filippo II a cui si doveva la subinfeudazione[35].

Dopo la pace di Cateau-Cambrésis del 1559, che poneva fine alla guerra fra i due grandi blocchi francese e ispano-imperiale, si fa marcata la volontà di ottenere un più alto riconoscimento internazionale da parte di Cosimo. Con Pio IV (1559-1565), inizia la lunga e logorante operazione da parte del duca per ottenere un riconoscimento del proprio prestigio internazionale e un titolo che lo ponesse al di sopra di molti altri principi italiani. Questa battaglia svela, nel modo in cui fu condotta, una duplice finalità: sorpassare, anche nell'arena simbolica del cerimoniale delle precedenze, i propri antagonisti italiani, in particolare gli Este, ma contemporaneamente – ambizione più impegnativa – ricercare una legittimazione forte da parte di una autorità, appunto il papato, che ponesse la propria dinastia al riparo da una pericolosa dipendenza originaria all'Impero. Da qui l'assoluta prevalenza, articolazione e insistenza sui temi della «libertà» giuridico-politica dello Stato fiorentino, *superiorem non recognoscens.* L'annosa controversia di precedenza con Ferrara, iniziata nel 1541 e protrattasi in avanti senza interruzioni fino alla fine del governo cosimiano è da sola un tema di tale interesse da meritare uno studio approfondito. Ci sono, è vero, vecchi lavori, ma la cosa meriterà di essere ripresa. Questa battaglia, combattuta a suon di raccolte di voti e relazioni richieste dalle due parti ai più fini e celebri giuristi di moltissime università e corti di giustizia italiane ed europee. Da parte medicea furono richiesti pareri a dotti giuriconsulti di Lovanio, Vienna, Pisa, Genova, Siena, Milano, Napoli, Perugia, agli auditori di Rota di Bologna, avvocati del senato di Parigi ecc.

Furono inoltre attivamente impiegati tutti i più fini auditori al servizio di Cosimo: dal Torelli, che aveva la carica di primo segretario e primo auditore; a Francesco Vinta, altro protagonista fra i segretari cosimiani, al giovane Belisario Vinta, grande collaboratore di Ferdinando I, nei decenni successivi[36]. Mentre questa discussione si arricchiva di interessantissimi spunti storico-giuridici, ma anche teorici e ideologici, intervenne la proposta di

[35] D. MARRARA, *I rapporti giuridici fra la Toscana e l'Impero*, cit., in particolare pp. 223 ss.

[36] ASF, *Mediceo del Principato*, 2914: «Informazioni e consulti dei principali giurisprudenti e università di Europa nella causa di precedenza del duca Cosimo Primo de' Medici con la Casa d'Este». Cfr. anche L. CARCERERI, *Cosimo I*, cit., I, pp. 116 ss.

Pio IV che tendeva a rompere il nodo gordiano proponendo a Cosimo di acquistare, per nomina papale, il titolo, mai concesso in Italia, di arciduca, cosa che lo avrebbe di fatto anteposto alle altre sovranità italiane ad eccezione della Repubblica di Venezia. La richiesta avanzata da Cosimo I di ottenere un riconoscimento da parte dell'imperatore di questo nuovo titolo, non passò: la questione rimase in sospeso, anche per la morte di Pio IV (1565). Ma ormai la sapiente macchina della diplomazia medicea era in movimento. La ricerca di un nuovo spazio nella politica internazionale si fa negli anni Sessanta pressante: a Roma si opera sul papa anche a favore dell'aumento di cardinali filomedicei, ma soprattutto appoggiando la politica controriformista di Pio V, favorendo la penetrazione della Controriforma in Toscana[37].

È in questo contesto che avviene anche uno strumentale riavvicinamento alla Francia, di cui, in accordo con il papa, si finanzia in parte la guerra contro gli Ugonotti. È in questa fase che Cosimo, tramite la sua diplomazia, intavola trattative che lo vedono come consistente finanziatore delle iniziative politico militari degli Stati europei. Cosimo – con Concini e i suoi ambasciatori ordinari e straordinari, i segretari di legazione e gli informatori segreti – mentre cede le redini del governo interno al figlio ed erede Francesco (1564) cui prepara il prestigioso matrimonio con Giovanna d'Asburgo, impegna tutte le sue energie in quell'atto finale del suo governo che è appunto la definitiva legittimazione internazionale[38].

Ma in questa fase avviene anche, in particolare nel secondo quinquennio degli anni Sessanta del XVI secolo, una significativa trasformazione nel sistema della comunicazione politica da parte di Cosimo. Se fino ad allora le mosse di competizione con Ferrara erano state esplicite e giocate nelle anticamere della diplomazia europea e sui tavoli dei giuristi, ora il lavoro diventa sotterraneo. Il breve di Pio V Ghislieri – un papa ostile, come sappiamo, all'inizio del suo imperio a Cosimo – è il prodotto di un laboratorio politico raffinato che sceglie il «misterio» (per tornare alla nostra citazione iniziale) e la segretezza quale sua cifra determinate. L'operazione non ha ora più il contraltare di scene di conflitto di precedenze, l'eco forte di queste, rimbalzate dalle corrispondenze diplomatiche delle corti, ma, al contrario,

[37] H. JEDIN, *La politica conciliare di Cosimo I*, in «Rivista storica italiana», 62, 1950, pp. 345-374, pp. 367-368; A. D'ADDARIO, *Aspetti della controriforma a Firenze*, (Pubblicazioni degli Archivi di Stato, 77), Roma 1972.

[38] Mi sia di nuovo permesso di rimandare a A. CONTINI, *Dinastia, patriziato e politica estera*, cit., pp. 111 ss.

la segretezza felpata di canali politici oramai affinati. A Firenze, Lelio Torelli da anni orchestratore delle misure di contenimento degli Este ed estensore di importanti memorie sulla libertà fiorentina[39] agisce in accordo con l'uomo più intelligente e potente del *coté* intellettuale e giuridico toscano, ovvero Bartolomeo Concini; a Roma agisce una rete di uomini del duca di assoluta fiducia tutti provenienti della leva dei segretari provinciali e tutti periti di diritto[40]. E con loro che si tessono le trame sottili del breve dell'estate del 1569. Roma diventa il laboratorio politico di una tessitura di interventi che puntano con grande accortezza sui contenuti giuridici e politici del breve. Gli orchestratori sono a Firenze, ma gli esecutori finissimi sono nel cuore della corte di Roma. Primo fra tutti colui che è veramente l'artefice delle sottigliezze della bolla del 24 agosto 1569, ovvero Nofri Camaiani[41]. Proveniente da una famiglia di giuristi di provincia e laureato in *utroque iure*, Nofri era stato posto nel 1566 in un luogo strategico per gli usi che si intendeva fare dei suoi servigi: era infatti presidente della camera dei Brevi e utilizzando questa posizione fu facile far passare le indicazioni più

[39] Si vedano molti materiali e scritture sulla libertà di vari giureconsulti e segretari, fra cui Torelli, in ASF, *Mediceo del principato*, 2913.

[40] Nel 1569-1570 ad esempio ampia è l'utilizzazione di informatori, extra istituzionali. A Roma, accanto al De Medici, ambasciatore ordinario, vescovo (a quanto risulta dal carteggio, non coinvolto in tutte le vicende del titolo ASF, *Mediceo del Principato*, 3289, anno 1569) operano altri informatori: Nofri Camaiani, Pietro Usibardi e Domenico Bonsi, giurista incaricato di occuparsi della battaglia delle precedenze con Ferrara; ASF, *Mediceo del Principato*, 2635, istruzioni.

[41] Sul ruolo di Nofri Camaiani, avvocato concistorale, nella fase dei primissimi anni del cardinalato di Ferdinando si veda: S. CALONACI, *Ferdinando dei Medici: la formazione di un cardinale principe*, cit. La carriera politico-diplomatica di Nofri fu tutta verso Roma e molto poté giocare sull'incontestata alta perizia di giurista dello stesso Camaiani. Segretario di legazione a Roma con i residenti Gianfigliazzi e Serristori (dal 1541 al 1555), avvocato ducale a Roma dal 1555, agente in conclave nello stesso anno per conto di Cosimo, mantenne le sue posizioni anche sotto il papato Carafa. Come avvenne altrove nel caso della diplomazia medicea fu protagonista di un significativo travaso dalla carriera diplomatica all'alto impiego politico territoriale negli stati di Cosimo: nel luglio 1557 fu mandato da Cosimo, come capitano di giustizia a Siena, dove agì con rigore e fermezza stroncando ogni fermento antimediceo e dando informazioni sugli indiziati di eresia. Tornato a Roma nel 1560 divenne, sempre con appoggio mediceo, avvocato fiscale, consigliere dell'Inquisizione e della Consulta e protonotaro apostolico. Abile negoziatore con i papa che si succedevano sul soglio, vicino al cardinal Ferdinando e ai suoi collaboratori romani, Nofri fu in grado di gestire con grande attenzione tutti i fondamentali aspetti della formalità diplomatica giocando con grande zelo e abilità per l'ottenimento a Cosimo del titolo granducale e poi perché questo titolo gli fosse riconosciuto. Morì a Roma nel 1574 (si veda la voce di M. GIANSANTE, *DBI*, 17, pp. 70-72, e M. FIRPO, *Gli affreschi di Pontormo a San Lorenzo. Eresia, politica e cultura nella Firenze di Cosimo I*, Torino 1991, p. 381.

delicate. La minuta del *motuproprio* fu preparata a Firenze, dal Torelli e perfezionata a Roma dal presidente dei brevi[42].

La bolla del 24 agosto 1569 sanciva così il successo di un indirizzo costante di Cosimo volto a far valere da un canto la continuità politica del principato rispetto alla Repubblica fiorentina, e quindi la libertà del suo possesso e la legittimazione di tutti i titoli giuridici e diplomatici ottenuti *ab antiquo* dalla stessa Repubblica sul terreno dei rapporti internazionali, dall'altro scansionava il riconoscimento sul terreno ideologico-politico – chiarissimo nella stessa bolla – del grande valore personale del principe che amministra con accorta intelligenza i suoi popoli, che impegna se stesso e il proprio Stato dalla parte della cristianità, che dirige con energia le più vitali forze economiche e sociali, garantendone la crescita e la prosperità. Il tema della libertà, centralissimo nella bolla, è ovviamente pilotato dalle forze dei giuristi toscani e suona profondamente lesivo di ogni giurisdizione precedente, soprattutto imperiale. Ecco come si dà nella sua limpida e quasi astorica formula: «Quod absoluta potestate ratione liberi et directi dominii Florentini nemini sit subiectus»[43]. Cosimo e i suoi successori erano così, per atto unilaterale del papa, nominati «Magnos Duces et Principes provinciae Etruriae».

Nell'estate di quell'anno 1569 le mosse giuridiche della bolla erano tutte fatte: da ora in poi si tratta di passare, dal chiuso di gabinetti, alla pericolosa pubblicità dell'atto. Cosimo e Pio V ragionano ora su come far giungere l'eco di questa decisione: la segretezza e il «misterio» devono cedere il passo alla pubblicità dell'atto, alla sua prevedibile difficile ricezione.

Nell'inverno 1569-1570 si apre così la scena alla rappresentazione di un atto pericoloso e allo sforzo che questo atto venga riconosciuto dai più forti potentati: ne va della reputazione del neo nominato granduca, ma anche dell'intransigente Pio V. Dalla segretezza estrema si passa ora alle celebrazioni cerimoniali e all'attivazione di tutti i mezzi dell'informazione e della dissimulazione diplomatica.

La scena si apre a Firenze dove, il 13 dicembre 1569, un complesso cerimoniale accoglie il cardinale Bonelli, nipote del papa, al suo arrivo a Firenze. Qui nel salone dei Cinquecento fu solennemente pubblicata la bolla, alla presenza degli ambasciatori e nunzi papali ma anche degli ambasciatori di Ferrara, Lucca e di tutti gli ordini costituzionali del governo. I festeggia-

42 L. CARCERERI, *Cosimo Primo*, cit., II, pp. 27-28.

43 L. CANTINI, *Legislazione Toscana*, cit., VII, pp. 125 ss., la citazione a p. 130 col. 2.

menti in città e i loro ampi risvolti popolari vengono costruiti con grande e solenne maestria rappresentativa[44].

La rappresentazione prosegue con il solenne ingresso nello Stato Pontificio di Cosimo e del suo seguito nel febbraio dell'anno successivo. Il grande corteggio che segue le tappe di avvicinamento a Roma[45] e poi con il gigantesco cerimoniale romano della «coronazione» del 5 marzo 1570, le cui significazioni simboliche e rituali e la cui estrema solennità, che ne faceva esempio significativo del processo verso la «teatralizzazione della cerimonialità»[46], tipica dell'età barocca, sono state descritte da Visceglia tanto bene che non vale la pena di ritornarvi a fondo. L'abito regale, «costruito» con precise valenze simboliche[47], l'utilizzazione del solenne cerimoniale della rosa[48], fecero rilevare con immediata evidenza di fronte all'opinione delle corti europee quanto fosse costruito il sistema delle referenze e delle rappresentazioni simboliche che si voleva evocare. L'elemento che però vale sottolineare è come questo grande cerimoniale scosse immediatamente le corti proprio perché assunse le caratteristiche di una solenne «coronazione»: il papa infatti pose sul capo di Cosimo la preziosissima corona che era stata preparata dal fiammingo Giovanni Domes e trasportata da Firenze[49], accettando il giuramento di fedeltà e porgendo al neo granduca anche lo

[44] La cerimonia fu preceduta da un bando del 9 dicembre 1569 che si volle pubblicato e diffuso in tutti i domini dello Stato, di lì a poco si procurò che lo stesso Editore Giunti che aveva pubblicato il bando stampasse la bolla pontificia che però, in modo significativo, apparve solo l'anno successivo con il titolo *Litterae D.N. Pii Papae super creatione Cosmi Medices in magnum ducem provinciae Ethruriae ei subiectae.* La bolla, pubblicata il 25 agosto 1769, si conserva in ASF, *Trattati internazionali*, n. 7; cfr. G. CIPRIANI, *Pio V e l'incoronazione*, cit., p. 265.

[45] Sono molte le notizie coeve e i memoriali stesi per rammentare la «gita» romana di Cosimo e del suo corteggio. Si vedano le indicazioni archivistiche segnalate in G. LAZZI, *Un'eccezionale occasione di lusso: l'incoronazione di Cosimo I de' Medici (1569)*, in «Archivio Storico Italiano», 147, 1989, 1, pp. 99-119; ampia la ricostruzione fatta della cronaca del viaggio in L. CANTINI, *Legislazione Toscana*, cit., VII, pp. 132 ss.

[46] M.A. VISCEGLIA, *La città rituale*, cit., pp. 41 ss.

[47] L'abito di Cosimo, manto rosso tessuto d'oro, con la ricca copertura di ermellini, era fuori dalle norme consuete e costituiva una vera «veste di circostanza». La splendida montura da cerimonia, che costò carissima, aveva infatti le caratteristiche di un abito da re e rimandava al modello veneziano del doge con la differenza sostanziale che l'abito del doge si completava con il corno sulla testa, mentre Cosimo aveva costruito il suo abito in funzione della corona granducale. G. LAZZI, *Un'eccezionale occasione di lusso*, cit., pp. 102 ss.

[48] M.A. VISCEGLIA, *La città rituale*, cit., pp. 120 ss.

[49] Si veda la scheda di I. COTTA, in *I gioielli dei Medici, dal vero e in ritratto*, cit., pp. 85-86.

scettro. Questa cerimonia rimandava, evidentemente, ad altre solenni e ben più importanti incoronazioni, ponendo di fatto, a livello della rappresentazione simbolica e della solennità rituale, l'investitura pontificia del giovane potere del duca-granduca fiorentino a confronto con la solenne coronazione imperiale di Carlo V ad opera di papa Medici Clemente VII, nel 1530, quasi in un gioco invertito delle parti. Due cerimonie entrambe importanti per la dinastia medicea che, non a caso, verranno poi ad affiancarsi nello stesso percorso iconografico fatto costruire da Cosimo e concluso dal figlio Ferdinando a Palazzo Vecchio, dove, nel salone dei Cinquecento, non lontano dall'incoronazione di Carlo V rappresentata nella grande scultura di Baccio Bandinelli e Giovanni Caccini, si aggiunse, nell'ultimo decennio del Cinquecento, per mandato di Ferdinando I, la grande «coronazione» di Cosimo ad opera del pittore Jacopo Ligozzi, incaricato *ex post* di completare il trionfo cosimiano[50].

Insomma l'atto simbolico della incoronazione di Cosimo, con tutta la solennità di cui fu investita, colpì assai di più della promulgazione della bolla.

È da questo momento che Roma diventa il centro di una complessa costruzione dell'*affaire* grazie all'azione frenetica dei cardinali e al loro attivarsi rispetto ai sistemi diplomatici italiani ed europei. Da Roma si irradia un gioco di pattuizioni, alleanze e un flusso informativo che immediatamente alza la temperatura della diplomazia europea portando rapidamente alla rottura del quadro politico. Intanto la diplomazia di Cosimo agisce con l'arma della dissimulazione. L'atto di Pio V, manovrato e costruito in tutte le sue parti da Firenze, viene presentato come l'inatteso dono dovuto alla sola generosità del pontefice, come si scrisse a Milano, Genova e a Savoia e in Spagna

«esser piaciuto a Sua B.ne di proprio moto suo crearci, et honorarci di titolo di Gran Duca di Toscana, nonché il nome di Grande sia titolo ampolloso o superbo, ma d'una certa dignità superiore a molti, havendo anco la Santità Sua voluto accompagnarlo con preclare preeminentie et con l'insegna et corona regale. Dono che se bene ci è venuto impensato et alieno dalla natura nostra, nimica d'ogni sorte d'ambitione, l'habbiamo nondimeno accettissimo per l'augumento d'un tanto splendor in questa Casa»[51].

[50] La pittura del Ligozzi, *Pio V incorona Cosimo granduca di Toscana*, fu condotta in porto nell'ultimo decennio del Cinquecento quando Ferdinando I riprese e completò i cicli ideati da Vasari, negli anni Sessanta, a celebrazione di Cosimo e della giovane dinastia Medicea: in questa occasione fu anche conclusa dal Caccini l'opera del Bandinelli dedicata all'incoronazione di Carlo. Per questi aspetti si veda: U. MUCCINI, *Pittura, scultura e architettura nel Palazzo Vecchio di Firenze*, Firenze 1997, pp. 100 ss., in particolare pp. 124-126.

[51] ASF, *Mediceo del Principato*, f. 2635, cc. 188r-189r, istruzione a messer Giulio del Caccia inviato a Milano per fare i complimenti di rito con il governatore di quello Stato, e

Ma tanta sfacciata dissimulazione non regge, ovviamente, e molte voci si levano contro questo atto: il «misterio» ora svelato viene letto come pericolosa deriva nell'ordine delle gerarchie fra le corti e sospettato di nascondere mire ancora più ambiziose. Massimiliano, che all'inizio sembrava avesse accettato di buon grado di considerare ben accetto il breve papale che innalzava il suocero della sorella Giovanna, a più alte dignità[52], dopo esser stato premuto nei mesi precedenti dai principi italiani, contrari alla concessione, viene ora minutamente informato dai suoi cardinali e dall'ambasciatore d'Arco e passa decisamente all'ostilità e all'attacco. Non solo non si accettano titolo e più tardi l'incoronazione ma se ne domanda l'immediata revoca. Al momento del solenne ingresso di Cosimo, il 18 febbraio 1570, il d'Arco protesta contro la lesione dei diritti dell'imperatore, lasciando poi la sala. Il 5 marzo ripete la solenne protesta di fronte ai cardinali Morone, Chiesa e Bonelli. Poi avviene la solenne «coronazione» nella Capella Sistina.

La rottura è consumata: il 29 marzo l'imperatore ripete in modo solenne la sua protesta e deputa i consiglieri aulici, Gabriele Strein barone von Schwarzenau e il giurista Andrea Gail, a rappresentarlo. Si riunisce la con-

per rendergli nota la concessione del titolo granducale da parte del pontefice; il del Caccia doveva proseguire il suo viaggio, passando poi dal duca di Savoia e da Genova, portando la medesima informazione.

[52] Questa iniziale benevolenza è testimoniata dalla corrispondenza diplomatica dalla corte imperiale, dei mesi fra fine 1569 e inizio 1570. Cfr. dispacci di Lodovico Antinori, ambasciatore in corte imperiale dal 1568 e del segretario di questi Belisaio Vinta (1569-70) in ASF, *Mediceo del Principato*, 4329A, in particolare la lettera del 28 dicembre 1569. Di fronte all'esposizione dell'Antinori all'imperatore della notizia della pubblicazione del breve a Firenze e alla reiterata dichiarazione di fedeltà imperiale, la risposta di Massimiliano fu: «Si può dire che già in Viennna io havessi inteso il medesimo et dell'animo del signor duca et del signor principe non fa punto di bisogno che se ne parli, perché si è fatto vedere; io l'ho provato et ci conosciamo; et io anchora sono per corresponder loro; et in tutte le cose farò conoscer sempre la mia correspondenza, et di havere il signor Duca per amico, et il Signor principe per fratello»; cc. 75v-75\ar. L'11 gennaio 1570 l'ambasciatore riferiva che erano arrivate le felicitazioni di Venezia per le nuove dignità medicee e da Parma; ma già si iniziavano a sollevare le proteste da parte del duca d'Este. Ancora in un dispaccio del 18 l'ambasciatore riportava la soddisfazione di Massimiliano: intanto montava lo scontento delle corti; in altra del 25 si legge di un atteggiamento comunque benevolo di Massimiliano: «Quando il nunzio è stato ultimamente all'udienza l'imperatore gli ha mosso proposito sopra la nuova dignità di V. Altezza con dire: 'voi non potresti pensare il rumore che vien fatto et di Italia et fuor d'Italia'; et essendoli dimostrato dal nunzio la malignità che era questa doverebbero vergognarsi al meno di trattarne con Sua Maestà, riguardando alla convintione che haveva con Vostra altezza, li parve comprendere che la Maestà ci pensasse con molta buona intenzione et con amore, dicendo lei in ultimo che bisognava lassar passare un poco queste furie et questi principii»; c. 84\ar. L. VON PASTOR, *Storia dei papi*, VIII, cit., pp. 453 ss.

gregazione speciale dei cardinali per rispondere e ora anche il papa appare urtato dall'intraprendenza di Cosimo e dal fatto che cerchi di scaricare la responsabilità del breve solo sull'autorità dello stesso pontefice. Si arriva a questo punto alla convocazione della dieta imperiale a Spira il 22 maggio di forti umori antipapali e anticosimiani[53]. Anche Filippo II, all'inizio tiepido sulla questione si insospettisce e revoca ogni possibile riconoscimento al titolo e la sua funzione di mediazione verso l'Impero.

Ora da varie fonti segrete e ufficiali ben arguiamo come l'affare venga soprattutto montato e orchestrato a Roma, e si irradi poi con vigore nei gabinetti e nelle corti europee. C'è, a documentarlo, un formidabile insieme di lettere segrete inviate da un informatore che si firma con lo pseudonimo «L'amico del fornaio», e che è in realtà uno dei più fini segretari ducali, ovvero Piero Usimbardi[54]. Tutte dell'anno 1570, queste lettere crittografate, minute e dense, discoprono i segreti di quel sistema di informazioni confidenziali che i collaboratori più bassi del sistema diplomatico erano in grado di intessere – spesso in modo parallelo e all'insaputa degli stessi ambasciatori ordinari – a vantaggio dei propri principi[55].

L'Usimardi, già protetto dal segretario ducale Giusti e ora segretario di Cosimo e poi di Ferdinando – sarà molto influente nel conclave del 1572 – funziona quale informatore continuo «di ciò che si fa, dice, et intende da adversari di nostra altezza serenissima per quanto potranno le forze e fatiche mie, ce lo farò così per il desiderio che continuo tengo di ser-

[53] *Ibidem*, pp. 457.

[54] ASF, *Mediceo del Principato*, 3596, «lettere del 1570 di Roma, nome finto», sono in realtà di Pietro Usibardi (è tale l'intestazione interna del registro: «nome finto. Lettere di Roma di Pietro Usimbardi»; un foglietto successivo scrive: «[carteggio] confidente e segreto che scrive al serenissimo Gran Duca; contengono avvisi della corte di Roma doppo la partenza di là del Granduca Cosimo, quando fu incoronato dal papa; e le macchine degli altri principi, invidiosi di tal onore, per gettarlo a terra e farlo dichiarare invalido». Sulla prestigiosa carriera successiva dell'Usimbardi e sulla straordinaria forza di irradiazione del potere della famiglia, di Colle Val d'Elsa, nel territorio si rimanda ancora a M. FANTONI, *La corte del Granduca. Forma e simboli del potere mediceo fra Cinque e Seicento*, Roma 1994, pp. 139-168.

[55] Per una comparazione con il caso veneziano e per qualche considerazione sulla Toscana si veda P. PRETO, *I servizi segreti di Venezia. Spionaggio e controspionaggio: cifrari, intercettazioni, delazioni fra mito e realtà*, Milano 1994; sulla «fame» di informazioni dei sovrani di antico regime, in una congiuntura più tarda, Cfr. L. BÉLY, *Espions et ambassadeurs au temps de Louis XIV*, Paris 1990, p. 14. Si segnala la larghissima attenzione negli studi più recenti ai temi delle informazioni segreta e degli informatori o spioni. Su questi si veda, per un taglio antropologico e per l'età contemporanea: A. DEWERPE, *Espion. Une anthropologie historique du secret d'Etat contemporain*, Paris 1994.

virla»[56]. La rete di informazioni si attiva. Ogni cardinale assume, nelle lettere dell'Usimbardi, un fasullo nomignolo dato dal titolo dottorale più un nome. La cosa che sembrava aver turbato di più i potentati era appunto l'incoronazione solenne che aveva urtato le suscettibilità di tutti.

Il gioco di vero spionaggio politico svolto da Usimbardi era pericoloso e il segretario si premurava, fin dall'inizio del suo carteggio segreto, di avvertire:

«Supplico in gratia l'altezza vostra serenissima che si contenti doppo haver lette le mie lettere di farle sempre abruciare perché la mia mano è conosciuta assai et principalmente da messer Francesco [ovvero il cardinale Alessandro Farnese] che a questo modo le scriverò più spesso et più liberamente»[57].

L'universo di Roma, di cui Usimbardi dà notizia si popola così nelle sue missive di fasulli nomignoli di giuristi che mascherano i nomi dei potenti cardinali romani: Messer Francesco sta appunto per Alessandro Farnese; Messer Antonio sta per Augusta, ovvero Otto Truchsess a Walburg; Messer Bartolomeo, deve essere sciolto in Buonromeo, ovvero Carlo Borromeo; Messer Giovanni, sciolto in Ferrara, maschera il cardinale Ippolito d'Este; messer Virgilio, sciolto in Este, era Ludovico d'Este ecc[58].

Anche il papa prende il poco rispettoso titolo di Messer, senza altra specificazione. Così in questo mondo immaginario di giuristi *alias* cardinali di cui Usimbardi popola le pagine delle sue lettere, si dispiega lo scenario dei conflitti, degli accordi informali, delle reti di clientela ma anche di corruttela che alimentavano il gioco delle relazioni e dei negozi[59]. Di questi

[56] ASF, *Mediceo del Principato*, 3596, prima lettera 22 marzo 1570. La lettera continua poi informando che la reazione di «alcuni signori grandi» sono state immediate, «fanno straordinaria istanza alli elettori del imperio sottomano et altri di quelli principi, a ciò che l'imperator nella prossima dieta tratti di proceder contra nostra altezza serenissima, conforme alla protesta fatta qui dal ambasciatore cesareo per il novo titolo et coronatione datale da sua santità; et che sa quasi certo che l'imperatore sarà astretto di fare atti dalla parte del imperio per dichiararla nulla, et invalida, stanti le pretensioni per la sua iurisdictione ... Savoia et Ferrara in questo negotio fanno il possibile secretamente».

[57] ASF, *Mediceo del Principato*, 3596, 22 marzo 1570

[58] Si veda, come di consueto: *Hierarchia Catholica medii et recentioris Aevi sive summorum pontificum, S.R.E. cardinalium, ecclesiarum Antistitum series*, voll. I-III, Monasterii, sumptibus et typis Librariae regensbergianae, (1913-1923), III a cura di C. EUBEL, 1923.

[59] E. FASANO GUARINI, «*Roma officina di tutte le pratiche del mondo*», cit.; sulla centralità di Roma come 'teatro del mondo', come «luogo d'incontro di tensioni e di conflitti europei, ma anche di mediazioni e di alleanze» si veda M. ROSA, *Per «tenere alla futura mutazione volto il pensiero». Corte di Roma e cultura politica all'inizio del Seicento*, in *La corte di Roma fra Cinque e Seicento*, cit.

giochi i protagonisti sono i cardinali, di cui si spiano quotidianamente le mosse, i ritrovi informali, le uscite fuori Roma. Ma l'attenzione è anche rivolta alle manovre del corpo diplomatico: in particolare a quelle degli ambasciatori cesarei. Queste informazioni, entrando nel minuto dettaglio del gioco delle anticamere, ci fanno ben comprendere, il complesso governo delle alleanze che passarono in quei mesi nelle sale dei palazzi e delle ville cardinalizie in funzione antimedicea. I due partiti cardinalizi che si alleano contro la «coronazione» sono quelli che rappresentano i principi tedeschi da un lato e una buona parte dei cardinali e principi italiani, dall'altro.

Le lettere ci informano che i più attivi sono i potenti cardinali tedeschi come Otto Truchsess a Walburg che si appoggia all'ambasciatore imperiale e al fronte dei cardinali italiani. Fra questi, il vero artefice delle manovre e dei ritrovi antimedieci è il potentissimo cardinal Ippolito d'Este, che tutti riceve nella sua splendida Villa di Tivoli, fatta costruire, com'è noto, pochi anni prima a Pirro Ligorio[60]. Sono continui, nelle lettere dell'«amico del fornaio» i riferimenti a questo ricevere in villa dove l'Este trascorreva lunghi periodi dell'anno. Lontani sembrano ormai gli ozi umanistici dei cardinali, descritti, per qualche decennio prima nelle splendide pagine di Fragnito[61]. Ora le corti sono una fabbrica di pratiche[62]. Ippolito d'Este è al centro della scena: raccorda i toni dell'operato del gruppo di oppositori e organizza convivi politici certamente tanto sontuosi quanto segreti e importanti per le sorti della sua casata. Dalla sua villa passano il cardinal Farnese (Alessandro, potentissimo a Roma), il cardinal d'Urbino, Giulio della Rovere, ma i ritrovi sembrano coinvolgere rapidamente anche il fronte dei cardinali spagnoli, con alla testa Antonio di Granvelle.

Pio V sembra quindi sperimentare un notevole isolamento e non gli vale l'appoggio dei cardinali da lui nominati e soprattutto del Bonelli suo braccio destro: sembra profilarsi nel chiuso di accordi segreti, il clima di una vera defezione cardinalizia rispetto all'operato del pontefice.

Nell'estate del 1570 si parla addirittura della possibilità offerta all'imperatore da parte dei principi tedeschi di allestire un esercito per marciare

60 L. BYATT, *Ippolito d'Este*, in *DBI*, 43, pp. 367-372.

61 G. FRAGNITO, *In museo e in villa: saggi sul Rinascimento perduto*, Venezia 1988.

62 G. FRAGNITO, *Le corti cardinalizie nella Roma del Cinquecento*, in «Rivista Storica Italiana», 106, 1994, 1, pp. 5-41, p. 23, e, della stessa autrice, *«Parenti» e «familiari» nelle corti cardinalizie del Rinascimento*, in C. MOZZARELLI (ed), *«Familia» del principe e famiglia aristocratica*, Roma 1988, II, pp. 565-587.

in Italia contro il granduca usurpatore e contro il papa[63]. Ferdinando nel suo carteggio con il padre e con fratello sembra essere meno informato dell'accorto Usibardi[64]. La cosa ovviamente non ha seguito ma indica lo stato di tensione raggiunto. L'*affaire* è ormai tale che, a parte la Francia, il titolo non solo non viene riconosciuto dagli altri potentati ma viene osteggiato in tutte le corti europee. Dietro Cosimo c'è anche, vale sottolinearlo, la costruzione di una ostilità profonda contro l'azione unilaterale di Pio V. Quell'incoronazione, con tutta la ritualità che l'aveva accompagnata bruciava sulla scena della rappresentazione del potere. L'imperatore appare ora intransigente nel rivendicare spazi e giurisdizione[65].

È la situazione della citazione dalla quale siamo partiti: le corrispondenze diplomatiche riflettono l'innalzamento del tono e della tensione: Cosimo risponde con lettere molto belle in cui dichiara senza altri termini di essere «servitore volontario» dell'imperatore ma in cui difende con maggior vigore

[63] L. VON PASTOR, *Storia dei papi*, VIII, cit., p. 458; e la lettera di Usimbardi da Roma, del 3 giugno 1570 in ASF, *Mediceo del Principato*, 3596. Di nuovo un allarme di invasione in Italia caratterizza i primi mesi del 1571: fra gli altri si veda l'istruzione a messer Nofri Rosselli, del 16 aprile 1571 spedito in Spagna, con il compito di assicurare il re della sua immutata fedeltà, dopo le sue manovre per ottenere il titolo granducale, e di svelargli le discussioni avute in corte di Francia intorno a paventate operazioni belliche contro la Toscana, la Santa Sede, Genova e le Fiandre. Aveva anche il compito di informare il sovrano dei progetti d'invasione di principi ugonotti, per cui in Toscana si stava procedendo al rafforzamento del sistema difensivo, chiedendo inoltre consiglio sul da farsi; ASF, *Mediceo del Principato*, f. 2633, P. I, cc. 54r-55v.

[64] Si vedano le lettere della primavera-estate del 1769 in ASF, *Mediceo del principato*, 5085. Per la prossima edizione delle lettere del cardinale Ferdinando da Roma si rimanda a quanto detto *supra*, nota 22.

[65] Questo profondo risentimento dell'imperatore era registrato dall'ambasciatore in corte imperiale, Antinori, in una minuta, forse di mano del segretario Belisario Vinta, della tarda primavera del 1570. Di fronte alle pressioni dello stesso ambasciatore perché Massimiliano riconoscesse il titolo e la «coronazione», così si era risposto per conto dell'imperatore: «quanto al negotio io ne parlerò come io lo intendo et con commotione di cuore: egli [Cosimo] è stato, quanto al respetto nostro, guidato male dal Papa, senza farcene mai sapere alcuna cosa et non se n'è inteso se non dal Gran Duca» e sulla incoronazione, gravemente lesiva dei diritti imperiali, ancora più esplicitamente ci si esprimeva: «et della coronatione non ne haveremmo saputo alcuna cosa se non fusseno stati li romori; non è accaduto mai cosa che habbia più di questa perturbato Sua Maestà et percosso il cuore di tutti noi altri che havevamo posto ogni nostra industria in conservare uniti questi due supremi principi, conoscendo li inconvenienti che possino nascere dalla discordia, ma ora veggiamo tocco il punto della discordia con aver messo le mani nella giurisdizione seculare dello Imperio»; ASF, *Mediceo del Principato*, 4330, minuta successiva a lettera di Ludovico Antinori a Cosimo, del 12 aprile 1570, segnata 2, cc. n.n. Ancora più netto l'atteggiamento nei mesi successivi: L. VON PASTOR, *Storia dei papi*, VIII, cit., pp. 458 ss.

la libertà del suo possesso sullo stato fiorentino[66]. Rinforza, come ho visto altrove la sua rete diplomatica e ne fa uno strumento flessibile. «Spessi corrieri» partono fra un corte e l'altra e le corrispondenze assumono i toni dell'allarme. Il massimo di tensione sembra esserci nel 1571 quando si prevede ormai la morte di Pio V, ammalato gravemente. La questione del titolo e della coronazione slitta ora tutta sulla preparazione della candidatura del successore che, se sarà di parte antimedicea, promette di revocare la bolla, azzerando le conquiste di Cosimo[67]. Il gioco di questo «teatro del modo» – per usare una felice metafora al centro di un bel volume curato da Maria Antonietta Visceglia e Giovanni Vittorio Signorotto – di nuovo si riverbera nello sciame di informazione e rumori verso l'Italia e l'Europa.

Il candidato è il potentissimo Alessandro Farnese: tutto sembra preparato da anni di negozi e pratiche in questo senso. Ma l'esito del fulmineo conclave del maggio 1572 sarà invece orchestrato dalle forze medicee tanto bene da garantirsi, attraverso prestiti e protezioni clientelari l'appoggio per una candidatura che non innovasse nulla negli equilibri romani. L'ascesa al soglio di Gregorio XIII Buoncompagni manovrata da una fitta rete di contatti con gli ambienti del cardinalato spagnolo blocca l'alternativa Farnese. Gregorio si muove con prudenza: sa di dovere molto a Cosimo e a Ferdinando, ormai influente cardinale a Roma[68]. Da ora in poi l'*affaire* romano del titolo perderà di mordente.

A Roma si smorza lo scontro e a poco vale la richiesta di Massimiliano di revocare la bolla del 1569. Il fuoco resta sotto la cenere ma i pretesti per

[66] ASF, *Mediceo del Principato*, 58, si veda fra le altre una lettera del 15 aprile, mandata al papa, tramite il cardinale alessandrino, Michele Bonelli. Difendendo «la libertà dello Stato mio di Fiorenza», Cosimo si rammaricava della nuova posizione imperiale: «Mi par bene che l'imperatore con questa occasione cerchi di compensarmi de servitii che gli ho fatti, poiché appresso di lui la verità mia è falsa, et le bugie altrui sono verità, cose da far perdere la patienza et modestia». Il Bonelli sarà uno dei più accesi sostenitori della linea papale e fiorentina: di lui si veda la «Informatione» per la corte di Spagna, pubblicata in *Le carte strozziane del regio archivio di Stato in Firenze, Inventario*, serie I, vol. I, Firenze, Tipografia galileiana, 1884, pp. 224- 229.

[67] Ormai al centro dei giochi romani, è il cardinale Ferdinando de Medici, ora, divenuto attivo protagonista dello scenario politico romano. Si veda, oltre alla bibliografia citata, la prossima edizione delle *Lettere di Ferdinando de Medici* (ASF, *Mediceo del principato*, ff. 5085, 5087, anni 1569-1572). Si rimanda al progetto di edizione citato *supra*, nota 22. Su questa congiuntura e su questi aspetti torneremo più ampiamente, insieme con Gigliola Fragnito nella introduzione al primo volume delle lettere del cardinale Ferdinando de Medici.

[68] L. VON PASTOR, *Storia dei papi*, XIX: *Storia dei papi nel periodo della riforma e restaurazione cattolica, Gregorio XIII (1572-1585)*, Roma 1942, pp. 11 ss.

un ravvedimento sono pochi, in più il primo granduca di Firenze e il più temuto principe d'Italia muore nel 1774. Saranno di lì a qualche anno i 200.000 scudi prestati a Massimiliano a chiudere la questione del titolo e a far varare il diploma della attribuzione *ex novo* del titolo granducale da parte dell'imperatore[69]. Una delle formule che garantiva la sovranità cesarea – «ut porro salva sit superioritas nostra» – palesava, come ha osservato Marrara, «il prezzo che il granduca avrebbe dovuto pagare in cambio della definitiva sanzione della propria dignità: dignità ormai spogliata, però, dell'ambitissima qualifica di 'dominus liber et directus' proclamata dalla Santa Sede»[70].

Il tema della feudalità restava aperto, come si vide agli inizi del XVIII secolo quando la prossima estinzione medicea riaprì il dibattito sullo *status* feudale del granducato.

[69] A. Contini, *Dinastia, patriziato e politica estera*, cit., pp. 199 ss.

[70] D. Marrara, *I rapporti giuridici fra la Toscana e l'impero*, cit., p. 227.

Reichsstadt Venedig?
Der Angriff des «Squitinio della Liberta Veneta» auf den venezianischen Mythos

von *Achim Landwehr*

1. *Einleitung*

Sollte im Jahre 1612 einem Venezianer die Schrift mit dem Titel *Squitinio della Liberta Veneta* in die Hände geraten sein, muß ihm einiges daran recht merkwürdig, um nicht zu sagen: vollkommen falsch vorgekommen sein. Merkwürdig war die Tatsache, daß es sich um eine Veröffentlichung handelte, die ihren Autoren nicht nannte; falsch war – wie man möglicherweise erahnen konnte – der Erscheinungsort Mirandola[1], wobei es sich um eine Stadt handelte, die erst 1597 wieder unter die Herrschaft des Kaisers zurückgekehrt war; und nahezu skandalös mußte auf einen Venezianer die zentrale Aussage der Schrift wirken, die ihm bereits auf dem Deckblatt entgegen sprang: Denn darin wurde nichts Geringeres behauptet, als daß die Rechte dargelegt würden, die der römische Kaiser auf die Herrschaft Venedigs hatte («le raggioni dell'Impero Romano sopra la Città & Signoria di Venetia»)[2].

Mit dieser kurzen Charakterisierung ließen sich die Ausführungen über den *Squitinio della Liberta Veneta* auch schon abschließen, denn damit ist bereits das Wichtigste über diese Schrift gesagt, die vor allem aufgrund ihrer zentralen Aussage von Bedeutung ist und deswegen bei ihrem Erscheinen auch für einiges Aufsehen sorgte. Mit Blick auf seine Kernthese wird der *Squitinio* auch in der historischen Forschung immer wieder herangezogen, jedoch existiert – soweit ich sehe – bis heute keine wissenschaftliche Veröffentlichung, die sich ausschließlich auf diese Schrift konzentriert hätte. Aufgrund der undurchsichtigen Umstände, die die Publikation des

1 F. GAETA, *Venezia da «stato misto» ad aristocrazia «esemplare»*, in G. ARNALDI - M. PASTORE STOCCHI (Hrsg.), *Storia della cultura veneta*, Bd. 4/2, Vicenza 1984, S. 437-494, hier S. 471, Anm. 117.

2 *Squitinio della Liberta Veneta. Nel quale si adducono anche le raggioni dell'Impero Romano sopra la Città & Signoria di Venetia*, Mirandola 1612, Deckblatt.

Squitinio umgeben, vor allem jedoch aufgrund des unbekannten Autors ist es auch in der Tat nicht ganz leicht, eine nähere Einordnung des Textes vorzunehmen, weshalb es sich durchaus anbietet, sich von vornherein auf eine Wiedergabe der zentralen Argumente zu konzentrieren. Ich möchte jedoch versuchen, dieses Dilemma zu umgehen, indem ich eine etwas weiter gehende Kontextualisierung vornehme. Nachdem ich also die einzelnen Argumentationsschritte des *Squitinio* ausführlicher vorgestellt habe, werde ich mich einerseits dem Verfahren des Autors und der Funktion seiner Anonymität zuwenden sowie andererseits die Zusammenhänge der Streitschrift mit der weiteren Diskussion um den venezianischen Mythos beleuchten.

2. *Venedigs Unfreiheit*

In insgesamt sechs Kapiteln versuchte der Autor des *Squitinio della Liberta Veneta* darzulegen, warum es mit der angeblichen Freiheit Venedigs gegenüber anderen übergeordneten Mächten nicht allzu weit her sein konnte. Und er zögerte nicht, sich gleich im ersten Punkt seiner Argumentation ein Schwergewicht vorzunehmen, das nach dem Dafürhalten der Venezianer nicht nur die Grundlage ihrer ursprünglichen Freiheit bildete, sondern darüber hinaus Kernpunkt ihres Selbstverständnisses war, insofern sich Venedig als ein Gemeinwesen verstand, das unter allen Städten der Welt in eindeutiger Weise ausgezeichnet war. Es ging mit anderen Worten um die außergewöhnliche geographische Lage Venedigs inmitten der Lagune, die nicht nur bis zum heutigen Tag Anlaß für ungläubiges Staunen bietet, sondern den Venezianern ein Zeichen dafür war, daß sie vom Schöpfer in besonderer Weise bevorzugt waren[3]. Doch die Lage der Stadt im Meer hatte noch weitere Implikationen, vor allem – modern formuliert – staatsrechtlicher Art. Denn gerade dadurch, daß die Stadt vom Festland abgetrennt war, definierte sie sich selbst auch nicht zu Italien gehörig. Entsprechend konnte nach dem Dafürhalten der Venezianer auch nicht die Herrschaft des Kaisers über Norditalien für sie von Relevanz sein – weil Venedig gar kein Teil Italiens war!

Wie erwähnt, war hiermit ein zentraler Bestandteil des venezianischen Selbstverständnisses betroffen, auf dem – in ganz wörtlicher Weise – die Existenz Venedigs basierte. (Nicht umsonst kommt der Eroberung Venedigs

[3] D. GIRGENSOHN, *Kirche, Politik und adelige Regierung in der Republik Venedig zu Beginn des 15. Jahrhunderts* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 118), 2 Tlbde., Göttingen 1996, hier Tlbd. 1, S. 15-24.

durch Napoleon 1797 daher auch ein großer symbolischer Wert zu, weil er der erste war, der die natürliche Befestigung der Stadt, die ohne Mauern auskam, überwand. Damit war auch der Venedig-Mythos in seiner alten Form an sein Ende gekommen.) Keineswegs zufällig setzte also der *Squitinio* genau an dieser Stelle an, denn Venedig hier zu treffen, würde bedeuten, die Republik in ihren Grundfesten zu erschüttern. Schließlich war es nach Meinung des *Squitinio* unbestreitbar, «che a tempo della fondatione, Italia era de facto tutta tutta [sic!] sotto la signoria delli Imperatori». Für alle, die sich mit der Geschichte beschäftigten und sich darin auskannten («gusto d'istoria»), sei es daher eine «cosa altretanto indubitata, che il sito di Venetia è parte d'Italia, poiche (passando per hora Plinio, Tolomeo, & altri) Ulpiano dice, Insulae Italiae, pars Italiae sunt: & cuiusq; provinciae»[4].

Doch damit nicht genug, auch die legendäre Gründung Venedigs am 25. März 421 entlarvte der Autor als einen Vorgang, der keineswegs die Freiheit Venedigs begründete, vielmehr die Herrschaft des Kaisers über die Republik in aller Deutlichkeit unterstrich. Denn es waren nicht Freie, die sich in der Lagune angesiedelt hatten, vielmehr – wie es zahlreiche angeführte Quellenbelege bewiesen – war es die Stadt Padua, die am Rivo Alto eine Hafenanlage begründete und damit den Grundstein Venedigs legte. Auch wurde diese Initiative von Padua aus geplant und überwacht, woraus sich unschwer folgern ließ, daß Venedig eine kaiserliche Stadt sein mußte, da schließlich auch Padua dem Kaiser untertan war. Dieses Argument verschlimmerte die Situation für Venedig sogar noch, denn durch diese Tochtergründung war die Stadt sogar nur die Untertanin einer Untertanin des Kaisers. («Essendosi dunque provata la nascita di Venetia sotto la giuriditione di Padova. E non potendosi negare Padova esser stata soggetta alli Imperatori, onde non era in sua potesta di fondar Città libera, quando ne havesse havuto voglia, segue necessariamente, Venetia esser nata soggetta in secondo grado di soggettione, troppo più grave che non è il primo, come ogn'uno vede»[5].) Da die *consoli*, die Venedig vorstanden, von Padua ausgesandt worden waren, konnte für den anonymen Autor kein Zweifel daran bestehen, daß die Regierung der Stadt eine Kreation des Kaisers war und nicht die eines freien Volkes («... non restarà dubbio, che il Tribunato all'hora era fattura di Prencipe che commandava, e non creatura di popolo libero»)[6].

4 *Squitinio della Liberta Veneta*, S. 3.

5 *Ibidem*, S. 7.

6 *Ibidem*, S. 8.

Kann Venedig aufgrund der geographischen Zugehörigkeit zu Italien also nach Meinung des *Squitinio* keine Unabhängigkeit für sich beanspruchen, so lösen sich durch das Argument der Gründung der Stadt von Padua aus auch die beiden Möglichkeiten auf, für sich einen ursprünglichen Freiheitsstatus zu reklamieren. Denn der Autor des *Squitinio* sieht nur zwei Varianten der *libertà*: So sei der König von Frankreich – nicht jedoch seine Untertanen – frei, weil er keine weltliche oder geistliche Macht mehr über sich akzeptieren müsse, während beispielsweise die Schweizer frei seien, weil sich ihr Gemeinwesen aus ursprünglich Freien zusammensetze[7]. Beides trifft auf Venedig nicht zu, weil seine Einwohner aus Padua stammten und die Gründung auch durch Padua geleitet und organisiert worden sei. Da Padua auch noch dem Kaiser unterworfen sei, ließe sich sogar behaupten – wäre eine solche Steigerungsform zulässig – daß Venedig unfreier als unfrei ist, nämlich in Abhängigkeit von Padua und vom Kaiser.

Das zweite und dritte Kapitel nehmen im Rahmen der Argumentation deutlich den größten Umfang ein[8]. In diesem Teil bezieht sich der *Squitinio* darauf, daß Venedig angeblich 'immer' frei gewesen sei. Der Autor versucht in diesen beiden Abschnitten durch die Darlegung der historischen Entwicklung Venedigs, die in der Schrift durch zahlreiche Quellenzitate belegt wird, von den Anfängen bis ins 16. Jahrhundert zu zeigen, daß dem keineswegs so war. Im Mittelpunkt steht hierbei vor allem die byzantinische Herrschaft über Venedig, die – in groben Zügen auch dem heutigen historischen Kenntnisstand entsprechend[9] – der Anonymus durch vielfache Belege aus der Literatur mittelalterlicher Autoren nachweist. So finden sich zahlreiche Zitate, die deutlich werden lassen, daß oströmische Kaiser auf die Stadt Anspruch erhoben beziehungsweise Venedig selbst diese Herrschaft anerkannte. Auch die Eroberung Norditaliens durch Goten und Langobarden tangierte diese Herrschaft nicht, insofern die Laguneninseln von den Invasoren nicht eingenommen werden konnten, Venedig in dieser Zeit vielmehr seine Untertanenschaft gegenüber dem byzantinischen Kaiser bekräftigte. Wichtig für den Autor ist es, jeweils darauf hinzuweisen, daß diese Herrscher ganz Italien in ihren Händen hielten und davon die Inseln nicht ausgenommen waren («Per hora bastici haver provato, che del distretto

[7] *Ibidem*, S. 1.

[8] *Ibidem*, S. 22-56.

[9] G. Ortalli, *Il ducato e la «civitas Rivoalti»: tra carolingi, bizantini e sassoni*, in L. Cracco Ruggini - M. Pavan (Hrsg.), *Storia di Venezia. Dalle origini alla caduta della Serenissima*, Bd. 1: *Origini – Età ducale*, Roma 1992, S. 275-790; G. Rösch, *Venedig. Geschichte einer Seerepublik*, Stuttgart - Berlin - Köln 2000, S. 29-35.

d'Italia non si harebbe lasciato scappare di leggiere una spanna»)[10] – somit auch Venedig ihnen untertan war. Der Autor des *Squitinio* findet jedoch noch weitere Belege, wie die Wahl des ersten Dogen Paoluccio Anafesto im Jahr 697, in deren Zusammenhang explizit erwähnt wird, daß das Recht der Venezianer, einen Dogen zu wählen, keineswegs ihrem Status als Freie entsprang, sondern ein vom Kaiser verliehenes Recht war[11].

Die Argumente und Beispiele dieses historischen Teils müssen hier nicht im Einzelnen ausgeführt werden. Wichtig ist, daß der Autor nichts weniger versucht, als eine möglichst lückenlose Kette an historischen Belegen für das gesamte Mittelalter beizubringen, die zeigt, daß Venedig in der Tat dem wichtigsten weltlichen Herrscher der Christenheit untertan war. Diese Belege werden gefunden für Karl den Großen, Lothar, Ludwig II., Otto I., Otto III., Heinrich IV., Friedrich Barbarossa, Heinrich VI., Otto IV., Friedrich II., Konrad IV. und Rudolf I.[12]. Auf diese Weise, so der Autor des *Squitinio*, dauerte es bis zum Jahr 1300, bis die Venezianer ein Zeugnis von ihrer völligen Freiheit ablegten. Aber selbst dann wagten sie es nicht, diese Freiheit aus eigener Herrlichkeit zu proklamieren, sondern bezeichneten sie als kaiserliches Zugeständnis und Privileg. («Et sino passato il 1300 con tutto Venetiani facessero hormai professione di pienissima libertà, non osarono però pretenderla iure proprio, ma per concessione & privilegio Imperiale, fortificato da lunga prescrittione»[13].)

Für das 14. bis 16. Jahrhundert verzichtet der Autor des *Squitinio* auf historische Belege – zwangsläufig. Dieser Umstand ist auch nicht weiter verwunderlich, schließlich hatte Venedig seit dem 14. Jahrhundert seine Position so gestärkt, daß ernsthafte Ansprüche von außen, es sei irgend jemandem untertan, eigentlich kaum noch vorgebracht werden konnten. Venedig hatte seine sogenannte Blüte erreicht, sich eindrucksvoll als europäische Großmacht etabliert und vor allem seinen eigenen Mythos ausgebaut, dessen zentrale Bestandteile darauf hinausliefen, daß es sich um eine freie Republik freier Bürger handelte – zumindest soweit es das Patriziat betraf –, die niemandem untertan war. Vielmehr herrschte sie selbst: über die Adria,

[10] *Squitinio della Liberta Veneta*, S. 13 f.

[11] *Ibidem*, S. 30.

[12] *Ibidem*, S. 34-48. Ein Beispiel, wie man noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus mittelalterlichen Verhältnissen die Zugehörigkeit Norditaliens zum Reich abzuleiten versuchte, findet sich bei M. SCATTOLA, *'De finibus imperii Germanici'. Die frühneuzeitliche Diskussion über die Grenzen des Heiligen Römischen Reiches*, in «Mitteilungen – Institut für Europäische Kulturgeschichte», 11, 2003, S. 9-69, hier S. 60 f.

[13] *Squitinio della Liberta Veneta*, S. 48.

die griechischen Inseln der Ägäis und – seit dem vierten Kreuzzug und der Eroberung Konstantinopels 1204 – über «drei Achtel des römischen Reiches»[14], wie es in der Titulatur der Dogen seitdem mit Stolz hieß.

Ein Exempel fand sich denn doch noch, an dem der Anonymus – und zwar in aller Ausführlichkeit – zu belegen versuchte, daß Venedig selbst noch im 16. Jahrhundert ein Bewußtsein davon besaß, daß es 'eigentlich' dem Kaiser untertan war. Den historischen Kontext bildete der Krieg der Liga von Cambrai (1509-1517), in dessen Verlauf Venedig zunächst sämtliche norditalienischen Besitzungen, die es im 15. Jahrhundert erobert hatte, mit einem Schlag verlor, um sie danach Zug um Zug wieder zurückzugewinnen. Tiefpunkt dieses Krieges war aus venezianischer Sicht die Schlacht von Agnadello 1509, nach der Venedig sämtliche Festlandbesitzungen aufgeben mußte. Auf exakt diesen Zeitpunkt rekurrierend, wird im *Squitinio* eine Rede des venezianischen Gesandten Antonio Giustiniano zitiert, die dieser vor Kaiser Maximilian, dem Sieger von Agnadello, gehalten hatte. Wiedergegeben ist diese Rede in der *Storia d'Italia* von Francesco Guicciardini, und sie gipfelte in den Aussagen des venezianischen Botschafters, daß Venedig in die Arme des Kaisers, des legitimen Herren der Republik, zurückkehre («Tornino con nostro consenso a te vero e legitimo Signore ...») und ihn als Vater, Vorfahren und Gründer der Stadt anrufe («chiamaremo te padre, progenitore, e fondatore della nostra Città»). Damit war für den *Squitinio* natürlich in aller Deutlichkeit belegt, daß die Republik Venedig sehr wohl wußte, in welchem Verhältnis sie tatsächlich zum Kaiser stand. Sämtliche Besitzungen der Terraferma übergab Venedig laut dieser Rede an den Kaiser, der Gesandte sicherte die jährliche Zahlung von 50.000 Dukaten zu, und die Unterwerfung Venedigs unter die Gesetze und Befehle des Kaisers wurde ausgesprochen[15].

Selbstverständlich gab es Widerspruch seitens Venedigs gegen diese Rede, namentlich von Giovanni Battista Leoni und Paolo Paruta, die jeweils vorbrachten, daß diese Rede eine Fälschung sei. Jedoch konnte dies den *Squitinio* kaum überzeugen, denn das Werk Guicciardinis wurde mehrfach in Venedig aufgelegt, bevor diese Einsprüche von venezianischer Seite kamen. Warum, so die Frage des Autors, war den Venezianern nicht zuvor aufgefallen, daß es sich um eine vermeintlich gefälschte Rede handelte?[16].

[14] G. Rösch, *Venedig. Geschichte einer Seerepublik*, S. 71.

[15] *Squitinio della Liberta Veneta*, S. 49.

[16] *Ibidem*, S. 50.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß trotz des Exempels dieser Rede dem Autor des Squitinio ab dem 14. Jahrhundert die historischen Belege für die Herrschaft des Kaisers über Venedig ausgingen. Daher verlegte er sich für die drei abschließenden Kapitel auf eine verfassungsrechtliche Diskussion, die neben der historischen Herangehensweise auf einer weiteren Ebene belegen sollte, daß Venedig keineswegs eine Republik von Freien war. Auf drei Aspekte bezog sich diese Argumentation im einzelnen. Erstens nahm der *Squitinio* das Argument unter die Lupe, daß Venedig eine Republik von Freien sei, weil sie ihr Oberhaupt, den Dogen, selbst wähle. Dieses Argument konnte der Anonymus nicht gelten lassen, weil es andere Beispiele gab, die hier keineswegs eine Zwangsläufigkeit evozierten. So war schließlich auch Polen eine Wahlmonarchie und auch im antiken Rom wurden nach dem Tod des Romulus einige Könige gewählt, ohne daß man davon sprechen könne, diese beiden Gemeinwesen setzten sich aus Freien zusammen, wären also folglich niemandem untertan[17]. Zweitens sah er auch im Großen Rat (*Maggior Consiglio*) Venedigs die Freiheit der Republik keineswegs verwirklicht, denn spätestens seit der Schließung (*serrata*) des Rates im Jahr 1297[18] widersprach dieses Gremium dem Gedanken einer Republik. Mit der *serrata* wurde die Anzahl der Mitglieder im Großen Rat beschränkt, indem keine neuen Familien mehr aufgenommen wurden (von späteren Ausnahmen abgesehen), während alle Mitglieder des Großen Rates im goldenen Buch (*libro d'oro*) festgehalten werden mußten. Mit dem Hinweis auf die *Politik* des Aristoteles und auf das Beispiel der Schweizer Eidgenossenschaft unterstrich der Autor jedoch, daß man nur dann von einer Republik sprechen könne, wenn jeder Bürger («ogni Cittadino») bei den gemeinsamen Belangen mitentscheiden dürfe[19]. Daraus ergab sich schließlich auch das dritte und letzte verfassungsrechtliche Argument, daß nämlich durch die ausschließliche politische Entscheidungsgewalt des Patriziats Venedig im eigentlichen Sinn keine Republik, sondern eine Aristokratie sei. Daher war es für den *Squitinio* eindeutig, «che la libertà è [sic!] Signoria della Republica, risede nella sola nobiltà ...». Wenn dem jedoch so war, dann unterschied sich Venedig in nichts von anderen Städten, die einem Herrscher unterworfen waren, es konnte also aus seiner Verfassung keinerlei Argumente dafür ableiten, daß es frei war und bleiben sollte[20].

[17] *Ibidem*, S. 57.

[18] G. RÖSCH, *Der venezianische Adel bis zur Schließung des Großen Rats. Zur Genese einer Führungsschicht*, Sigmaringen 1989, insbesondere S. 168-184.

[19] *Squitinio della Liberta Veneta*, S. 61 f.

[20] *Ibidem*, S. 75.

3. *Der anonyme Autor und sein Vorgehen*

Doch wer schrieb ihn nun, den *Squitinio della Liberta Veneta*? Diese Schrift, die bei ihrem Erscheinen in der Republik Venedig für einigen Wirbel sorgte und von Girolamo Soranzo, dem venezianischen Botschafter in Wien, dahingehend eingeschätzt wurde, daß der Autor zahlreiche Details über die Serenissima wisse («tanti intimi particolari della nostra città») sowie über zahlreiche antike und zeitgenössische Schriften verfüge[21]? Um es vorweg zu nehmen, abschließend und endgültig läßt sich diese Frage wohl nicht beantworten, wenn sich auch unterschiedliche Grade der Wahrscheinlichkeit dingfest machen lassen. Zugeschrieben wurde die Veröffentlichung zu unterschiedlichen Zeiten und mit unterschiedlichen Gewichtungen Nicolas-Claude Fabri de Pereisc, Antonio Herrera, Gaspare Scioppio, Markus Welser oder – was inzwischen am wahrscheinlichsten gelten kann – Antonio de la Cueva, Marquis von Bedmar.

Ereignisgeschichtlich fällt die Streitschrift in eine Zeit, in der die Republik Venedig fraglos stark unter Druck stand, ja, Paolo Preto sprach sogar von einer venezianischen *grand peur* des frühen 17. Jahrhunderts, die in der spanischen Verschwörung von 1618 gipfelte[22]. In politischer Hinsicht bedeuteten die ersten beiden Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts für die Serenissima eine Krisenphase, die sich mit den Stichworten Interdikt, Krieg und Verschwörung umreißen läßt. Nachdem das späte 16. Jahrhundert für Venedig durch den bedeutsamen, und auch propagandistisch weidlich ausgeschlachteten Seesieg bei Lepanto über die Osmanen überstrahlt wurde, begann das 17. Jahrhundert zunächst mit einer Auseinandersetzung mit dem römischen Papsttum, dem einstigen Koalitionspartner in der Heiligen Liga gegen die Osmanen. Auch hier ging es einmal mehr um das Problem der Freiheit, und zwar in diesem Fall um die *libertà ecclesiastica* von den weltlichen Gerichten. Im Jahr 1605 hatte Venedig zwei Geistliche verhaftet, die sich der Beleidigung der Republik beziehungsweise des Mordes schuldig gemacht haben sollen. Papst Paul V. forderte deren Überstellung an ein geistliches Gericht, was Venedig jedoch ablehnte. Was folgte, war ein europaweit diskutierter Streit zwischen dem heiligen Stuhl und Vene-

[21] Zitiert nach F. GAETA, *Venezia da «stato misto» ad aristocrazia «esemplare»*, S. 470, Anm. 113. Soranzo glaubte übrigens, der *Squitinio* stamme von Markus Welser. Vgl. auch W.J. BOUWSMA, *Venice and the Defense of Republican Liberty. Reniassance Values in the Age of the Counter Reformation*, Berkeley - Los Angeles 1968, S. 504.

[22] P. PRETO, *Le «paure» della società veneziana: le calamità, le sconfitte, i nemici esterni ed interni*, in G. COZZI - P. PRODI (Hrsg.), *Storia di Venezia. Dalle origini alla caduta della Serenissima*, Bd. 6: *Dal rinascimento al barocco*, Roma 1994, S. 215-238, hier S. 228.

dig, der vor allem in Form von Pamphleten und Streitschriften ausgetragen wurde, wobei auf venezianischer Seite Paolo Sarpi federführend die Argumente vorbrachte. Über Venedig wurde daraufhin im April 1606 das Interdikt verhängt, das erst ein Jahr später, am 21. April 1607, mit einer Kompromißlösung wieder aufgehoben wurde[23].

Kaum war dieser Konflikt überstanden, weitete sich die Piraterie der Uskoken zu einem handfesten Konflikt mit den Habsburgern aus. Die Uskoken waren eine Gruppe christlicher Serben, Bosnier und Kroaten, die vor den Osmanen in den habsburgischen Teil des Balkans geflohen waren und unter der Protektion Habsburgs ungefähr seit der Mitte des 16. Jahrhunderts ihre seeräuberischen Aktivitäten gegen die Osmanen in der Adria ausübten – dabei auch venezianische Schiffe keineswegs verschonten. Der venezianische Senat legte dagegen mehrmals Beschwerde beim Kaiser ein, was jedoch nicht zu einer dauerhaften Unterbindung der Piraterie führte. Nachdem 1613 ein venezianischer Statthalter von Uskoken getötet wurde, brach 1615 der sogenannte Krieg von Gradisca (oder auch Krieg gegen die Uskoken) aus. Diese militärische Auseinandersetzung zwischen Venedig und Habsburg endete 1617 mit einem Friedensvertrag, in dem zwar keine der beiden Seiten Gebietsgewinne verzeichnen konnte, die Uskoken aber zumindest dauerhaft von der Piraterie ferngehalten wurden[24]. Gefolgt wurde dieser Krieg im Frühjahr 1618 unmittelbar von der sogenannten «spanischen Verschwörung», deren Hintergründe bis heute sehr diffus sind, deren Strippenzieher jedoch niemand anders gewesen sein soll als der wahrscheinliche Autor des *Squitinio*: Antonio de la Cueva, Marquis von Bedmar. Im Mai 1618 wurde der Consiglio dei Dieci darüber informiert, daß eine weit reichende und gefährliche Verschwörung gegen die Republik Venedig im Gange sei. Wie zuverlässig diese Information war, ist bis zum heutigen Tag umstritten, und es bleibt daher fraglich, ob für Venedig eine tatsächliche Gefahr bestand oder nicht vielmehr aus einer Mücke ein Elefant gemacht wurde. Die Republik nahm die Sache in jedem Fall ernst und ließ die vermeintlichen Rädelsführer hinrichten. Aufgegriffen wurden diese angeblichen Verschwörer beim spanischen Botschafter in Venedig, dem Marquis von Bedmar, der allerdings jede Verbindung mit diesem Vorgang abstritt. Er soll im Hintergrund die Fäden gezogen und sich dabei mit dem Vizekönig von Neapel, dem Herzog von Ossuna, abgesprochen

[23] W.J. BOUWSMA, *Venice and the Defense of Republican Liberty*; G. COZZI - M. KNAPTON - G. SCARABELLO (Hrsg.), *La Repubblica di Venezia nell'età moderna. Dal 1517 alla fine della Repubblica* (Storia d'Italia, 22/2), Torino 1992, S. 87-91.

[24] C.W. BRACEWELL, *The Uskoks of Senj. Piracy, Banditry, and Holy War in the Sixteenth-Century Adriatic*, Ithaca NY - London 1992.

haben. Von jenem Vizekönig überlieferte Paolo Sarpi die Aussage, daß er Venedig zerstören wolle. Die genaueren Zusammenhänge liegen, wie gesagt, im Dunkeln, jedoch verließ Bedmar, mit dessen Namen seither diese spanische Verschwörung verbunden wird, im Juni 1618 Venedig und kehrte nie wieder zurück[25].

Sicherlich waren die politischen Umstände der ersten beiden Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts ein wichtiger, möglicherweise sogar der entscheidende Grund dafür, daß der Autor des *Squitinio* unerkannt bleiben wollte. Er mußte befürchten, daß der lange Arm Venedigs ihn in der einen oder anderen Weise treffen konnte. Aber meines Erachtens reicht eine solche Begründung zur Erklärung der Anonymität noch nicht aus. Ein weiterer Aspekt ist darin zu erblicken, daß Anonymität – mag dies auch zunächst paradox klingen – im 17. Jahrhundert durchaus dazu dienen konnte, das Gewicht der Argumente und die Bedeutung einer Aussage zu steigern. Ein Autor, der ungenannt blieb, mußte keineswegs damit rechnen, daß er, weil er sich hinter der Maske des Namenlosen versteckte, weniger ernst genommen wurde – ganz im Gegenteil. Das Fundament des Autors ruht nach dem Verständnis des 17. Jahrhunderts nicht auf dem Erlebnis einer singulären Erfahrung oder auf 'Genialität', sondern auf der Gelehrsamkeit. Er ist *poeta doctus* und tritt als solcher das Erbe des Humanismus an, weshalb das Schreiben immer in einer großen, stets der Antike verpflichteten Tradition stattfindet[26]. Diese Tradition konnte es durchaus angebracht erscheinen lassen, daß der Autor namentlich nicht in Erscheinung trat, denn dadurch – so die frühneuzeitliche Überlegung – konnten Objektivität und verbürgte Wahrheit eher gewährleistet werden. In frühneuzeitlichen Chroniken wurde das Mittel der Anonymität beispielsweise eingesetzt, um deutlich zu machen, daß es sich 'nur' um eine Kompilation alter und zuverlässiger Quellen handelte, also eben nicht um eine geplante und strukturierte Leistung eines Individuums. Da Originalität als Einlaßpforte für die Lüge verstanden wurde, sollten durch die Auslöschung des Individuums in der Anonymität die 'wahren' Aussagen der Quellen um so deutlicher in den Vordergrund treten[27] – wie im Fall des *Squitinio*. Die

[25] G. Cozzi - M. Knapton - G. Scarabello (Hrsg.), *La Repubblica di Venezia nell'età moderna*, S. 101; P. Preto, *Le «paure» della società veneziana*, S. 228-233; L. von Ranke, *Zur venezianischen Geschichte*, Leipzig 1878.

[26] K. Garber, *Der Autor im 17. Jahrhundert*, in «LiLi – Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik», 42, 1981, S. 29-44.

[27] G. Wolf, *Autopoiesis und Autorpoesie. Zur Funktion des Autors in frühneuzeitlichen Hauschroniken*, in F. P. Ingold - W. Wunderlich (Hrsg.), *Fragen nach dem Autor. Positionen und Perspektiven*, Konstanz 1992, S. 61-71.

Anonymität des Autors der Streitschrift gegen die Freiheit Venedigs hat also zumindest 'auch' Funktionen, die sich in dieser Form vom Mittelalter bis ins 17. Jahrhundert beobachten lassen:

«'uns ist in alten maeren wunders viel geseit' – der unbekannte und ungenannte Autor des Nibelungenliedes beschwört im Eingangsvers geradezu eine mündliche – und das ist eine anonyme – Erzähltradition, um Authentizität und Wahrheit der Überlieferung, auf die er sich beruft, zu beglaubigen ... Anonymität ist also ein pragmatisches Mittel der Stofflegitimation und der Überlieferungsbeglaubigung. Hinzu kommt, daß sich der mittelalterliche Autor stets nur des bereits Geschaffenen und Überlieferten bedient. 'Solus creator est deus' formuliert Thomas von Aquin in der 'Summa theologica'. Der Begriff auktorialer Schöpfung ist an die Absolutheit des Seins gebunden und allein Gott vorbehalten»[28].

Neben der Anonymität des Autors fielen unter Zeitgenossen insbesondere die detaillierten Kenntnisse und die Materialfülle auf, mit der der Verfasser seine Argumente vorbrachte. Die historischen Belege, die in extenso zitiert wurden, waren in der hier versammelten Quantität und Dichte bisher unbekannt gewesen. Insofern war das Erscheinen des *Squitinio* für Venedig wohl mehr als nur ein unangenehmes Ereignis, denn diesmal ging es nicht nur um die Widerlegung von Argumenten, sondern von Dokumenten[29]. In den Entgegnungen, die im Verlauf des 17. Jahrhunderts als Antwort auf den *Squitinio* erschienen[30], wurden daher auch weniger diese Dokumente in Zweifel gezogen, als vielmehr versucht, die ganze Diskussion auf eine andere Ebene zu heben. Konkret ging es beispielsweise Scipione Errico, der 1650 einen *Antisquitinio* veröffentlichte, um den Freiheitsbegriff. Er versuchte gegen den Anonymus stark zu machen, daß sich Freiheit nicht auf ein Territorium beziehe, sondern auf die Menschen, und in diesem Fall sei es allen, die in Venedig wohnten oder dorthin kamen, deutlich, daß sie auf den Inseln der Lagune in Freiheit lebten. Auch Raffaele Della Torre, der 1653 auf den *Squitinio* antwortete, hob hervor, daß Freiheit nicht davon tangiert werde, wie und durch wen ein Ort gegründet worden sei oder ob die Stadtgründer einem Herrscher untertan waren oder nicht. Von Bedeutung sei allein, ob die Bewohner einer Stadt sich zusammenfanden, um in Freiheit zu leben und ob sie diesen Zustand auch bewahren konnten[31].

[28] W. WUNDERLICH, *Anonymität – Akrostichon – Autorschaft. Johann II. von Simmern*, in F. P. INGOLD - W. WUNDERLICH (Hrsg.), *Fragen nach dem Autor. Positionen und Perspektiven*, Konstanz 1992, S. 80 f.

[29] F. GAETA, *Venezia da «stato misto» ad aristocrazia «esemplare»*, S. 469-472.

[30] Eine Zusammenstellung von vier Titeln findet sich *ibidem*, S. 472, Anm. 120.

[31] *Ibidem*, S. 472 f.

Mit seinem Vorgehen stellte sich der Autor des *Squitinio*, wenn auch in außergewöhnlicher Detailfülle, in eine gut humanistische Tradition, insofern die Argumentation auf zahlreichen Literaturbelegen antiker und mittelalterlicher Quellen beruht. Kaum weniger bedeutsam als die Verwendung des Materials war jedoch der spezifische Umgang mit der Vergangenheit, wie er im *Squitinio* praktiziert wurde. Denn die Stoßrichtung der Streitschrift konnte natürlich nur wirken, weil der Autor (wie auch seine Leser) von einem spezifischen Geschichtsbild ausging, das der gesamten Argumentation erst ihre Brisanz verlieh. Dieses Geschichtsbild besagte, in aller Kürze formuliert, daß die im *Squitinio* dargelegten historischen Belege deshalb von Relevanz waren, weil in ganz grundsätzlicher Weise die Vergangenheit für die Gegenwart die Wahrheit sprach. Insofern war für den Autor des *Squitinio* und seine Zeitgenossen die Vergangenheit keineswegs 'vergangen', sondern wirkte vielmehr aktiv auf die Gegenwart ein. Daher waren auch die in der Streitschrift angeführten Zitate antiker und mittelalterlicher Autoren nicht einfach nur Autoritäten, die das eigene Argument stützen sollen, sondern ebenso Belege für die Beschreibung der gegenwärtigen Situation. Nur vor diesem Hintergrund wird deutlich, wieso die Dichte des im *Squitinio* zusammengestellten historischen Materials eine solche Brisanz entwickeln konnte.

Ein solches Verständnis der Vergangenheit wird zuweilen vorschnell als «mittelalterlich» bezeichnet, obwohl seine Wirkmächtigkeit noch bis weit in das 17. Jahrhundert hineinreicht. Das kulturelle Muster, das davon ausgeht, daß die Vergangenheit die Wahrheit spricht und daß Gegebenheiten, die früher als wahr anerkannt wurden, heute unmöglich falsch sein können, hat Burkhard Gladigow als «europäische Variante von Nativismus» bezeichnet[32]. Demnach ist es ein festes Muster der europäischen Kulturgeschichte, daß vor allem Traditionen der Antike immer wieder aufgegriffen werden, wobei es sich jedoch nicht einfach nur um einen prozeßhaften Wandel handelt, sondern um einen programmatischen und normativen Rückgriff: «Das ferne Alte wird als das alte Wahre 'neu' rezipiert»[33]. Die Vorstellung, daß eine Erneuerung in der Gegenwart durch die Wiederherstellung des Alten gelingen soll, hat Wilhelm Mühlmann als «mythologische Anaklisis» (Rückwendung) bezeichnet. Idealtypisch läßt sich dies an den Bemühungen der Philologien in Renaissance und Humanismus aufzeigen, die den ursprüng-

[32] B. Gladigow, *Historische Orientierungsmuster in komplexen Kulturen. Europäische Religionsgeschichte und historischer Sinn*, in K.E. Müller - J. Rüsen (Hrsg.), *Historische Sinnbildung. Problemstellungen, Zeitkonzepte, Wahrnehmungshorizonte, Darstellungsstrategien*, Reinbek b.H. 1997, S. 353-372, hier S. 355.

[33] *Ibidem*, S. 355.

lichen, reinen Text rekonstruieren wollten, bereinigt von den Spuren der Textgeschichte – aber eben auch an der Verwendung mittelalterlicher Belege im *Squitinio,* insofern diese nicht einfach nur als Dokumente einer vergangenen Situation herangezogen wurden, sondern als Beschreibungen, die für die Gegenwart immer noch ihre Gültigkeit hatten.

Hintergrund einer solchen Vorstellung von der Vergangenheit als Gegenwart ist die theologische Dimension der Befassung mit der Geschichte. Denn als von Gott geschaffen, gelenkt und auf ihr Ende zulaufend, ist Geschichte seit dem christlichen Mittelalter unweigerlich Heilsgeschichte – *historia sacra.* Dadurch wurde ein Band zwischen den unterschiedlichen Zeitschichten geflochten, das das zeitlich Zurückliegende eben keineswegs zu etwas Vergangenem werden ließ, es vielmehr zu einem Bestandteil der Gegenwart machte. Insofern hatte die Beschäftigung mit der Vergangenheit – auch im Falle des *Squitinio* – einen durchaus unmittelbaren praktischen Zweck, da sie mit Blick auf die eigene Gegenwart betrieben wurde. «Vergangenheit wird nicht nur als Vergangenheit, sondern als 'Ursprung der Gegenwart' begriffen». Die Beschäftigung mit der Vergangenheit war daher «primär eine Gegenwartswissenschaft, d.h. eine Veranstaltung, die vorrangig zur historischen Erklärung und Bewältigung der eigenen zeitgenössischen Lebenswelt durchgeführt und betrieben wurde»[34].

4. *Mythos und Antimythos*

Dieses Verständnis von der Beschäftigung mit der Vergangenheit im *Squitinio* ist von Bedeutung für die weitere kontextuelle Einbettung der Streitschrift. Denn die zunächst einmal politisch zu verstehende Analyse des anonymen Autors, daß die Republik eigentlich dem Kaiser untertan sei, konnte in einem weiteren Sinn nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn es gelang, der Serenissima gewissermaßen den Boden unter den Füßen weg zu ziehen (was in einer Lagune besonders dramatische Konsequenzen hat), wenn es mit anderen Worten gelang, den eingangs bereits erwähnten Mythos Venedigs zu zerstören. Und dieser Versuch mußte sich auf die Vergangenheit konzentrieren, weil der Mythos der Republik sich zu wesentlichen Teilen aus einer idealisierten Geschichte speiste.

Der Begriff des venezianischen Mythos ist keine zeitgenössische Formulierung, sondern eine Schöpfung der Forschung, und bezeichnet ein Thema,

[34] T.M. Buck, *Vergangenheit als Gegenwart. Zum Präsentismus im Geschichtsdenken des Mittelalters,* in «Saeculum», 52, 2001, S. 217-244.

das sich seit den 1950er Jahren bis zum heutigen Tag großer Beliebtheit erfreut[35]. Der Begriff des «Mythos» scheint dabei insofern glücklich gewählt, als er in Übereinstimmung mit ethnologischen oder religionswissenschaftlichen Forschungen auf einen Komplex aufmerksam macht, in dem sich Gesellschaften selbst erzählen, wo sie herkommen und warum die Dinge sind, wie sie sind:

«Der Mythos erzählt, auf welche Weise dank den Taten der übernatürlichen Wesen eine Realität zur Existenz gelangt ist – sei es nun die totale Realität, der Kosmos, oder nur ein Teil von ihr: eine Insel, eine Pflanzenart, ein menschliches Verhalten, eine Institution. Es handelt sich also immer um die Erzählung einer 'Schöpfung': es wird berichtet, wie etwas erzeugt worden ist und begonnen hat, zu sein ... Kurz, die Mythen beschreiben die verschiedenen und zuweilen dramatischen Einbrüche des Heiligen (oder des 'Übernatürlichen') in die Welt. Und dieser Einbruch des Heiligen gründet wirklich die Welt und macht sie so, wie sie heute ist»[36].

Im Falle des venezianischen Mythos waren dessen einzelne Elemente bereits das gesamte Mittelalter hindurch präsent, wurden jedoch um 1500 zu einem mehr oder weniger geschlossenen Ganzen geformt. Dazu gehörte beispielsweise das Bild von der doppelten Stadtgründung, die einmal auf das bekannte, sagenhafte Datum des 25. März 421 festgelegt wurde[37], zum anderen jedoch auf eine bereits früher erfolgte Gründung im Gebiet von Aquileia rekurrierte, die von trojanischen Exilanten vollzogen worden sein soll. Diese Gründung war nach allgemeinen Berechnungen bereits 1107 v.Chr. erfolgt, was den strategischen Vorteil besaß, daß Venedig dadurch nicht weniger als 428 Jahre älter war als Rom[38]. Venedig wurde durch eine solche Argumentation nicht einfach nur zu einer Stadt in der zweiten Reihe hinter Rom, sondern es wurde das andere, ja sogar das bessere Rom[39]. Und nicht genug mit diesen Superlativen, Venedig wurde auch be-

[35] Wichtige frühe Beiträge stammen von F. CHABOD, *Venezia nella politica italiana ed europea del Cinquecento*, in *La civiltà veneziana del Rinascimento*, Firenze 1958, S. 27-55; G. FASOLI, *Nascita di un mito*, in *Studi in onore di Gioacchino Volpe per il suo 80° compleanno*, Bd. 1, Firenze 1958, S. 445-479; F. GAETA, *Alcune considerazione sul mito di Venezia*, in «Bibliothèque d'Humanisme et Renaissance», 23, 1961, S. 58-75.

[36] M. ELIADE, *Mythos und Wirklichkeit*, Frankfurt a.M. 1988, S. 15 f.

[37] Zur Bedeutung dieses Datums: M. DE BIASI, *Leggenda e storia nelle origini di Venezia*, in «Ateneo Veneto», N.F. 23, 1985, S. 77-101; E. MUIR, *Civic ritual in Renaissance Venice*, Princeton NJ 1981, S. 70 f.

[38] E. CROUZET-PAVAN, *«Sopra le acque salse». Espaces, pouvoir et société à Venise à la fin du moyen âge*, Roma 1992, Bd. 2, S. 959-961.

[39] B. MARX, *Venedig – 'altera Rom'. Transformationen eines Mythos*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 60, 1980, S. 325-373.

zeichnet als das neue Athen, das neue Jerusalem oder das neue Konstantinopel[40].

Das Argument der doppelten Gründung, das aus Venedig eine Stadt machte, die mit Blick auf ihr Alter noch vor Rom rangierte, bildete einen Aspekt eines dichten Netzes, aus dem der venezianische Mythos gefertigt war. Auf die einzelnen Aspekte näher einzugehen, ist hier nicht der Raum, jedoch sollen sie zumindest in der gebührenden Kürze genannt werden: Venedig wurde als jungfräuliche Stadt tituliert, die niemals erobert wurde, und das, obwohl sie keine Stadtmauern besaß. Dies korrespondierte durchaus mit der einzigartigen geographischen Lage der Stadt, die sie unerreichbar für fremde Heere machte, zugleich aber auf einen anderen Aspekt des Mythos hinweist, nämlich die unvergleichliche Schönheit der Stadt. Diese Schönheit, die auch in Plätzen und Gebäuden zum Ausdruck kam, verwies jedoch nicht nur auf einen ästhetischen Aspekt, sondern wurde zugleich als Hinweis auf die gute soziale und politische Ordnung im Inneren gedeutet. Ebenfalls Bestandteil des Mythos war die Frömmigkeit und Religiosität der Venezianer, die im Markuskult der Stadt ihren sprechenden Ausdruck fand[41].

All diese Aspekte kulminierten in gewisser Weise jedoch in der Bedeutung, die die Freiheit für das Selbstverständnis Venedigs hatte, wobei hier sowohl die Freiheit von äußeren Mächten als auch die Freiheit der Bewohner im Innern gemeint war. Gerade in Auseinandersetzung mit Argumentationen wie denjenigen des *Squitinio* war es von zentraler Bedeutung, welches Verständnis von Freiheit und Republik man zugrunde legte. Denn während der *Squitinio* Venedig weder den Status der Republik noch denjenigen der Freiheit zubilligte, bedingte im Selbstverständnis der Serenissima beides einander und bildete so die Grundlage der Stadt. Vor Aufklärung und Französischer Revolution wurden «Republiken mit Freiheit gleichgesetzt», und zwar mit der «Freiheit von der Beherrschung durch eine fremde Macht und Freiheit der Bürger von der Beherrschung durch einen von ihnen

[40] G. BENZONI, *Venezia, ossia il mito modulato*, in «Studi Veneziani», 19, 1990, S. 15-33; C. FRITSCH, *Der Markuskult in Venedig. Symbolische Formen politischen Handelns in Mittelalter und Früher Neuzeit*, Berlin 2001, S. 79 f.

[41] M. GILMORE, *Myth and Reality in Political Theory*, in J.R. HALE (Hrsg.), *Renaissance Venice*, London 1973, S. 431-444; R. FINLAY, *Politics in Renaissance Venice*, New Brunswick 1980, S. 27-37; E. MUIR, *Civic Ritual in Renaissance Venice*, S. 13-23; J.S. GRUBB, *When Myths Lose Power. Four Decades of Venetian Historiography*, in «Journal of Modern History», 58, 1986, S. 43-94; D. ROSAND, *Myths of Venice. The Figuration of a State*, Chapel Hill NC - London 2001.

selbst»[42]. Untrennbar damit verbunden ist der aristotelische Gedanke, daß die Bürger einer Republik innerhalb dieser Staatsform ein gutes Leben führen können, daß also der Staat zum Zweck der gemeinsamen Sache und des allgemeinen Wohls besteht. Um dieses Ziel zu erreichen, schließen sich in der Republik ursprünglich Freie zusammen, um sich selbst eine Regierung zu geben. Damit ist prinzipiell jedoch noch nichts über die konkrete Verfassungsform gesagt. Denn die Ideale der Republik lassen sich nach diesem frühneuzeitlichen Verständnis sowohl in einer Demokratie, in einer Aristokratie oder einer Monarchie verwirklichen. Der zentrale Unterschied zu monarchischen Herrschaftsformen bestand im Moment der Freiheit, in dem sowohl Zusammenschluß des Gemeinwesens als auch Obrigkeitswahl zustande kommen mußten[43]. Darüber hinaus läßt sich die Republik hinsichtlich ihrer Zielsetzung definieren, die, in der Tradition des antik-römischen Verständnisses dieses Begriffs, die Angelegenheiten des Volkes – die *res publica* – in seiner Gesamtheit im Auge hatte. «Als Gegenbegriff zur 'res privata zielte res publica' auf die Verwirklichung und Erfüllung des Gemeinwohls (bonum commune, utilitas publica, salus publica) der Gesamtheit im Gegensatz zum Eigennutz (bonum particulare, res privata) des einzelnen»[44].

Wie läßt sich jedoch ein solches Verständnis, das im Prinzip alle Bürger der Stadt umfaßt, mit dem aristokratischen Verständnis des venezianischen Patriziats, das ja den Großteil der Bevölkerung von der aktiven politischen Teilhabe ausschloß, vereinbaren? Schließlich sah sich ohne Zweifel auch die Republik Venedig diesen beiden Maximen, der ursprünglichen Freiheit des Gemeinwesens und der Zielsetzung des Gemeinwohls, verpflichtet. Daß die politische Teilhabe trotz allem auf eine kleine Gruppe beschränkt blieb, widersprach diesem Selbstverständnis jedoch keineswegs, sondern war vielmehr ihr sprechender Ausdruck. Da zum einen Republik eben nicht mit Demokratie gleichgesetzt wurde, zum anderen bereits Platon und Aristoteles – und nach diesen besonders Polybios – die Mischung der verschiedenen Verfassungsformen (Politie, Aristokratie und Monarchie) als ideal angesehen hatten, weil sie die größte Stabilität für den Staat garantierte, konnte sich die Serenissima sogar als die ideale Verkörperung der

[42] H.G. KOENIGSBERGER, *Schlußbetrachtung: Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit aus historischer Sicht*, in H.G. KOENIGSBERGER (Hrsg.), *Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit*, München 1988, S. 285-302, hier S. 285.

[43] W. MAGER, Art. *Republik*, in O. BRUNNER - W. CONZE - R. KOSELLECK (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, 1984, S. 549-651, hier S. 580-589.

[44] *Ibidem*, S. 552.

republikanischen Idee verstehen, da sie alle entsprechenden Bestandteile in sich faßte. Der große Rat (*Maggior Consiglio*) war Souverän der Republik und repräsentierte damit ihr demokratisches Element, denn in ihm waren alle Bürger der Stadt vertreten, die zur politischen Teilhabe berechtigt waren. Der Senat (*Senato/Pregadi*) stellte mit seiner Abordnung von ca. 300 Mitgliedern des großen Rates das aristokratische Element dar, während der Doge den monarchischen Part erfüllte. In dieser ausgewogenen Kombination der drei Verfassungsformen, die am prominentesten von dem Florentiner Donato Giannotti und dem Venezianer Gasparo Contarini, aber beispielsweise auch von Giovanni Botero beschrieben wurden, sah man gemeinhin den Hauptgrund für das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben innerhalb der venezianischen Republik[45], und sie war es auch, die die Dauerhaftigkeit der Serenissima begründete und gewissermaßen verhinderte, daß der Zahn der Zeit an ihr nagen konnte[46].

Natürlich blieb dieser Anspruch Venedigs auf eine derart herausragende Stellung innerhalb Europas nicht unbeantwortet. Es formte sich vielmehr ein sogenannter Antimythos, der sämtliche positiven Aspekte der Serenissima in ihr Gegenteil zu verkehren versuchte. Dieser antimythischen Tradition ist auch eindeutig der *Squitinio* zuzuordnen. Die einfache Umpolung der einzelnen Aspekte des venezianischen Mythos im Antimythos führte jedoch zu dem interessanten Phänomen, daß sich Mythos und Antimythos eigentlich kaum unterschieden, da es sich jeweils um die identische Anordnung von Aussagen handelte, nur mit einem anderen Vorzeichen versehen. Mythos und Antimythos waren also zwei Seiten derselben Medaille. Der Antimythos tut nichts weiter als dem vermeintlich 'falschen' venezianischen Mythos eine ebenso vermeintlich entmythisierte 'Wahrheit' entgegenzusetzen. Tatsächlich wird dadurch jedoch nichts anderes hervorgebracht als ein Spiegelbild der Meinungen und Überzeugungen, die sich mit Venedig verbinden – und damit nur ein weiterer Mythos produziert. Denn die Entmythisierungsarbeit des Antimythos macht genau an dem Punkt Halt, an dem sie sich gegen die Entmythisierenden selbst wenden würde[47].

[45] G. SILVANO, *La «Republica de' Viniziani». Ricerche sul repubblicanismo veneziano in età moderna*, Firenze 1993, S. 39-120; J.G.A. POCOCK, *The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton NJ 1975, S. 272-330; Q. SKINNER, *The Foundations of Modern Political Thought*, Cambridge 1978, Bd. 1, S. 139-142.

[46] A. TENENTI, *The Sense of Space and Time in the Venetian World of the Fifteenth and Sixteenth Centuries*, in J.R. HALE (Hrsg.), *Renaissance Venice*, London 1973, S. 17-46, hier S. 33-37.

[47] G. FASOLI, *Nascita di un mito*, S. 472 f.

Die polemischen antivenezianischen Epigramme und Gedichte, die Ulrich von Hutten während des Krieges der Liga von Cambrai (1508-1517) schrieb, sind ein typisches Beispiel für diesen Antimythos. Die Venezianer werden dort als einfache Fischer beschrieben, die durch Schiffahrt und Handel zu Reichtum kamen. In der Folge breiteten sie ihre Netze über ganz Italien, die Adria, Griechenland und die mittelmeerischen Inseln aus, lebten in Luxus und Verschwendung und beuteten ihre Untertanen aus. Erst mit dem Flug des kaiserlichen Adlers – Maximilian I. – über die Alpen, so Huttens Vision, würde diese Tyrannei beendet und wieder Gerechtigkeit einkehren. Die Venezianer wären gezwungen, sich wieder als Fischer zu verdingen. Der aus den Sümpfen stammende venezianische Frosch, der sich aufbläht und sich einbildet, der Markuslöwe zu sein, wird vom Adler wieder in den Sumpf zurückgetrieben[48]. Tyrannei, Ungerechtigkeit, Verschwendung, Irreligiosität, Herrschsucht – dies sind die Aspekte, die in exakter Umkehrung des positiven Venedigbildes den Antimythos charakterisieren.

Fraglos geht der *Squitinio* nicht in dieser Weise polemisch, sondern vielmehr – mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln – historisch vor, um den venezianischen Mythos zu unterminieren. Jedoch ist er insofern in die antimythische Tradition einzuordnen, als er dem grundsätzlichen Argumentationsschema verpflichtet ist, sämtliche positiven Aspekte des Mythos in ihr Gegenteil zu verkehren: Die Venezianer behaupten, sie seien schon immer frei gewesen? Dann werden wir mit Dokumenten aus der Vergangenheit das Gegenteil belegen! Die Venezianer behaupten, ihre Verfassung sei Zeichen und Garant für die Freiheit innerhalb der Republik? Dann werden wir zeigen, daß sie im Gegenteil Beweis der Unfreiheit ist! Auf diese Weise lassen sich ganz grundsätzlich Vorgehensweise und Argumentationsschema des *Squitinio* charakterisieren.

Daher kann es auch kaum verwundern, daß der *Squitinio* sein Ziel nicht erreichte[49]. Die Serenissima schreckte aufgrund der Belegdichte zwar kurz auf, aber erschüttern konnte diese Streitschrift das Fundament Venedigs nicht. Dafür bewegte sich selbst der *Squitinio* mit seiner eindeutig antivenezianischen Stoßrichtung noch viel zu sehr in einem Koordinatensystem, das durch den venezianischen Mythos vorgegeben war. Die historischen Dokumente konnten zwar in einem eigentlichen Sinn nicht widerlegt

[48] L. JILLINGS, *The Eagle and the Frog: Hutten's Polemic Against Venice*, in «Renaissance Studies», 2, 1988, S. 14-26.

[49] F. GAETA, *Venezia da «stato misto» ad aristocrazia «esemplare»*, S. 491.

werden, jedoch ließen sich die Schlußfolgerungen, die man daraus ableitete, einfach wieder mit einem positiven Vorzeichen versehen. Im Grundsatz führte der *Squitinio* also keine Änderung herbei.

Und doch zeigen sich auf der anderen Seite bereits erste Anzeichen dafür, wie man im weiteren Verlauf des 17. Jahrhunderts dem venezianischen Mythos zu Leibe rückte, seine Basis Stück für Stück zerstörte, und so zumindest auf diskursiver Ebene den 'Untergang Venedigs' einleitete: Diese Anzeichen finden sich im methodischen Vorgehen des *Squitinio* mit der dichten historischen Belegkette, die die Venezianer aufhorchen ließ. Dies läßt sich an der Quellengruppe der Reiseberichte[50] und deren Umgang mit Venedig zeigen. Wurde bis ca. 1675 in den Berichten europäischer Reisender ein Bild von Venedig gezeichnet, das bis in die Details hinein dem durchweg verherrlichenden Prinzip des venezianischen Mythos entsprach, läßt sich seit dem letzten Viertel des 17. Jahrhunderts eine deutliche Veränderung beobachten[51].

Dem mythischen Denken (nicht nur in Venedig) ist es eigen, eine kontinuierliche Kette zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen und sich auf diese Weise selbst zu perpetuieren. Der geschichtliche Ablauf wird als eine ineinanderfließende Einheit gedacht, die nicht durch analytisch nachvollziehbare Einschnitte kategorisiert wird[52]. Eine solche Funktion des Mythos läßt sich für Venedig unschwer nachweisen, insofern die einzelnen Elemente davon leben, der Zeit und der Veränderung enthoben zu sein. Venedig war 'schon immer' frei, ist 'nie' erobert worden, ist 'älter' als Rom usw. Der Rückbezug auf die Vergangenheit hatte für den venezianischen Mythos vor allem die Funktion, zu zeigen, daß die Serenissima eben kein Opfer der Zeit war und für sich die Geschichte einfrieren konnte. Um so fataler mußte es für den venezianischen Mythos sein, wenn das Prinzip der zeitlichen Kontinuität aufgehoben und durch ein Denken in zeitlichen Kategorien ersetzt wurde. Die mythische Synthese wurde so einer Partikularisierung unterworfen, aus der sich einzelne Elemente herauslösen und analysieren, ja sogar kritisieren ließen. Mit anderen Worten: aus dem Mythos wurde Geschichte.

[50] A. Landwehr, *Die Stadt auf dem Papier durchwandern. Das Medium des Reiseberichts im 17. Jahrhundert*, in «Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte», 3, 2001, S. 48-70.

[51] Die Veränderungen des Diskurses des venezianischen Mythos während der Frühen Neuzeit ist unter anderem Gegenstand meines derzeitigen Forschungsprojekts: *Die Erschaffung Venedigs 1570-1750. Raum, Bevölkerung, Mythos*, Habilitationsschrift Düsseldorf, 2004.

[52] E. Cassirer, *Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur*, Frankfurt a.M. 1992², S. 130-133.

Genau dies läßt sich im späten 17. Jahrhundert im Falle Venedigs be-obachten[53]. Das größte Problem des venezianischen Mythos war es nicht mehr, daß er es mit einem Antimythos zu tun hatte, sondern daß er historisiert und dynamisiert wurde. Mit den Prinzipien der wissenschaftlichen Revolution des 17. Jahrhunderts, dem methodischen Zweifel des Cartesianismus und dem Rationalismus der Frühaufklärung konfrontiert, konnte der venezianische Mythos nicht überleben. Vielmehr wurde er in seine Einzelteile zerlegt, und diese wurden dann einer kritisch-wissenschaftlichen Prüfung unterzogen, die die Elemente des Mythos vielfach nicht unbeschadet überstanden. So wurde in den Reiseberichten seit dem späten 17. Jahrhundert nicht nur thematisiert, sondern auch bewiesen, daß Venedig keineswegs so alt war, wie es von sich behauptete; daß es sich keineswegs um eine durchweg schöne Stadt handelte; daß das Patriziat alles andere als eine ideale Führungsschicht war, sondern sich vielmehr durch Dekadenz und große soziale Unterschiede auszeichnete; daß die Lage Venedigs in der Lagune auch ihre Nachteile hatte, zum Beispiel im stehenden Gewässer, das unangenehme Gerüche absonderte; daß die einstige große militärische Macht Venedigs, die im Arsenal ihren Ausdruck fand, kaum noch etwas mit der Realität zu tun hatte, sich in dieser militärischen Produktionsstätte vielmehr nur noch verrostete Waffen und sehr wenig Schiffe fanden. Die Liste der Kritikpunkte ließe sich fortsetzen, womit deutlich wird, daß der venezianische Mythos von allen Seiten unter Beschuß geriet. Das Ergebnis dieser Überprüfung war, daß Venedig im 18. Jahrhundert nicht mehr als europäische Großmacht wahrgenommen wurde, sondern als eine Touristenattraktion, die man vor allem aufgrund der glorreichen Vergangenheit und der Vergnügungsmöglichkeiten besuchte.

Für diese Veränderung war der *Squitinio* nicht wirklich konstitutiv, insofern er sich der antimythischen Tradition verpflichtet wußte und so den venezianischen Mythos eher bestätigte als kritisierte. Doch deuten sich im *Squitinio* vor allem durch die Sammlung historischer Belege erste Möglichkeiten an, wie dem venezianischen Mythos wirksam begegnet werden konnte. Mit der entsprechenden – das heißt vor allem kritischen und wissenschaftlichen – Prüfung dieser Dokumente wäre es möglich gewesen, die Erzählung

[53] Insofern würde ich auch der Meinung von Piero del Negro widersprechen, es handele sich bei den venedigkritischen Schriften ab dem späten 17. Jahrhundert (immer noch) um einen Antimythos. Zwar wurde der Mythos kritisiert und damit zerstört, aber nicht weil man politisch gegen ihn vorgehen wollte, sondern weil er unter den veränderten Bedingungen ganz grundsätzlich an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Vgl. P. DEL NEGRO, *Forme e istituzioni del discorso politico veneziano*, in G. ARNALDI - M. PASTORE STOCCHI (Hrsg.), *Storia della cultura veneta*, S. 407-436.

des Mythos auf seine Rationalität hin zu prüfen – und natürlich wäre er dann, wie seit dem späten 17. Jahrhundert geschehen, wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen. Doch genau dieses Ziel verfolgte der *Squitinio* nicht, vielmehr war sein Vorgehen ein politisches, das explizit eine Anbindung Venedigs an das Alte Reich forderte, und daher einzig bestrebt war, den venezianischen Mythos durch einen kaiserlichen Mythos zu ersetzen. Dieses Unterfangen mußte scheitern, allein schon weil die Einverleibung Venedigs durch das Alte Reich politisch kaum durchzusetzen war, aber dann auch, weil der *Squitinio* diskursiv die falschen Mittel einsetzte. Und schließlich hielten die Jahre, die der Veröffentlichung des *Squitinio* folgten, für Kaiser und Reich ganz andere, bis dahin kaum denkbare Ereignisse der schlimmsten Art bereit, die kaum ernsthaft daran denken ließen, Venedig der Herrschaft des Kaisers zu unterwerfen. Sowohl das Reich als auch Venedig erlebten zu Beginn des 17. Jahrhunderts wahrscheinlich ihre letzten Jahre als politische Großmacht – wovon der *Squitinio della Liberta Veneta* eindrucksvoll Zeugnis ablegt.

Reichsitalien in der habsburgischen Publizistik des 18. Jahrhunderts

von *Elisabeth Garms-Cornides*

Sicherlich zu Recht konstatierte der Rechtshistoriker Rudolf Hoke 1997 bei der Tagung «Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum» bei manchen «Vertretern der allgemeinen Geschichtswissenschaft» einen naiven Gebrauch des Terminus «Publizistik» im «Sinne von Publikationstätigkeit oder Journalistik»[1]. Es muß hier einleitend gestanden werden, daß eine solche Interpretation des Wortsinns fernab von der juristischen Terminologie auch in dem folgenden Beitrag zunächst dominant war. Gewissermaßen unerwartet stellte sich aber heraus, daß bei der Reflexion über die auf der italienischen Halbinsel gelegenen Reichslehen, die das Haus Habsburg, beziehungsweise das Haus Habsburg-Lothringen, im 18. Jahrhundert innehatte, tatsächlich beides zum Thema werden kann: die politischen Propagandaschriften ebenso wie die Ansätze einer Publizistik im juridisch-technischen Sinn einer österreichischen Staatsrechtslehre. Dabei gerät man allerdings in den Fragenkomplex «Was bedeuten 'Österreich' und 'österreichisch' im 18. Jahrhundert?», dem Grete Klingenstein 1995 in einem sehr wichtigen Aufsatz nachgegangen ist[2]. Zugleich ist mit «habsburgischer Publizistik» die Funktion jener Publikationen angesprochen, die aus einer bis dahin in erster Linie dynastischen Geschichtsbetrachtung in den fünfziger und sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts Ansätze einer österreichischen Staatsrechtslehre zu entwickeln trachteten. Mein Anliegen ist es, diese ebenfalls von G. Klingenstein bereits konstatierten Ansätze[3]

[1] R. HOKE, *Prokaiserliche und antikaiserliche Reichspublizistik*, in H. DUCHHARDT - M. SCHNETTGER (Hrsg.), *Reichständische Libertät und habsburgisches Kaisertum* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte, 48), Mainz 1999, S. 9-32, hier S. 19, Anm. 2.

[2] G. WALTER-KLINGENSTEIN, *Was bedeuten 'Österreich' und 'österreichisch' im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie*, in R. PLASCHKA - G. STOURZH - J.P. NIEDERKORN (Hrsg.), *Was heißt Österreich? Inhalt und Wandlungen des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute* (Archiv für österreichische Geschichte, 136), Wien 1995, S. 149-200.

[3] *Ibidem*, S. 195-198.

einem politischen Klima zuzuweisen, in dem sich die Diskussion über die italienischen Reichslehen und die Entstehung eines *Ius Publicum Austriacum* in dem für das 18. Jahrhundert so charakteristischen «Nebeneinander von Noch und Schon» (Vierhaus) finden[4]. Zugleich läßt sich auch hier die schon oft gestellte Frage nach der «Herausentwicklung» Österreichs wiederholen: dienten Forschung und Schrifttum über die auf reichsrechtlicher Grundlage dem habsburgischen Besitz in Italien zugewachsenen oder bestätigten Territorien nur einer dürftigen Bemäntelung der Wiener Großmachtpolitik oder waren sie Ausdruck eines genuinen und eigenständigen Interesses an der Aufrechterhaltung Reichsitaliens?[5].

Dabei soll in drei Schritten vorgegangen werden:

– Es soll danach gefragt werden, wie präsent das Thema Reichsitalien am Wiener Hof um 1760 war.

– Ist ein solches, wenngleich begrenztes, Interesse nachweisbar, kann eine bisher nicht bekannte Abhandlung zum «Italiänischen Staatsrecht» dazu in Verbindung gesetzt werden.

– Diese Schrift von Gottfried Ernst Fritsch soll in die Traditon der Reichspublizistik einerseits, in eine «österreichische» (habsburgische) Entwicklungslinie andererseits eingeordnet werden.

1. *Reichsitalien am Wiener Hof*

«Reichsitalien», beziehungsweise die Reichszugehörigkeit bestimmter italienischer Territorien als Thema gelehrter Abhandlungen mit aktueller politischer Zielsetzung, und «Neoghibellinismus» als Sammelbegriff für politische Tendenzen der ersten Jahrhunderthälfte, oder besser des ersten Drittels des 18. Jahrhunderts, sind heute, in erster Linie dank der

[4] R. VIERHAUS, *Kultur und Gesellschaft im 18. Jahrhundert*, in B. FABIAN - W. SCHMIDT-BIGGEMANN (Hrsg.), *Das achtzehnte Jahrhundert als Epoche* (Studien zum 18. Jahrhundert, 1), Nendeln 1978, S. 71-86, hier S. 76.

[5] Zusammenfassend zur Diskussion zuletzt H. KLUETING, *Das Reich und Österreich 1648-1740*, in W. BRAUNEDER - L. HÖBELT (Hrsg.), *Sacrum Imperium. Das Reich und Österreich 996-1806*, Wien - München - Berlin 1996, S. 162-287, hier besonders S. 239-240, sowie DERS., *Zwischen wittelsbachischem Kaisertum und josephinischer Diözesanregulierung (1742/45-1783): Faktoren österreichischer Identitätsbildung im 18. Jahrhundert*, in F.M. EYBL (Hrsg.), *Strukturwandel kultureller Praxis. Beiträge zu einer kulturwissenschaftlichen Sicht des theresianischen Zeitalters*, in «Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts», 17, 2002, S. 15-44, hier S. 34-35.

Arbeiten Karl Otmar von Aretins, in der historischen Forschung akzeptierte Phänomene. Titel wie *Der Heimfall des Herzogtums Mailand*, *Die Lehensordnungen in Italien*, *L.A. Muratori und Österreich*, *Zur Rolle Italiens in der österreichischen Politik um das spanische Erbe*, *Die Toskana zwischen Rom und Wien* belegen das zur Genüge[6]. All das scheint in der zweiten Jahrhunderthälfte keine Rolle mehr zu spielen, um so mehr als es auch keine ausführlichen Untersuchungen darüber gibt, inwieweit Kaiser Franz I. Stephan sich über sein formell dem Reich zugehöriges Großherzogtum Toskana hinaus für Reichsitalien zu engagieren gewillt war. Dazu wäre hier nur soviel anzumerken, daß ihn bis zu Kaiserwahl vor allem die Aufrechterhaltung, Konsolidierung und eventuelle Arrondierung seiner Herrschaft in der Toskana, auch unter Zuhilfenahme reichsrechtlicher Ansprüche, interessierte, während ihn nach 1745 der Streit um die erledigten Lehen Carpegna und Scavolino in eine zwiespältige Haltung zwischen Reichs- und toskanischen Ansprüchen brachte[7]. Allerdings hat weder die

[6] Die grundlegenden Arbeiten Aretins sind nunmehr zusammengefaßt in K.O. VON ARETIN, *Das Reich. Friedensgarantie und europäisches Gleichgewicht 1648-1806*, Stuttgart 1986, sowie DERS., *Das Alte Reich 1648-1806*, Bde. 2 und 3, Stuttgart 1997; E. ZLABINGER, *L.A. Muratori und Österreich* (Veröffentlichungen der Universität Innsbruck, 53), Innsbruck 1970; L. AUER, *Zur Rolle Italiens in der österreichischen Politik um das spanische Erbe*, in «Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs», 31, 1978, S. 52-72; M. VERGA (Hrsg.), *Dilatar l'Impero in Italia. Asburgo e Italia nel primo Settecento*, in «Cheiron», XI, 1994, 21, mit Beiträgen von M. Verga, D. Frigo, C. Cremonini, E. Faber und F. Gallo; E. GARMS-CORNIDES, *Die Toskana zwischen Rom und Wien*, in H. ZEMAN - P. CHIARINI (Hrsg.), *Italia – Austria. Alla ricerca del passato comune* (Atti dell'Istituto Italiano di Studi Germanici, 4), Roma 1995, Bd. 1, S. 411-485, italienische, teilweise verbesserte Version: *Firenze tra Roma e Vienna*, in A. CONTINI - M.G. PARRI (Hrsg.), *Il Granducato di Toscana e i Lorena nel secolo XVIII* (Biblioteca storica toscana, 26), Firenze 1999, S. 93-118; siehe auch DIES., *Scene e attori della rappresentazione imperiale a Roma sulla fine del Seicento*, in G. SIGNOROTTO - M.A. VISCEGLIA (Hrsg.), *La Corte di Roma tra Cinque e Seicento «Teatro» della politica europea* («Europa delle Corti». Biblioteca del Cinquecento, 84), Roma 1998, S. 509-535. Siehe auch die Beiträge von C. Cremonini und D. Frigo im vorliegenden Band. Der im Wiener Haus-, Hof-und Staatsarchiv (künftig HHStA) verwahrte Traktat des kaiserlichen Plenipotentiärs Giovanni Battista Castelbarco («Potestà della Monarchia Imperiale e sua Giurisdizione sopra i Feudi d'Italia», *Handschriften*, B 179), geschrieben 1705, in diesem Jahr und erneut 1707 nach Wien gesandt, ist bei Aretin nicht erwähnt. Bezeichnend erscheint das abfällige Urteil des Hofkanzlers Seilern, der in einer Notiz bemerkte, alles von Castelbarco Angeführte stünde sowieso schon bei Conring (*ibidem*, fol. 165-166).

[7] Vgl. meine in der vorangehenden Anmerkung genannten Untersuchungen zur Toskana, die ausführlich vom Streit um Carpegna handeln, der infolge zusätzlicher päpstlicher Ansprüche auch das Verhältnis zwischen Kaiserhof und Kurie belastete. Am Beginn seiner Regierung in der Toskana scheint sich Franz Stephan auch für die Übernahme des Reichsvikariats interessiert zu haben, siehe E. GARMS-CORNIDES, *Die Toskana zwischen Rom und Wien*, S. 446.

toskanische Reggenza in Florenz, noch der päpstliche oder kaiserliche Hof in diesen Fragen eine nennenswerte «Prätensionenliteratur» veranlaßt, sondern die Auseinandersetzung erschöpfte sich im wesentlichen in den Diskussionen der Diplomaten und Politiker. Gleichzeitig erörterten aber in den vierziger und fünfziger Jahren vielfältige Publikationen, insbesondere aus der Feder des dem Kaiserhof nahestehenden Reichshofrats von Senckenberg, intensiv die Frage der Reichszugehörigkeit Genuas[8]. Daß man von Seiten Genuas gewaltige Bestechungssummen für den Kaiser vorsah, ist wohl ein indirekter Beweis für die Wichtigkeit, die man der Person Franz Stephans in diesem Zusammenhang zumaß[9].

Die «Affaire» um Sanremo, die Gegenstand einer eigenen Untersuchung im vorliegenden Band ist, leitet zur Zeit Josephs II. über: meist wird die Behandlung, die sie unter dem jungen Kaiser in Wien erfuhr, als ein halbherzig geführtes Rückzugsgefecht angesehen; das Interesse Josephs II. an «Reichsitalien» sei nach einer kurzen Anfangsphase, die man bestenfalls

[8] F.D. Häberlin, *Gründliche Historisch-Politische Nachricht von der Republik Genua*, Leipzig - Hannover 1747; J.J. Reinhard, *Diatriba de Jure Imperatoris et Imperii in Rempublicam Genuensem*, Frankfurt a.M. 1747 (Kaiser Franz I. Stephan gewidmet); C.G. Reinhardt, *Genuensium libertatis non supremae iuris gentium, sed Caesari atque Imperio subordinatae brevis adumbratio*, Jena 1746; [H.C. von Senckenberg] *Imperii Germanici ius ac possessio in Genua Ligustica eiusque ditionibus*, 2 Bde, Hannover 1751, mit Abdruck früherer Traktate auch anderer Autoren. Senckenberg wurde bei der Abfassung des Werks über Genua von seinem jüngeren Bruder Johann Erasmus unterstützt, C. Weidlich, *Zuverläßige Nachrichten von denen jetzt lebenden Rechtsgelehrten*, Bd. 2, Halle 1758, S. 126-127, doch wußte Senckenbergs Witwe noch mehr als zehn Jahre nach dem Tod ihres Mannes, daß «der Fascicul von Genua ... mit Vorwissen oder Befehl des Hofes selbst geschrieben worden [sei] ... und über kurz oder lang zu einer besonderen Legitimation dienen» sollte, HHStA, *Reichshofrat* (künftig *RHR*), Verfassungsakten, Testamente, 165, Promemoria der Elisabeth Sophie von Senckenberg vom 9. Februar 1780. Die Erhebung Senckenbergs zum Reichsfreiherrn steht in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Veröffentlichung des zweibändigen Werkes (1751). In Senckenbergs Nachlaß befanden sich aber nicht nur umfangreiche Materialien zu Genua, sondern auch zu den Reichslehen in Italien und zu Montferrat: HHStA, *RHR*, Verfassungsakten, Testamente, 165, 1779-1780 angelegte Nachlaßinventare. Zu Senckenbergs Nahverhältnis zu Kaiser Franz Stephan, dessen Wahl er publizistisch unterstützt hatte, siehe O. von Gschliesser, *Der Reichshofrat. Bedeutung und Verfassung, Schicksal und Besetzung einer obersten Reichsbehörde von 1559 bis 1806* (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte des ehemaligen Österreich, 33), Wien 1942, S. 432-434. Zu Senckenbergs publizistischem Eingreifen in die Sanremo-Frage siehe V. Tigrino, *Castelli di carte. Giurisdizione e storia locale nel Settecento in una disputa fra Sanremo e Genova*, in «Quaderni storici», 101, 34, 1999, 2, S. 475-506, hier S. 506, Anm. 34.

[9] N. Calvini, *La rivoluzione del 1753 a Sanremo* (Collana storico-archeologica della Liguria Occidentale, 12), Bordighera 1953, Bd. 1, S. 58-59.

als Strohfeuer bezeichnen kann, erloschen[10]. Als der Kaiser 1767 plante, nach Italien zu reisen, und als er 1769 dann tatsächlich fuhr, löste dies eine Welle von Reaktionen aus, bei deren Interpretation man allerdings vorsichtiger zu Werke gehen muß, als dies in der noch immer maßgeblichen Darstellung von I.Ph. Dengel der Fall ist[11]. Die «presenza di Cesare» diente sicherlich in erster Linie dazu, aufgestaute Ressentiments historisierend zu verbrämen. Daß die begeisterte Reaktion des Volks von Rom, das endlich wieder seinen Kaiser bei sich hatte, oder die an die Konklavesituation gebundenen Erwartungen eines an geschichtlichen Vorbildern orientierten kaiserlichen Durchgreifens, wie sie in und außerhalb Italiens laut wurden, keine brauchbaren Belege für die Lebendigkeit einer Reichsitalien-Idee abgeben, ist klar. Immerhin ist es aber interessant, daß der beste Kopf der Mailänder Aufklärung, Pietro Verri, seinem Bruder Alessandro nahelegte, sich mit einem Werk über die kaiserlichen Ansprüche in Italien die Gunst des Kaisers zu erschreiben, die er, Pietro, mit konkreten Refomvorschlägen für die habsburgische Verwaltung in der Lombardei zu gewinnen trachtete[12].

Man kann sich natürlich fragen, ob ohne die aufgeheizte Stimmung am Vorabend einer Papstwahl, ohne die aggressive Politik der bourbonischen Höfe, der in Aussicht gestellten physischen Präsenz des Kaisers in Italien, der ersten seit Karl V., die gleiche Aufmerksamkeit zuteil geworden wäre. Ich habe deshalb vor kurzem in einem kleinen Aufsatz den Reiseplan des Kaisers von 1767 thematisiert, und Voraussetzungen sowie Reaktionen untersucht[13]. Es hat sich dabei erwiesen, daß auch schon zu diesem früheren

[10] K.O. von Aretin, *Das Alte Reich 1648-1803*, Bd. 2: *Das Reich und der österreichisch-preussische Dualismus (1745-1803)*, Stuttgart 1997, S. 168-171. Auch bei M. Schnettger, *Das Alte Reich und Italien in der Frühen Neuzeit. Ein institutionengeschichtlicher Überblick*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 99, 1999, S. 344-420, erscheint die Frage Reichsitalien in josefinischer Zeit auf Sanremo reduziert, S. 415-417.

[11] I.Ph. Dengel, *Der Aufenthalt Kaiser Josephs II. in Rom im Jahre 1769*, in «Jahrbuch der Leo-Gesellschaft», 1926, S. 36-97.

[12] E. Greppi - A. Giulini (Hrsg.), *Carteggio di Pietro e Alessandro Verri dal 1766 al 1797*, Bd. 1/2, Milano 1923, S. 237, 249. Zu den persönlichen Kontakten Pietro Verris zu Josef II. siehe C. Capra, *I progressi della ragione. Vita di Pietro Verri*, Milano 2002, S. 314-317. Noch in den achtziger Jahren vermutete Horace Walpole von Joseph II. geplante reichsrechtliche Rückforderungsansprüche an die römische Kurie hinter der in Florenz erfolgten Publikation von J.R. Galluzzi über die Geschichte des Hauses Medici, siehe W.S. Lewis (Hrsg.), *The Yale Edition of Horace Walpole's Correspondence*, New Haven CT - Oxford 1937-1983, hier Bd. 25, S. 236, 595.

[13] E. Garms-Cornides, *E se venisse Cesare. Qualche riflessione intorno ad un progetto di viaggio*, in C. Ossola - M. Verga - M.A. Visceglia (Hrsg.), *Religione, cultura e politica nell'Europa dell'età moderna. Studi offerti a Mario Rosa dagli amici*, Firenze 2003, S. 309-333.

Zeitpunkt das Echo enorm war. Bei der sich daraus logisch ergebenden Frage, ob solche Reaktionen von Joseph vorhergesehen und – natürlich unter Berücksichtigung des zeremoniellen Inkognito-Spielchens – einkalkuliert waren, wurde deutlich, daß sich die Forschung nie genauer dafür interessiert hat, ob und wenn was Joseph von Reichsitalien wußte oder dachte, einfach deswegen, weil man von vornherein darauf festgelegt war, daß das Thema weitgehend obsolet, und wenn vorhanden, so doch längst von einer habsburgisch-dynastischen Italienpolitik überlagert gewesen sei. Aus den Ergebnissen der oben genannten kleinen Studie sollen drei Punkte stichwortartig festgehalten werden:

– im Geschichtsunterricht Josephs II., der bisher nicht ausreichend untersucht ist, war die Tradition eines kaiserlichen Italien durchaus präsent, und zwar ausführlicher als in den bekannten, edierten Vorträgen Becks zu Staats- und Lehensrecht[14]. Der von Bartenstein – selbst Reichsjurist – ausgesuchte und vorprogrammierte Geschichtslehrer des Kronprinzen war Giuseppe Leporini, der einige Jahre später, offenbar auf direkte Intervention des Kaisers hin, Fiskal für Italien und 1775 Reichshoffiskal wurde[15]. Kaum eine Rolle spielten dagegen das Reich und die Reichszugehörigkeit des Herzogtums Mailand in der *Istoria dell'Austriaca Lombardia*, die der Senator Gabriele Verri, Vater der genannten Pietro und Alessandro, Anfang der sechziger Jahre zur Information des Kronprinzen vorlegte[16].

– Wie aus den neuen Untersuchungen von M. Schnettger über die Sanremo-Frage, ebenso wie schon aus der Arbeit von Sophie Cailleret, hervorgeht, war Joseph an der Wahrung der hier einschlägigen Reichsinteressen durch-

[14] H. CONRAD (Hrsg.), *Recht und Verfassung des Reichs in der Zeit Maria Theresias. Die Vorträge zum Unterricht des Erzherzogs Joseph in Natur- und Völkerrecht sowie im Deutschen Staats- und Lehnrecht*, unter Mitarbeit von G. KLEINHEYER, T. BUYKEN und M. HERALD (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, 28), Köln - Opladen 1964, besonders S. 429, 435, 447, 519, 623, 630, 649, 669.

[15] Zu Leporini siehe A.H. BENNA, *Der Kronprinzenunterricht Josefs II. in der inneren Verfassung der Erbländer und die Wiener Zentralstellen*, in «Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs», 20, 1967, S. 115-179, hier S. 123-125; G.P. OBERSTEINER, *Das Reichshoffiskalat 1596 bis 1806. Bausteine zu seiner Geschichte in den Wiener Archiven*, in A. BAUMANN - P. OESTMANN u.a. (Hrsg.), *Reichspersonal. Funktionsträger für Kaiser und Reich*, Köln - Weimar - Wien 2003, S. 89-164, hier S. 154. Das Geschichtslehrbuch Josefs II. befindet sich in HHStA, *Handschriften*, W 26/2, sowie in W 26/1 die von Bartenstein ausgearbeiteten Fragen. Generell zur Erziehung Josefs II. siehe D. BEALES, *Joseph II.*, Bd. 1: *In the Shadow of Maria Theresa 1741-1780*, Cambridge 1987, S. 43-68.

[16] Österreichische Nationalbibliothek (künftig ÖNB), *Handschriftensammlung*, CVP 5535-5538. Zu Gabriele Verris Werk siehe C. CAPRA, *Progressi della ragione*, S. 55-56.

aus gelegen. Zu seinem großen Ärger wurde er aber von Maria Theresia und Kaunitz aus Gründen der Außenpolitik – um das gerade gewonnene Einverständnis mit Frankreich nicht zu gefährden – «zurückgepfiffen»[17]. Auch Derek Beales kam in seiner Josef-Biographie zu ähnlichen Schlüssen, die sich zudem gut in sein Gesamtbild von den dem Sohn durch die Mutter auferlegten Hemmnissen fügt. Im übrigen hat Maria Theresia Josef II. anläßlich von dessen Italienreise ausdrücklich den Besuch von Genua verboten und diesen sechs Jahre später dem Erzherzog Max Franz nur unter Beibehaltung strengsten Inkognitos gestattet[18].

– Generell kam es im Umfeld der römischen Königswahl, beziehungsweise des bald darauf folgenden Thronwechsels, zu einem bemerkenswerten Interesse nicht nur an der Reichspolitik im allgemeinen, sondern auch an dem Subthema Reichsitalien. Sehr schnell nach dem Tod des Vaters – und ganz offensichtlich aus dem Wunsch heraus, sich hier ein eigenes Tätigkeitsfeld abzustecken – wünschte der Kaiser, eine sorgfältige Aufstellung der Reichslehen in Italien zu sehen, auf die rasche Leistung der Vassalleneide wurde Wert gelegt, und Joseph unterbreitete im November 1766 den leitenden Ministern, dem österreichischen Staatskanzler Kaunitz und dem Reichsvizekanzler Colloredo, sowie seinem eigenen Vertrauensmann in Reichssachen, Pergen, eine Liste von Fragen, darunter auch ausdrücklich zur Reichslehenspolitik in Italien:

«Wie die kaiserliche Lehensherrlichkeit in Teutschland und Italien anwiederum zu erheben, alle auch mächtige Stände zu gehörigen Lehens-Empfangung zu bringen, die verschwiegenen Lehen und andere Avulsa einzuziehen, insonderheit aber in Italien die Republique Genua zu Erfüllung ihrer Lehenspflichten und Beobachtung ihrer Schuldigkeit gegen dem Kaiser und Reich zu nöthigen seie»[19].

17 Siehe den Beitrag von Matthias Schnettger in diesem Band sowie S. CAILLERET, *L'Affaire de San Remo, un épisode méconnu des relations diplomatiques entre la France et la cour de Vienne (1753-1772)*. Mémoire de maîtrise présenté à l'université d'Angers, Faculté de Lettres, Langues et Sciences Humaines, Département d'Histoire, 1999. Ich danke dem Direktor des HHStA, Dr. Leopold Auer, für den freundlichen Hinweis auf diese ungedruckte Arbeit.

18 D. BEALES, *Joseph II.*, S. 123-125, 133, 255; M. BRAUBACH, *Maria Theresias jüngster Sohn Max Franz. Letzter Kurfürst von Köln und Fürstbischof von Münster*, Wien - München 1961, S. 36. Beim Konklave von 1775 sollte auf Wunsch Maria Theresias gegen eine eventuelle Wahl der genuesischen Kardinäle Spinola oder Doria das Veto eingesetzt werden. L. VON PASTOR, *Geschichte der Päpste*, Bd. 16/3, Freiburg i.Br. 1933, S. 11.

19 HHStA, *Alte Kabinettsakten*, 37, fol. 60-71; gedruckt in R. KHEVENHUELLER-METSCH - H. SCHLITTER (Hrsg.), J.J. KHEVENHUELLER-METSCH, *Aus der Zeit Maria Theresias. Tagebuch des Fürsten Johann Josef Khevenhueller-Metsch 1742-1776*, Bd. 6, Wien - Leipzig 1917, S. 479-482, die zitierte Stelle S. 481. D. BEALES, *Joseph II.*, S. 119-133 setzt Josefs Anfrage an die

Bei der Beantwortung wurden interessanterweise von Kaunitz, zu dessen Amtsbereich das Dipartimento d'Italia, also die Verwaltung der österreichischen Lombardei, aber auch die außenpolitischen Beziehungen zur römischen Kurie gehörten, die Themen Papst und Italien sorgfältig umgangen oder vielmehr die Frage nach der kaiserlichen «Lehensherrlichkeit» in Richtung einer Erörterung des Belehnungszeremoniells umfunktioniert[20]. Bezüglich Genuas warnt Kaunitz allerdings vor den «Staatsfolgen», sollte man gegen die «kleine und an sich unmächtige Republick» zu scharfe Maßnahmen ergreifen – der Staatskanzler wollte sich also weder in der Sanremo-Frage, noch in einer grundsätzlichen Definition der habsburgischen Dominien in Italien festlegen[21]. Der Reichsvizekanzler geht dagegen ausführlich auf die traditionellen Themen Reichsitalien und das Verhältnis zum Papsttum ein und bespricht detailliert die lehensrechtliche Position der großen Territorien Toskana, Savoyen, Parma und die genuesische Frage, wobei er besonders die korrekte Durchführung der Belehnungszeremonien unter Karl VI. hervorhebt[22]. Beide, Kaunitz und Colloredo, stimmen Joseph II. zu, daß «einige geschickte Schriftsteller unter denen Protestanten» gewonnen werden sollten, die eine «vortheilhafte Disposition der Gemüther» für die Wiener Reichspolitik, möglichst mit «mäßigem Aufwand» bewirken sollten[23]. Eine solche kaiserliche Reichspublizistik – hier eindeutig im Sinn

drei Gutachter mit dem Problem Sanremo in Verbindung, bzw. sieht in letzterem vielleicht das auslösende Moment, *ibidem*, S. 123.

[20] J.J. KHEVENHUELLER-METSCH, *Tagebuch*, Bd. 6, S. 516-517. Ob sich ein anderes Memoire, auf das Kaunitz sich ohne nähere Angaben bezieht, die Frage Reichsitalien – habsburgisches Italien näher anvisierte, läßt sich derzeit nicht klären. Zu Kaunitz als österreichischem Gesandten in Turin (1743-1744) und zu der damals von ihm entwickelten Sicht der politischen Probleme in Italien vgl. E. GARMS-CORNIDES, *Kaunitz und die habsburgische Italienpolitik während des Österreichischen Erbfolgekrieges*, in G. KLINGENSTEIN - F.A.J. SZABO (Hrsg.), *Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg. Neue Perspektiven zu Politik und Kultur der europäischen Aufklärung*, Graz - Esztergom - Paris - New York 1996, S. 29-46, besonders S. 33-39.

[21] J.J. KHEVENHUELLER-METSCH, *Tagebuch*, Bd. 6, S. 517. Zur Denkschrift Kaunitz' zuletzt W. BURGDORF, *Nationales Erwachen der Deutschen nach 1756. Reichisches gegen territoriales Nationalbewußtsein. Imitation eines Schweizer Vorbildes oder Inszenierung des kaiserlichen Hofes*, in M. BELLABARBA - R. STAUBER (Hrsg.), *Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna. Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Contributi/Beiträge, 9), Bologna - Berlin 1998, S. 109-132, hier S. 128-129, sowie H. KLUETING, *Zwischen wittelsbachischem Kaisertum und josephinischer Diözesanregulierung* S. 37-38, ohne Bezug auf Burgdorf.

[22] J.J. KHEVENHUELLER-METSCH, *Tagebuch*, Bd. 6, S. 482-502, besonders S. 496-499.

[23] Joseph II., in J.J. KHEVENHUELLER-METSCH, *Tagebuch*, Bd. 6, S. 481; Colloredo *ibidem*, S. 493; Kaunitz *ibidem*, S. 514-515.

von Propagandaschriften – hatte bereits, wie Colloredo deutlich ausspricht, im Vorjahr mit der anonymen Veröffentlichung von Friedrich Karl Mosers Schrift *Vom deutschen Nationalgeist* ihren Anfang genommen, nachdem Graf Johann Anton Pergen die Verbindung zu Moser hergestellt hatte[24]. Italien spielte allerdings bei Moser keine Rolle.

Wenige Jahre später sollte Kaunitz nochmals Gelegenheit haben, seine Ansichten zum Verhältnis zwischen den Reichsrechten und den habsburgischen Interessen in Italien in einem Punkt darzulegen, der bereits in den *Deliberanda* von 1766 angesprochen worden war: die Anwartschaft auf Modena, die in einen reichslehensrechtlich korrekten Zustand überführt werden sollte. In einem Vortrag vom 21. Juli 1770 erläutert der Staatskanzler, daß man für einen positiven Reichstagsbeschluß in dieser Sache die italienischen Lehensträger nicht zu berücksichtigen habe, da sie – mit Ausnahme Savoyens – keine Reichsstände seien. Die Zustimmung der Kurfürsten und des Fürstenkollegs werde man besser einholen und sicher auch bekommen, wichtiger aber sei eine rasche, entschiedene politische Aktion, die europaweit von den Diplomaten vertreten werden müsse. Den Wunsch Frankreichs nach einer «Gegengabe» in Gestalt einer Garantie für den neuen Besitz Korsika müsse man tunlichst vermeiden; Spanien sei mit dem Erzhaus einig in der Abneigung gegen den «sardinischen Vergrößerungsgeist»; der Papst wird gerade noch erwähnt, würde er doch sicher die alte Frage modenesischer Ansprüche im Raum der Legation Ferrara wiederaufgreifen. Doch ein Widerstand gegen die kaiserlich-habsburgische Politik in Italien sei nunmehr sinnlos, das werde man die ausländischen Höfe wissen lassen.

Die Details, so der österreichische Staatskanzler, möge die Reichskanzlei ausarbeiten – eine klare Hierarchie dynastisch-politischer Interessen implizierend, in der die Reichsrechte in Italien gerade noch zur Absicherung des habsburgischen «Vergrößerungsgeistes» dienen dürfen[25]. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, daß die Abmachungen, die dem Haus Habsburg das modenesische Erbe in Aussicht stellten, schon Anfang der fünfziger Jahre zwischen dem Herzog von Modena und dem Mailänder Großkanzler Cristiani getroffen worden waren. Nachdem die angestrebte Machterweiterung im sensiblen Raum Oberitaliens bereits Gegenstand der Verhandlungen gewesen war, als es um die römische Königswahl ging, wurde sie erst Ende 1770 auf dem Reichstag diskutiert und kurz danach

[24] W. Burgdorf, *Nationales Erwachen*, S. 127, Anm. 92. Zur nachfolgenden Tätigkeit Mosers siehe D. Beales, *Joseph II.*, S. 130.

[25] ÖNB, *Handschriftensammlung*, Ser.n. 1608/3, fol. 24-39.

fand eine in Tübingen proponierte These zum Thema ihren Weg in die Reichskanzlei[26]. Es soll nun ein Autor vorgestellt werden, der meinte, im Vorfeld der römischen Königswahl Josephs II. und der damals aktuellen politischen Diskussion mit einem Werk über Reichsitalien positiv auffallen zu können, und das mit einem ganz spezifischen Blickwinkel: Gottfried Ernst Fritsch, dessen Opus einen zeitgemäß schwerfälligen Titel hat: *Italiänisches Staatsrecht oder alte und heutige Staatsverfaßung des Italiänischen oder Langobardischen Königreichs sowohl in Ansehen der Teutschen Kaiser- und Reichsgerechtsame darüber, als besonders auch in betreff der Beschaffenheit des Tituli Possessionis der vom Hause Österreich besitzenden Welschen Staaten, Theils zur Erläuterung theils zur Wiederlegung der Schmausischen summarischen Vorstellung des gegenwärtigen Zustandes von Italien in Ansehung des Teutschen Reichs, aus bewährten Geschichtsschreibern und Urkunden entworfen*. Das Werk ist als Manuskript in zwei Versionen im Handschriftenbestand des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien erhalten und wurde erstmals im April 1763 vorgelegt sowie nach dem Sommer 1764 bis hinein in den Herbst 1765 überarbeitet[27]. Der Anspruch, den der Autor sich setzt, ist die Erarbeitung eines «jus publicum Italiae perpetuum et modernum, das insbesonders als Staatsrecht des Hauses Österreich über seine welschen Staaten anzusehen ist», oder kurz ein «österreichisches Staatsrecht in Italien»[28].

[26] HHStA, *Reichskanzlei*, Deduktionen, 294: *Ius Imperatoris et Imperii Germanici in Mutinam cuius primas ad Rodulfum I lineas rectore Eberhardino Carolinae Magnificentissimo serenissimo Duce atque Domino Carolo Duce Wurtembergicae et Tecciae regnante praeside* G.D. HOFFMANN *prorectore pro gradu iuris utriusque doctoris d. VI. Febr. 1771 proponuit* Joseph. Fidelis Matthias GRONMAYR *immediati ordinis equestris consiliarius*, Tubingae s.a. Zur Diskussion auf dem Reichstag siehe M. SCHNETTGER, *Das Alte Reich und Italien in der Frühen Neuzeit*, S. 415.

[27] HHStA, *Handschriften*, W 369, mit dem Vermerk «Concepit et humillime obtulit G.E. Fritsch im Monath Aprilis 1763»; im zweiten Exemplar *Handschriften*, W 301, fol. 29v ist von dem «jüngst erwählten römischen Königs Joseph Majestät» die Rede, fol. 246v-247 dagegen Franz Stephan als «letzt verstorben», Philipp von Bourbon-Parma († Dezember 1765) noch als lebend bezeichnet. W 301 muß also eine Bearbeitung der möglicherweise schon einmal vorgelegten oder zumindest zur Übergabe vorbereiteten Version W 369 sein. Sie ist zudem um ein sehr ausführliches Kapitel über Parma und Piacenza, sowie einen Anhang zu den Ansprüchen des Hauses Lothringen auf Montferrat erweitert. Im Österreichischen Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv (künftig AVA), *Hofkanzlei*, II A 1, Karton 17, befinden sich zahlreiche Konzepte von Fritsch, darunter auch für das «Italiänische Staatsrecht». Da die Fritsch'schen Papiere im Bestand der Hofkanzlei zu den schwer lesbaren «Brandakten» gehören, ist ihre genaue Einordnung und Interpretation sehr schwierig. Ich danke Dott.ssa Alessandra Dattero (Mailand) herzlich für den wichtigen Hinweis auf diesen Bestand.

[28] HHStA, *Handschriften*, W 301, f. 30.

Wie M. Schnettger im Zusammenhang mit einem Projekt des Juristen Friedrich Ludwig von Berger dargelegt hat, war, parallel zu der kräftigen Italienpolitik der habsburgischen Kaiser, das Interesse der Reichspublizisten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts generell mehr auf die territorialen Ansprüche gerichtet, weniger auf die Ausarbeitung einzelner Aspekte, wenngleich es an gelehrten Abhandlungen über die Beistandspflicht der italienischen Vassallen, über die Verhängung der Reichsacht über italienische Lehensträger oder über die Unterschiede zwischen deutschem und langobardischen Lehensrecht nicht mangelte[29]. Das akademische Gewand, in dem diese Untersuchungen daherkommen, kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich auch hier um eminent politische Fragen handelte. Das gleiche gilt für das *Italiänische Staatsrecht* des Gottfried Ernst Fritsch. Es gibt sich als ein Werk in der Tradition der Reichspublizistik, mit deren Instrumentarium aus dem Reichslehensrecht über die italienischen Vassallen aber etwas Neues geschaffen werden soll, eben das «österreichische Staatsrecht in Italien». Diese hybride Formulierung, die natürlich in Zusammenhang mit den gleichzeitigen Anfängen des österreichischen Staatsrechts als eines Jus Publicum der Erbländer steht, dokumentiert – in all ihrer Unzulänglichkeit –, wie stark innerhalb des Prozesses der «Herausentwicklung Österreichs aus dem Reich» die traditionellen, überkommenen Denkstrukturen und Argumentationsweisen noch wirksam waren.

2. *Gottfried Ernst Fritsch*

Im folgenden soll nun kurz Gottfried Ernst Fritsch vorgestellt werden – kurz auch deshalb, weil dieser zwar ein fruchtbarer Autor war, aber kaum biographische Daten hinterlassen hat. Allerdings geht es hier weniger um diese, sondern darum, Fritsch in die Tradition prokaiserlicher, d.h. in diesem Fall prohabsburgischer Publizistik – im zweifachen Wortsinn – einzuordnen, in die er sich selbst hineinstellt, soweit es den bibliographischen Hinweisen in seinen Werken, aber auch deren genereller Tendenz zu entnehmen ist.

Gottfried Ernst Fritsch wurde im Jahre 1700 in Jena geboren. Er ist weder mit der Leipziger Buchhändlerdynastie, noch mit dem sächsischen Minister,

[29] M. Schnettger, *Italienische Fürsten im deutschen Reichstag? Ein Projekt Friedrich Ludwig von Bergers aus dem Jahre 1723*, in «Historisches Jahrbuch», 118, 1998, S. 86-107. Zu dem von Schnettger, S. 101, Anm. 67, genannten Gottfried Daniel Hoffmann siehe oben Anm. 26. Zur Diskussion über das langobardische Lehensrecht vgl. auch R. Freiherr von Schönberg, *Das Recht der Reichslehen im 18. Jahrhundert* (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechtes, Reihe A / Bd. 10), Heidelberg - Karlsruhe 1977, S. 182.

noch mit dem Reichspublizisten Ahasver Fritsch verwandt, sondern soll ganz einfachen Verhältnissen entstammen. Er studierte die Rechte in Jena, wobei es gälte, die Rolle dieser Universität als eines Zentrums kaiserhof-orientierter Reichspublizistik noch genauer zu untersuchen, wirkten doch dort mit Gottfried Rühlmann und Burkhard Gotthelf Struve energische Parteigänger der Habsburger in der Polemik um Reichsitalien[30]. Nach zeitweiser Tätigkeit als Hauslehrer trat Fritsch in die Dienste des Fürsten Löwenstein-Wertheim. In dieser Zeit publizierte er sein erstes Werk, das *Ius Publicum Universale* betreffend, dem M. Stolleis ein vernichtendes Zeugnis ausstellt[31]. Angeblich lehnte er einen Ruf an die Universität Jena aus Gesundheitsgründen ab und kam im weiteren als Legationsrat des Herzogs von Sachsen-Weimar nach Wien[32]. Sicher ist, daß er sich 1735

[30] Zur Biographie Fritsch's siehe J.C. ADELUNG, *Fortsetzung und Ergänzungen zu Christian Gottlieb Jöchers allgemeinem Gelehrten-Lexico*, Bd. 2, Leipzig 1787, Sp. 1264-1265, von dort übernommen in J.S. ERSCH - J.G. GRUBER (Hrsg.), *Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und Künste*, Bd. 50, Leipzig 1849, S. 254-255. J.J. MOSER, *Lexicon derer jezt lebenden Rechts-Gelehrten in und um Teutschland*, Züllichen 1739, S. 60-61, meint, Fritsch sei zwar in Jena zum Professor ernannt worden, habe aber sein Amt nie angetreten. Zusätzlich zu den anderen bis dahin erschienenen Werken schreibt Moser Fritsch zu: «G.P. STENGERI, *Opera omnia*. 1738». Ich danke Dr. phil. habil. Gerald Heres (Dresden) für seine Hilfe bei der Suche nach biographischen Daten Fritsch'. Zur Immatrikulation Fritsch' in Jena (1723): R. JAUERNIG - M. STEIGER, *Die Matrikel der Universität Jena*, Bd. 2 (1652-1723), Weimar 1977, S. 281. Auf Rühlmann und Struve verweist Fritsch selbst in seinem *Italiänischen Staatsrecht*. G. RÜHLMANN, *Unwiderrufliches Recht, welches Se. Kayserliche Majestät von wegen des heil Röm. Reichs teutscher Nation, nicht nur auf Parma und Placenz, sondern auch sogar auf ganz Italien, die Statt Rom und das Patrimonium S. Petri haben*, Jena 1709. Zu Struve siehe Anm. 81, sowie H. GROSS, *Empire and Sovereignty. A History of the Public Law Literature in the Holy Roman Empire 1599-1804*, Chicago - London 1973, S. 392-393.

[31] G.E. FRITSCH, consiliarius illustrissimae domus Loewenstein-Wertheimicae, *Ius Publicum Universale et Pragmaticum methodo systematica elaboratum et ex uno principio indubio deductum*, Ienae 1734. In Kontrast zum programmatischen Titel qualifiziert M. STOLLEIS, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, Bd. 1: *Reichspublizistik und Policeywissenschaft 1600-1800*, München 1988, S. 294, das Werk als «nahezu ohne Ordnung». Laut J.S. ERSCH - J.G. GRUBER (Hrsg.), *Allgemeine Encyklopädie der Wissenschaften und Künste*, S. 255, soll schon 1733 in Marburg eine erste Fassung mit dem Titel *Conspectus juris publici* ... erschienen sein.

[32] J.C. ADELUNG, *Fortsetzung und Ergänzungen zu Christian Gottlieb Jöchers allgemeinem Gelehrten-Lexico*. Im *Kayserlich und königlichen Staats- und Standeskalender* scheint Fritsch von 1737 bis 1741 als sachsen-weimarischer Legationsrat auf; vgl. auch F. HAUSMANN (Hrsg.), *Repertorium der diplomatischen Vertreter aller Länder*, Bd. 2, Zürich 1950, S. 356, Eckdaten: 25. April 1736-26. Juni 1741, Fritsch habe demissioniert. Der vom Hofschematismus regelmäßig als Vorgesetzter Fritsch' genannte sächsisch-weimarische Hofrat Gottfried von Merlein (auch Merlin) kommt im *Repertorium* nicht vor. Er dürfte mit dem laut *Wiener Diarium* (1750, Nr. 57) am 17. Juli 1750 in Wien verstorbenen «preussischen Hofrat»

noch von Jena aus um ein Palatinat bewarb und dieses auch erhielt, nachdem er in beredten Worten sich bereit erklärt hatte, seine «principia iuris publici für das Erzhaus zu sacrificieren»[33]. Diese Einstellung hatte er bereits durch die 1732 erstmalig anonym erschienene und Karl VI. gewidmete *Meditatio ad Sanctionem Pragmaticam* unter Beweis gestellt[34], die zwei Jahre darauf als Anhang seines Werkes *De iure publico universali* in Jena erneut gedruckt worden war[35]. Ziemlich bald nach Beginn des Österreichischen Erbfolgekrieges gab Fritsch seine Stelle als Legationsrat auf und trat, wohl kurz darauf, in die Dienste des Konferenzministers und obersten böhmischen Kanzlers Philipp Joseph Kinsky als Hauslehrer von dessen Sohn Franz Ulrich. Daneben scheint er sich weiterhin auf juristischem Gebiet betätigt zu haben, wie er nach dem unerwarteten Tod Kinskys im Jahre 1749 in einem Gesuch an den Reichshofrat anführte[36]. Zu der erhofften Anstellung beim obersten Reichsgericht kam es aber nicht. Danach soll er eine Zeit als Kanzleidirektor des Fürstabts von St. Blasien gewirkt haben[37]. 1755 wurde er jedenfalls für kurze Zeit Professor des Jus Publicum an der Savoy'schen Ritterakademie, wobei es ihm gelang, den von der Stifterin Maria Felicitas von Liechtenstein, verheirateten Prinzessin von Savoyen, protegierten Paul Riegger auf die zweite Stelle zu verdrängen. In dem scharf geführten Konkurrenzkampf – die kurzlebige Savoy'sche Akademie war neben dem Theresianum das Einfallstor für den «modernen» Unterricht in juridischen und Polizeiwissenschaften – zog Fritsch allerdings den kürzeren[38]. Daß er

Johann Gottfried Joseph von Merlin identisch sein. In den im HHStA verwahrten Akten, die den diplomatischen Verkehr mit Sachsen/Weimar betreffen, scheint Fritsch namentlich nur einmal in einer militärischen Angelegenheit auf: HHStA, *Kleinere Reichstände*, 450, fol. 367.

33 AVA, *Adelsakten* (Reich), Gottfried Ernst Fritsch.

34 ÖNB, 38. Q. 34, [G.E. FRITSCH] *Meditatio ad Augustissimi Imperatoris Romanorum Caroli VI Sanctionem Pragmaticam de ordine succedendi in regna, provincias ac ditiones ad domum Austriacam iure haereditario spectantes*, s.l. (Jena) 1732.

35 Nachdruck mit der Titelvariante ... *ejusque guarantiam generalem ab Imperio susceptam* (s.l. [Jena] 1734), Exemplar in ÖNB, 36. S. 20 als Anhang zum *Jus publicum*, sowie weiterer gesonderter Nachdruck mit der Titelvariante ... *ejusque guarantiam generalem ab Imperio praestandam*, s.l. 1740, ÖNB, 37. S. 94.

36 HHStA, *RHR*, Verfassungsakten, 40, undatiertes Gesuch des G.E. Fritsch. Philipp Joseph Kinsky starb im Januar 1749. Aus dem Gesuch geht hervor, daß Fritsch seit mindestens fünf Jahren im Dienst Kinskys stand.

37 J. SCHWARZ, *Geschichte der Savoy'schen Ritter-Akademie in Wien vom Jahre 1746 bis 1778*, Wien 1897, S. 74. Ob Fritsch konvertiert hat, war bisher nicht festzustellen.

38 *Ibidem*, S. 74-75.

wie Riegger und der am Theresianum tätige Justi den Anschluß an das Niveau deutscher Universitäten im Lehrangebot zu verwirklichen bestrebt war, erhellt auch aus seinem, allerdings nicht angenommenen, Vorschlag, Statistik vorzutragen, welche «der heutigen Reiche und Staaten gegenwärtige Interessen, Stärke und Schwäche, Commercien, Regierungsform, Praetensiones und Streitigkeiten betrifft»[39].

Nach seinen Anfängen als Reichspublizist wandte sich Fritsch bald nach Beginn des Österreichischen Erbfolgekriegs aktuellen politischen Fragen zu: unmittelbar nach Erscheinen der kurzen Schrift *Summarische Vorstellung des gegenwärtigen Zustands von Italien in Ansehung des teutschen Reiches* von Johann Jakob Schmauss dürfte Fritsch eine Entgegnung geplant haben, die jedoch nie erschien. Sie stellt aber die Keimzelle zu seinem zwanzig Jahre später vollendeten *Italiänischen Staatsrecht* dar, in das sie, wie gleich gezeigt werden wird, fast unverändert eingeflossen ist[40]. Wirklich publiziert hat Fritsch in jenen Jahren zwei weitere Schriften politischen Inhalts, allerdings in beiden Fällen ohne Namensnennung, zuerst eine *Politische Betrugs-Historie von Frankreich, oder die wenig aufrichtige Aufführung des Französischen Hofes bei Kriegs- und Friedensgeschäften* (1745, Nachdruck 1746), deretwegen Preußen sogar scharfen Protest einlegte[41], gleich danach dann die *Politische Historie der Staats-Fehler, welche die Europäischen Machten* [sic] *in Betrachtung der Häuser Bourbon und Brandenburg begangen*, die die *Politische Betrugshistorie* ergänzen sollte (1746)[42].

Fritsch gelang es nicht, sich mit diesen prohabsburgischen Pamphleten eine Stelle am Wiener Hof oder im kaiserlichen Dienst zu erschreiben, wie

[39] *Ibidem*, S. 142.

[40] AVA, *Hofkanzlei*, II A 1, Karton 17: *Erleuterte Vorstellung des gegenwärtigen Zustandes von Italien in Ansehung der teutschen Reichsgerechtsamen und des tituli possessionis der von der Königin von Ungarn und Böhmen Majestät besitzenden welschen Länder, der Schmausischen Summarischen Vorstellung des gegenwärtigen Zustandes von Italien in Ansehung des teutschen Reiches entgegengesetzet.* Es scheint sich um den Entwurf eines Titelblatts zu handeln, da am unteren Seitenrand «1742 bey» lesbar ist.

[41] Wiener Stadt-und Landesbibliothek, A 94026, sowie ÖNB, 227.886-B. Alt, wobei letzterem Exemplar ein Nachdruck von 1746 beigebunden ist (Adl. 17034-B). Unter den Papieren von Fritsch im AVA (siehe Anm. 27) befindet sich auch ein Konzept dieser Schrift. Zum Protest Preußens siehe J.J. Moser, *Einleitung in die Staats-Historie Teutschlands unter der Regierung Kayser Franzens*, Frankfurt a.M. 1755, S. 37.

[42] Die wie die *Betrugs-Historie* anonym erschienene *Politische Historie der Staats-Fehler* hat in der ÖNB die Signatur Adl 17034-B Alt, in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek A 94025. Hier auch eine kürzere, vielleicht frühere Version, die unmittelbar nach dem Dresdener Frieden (Dezember 1745) herausgekommen zu sein scheint (A 110926).

das – um im Raum der Reichsitalien-Publizistik zu bleiben – in den Zeiten der Schriften über Comacchio, Parma und Piacenza oder die Toskana möglich gewesen war[43]. Nach dem Verlust seiner Dozentenstelle muß er sich schlecht und recht über Wasser gehalten haben, vielleicht auch durch die ihm auf Grund des Palatinats zustehenden Befugnisse. So sind zwei von ihm vorgenommene Notarsernennungen bekannt[44]. Möglicherweise hat er auch dem Reichshofrat Heinrich Christian von Senckenberg zugearbeitet, was erklären würde, warum er nach dessen 1768 erfolgtem Ableben die Nachforschungen über die habsburgischen Ansprüche auf Mindelheim übernahm[45]. Die Verbindung zu Senckenberg könnte auch am Ursprung des hier zu besprechenden *Italiänischen Staatsrechts* stehen, hatte doch Senckenberg die Behandlung dieses Themas als ein Desideratum bezeichnet[46]. Eine eventuelle Anregung von Seiten Senckenbergs, vielleicht auch der Wunsch, einer ähnlichen von J.J. Moser geplanten Publikation zuvorzukommen[47],

[43] Vgl K.O. VON ARETIN, *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 361-362; E. GARMS-CORNIDES, *Die Toskana zwischen Rom und Wien*, S. 417-418.

[44] AVA, *Adelsakten Fritsch* (Ernennungen von Paul Joseph Selzamb und Anton Kindl, beide von 1763).

[45] HHStA, *Handschriften*, W 609 und B 184. Aus Senckenbergs Nachlaß stammen die Akten zu Mindelheim HHStA, *Handschriften*, W 308 und W 610, die Collectaneen des 16. bis 18. Jahrhunderts enthalten. Zum Nachlaß Senckenberg siehe L. BITTNER, *Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs*, Bd. III, Wien 1938, S. 278-279. Allerdings finden sich weder in den fünf Konvoluten mit Schriften Senckenbergs, die heute im Bestand *RHR*, Verfassungsakten, Senckenbergiana 1, 2a, 2b, 3a, 3b liegen, eindeutig Fritsch zuschreibbare Konzepte oder Schriftstücke, noch wird seiner im Testament Senckenbergs oder in den Nachlaßverhandlungen Erwähnung getan. Fritsch starb kaum ein Jahr nach dem berühmten Reichshofrat, während sich die Inventarisierung von dessen gewaltigem Nachlaß über zehn Jahre hinzog. Siehe oben Anm. 8. Daß Senckenberg eine ganze Anzahl von «Amanuenses» beschäftigte, geht jedoch aus den genannten Inventarisierungsunterlagen immer wieder hervor.

[46] W. WEGENER, *Die staatsrechtliche Stellung der italienischen Reichsteile am Ende des Alten Reiches im Spiegel der späten Reichspublizistik*, in N. ACHTERBERG - W. KRAWIETZ - D. WYDUCKEL (Hrsg.), *Recht und Staat im sozialen Wandel. Festschrift für Hans Ulrich Scupin zum 80. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 195-208, hier S. 196, ohne Quellennachweis. Ausdrückliches Bedauern für das Fehlen reichspublizistischer Untersuchungen bezüglich eines italienischen Territoriums findet sich in der Vorrede zu [SENCKENBERG] *Imperii Germanici ius ac possessio in Genua Ligustica eiusque ditionibus*, Hannover 1751, Bd. 1, p. VI. 1747 erschien in Frankfurt a.M. ohne Autorennamen, aber im wesentlichen von Schmauss auf Grund der Vorarbeiten Senckenbergs herausgegeben, die *Neue und vollständige Sammlung der Reichsabschiede*. In dem «Sendschreiben», das der inzwischen an den Reichshofrat berufene Senckenberg zu dem Werk beisteuerte, verwies er auf seine große Materialsammlung zum Reichsrecht in Italien.

[47] Nach C. WEIDLICH, *Zuverläßige Nachrichten*, Bd. 6, Leipzig 1765, S. 119, habe Moser eine Geschichte Karls VI., sowie ein *Syntagma Scriptorum Editorum, atque ineditorum de Iure*

vor allem aber – wie zu zeigen sein wird – die Konkurrenz zu dem jüngeren Schrötter, mögen Fritsch neben den prekären Lebensumständen dazu veranlaßt haben, sich mit seinem *Italiänischen Staatsrecht* zu Wort zu melden und – nachdem es 1763 keine positiven Wirkungen gezeitigt hatte – das Werk nochmals zu überarbeiten. Nun sollte die nach dem Frieden von Hubertusburg und der Wahl Josephs II. aktuelle Frage der Reichszugehörigkeit von Parma, beziehungsweise der Rechtmäßigkeit des stillschweigenden Verzichts auf das durch den Aachener Frieden garantierte Reversionsrecht einbezogen, zudem an die alten Ansprüche des Hauses Lothringen auf Montferrat erinnert werden[48].

1769 starb Fritsch «im Baron du Peynischen Haus in der Weihburggasse», ohne ein Testament zu hinterlassen[49]. Zunächst ist das Nahverhältnis zu Adeodat Joseph Dubeyne de Malchamps interessant. Dieser war Legationssekretär an der österreichischen Gesandtschaft in Turin unter Kaunitz gewesen, folgte diesem in die Staatskanzlei und wurde 1756 Referendar am neugegründeten Dipartimento d'Italia. 1761 hatte er allerdings seinen Posten wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten quittieren müssen[50]. Fritsch hat also in den Kreisen der höheren Beamten verkehrt, allerdings bei der Wahl seines Quartierherrn auf keine gute Karte gesetzt.

Imperatoris, et Domus Austriacae in Italiam, tum universam, tum in singulas ejus provincias geplant. Tatsächlich sollte Moser einige Jahre darauf eine solche Zusammenstellung bieten: J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staatsrecht*, Frankfurt a.M. - Leipzig 1772 (Band 20 des *Neues Teutschen Staatsrechts*), S. 371-429.

48 AVA, *Hofkanzlei*, II A 1, Karton 17, Konzept des erweiterten Kapitels zu Parma, das dann in HHStA, *Handschriften*, W 301 übernommen wurde. Siehe auch AVA, *Hofkanzlei*, II A 1, Karton 17 ein Gesuch von Fritsch, datiert 20. August 1766, mit der Bitte um Einsichtnahme in die Geheime Staatsregistratur, und zwar in die Akten der Verhandlungen von Cambrai (wegen Parma) und Aachen (zu Guastalla). Zum Reversionsrecht vgl. L. AUER, *Tanucci e le relazioni diplomatiche fra l'Austria e il Regno di Napoli*, in R. AJELLO (Hrsg.), *Bernardo Tanucci. Statista letterato giurista*, Napoli 1986, S. 241-258, sowie – allerdings mit wenig Bezug auf die reichsrechtliche Dimension – R. BUTLER, *The Secret Compact of 1753 between the Kings of France and of Naples*, in R. ORESKO - G.C. GIBBS - H.M. SCOTT (Hrsg.), *Royal and Republican Sovereignty in Early Modern Europe. Essays in Memory of Ragnhild Hatton*, Cambridge 1997, S. 555-579.

49 Wiener Stadt-und Landesarchiv, *Totenbeschaubücher*, 1769, fol. 22, zum 10. September 1769. Zur Versiegelung des Nachlasses des «ab intestato» verstorbenen k.k. Rats Fritsch siehe HHStA, *Oberstmarschallamt*, 767, n. 204.

50 C. CAPRA, *Luigi Giusti e il Dipartimento d'Italia a Vienna (1757-1766)*, in A. DE MADDALENA - E. ROTELLI - G. BARBARISI (Hrsg.), *Economia, istituzioni, cultura in Lombardia nell'età di Maria Teresa*, Bd. 3, Bologna 1982, S. 368-369, 378, sowie E. GARMS-CORNIDES, *Kaunitz und die habsburgische Italienpolitik*, S. 42, Anm. 46 und 47.

Nach der vom Oberstmarschallamt verhängten «Jurisdiktionsspörr» wurden wohl die von Fritsch hinterlassenen Papiere von Amts wegen eingefordert, legte man doch Wert auf das Schriftgut juridisch-politischen Charakters[51]. Von der Staatskanzlei wurden sie, wie viele Stücke des jetzigen Bestandes *Handschriften*, am Anfang des 19. Jahrhunderts in die Verwahrung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs überführt und nach sachlichen Betreffen geordnet. So kam das «Italiänische Staatsrecht» in die Abteilung Italien, die Gutachten zu Mindelheim zu den Reichssachen[52], Fritschs Konzepte verblieben dagegen als uninteressant unter den Akten der Hofkanzlei.

Was ist nun das *Italiänische Staatsrecht* des Gottfried Ernst Fritsch? Zunächst präsentiert sich das Werk als überdimensionale Widerlegung eines kleinen Pamphlets des Staatsrechtlers Johann Jakob Schmauss aus dem Jahre 1742, dem Fritsch schon damals den Kampf angesagt hatte[53], der *Summarischen Vorstellung des gegenwärtigen Zustandes von Italien in Ansehung des teutschen Reichs zu einer Erläuterung des Articuli X § 10 der neuesten Wahl-Capitulation Caroli VII*[54]. Schmauss, der sich zu diesem Zeitpunkt kurzfristig aus Göttingen hatte absetzen müssen, versuchte offenbar, sich als Parteigänger des Wittelsbacher Kaisers zu profilieren, ohne die Brücken zur Gegenseite gänzlich abzubrechen, indem er die kräftige Italienpolitik der Kaiser aus dem Hause Habsburg zu loben wußte. Gleichzeitig bezog Schmauss so deutlich Stellung gegen die Pragmatische Sanktion, daß man ihn wohl kaum als österreichfreundlichen Autor bezeichnen

[51] L. BITTNER, *Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs*, Bd. 3, S. 103 (Nachlaß Schrötter), S. 278-279 (Nachlaß Senckenberg).

[52] *Ibidem*, S. 188. Auch die beiden heute in den Adelsakten liegenden Konzepte für Beglaubigungen von 1763 (siehe Anm. 44) könnten damals aus dem Nachlaß ausgesondert und der Palatinatsverleihung (1735) beigefügt worden sein.

[53] Siehe Anm. 40.

[54] Als selbständige Publikation ist die kleine Schrift von Schmauss in Wiener Archiven und Bibliotheken nicht zu finden, sie wurde aber schon im folgenden Jahr nachgedruckt: J.C. KÖNIG, *Selecta Iuris publici novissima, zum Behufe der Reichs-Historie und der Staats-Rechten*, 5. Teil, Marburg 1743, S. 428-444. Fritsch stellte seinem *Italiänischen Staatsrecht* eine handschriftliche Abschrift voraus. Allgemein zu Schmauss siehe M. STOLLEIS, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, S. 311-312, ohne Erwähnung dieser Schrift, die vermutlich zunächst anonym erschien, sowie N. HAMMERSTEIN, *Jus und Historie. Ein Beitrag zur Geschichte des historischen Denkens an den deutschen Universitäten im späten 17. und 18. Jahrhundert*, Göttingen 1972, S. 343-351, hier S. 348 zu den «zeitgeschichtlichen» Interessen von Schmauss. Dazu nunmehr ausführlicher: W. BURGDORF, *Reichskonstitution und Nation. Verfassungsreformprojekte für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation im politischen Schrifttum von 1648 bis 1806* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte, 173), Mainz 1998, S. 124-128.

kann[55]. Als eine reine Familienverordnung könne diese geltendes Recht nicht aufheben und den Lehenscharakter eines oder mehrerer Länder nicht verändern, daher auch nicht aus männlichen Lehen weibliche machen. Die Inhaber der nicht durch den Tod Karls VI. erledigten italienischen Reichslehen, wie zum Beispiel der Großherzog von Toskana, haben beim neuen Kaiser um Bestätigung einzukommen, die anderen, Parma und Piacenza, fallen an das Reich ebenso wie Mailand, dessen Qualität als Weiberlehen in Zweifel gezogen wird. Die Goldene Bulle Karls V. könne sich ihrem Wortlaut nach bestenfalls auf die Töchter Philipps II. bezogen haben (was zumindest Fritsch als eine profranzösische Rechtsmeinung auslegte[56]). Den Ansprüchen des Herzogs von Guastalla als Agnaten auf das durch Acht und Tod erledigte Mantua sei bei den Friedensverhandlungen von Rastatt eigentlich recht gegeben worden. Alles in allem: Schmauss erhob einen dringenden Appell an den Reichshofrat, in Italien den kaiserlichen Rechten Geltung zu verschaffen und so das in der Wahlkapitulation enthaltene Versprechen einlösen zu helfen.

Um die nur einen Druckbogen umfassende «Schmausische» Schrift unter Heranziehung eines älteren eigenen Konzepts nach mehr als 20 Jahren erneut zu widerlegen – da angeblich die «widrigen Anbringungen» im Siebenjährigen Krieg wieder «aufgewärmet» worden seien[57] –, fuhr Fritsch die gesamte Reichspublizistik des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf, sparte aber auch nicht mit Hinweisen auf die inneren Widersprüche innerhalb der *Summarischen Vorstellung* sowie zwischen dieser und den

[55] So W. BURGDORF, *Reichskonstitution und Nation*, S. 125, mit Berufung auf M.B. LIECHTENSTEIN, *Die politische Streitschriftenliteratur nach dem Tode Kaiser Karls VI. mit besonderer Berücksichtigung jener Schriftsteller, die den Standpunkt Österreichs vertreten*, phil. Dissertation Wien, 1938. Diese bei Srbik und O. Brunner im November 1938 (!) eingereichte Dissertation stellt ein interessantes zeithistorisches Dokument dar, ist aber in der Aufarbeitung des Themas nicht befriedigend. So sind die Widersprüche zwischen den eindeutig antiösterreichischen Schriften von Schmauss und denjenigen, die eine Gleichgewichtspolitik bevorzugen (*Die Historie der Balance von Europa* ..., erschienen als 1. Teil von J.J. SCHMAUSS, *Einleitung zu der Staatswissenschaft und Erleuterung des von ihm herausgegebenens Corporis Iuris Gentium Academici*, Leipzig 1741) nicht aufgelöst, S. 27-36, S. 143-148. Erst nach dem Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges bezog Schmauss tatsächlich (wieder) eine habsburgfreundliche Position, und zwar betreffend die Frage der römischen Königswahl, siehe seine anonym erschienene Schrift: *Unpartheyische Vorstellung desjenigen, was nach den Reichs-Gesetzen und dem Reichs-Herkommen wegen der Wahl eines Römischen Königs Rechtens ist*, Frankfurt a.M. - Leipzig 1751.

[56] Vgl. auch HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 77 die empörte Feststellung: «Der deutsche Schmauss redet der französischen Krone das Wort ...», hier bzgl. angeblicher Erbrechte der Maria Theresia, älterer Halbwester Karls II. von Spanien, Gemahlin Ludwigs XIV.

[57] HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 19.

Staats- und Völkerrechtskompendien von Schmauss selbst – Widersprüche, die auch heute noch nicht aufgelöst erscheinen[58]. All das wußte Fritsch nicht zuletzt deswegen so gut, weil er Schmauss' Werke in seiner kurzen Lehrtätigkeit an der Savoy'schen Akademie hatte als Lehrbuch seinen Vorlesungen zugrunde legen müssen[59]. Nicht nur dem Bayernschmeichler, dem Franzosenfreund, dem Gegner der Pragmatischen Sanktion, nein, auch dem erfolgreichen akademischen Konkurrenten Schmauss galt also die Widerlegung der *Summarischen Vorstellung* durch die Konstruktion eines österreichischen Staatsrechts in Italien, bzw. eines italienischen Staatsrechts, das mit Hilfe der Erörterung der Rechtsnatur der einzelnen italienischen Staaten deren Zugehörigkeit zum Haus Österreich legitimieren sollte[60]. Eine interessante, hier nicht näher zu erklärende Facette dieser Auseinandersetzung stellt auch die Tatsache dar, daß Schmauss' frühe Schrift zum europäischen Gleichgewicht, in der er sich einer dem Thema angemessenen Äquidistanz befleißigte, für jenen Grafen Philipp Joseph Kinsky, damals habsburgischer Botschafter am Hof von St. James, ausgearbeitet worden sein soll[61], in dessen Haus Fritsch fünfzehn Jahre später als Hofmeister wirkte.

Daneben aber galt es, unausgesprochen, noch andere Konkurrenten in der Konstruktion eines österreichischen Staatsrechts zu überflügeln. 1750-1752 hatte Christian August Beck, damals Professor am Theresianum ein *Jus publicum Austriacum* veröffentlicht, das als Kompendium für den Unterricht am Theresianum gedacht war, dann aber durch das Ausscheiden Becks, ab 1755 Lehrer des Kronprinzen Joseph, wieder in Vergessenheit geriet, nicht zuletzt, weil es in dem als Unterrichtssprache zunehmend obsolet gewordenen Latein verfaßt war. Als «eigentlicher Schöpfer des österreichi-

58 So z.B. HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 52v der Hinweis auf J.J. SCHMAUSS, *Einleitung zu der Staatswissenschaft und Erleuterung des von ihm herausgegebenens Corporis Iuris Gentium Academici*, die nicht der habsburgfeindlichen Darstellung der *Summarischen Vorstellung* entspräche. Siehe oben Anm. 55.

59 J. SCHWARZ, *Geschichte der Savoy'schen Ritter-Akademie in Wien vom Jahre 1746 bis 1778*, S. 72-73.

60 Die «Konkurrenz» zu Schmauss erhellt auch aus Fritsch' Vorschlag von 1755, «Geschichte der europäischen Staaten nach Schmauss» vorzutragen, wobei er allerdings durch eine Aktualisierung den historischen Ansatz des Göttinger Professors zu überholen beabsichtigte. J. SCHWARZ, *Geschichte der Savoy'schen Ritter-Akademie in Wien vom Jahre 1746 bis 1778*, S. 142. Fritsch' langfristig erfolgreicherer Kollege, P.J. Riegger, orientierte sich noch deutlicher an Schmauss, wie J.S. PÜTTER, *Litteratur des Teutschen Staatsrechts*, Göttingen 1776-1791, 2. Teil, 1781, S. 447 anmerkt: Rieggers *Corpus iuris publici* von 1764 sei ein Auszug aus Schmauss.

61 W. BURGDORF, *Reichskonstitution und Nation*, S. 124, Anm. 70.

schen Staatsrechts» gilt daher Franz Ferdinand von Schrötter mit seinen zwischen 1762 und 1766, also genau gleichzeitig mit Fritsch, abgefaßten *Abhandlungen aus dem österreichischen Staatsrechte*[62]. Während Beck die italienischen Staaten des Hauses Österreich in seine Betrachtung nicht einbezogen hatte[63], erörterte Schrötter sehr wohl in der 1762 erschienenen zweiten Abhandlung die italienischen Staaten des Hauses Österreich sowie die lothringische Toskana und polemisierte bei der Besprechung des Rechtsanspruchs auf Mailand gegen Schmauss und dessen Argumentation in der *Summarischen Vorstellung*[64]. Die knappe und stringente Darlegung von Schrötter sollte kaum zehn Jahre später von Johann Jakob Moser in sein *Teutsches Auswärtiges Staatsrecht* übernommen werden[65].

Nach dem Erscheinen von Schrötters Schrift muß Fritsch offenbar den Entschluß gefaßt haben, sich mit Hilfe seiner zwei Jahrzehnte alten Vorarbeiten gegenüber dem brillanten Aufsteiger Schrötter als den ursprünglichen und zudem fundierteren Verteidiger des habsburgischen Länderkomplexes in Italien zu beweisen. Dabei mag er das zeitliche Umfeld der römischen Königskrönung als besonders günstig empfunden haben, hatte doch seit den Tagen Karls VI. der auf Italien bezogene Artikel 10 der Wahlkapitulationen immer wieder die Diskussion über die reichsrechtlichen Grundlagen der österreichischen Herrschaft in Italien angeregt. An mehreren Stellen der überarbeiteten Fassung betont Fritsch, wie neu sein methodischer Ansatz sei: niemand vor ihm habe ein *Jus publicum Italiae* verfaßt, das zugleich «österreichisches Staatsrecht über seine welschen

[62] Zu Beck und Schrötter vgl. G. WALTER-KLINGENSTEIN, *Was bedeuten 'Österreich' und 'österreichisch' im 18. Jahrhundert?*, S. 195-198.

[63] C.A. BECK, *Specimen Iuris publici Austriaci*, Wien 1750, enthält im Anhang (s.pag.) unter den zur Diskussion stehenden Thesen nur die Frage, «Status Italiae in bellis Imperii, licet extra Italiam gerendis, ad subsidia pecuniaria tenentur», mit dem Hinweis auf die bestehende reichsrechtliche Literatur wie Schurzfleisch, Gundling, Ludewig.

[64] SCHRÖTTER, *Zweite Abhandlung* ..., Wien 1762, S. 79-88 zu Mailand; S. 98-103 zu Mantua; S. 103-106 zu Parma und Piacenza und den Rückfallsbestimmungen des Aachener Friedens; S. 178-184 zur Toskana. Hier findet sich ebenfalls ein Verweis auf Schmauss, allerdings zur *Einleitung zu der Staatswissenschaft* (Anm. 55) und der dort erörterten Frage der Reichszugehörigkeit der Toskana, die in der Folge auch den legitimen Übergang an das Haus Lothringen gerechtfertigt habe.

[65] J.J. MOSER, *Teutsches Auswärtiges Staatsrecht*, S. 371-429, 5. Buch: Von dem Verhältnis zwischen dem Teutschen Reich und Italien, wobei Moser nicht in allen Punkten mit Schrötter übereinstimmt, vgl. etwa S. 417-418 zur Frage, ob das in der Wahlkapitulation von 1711 festgelegte Mitspracherecht des Kurfürstenkollegs bei Gebietsveränderungen zugunsten des Kaisers noch gültig sei.

Staaten» sei, «wovon noch kein Publicist was geschrieben» – Schrötter wird dabei geflissentlich ignoriert und verschwiegen[66].

Auf eine detaillierte Nacherzählung der Fritsch'schen Argumentation kann hier verzichtet werden. Sie ergibt sich aus der Punkt für Punkt durchzuführenden Widerlegung von Schmauss: gemeinsam mit diesem ist nur, daß die «teutschen kaiserlichen und Reichsgerechtsame in Gestalt eines Universaldomini über das Königreich Italien oder Longobardien» rechtlich fortdauern. Von da aus trennen sich aber die Wege: an der historischen Rekapitulation der kaiserlichen Italienpolitik erscheint Fritsch deren Reaktivierung unter Leopold, Joseph und Karl besonders wichtig. Das durch die frühmittelalterlichen Eroberungen *iure belli et victoriae* hergestellte «Universaldominium» über die italienischen Untertanen bewirkt, daß die italienischen Vassallen «subditi», nicht Reichsstände sind, was sich im übrigen auch im Belehnungszeremoniell ausdrücke[67]. Aus eben diesem Grund ist Felonie zugleich ein Majestätsverbrechen und bringt auch den Verlust der Allodialgüter mit sich. Diese Distinktionen waren in der Reichspublizistik des 18. Jahrhunderts durchaus bekannt, wenn auch nicht alle Juristen einen gesonderten Wirkungsbereich des langobardischen Lehensrechtes anerkannten[68].

Insofern als, wie Fritsch ausführt, kein Kaiser die Reichsgerechtsame zu erhalten imstande ist, «als welcher eigene große Länder und Macht darin besitzet», verdankt das Reich die Aufrechterhaltung der Reichsrechte in Italien ausschließlich dem Hause Österreich, das «im Besitz seiner Länder in Italien eher geschützet als durch Zweifelhaftmachung des tituli possessionis fremden Potenzen Gelegenheit gegeben werde, neue Irrungen anzuheben»[69]. Aus der traditionellen Reichspublizistik übernimmt Fritsch den Terminus der *lex gratitudinis*, die aber nur subsidiär neben den aus Verwandtschaft (*lex sanguinis*) und Eroberungen (*ius belli et victoriae*) sowie völkerrecht-

[66] HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 21v, 27v.

[67] Vgl. dazu J.-F. NOËL, *Zur Geschichte der Reichsbelehnungen im 18. Jahrhundert*, in «Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs», 21, 1968, S. 106-122, hier S. 112.

[68] Siehe Anm. 29, sowie J.-F. NOËL, *Traditions universalistes et aspects nationaux dans la notion du Saint Empire Romain Germanique du XVIIIe siècle*, in «Revue d'histoire diplomatique», 82, 1968, S. 193-212.

[69] HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 53v. Die Argumentation war natürlich längst bekannt. So findet sie sich z.B. in einer 1712 bei Gabriel Schweder in Tübingen disputierten These: Dissertatio Politico-Juridica de Electione Imperatoris ... submittit Johannes Bernhardus GAUPP: Neben der Machtfülle erleichtert die geographische Nähe den habsburgischen Herrschern die Aufrechterhaltung der Reichsansprüche in Italien.

lich bindenden Abmachungen, den europäischen Friedensverträgen, steht. Mit diesen Elementen jongliert Fritsch mehr oder weniger virtuos. Um die Anwendbarkeit der Pragmatischen Sanktion auf Mailand zu erweisen, muß er Karl V. Mailand als Kriegsbeute *iure belli* seinem Sohn Philipp II. zuwenden lassen, wodurch auch die Umwandlung des Lehenscharakters in ein Weiberlehen reichsrechtlich legitimiert ist. Dieser Besitz des Hauses Österreich sei durch die Friedensschlüsse von Rastatt und Utrecht, sowie durch die Quadrupelallianz international anerkannt und bestätigt. Die Reichsgarantie für die Pragmatische Sanktion ist daher nur mehr eine zusätzliche Absicherung, die auch für das Herzogtum Mailand gelte, mit dem Karl VI. als Erzherzog von Österreich nach geltendem Reichsrecht 1728 belehnt worden sei.

Auf Mantua verwendet Fritsch besondere Sorgfalt. Verstärkend neben die Argumentation des *crimen laesae majestatis* tritt hier aber noch das langobardische Lehensrecht, das bei Felonie auch die Agnaten von der Sukzession ausschließt. Und sollte das nicht genügen, ist Österreich der Besitz des mit seinen eigenen Mitteln eroberten Mantua nicht zu bestreiten, weswegen auch im Falle eines ursprünglich männlichen Lehens hier die Pragmatische Sanktion zur Anwendung gebracht werden kann.

Die Toskana wird verhältnismäßig kurz abgehandelt. Die Frage, ob die Einrichtung einer Sekundogenitur mit dem Reichsrecht kompatibel ist, hat sich Fritsch nicht gestellt. Interessanterweise wird sie nahezu gleichzeitig von einem aus der Toskana stammenden Juristen in einem an Maria Theresia gerichteten Traktat aufgeworfen, mit dessen Hilfe der etwa vierzigjährige Girolamo Cavalcagni, der bis dahin in der Toskana und in Rom tätig gewesen war, wie manch anderer Landsmann einen Posten in der Mailänder Verwaltung ergattern wollte[70]. Daß der sonst bisher nicht weiter bekannte Autor neben Ergebenheitsformeln für den allmächtigen Kaunitz – «quem primum ac potissimum ... nostrae felicitatis authorem nos Hetrusci adgnoscimus» – nahezu ausschließlich Belege aus dem Reichsrecht bringt, um Apanagierung und Lehensrecht unter einen Hut zu bekommen, zeigt nicht nur seine persönliche Belesenheit, sondern welche Argumentationsketten man als der damaligen Situation angemessen erachtete.

In den etwa zwei Jahren zwischen der Abfassung der ersten und der zweiten Version von Fritsch' *Italiänischem Staatsrecht* liegt einerseits das Ende des Siebenjährigen Krieges, das der parmensischen Nebenlinie des

[70] HHStA, *Alte Kabinettsakten*, 33, datiert 1. Dezember 1763. In Anm. 8 seines unpaginierten Texts gibt Cavalcagni eine Liste anderer von ihm verfaßter Schriften, darunter eine über die *Maremma di Siena* und ähnliche ökonomische Fragen.

Hauses Bourbon entgegen den Aachener Bestimmungen den Besitz von Parma und Piacenza implizit bestätigte sowie Savoyen denjenigen des ehemaligen Herzogtums Montferrat, auf das lothringische Erbansprüche geltend gemacht werden konnten[71], andrerseits die Wahl Josephs II. zum römischen König. Die Herausforderung für Fritsch bestand darin, vom Haus Österreich den Vorwurf abzuwenden, Reichsrechte seien der politischen Neuorientierung seit dem *renversement des alliances* und den dynastischen Interessen geopfert worden. Der argumentative Notstand führte paradoxerweise zu einer ungeheuren Aufblähung des Parma-Kapitels[72], in dem einerseits die Gültigkeit der Pragmatischen Sanktion auch für Parma, und damit eigentlich der Anspruch Maria Theresias postuliert, andrerseits mit dem Rekurs auf die Zeit Karls VI. und die Belehnung des Don Carlos klargestellt wird, daß seinerzeit der Übergang an die Bourbonen reichsrechtlich abgesichert gewesen sei. Immerhin hatte die Belehnung des Sohnes der Elisabeth Farnese implizit eine weibliche Erbfolge auch für Parma zugelassen (ein Argument für Maria Theresia) und zugleich den päpstlichen Ansprüchen Schranken vorgesetzt.

Schließlich lassen die Ansprüche des Hauses Lothringen und «künftig des Hauses Österreich» es ratsam erscheinen, «zur Nehmung politischer Maßregeln bey sich ereignenden günstigen Vorfällen»[73] die Reichszugehörigkeit Montferrats erweisen zu können. Dagegen fällt die sehr zurückhaltende Behandlung des Themas Savoyen auf. Allerdings wird klar

[71] Siehe oben, Anm. 48.

[72] Von 15 Folioblättern in HHStA, *Handschriften*, W 369, fol. 134-149, zu 91 in W 301, fol. 147-238. Es ist signifikant, daß es nach dem Aachener Frieden nochmals zu Publikationen über die Reichsrechte in Parma kam. Zu den älteren Schriften vgl. die bibliographischen Angaben bei M. SCHNETTGER, *Italienische Fürsten*; M. BENVENUTI, *L'erudizione al servizio della politica: la polemica per la successione in Toscana*, in «Nuova Rivista Storica», 42, 1958, S. 484-506, sowie auch Anm. 97, sowie J.J.S. PÜTTER, *Litteratur des Teutschen Staatsrechts*, 3. Teil, Göttingen 1783, S. 28-29; G. SCHUMANN, *An nexus feudalis ducatum Parmae, Placentiae, Guastallae, cum Imperio Romano-germanico adhuc subsistat*, Leipzig 1750; J.K. KÖNIG, *Selecta Iuris Publici novissima zum Behuf der Reichs-Historie und der Staatsrechten ...* 30. Teil, Frankfurt - Leipzig 1754, gibt im 7. Kapitel (S. 220-348) die Schrift *Von der Abtretung eines Reichs-Lehens in dem mit auswärtigen Mächten errichteten Friedens-Schluß und deren rechtlicher Würckung* wieder. Nach J.S. PÜTTER, *Litteratur des Teutschen Staatsrechts*, 3. Teil, S. 29 verfaßte auch Gottlob Heinrich Justi 1750 eine Schrift über Parma, mit der er sich in Wien bekannt machte, im Artikel in *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 10, Berlin 1974, S. 708 nicht erwähnt. Zu den im Auftrag der Kurie entstandenen Schriften vgl. E. GARMS-CORNIDES, *Storia, politica e apologia in Benedetto XIV: alle radici della reazione cattolica*, in P. KOEPPEL (Hrsg.), *Papes et papauté au XVIIIe siècle* (Biblioteca Franco Simone, 27), Paris 1999, S. 145-161, hier S. 150-153.

[73] HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 30.

gestellt, daß das Reichsvikariat dieser Dynastie verliehen sei und daher aus politischen Notwendigkeiten auch wieder entzogen werden könne – ein klarer Hinweis auf die Unzuverlässigkeit Savoyens, die inzwischen schon fast den Charakter eines Topos angenommen hatte[74].

Wie bereits erwähnt, bedient sich unser Autor der geballten Ladung reichshistorischer und reichspublizistischer Literatur sowie der umfangreichen Quellensammlungen wie Lünigs *Codex Italiae diplomaticus* oder Pfeffingers *Vitriarius Illustratus*[75], sowie der Moser'schen Standardwerke. Besonders Lünig kam Fritsch sehr gelegen, da er bereits einleitend zwischen Reichslehen, erblichen Staaten des Kaisers und anderen Fürstentümern unterschied und auch – im Gegensatz zu Schmauss – die unveränderte Bestätigung der Goldenen Bulle Karls V. für Mailand durch alle nachfolgenden Kaiser unterstrich. Von dem Standardwerk der Zeit, Moser's *Teutschem Staatsrecht*, sowie anderen einschlägigen Publikationen desselben Autors, macht Fritsch vielfach Gebrauch[76]. Aber auch Schriftsteller wie Voltaire oder Rousset mit seinen *Interêts présens* können bei Bedarf ausgewertet werden[77]. Insbesondere ist Fritsch natürlich die Publizistik zur Pragmatischen Sanktion, zu der er selbst beigetragen hatte, bekannt und nützlich.

Daß Fritsch' umfangreicher Traktat, trotz mehrfacher Versuche, auf aktuelle Probleme einzugehen, bei den Politikern kein nachhaltiges Interesse erregte, ist wohl nicht nur der langatmigen Darstellung und der Überfrachtung

[74] E. Garms-Cornides, *Kaunitz und die habsburgische Italienpolitik*, S. 39-41.

[75] J.C. Lünig, *Codex Italiae diplomaticus quo non solum multifariae Investiturarum Literae, ab Augustissimis Romanorum Imperatoribus Italiae Principibus et Proceribus concessae atque traditae; verum etiam alia insignia varii generis Diplomata, tam edita, quam multa anecdota ipsos concernentia continentur*, Frankfurt a.M. - Leipzig 1725. Der politischen Aktualität und der kommerziellen Attraktivität wollte Lünig durch rasches Erscheinen weiterer Bände entsprechen, vgl. Vorwort und Anhang zum 1. Band, bzw. die im 2. Band, 1726, angesprochenen Themen Parma und Piacenza. J.F. Pfeffinger, *Vitriarius illustratus, seu institutions iuris publici*, Freiburg i.Br. 1691, wiedergedruckt Gotha 1712-1730.

[76] J.J. Moser, *Teutsches Staatsrecht*, Nürnberg u.a., 1734-1754. Schon in seinem *Compendium iuris publici Germanici oder Grundriß der heutigen Staats-Verfassung des Teutschen Reichs* (Tübingen 1731) hatte Moser die italienischen Reichslehen besprochen sowie in der *Einleitung zu dem Reichs-Hof-Raths-Proceß* (Frankfurt a.M. - Leipzig 1731-1737) die Garzweiler'sche Lehensliste publiziert.

[77] [Voltaire] *Annales de l'Empire depuis Charles IV jusqu'à Charles VI par l'Auteur du Siècle de Louis XIV*, 2 Bde., Frankfurt 1754, hier Bd. 2, S. 418-428: Lob der kräftigen Italienpolitik Josephs I. und Karls VI.; J. Rousset, *Les Interêts présens et les prétentions des puissances de l'Europe*, La Haye 1741[3].

mit gelehrten Zitaten anzulasten. Das politische Klima am Wiener Hof war für die Diskussion über Sanremo ebenso ungünstig wie für die über das Rückfallsrecht von Parma oder die lothringischen Ansprüche auf Montferrat. Mehr als das, was Schrötter, der Protegé des Staatskanzlers, knapp und übersichtlich niedergelegt hatte, war wohl für Kaunitz zu diesem Zeitpunkt nicht nötig und nicht wünschenswert: wenige Jahre danach wird der Staatskanzler bei der Beantwortung der von Joseph II. vorgelegten *Deliberanda* meinen, daß man sich in der Reichspolitik auf einige wenige Grundsätze konzentrieren solle: je einfacher eine Maschine gebaut sei, desto besser funktioniere sie[78]. Und als politisch und sprachlich durchschlagskräftige Propagandaschrift, wie sie dem Staatskanzler und dem Reichsvizekanzler wünschenswert erschien, war das *Italiänische Staatsrecht* mit seinen vierhundert Seiten schon gar nicht zu gebrauchen.

Im dritten, abschließenden Kapitel soll nun kurz auf einige Reichspublizisten eingegangen werden, deren Werke von Fritsch in sein *Italiänisches Staatsrecht* eingearbeitet wurden, oder die parallel dazu ähnliche Thesen vorbrachten. Dabei ergibt sich der politisch nicht weiter erstaunliche, aber argumentationsgeschichtlich aussagekräftige Aspekt, daß manche Autoren von Schriften zum Thema Reichsitalien sich auch mit der Pragmatischen Sanktion befaßt und diese als dem Reichsrecht konform oder zumindest kompatibel verteidigt hatten. Auf ihren Spuren, möglicherweise auch in persönlichem Kontakt zu den Autoren, wanderte Fritsch von einer «ghibellinischen», und das bedeutete in der Situation des frühen 18. Jahrhunderts habsburgfreundlichen, Reichsitalienpublizistik hin zu den Anfängen des österreichischen Staatsrechts.

3. *Habsburgische Reichspublizistik. Vom Spanischen Erbfolgekrieg zur Pragmatischen Sanktion*

Im Anhang zu seinem umfangreichen Aufsatz über die Reichsgarantie der Pragmatischen Sanktion hat H. Zwiedineck-Südenhorst vor mehr als hundert Jahren eine kurze Liste von Schriften veröffentlicht, die im Vor- und Umfeld der Reichstagsdiskussionen herausgekommen wa-

[78] J.J. KHEVENHUELLER-METSCH, *Tagebuch*, Bd. 6, S. 504. Der interessante Vorschlag, zur «Festsetzung und ununterbrochenen Fortführung» eines die Reichsangelegenheiten erfassenden «Systems» einen eigenen «Conseil» zu gründen (*ibidem*, S. 506) und dessen Tätigkeit ab 1767 kann hier nicht behandelt werden. Vgl. J. WHALEY, *Die Habsburgermonarchie und das Heilige Römische Reich im 18. Jahrhundert*, in W. BRAUNEDER - L. HÖBELT (Hrsg.), *Sacrum Imperium*, S. 288-318, hier S. 302.

ren[79]. In ihrer Mehrheit erschienen diese Schriften anonym, und Zwiedineck war an den Verfassern nur bedingt interessiert. Abgesehen davon, daß eine Vervollständigung dieser Liste wünschenswert wäre, bringt gerade die Identifikation der Autoren und damit die Einordnung der Traktate in das jeweilige Oeuvre interessante Aufschlüsse.

Wir finden unter den Verteidigern des habsburgischen Standpunkts Johann Jakob Moser, der sich zehn Jahre zuvor mit einem Gutachten zur kaiserlichen Lehenshoheit über die Toskana am Wiener Hof bekannt gemacht hatte[80], wir finden Burkhard Gotthelf Struve, der bereits 1711 über kaiserlichen Rechte auf Parma und Piacenza geschrieben hatte[81], wir finden den scharf antifranzösischen Rousset, der zwar nicht eigene Werke über die kaiserlichen Ansprüche in Italien verfaßt hatte, aber bei seinem erklärten Ziel, die deutsche «Prätensionenliteratur» einem großen europäischen Publikum bekannt zu machen, die *Prétention de l'Empire sur la féodalité de l'Italie* parallel zu der ausführlichen Behandlung der Pragmatischen Sanktion setzte[82]. Auch in Roussets kommentierenden, oft Widerspruch anmeldenden Anmerkungen zu Mably's *Droit publique de l'Europe* ist der Nachweis der Legitimität der Pragmatischen Sanktion ein häufig wiederkehrendes Thema[83]. Dieses Werk

[79] H. ZWIEDINECK-SÜDENHORST, *Die Anerkennung der pragmatischen Sanction Karls VI. durch das deutsche Reich*, in «Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung», 16, 1895, S. 276-341, hier S. 339-341. Die Liste der Schriften zur Pragmatischen Sanktion ist allerdings bei weitem nicht komplett.

[80] [J.J. MOSER] *Acta publica und verschiedene andere Schrifften die Succession in denen österreichischen Erb-Landen ... und Sanctionem Pragmaticam betreffend*, Frankfurt a.M. 1732. Zu Mosers Reichshofrat-Gutachten über die Toskana, das Aretin im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv wiederentdeckte, siehe K.O. VON ARETIN, *Die Lehensordnungen in Italien im 16. und 17. Jahrhundert und ihre Auswirkungen auf die europäische Politik. Ein Beitrag zur Geschichte des europäischen Spätfeudalismus*, in H. WEBER (Hrsg.), *Politische Ordnungen und soziale Kräfte im Alten Reich*, Wiesbaden 1980, S. 53-84, hier S. 66, Anm. 69; bzw. DERS., *Das Alte Reich*, Bd. 2, S. 361-362.

[81] B.G. STRUVE, *Discursus de successione foeminea in regna et provincias Austriacas occasione sanctionis pragmaticae publicatus adiecta ipsa sanctione et privilegio Friderici I*, Jena 1733, Nachdruck 1743; DERS., *De iure imperii in ducatum Parmensem et Placentinum*, Jena 1711.

[82] So in den ab 1735 immer wieder neu aufgelegten *Interêts présens et prétentions des puissances de l'Europe*, siehe Anm. 77.

[83] [G. BONNOT DE MABLY] *Le droit public de l'Europe fondé sur les Traités par Mr. L'abbé de Mably. Avec des Remarques Historiques, Politiques et critiques par Mr. Rousset. Nouvelle edition, augmentée des Principes de négociation*, Bde. 1-3, Amsterdam - Leipzig 1761 (gewidmet dem Grafen Cobenzl, Plenipotentiär in den österreichischen Niederlanden). In Bd. 2, S. 203-204, Anm. a verteidigt Rousset die Pragmatische Sanktion mit dem Hinweis auf die Reichsgarantie und das Privilegium minus.

dürfte übrigens in manchem ein Vorbild für Fritsch gewesen sein (so ist hier auch Montferrat behandelt)[84].

Ebenfalls einen engen Nexus zwischen den kaiserlich-habsburgischen Rechten in Italien und der Pragmatischen Sanktion brachten die anonymen, noch vor Mosers und Struves Schriften erschienenen *Zufällige Gedanken über die wegen der Succession in den Herzogthümern Florenz, Parma und Piacenz vorgefallenen Begebenheiten und deren Erörterung durch den neuen Frieden zu Wien, verfasset von einem Liebhaber der neuen Historie,* die 1731 in Leipzig erschienen[85]. Auch an Fritsch' eigene *Meditatio ... ad Sanctionem Pragmaticam* (Jena 1732) muß erinnert werden oder an Franz Dominik Häberlin, der sich allerdings zu keiner ausschließlich proösterreichischen Stellungnahme hinreißen ließ[86]. Neben einer fast durchgehend habsburgfreundlichen Einstellung, wie sie zumindest bis 1740 der Publizistik zu Reichsitalien eigen ist, verbindet diese Schriften die Argumentationsreihe Privilegium minus – Pragmatische Sanktion – weibliches Erbfolgerecht in allen italienischen Reichslehen, wobei letzteres, sofern irgend möglich, als der Pragmatischen Sanktion vorangehend oder von ihr unabhängig reichsrechtlich begründet hingestellt wird.

Eine interessante und noch zu klärende Facette dieser prohabsburgischen Reichspublizistik ist die Frage, wie die Beschaffung des Quellenmaterials funktionierte. So müßte man zum Beispiel die brieflichen Kontakte dieser Autoren mit den damals zentralen Figuren österreichischer Gelehrsamkeit, den Brüdern Pez, untersuchen: Mascov (Autor eines wichtigen Werkes über den Reichslehenscharakter der Toskana[87]), Struve, Lünig, J.J. Moser,

[84] *Ibidem*, Bd. 2, S. 153.

[85] Der Autor war bisher nicht zu ermitteln. Der Bezug auf Reichsitalien und der Erscheinungsort Leipzig (sofern richtig) könnte am ehesten auf Mascov deuten, aber auch Senckenberg oder Spannagel sind denkbar.

[86] Zu Fritsch siehe Anm. 34. Zu Häberlin: HHStA, *Reichskanzlei*, Deduktionen, 318/53: *Duae illustres quaestiones iuris publici, prima num extraneus possit eligi in imperatorem Romanum, secunda num Regia Celsitudo Serenissimus Princeps Francescus Stephanus Magnus Dux Hetruriae et dux Lotharingiae etc. sit Princeps Germanus aiendo discussae a* Francisco Dominico HAEBERLIN, Göttingen 1745; DERS., *Abriß einer umständlichen Historie der Pragmatischen Sanction, von deren Errichtung bis auf den Tod Kayser Carls VI.*, Helmstedt 1746. Zu Häberlin als Verfasser einer Schrift über Genua, siehe Anm. 8. Vgl. auch C. WEIDLICH, *Zuverläßige Nachrichten*, S. 249-257.

[87] Zusammenfassend zu den Schriften über den Reichslehencharakter der Toskana M. BENVENUTI, *L'erudizione al servizio della politica*; M. VERGA, *Dai Medici ai Lorena: aspetti del dibattito politico nella Toscana del primo Settecento dall'epistolario di Bernardo Tanucci*, in «Società e storia», 29, 1985, S. 546-594, hier S. 555-558 zu den vom späteren neapo-

Senckenberg, sie alle wandten sich an Hieronymus und Bernhard Pez[88]. Die Gründung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und die dort einsetzende Forschungsarbeit sind immer als Marksteine eines «österreichischen» Geschichts- und Staatsbewußtseins angesehen worden[89]. Wichtig wäre jedoch auch zu sehen, was und wie der Reichshofrat und die ihm zuarbeitenden Gelehrten zu unserem Fragenkomplex beigetragen haben, oder welche anderen Hofstellen bereit waren, die prohabsburgischen Autoren mit Dokumenten zu versorgen[90].

Vergleichbar mit Fritsch in Biographie und Werk, speziell hinsichtlich der eben besprochenen Doppelfunktion als Verteidiger der Pragmatischen Sanktion und der Reichsrechte in Italien, sind zwei Männer, deren publizistisches Oeuvre auch nur zu geringem Teil den Weg in die Öffentlichkeit fand: Johann Caspar von Pogarell und Gottfried Philipp Spannagel. Beider Nachlaß verwahrt die Österreichische Nationalbibliothek in ihrer Handschriftensammlung.

Der aus einer uralten schlesischen Familie stammende Pogarell[91], der nur zu gerne an den berühmten Vorfahren erinnerte, welcher zur Zeit Kaiser Karls IV. eine wichtige Rolle bei der Einverleibung Schlesiens in das Königreich Böhmen gespielt hatte[92], vertrat bereits in seiner Gießener

litanischen Minister verfaßten, weitgehend verlorenen Schriften zur Sukzessionsfrage; M. SCHNETTGER, *Italienische Fürsten*, S. 90-91, Anm. 13.

88 Siehe z.B. ÖNB, *Autographensammlung*, 36/54-1 (Mascov), 36/60-1 (Lünig), 36/68-1 (Struve), 36/82-1 (J.J. Moser), 36/86-1 (Senckenberg). Der Edition der Korrepondenz von Bernhard Pez gilt ein Forschungsprojekt von Thomas Wallnig (Wien).

89 Vgl. zuletzt B. MAZOHL WALLNIG - T. WALLNIG, *(Kaiser)haus – Staat – Vaterland? Zur österreichischen Historiographie vor der Nationalgeschichte*, in *Nationalgeschichte als Artefakt*, trilaterale Tagung veranstaltet von der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, im Druck. Ich danke den Autoren für die gewährte Einsichtnahme in das Manuskript.

90 Vgl. z.B. ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 15213: Pièces appartenantes à la pragmatique Sanction qui a Godefr. Philippe Spannagel sont communiquéz par Mr. Le baron de Curtz le 5 juillet 1732 (Kurtz war kaiserlicher Kabinettssekretär). Siehe auch Anm. 48 zu den Anfragen von Fritsch an die Staatskanzlei.

91 J.C. ADELUNG, *Fortsetzung und Ergänzungen zu Christian Gottlieb Jöchers allgemeinen Gelehrten-Lexico*, Band 6 (Fortsetzung durch Heinrich Wilhelm ROTERMUND, Bremen 1819), S. 473 zu Pogarell.

92 ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 5529, Johann Caspar von Pogarell, *Von Ihrer Römisch-Kayserlichen Majestät Gerechtsamen in Italien* ... fol. 6 und fol. 149-152, sowie CVP 8625 *, fol. 19-20. Ähnlich auch in der gedruckten Dissertation: *Vindiciae Austriacae pro Aurei Velleris ordine quas dissertatione iuris publici ... praeside D. Jo. Daniel Grubero, iurium*

These 1724 einen dezidiert prohabsburgischen Standpunkt, was ihm zwar das kaiserliche Wohlwollen, jedoch nichts Konkretes einbrachte[93]. Um 1728 scheint er nach Wien gekommen zu sein und sich bald der Protektion des Reichhofratspräsidenten Johann Wilhelm von Wurmbrand erfreut zu haben. Er arbeitete «einem Gesandten» zu[94] und verfaßte neben Deduktionen und Gutachten für die Reichsbehörden eine Reihe akademischer Abhandlungen mit einer dezidiert prokaiserlichen, antireichständischen Argumentation[95]. 1730 schrieb er, mit ausdrücklichem Bezug auf die Regelungen des Vertrages von Sevilla, sein Werk über die kaiserlichen *Gerechtsamen in Italien und insonders in denen jenigen Italienischen Reichs-Landen von welchen in einigen neueren Friedens-Articuln ein und anderes verabredet werden wollte*[96], in dem

in academia Giessensi professore ordinario ... A. D. XX Mai anno 1724 ... publice proposuit auctor et respondens Joannes Caspar de POGARELL *Eques Silesius*, Halae Magdeburgica s.a. (ÖNB 43.A.13). Eine Beilage in diesem Exemplar scheint darauf hinzuweisen, daß sich Pogarell noch 1748 gegen den Vorwurf des Plagiats wehren mußte, möglicherweise im Zusammenhang damit, daß J.J. Moser unter einem Decknamen kurz zuvor eine ähnliche Schrift veröffentlicht hatte: *Die Richtigkeit der spanischen Praetensionen auf den Ritter-Orden des Güldenen Vliesses der honneten Welt nützlich für Augen geleget von* Caesarinus CHARITINUS *anno 1723*. HHStA, *Reichskanzlei*, Deduktionen, 289. Inc.: Unter anderen importunen und insolenten Praetensionen ... (8 pp.).

[93] ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8625 *, fol. 17-18, *Promemoria der den von Pogarell betreffenden Umstände*. Undatiert, aber nach 1731, da die in diesem Jahr verliehene Anwartschaft auf einen Reichhofratsposten erwähnt ist. Siehe O. GSCHLIESSER, *Reichshofrat*, S. 421-422.

[94] ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8625 *, fol. 17-18.

[95] In ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8625 *, fol. 11-16 und CVP 5529, fol. 145-148v gibt Pogarell eine Bibliographie seiner Schriften, darunter eine *Commentatio Praeliminaris von der nach und nach ... entstandenen ... Landeshoheit deren Reichstände* oder einen *Entwurff einer Historisch als Reichsgesetzmäßigen Wiederlegung derer nun ohnlängst (1730) in Druck gekommenen Singularia Juris Publici German.* (vermutlich identisch mit den bei J.C. ADELUNG, *Fortsetzung und Ergänzungen zu Christian Gottlieb Jöchers allgemeinen Gelehrten-Lexico*, als gedruckt angeführten *Historischen Anmerkungen über die Singularia Juris Publici eines berühmten Mannes*), also eine Schrift gegen Johann Peter Ludewig, der in seinen *Singularia Iuris Publici Germanici Imperii*, Halle 1730, S. 311-318 die habsburgische Herrschaft in Mailand und Mantua als ein auf die Person Karls VI. beschränktes «Interim» dargestellt hatte. Pogarell verfasste darüber hinaus Schriften über den Streit zwischen Kurböhmen und Kursachsen bezüglich der freien Schifffahrt auf der Elbe, über Mecklenburg, über die kaiserlichen Rechte in Ehesachen auch protestantischer Reichstände (in ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 9244 erhalten). Im Druck erschien laut Adelung noch ein Traktat über das Amt des Erzschildträgers. Zur politischen Brisanz der Diskussion über die Erzämter am Anfang des 18. Jahrhunderts siehe A. SCHINDLING - W. ZIEGLER (Hrsg.), *Die Kaiser der Neuzeit 1519-1918*, München 1990, S. 209-210.

[96] ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 5529 und zusammengefaßt in CVP 8625*.

er ausgiebig auf das vorangehende Schrifttum zu Reichsitalien rekurrierte, so auf Musaeus und Böhmer zu Parma und Piacenza, auf Böhmer zu den von den italienischen Staaten zu leistenden Subsidien oder Gundling zu Florenz[97]. Zwei Jahre später griff Pogarell wieder zur Feder. Sein neuestes Werk über die Pragmatische Sanktion wollte er nicht wie das vorangehende dem Kaiser widmen, sondern dem Prinzen Eugen[98]. Punkt für Punkt widerlegt er die *Reflexions d'un Patriote Allemand et impartial sur la demande de la Garantie de la Pragmatique Impériale* und verteidigt die Pragmatische Sanktion gegen den Vorwurf, der Wahlkapitulation Karls VI. zuwider zu laufen[99]. Laut der Datierung begann Pogarell seine Schrift unmittelbar, nachdem die Pragmatische Sanktion die Reichsgarantie erhalten hatte[100]. Mit solchem Nachgeplänkel konnte man sich aber offenbar keine Stelle mehr erschreiben. Spätestens 1735 hat Pogarell die Seite gewechselt und ist in sachsen-weimarische Dienste getreten, wo er Fritsch begegnet sein könnte. Von 1738 bis 1744 übernahm er die Vertretung Sachsen-Weimars am Reichstag (neben derjenigen einer Anzahl anderer kleiner Reichstände), repräsentierte das Herzogtum auch auf dem Wahltag in Frankfurt 1742 und wurde schließlich von Karl VII. zum Reichshofrat erhoben. 1753 ist Pogarell gestorben. Eindrucksvoll bleiben trotz aller Unterschiede zu Fritsch die Parallelen im Werk zweier glückloser Verteidiger habsburgischer Rechtsansprüche. Auch für sie könnte die bittere Bemerkung gelten, die der Reichshofrat von Senckenberg in einem Brief an den kaiserlichen Archivar Rosenthal zu Papier brachte: «Man könnte über die Goldene Bulle etwas recht schönes, und zugleich zur Bestärckung deren österreichischen Freyheiten und Widerlegung deren Ludewigischen wider dieselbe gemachten unächten Einstreuungen herausbringen, wann hier der Ort ware, wo man einen Danck damit verdienete»[101].

[97] Zu diesen Autoren siehe M. BENVENUTI, *L'erudizione al servizio della politica*, sowie M. SCHNETTGER, *Italienische Fürsten*, dazu der dort nicht genannte S.H. MUSAEUS, *De Juribus in Parmae et Placentiae Ducatus a pontifice male praetesis, vel usurpatis, commentatio*, Kilonii 1709.

[98] ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8625: *Historisch- und Reichsrechtliche, auch in neueren Friedensverträgen gegründete Ausführungen, von dem Österreichischen Erb-Folge-Rechte der Untheilbarkeit, Primogenitur, und weiblicher Linear-Succession.*

[99] Zum Autor der *Reflexions* siehe H. ZWIEDINECK-SÜDENHORST, *Die Anerkennung der pragmatischen Sanction Karls VI. durch das deutsche Reich*, S. 302-304, S. 340.

[100] ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8625, Vermerk auf dem unpag. Titelblatt.

[101] HHStA, *Archivalische Arbeiten*, Karton 12, Beilage zu einem nicht erhaltenen Brief Senckenbergs an Rosenthal, datiert 27. Mai 1760. Zu J.P. von Ludewig siehe M. STOLLEIS, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, S. 302-304.

Zuletzt soll ein Mann genannt werden, in dessen Werk die Verknüpfung zwischen der prohabsburgischen Prätensionenliteratur und der Verteidigung der Pragmatischen Sanktion, sowie der ansatzweisen Entwicklung eines über die Erzherzogtümer Österreich ob und unter der Enns hinausgreifenden Österreichbegriffs in einer Weise verbunden sind, die der juridischen Argumentation von Fritsch nicht unähnlich ist: Gottfried Philipp Spannagel.

Schon mehrfach und in verschiedenen Zusammenhängen ist in der spezialisierten Literatur auf diese Person hingewiesen worden. Da ich hoffe, in nächster Zeit diese verschiedenen «Bausteine» – die «neoghibellinische» Historiographie, das persönliche Beziehungsnetz Spannagels in verschiedenen italienischen Staaten und am Kaiserhof, seine Position innerhalb der kaiserlichen Hofhistoriographie – zusammenfassen zu können, brauchen hier nur wenige biographische Daten vorgelegt werden[102].

Um 1675 geboren, lebte Spannagel lange Zeit in Italien, vor allem in Genua und in der Lunigiana, einem Gewirr kleiner und kleinster Reichslehen zwischen Ligurien und der Toskana. Er bediente sich bis in die zwanziger Jahre eines anderen Namens, Goffredo de' Filippi, gab sich als Adeligen aus (wozu die «Namensgleichheit» mit dem piemontesischen Adelsgeschlecht Vorschub leistete). Über seine Herkunft scheint er nichts verraten zu haben. Zeitgenossen bezeichneten ihn einmal als Sachsen, einmal als Tiroler, Spannagel selbst spricht bei einer Gelegenheit von seiner Konversion, ohne dass das Rückschlüsse auf seine Herkunft erlauben würde. Um 1717 heiratete er die Witwe eines genuesischen Patriziers, wodurch sich verwandtschaftliche Beziehungen zu den besten Familien Genuas, darunter den Pallavicini, ergaben. Bald darauf führten private Dienste für Gianluca Pallavicini, den späteren Gouverneur der Lombardei, Spannagel durch die ganze Appenninenhalbinsel bis nach Neapel, wo er ebenso Kontakte mit Juristen und Gelehrten knüpfte wie im Norden mit Muratori und Maffei. Um 1720 kam er nach Mailand, wo er sich der Protektion des Gouverneurs Colloredo erfreute und wieder in gesellschaftlich führenden

[102] H. TSCHOL, *Gottfried Philipp Spannagel und der Geschichtsunterricht Maria Theresias. Ein Beitrag zur Erklärung ihrer kirchenpolitischen Haltung*, in «Zeitschrift für katholische Theologie», 83, 1961, S. 208-221; E. ZLABINGER, *L.A. Muratori und Österreich*, S. 106-108, S. 172. G. RICUPERATI, *L'esperienza civile e religiosa di Pietro Giannone*, Milano - Napoli 1970, S. 243-247; E. GARMS-CORNIDES, *Zwischen Giannone, Muratori und Metastasio. Die Italiener im geistigen Leben Wiens*, in F. ENGEL-JANOSI - G. KLINGENSTEIN - H. LUTZ (Hrsg.), *Formen der europäischen Aufklärung* (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, 3), Wien 1976, S. 224-250, hier S. 234; DIES., *Toskana zwischen Rom und Wien*, S. 417-418, Anm. 10. Neuerdings auch B. MAZOHL-WALLNIG - T. WALLNIG, *(Kaiser)haus – Staat – Vaterland?*

Kreisen verkehrte. In Mailand verfaßte er die *Notizia della vera libertà fiorentina*, die in zwei Bänden 1724-1726 anonym erschien, mit der er sich als einer der letzten in eine ansehnliche Reihe von Reichspublizisten einordnete, die die kaiserliche Oberhoheit über die Toskana postuliert hatten (Gundling, Hahn, Berger, Mascov beziehungsweise dessen Respondent Thomas Fritsch)[103]. Gleichzeitig arbeitete er im Auftrag Colloredos an einer Untersuchung über das Reichsvikariat und bereitete eine Apologie der kaiserlichen Rechte auf Parma vor. 1726 übersiedelte er nach Wien, wo er mit Hilfe Colloredos die Stelle eines zweiten Kustoden an der Hofbibliothek und zugleich als Nachfolger Dumonts die des deutschen Hofhistoriographen erlangen konnte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt trug er wieder seinen deutschen Namen. Ab Anfang der dreißiger Jahre wurde er Geschichtslehrer der Erzherzoginnen Maria Theresia und Maria Anna und soll in der ersteren den Keim zu selbstherrlichem Auftreten gegenüber dem Heiligen Stuhl gelegt haben. Eine weiterführende Karriere, etwa auf der Gelehrtenbank des Reichshofrats, blieb ihm aber versagt. 1748 starb er, allein und verbittert, in einen endlosen Rechtsstreit mit seinem aus den Abruzzen stammenden Schwiegersohn verwickelt, der interessanterweise einer der Haupträdelsführer jener Unruhen gewesen war, die 1743/44 auf eine Restauration der habsburgischen Herrschaft im Königreich Neapel abgezielt hatten.

Spannagels schriftlicher Nachlaß verblieb an der Stätte seines Wirkens, der Hofbibliothek. Er umfaßt rund sechzig Folianten, die einer vertieften wissenschaftlichen Behandlung harren[104]. Insbesondere die Collectanea-

[103] Siehe oben Anm. 87. Interessant ist, daß nicht nur Mascov seine Schrift in mehreren Sprachen bzw. Auflagen verbreitete, sondern auch Thomas Fritsch, seit 1724 in sächsischen Diensten, ließ die *Exercitatio Juris Publici de iure imperii in Magnum Ducatum Etruriae* 1730 und 1741 unverändert nachdrucken (Exemplare in ÖNB 38324-B. Alt, sowie ÖNB 28.Q. 158). Die Ausgabe von 1730 soll von Karl VI. mit dem Adelstitel belohnt worden sein, siehe *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 5, Berlin 1961, S. 624-625. Die früheste Darstellung des kaiserlichen Standpunkts in der Toskana-Frage scheint die erste, 1717 erschienene Version der *Historischen Nachrichten vom Lande Tuszien oder dem Groß-Hertzogthum Florentz* gewesen zu sein, die J.P. GUNDLING 1723 in Frankfurt nachdrucken ließ, siehe *ibidem* das Vorwort, sowie das Vorwort zu J.P. GUNDLING, *Historische Nachrichten von denen Herzogthümern Parma und Placenza und deroselben Dependenz vom Römisch-Teutschen Reich*, Frankfurt a.M. 1723. Eine handschriftliche lateinische Version des letzteren Werks in ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 13721.

[104] Die Studie von S. PUM, *Die Biographie Karls VI. von Gottfried Philipp Spannagel. Ihr Wert als Geschichtsquelle* (ungedruckte Hausarbeit für die Lehramtsprüfung, Wien 1980, Exemplar in ÖNB, *Handschriftensammlung*) ist nicht zufriedenstellend. Die Autorin folgt in ihrer Liste der Spannagel zuzuschreibenden Manuskripte den Handschriftenindices, doch müssen aus diesem Corpus jene Werke anderer Gelehrter, die sich mit ähnlichen

Bände, in die auch Briefkonzepte eingebunden sind, könnten noch eine Reihe von Aufschlüssen bringen. Vor kurzem haben B. Mazohl-Wallnig und Th. Wallnig sich mit Spannagels Entwurf einer *Histoire civile d'Autriche* befaßt und diesen in den größeren Zusammenhang einer entstehenden «Staatsgeschichte» eingeordnet[105]. Die schon von Anna Coreth konstatierte staatsrechtliche Perspektive[106] in dem so umfangreichen und vielfach wirren Oeuvre Spannagels rückt ihn in mancher Hinsicht in eine Parallele zu Gottfried Ernst Fritsch. Wohl bald nach seiner Berufung nach Wien formulierte Spannagel in einem Gesuch an Karl VI. sein Programm: beim Ordnen der kaiserlichen Bibliothek will er Exzerpte über die Reichsgeschichte wie diejenige Österreichs anlegen. Dabei steht ihm nicht nur das Ziel vor Augen, die kaiserlichen Gerechtsamen zu verteidigen, sondern auch mit der Zeit ein «Sistema Iuris publici Romano-Germanici» zu erstellen, das der Widerlegung der «grundschädtlichen Lehrsätze» dienen werde, die an den protestantischen Universitäten, insbesondere Leipzig und Halle, gelehrt würden und die auf eine Auflösung des Reiches abzielten, womit wieder, wie bei Pogarell oder später Senckenberg, in erster Linie auf J.P. Ludewig angespielt wird. Die Begründung einer derartigen Rechts«schule» würde, so Spannagel, nicht etwa nur seinem persönlichen Interesse, sondern vor allem dem der Erbländer dienen. Wie in seinem Werk über die Toskana könne dann durch bisher nicht beachtete Quellen und «Beweistümer ... denen Widersachern ... fast ein allgemeines Stillschweigen aufgeleget» werden[107]. Die Argumentation habe, so unser Autor in einem anderen Werk, immer zweigleisig zu erfolgen: historisch und nach dem Ius Publicum des Reichs[108]. So ist es kein Wunder, daß neben der Rechtfertigung der Reichsrechte in Italien auch die Pragmatische Sanktion und ihre das Reichsrecht ins Spiel bringende Beziehung zum *Privilegium minus* sehr bald einen prominenten Platz in Spannagels historiographischer Produktion einnehmen. Eine Reihe von Vorarbeiten münden dann in die *Histoire civile*, die, vergleichbar mit Fritsch' monumentaler Widerlegung der *Schmaussischen Summarischen*

Themen befaßten und die der Hofbibliothek einverleibt wurden, herausgefiltert werden, so z.B. die in der vorangehenden Anmerkung genannte Schrift von Gundling (ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 13721).

105 Siehe oben Anm. 89.

106 A. Coreth, *Österreichische Geschichtsschreibung in der Barockzeit*, Wien 1950, S. 66.

107 Sammelcodex ÖNB, *Handschriftensammlung*, Ser.n. 23 (enthaltend Exzerpte, Notizen und Entwürfe Spannagels), Nr. 124, fol. 41. Briefentwurf im Anschluß an eine völkerrechtliche Abhandlung über das Durchzugsrecht.

108 ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 15301: *Adversaria ad instituendam methodum recte scriptis vindicandi Caesaream in ditiones Italicas superioritatem idoneam.*

Vorstellung, in einer mehrbändigen Darstellung die *Reflexions d'un patriote allemand impartial sur la demande de la garantie de la pragmatique imperiale* entkräften will[109], gegen die auch Pogarell polemisiert hatte. Offenbar zunächst in lateinischer Sprache verfaßt, wird das Werk später vom Autor selbst ins Französische übersetzt. Die Titel beider Versionen wechseln. Im Lateinischen mutiert kurioserweise die *Historia civilis austriaca* zu einer *Historia civilis austrica*, womit offenbar ein geographischer Bezug hergestellt und zwischen Land und Dynastie sprachlich differenziert werden soll[110], während die letzte, wohl 1744 fertiggestellte, französische Variante statt der ursprünglichen *Histoire civile autrichienne* eine *Histoire civile et d'Etat des Autrichiens* sein will[111].

Die Titeländerungen signalisieren nicht nur eine «Verstaatlichung» dynastischer oder teritorialer Geschichtsschreibung, sondern möglicherweise auch ein Abrücken von den scharfen antikurialen Positionen, die der «Ghibelline» Spannagel mit dem ihm persönlich wohl bekannten Verfasser der *Storia civile del regno di Napoli* (1723) teilte, jenem Pietro Giannone, um den sich die italienische Coterie an der Hofbibliothek geschart hatte[112]. Während die Kontroverse um die Lehensabhängigkeit der Toskana vom Reich in erster Linie eine Diskussion mit einer politisch und kulturell selbstbewußten aristokratischen Elite gewesen war, so stellte – seit den Tagen Josephs I. – die Polemik über Parma und Piacenza eine Auseinandersetzung mit dem Papsttum und dessen Rolle in der Geschichte Italiens dar, wobei sich die romkritischen Autoren ihre Argumente sowohl aus der protestantischen Reichspublizistik, wie aus der antikurialen italienischen Literatur zu holen verstanden. Es ist daher in sich schlüssig, daß Spannagel unter seine frühen Werke eine Geschichte Josephs I., eine Streitschrift gegen Clemens XI. und einen Traktat über den Reichslehenscharakter des Herzogtums Parma zählen kann.

109 ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8426. Siehe Anm. 99 zu den *Reflexions*. Es gibt eine französische und eine lateinische Version der *Historia civilis*, zudem immer neue Versionen und Materialbände, auf deren diverse Merkmale hier nicht eingegangen werden kann; ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 7723-7730, 8369-8384, 8424-8427, Ser.n. 3299-3305

110 ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 7723, fol. 7: «Exploratum autem est Norici, et regionum quas austricas appellant, divisionem a Romanis pro arbitrio factam fuisse». Allerdings ist weder in dieser Version (möglicherweise eine Rückübersetzung aus dem Französischen?) noch in ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 8425, fol. 330 u.a. die Umschreibung von *Austriaca* zu *Austrica* konsequent durchgeführt.

111 ÖNB, *Handschriftensammlung*, CVP 7724, fol. 1.

112 G. RICUPERATI, *L'esperienza civile e religiosa*, S. 231-264.

Sobald es allerdings darum geht, nicht nur die reichsrechtliche Unbedenklichkeit der Pragmatischen Sanktion[113], sondern auch deren Anwendbarkeit auf die vom Haus Habsburg beherrschten italienischen Territorien zu beweisen, wird für Spannagel wie für Pogarell oder später für Fritsch und Schrötter der Nachweis der 1728 lehensrechtlich korrekt erfolgten (Selbst-) Belehnung Karls VI. zentral: der Kaiser habe nicht nur die erledigten *feudi* einbehalten, sondern sie durch Belehnung des Hauses Österreich für das Reich gerettet[114]. Nach 1740 und gegenüber dem wittelsbachischen Kaisertum erhielten diese Distinktionen eine besondere politische Prägnanz. Spannagels *Staatsgeschichte* wie Fritsch' *Österreichisches Staatsrecht in Italien* sind zwar Ausdruck eines Ringens um eine neue Begrifflichkeit, setzen aber zugleich die traditionelle dynastische Geschichtsschreibung fort, wie es das Thema legitimer Sukzession in den Erbfolgekriegen der ersten Jahrhunderthälfte erforderte. So kann es einerseits nicht erstaunen, daß Spannagel sich auch als Autor genealogischer Abhandlungen hervorgetan hat, daß andrerseits dem Thema nach der Rückkehr der Kaiserwürde in das Haus Habsburg-Lothringen und der völkerrechtlichen Anerkennung der mariatheresianischen Nachfolge in den österreichischen Staaten, sowie auch in Mailand, die politische Brisanz abhanden kam. So wird es bis in die Tage der Koalitionskriege dauern, bis der antiösterreichische Affekt im Reich das Thema «Reichsitalien» wieder hervorholen und alte antihabsburgische Polemiken neuzubeleben trachten wird.

Wilhelm Wegener hat den staatsrechtlichen Aspekten dieses Phänomens am Ende des Alten Reichs eine eigene Betrachtung gewidmet, in der in erster Linie die Publikationen von Johann Anton Ludwig Seidensticker (1766-1817) analysiert werden[115]. Seidenstickers *Beiträge zum Reichsstaatsrecht welscher Nation* (Göttingen 1795) folgten unmittelbar auf die beiden ersten Bände von Carl Friedrich Häberlins *Handbuch des teutschen Staatsrechts* (Berlin 1794). Im letzten Band (1797) bezog sich Häberlin bereits auf

[113] Die Vereinbarkeit der Pragmatischen Sanktion mit dem «Reichsherkommen» vertrat zum Beispiel J.W. von Goebel, *Dissertatio academica de observantia imperii* (resp. Johann August Raken), Helmstedt 1732. Vgl. B. Roeck, *Reichssystem und Reichsherkommen. Die Diskussion über die Staatlichkeit des Reiches in der politischen Publizistik des 17. und 18. Jahrhunderts* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte. Abteilung Universalgeschichte, 112), Wiesbaden-Stuttgart 1984, S.108-110.

[114] Vgl. z.B. G.E. Fritsch, *Italiänisches Staatsrecht*, HHStA, *Handschriften*, W 301, fol. 82. Noch bei W. Wegener, *Die staatsrechtliche Stellung der italienischen Reichsteile am Ende des Alten Reiches*, S. 206 wird die Belehnung Karls VI. in Zweifel gezogen.

[115] W. Wegener, *Die staatsrechtliche Stellung der italienischen Reichsteile am Ende des Alten Reiches.*

Seidensticker, der seinerseits im gleichen Jahr das Thema in seinem *Italien und die kaiserlichen Staaten, insbesondere Wien. Zu mehrerer Aufklärung einiger rechtlichen und politischen Verhältnisse* erneut aufgriff. Wenn man in den Werken dieser beiden Hauptvertreter einer habsburgkritischen Richtung blättert, fällt vor allem auf, wie fern Italien dem Göttinger Dozenten Johann Anton Ludwig Seidensticker zu sein scheint. Eine «Entdeckungsreise» muß man für das Auffinden eines «Welschen Staatsrechts» antreten[116]. Für diesen Juristen der Goethezeit ist Italien ein «hölzernes Bein am Körper des Reichs», ein Land, das man nur mit Mauleseln und Rutschböcken erreichen könne[117]. Das eigennützige Vorgehen der Habsburger in Italien, die stets mehr die dynastischen Ansprüche denn die Reichsrechte betont hätten, wirke sich jetzt zum Nachteil nicht nur des Reiches, sondern auch des Hauses Österreich aus. Seidenstickers negatives Bild wird von Carl Friedrich Häberlin 1797 weitgehend übernommen, während er sich 1794 noch eines einigermaßen neutralen Tones befleißigt hatte. Für den Sohn des früher genannten Helmstedter Staatsrechtlers Franz Dominikus[118] scheint es ziemlich sicher, daß die Reichsrechte über Italien – sofern sie überhaupt noch politisch wirksam sein sollten – kaum aufrecht zu erhalten sein dürften. Dazu habe Wien nicht unwesentlich beigetragen: «Liegt je noch eine Materie des Reichsstaatsrechts im Dunkel, so ist es die von den Rechten des Kaisers und des Reichs in Italien ... Fast scheint es, daß man am kaiserlichen Hofe Gründe habe, dieses heilige Dunkel zu erhalten»[119].

Seidenstickers Argumentation nimmt sich wie eine spiegelbildliche Umkehrung aller Argumente aus, die durch die Autoren, von denen in diesem Beitrag die Rede war, vorgelegt worden waren. Was sich für die habsburgfreundlichen Publizisten als Erhaltung der Reichsrechte gegen äußere Feinde wie Frankreich und innere Konkurrenz, wie die italienischen Fürsten, darstellte, dem sollte nach Seidenstickers Meinung unter «Anwendung aller constitutionellen Mittel, welche das deutsch-italienische Staatsrecht darbietet, Grenzen gesetzet werden können und müssen»[120]. In seiner

[116] J.A.L. SEIDENSTICKER, *Beyträge zum Reichsstaatsrechte Welscher Nation*, Göttingen 1795, S. IV.

[117] J.A.L. SEIDENSTICKER, *Italien und die kaiserlichen Staaten, insbesondere Wien. Zu mehrerer Aufklärung einiger rechtlichen und politischen Verhältnisse*, Berlin - Stettin 1797, 1. Teil, S. 9.

[118] Siehe oben Anm. 86.

[119] Carl Friedrich HÄBERLIN, *Handbuch des Teutschen Staatsrechts*, Bd. 3, Berlin 1797, S. 682. Zu F.C. Häberlin siehe auch H. GROSS, *Empire and Sovereignty*, S. 455-465.

[120] J.A.L. SEIDENSTICKER, *Italien und die kaiserlichen Staaten*, 2. Teil, S. 98-99.

Abhandlung, deren Erscheinen bei Friedrich Nicolai allein aussagekräftig ist, rekapituliert Seidensticker die Diskussion über die Pragmatische Sanktion, er erinnert an Schmauss, den Schrötter nicht einmal verstanden habe, und meint, daß Moser eine «Art Abneigung gegen das Studium des Italienischen Staatsrechts» gefühlt haben müsse[121]. Der von Österreich aus Eigeninteresse dem Reich aufgedrängte Krieg könnte allerdings frühere Versuche, sich Italiens «zu entledigen» erfolgreich wiederbeleben, «was dem Interesse unseres Vaterlands gemäß» wäre[122]. Unmittelbar nach der Kapitulation von Mantua und noch vor dem Frieden von Campo Formido geschrieben, stellt Seidenstickers polemische Absage an ein habsburgisches Reichsitalien den Gegenpol dar zu jenen Schriften, die hier als «habsburgische Publizistik» vorgestellt wurden, obwohl sie alle, Gegner und Befürworter, auf dem Boden des Reichsstaatsrechts standen – hatten doch Pogarell, Spannagel, Fritsch, aber auch Senckenberg und viele seiner Kollegen an den Hochschulen des Reichs versucht, nicht nur den habsburgischen Besitzstand in Italien, sondern auch die Pragmatische Sanktion als Folge reichsrechtlich einwandfrei abgesicherter Vorgänge darzustellen – jene Pragmatische Sanktion, die in den Augen moderner Historiker die «Loslösung Österreichs aus dem Reichsverband» eingeleitet habe[123]. Folgerichtig müßte ein solches Verdikt auch die italienischen Reichsterritorien des Hauses Österreich und das für sie entwickelte Jus publicum «als ein Staatsrecht des Hauses Österreich über seine welschen Staaten» einschließen. Mit ihrem ebenso engagierten wie weitschweifigen Versuch, das Gegenteil zu beweisen, dürften sich die Autoren, die hier vorgestellt wurden, auch heute noch keinen «Danck verdienen».

[121] *Ibidem*, S. 44-50, 70.

[122] *Ibidem*, 1. Teil, S. 3.

[123] H. KLUETING, *Das Reich und Österreich*, S. 250.

Finito di stampare nel giugno 2006
dalle Arti Grafiche Editoriali Srl, Urbino

Pubblicazioni dell'Istituto storico italo-germanico in Trento

Annali

I	1975
II	1976
III	1977
IV	1978
V	1979
VI	1980
VII	1981
VIII	1982
IX	1983
X	1984
XI	1985
XII	1986
XIII	1987
XIV	1988
XV	1989
XVI	1990
XVII	1991
XVIII	1992

XIX	1993
XX	1994
XXI	1995
XXII	1996
XXIII	1997
XXIV	1998
XXV	1999
XXVI	2000
XXVII	2001
XXVIII	2002
XXIX	2003
XXX	2004

Quaderni

1. Il cattolicesimo politico e sociale in Italia e Germania dal 1870 al 1914, a cura di *Ettore Passerin D'Entrèves* e *Konrad Repgen*, Bologna 1976
2. Il movimento operaio e socialista in Italia e Germania dal 1870 al 1920, a cura di *Leo Valiani* e *Adam Wandruszka*, Bologna 1978
3. I poteri temporali dei vescovi in Italia e Germania nel Medioevo, a cura di *Carlo Guido Mor* e *Heinrich Schmidinger*, Bologna 1979
4. Il Concilio di Trento come crocevia della politica europea, a cura di *Hubert Jedin* e *Paolo Prodi*, Bologna 1979
5. Il liberalismo in Italia e in Germania dalla rivoluzione del '48 alla prima guerra mondiale, a cura di *Rudolf Lill* e *Nicola Matteucci*, Bologna 1980
6. Austria e province italiane 1815-1918: potere centrale e amministrazioni locali. III Convegno storico italo-austriaco, a cura di *Franco Valsecchi* e *Adam Wandruszka*, Bologna 1981
7. La dinamica statale austriaca nel XVIII e XIX secolo. Strutture e tendenze di storia costituzionale prima e dopo Maria Teresa, a cura di *Pierangelo Schiera*, Bologna 1981
8. Le città in Italia e in Germania nel Medioevo: cultura, istituzioni, vita religiosa, a cura di *Reinhard Elze* e *Gina Fasoli*, Bologna 1981
9. Università, accademie e società scientifiche in Italia e in Germania dal Cinquecento al Settecento, a cura di *Laetitia Boehm* e *Ezio Raimondi*, Bologna 1981

10. Federico Barbarossa nel dibattito storiografico in Italia e in Germania, a cura di *Raoul Manselli* e *Josef Riedmann*, Bologna 1982

11. La transizione dall'economia di guerra all'economia di pace in Italia e in Germania dopo la prima guerra mondiale, a cura di *Peter Hertner* e *Giorgio Mori*, Bologna 1983

12. Il nazionalismo in Italia e in Germania fino alla prima guerra mondiale, a cura di *Rudolf Lill* e *Franco Valsecchi*, Bologna 1983

13. Aristocrazia cittadina e ceti popolari nel tardo Medioevo in Italia e in Germania, a cura di *Reinhard Elze* e *Gina Fasoli*, Bologna 1984

14. Finanze e ragion di Stato in Italia e in Germania nella prima Età moderna, a cura di *Aldo De Maddalena* e *Hermann Kellenbenz*, Bologna 1984

15. Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia, a cura di *Umberto Corsini* e *Konrad Repgen*, Bologna 1984

16. Strutture ecclesiastiche in Italia e in Germania prima della Riforma, a cura di *Paolo Prodi* e *Peter Johanek*, Bologna 1984

17. Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani, a cura di *Cesare Mozzarelli* e *Giuseppe Olmi*, Bologna 1985

18. Le visite pastorali. Analisi di una fonte, a cura di *Umberto Mazzone* e *Angelo Turchini*, Bologna 1985

19. Romani e Germani nell'arco alpino (secoli VI-VIII), a cura di *Volker Bierbrauer* e *Carlo Guido Mor*, Bologna 1986

20. La repubblica internazionale del denaro tra XV e XVII secolo, a cura di *Aldo De Maddalena* e *Hermann Kellenbenz*, Bologna 1986

21. Fascismo e nazionalsocialismo, a cura di *Karl Dietrich Bracher* e *Leo Valiani*, Bologna 1986

22. Cultura politica e società borghese in Germania fra Otto e Novecento, a cura di *Gustavo Corni* e *Pierangelo Schiera*, Bologna 1986

23. Istituzioni e ideologie in Italia e in Germania tra le rivoluzioni, a cura di *Umberto Corsini* e *Rudolf Lill*, Bologna 1987

24. Crisi istituzionale e teoria dello stato in Germania dopo la Prima guerra mondiale, a cura di *Gustavo Gozzi* e *Pierangelo Schiera*, Bologna 1987

25. L'evoluzione delle città italiane nell'XI secolo, a cura di *Renato Bordone* e *Jörg Jarnut*, Bologna 1988

26. Fisco religione Stato nell'età confessionale, a cura di *Hermann Kellenbenz* e *Paolo Prodi*, Bologna 1989
27. La «Conta delle anime». Popolazioni e registri parrocchiali: questioni di metodo ed esperienze, a cura di *Gauro Coppola* e *Casimira Grandi*, Bologna 1989
28. L'attesa della fine dei tempi nel Medioevo, a cura di *Ovidio Capitani* e *Jürgen Miethke*, Bologna 1990
29. Enciclopedia e sapere scientifico. Il diritto e le scienze sociali nell'Enciclopedia giuridica italiana, a cura di *Aldo Mazzacane* e *Pierangelo Schiera*, Bologna 1990
30. Statuti città territori in Italia e Germania tra Medioevo ed età moderna, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Dietmar Willoweit*, Bologna 1991
31. Il «Kulturkampf» in Italia e nei paesi di lingua tedesca, a cura di *Rudolf Lill* e *Francesco Traniello*, Bologna 1992
32. I concetti fondamentali delle scienze sociali e dello Stato in Italia e in Germania tra Ottocento e Novecento, a cura di *Raffaella Gherardi* e *Gustavo Gozzi*, Bologna 1992
33. Il Nuovo Mondo nella coscienza italiana e tedesca del Cinquecento, a cura di *Adriano Prosperi* e *Wolfgang Reinhard*, Bologna 1992
34. Visite pastorali ed elaborazione dei dati. Esperienze e metodi, a cura di *Cecilia Nubola* e *Angelo Turchini*, Bologna 1993
35. Il secolo XI: una svolta?, a cura di *Cinzio Violante* e *Johannes Fried*, Bologna 1993
36. Dalla città alla nazione. Borghesie ottocentesche in Italia e in Germania, a cura di *Marco Meriggi* e *Pierangelo Schiera*, Bologna 1993
37. L'organizzazione del territorio in Italia e Germania: secoli XIII-XIV, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Dietmar Willoweit*, Bologna 1994
38. Le minoranze fra le due guerre, a cura di *Umberto Corsini* e *Davide Zaffi*, Bologna 1994
39. Origini dello Stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna, a cura di *Giorgio Chittolini, Anthony Molho* e *Pierangelo Schiera*, Bologna 1994
40. Disciplina dell'anima, disciplina del corpo e disciplina della società tra medioevo ed età moderna, a cura di *Paolo Prodi*, Bologna 1994
41. Regioni di frontiera nell'epoca dei nazionalismi. Alsazia e Lorena / Trento e Trieste, 1870-1914, a cura di *Angelo Ara* e *Eberhard Kolb*, Bologna 1995

42. Saperi della borghesia e storia dei concetti fra Otto e Novecento, a cura di *Raffaella Gherardi* e *Gustavo Gozzi*, Bologna 1995

43. Il luogo di cura nel tramonto della monarchia d'Asburgo. Arco alla fine dell'Ottocento, a cura di *Paolo Prodi* e *Adam Wandruszka*, Bologna 1996

44. Strutture e trasformazioni della signoria rurale nei secoli X-XIII, a cura di *Gerhard Dilcher* e *Cinzio Violante*, Bologna 1996

45. Il concilio di Trento e il moderno, a cura di *Paolo Prodi* e *Wolfgang Reinhard*, Bologna 1996

46. Centralismo e federalismo tra Otto e Novecento. Italia e Germania a confronto, a cura di *Oliver Janz, Pierangelo Schiera* e *Hannes Siegrist*, Bologna 1997

47. Il vincolo del giuramento e il tribunale della coscienza, a cura di *Nestore Pirillo*, Bologna 1997

48. Comunicazione e mobilità nel Medioevo. Incontri fra il Sud e il Centro dell'Europa (secoli XI-XIV), a cura di *Siegfried De Rachewiltz* e *Josef Riedmann*, Bologna 1997

49. Per una banca dati delle visite pastorali italiane. Le visite della diocesi di Trento (1537-1940), a cura di *Cecilia Nubola*, Bologna 1998

50. Fonti ecclesiastiche per la storia sociale e religiosa d'Europa: XV-XVIII secolo, a cura di *Cecilia Nubola* e *Angelo Turchini*, Bologna 1999

51. Tempi e spazi di vita femminile tra medioevo ed età moderna, a cura di *Silvana Seidel Menchi, Anne Jacobson Schutte* e *Thomas Kuehn*, Bologna 1999

52. Amministrazione, formazione e professione: gli ingegneri in Italia tra Sette e Ottocento, a cura di *Luigi Blanco*, Bologna 2000

53. Coniugi nemici. La separazione in Italia dal XII al XVIII secolo, a cura di *Silvana Seidel Menchi* e *Diego Quaglioni*, Bologna 2000

54. Gli intellettuali e la Grande guerra, a cura di *Vincenzo Calì, Gustavo Corni* e *Giuseppe Ferrandi*, Bologna 2000

55. L'uso del denaro. Patrimoni e amministrazione nei luoghi pii e negli enti ecclesiastici in Italia (secoli XV-XVIII), a cura di *Alessandro Pastore* e *Marina Garbellotti*, Bologna 2001

56. Ordini religiosi e società politica in Italia e Germania nei secoli XIV e XV, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Kaspar Elm*, Bologna 2001

57. Matrimoni in dubbio. Unioni controverse e nozze clandestine in Italia dal XV al XVIII secolo, a cura di *Silvana Seidel Menchi* e *Diego Quaglioni*, Bologna 2001

58. Per una storia dei santuari cristiani d'Italia: approcci regionali, a cura di *Giorgio Cracco*, Bologna 2002

59. Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII), a cura di *Cecilia Nubola* e *Andreas Würgler*, Bologna 2002

60. L'umanità offesa. Stermini e memoria nell'Europa del Novecento, a cura di *Gustavo Corni* e *Gerhard Hirschfeld*, Bologna 2002

61. Visite pastorali in diocesi di Pavia nel Cinquecento. Una documentazione guadagnata alla storia, a cura di *Xenio Toscani*, Bologna 2003

62. Il secolo XII: la «renovatio» dell'Europa cristiana, a cura di *Giles Constable - Giorgio Cracco - Hagen Keller - Diego Quaglioni*, Bologna 2003

63. La direzione spirituale tra medioevo ed età moderna. Percorsi di ricerca e contesti specifici, a cura di *Michela Catto*, Bologna 2004

64. Trasgressioni. Seduzione, concubinato, adulterio, bigamia (XIV-XVIII secolo), a cura di *Silvana Seidel Menchi* e *Diego Quaglioni*, Bologna 2004

65. Alcide De Gasperi: un percorso europeo, a cura di *Eckart Conze*, *Gustavo Corni* e *Paolo Pombeni*, Bologna 2005

66. La società dei principi nell'Europa moderna (secoli XVI-XVII), a cura di *Christof Dipper* e *Mario Rosa*, Bologna 2005

67. Italiani in Germania tra Ottocento e Novecento. Spostamenti, rapporti, immagini, influenze, a cura di *Gustavo Corni* e *Christof Dipper*, Bologna 2006

Monografie

1. Il mais nell'economia agricola lombarda (dal secolo XVII all'unità), di *Gauro Coppola*, Bologna 1979

2. Potere e costituzione a Vienna tra Sei e Settecento. Il «buon ordine» di Luigi Ferdinando Marsili, di *Raffaella Gherardi*, Bologna 1980

3. Il sovrano pontefice. Un corpo e due anime: la monarchia papale nella prima età moderna, di *Paolo Prodi*, Bologna 1982

4. Stato assoluto e società agraria in Prussia nell'età di Federico II, di *Gustavo Corni*, Bologna 1982

5. Il laboratorio borghese. Scienza e politica nella Germania dell'Ottocento, di *Pierangelo Schiera*, Bologna 1987

6. Chiesa e potere nella Toscana del Quattrocento, di *Roberto Bizzocchi*, Bologna 1987

7. L'uomo di mondo fra morale e ceto. Kant e le trasformazioni del Moderno, di *Nestore Pirillo*, Bologna 1987
8. Disciplinamento in terra veneta. La diocesi di Brescia nella seconda metà del XVI secolo, di *Daniele Montanari*, Bologna 1987
9. Modelli politici e questione sociale in Italia e in Germania fra Otto e Novecento, di *Gustavo Gozzi*, Bologna 1987
10. I principi vescovi di Trento fra Roma e Vienna, 1861-1918, di *Sergio Benvenuti*, Bologna 1988
11. Inquisitori e mistici nel Seicento italiano. L'eresia di S. Pelagia, di *Gianvittorio Signorotto*, Bologna 1989
12. La ragione sulla Sprea. Coscienza storica e cultura politica nell'illuminismo berlinese, di *Edoardo Tortarolo*, Bologna 1989
13. La coscienza e le leggi. Morale e diritto nei testi per la confessione della prima Età moderna, di *Miriam Turrini*, Bologna 1991
14. Stato e funzionari nella Francia del Settecento: gli «ingénieurs des ponts et chaussées», di *Luigi Blanco*, Bologna 1991
15. Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'occidente, di *Paolo Prodi*, Bologna 1992
16. Dalla biologia cellulare alle scienze dello spirito. Aspetti del dibattito sull'individualità nell'Ottocento tedesco, di *Andrea Orsucci*, Bologna 1992
17. L'inventario del mondo. Catalogazione della natura e luoghi del sapere nella prima età moderna, di *Giuseppe Olmi*, Bologna 1992
18. Germania e Santa Sede. Le nunziature di Pacelli tra la Grande guerra e la Repubblica di Weimari, di *Emma Fattorini*, Bologna 1992
19. Legislazione e riforme nel Trentino del Settecento. Francesco Vigilio Barbacovi tra assolutismo e illuminismo, di *Maria Rosa Di Simone*, Bologna 1992
20. Conoscere per governare. La diocesi di Trento nella visita pastorale di Ludovico Madruzzo (1579-1581), di *Cecilia Nubola*, Bologna 1993
21. La sfida delle riforme. Costituzione politica nel liberalismo prussiano (1850-1866), di *Anna Gianna Manca*, Bologna 1995
22. Genealogie incredibili. Scritti di storia nell'Europa moderna, di *Roberto Bizzocchi*, Bologna 1995
23. Repubblica per contratto. Bologna: una città europea nello Stato della Chiesa, di *Angela De Benedictis*, Bologna 1995

24. Il governo dell'esistenza. Organizzazione sanitaria e tutela della salute pubblica in Trentino nella prima metà del XIX secolo, di *Rodolfo Taiani*, Bologna 1995

25. La scienza del cuore. Spiritualità e cultura religiosa in Antonio Rosmini, di *Fulvio De Giorgi*, Bologna 1995

26. Etica e diritto. La filosofia pratica di Fichte e le sue ascendenze kantiane, di *Carla De Pascale*, Bologna 1995

27. Il corpo eloquente. Identificazione del giurista nell'Italia liberale, di *Pasquale Beneduce*, Bologna 1996

28. La giustizia ai confini. Il principato vescovile di Trento agli inizi dell'età moderna, di *Marco Bellabarba*, Bologna 1996

29. Sotto l'occhio del padre. Società confessionale e istruzione primaria nello Stato di Milano, di *Angelo Turchini*, Bologna 1996

30. Ferdinand Tönnies sociologo hobbesiano. Concetti politici e scienza sociale in Germania tra Otto e Novecento, di *Maurizio Ricciardi*, Bologna 1997

31. La fine della 'grande illusione'. Uno storico europeo tra guerra e dopoguerra, Henri Pirenne (1914-1923). Per una rilettura della «Histoire de l'Europe», di *Cinzio Violante*, Bologna 1997

32. La libertà nel mondo. Etica e scienza dello Stato nei «Lineamenti di filosofia del diritto» di Hegel, di *Emanuele Cafagna*, Bologna 1998

33. Il «Bauernführer» Michael Gaismair e l'utopia di un repubblicanesimo popolare, di *Aldo Stella*, Bologna 1999

34. Matrimoni di antico regime, di *Daniela Lombardi*, Bologna 2001

35. Il fisco in una statualità divisa. Impero, principi e ceti in area trentino-tirolese nella prima età moderna, di *Marcello Bonazza*, Bologna 2001

36. La nobiltà trentina nel medioevo (metà XII - metà XV secolo), *di Marco Bettotti*, Bologna 2002

37. Dai margini la memoria. Johannes Hinderbach (1418-1486), di *Daniela Rando*, Bologna 2003

38. Stranieri in città. Presenza tedesca e società urbana a Trento (secoli XV-XVIII), di *Serena Luzzi*, Bologna 2003

39. Lo spazio politico del «letrado». Juan Bautista Larrea magistrato e giurista nella monarchia di Filippo IV, di *Paola Volpini*, Bologna 2004

40. Stato, scienza, amministrazione. La formazione degli ingegneri in Piemonte dall'antico regime all'Unità d'Italia, di *Alessandra Ferraresi*, Bologna 2004

41. Dove non arriva la legge. Dottrine della censura nella prima età moderna, di *Lucia Bianchin*, Bologna 2005

42. Boschi e mercanti. Traffici di legname tra la contea di Tirolo e la Repubblica di Venezia (secoli XVI-XVII), di *Katia Occhi*, Bologna 2006

43. La geografia celeste dei duchi di Savoia. Religione, devozioni e sacralità in uno Stato di età moderna (secoli XVI-XVII), di *Paolo Cozzo*, Bologna 2006

44. I Volpini, una famiglia di scultori tra Lombardia e Baviera (secoli XVII-XVIII), di *Pietro Delpero*, Bologna 2006

Contributi / Beiträge

1. Italia e Germania. Immagini, modelli, miti fra due popoli nell'Ottocento: Il Medioevo / Das Mittelalter. Ansichten, Stereotypen und Mythen im neunzehnten Jahrhundert: Deutschland und Italien, a cura di/hrsg. von *Reinhard Elze - Pierangelo Schiera*, Bologna - Berlin 1988

2. L'Antichità nell'Ottocento / Die Antike im neunzehnten Jahrhundert, a cura di/hrsg. von *Karl Christ - Arnaldo Momigliano*, Bologna - Berlin 1988

3. Il Rinascimento nell'Ottocento in Italia e Germania / Die Renaissance im 19. Jahrhundert in Italien und Deutschland, a cura di/hrsg. von *August Buck - Cesare Vasoli*, Bologna - Berlin 1989

4. Immagini a confronto: Italia e Germania dal 1830 all'unificazione nazionale / Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder in der Zeit der nationalen Bewegungen (1830-1870), a cura di/hrsg. von *Angelo Ara - Rudolf Lill*, Bologna - Berlin 1991

5. Gustav Schmoller e il suo tempo: la nascita delle scienze sociali in Germania e in Italia / Gustav Schmoller in seiner Zeit: die Entstehung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, a cura di/hrsg. von *Pierangelo Schiera - Friedrich Tenbruck*, Bologna - Berlin 1989

6. Gustav Schmoller oggi: lo sviluppo delle scienze sociali in Germania e in Italia / Gustav Schmoller heute: Die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, a cura di/hrsg. von *Michael Bock - Harald Homann - Pierangelo Schiera*, Bologna - Berlin 1991

7. Il potere delle immagini. La metafora politica in prospettiva storica / Die Macht der Vorstellungen. Die politische Metapher in historischer Perspek-

tive, a cura di/hrsg. von *Walter Euchner - Francesca Rigotti - Pierangelo Schiera*, Bologna - Berlin 1993

8. Aria, terra, acqua, fuoco: i quattro elementi e le loro metafore / Luft, Erde, Wasser, Feuer: die vier Elemente und ihre Metaphern, a cura di/hrsg. von *Francesca Rigotti - Pierangelo Schiera*, Bologna - Berlin 1996

9. Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna / Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit, a cura di/hrsg. von *Marco Bellabarba - Reinhard Stauber*, Bologna - Berlin 1998

10. L'istituzione parlamentare nel XIX secolo. Una prospettiva comparata / Die parlamentarische Institution im 19. Jahrhundert. Eine Perspektive im Vergleich, a cura di/hrsg. von *Anna Gianna Manca - Wilhelm Brauneder*, Bologna - Berlin 2000

11. Criminalità e giustizia in Germania e in Italia. Pratiche giudiziarie e linguaggi giuridici tra tardo medioevo ed età moderna / Kriminalität und Justiz in Deutschland und Italien. Rechtspraktiken und gerichtliche Diskurse in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, a cura di/hrsg. von *Marco Bellabarba - Gerd Schwerhoff - Andrea Zorzi*, Bologna - Berlin 2001

12. Aspetti e componenti dell'identità urbana in Italia e in Germania (secoli XIV-XVI) / Aspekte und Komponenten der städtischen Identität in Italien und Deutschland (14.-16. Jahrhundert), a cura di/hrsg. von *Giorgio Chittolini - Peter Johanek*, Bologna - Berlin 2003

13. Parlamento e Costituzione nei sistemi costituzionali europei ottocenteschi / Parlament und Verfassung in den konstitutionellen Verfassungssystemen Europas, a cura di/hrsg. von *Anna Gianna Manca - Luigi Lacchè*, Bologna - Berlin 2003

14. Forme della comunicazione politica in Europa nei secoli XV-XVIII. Suppliche, gravamina, lettere / Formen der politischen Kommunikation in Europa vom 15. bis 18. Jahrhundert. Bitten, Beschwerden, Briefe, a cura di/hrsg. von *Cecilia Nubola - Andreas Würgler*, Bologna - Berlin 2004

15. Memoria. Ricordare e dimenticare nella cultura del medioevo / Memoria. Erinnern und Vergessen in der Kultur des Mittelalters, a cura di/hrsg. von *Michael Borgolte - Cosimo Damiano Fonseca - Hubert Houben*, Bologna - Berlin 2005

16. Le secolarizzazioni nel Sacro Romano Impero e negli antichi Stati italiani: premesse, confronti, conseguenze / Säkularisationsprozesse im Alten Reich und in Italien: Voraussetzungen, Vergleiche, Folgen, a cura di/hrsg. von *Claudio Donati - Helmut Flachenecker*, Bologna - Berlin 2005

Fonti

1. Documenti papali per la storia trentina (fino al 1341), a cura di *Emanuele Curzel*, Bologna 2004

2. Le pergamene dell'Archivio della Prepositura di Trento (1154-1297), a cura di *Emanuele Curzel*, *Sonia Gentilini*, *Gian Maria Varanini*, Bologna 2004

Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient

1. Faschismus und Nationalsozialismus, hrsg. von *Karl Dietrich Bracher* - *Leo Valiani*, Berlin 1991

2. Stadtadel und Bürgertum in den italienischen und deutschen Städten des Spätmittelalters, hrsg. von *Reinhard Elze* - *Gina Fasoli*, Berlin 1991

3. Statuten Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland, hrsg. von *Giorgio Chittolini* - *Dietmar Willoweit*, Berlin 1992

4. Finanzen und Staatsräson in Italien und Deutschland in der frühen Neuzeit, hrsg. von *Aldo De Maddalena* - *Hermann Kellenbenz*, Berlin 1992

5. Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern, hrsg. von *Rudolf Lill* - *Francesco Traniello*, Berlin 1993

6. Die Neue Welt im Bewußtsein der Italiener und der Deutschen des 16. Jahrhunderts, hrsg. von *Adriano Prosperi* - *Wolfgang Reinhard*, Berlin 1993

7. Fiskus, Kirche und Staat im konfessionellen Zeitalter, hrsg. von *Hermann Kellenbenz* - *Paolo Prodi*, Berlin 1995

8. Hochmittelalterliche Territorialstrukturen in Deutschland und Italien, hrsg. von *Giorgio Chittolini* - *Dietmar Willoweit*, Berlin 1996.

9. Die Wirtschaft der Lombardei als Teil Österreichs. Wirtschaftspolitik, Außenhandel und industrielle Interessen 1815-1859, von *Rupert Pichler*, Berlin 1996

10. Die Minderheiten zwischen den beiden Weltkriegen, hrsg. von *Umberto Corsini* - *Davide Zaffi*, Berlin 1997

11. Das Sakrament der Herrschaft. Der politische Eid in der Verfassungsgeschichte des Okzidents, von *Paolo Prodi*, Berlin 1997

12. Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsaß-Lothringen / Trient-Triest, 1870, 1914, hrsg. von *Angelo Ara* - *Eberhard Kolb*, Berlin 1998

13. Staatsräson und Eigennutz. Drei Studien zur Geschichte des 18. Jahrhunderts, von *Klaus-Peter Tieck*, Berlin 1998

14. Strukturen und Wandlungen der ländlichen Herrschaftsformen vom 10. zum 13. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich, hrsg. von *Gerhard Dilcher - Cinzio Violante*, Berlin 2000

15. Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich, hrsg. von *Oliver Janz - Pierangelo Schiera - Hannes Siegrist*, Berlin 2000

16. Das Konzil von Trient und die Moderne, hrsg. von *Paolo Prodi - Wolfgang Reinhard*, Berlin 2001

17. «Die Vernunft ist praktisch». Fichtes Ethik und Rechtslehre im System, von *Carla De Pascale*, Berlin 2003

18. Das Ende der 'großen Illusion'. Ein europäischer Historiker im Spannungsfeld von Krieg und Nachkriegszeit, Henri Pirenne (1914-1935). Zu einer Neulesung der «Geschichte Europas», von *Cinzio Violante*, Berlin 2004

19. Bittschriften und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa (14.-18. Jahrhundert), hrsg. von *Cecilia Nubola - Andreas Würgler*, Berlin 2005

Fuori collana

1. Italia e Germania 1945-2000. La costruzione dell'Europa, a cura di *Gian Enrico Rusconi* e *Hans Woller*, Bologna 2005